C 21734 D

Wahlen: „Basisbewegung" im Vormarsch Seite 17



Arbeiterkampf

Jg 7 Nr. 118 28.11.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

2 DM

Weitere "Selbstmorde" in Vorbereitung

Nach vier „Selbstmorden" in Stammheim und Stadelheim und einem „Selbstmordversuch" haben sich in Stammheim weitere, immer unglaublichere Wunder zugetragen. Überdies sind zahlreiche politische Gefangene aus terroristischen Gruppen für „akut selbstmordgefährdet" erklärt worden und mit dieser Begründung zusätzlich zur Isolationshaft auch noch einer unmenschlichen Dauerüberwachung rund um die Uhr unterworfen worden. Im Folgenden ein Überblick.

Das ‚Wunder von Stammheim' geht weiter

Nachdem schon am 11. November in der Zelle 721 in Stammheim (wo im Sommer einige Wochen lang Ingrid Schubert untergebracht war) 400 Gramm Sprengstoff und drei Sprengkapseln „gefunden" wurden, wurde am 22. November in der Zelle 723 eine Pistole mit zugehöriger Munition „entdeckt". In dieser Zelle war zeitweise Helmut Pohl untergebracht. Ebenso wie die Zelle 721 war auch die Zelle 723 nach den „Selbstmorden" vom 18. Oktober gründlichst untersucht worden. In beiden Fällen befanden sich die Funde i n den Betonmauern, sodaß sie erst beim Abbruch der Mauern „entdeckt" werden konnten. Das ist ein sicherer Hinweis darauf, daß diese Gegenstände a u f g a r k e i n e n F a l l von den Gefangenen selbst dort versteckt worden sein können, sondern daß die „Fundstücke" möglicherweise schon bei den Umbauten im Mai/Juni dieses Jahres vorsorglich miteingemauert wurden.

Das nächste Stammheimer Wunder ereignete sich in der Zelle des Anwalts Croissant: Dort tauchte, obwohl Croissant Tag und Nacht unter Dauerbeobachtung steht, am 20. November eine Rasierklinge auf; drei weitere wurden danach noch im Rohr des Waschbeckens gefunden.

Das nächste Wunder geschah am 26. November im Gefängnis Zweibrücken, wo in den Zellen der politischen Gefangenen Manfred Gras-

Fortsetzung auf Seite 8



Strauß in Chile, Dregger in Südafrika

Internationale des Terrors



Wenn Strauß und Dregger einmal die Regierungsmacht in der BRD übernehmen sollten, dann droht die „Demokratie" hier nach chilenischem und südafrikanischem Muster zurechtgestutzt zu werden. Alle Befürchtungen und Warnungen, die die demokratischen und antifaschistischen Kräfte unseres Landes immer wieder gegenüber diesen beiden Unionsführern erhoben haben, werden durch die Erklärungen bei ihren kürzlichen Reisen zu den Massenmördern von Santiago und Soweto wie nie zuvor bestätigt. Strauß und Dregger sind Faschisten, sind führende Mitglieder einer kriminellen Vereinigung, einer wirklichen Internationale des Terrors.

Der chilenische Junta-Chef General Pinochet vertritt die Auffassung, daß *„die Freiheit hin und wieder in Blut gebadet werden muß"* („FR", 23.11.). Sein Regime hat dies vor aller Weltöffentlichkeit getan. Es hat die Hoffnungen des chilenischen Volkes, Armut und Elend durch den Versuch eines friedlichen Weges zum Sozialismus zu überwinden, im blutigsten Putsch der jüngsten Geschichte erstickt und unter dem Berg von Zehntausenden ermordeter Menschen begraben. Es hat Terror und Folter zum mittlerweile vierjährigen Alltag des chilenischen Volkes gemacht. Nach Angaben internationaler Organisationen, darunter die UN-Menschenrechtskommission, Amnesty International und die lateinamerikanische Bischofskonferenz, sind heute noch 2.500 Mensch spurlos verschwunden, sitzen 6.000 politische Gefangene in den Kerkern und Folterhöllen der chilenischen Geheimpolizei und wurden 200.000 Chilenen (etwa

Fortsetzung auf Seite 3

Jusos: Ja zum Russell-Tribunal!

Während Polizeistaats-Minister Maihofer in typischer „Modell Deutschland"-Manier das Russell-Tribunal beschuldigte, den *„kriminellen Zielen"* von *„terroristischen Gewalttätern"* zu dienen, halten die Jungsozialisten an ihrer grundsätzlichen Unterstützung des Tribunals fest. Trotz gezielter Falschmeldungen der bürgerlichen Presse, trotz der persönlichen Intervention Willy Brandts, trotz unmißverständlicher Disziplinierungs-Drohungen des SPD-Parteivorstands haben die Jusos ihre Unterschrift unter den Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation n i c h t zurückgezogen! Da es Brandt ebensowenig gelungen ist, einzelne prominente Persönlichkeiten, die z.T. ebenfalls Mitglied der SPD sind, von ihrer Unterstützung des Russell-Tribunals abzubringen, bahnt sich erneut ein schwerer innerparteilicher Konflikt in der SPD an.

Die Jusos wiederholen ihren taktisch begründeten, gemeinsam mit der Humanistischen Union gemachten Vorschlag, aufgrund des „vergifteten innenpolitischen Klimas" in der BRD das Russell-Tribunal zeitlich zu verschieben. Der Bundesvorstand stellt jedoch unmißverständlich klar, daß er es *„nach wie vor für notwendig und legitim (hält), antidemokratische Tendenzen in der BRD zum Gegenstand auch einer öffentlichen Untersuchung zu machen. Dies um so mehr, als Maßnahmen wie z.B. der Radikalenerlaß historisch begründete Ängste im demokratischen Ausland neu beleben und berechtigte (!) Kritik hervorriefen"*. Diese Stellungnahme erschien in der Zeitung „Sozialist" (Nr. 5) und wurden von der Redaktion, die dem „antirevisionistischen" Flügel zuzurechnen ist, mit der Überschrift **„Konflikt Juso : SPD – Russell-Tribunal weiterhin notwendig!"** versehen. In einem redaktionellen Kommentar gehen die Herausgeber des „Sozialist" noch über die Bundesvorstands-Stellungnahme hinaus: *„Es besteht die Möglichkeit, daß dieser Konflikt Dimensionen an-*

Fortsetzung auf Seite 15

Sadat in Israel:
Ein schwarzer Tag für Palästina

Die syrische Regierungszeitung „Tischrin" hat den Inhalt des Sadat-Besuchs in Israel so zusammengefaßt: „Er ging nur nach Israel, um ihre Stiefel zu lecken." In der Tat, Sadat hat den entscheidenden nächsten Schritt auf dem Weg der Kapitulation der arabischen Regimes vor dem Zionismus öffentlich vollzogen und die PLO öffentlich fallengelassen.

Hauptinhalt der Reden Sadats und Hauptbedeutung seiner ganzen Reise war eine umfassende Anerkennung Israels, unbegrenzte Friedensversprechungen gegenüber Israel und Garantien. Sadat vor der Knesset: *„Ich bin zu Ihnen gekommen, um zusammen mit Ihnen den dauerhaften und gerechten Frieden aufzubauen, damit kein Tropfen Blut auf beiden Seiten mehr vergossen wird ... Ich sage Ihnen, daß Israel in sicheren Grenzen lebt, die sicher sind vor jeglicher Aggression. Das ist logisch und dazu sagen wir Ja. Israel erhält alle Arten von Garantien dafür, und auch dazu sage ich Ja."* („Frankfurter Rundschau" – „FR" 22.11.). Und Sadat gab sogar vor, im Namen aller Araber zu sprechen, als er gelobte, *„daß es zwischen Arabern und Juden ‚keinen Krieg, kein Blutvergießen und keine gegenseitigen Bedrohungen' mehr geben soll"* („FR", 22.11.).

Zur selben Zeit bereitet Israel den militärischen Überfall auf Libanon vor (vergl. AK 117), hält immer noch große Gebiete Ägyptens, Jordaniens, Syriens besetzt, unterdrückt die palästinensischen Massen in Israel und den besetzten Gebieten etc. Mit dieser vollständigen Kapitulation vor den Zionisten war es aber noch nicht genug. Diese Versprechungen wurden inhaltlich noch ausgeweitet. So erklärte Sadat: *„Der Oktoberkrieg 1973 muß für immer der letzte gewesen sein."* („Neue Hannoversche Presse" – „NHP", 22.11.). Und: *„Sadat beschwört die Knesset, welche Wendung dies Angebot in der Geschichte bedeute. Die Araber hätten den neuen Staat abgewiesen, gebrandmarkt als sogenanntes Israel, das gemieden werden müsse. Vorbedingung für Verhandlungen wurden gestellt. In Genf habe man nur über Vermittler miteinander gesprochen. ‚Heute sage ich Euch, wir akzeptieren es, in permanenten gerechten Frieden mit Euch hier zu leben'"* („Neue Zürcher Zeitung" – NZZ, 21.11.). Was bedeutet dies anderes, als daß Sadat die vergangene arabische Politik negiert und den Arabern die Schuld an den vergangenen Kriegen gibt!

Und noch einmal spricht Sadat im Namen aller Araber und erklärt, er heiße Israel *„mit voller Sicherheit willkommen"* im Nahen Osten. Israel solle von heute an in diesem Raum in dauerhaftem Frieden leben („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 21.11.).

Das gesamte Besuchsprogramm war zusammengesetzt aus Sinnbildern der Kapitulation:

– Mit seiner Rede vor der Knesset in Jerusalem anerkannte Sadat Jerusalem als Hauptstadt Israels, obwohl Jerusalem erst 1967 von den Zionisten besetzt worden war und deshalb zu den Gebieten gehört, aus denen sich Israel laut allen bisherigen arabischen Forderungen zurückziehen soll.

– Mit seinem Gebet in der Al Aksa Moschee (an einem hohen islamischen Feiertag) wollte Sadat seine

Fortsetzung auf Seite 4



Linksrutsch bei griechischen Wahlen

Bei den am 20. November in Griechenland abgehaltenen Parlamentswahlen haben die Linksparteien (PA.SO.K. – Linkssozialisten, KKE-Revisionisten und kleinere linke Parteien) stark hinzugewonnen. Zusammen bauten sie ihren Stimmanteil von bisher ca. 23% auf 38% aus. Verloren haben die Rechtsparteien und vor allem die „liberale" Mitte. Die Rechtsparteien kommen jetzt auf ca. 49% der Stimmen. 1974 hatte die Rechte noch ca. 55% der Wähler hinter sich bringen können.

Die „Liberalen" haben sich in den scharfen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptparteien des Volkes und des Kapitals zerrieben. Ihr Anteil sank von ehemals gut 20% auf 13% ab.

Die Ergebnisse im einzelnen (in Klammern die Ergebnisse der letzten Wahl):

Die Rechte
„Neue Demokratie" (Karamanlis) 41,9% (54,4%); „Nationale Fraktion" (Stefanopoulos) 6,8% (–)
Die „Liberalen"
Union des demokratischen Zentrums (Mavros) 12,0% (20,4%); Neo-Liberalen (Mitsotakis) 1,08% (–)
Die Linke
PA.SO.K. (Papandreou) 25,3% (13,6)
KKE (Florakis) 9,4%; „Allianz" (Illiou (EDA), Mangakis (SP Griechenland), Psadogakis (Linkschristen), KKE (Inland) und „Sosialistikji Poria") 9,5% – als Vereinigte Linke KKE, KKE-Inland, EDA
Übrige Linksparteien ca. 0,9%

Aufgrund des völlig undemokratischen Wahlmodus erhält die Rechte 178 Sitze, die Liberalen 17 und die Linke 105 (PA.SO.K 92, KKE 11, Allianz 2 Sitze).

Zwar ist damit die 2/3 Mehr-
Zwar ist damit die 2/3 Mehr-
heit im Parlament für Karamanlis gebrochen (bisher 220 der 300 Sitze) und selbst im Bündnis mit den „Liberalen" kann er damit keine Verfassungsänderungen mehr durchziehen,aber die alltäglichen Regierungsgeschäfte kann die Rechte weiterhin diktatorisch erledigen.

Trotzdem erwartet die Presse, nicht zu Unrecht, durch die Verfünffachung linker Parlamentssitze eine allgemeine Verschärfung des politischen Klimas.

PA.SO.K mobilisiert die Massen

Dengrößten Wahlerfolg hat die linkssozialistische PA.SO.K. errungen. 1,7 Millionen Griechen gaben Papandreou ihre Stimme. Die PA.SO.K. trat unter den zentralen Losungen *„Kein Beitritt in die EG"*, *„Raus mit den Basen" (Militärstützpunkte erhalten die USA und die BRD in Griechenland)*, *„Raus aus der NATO"*, *„Aufbau einer Gemeinschaft der Mittelmeerländer.* *„Die Wirtschafts- und Militärhilfe aus den USA soll durch Lybien ersetzt werden" (Papandreou).*

Innenpolitisch forderte Papandreou unter dem Jubel seiner Anhänger auf der zentralen Wahlveranstaltung in Athen, zu der schätzungsweise 300.000 Menschen kamen, *„Verstaatlichung aller Großkonzerne und Rausschmiß multinationaler Konzerne"*, *„Pensionsauszahlung für alle Arbeitnehmer nach 25jähriger Beschäftigung", Erhöhung der Pensionen der Landbevölkerung um 300%". „Jawohl, wir sind die Partei der Veränderung und der Hoffnung!"*

In großen Landstrichen (Kreta, Piräus) hat die PA.SO.K. die absolute Mehrheit errungen. In Piräus errang die Kandidatin der PA.SO.K. die bekannte Schauspielerin und Widerstandskämpferin Melina Mercouri fast 50% aller Stimmen!

Ob diese fortschrittliche Massenbewegung nun auch wieder stärker an der Basis, außerhalb der Parlamente, die Bastionen der Reaktion angreift, oder ob dies „mehr" an linken Parlamentsabgeordneten eben nur parlamentarische Auswirkungen hat, wird auch über die Entwicklungsrichtung der PA.SO.K. entscheiden. Ihr z.T. revolutionärer Elan 1974 und 1975 ist in den letzten Jahren erheblich abgeebt zugunsten von parlamentarischen Rededuellen.

„Neue Demokratie" vor dem Zerfall?

Die abtrünnigen Wähler der „Neuen Demokratie" (immerhin 13% Verlust), sind nur zur Hälfte nach links abgewandert. Die andere Hälfte der ehemaligen Karamanliswähler unterstützten die neugegründete
unterstützten die neugegründete
faschistische „Nationale Fraktion", deren Hauptlosung „Amnestie für die Obristen" ist.

Damit ist die integrierende Funktion Karamanlis erstmals angeschlagen worden. Falls er nun auch noch wie allgemein vermutet wird, in den nächsten Monaten vom Regierungschef zum Staatspräsidenten wechselt, dürfte die „Neue Demokratie" in ein Sammelsorium von rechten, reaktionären, konservativen und auch rechtsliberalen Einzelteilen zerfallen. Dies würde eine allgemeine politische Krise in Griechenland auslösen, die zweifelsohne mit der Entwicklung Anfang der sechziger Jahre gleichzusetzen ist. Damals löste der Imperialismus die drohende Gefahr liberalerer Regierungen (unter Georgios Papandreou, dem Vater von Andreas Papandreou) mit den Panzern der faschistischen Militärs.

Griechenland/Türkei-Kommission

Somalia: Einladungen an die Adresse des US-Imperialismus

Der gleiche Beifall, der dem somalischen Botschafter anläßlich der von den Somalis unterstützten GSG-9-Aktion im Bundestag entgegenschlug, brandete auch nach der Ausweisung der sowjetischen Militärs und der Aufkündigung des Freundschaftsabkommens mit der SU sowie dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Cuba weltweit im imperialistischen Lager auf. Auch die VR China und Albanien stimmten in das allgemeine Loblied ein. Tatsächlich ist der am 13.11. vollzogene Bruch mit Moskau seit Monaten vorprogrammiert gewesen. Spätestens seit sich die Sowjets militärisch zugunsten des äthiopischen Derg-Regimes engagierten und recht unverhüllt gegen die von Somalia unterstützte Westsomalische Befreiungsfront (WSLF) Stellung bezogen, war dieser Schritt nur noch eine Frage der Zeit.

Der „Westen" seinerseits hatte eine stärkere Parteinahme für Somalia immer wieder strikt von einem Rausschmiß der SU und Cubas abhängig gemacht. Die somalische Regierung scheint nunmehr bereit, ihre gesamte Politik den Interessen des Imperialismus unterzuordnen, was natürlich nicht nur die Liquidierung der bisherigen fortschrittlichen Außenpolitik, sondern zumindest mittelfristig auch die Zurücknahme der erheblichen innenpolitischen Errungenschaften seit der „Revolution" von 1969 bedeuten würde.

In den Tagen nach dem Bruch mit der SU und Cuba gelang der somalischen Regierung eine erhebliche Massenmobilisierung für ihren Beschluß. Allein in Mogadischu demonstrierten am 14.11. über 100.000 Menschen. Neben ihrer großen Sympathie für die WSLF war der Hauptinhalt der Kundgebung von Parolen wie „Nieder mit den Russen" und „Cuba raus aus Afrika" bestimmt (vgl. z.B. „Le Monde", 16.11.).

Mit dieser regierungsoffiziellen Stoßrichtung verwirft Somalia nicht nur die eigene bisherige Bündnispolitik, sondern kehrt seine Haltung z.B. zur cubanischen Unterstützung der VR Angola ins Gegenteil und folgt allgemein den Slogans der Carterschen Afrika-Politik, wie sie bisher nur von den schlimmsten Kompradoren-Regimes nachgebetet wurden. Die Rede des somalischen Präsidenten auf der Kundgebung in Mogadischu ist als direkte Aufforderung an den Imperialismus zu verstehen, in seinem Land stärker zu intervenieren und seine militärische Präsenz im Horn von Afrika zügig auszubauen. Dabei scheute er auch nicht davor zu-
Dabei scheute er auch nicht davor zu-
rück, das bislang besonders aus Südafrika bekannte „Argument" einer „Bedrohung der Handelswege durch den Kommunismus" ins Feld zu führen.

Bereits Anfang November appellierte Siad Barre *„an die westlichen Länder ... ihre Haltung gegenüber seinem Land zu überdenken, von der Position des Abwartens und der Neutralität abzurücken und auf politischer oder militärischer Ebene angesichts der einseitigen sowjetischen Stellungnahme und Hilfe für Äthiopien ,zu reagieren'. An die Adresse der Vereinigten Staaten gerichtet, sagte Barre, daß Washington eine internationale Verantwortung (!) habe, die auch die Sicherheit (!) auf dem Horn von Afrika und des Indischen Ozeans einschließe"* („Neue Zürcher Zeitung", 2.11.). Die Verantwortung, die die USA hätten, bezog Barre vor allem auf die arabischen Erdölländer (!). Wenn sie ihr im Fall Somalias nicht nachkämen, wie stünde es dann mit der *„Sicherheit der Verbündeten der Vereinigten Staaten"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.11. , „International Herald Tribune", 25.11.).

Mitte November erneuerte Barre seinen Appell an die arabische Reaktion, Truppen nach Somalia zu entsenden: *„Die ganze arabische Welt sei bedroht, erklärte er. Für den Westen stehe die Freiheit der Schiffahrt und des Handels (!) auf dem Spiel, falls es der Sowjetunion gelinge, sich am Horn von Afrika festzusetzen"* („Süddeutsche Zeitung", 16.11.).

Wie „wohlwollend" dieser Appell an den Imperialismus in den USA aufgefaßt wird, machte der demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Samuel Stratton am folgenden Tag deutlich: Er forderte Präsident Carter auf, Somalia *„schnell und entschlossen (zu) helfen"* und zu versuchen, die von den Sowjets verlassenen Militärstützpunkte des Landes zu erhalten.

Am 24.11. erneuerte Barre seinen dringlichen Appell an die Imperialisten, sich in Somalia festzusetzen, ein drittes Mal. Die Sowjetunion versuche, *„die Herrschaft am Roten Meer zu erringen"*. Die USA sollten sich endlich *„wie Europa der Bedrohung einer der wichtigsten Schiffahrtsrouten bewußt werden"* und er fügte hinzu: *„Ob sie auf das katastrophale Ende warten wollen, liegt in ihrer Verantwortung".*
Allerdings habe er inzwischen *„gute Nachrichten"* aus Washington erhalten („SZ", 25.11.). Bis sich diese
ten („SZ", 25.11.). Bis sich diese
„guten Nachrichten" in massiver Unterstützung konkretisieren, ist Barre offenbar zu jeder Liebesdienerei für den Imperialismus zu haben. Wenige Tage nach dem Besuch Numeiris in Kairo wird auch er dorthin pilgern, um Präsident Sadat seiner Unterstützung für die Israel-Reise zu versichern („NHP", 24.11.)!!

Ein weiteres besonderes Übersoll erfüllt Barre mit seiner „Informationspolitik" über das kubanische Engagement in Äthiopien. Der Höhepunkt eines wilden Zahlenkarussels war die Behauptung Barres, in Äthiopien seien über 20.000 kubanische Soldaten eingesetzt. Den USA warf er gar *„schwache Geheimdienstarbeit"* vor, weil sie die Zahl der kubanischen Militärberater mit nur 400 veranschlage („SZ", 25.11.). In dieser Weise hatte seinerzeit nicht einmal die FNLA in Angola schamlos übertrieben (Kuba bestreitet die Entsendung von Truppen nach Äthiopien)!!

Erste Waffenlieferungen für Somalia

Nun scheinen alle Kriterien erfüllt zu sein, die Saudi-Arabien seinerzeit für einen 500 Mio. Dollar-Kredit u.a. zur Finanzierung von Waffenlieferungen an Somalia genannt hatte:

1. Rausschmiß der SU und
2. „Islamisierung und Arabisierung" (sprich Rechtswendung) der somalischen Innenpolitik („NZZ", 31.8.).

Die Lieferungen laufen jetzt an: Ägypten schickt seine sowjetischen Waffen an Somalia und erhält dafür nach Angaben des Leiters des Militärausschusses im Repräsentantenhaus moderne US-Waffen („Heute", 21.11.). Auch mit dem faschistischen Schah-Regime finden z.Zt. militärische Verhandlungen statt („Le Monde, 15.11.).

Nach Angaben des kenianischen Außenministers liefert Frankreich inzwischen *„leichte Waffen"* an Somalia. Vier Tage nach dem Bruch mit Moskau und Havanna hielt sich eine hohe US-Militärdelegation in Somalia auf, um über die Möglichkeiten von Waffenlieferungen zu verhandeln („SZ", 18.11).

Insgesamt zeigt sich wohl, daß die Hoffnungen der Antiimperialisten, Somalia würde nach dem absehbaren Bruch mit der SU zumindest eine „blockfreie", relativ eigenständige Politik entwickeln, sich zerschlagen haben.

Afrika-Kommission
Afrika-Kommission

Generalstreik in Italien

Am 15. November riefen die drei großen italienischen Gewerkschaften CGIL (revisionistisch), CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialdemokratisch) zu einem Generalstreik in allen Industriebetrieben und öffentlichen Verwaltungen auf. Seit dem Parteienabkommen im Juni zwischen den sechs die DC-Regierung unterstützenden Parteien kommen auch die Gewerkschaften zunehmend in Schwierigkeiten, den Arbeitern die Politik des Lohnabbaus und der verschärften Rationalisierung zu verkaufen. Besonders die Streichung der „scala mobile", des automatischen Inflationsausgleichs zum Lohn, führt zu immer größerem Lohnraub. Nachdem Anfang November erneut Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften über eine Neustrukturierung der Löhne und Gehällter gescheitert waren, riefen die Gewerkschaften mit starken Worten zum Generalstreik auf. Insgesamt nahmen acht Millionen Arbeiter und Angestellte am Streik teil und legten für vier Stunden die Arbeit nieder. Die bedeutendste Demonstration und Kundgebung fand in Neapel statt. Am stärksten in der Demonstration vertreten waren die Arbeiter der großen von Rationalisierung bedrohten Firmen der Region wie Italsider und Alfasud, außerdem Kollegen vieler kleiner Betriebe, deren Arbeitsplätze durch die immer stärkere Monopolisierung bedroht sind. Es dominierten Parolen gegen das Regierungsabkommen, für die Verbesserung der Lage der Jugendlichen, Frauen und Arbeitslosen und der Arbeiter in den ärmeren Regionen Italiens, vor allem dem Mezzogiorno (Süditalien). Weitere Demonstrationen fanden in Mailand, Bari (10.000), Turin und auf Padova statt.

Italien-Kommission

Führendes SWAPO- Mitglied aus der BRD abgeschoben

Einen weiteren Beweis, wie ernst die Herrschenden hierzulande ihre neuerdings propagierte „Unterstützung" der südafrikanischen Befreiungsbewegungen nehmen, lieferte die NRW-Landesregierung in der Nacht vom 18. auf den 19. November. Spätabends am 18.11. erschienen mehrere Polizisten und Beamte der Ausländerbehörde in der Wohnung des namibianischen Flüchtlingehepaares Shivangulula in Wuppertal und führten beide ins Polizeirevier ab.

Einen gerichtlichen Beschluß für diese „Nacht- und Nebelaktion" konnten die Beamten nicht vorlegen. Auf Nachfrage der SWAPO-Genossen erklärten sie, daß sie dies nicht nötig hätten, da ein entsprechendes Papier bereits mit der Eilpost unterwegs sei. Die Shivanguluas durften keinerlei persönliche Habe mitnehmen, es war ihnen nicht gestattet, vor ihrer Abschiebung nach Botswana noch einmal in ihre Wohnung zurückzukehren. Eine Besuchserlaubnis im Revier für Pfarrer Siegfried Groth von der Vereinigten Evangelischen Mission, Wuppertal, die die Betreuung der Flüchtlinge übernommen hatte, wurde verweigert (alle Informationen nach „Neue Westfälische", NW Bielefeld, 23.11.).

Was ist der Hintergrund dieses skandalösen Vorgangs, der erneut zeigt, daß die seit kurzem gültige Asylgesetzgebung den Ausländern keinerlei Rechte mehr zugesteht? Daniel Shivangulua war bis Dezember 76 Sekretär der SWAPO in Walvisbay, Namibia. Er wurde von den Rassisten mehrfach ins Gefängnis geworfen und dabei gefoltert. Es gelang ihm, aus Namibia zu flüchten und – ohne Papiere – landete er schließlich in der BRD, wo er sofort Aufenthaltsgenehmigung und politisches Asyl beantragte. Nach den geltenden Gesetzen muß ein Ausländer ausgewiesen werden, sofern er kein politisches Asyl beantragt, oder dies nicht ausreichend „begründen" kann und keine Aufenthaltsgenehmigung erhält (FAZ, 23.11.77). Die Behandlung des Antrags von Daniel Shivangulua auf politisches Asyl wurde vom Bundesamt in Zirndorf verzögert. Noch bevor endgültig darüber beschlossen war, entschied das Ausländeramt Wuppertal mit Unterstützung des NRW-Innenministeriums, Shivangulua abzuschieben. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf, bei dem der SWAPO-Genosse Einspruch gegen diesen Bescheid erhoben hatte, entschied, daß bis Mitte Oktober 77 neue Asylgründe vorliegen müßten, sicherte allerdings gegenüber dem Rechtsanwalt ausdrücklich aufschiebende Wirkung zu.

Wenige Wochen später ordnete das Gericht die endgültige Auslieferung des Ehepaares an.

Diese Hektik unter vollständiger Umgehung der offiziellen Richtlinien (NRW-Innenministerium: *„Dem Ausländer (wird) in jedem Fall die Möglichkeit belassen ..., gegen eine Ausweisung und die sofortige Vollstreckung die ihm gegebenen Rechtsbehelfe einzulegen"* – "FAZ", 23.11.) läßt darauf schließen, daß hier ein Präzedenzfall für zukünftige Verfahrensweisen geschaffen werden sollte. Linke politische Asylsuchende sollen in Zukunft ohne viel Federlesen „abgeschoben" werden können!

Diese Befürchtung wird durch eine erste Stellungnahme des NRW-Innenministers Hirsch bestätigt. Einer seiner Referenten teilte mit, *„die Abschiebung habe nicht gegen den Grundsatz verstoßen, daß politisch Verfolgte großzügig (!!) aufzunehmen seien ... Der Vertreter der oppositionellen SWAPO sei in Botswana nicht von der südafrikanischen Geheimpolizei bedroht.* (Anm. AK: Es ist allgemein bekannt, daß Botswana von Agenten des südafrikanischen Staatsicherheitsdienstes nur so wimmelt, und die Flüchtlinge dort schärfstens überwacht, bedroht und auch nach Südafrika verschleppt werden!) *Diese Meinung hätten auch die Botschaft der Bundesrepublik (!), der Hohe Flüchtlingskommissar der UNO, sowie das Düsseldorfer Verwaltungsgericht (!) vertreten ... Es komme hinzu, ... daß die Flüchtlinge vor einem Jahr illegal (!) in die BRD eingereist und ,seitdem großzügig in Wuppertal geduldet (!!) worden seien"* (nach Pastor Groth, in: NW, 24.11.).

Die Behörden waren darüberhinaus so „großzügig", die Shivanguluas für die Mitnahme einiger Gepäckstücke nach Botswana auch noch mit 600DM zur Kasse zu beten! (Groth auf einer Veranstaltung in Bielefeld).

Den ganzen Vorgang der Auslieferung kommentierte der Direktor der Vereinigten Evangelischen Mission in Wuppertal, Peter Sandner, der den Aufenthalt der beiden finanziert hatte, mit den Worten: *„Ich schäme mich, daß in der Bundesrepublik so etwas passieren kann."* Bei den Namibiern müsse der Eindruck entstehen, daß sie *„in unserem Land nicht anders behandelt werden als in Namibia, wo die Rechte der schwarzen Bevölkerung mit Füßen getreten werden"* (FR, 22.11.).

Daniel Shivangulua selbst äußerte kurz vor seiner Auslieferung, in der BRD *„sei ihm ein rassistisches und inhumanes System begegnet"* (NW, 23.11.).

Der Vorstand von „Amnesty International" sandte ein Protestschreiben an Hirsch, in dem der dringende Verdacht geäußert wurde, daß vollendete Tatsachen geschaffen werden sollten, bevor eine gerichtliche Klärung herbeigeführt werden konnte (FR, 23.11.).

Afrika-Kommission

Internationale des Terrors

Fortsetzung von Seite 1

2% der Gesamtbevölkerung) ins Exil getrieben, um kein gleiches Schicksal wie ihre Verwandten und Freunde erleiden zu müssen („FR", 23.11.).

Strauß hat nun genau diese Situation in Chile gelobt. *„Am meisten sei er von dem inneren Frieden und der politischen Stabilität in Chile beeindruckt"*, sagte er auf seiner abschließenden Pressekonferenz in Santiago („SZ", 24.11.). Das Pinochet-Regime sei *„autoritär aber nicht totalitär"*, und er habe festgestellt, *„daß die rechtsstaatliche Ordnung ungeschmälert funktioniere"* („FAZ", 25.11.). Der deutschen Kolonie in der Provinz von Puerto Montt (die im übrigen so unsagbar viele „Verdienste" für das Zustandekommen des seinerzeitigen Militärputsches hat, denn Großgrundbesitz war noch nie ein Feind des Faschismus), rief Strauß unter beifälligem Grinsen von Pinochet zu: *„Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten (!) bleibt, und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Chile schaffen, in dem jeder Bürger stolz sagen kann: ich bin ein freier Chilene."* („FR", 25.11.). Das offizielle Bulletin des Außenministeriums der chilenischen Junta stellt über den Auftritt von Strauß insgesamt fest, daß er *„nämlich keinerlei Zweifel daran habe, daß Chile ein demokratisches Land sei, zu dem man in den letzten vier jahren noch die fundamentalen Konzepte der deutschen Demokratie hinzugefügt hat: Disziplin, Respekt und Arbeitseifer!"* („FR", 26.11.).

Man muß genau hinsehen, welche „Freiheit" in Chile es ist, die Strauß „erhalten" haben will. Man muß genau hinhorchen, was Strauß unter „innerem Frieden", „politischer Stabilität", „funktionierender rechtsstaatlicher Ordnung", „Disziplin", „Fleiß", „Leistung", „Opferbereitschaft", „Gemeinschaftssinn" und „Respekt" versteht. Und man muß schließlich sich erinnern, daß es absolut diegleichen Parolen sind, mit denen Strauß & Co. hierzulande für
denen Strauß & Co. hierzulande für
ihre politischen Absichten trommeln. Nur selten sprechen Faschisten wie Strauß ihre wirklichen Ziele offen aus; aber manchmal tun sie es doch, und das klingt dann so wie in der berüchtigten Sonthofener Rede von Strauß: *„Wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen"*. Mit „diesen Banditen" waren dabei all diejenigen gemeint, die Strauß als „Terroristen" bzw. „Terror-Sympathisanten" einstuft — und die reichen, ausdrücklich von ihm so benannt, bis in die Bundestagsfraktion der SPD hinein. Oder es klingt so, wie er es vor rund 10 Jahren bezüglich von Demonstranten sagte, die für ihn nichts weiter als *„Tiere"* seien, *„auf die die für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr anwendbar sind"*,

Aber kein führender Faschist gibt natürlich ebenso offen zu, daß er einen Massenmord plant. Das hat Hitler nicht öffentlich gesagt, das hat Pinochet nicht öffentlich gesagt, und das würde auch Strauß nicht öffentlich sagen. Ihre Taten und ihre erklärten Sympathien füreinander beweisen aber, was uns in einem solchen „inneren Frieden" und unter einer solchen „rechtsstaatlichen Ordnung" erwarten würde.

Und nicht nur uns, den Linken, den Antifaschisten und Demokraten, die aktiv den politischen Kampf zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten führen. Strauß hat in Chile über die durch die Junta illegalisierten Parteien (incl. der Christdemokratie) gesagt, daß deren Vertreter *„greinende, verbrauchte und verschlissene Typen"* seien, „die nur jammern und der ganzen Welt übelnehmen, daß sie ihre *politische Stunde versäumt haben"* („FR", 25.11.). Spätestens bei solchen Äußerungen müßten sich sogar einem
Äußerungen müßten sich sogar einem
Herrn Kohl heimlich die Angsthaare sträuben. Denn Strauß hat damit unmißverständlich gesagt, daß ein Terrorstaat, wie er ihn sich wünscht, auch keine Gnade gegenüber den Repräsentanten der parlamentarischen Ordnung geben würde, seien sie selbst auch noch so sehr in die Vorbereitung einer terroristischen Machtübernahme verstrickt, seien sie selbst auch noch so treue Wegbereiter und Vasallen gewesen — wie Frey es tatsächlich für Pinochet war, wie v. Papen, Schleicher und Brüning es für Hitler waren, und wie Kohl es für Strauß ist. Wenn das große Aufräumen à la Strauß und Pinochet inszeniert wird, dann haben diejenigen ausgedient, die nicht mit Haut und Haar jeden staatlichen Terror mittragen, sie sind „verbraucht und verschlissen", wie Strauß es in wortgetreuer Nachahmung des Nazi-Jargons bezeichnet.

Strauß hat im übrigen „nicht nur" Pinochet seine Sympathie bekundet. Er hat dies früher auch schon gegenüber dem griechischen Obristenregime, gegenüber dem spanischen Franco- und dem portugiesischen Salazar-Faschismus getan. Und er hat auf seiner Reise nach Chile Zwischenstation in Buenos Aires gemacht und der argentinischen Militärdiktatur gleichfalls seine Aufwartung gemacht. Und Dregger in Südafrika (ebenfalls mit weiteren Stationen in Namibia — das er nostalgisch „Deutsch-Südwest-Afrika" nannte — und Rhodesien)? Er versicherte seinen rassistischen Kumpanen, an deren Händen das Blut von Steve Biko, das Blut der ermordeten Schüler von Soweto, das Blut von tausenden von Schwarzen klebt: *„Wenn ich Bure wäre, würde ich mich auch auf die Festung zurückziehen und um mich schießen"*. [„Spiegel", Nr. 48, 21.11.]

Angesichts derartiger Provokationen und offenster Zurschaustellung
nen und offenster Zurschaustellung
faschistischer Gesinnung der Strauß, Dregger & Co. kann man sich manchmal wundern, wie wenig Geschichtsbewußtsein, wie wenig demokratische Gesinnung und wie wenig Courage doch in den Mitgliederreihen der SPD verblieben sind, daß sie es dulden, daß ihre — die sozialdemokratischen — Führer weiterhin die „Gemeinsamkeit der Demokraten" über die Lippen bringen können, ohne einen Sturm des Protestes zu ernten. Bundeskanzler Schmidt konnte noch vor wenigen Tagen auf dem Hamburger SPD-Parteitag unter tosendem Beifall der Delegierten eine entsprechende Äußerung eines Delegierten, daß diese „Gemeinsamkeit" mit Strauß nicht gelte, als *„ungeheuerlich"* (!) zurückweisen. Gilt dies auch nach den jüngsten Äußerungen von Strauß noch? Die SPD-Führung ist noch nie ein Bollwerk gegen den Faschismus gewesen, sondern hat im Gegenteil durch ihre Politik schon einmal Leuten vom Schlage eines Strauß den Weg an die Macht geebnet...

P.S. Strauß hat über die Ermordung des Präsidenten der Unidad Popular gesagt: *„Wenn Allende ermordet worden ist, sind Ensslin, Baader und Raspe ebenfalls ermordet worden. Der Wahrheitsgehalt ist der gleiche"*. („FR", 25.11.) Für die Aufklärung der angeblichen „Selbstmorde" von Stammheim und die Entlarvung des ganzen darum gerankten Propagandagebäudes ist dies ein wirklich dankenswerter Hinweis!



Bilanz der Junta: 50.000 Chilenen seit 1973 ermordet; ca. 60.000 politische Häftlinge in Gefängnissen und KZs; 1.800 Menschen „verschwunden". Modell Chile — Modell für Deutschland?



Dregger und Vorster ... verstehen sich blendend

In eigener Sache

Aus gegebenem Anlaß geben wir bekannt: Der im Impressum des ARBEITERKAMPF genannte Presseverantwortliche: Kai Ehlers darf in Zukunft nur noch für die zentralen Publikationen des Kommunistischen Bundes benutzt werden.
Das sind:
- **die zentral herausgegebenen Zeitungen ARBEITERKAMPF, REBELL, INTERNATIONALE;**
- **vom Verlag ARBEITERKAMPF herausgegebene zentrale Broschüren des Kommunistischen Bundes;**
- **vom Kommunistischen Bund zentral herausgegebene Flugblätter.**

Alle übrigen Publikationen dürfen unter dem zentralen Impressum nicht mehr herausgegeben werden.

LG des Kommunistischen Bundes

Anzeigen gegen Strauß

Bochum 24.11.77

An die Staatsanwaltschaft
Victoriastraße 14
Bochum 1

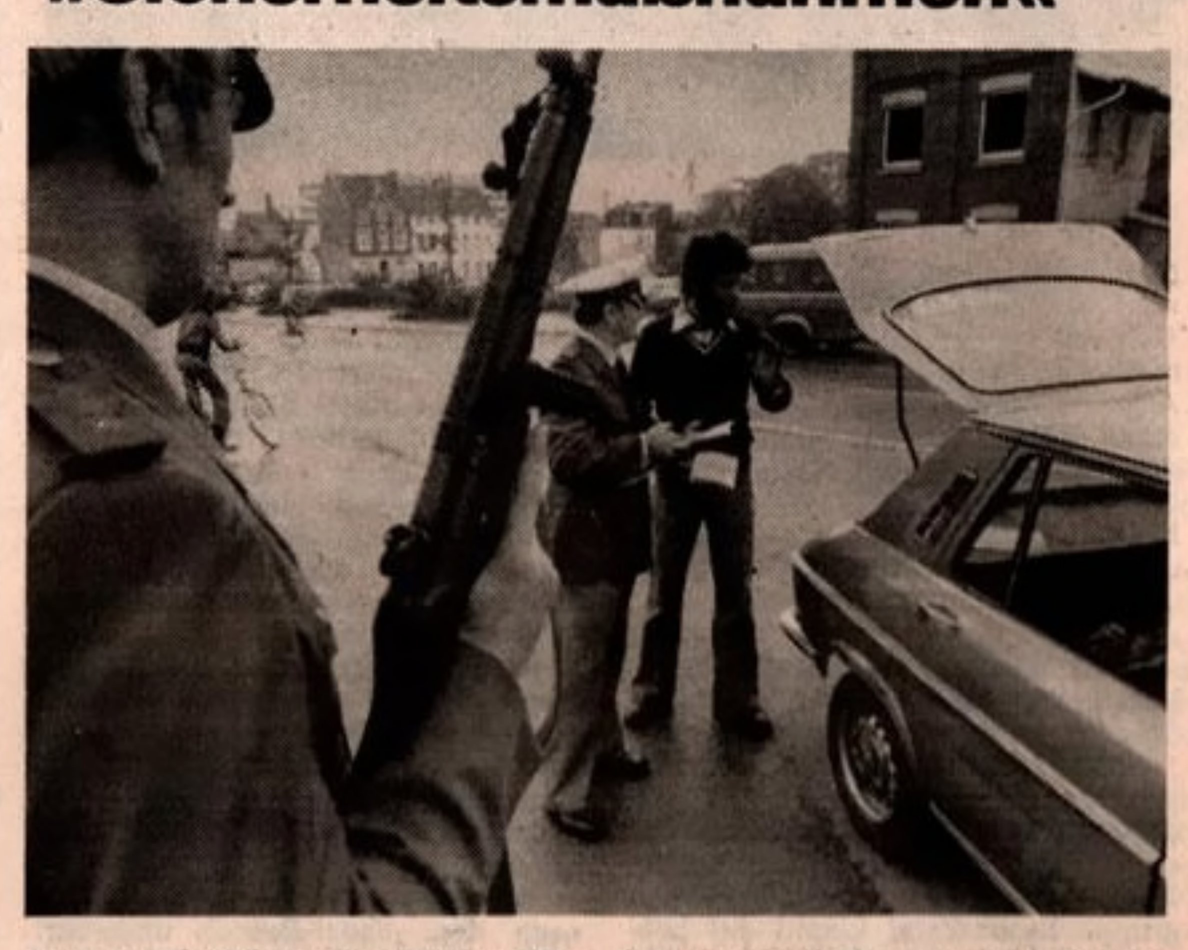
Betrifft: Strafanzeige gegen den MdB Franz-Josef Strauß/München
wegen 1) Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a StGB
2) Billigung von Straftaten § 140 Ziffer 2 StGB

Wir geben Ihnen Kenntnis über möglicherweise strafbares Verhalten des MdB Franz-Josef Strauß. Herr Strauß hielt sich bekanntlich seit Mitte der vorigen Woche auf Einladung des Chefs der Militärregierung General Pinochet für einige Tage in der Republik Chile auf. In zahlreichen Reden während seines Aufenthaltes hat Herr Strauß seine Sympathie für den Sturz der Regierung von Salvador Allende 1973 zum Ausdruck gebracht und die derzeitige Politik der Militärregierung für gut geheißen.
Bei der Militärjunta der Republik Chile handelt es sich um eine terroristische Vereinigung im Sinne des § 129 a StGB. Diese Vereinigung gründete sich mit dem Ziel des Sturzes der Regierung der „Volkseinheit" unter Salvador Allende.
Infolge des blutigen Militärputsches, den diese Vereinigung im September 1973 durchführte, wurden etwa 20.000 bis 30.000 Personen getötet, und Zehntausende verhaftet und gefoltert. Hierbei handelt es sich nicht um eine ungewollte Nebenerscheinung im Plan der Vereinigung, sondern um eine vorausberechnete Aktion der Militärs, da der Widerstand gegen ihre Machtübernahme nicht anders als durch die Ermordung zahlreicher politischer Gegner zu brechen war. Zur Festigung ihrer Machtposition und zur Fortführung ihrer Ziele wie Mord, Totschlag, Entführung und Geiselnahme schuf die Militärjunta unter anderem die Geheimpolizei DINA. Diese führte bis zu ihrer Umbildung im August dieses Jahres zahlreiche Verhaftungen, Folterungen und Morde an politischen Gegnern des Regimes durch. Sie ist verantwortlich für das spurlose Verschwinden von 2.000 Personen, die von ihr seit 1973 verhaftet wurden, und deren größter Teil wahrscheinlich von ihr ermordet wurde. Die DINA ermordete im Ausland außerdem im Jahre 1974 den nach Argentinien geflüchteten General Prats sowie 1976 den ehemaligen Minister Letelier, der als politischer Flüchtling in den USA war.
Die Militärjunta, und damit ihr Chef General Pinochet trifft die direkte Verantwortlichkeit für die Verbrechen der von ihr geschaffenen Dina, denn diese war unmittelbar der Junta, nicht aber einer anderen Institution unterstellt. Eine gerichtliche Überprüfung der Praktiken der DINA wurde ständig abgelehnt. Auch nach der Umbildung der DINA in die CNI (Central National Unformaciones) im August dieses Jahres hat die Vereinigung ihre terroristischen Ziele keineswegs aufgegeben. Die Befugnisse und Organisation der CNI entsprechen in wesentlichen Punkten denen der DINA. Die Verantwortlichkeit ist allerdings auf den Innenminister verlagert, der freilich von General Pinochet nach Belieben ernannt und entlassen werden kann. Auch die bisherige Praxis der CNI beweist, daß sie der DINA gleichzusetzen ist.
Der MdB Strauß hat für die terroristische Vereinigung der Militärjunta geworben und sie dadurch unterstützt. Seine Äußerungen beschränken sich nicht etwa darauf, die Lage in Chile wertungsfrei darzustellen, sie waren als Werbung um Verständnis für den Militärputsch und für das Weiterbestehen der Diktatur in den nächsten Jahren zu verstehen und auch so beabsichtigt. Mit diesen Aussagen wollte Herr Strauß auch auf Personen, die in der Bundesrepublik leben, einwirken. Da der Erfolg also auch in der Bundesrepublik eintreten sollte, steht der Strafverfolgung durch deutsche Behörden nicht im Wege, daß die Reden im Ausland gehalten wurden. In den Äußerungen über den Militärputsch 1973 und die spätere Regierungszeit der Junta könnte außerdem die Billigung der durch die Führung der Militärs angeordneten Ermordungen, Verhaftungen und Folterungen von politischen Gegnern gewesen sein. Dann läge eine Strafbarkeit wegen Billigung von Straftaten gemäß § 140, Ziffer 2 StGB vor.

Kommentar der Bochumer Genossen:
Ist von mehreren Personen herausgegeben worden, deren Namen nicht genannt werden sollen. Genannt werden kann allerdings die ESG Bochum.

In der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 26.11. wird in einer Zeitungsnotiz darauf hingewiesen, daß gleichlautende Anzeigen von der ESG Essen und Dortmund gestellt worden sind (an die jeweitige örtliche Staatsanwaltschaft). (Siehe auch „SZ" vom 26.11.).

Entführung als Vorwand für verschärfte »Sicherheitsmaßnahmen«



Nach der Entführung der Lufthansa-Maschine ist im Luftverkehrsbereich eine Großmobilisierung bei Grenzschutz (BGS), Polizei und beim Werkschutz der Lufthansa eingeleitet worden. An den Flughäfen werden neuerdings auch bei innerdeutschen Flügen Ausweiskontrollen durchgeführt. Die Handgepäckkontrollen sind verschärft worden. Verschlossene Gegenstände müssen geöffnet werden, alles wird per Hand von Grenzschutz und Polizei durchsucht. Durchleuchtungsgeräte, die bisher die Per-Hand-Kontrollen ersparten, sind zur Seite gestellt worden, weil bei Per-Hand-Durchsuchungen mehr Einblick in den persönlichen Bereich gewährleistet ist. Auf den Abfertigungsvorfeldern fahren jetzt mehr Panzerspähwagen des BGS zwischen den abzufertigenden Flugzeugen. Flugzeugmechaniker werden häufig, trotz Dienstbekleidung, aufgefordert sich auszuweisen.

Bei der Lufthansa ist der schon großausgebaute Werkschutz auf 12-Stunden-Schicht gesetzt worden. Ohne diesen Aufwand könnten die Kontrollen sonst gar nicht durchgeführt werden. Die Ein- und Ausgänge werden schärfer bewacht, die Kollegen, die morgens zur Arbeit fahren, müssen bis zu zweimal ihre Betriebszugehörigkeit unter Beweis stellen, bevor sie auf das Gelände kommen. Dezentrale Parkplatzeinfahrten sind geschlossen worden, so daß sich an den wenigen geöffneten Einfahrten zur Stoßzeit Autoschlangen bilden.

Auf dem Lufthansagelände darf sich ab sofort keiner mehr befinden, der nicht sichtbar an der Kleidung einen Ausweis der Firma trägt. Der Betriebsrat hat diesen Maßnahmen zugestimmt, die Geschäftsleitung hat leichtes Spiel, in dieser „Terrorzeit" solche Maßnahmen auch auf lange Sicht durchzusetzen. Es ist zu erwarten, daß weitergehende Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden, die der Betriebsrat bisher abgelehnt hatte. So startete die Geschäftsleitung vor einem dreiviertel Jahr den Versuch, an allen Betriebseingängen und -ausgängen Fernsehkameras zu installieren, um vom Werkschutzgebäude den gesamten Personen- und Kraftfahrzeugverkehr zentral zu kontrollieren.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Sadat in Israel



(Dessin de CHENEZ.)

Fortsetzung von Seite 1

Anwesenheit in Jerusalem propagandistisch bemänteln. Aber inhaltlich bedeutete es das Gegenteil: *„Damit wurde bei Sadat das Protokoll durchbrochen, das selbst den amerikanischen Präsident Nixon und seinen Außenminister Kissinger von den heiligen Stätten Jerusalems fernhielt. Die Annexion Ostjerusalems ist von keinem einzigen Staat der Welt anerkannt worden"* („NHP", 21.11.). Hinzu kommt, daß jede Anwesenheit israelischen Militärs in den heiligen Stätten des Islam bisher als ungeheurer Anfront aufgefaßt wurde. Sadat jedoch betete in der Moschee inmitten um ihn herumstehender israelischer Sicherheitsbullen.

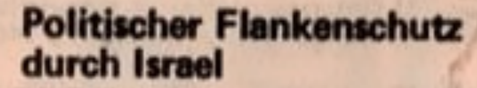
– Vor seiner Rede in der Knesset legt Sadat am Mahnmal des israelischen Soldaten einen Kranz nieder. *„Nicht einmal in den kühnsten Träumen hatten die Israelis zu hoffen gewagt, daß Sadat ihnen*



auch diesen Wunsch erfüllen werde" („NHP", 21.11.). Die Inschrift des Mahnmals lautet: *„Über eurem Blut wird ein neuer Morgen beginnen."* Gemeint ist der neue Morgen des israelischen Staates, geschaffen in drei Aggressionskriegen gegen die arabischen Völker, bezahlt nicht nur mit dem Blut israelischer Söldner, sondern vor allem mit Tausenden arabischen Toten, Terroropfer und fast einer Million Flüchtlingen.

Man könnte viele kleinere beziehungsreiche Tatsachen anführen: Ständig werden die angeblichen gemeinsamen Urväter von Juden und Arabern erwähnt, womit Sadat gnädig auch in die zionistische Legende einbezogen wird: Sadat wohnt im King David Hotel, das die Terrorgruppe Irgun Zwai Leumi des heutigen Regierungschefs Begin 1946 mit über Hundert Palästinensern und Engländern in die Luft sprengte; Sadat läßt sich von Begin zwei signierte Exemplare von dessen Biografie schenken, in dem sich Begin stolz der Terrorakte der von ihm geführten Irgun rühmt usw.

Alle diese Dinge sind natürlich weit weniger wichtig, als die Tatsache der umfassenden Anerkennung Israels. Sie könnten teilweise auch das Augenmerk von dieser zentralen Tatsache ablenken. Wir führen sie an, weil wir gründlich jede Legende widerlegen wollen, der Besuch Sadats in Israel sei nur eine besonders geschickte Taktik des Kampfes gegen den Zionismus. Diese Tatsachen zeigen nämlich, daß Sadat mehr tut, als er tun müßte. Sie zeigen, daß Sadat bewußt den Charakter der Kapitulation und der Vorleistungen b e t o n t, weil dies der Sinn seines Besuches ist und weil er gründlich dafür sorgen will, daß niemand dies übersehen kann.



Politischer Flankenschutz durch Israel

Es kommt dabei zu einer völligen Verkehrung der Gegensätze. Da über die Ergebnisse der Geheimverhandlungen kein Wort an die Öffentlichkeit dringt, soll der Eindruck entstehen, daß Sadat überhaupt keine Gegenleistungen erhalten hat. Es ist dann die i s r a e l i s c h e Presse, die die israelische Regierung auffordert, *„jetzt großzügig mutige Konzessionen anzukündigen"* („NZZ", 24.11.). Dies muß ein wahrer Triumph für die Politik Begins sein!

Dajan behauptet, Ägypten spiele weiterhin mit dem Gedanken an einen Krieg, wo doch Sadats Erklärungen in dieser Frage wirklich keinen Raum für irgendeinen Zweifel lassen. Offenbar haben es die I s r a e l i s übernommen, Sadat etwas gegen die Kritik abzuschirmen: er habe einen zu weit gehenden Friedenswillen gezeigt.

Und es ist ausgerechnet der israelische Außenminister Dajan, der davon spricht, Sadat habe die Frage der Palästinenser in den Mittelpunkt gestellt, obwohl Sadat dies nachweislich gerade nicht gemacht hat! Sadat hatte nicht die Palästinafrage, sondern die Sicherheit Israels und den Wunsch, keinen weiteren Krieg zu führen, als die beiden Hauptpunkte für eine Lösung des Nahostkonflikts bezeichnet, und er wiederholte diese Formel bei mehreren Gelegenheiten („NHP", 22.11.).

In Sadats Rede vor der Knesset wurde die PLO nicht einmal erwähnt. Auch in dieser Frage versuchte die israelische Regierung Sadat zu dekken, indem Dajan erklärte, er habe Sadat am Beginn des Besuchs darum gebeten.

Dementsprechend konnte Dajan nach dem Sadat-Besuch ungerührt erklären, *„die Palästinenserfrage sei nach israelischer Auffassung lediglich eine humanitäre Angelegenheit"* („SZ", 25.11.).

Sogar schon in Ägypten ließ Sadat keinen Zweifel daran, wie er zur Palästinenserfrage steht. Bereits am Tag vor der Reise wurde der Sender der „Stimme Palästinas" in Kairo geschlossen (der letzte Sender der PLO). In der Folge wurden 425 Palästinenser aus Ägypten ausgewiesen, darunter der Leiter des Büros der PLO in Kairo (!), der Vertreter der Fatah (!) und der Vorsitzende der Palästinensischen Studentenunion (GUPS). Die drei letzten wurden unter Polizeibegleitung zum Flughafen gebracht und in das erste nach einem arabischen Land startende Flugzeug gesetzt! (nach „SZ", 24.11., und „NZZ", 24.11.).

Die „Heldentat" war gründlich vorbereitet

Eine Propagandalegende ist es auch, daß die Sadat-Reise auf einen überraschenden persönlichen Entschluß Sadats zurückgeht. Wir sollen glauben, daß der „Friedensmann" Sadat mit einem „mutigen Schritt" die „Barrieren durchbrochen" habe. Von israelischer Seite verlautete jedoch, daß der Besuch Sadats auf den Rumänienreisen Sadats und Begins vorbereitet worden sei. Auch der österreichische Bundeskanzler Kreisky wurde als Vermittler genannt („NZZ", 24.11.). In Wahrheit hat es mit Sicherheit direkte Verhandlungen zur Vorbereitung des Besuches gegeben. Einige bürgerliche Zeitungen trieben das schlechte Schmierentheater sogar so weit zu behaupten, US-Präsident Carter sei von der Entwicklung „überrascht" worden. Richtig ist dagegen, daß sich Begin bei Carter ausdrücklich für das Zustandekommen des Sadat-Besuchs bedankt hat („NZZ", 24.11.) Der Besuch bedeutet ja auch eine bruchlose Weiterführung der US-Nahostpolitik. Wir werden unten noch genauer zeigen, daß auch arabische Regimes und u.a. Arafat vor dem Besuch konsultiert wurden. Der Besuch Sadats ist also keineswegs der große historische Sprung, als der er allgemein dargestellt wurde. Er ist ein logischer Schritt auf dem Weg zu einer imperialistischen Ordnung des Nahen Ostens. Dieser Prozeß ist spätestens seit dem Oktoberkrieg 1973 zum vorherrschenden politischen Vorgang im Nahen Osten geworden. Der (beabsichtigte) Überraschungseffekt liegt darin, daß uns der Besuch Sadats in Israel zu Bewußtsein bringt, wie weit dieser Prozeß schon fortgeschritten ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Israel soll denn auch in Zukunft ausgebaut werden („NZZ", 23.11., 24.11., 25.11., „SZ", 25.11.). Direkte Telefon-und Fernschreibverbindungen sind eingerichtet. Gespräche über Friedensverträge sollen stattfinden. Israelische Geschäftsleute wickeln ihre Kontakte zu ägyptischen Partnern jetzt offen und direkt ab. Die ägyptischen Störsender gegen die arabisch-sprachigen Sendungen des israelischen Rundfunks wurden abgeschaltet („FR", 21.11.). Das Endziel sind „normale politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Israel und Ägypten, d.h., die Ausbeutung der ägyptischen Massen durch israelisches Kapital. Die „fetten Katzen", die ägyptischen Neureichen, freuen sich jetzt schon auf dicke Geschäfte. Propagandistisch malt sich das so : „Die
pagandistisch malt sich das so : „Die
Wüsten des Nahen Ostens könnten gemeinsam zum Blühen gebracht werden ... Die Zusammenarbeit jüdischen Genies (!!) mit arabischen Ressourcen (!!) könnte die Region in das Paradies auf Erden verwandeln" (Begin, nach „NZZ", 22.11.).

Hauptverlierer: die palästinensische Befreiungsbewegung

Schon bei dem Sinai-Abkommen im September 1975 hatte Ägypten den Teilrückzug der israelischen Truppen mit Zugeständnissen in der Palästinafrage erkauft. Im Rahmen des Abkommens verpflichteten sich die USA, die PLO weder anzuerkennen noch mit ihr zu verhandeln, bevor die PLO Israel anerkennt. Israel erhielt ein Vetorecht gegen die Teilnahme der PLO oder einer palästinensischen Regierung an der Genfer Konferenz („Die Welt", 4.10.77).

Daß der Besuch Sadats in Israel einen Schlag gegen die palästinensischen Interessen darstellte, war schon aus den Begleitumständen ersichtlich: Zur gleichen Zeit als Sadat seinen Besuch ankündigte, bombardierten israelische Flugzeuge palästinensische Flüchtlingslager im Südlibanon. Das störte die Besuchsvorbereitungen überhaupt nicht und Südlibanon wurde während des Besuchs mit keinem Wort erwähnt.

Nichtanerkennung Israels – warum ?

Terror gegen die Bevölkerung, Vertreibung und Okkupation, das ist dasselbe Rezept, mit dem die Zionisten den Staat Israel errichtet haben. In einem blutigen Krieg gegen den Widerstand der Palästinenser haben sich die Zionisten in Israel angesiedelt. Die zionistischen Terrorgruppen ermordeten die Bewohner ganzer Dörfer (Massaker von Deir Yassin), um die Bevölkerung in die Flucht zu jagen. Begin, der Chef einer dieser Terrorbanden, ist heute israelischer Ministerpräsident. Im Krieg von 1956 griffen die Zionisten Ägypten an und versuchten, das fortschrittliche Nasser-Regime zu vernichten, das gerade den Suez-Kanal verstaatlicht hatte. Im Krieg von 1967 eroberten die Zionisten weitere große palästinensische, syrische und ägyptische Gebiete und vertrieben nochmals Hunderttausende.

Es war das erklärte Ziel der fortschrittlichen arabischen Regimes und der palästinensischen Befreiungsbewegung, diese imperialistischen und zionistischen Angriffe zurückzuschlagen, die arabischen Gebiete zu befreien und in Palästina einen Staat zu errichten, in dem Araber und Juden in Frieden leben können. Der Kampf gegen den Imperialismus, das war einmal der Inhalt der Frage der Nichtanerkennung des israelischen Staates.

Genf ohne die PLO?

Heute ist von den vor 1967 besetzten Gebieten sowieso schon keine Rede mehr. Und der Besuch Sadats signalisiert, daß sich die arabischen Regimes auch mit der 1967 erfolgten Besetzung palästinensischer Gebiete abfinden wollen. Auf diesen Gebieten sollte nach bisheriger Spekulation der palästinensische Ministaat errichtet werden. Selbst der Ministaatplan gehört also der Vergangenheit an. Es geht jetzt nur noch darum, dieses Konzept gegen die Palästinenser durchzusetzen. Dies richtet sich auch gegen die Sowjetunion, die den Ministaatplan besonders unterstützt hatte, weil sie hoffte, zu den dazu notwendigen Garantiemächten zu gehören und so auf ewig eine Rolle im Nahen Osten spielen zu können.

Die Sowjetunion und die „realistischen" Palästinenser waren für eine Genfer Konferenz unter Teilnahme der PLO, auf der eine Neuregelung des Nahen Ostens mit dem Kern eines palästinensischen Ministaates inhaltlich diskutiert und beschlossen werden sollte. Eine solche Genfer Konferenz hätte den arabischen Regimes gegenüber Israel den Rücken gestärkt. Die PLO versuchte, durch eine solche Konferenz von allen Seiten als Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt zu werden.

Sadat hat mit seinem Besuch jedoch die Interessen der USA und Israels gestärkt, die die Sowjetunion aus dem Nahen Osten verdrängen wollen und die die Palästinafrage durch die Schaffung vollendeter Tatsachen erledigen wollen. *„Nur in der Ausklammerung der Palästinafrage kann das stillschweigende Einverständnis zwischen Begin und Sadat bestehen"* („SZ", 26./27.11). Dies soll so vor sich gehen, daß zu Genf die Palästinenser nicht durch die PLO vertreten werden (Sadat schlägt einen palästinensischen Professor aus den USA vor) und nur Teil einer gesamtarabischen Delegation sind. Die USA propagieren darüber hinaus, *„weitere Kontakte zwischen Israel und Ägypten zu fördern, ohne unbedingt eine gemeinsame Haltung mit der Sowjetunion anzustreben"* und : *„Die Genfer Konferenz sollte nur schon vorher getroffene Abmachungen ratifizieren"* (Kissinger, nach „SZ", 24.11. und „NZZ", 25.11.).

So erklärt es sich auch, daß Sadat aus Israel keine Zugeständnisse über einen weiteren Rückzug Israels auf der Sinai-Halbinsel mitgebracht hat. Daß Ägypten hier Gebiete zurückerhalten soll, ist im Prinzip geklärt. Dies wurde von Dajan relativ offen ausgesprochen („SZ", 25.11.). Aber Sinai ist im Moment nicht wichtig, sondern wichtig ist die weitere Zurückdrängung der palästinensischen Interessen. *„Ich bin nicht zu Ihnen gekommen, um mich für einen Teilfrieden einzusetzen. Das wäre keine radikale Lösung..."* (Sadat vor der Knesset, nach „FR", 22.11.). Und vor dem ägyptischen Parlament erklärte Sadat am 24.11.: *„Genf darf nicht an Verfahrensfragen scheitern"* (Nach Rundfunkmeldung). Die „Vertrauensfrage" ist die Frage der Beteiligung der PLO. Und auch die ägyptische Zeitung „Al Akhbar" gibt diese Richtung an, wenn sie schreibt: *„Die wichtigste Frage ist jetzt: Was werden die Araber der Ablehnungsfront (gemeint sind die fortschrittlichen arabischen Regimes) nun nach dem vernichtenden Schlag gegen ihre Lügen sagen? Wie wird ihre Stellung in den Augen ihrer eigenen Völker und der Palästinenser sein?"* (Nach „NZZ", 24.11.).

Die „Konfrontationsstaaten" Syrien und Ägypten sind sich einig darin, den Ausgleich mit Israel anzustreben. Ihre Differenz ist taktischer Art: Während Syrien die Palästinafrage noch als Druckmittel gegen Israel verwenden will, hofft Sadat auf den Lohn des größten Verräters und betrachtet die Palästinenser nur mehr als Hindernis auf dem Weg zur Zusammenarbeit mit Israel.

„Frieden" nach Art der Imperialisten

Der „Friedensmann" Sadat wurde vor allem von den Reaktionären aller Länder bejubelt. Der Hetzkommentator Harald Vocke griff Nasser als Diktator an, nannte die arabischen Massen ungebildet und markierte gleich das nächste Angriffsziel für den „Friedensbringer": *„Viele Jahre lang hat der Propagandaapparat des ägyptischen Diktators Abdul Nasser den ungebildeten arabischen Massen Israel als das schlechthin politisch Böse beschrieben, als eine Schöpfung perfider Kolonialpolitik der imperialistischen Vereinigten Staaten. Sadat will als Nachfolger Nassers die Ägypter von dem Gift dieser Haßpropaganda entwöhnen. Das ist schon deshalb nicht einfach, weil jenes Gift zu den Lieblingsdrogen des Libyers Gaddafi zählt, der mit einem nicht geringen Teil der Öleinkünfte seines Landes in Ägypten Subversion und Unrast zu fördern versucht"* („Frankfurter



Sadat und Golda Meir tauschen kleine Geschenke aus ... lustig, lustig

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Allgemeine Zeitung", „FAZ", 18. 11.). „Mut und neue Gedanken" nennt Vocke dies und zeigt klar auf, was diese Friedenspropaganda bedeutet: Unterwerfung unter den Imperialismus, Krieg gegen fortschrittliche Regimes wie die von Gaddafi und Nasser, Niederschlagung der „Unrast" der hungernden Massen.

Auch Friedenskanzler Brandt lobt den „mutigen Schritt" Sadats und vergißt nicht, gleich die westdeutschen imperialistischen Interessen anzumelden: „...*werde hoffentlich auch Europa einen gewichtigen Beitrag leisten können, um den Frieden im Nahen Osten zu gewährleisten*" („SZ", 23.11.). Bundestagsvizepräsident Schmitt-Vockenhausen nutzt Sadat als gutes Beispiel gegen den Klassenkampf: *„Jetzt sollten auch im Nahen Osten Verantwortungsbewußtsein, Versöhnungsbereitschaft, Friedfertigkeit und der Mut zum einträchtigen Miteinander statt Kleinmütigkeit, Haß und Zorn das Denken der Menschen beherrschen"* (ebendort).

Der Ex-Terroristenführer Begin bezeichnet die Sadat-Reise als „großen moralischen Sieg" („FR", 22. 11.) und wird zusammen mit Sadat von zwei FDP-Bundestagsabgeordne-



ten für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen („SZ", 23.11.).

Die Friedenspropaganda anläßlich des Sadat-Besuchs baut vor allem auf die sich ständig verschlechternde Lebenslage der Massen in Israel und Ägypten auf. *„Sadat hat unlängst seinem Volk versprochen, daß bis 1980 eine Wende in der wirtschaftlichen Dauermisere eintreten wird... Sie haben es satt, immer nur für den Krieg zu arbeiten und am Rande des* *Krieg zu arbeiten und am Rande des* *Existenzminimums zu leben*" („FR", 23.11.). Und auch für Israel gilt, daß *„ganze Schichten derjenigen Wähler, die Begin in den Sattel geholfen haben und heute an den Rand des Existenzminimums gedrückt worden seien, auf der Seite von Begin stünden, weil sie Frieden mit Abbau von Rüstung und mit wirtschaftlichem Aufschwung gleichsetzten"* („FR", 23.11.).

Die Hoffnungen dieser Massen werden mit Sicherheit enttäuscht werden. Wenn die Widersprüche zwischen den Herrn beseitigt werden, so ist das immer schlecht für die Beherrschten; ihre Ausbeutung kann nun voll in Angriff genommen werden.

Wir haben am Beispiel der Palästinenser gezeigt, daß die „Normalisierung" der Beziehungen von Israel und Ägypten sich nur zu ihrem Nachteil auswirken kann. Der Staat Israel ist von Anfang an angetreten, um einen reaktionären Nahen Osten zu schaffen. Auf dem Weg des Nachgebens und der Kapitulations können Israel keine Zugeständnisse abgerungen werden. Die Niederschlagung der Befreiungsbewegungen ist deshalb die objektive Voraussetzung der „Friedensregelung", die jetzt im Gange ist. In diesem Sinne appellierte die Zentrumsfraktion der ägyptischen Staatspartei ASU an die Palästinenser, *„zwischen denen zu unterscheiden, die den Frieden wollen, und jenen, die für die totale Zerstörung sind"* („SZ", 26./27.11.). Und „Bild" vom 23.11. ließ es sich nicht nehmen, die anderen Palästinenser so zu beschreiben: *„Scharfschützen, die durch Zielfernrohre aus 300 m Entfernung eine Postkarte treffen können."* Angeblich schwebt Sadat deshalb jetzt in Lebensgefahr.

Das ganze Friedensgetue ist in Wirklichkeit Kriegshetze. Israel würde Ägypten wieder angreifen wie schon 1956 und 1967, wenn ein Nasser dort die Führung hätte. Israel betrachtet die gesamte kriegerische Eroberung Palästinas als „Befreiung" – welche Länder wird Israel im kommenden „Frieden" als nächste „befreien"?

Am Beispiel Ägyptens wird klar, daß der „Frieden" im Nahen Osten in Wirklichkeit den arabischen Reaktionären den Rücken frei machen soll für neue Kriege gegen die fortschrittlichen Kräfte. Saudi-Arabien beabsichtigt, den Raum des Roten Meeres zu beherrschen und will zu diesem Zweck in Ägypten eine arabische Rüstungsindustrie errichten. Die ägyptischen Massen werden also mehr noch als bisher für einen Krieg arbeiten. Ägypten hat vor kurzem Libyen angegriffen, um „Gaddafi eine Lektion zu erteilen". Ägypten hat Truppen nach dem Sudan geschickt und nach Zaire, um die dortigen reaktionären Regimes zu stützen. Es kann also keine Rede davon sein, daß es Sadat darum geht, kein ägyptisches Blut mehr zu vergießen! Das Sadat-Regime hat im Januar auf demonstrierende Arbeiter schießen lassen (über 100 Tote). Auf die ägyptischen Massen kommen also noch schlimmere Zeiten zu.

Reaktion der Palästinenser

Eine gültige Stellungnahme der PLO-Führung zum Sadat-Besuch müßte der Zentralrat der PLO abgeben. Die fällige Sitzung des Zentralrats wurde jedoch auf den 1. Dezember verschoben, d.h.bis sich die Gemüter etwas abgekühlt haben („NZZ", 25.11.).

Eine Erklärung des ZK der Fatah bezeichnete den Besuch als *„Wendepunkt und Sieg der Pläne des Weltzionismus und seiner imperialistischen Alliierten unter Führung der USA"* („SZ", 19./20.11.). In kämpferischem Ton geht die Erklärung weiter: *„Fatah sieht, daß diese Reise das palästinensische Volk und seine bewaffnete Revolution, vertreten durch die PLO, in eine gefährliche Lage bringt, gegenüber einem Feind, der von Tag zu Tag an Brutalität und Arroganz gewinnt, der in aller Deutlichkeit und zu jeder Zeit erklärt: Keine Rechte für das palästinensische Volk, keinen palästinensischen Staat, keinen vollständigen Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten. Stattdessen bereitet er sich auf einen neuen Vernichtungskrieg gegen unser Volk und die arabische Nation vor. ...Jegliche Lösung, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Rückkehr und die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates auf seinem Boden ignoriert, wird von unserem Volk und unserer Nation abgelehnt."* Es folgtdann ein Aufruf zur Einheit der palästinensischen und arabischen Kräfte gegen den zionistischen Feind. (WAFA (palästinensische Nachrichtenagentur), nach einer Veröffentlichung der Informationsstelle Palästina (ISPA), Bonn).

Die Demokratische Front zur Be-

Die „Demokratische Front zur Befreiung Palästinas" (DFLP) propagierte ebenfalls Maßnahmen zur Schaffung einer gemeinsamen Front der PLO mit Libyen, Algerien, Syrien, Irak und VR Jemen („SZ", 23.11.).

Die „Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP) rief „alle nationalen und fortschrittlichen Kräfte" gegen das Sadat-Regime auf („NZZ", 18.11.). Es ist zu hoffen, daß die Einheit auf palästinensischer Ebene zustandekommt, besonders da nun wohl die meisten Hoffnungen auf eine „friedliche Lösung" enttäuscht werden.

Die PFLP scheint jedoch guten Anlaß gehabt zu haben, der PLO-Führung eine „demagogische und unlautere Politik" vorzuwerfen. Es stellte sich nämlich heraus, daß PLO-Führer Arafat über die bevorstehende Sadat-Reise informiert und offenbar auch an den Vorbereitungen beteiligt war. Als Sadat seinen Reisewunsch vor dem ägyptischen Parlament bekanntgab, war Arafat anwesend und zeigte nicht die leiseste Regung eines Protestes. Er hielt sich schon mehrere Tage in Kairo auf und hatte ausführliche Gespräche mit Sadat geführt. Über diese Gespräche hatte er in einem Interview mit der Beiruter Zeitung „Al Liwa" berichtet und gesagt, er sei mit der Politik Sadats voll und ganz einverstanden. Zur gleichen Zeit verbreitete Sadat, Arafat sei mit dem Vorschlag einverstanden, die Palästinenser in Genf durch einen palästinensischen US-Professor zu repräsentieren („SZ", 25.11.).

Alle diese Dinge führten dazu, daß unter den Palästinensern allgemein angenommen wurde, Arafat habe dem Israel-Besuch Sadats zugestimmt. Arafat sah sich veranlaßt, dies zu dementieren. Die Palästinenser kritisierten an der Haltung Arafats vor allem, daß er den Vorschlag Sadats zu dessen Israel-Reise nicht sofort verurteilt hatte. Diese Tatsache kann Arafat durch kein Dementi aus der Welt schaffen. Diese Tatsache des stillschweigenden Einverständnisses Arafats mit Sadat ist auch ein unverzichtbarer Bestandteil der Israel-Reise Sadats gewesen.

Abwartende Haltung Syriens

Die Haltung der fortschrittlicheren arabischen Regimes brachte das Außenministerium der VR Jemen zum Ausdruck, indem es die Sadat-Reise als einen „Schlag gegen die arabische Solidarität" verurteilte („SZ", 24.11.). In der Folge wurde eine Reihe von Versuchen gemacht,



Protestdemonstration in Beirut: „Nasser, wo bist du?"

eine Front der fortschrittlicheren Staaten gegen das Sadat-Regime zu bilden.

Die libysche und die algerische Regierung machten Versuche, Syrien in diese Front mit einzubeziehen. *„Wir werden Syrien unbegrenzte Unterstützung in finanzieller und anderer Hinsicht zuteil werden lassen"*, erklärte der libysche Außenminister Dschallud. Libyen verschickte Einladungen zu einer Gipfelkonferenz an Syrien, Irak, Algerien, VR Jemen und die PLO („SZ", 25.11.).

Doch Syrien hat sich längst auf eine Teilnahme am Prozeß der imperialistischen Ordnung in Nahost festgelegt. Auch die Sadat-Reise wurde mit Syrien abgestimmt. Vor seinem Israel Besuch konferierte Sadat mit



Sadat betet in Jerusalem ... das wird ihn letztlich kaum retten

Assad. Die Proteste aus Syrien waren lasch und unklar. Zusammen mit der PLO bezeichnete Syrien den Besuch als „Sabotage", erklärte jedoch gleichzeitig, *„die Ablehnung der Initiative (!) Sadats bedeute nicht, daß sich Syrien nicht weiter an den Bemühungen um eine dauerhafte Friedenslösung und die Wiedereinberufung der Genfer Nahost-Konferenz beteiligen werde"* („SZ", 24.11.). So konnte auch ein ägyptischer Regierungssprecher erklären, Syrien werde nach Genf kommen. Die Differenzen bestünden *„mehr über die Methoden als die Ziele"* („FR", 25.11.).

Gegenüber der libyschen Einladung kündigte auch Sadat eine Gipfelkonferenz an. Zwar lehnte Syrien diese Einladung ab, aber es kann sein, daß das syrische Regime zu keiner der vorgeschlagenen Gipfelkonferenzen gehen wird. Das syrische Regime kann, mit dem Faustpfand Libanon und der Kontrolle über Teile derPLO, die weitere Entwicklung abwarten. Für einen „Frieden" wird es auf jeden Fall gebraucht.

Eine Welle von Protesten

Zum Schutz Sadats waren in Israel über 10.000 POlizisten und Soldaten aufgeboten worden („FR", 21.11.). Dies zeigt wohl allein schon, wie wenig willkommen sein Besuch bei den Palästinensern war. In der ägyptischen Armee waren vor der Abreise Sadats 130 Offiziere entfernt worden, wohl weil Sadat handfeste Kritik aus diesen Reihen fürchtete („NZZ", 22.11.). Der angeblich so triumphale Empfang Sadats in Kairo nach der Israel-Reise war von „Gewerkschaften" und „anderen Organisationen" im voraus organisiert worden („FR", 21.11.), mit dem Zweck, *„die heftigen arabischen Proteste gegen die Reise nach Israel zu dämpfen"* („NHP", 21.11.).

Trotzdem regten sich in Ägypten Proteste. Linke Studenten und die palästinensische Studentenunion verbreiteten Flugblätter und bezeichneten die Sadat-Reise als einen „verräterischen Schritt" („FR", 21.11.).

In aller Welt fanden Demonstrationen statt und wurden die ägyptischen Botschaften gestürmt:

- In Ankara wurde ein Sprengsatz in der Botschaft deponiert.
- In Damaskus stürmten palästinensische und syrische Demonstranten durch Flüchtlingslager und riefen: „Tötet den Verräter!"
- In Athen erschossen Botschaftsangestellte einen Demonstranten, worauf auch POlizei und Militär eingriffen und gegen die unbewaffneten Demonstranten vorgingen.
- In London wurden die Büros der Arabischen Liga besetzt. Ein GUPS-Sprecher bezeichnete den Israel-Besuch Sadats als „Verrat" und erklärte, Sadat und Begin seien keine Männer des Friedens.
- Weitere Demonstrationen fanden statt in Mailand, Madrid, Stockholm, Delhi, Bukarest und Moskau.
- Aus Protest beging in Aden (VR Jemen) ein antizionistischer Kämpfer des Jahres 1948 Selbstmord zur gleichen Zeit als Sadat Israel betrat.

Am 19.11. fand in Bonn eine Protestkundgebung vor der ägyptischen Botschaft statt, an der 200 arabische Arbeiter und Studenten aus aus der ganzen BRD teilnahmen. Eine Protestnote wurde übergeben und Vertreter des Palästinensischen Studentenverbandes (PSV) und der GUAS hielten Reden, in denen sie forderten, die Politik Sadats offenzulegen und zu bekämpfen. Sie erklärten ihre uneingeschränkte Solidarität mit der palästinensischen Revolution und den Kämpfen der arabischen Massen gegen Reaktion, Zionismus und Imperialismus.

Es ist in den vergangenen Tagen oft der Wunsch geäußert worden, Sadat möge von der ägyptischen Armee aus dem Amt gejagt werden. Dies würde allerdings wohl kaum den Vormarsch der Reaktion im Nahen Osten aufhalten, der getragen wird von den arabischen und imperialistischen Macht- und Profitinteressen. Nur der Aufschwung der Klassenkämpfe in den arabischen Ländern kann diese Entwicklung stoppen. Mit Streiks und sogar Aufständen haben in den letzten Jahren die ägyptischen Massen auch politische Forderungen erhoben. Diese Massen sitzen Sadat im Nacken und sind einer der Gründe, warum es Sadat und im Hintergrund die US-Imperialisten so eilig haben, dieser Entwicklung vorzubeugen.

Nahostkommission

VR Moșambik: Bisher massivster Überfall der rhodesischen Rassisten !

Am 23.11. haben rhodesische Truppen den bisher massivsten Überfall auf die VR Mosambik seit deren Unabhängigkeit im Jahre 1975 gestartet. Unterstützt von Hubschraubern und Mirage-Kampfflugzeugen überschritten sie die Grenze im Bereich der Provinz Manica im Westen Mosambiks. Entlang der gesamten Grenze massierte das Rassisten-Regime große Truppenverbände, die für weitere Angriffe bereit stehen.

Anfänglich gelang es den Volksbefreiungskräften Mosambiks, den Angriff zurückzuschlagen, inzwischen soll die Rassisten-Armee jedoch kurz vor der Provinzhauptstadt Chimoio stehen und versuchen, diese zu erobern (NDR 2, 26. Nov., 13.00 Uhr-Nachrichten).

Dieser Angriff gilt sowohl der VR Mosambik als auch den Guerillas der Patriotischen Front, deren revolutionärer Kampf Haupthindernis einer pro-imperialistischen Lösung ist.

Gerade während der bevorstehenden Regenzeit war eine Großoffensive der Befreiungskämpfer erwartet worden.

Einen Tag nach dem Überfall verkündete Rassistenchef Smith, daß er nunmehr bereit sei, das Prinzip „Ein-Mann-eine-Stimme" für allgemeine Wahlen anzuerkennen, während bislang in Rhodesien nur die Weißen und einige Tausend Schwarze wählen durften.

Damit ist nunmehr der Weg freigemacht für die von Smith angestrebte „interne Lösung" mit seinen eigenen Marionetten, Muzorewa, Sithole und der ZUPO unter Ausschluß der Patriotischen Front von ZAPU und ZANU, deren Guerilla-Einheiten allein den bewaffneten Kampf in Zimbabwe führen.

Bislang hatten die Marionetten Verhandlungen für eine Verfassungskonferenz mit dem rhodesischen Regime über eine „Machtübergabe" von der vorherigen Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts durch die Rassisten abhängig gemacht.

Sithole und die ZUPO haben die Rede von Smith bereits als entscheidenden „Durchbruch" begrüßt. Die ZUPO: *„Der Kampf um die Mehrheitsherrschaft ist gewonnen. Ein Ende des Terrorismus muß nun in Sicht kommen"*. Ein Sprecher Sitholes: *„Wir glauben, daß wir erreicht haben, wofür wir kämpften"* („SZ", 26./27.11).

Auch Muzorewa wird sich an den Verhandlungen beteiligen, die bereits in der nächsten Woche stattfinden sollen („Observer", 27.11.)

Beide Vorgänge, der brutale Überfall auf Mosambik und die unmittelbar bevorstehende „interne Lösung" dienen ein- und demselben Ziel: Die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in Zimbabwe mit einer pro-imperialistischen schwarzen „Mehrheitsregierung".

Diese Lösung setzt die physische Liquidierung der zimbabwischen Revolutionäre voraus, was einen voll eskalierten Krieg der Rassisten gegen das Hinterland der zimbabweschen Revolution, die VR Angola bedeuten könnte.

Eine entscheidende Phase des zimbabweschen Widerstands ist angelaufen.

Afrika-Kommission

»Selbstmord« die »Endlösung« des Staates

Nach einem Zwischenfall in Stammheim, bei dem die damals dort noch inhaftierten Gefangenen Ingrid Schubert, Irmgard Möller, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan Carl Raspe, Helmut Pohl und Wolfgang Beer von einem Rollkommando der Wachmannschaft brutal zusammengeschlagen wurden (am 9.8.77), erklärten die Gefangenen übereinstimmend in ihren Berichten, der Staat strebe nunmehr „**die Endlösung in Stammheim**", d.h. die Ermordung der politischen Gefangenen an. Über 40 politische Gefangene in Stammheim und anderen Gefängnissen der BRD und Westberlin traten daraufhin in einen Hunger- und kurz darauf auch Durststreik. Ihr Ziel: Protest gegen eine seit der Ablösung Bubacks durch Rebmann besonders spürbare Verschärfung der Haftbedingungen, Protest gegen die von ihnen befürchtete „Endlösung", Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Gruppen von mindestens 15 und Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, d.h. Behandlung als Kriegsgefangene.

Wir schrieben damals zur Einschätzung der Stammheimer Gefangenen über die „Endlösung" und über den Hungerstreik u.a. „ . . . *Diese Einschätzung ist hysterisch und in sich selbst unlogisch. Denn wie sollte die Bourgeoisie ihren angeblichen oder tatsächlichen Schwierigkeiten entgehen, indem sie – innerhalb der allernächsten Tage oder Wochen – die Gefangenen ‚ermordet' (wie auch immer)? Das sind immerhin heute schon mehr als 100 Menschen.*

Unlogisch ist auf dieser Basis auch die Kampfform des Hunger- und mehr noch des Durststreiks. Denn der Bourgeoisie müßte es ja nur allzu gelegen kommen, wenn sich jetzt die politischen Gefangenen sozusagen ‚freiwillig' zu Tode hungern und dursten und damit der Bourgeoisie das Geschäft (‚Endlösung') erleichtern. Übrigens zeigen die allerletzten Reaktionen von Rebmann u.a., daß er es tatsächlich auf einen oder mehrere tote Gefangene als Opfer des Hunger- und Durstreiks ankommen lassen will.

Daß Rebmann & Co die ‚Endlösung in Stammheim innerhalb der nächsten Tage' planen, halten wir für eine absurde These. Daß sie aber den Tod e i n z e l n e r Gefangener in
nächsten Tage' planen, halten wir für eine absurde These. Daß sie aber den Tod e i n z e l n e r Gefangener in
Kauf nehmen oder gar provozieren könnten, scheint uns durchaus denkbar. Gerade deshalb kann in dieser Situation der Hunger- und Durststreik keine brauchbare Waffe sein. Man protestiert sinnvollerweise nicht gegen seine geplante Ermordung, indem man sich selbst zu Tode fastet . ." (AK 111, S. 2).

Heute, nach dem „Selbstmord" an mittlerweile fünf Gefangenen (Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert), nach dem „Selbstmordversuch" an Irmgard Möller, nach der makabren Inszenierung der „Sprengstoff- und Waffenfunde" in Stammheim und nach der provokatorischen Deponierung von Rasierklingen in der Zelle des Anwalts Croissant, wird man ernsthaft kaum umhin können, die Frage der Anfang August von den Gefangenen befürchteten „Endlösung" anders zu sehen, als wir es damals taten.

Es läßt sich manches zur Erklärung unserer damaligen Einschätzung vorbringen: Daß die Stammheimer politischen Gefangenen in ihren Berichten die Schwierigkeiten des Staates überschätzten, daß sie schon wiederholt in ähnlicher Weise ihre bevorstehende Ermordung angekündigt hatten, daß sie ihre Erklärungen über eine nunmehr kurz bevorstehende geplante „Endlösung" kaum mit Argumenten abstützten, (Was auch von den Komitees u.ä. zur Unterstützung der Gefangenen nicht nachgeholt wurde), daß die Ankündigung „ i n d e n n ä c h s t e n T a g e n" besonders unglaubwürdig klang, und ähnliches mehr.

All dies darf aber nicht von der selbstkritisch zu behandelnden Tatsache ablenken, daß wir damals die Entschlossenheit und Bereitschaft des Staates, die physische Liquidierung der Gefangenen, also ihre Ermordung, nicht bloß durch die Haftbedingungen schleichend herbeizuführen und womöglich zu provozieren, sondern sie planmäßig und d i r e k t vorzunehmen, beträchtlich unterschätzt haben. Im Blick war uns zwar das indirekte Herbeiführen des Todes von Gefangenen – wie im Falle von Katherina Hammerschmidt, Siegfried Hausner und Holger Meins – oder auch der Einzelfall eines inszenierten „Selbstmords" (Ulrike Meinhof). Überhaupt nicht vorstellbar aber war für uns die ungeheuerliche Inszenierung eines M a s s e n-„Selbstmords" an mehreren Gefangenen gleichzeitig und unter den märchenhaften Umständen wie es dann in Stammheim am 18. Oktober tatsächlich geschah. Unvorstellbar war für uns, daß man einfach hingehen könnte, um einen Gefangenen in seiner Zelle abzuknallen und dies dann als Selbstmord auszugeben.

Es sei übrigens in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß der „Selbstmord" an politischen Gefangenen eine lange Tradition hat. Der Fall unter vielen, der mit den „Selbstmorden" von Stammheim und Stadelheim wohl die größte politische Parallelität aufweist, ist der angebliche „Selbstmord" von Tsuneo Mori, einem der Führer der japanischen Terroristengruppe „Vereinigte Rote Armee" im Januar 1973.

Der „Selbstmord" an politischen Gefangenen, besonders den bekanntesten unter ihnen, dient einem doppelten Zweck: Auf der politisch-ideologischen Ebene soll der „Selbstmord" das totale Scheitern nicht nur des Terrorismus, sondern überhaupt jeder gewaltsamen Auflehnung gegen die ‚Gewaltmaschine' des bürgerlichen Staates demonstrieren. Gleichzeitig geht es aber auch darum, sich diese Gefangenen vom Halse zu schaffen, um nicht mehr zu ihrer Freilassung erpreßt werden zu können, geht es darum, Revolutionäre einzuschüchtern und geht es immer offensichtlicher auch darum, **die politischen Gefangenen in ihrer Gesamtheit als Geiseln einzusetzen, mit deren Be- und Mißhandlung die terroristischen Gruppen unter Druck gesetzt werden sollen. Auch auf diesen Punkt haben die politischen Gefangenen von Stammheim in ihren Erklärungen Anfang August hingewiesen, ohne daß dies in der Linken – uns eingeschlossen – damals schon richtig begriffen worden ist. Inzwischen ist der faktische Geisel-Status der politischen Gefangenen nicht bloß durch eine breite öffentliche Propaganda, sondern sogar durch höchstoffizielle Stellungnahmen von**
bloß durch eine breite öffentliche Propaganda, sondern sogar durch höchstoffizielle Stellungnahmen von
bürgerlichen Politikern bestätigt worden.





Irmgard Möller bei ihrer Festnahme. Heute schwebt die Genossin in höchster Lebensgefahr

Die „Endlösung" – von langer Hand vorbereitet

Die „Selbstmorde" von Stammheim und Stadelheim waren in den Wochen seit Beginn der Schleyer-Entführung und verstärkt nach der Entführung des Lufthansa-Flugzeugs propagandistisch-publizistisch in einer Weise vorbereitet worden, die diese „Selbstmorde" praktisch als staatlichen Vollzug einer in breiten Teilen der Bevölkerung geschürten Lynch-Stimmung gegen die Gefangenen erscheinen läßt. In diesem Klima stellt sich die Frage nach Unstimmigkeiten und Unglaubwürdigkeiten in der staatsoffiziellen „Selbstmord"-Legende kaum noch. Eine langfristig auf Massenebene geführte Verblödungs-Kampagne trägt jetzt ihre Früchte. So zahlt es sich für den Staat jetzt aus, daß jahrelang in der bürgerlichen Presse die wildesten Lügen über das herrliche und fidele Leben der politischen Gefangenen verbreitet wurden. Dieser Hintergrund läßt es auch glaubwürdig erscheinen, wenn in Stammheim immer neue wunderbare „Funde" zutage gefördert werden – eine komplette Sendeanlage, drei Pistolen, zwei Pakete Sprengstoff, drei Sprengkapseln, Munition satt usw. usf. Zur Schaffung dieses Hintergrundes gehört auch, daß die Gefangenen, und namentlich der „harte Kern" um Andreas Baader und Gudrun Ensslin, jahrelang in der bürgerlichen Presse nicht nur maßlos verteufelt, sondern gleichzeitig auch als eine Art Fabelwesen aufgebaut wurden, denen eben „ a l l e s" zuzutrauen wäre.

Die Gefangenen selbst sind in ihren Berichten über den Rollkommando-Überfall vom 9. August davon ausgegangen, daß der verschärfte Kurs des Staates vor allem mit dem Wechsel nach dem Ableben des Generalbundesanwalts Bubacks in Zusammenhang steht. Für diese These gibt es in der Tat gute Argumente.

Buback starb Anfang April, während eines Hungerstreiks, den die po-
es in der Tat gute Argumente.

Buback starb Anfang April, während eines Hungerstreiks, den die po-
litischen Gefangenen Ende März begonnen hatten. Sie beendeten diesen Hungerstreik Ende April, nachdem ihnen die Erfüllung ihrer wesentlichen Forderung – Zusammenlegung einer größeren Zahl von politischen Gefangenen in Stammheim – zugesagt worden war. Die Verhandlungen mit den Gefangenen wurden geführt vom jetzigen Generalbundesanwalt Rebmann, der damals noch Funktionär im baden-württembergischen Justizministerium war. Im Mai und Juni fanden daraufhin – wiederum unter Leitung von Rebmann, der erst Mitte Juni zum Nachfolger Bubacks ernannt wurde! – in Stammheim umfangreiche Umbau-Arbeiten im Trakt der politischen Gefangenen statt. Angeblich sollten diese Umbauten der Unterbringung einer größeren Zahl von politischen Gefangenen in Stammheim dienen. Da Rebmann aber, kaum zum Generalbundesanwalt avanciert, schon seine Entschlossenheit bekundete, k e i n e weiteren Gefangenen nach Stammheim zu verlegen und die Ende April gegebenen Zusagen n i c h t einzuhalten, stellt sich die Frage nach der t a t s ä c h l i c h e n Funktion der damaligen Umbauarbeiten. Dienten sie am Ende schon der Inszenierung der späteren „Selbstmorde", durch Einbau von „Verstecken" und „Wunder-Pakten" in Putz und Mauern? Zumindest die beiden letzten Funde in Stammheim lange n a c h Abschluß der auf die „Selbstmorde" vom 18. Oktober folgenden Durchsuchungsaktion – eine Pistole und ein Sprengstoffpaket i n den Mauern – deuten darauf hin, daß in Stammheim nicht bloß mit Löchern im Putz improvisiert wurde, sondern daß einzelne „Fundgegenstände" langfristig und vorausschauend eingemauert worden waren. Der inzwischen vom neuen baden-württembergischen Justizminister angeordnete Abriß aller nichttragenden Wände im Trakt der politischen Gefangenen hat auf jeden Fall sämtliche Spuren vernichtet.

Öffentliche Propaganda für die Ermordung der Gefangenen

Öffentliche Propaganda für die Ermordung der Gefangenen

Als deutlich wurde, daß der neue Generalbundesanwalt Rebmann seine noch als Justiz-Funktionär gegebenen Zusagen nicht halten würde, traten Anfang August erneut die politischen Gefangenen in Stammheim und verschiedene politische Gefangene an anderen Orten erneut in den Hungerstreik und kurz darauf auch in den Durststreik. Während bei früheren ähnlichen Gelegenheiten nur ein paar Rechtsaußen der CDU/CSU und der Springer-Presse offen gefordert hatten, die Gefangenen keinesfalls zwangszuernähren, sondern sie gegebenenfalls sterben zu lassen, wurde diese Forderung nun erstmals einheitlich von den Bürgerlichen vertreten. Rebmann selbst gab den Ton an mit einem zynischen Kommentar, „*die Bevölkerung sei nicht daran interessiert, ob diese Leute Hunger- oder Durststreik begehen. Die Bevölkerung will, daß man diese Leute hart anfaßt*" (lt. „FAZ", 15.8.). Am 21. bzw. 22. August erschienen Springers „Bild am Sonntag" und die „Hamburger Morgenpost" (SPD-nah) übereinstimmend mit großen Schlagzeilen auf der ersten Seite: „**Terroristen nicht mehr zum Essen zwingen!**" (BamS) und „**Schluß mit der Zwangsernährung!**" (MoPo). Unter anderem erklärte auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Liedtke, die SPD sei „*bereit ..., über den Sinn einer Zwangsernährung nachzudenken*" („MoPo", 22. 8.77).

Noch deutlicher wurde diese auf den Tod der politischen Gefangenen abzielende Linie, als nach der Entführung Schleyers eine breite Diskussion in den bürgerlichen Medien einsetzte, die politischen Gefangenen als Geiseln zu behandeln und gegebenenfalls eine größere Zahl von ihnen erschiessen zu lassen. Obwohl laut Grundgesetz die Todesstrafe in der BRD abgeschafft ist, konnte diese wahrhaft „verfassungswidrige" Debatte ungeniert in der bürgerlichen Presse, Fernsehen usw. mit immer blutigeren und faschistoiden Vorschlägen und Planspielen ablaufen. Das Klima der Lynch-Justiz wurde in dieser Phase der Vorbereitungen auf die „Selbstmord"-Aktion von Stammheim direkt und unverblümt geschürt. Ein wesentliches Signal setzte dabei der nordrheinwestfälische Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD!!!), der schon kurz nach der Schleyer-Entführung gedroht hatte: **„Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanns-Martin Schleyer auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollen, schwer zurückwirken müßte"** (lt. „Welt", 14.9.) Es wurden also von Kühn Racheakte an den politischen Gefangenen öffentlich angekündigt. **Es versteht sich von selbst, daß es in der BRD – und übrigens unseres Wissens auch in keinem anderen Land – kein Gesetz gibt, daß solche Racheakte erlauben würde. Eine solche Drohung –ob nun gmeint als „nur" körperliche Mißhandlung (also F o l t e r) oder als E r m o r d u n g von Gefangenen – ist in jedem Fall verbrecherisch und selbst nach bürgerlichem Rechtsverständnis offensichtlich gesetzwidrig. Es ist eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen bzw. Ankündigung von solchen, für die Kühn und seinesgleichen von Rechts wegen hinter Gitter gehören würden!**

Verfolgt werden aber heute nicht die herrschenden Propagandisten von Folter und Geiselmord, sondern verfolgt wird z.B. der Vater von Gudrun Ensslin, der es gewagt hatte, in der italienischen (!) Zeitung „Lotta Continua" von einem Mord an seiner Tochter zu sprechen!

Die Zerschlagung der politischen Verteidigung

Zu Rebmanns ersten Taten nach seinem Amtsantritt gehörte die Zerschlagung des Anwaltsbüros Croissant, das bei der politischen Verteidigung der Gefangenen eine zentrale Rolle gepielt hatte:

– Noch Ende Juni wurde Anzeige wegen „versuchten Mordes" (!) und wegen „Körperverletzung" gegen die Anwälte Arndt Müller und Armin Newerla gestellt, weil sie den Hungerstreik von Verena Becker und Sabine Schmitz unterstützt hätten.

– Ebenfalls Ende Juni wurde gegen Croissant ein teilweises Berufsverbot verhängt, das es ihm untersagte, in „Terroristen-Prozessen" aktiv zu wer-
– Ebenfalls Ende Juni wurde gegen Croissant ein teilweises Berufsverbot verhängt, das es ihm untersagte, in „Terroristen-Prozessen" aktiv zu wer-
den.

– Am 12. Juli stellte Croissant in Paris Antrag auf politisches Asyl. Seit Anfang Januar war er „totalobserviert" (d.h. auf Schritt und Tritt beobachtet und belauscht) worden. Noch im Juli wurde Haftbefehl und Auslieferungsantrag gegen Croissant gestellt.

– Ende August wurde Armin Newerla verhaftet.

– Am 30. September wurde Croissant in Paris festgenommen; am selben Tag wurden in der BRD Arndt Müller und eine Mitarbeiterin verhaftet.

Das Anwaltsbüro Croissant ist somit zerschlagen und gleichzeitig in den Rang einer „kriminellen Vereinigung" erhoben worden. Irgendwann im weitesten Sinn ‚einmal Mitarbeiter(in) in diesem Büro gewesen zu sein, reicht heute schon für einen Platz auf dem Steckbrief aus. Darüberhinaus reichen inzwischen offenbar „Kontakte" zum Anwaltsbüro Croissant auch als Beweismittel aus, um Gruppen, die zur Unterstützung der politischen Gefangenen arbeiten, zu kriminalisieren. So geschehen kürzlich in Kaiserslautern. Nun dürften in der Tat all diese Komitees und darüber hinaus breiteste Kreise der Linken irgendwann in irgendeiner Weise „Kontakte" zum Anwaltsbüro Croissant gehabt haben, das eine zentrale Informationsstelle war...

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß schon aus dem „großen" RAF-Prozeß (Baader, Ensslin, Raspe) planmäßig die Vertrauensanwälte ausgeschlossen wurden: am 16.4. 75 Groenewold, am 2.5. Croissant, am 16.5. Stroebele. Ihnen wurde Zusammenarbeit mit ihren Mandanten vorgeworfen. Am 23.6.75 wurden die Anwälte Croissant und Stroebele und die Anwältin Marie-Luise Becker (damals Verteidigerin von Gudrun Ensslin) längere Zeit inhaftiert, ihre Anwaltsbüros durchsucht.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Die endgültige Zerschlagung des Anwaltsbüros Croissant auf Rebmanns Befehl bedeutet die Ausschaltung der aktivsten Informationszentrale zur Situation der politischen Gefangenen. Ohne anderen demokratischen und sozialistischen Verteidigern zu nahe treten zu wollen und ohne deren jeweilige Taktik hier kritisieren zu wollen, war es jedenfalls das Anwaltsbüro Croissant, das sich am aktivsten und rührigsten im In- und Ausland für Verbreitung von Informationen eingesetzt hat, Erklärungen der Gefangenen verbreitete usw. Gewiß politisch nicht immer zum Besten, aber für den Staat Grund genug, dieses Anwaltsbüro als besonders abschreckendes Exempel für die anderen Anwälte in politischen Prozessen zu liquidieren und zu kriminalisieren.

Die langfristige Strategie des Staates zielt ganz eindeutig auf die vollständige Ausschaltung von Vertrauensanwälten aus politischen Prozessen – was teilweise schon ganz offen propagiert wird. Das Kontaktsperre-Gesetz, dessen Bestimmungen so weitläufig sind, daß es praktisch jederzeit und beliebig angewendet werden kann, erlaubt bereits den – vorläufig freilich noch zeitlich begrenzten – Totalausschluß der Verteidiger. In der Praxis bedeutet das, daß die Gefangenen – wie in Stammheim vor der „Selbstmord“-Aktion – völlig schutzlos und ohne jede Kontrolle von außen ihren Mördern preisgegeben sind und daß der Staat rücksichtlos seine „Selbstmorde“ in Szene setzen kann, da nicht damit gerechnet werden muß, daß unerwünschte Informationen über die Lage der Gefangenen, Veränderungen in den Zellen, Umbesetzungen bei den Wachmannschaften usw. usf. nach draußen dringen könnten. So ist es z.B. bezeichnend, daß erst am 21. November durch Angaben des früheren Anstaltsleiters Nusser bekannt wurde, daß Baader, Ensslin, Möller und Raspe vom 20. September bis 4. Oktober – also während der Kontaktsperre – einen Hungerstreik gemacht haben. Diese Mitteilung wurde im Übrigen in der bürgerlichen Presse meist kaum beachtet, z.T. sogar unterschlagen. An diesem Beispiel wird deutlich, welche ungeheuerlichen Möglichkeiten zu Manipulationen und Verbrechen die Kontaktsperre dem Staat bietet. Die vorgeschobene Begründung – angeblich Verhinderung von Kontakten der Gefangenen zu terroristischen Gruppen draußen – ist demgegenüber lächerlich. Im Übrigen ist daran zu erinnern, daß auch die offizielle Einführung der Kontaktsperre durch eine massive öffentliche Verblödungs-Kampagne von langer Hand vorbereitet wurde, die den idiotischen Eindruck erwecken sollte, Baader usw. könnten wirklich mit Hilfe ihrer Anwälte vom Knast aus terroristische Aktionen anordnen und leiten.

Verhindern wir weitere „Selbstmorde“!

Das Ausbleiben jeder Reaktion

Verhindern wir weitere „Selbstmorde“!

Das Ausbleiben jeder Reaktion auf Massenebene nach den „Selbstmorden“ und Wundern von Stammheim und Stadelheim – außer Kundgebungen der Schadenfreude! – hat den Staat ermutigt, das „Selbstmord“-Klima weiter anzuheizen. So werden jetzt immer wieder neue Gefangene als „selbstmordgefährdet“ bezeichnet und unmenschlichsten Schikanen (Totalüberwachung bei Dauerbeleuchtung und offener Zellentür) unterworfen, um propagandistisch-publizistisch und praktisch neue „Selbstmorde“ vorzubereiten. Der Staat geht nach Stammheim und Stadelheim davon aus, daß die Mehrheit der Bevölkerung schon daran gewöhnt sein könnte, auch weitere „Selbstmorde“ und wunderhafte Inszenierungen blöd-gläubig zu schlucken. Gleichzeitg wird jeder Zweifel an der staatsoffiziellen „Selbstmord“-Legende unmittelbar als „Sympathisanten“tum verdächtigt und förmlich als kriminelles Delikt dargestellt.

All dies tatsächlich nicht ohne Erfolg. Selbst viele, die sonst nicht gerade zu den Gläubigen zählen, glauben anscheinend immer noch lieber an die „Selbstmord“-Legende, als daß sie sich die Konsequenz bewußt machen würden, d.h. die tatsächliche Möglichkeit planmäßiger staatlicher Morde an politischen Gegnern in der BRD. Eine Konsequenz nämlich, die im Widerspruch zu allen reformistischen Zukunftsperspektiven steht. Bei vielen Linksliberalen und linken Sozialdemokraten ist auch die Besorgnis zu spüren, sie könnten mit öffentlich ausgesprochenen Zweifeln an der „Selbstmord“-Legende womöglich denjenigen Munition liefern, die den bürgerlichen Staat gewaltsam bekämpfen wollen. Ebenso steht hinter dem Schweigen dieser Kräfte, oder gar ihrem Einstimmen in die „Selbstmord“-Legende natürlich auch die Angst um ihre berufliche Existenz usw., die im Zuge der „Sympathisanten“-Jagd geschürt wird.

Festzustellen ist auch, daß die DKP keinerlei Beitrag leistet, um demokratische Gegeninformationen zur „Selbstmord“-Legende zu liefern. Selbst in ihrem unlesbaren Partei-Blatt „UZ“, das ohnehin nur an Abonnenten geliefert wird, findet sich noch nicht einmal das Informationsniveau der bürgerlichen Presse zu diesem Thema wieder. Ganz zu schweigen von irgendeinem Eingreifen der DKP auf Massenebene, durch Flugblätter, auf Veranstaltungen. Dabei reicht in der DKP das Spektrum der Meinungen von klammheimlicher Freude über die „Selbstmorde“ (wie z.B. dem DKP-Studentenfunktionär Knickrehm, der seiner Freude sogar öffentlich Ausdruck gab!) bis hin zu aufrichtiger Empörung. In Äußerungen der DKP spiegelt sich davon aber nichts wieder.

Sehr schweigsam ist auch das Sozialistische Büro, das noch kürzlich mit „Distanzierungen“ vom Terrorismus etwas schneller zur Stelle war. Der Wunsch, aus dem „linken Ghetto“ herauszukommen; d.h. sich aus der Gefahrenzone der Angriffe auf den Terrorismus, die „K-Gruppen“ und die „Sympathisanten-Szene“ abzusetzen, scheint im Hintergrund dieses Verhaltens zu stehen.

Es findet insgesamt eine gigantische Verdrängungsaktion statt, die aus den Terroristen „Hitlers Kinder“ zu machen versucht und die sich damit um die Frage der Solidarität mit den Gefangenen weit herumzudrücken versucht. Vor allem bei den Sozialdemokraten und Liberalen ist dahinter der Wunsch sichtbar, mit dem eigenen Gewissen ins Reine zu kommen, indem sie die repressiven Maßnahmen „ihrer“ Regierung, deren Charakter sie sehr wohl erkennen, als eine verständliche („Über“-)Reaktion auf das Treiben der Terroristen, den „Helfern der Reaktion“, darstellen. Um die Konstruktion von „Hitlers Kindern“ aufrechtzuerhalten, werden obendrein die Gefangenen aus der RAF mit volksfeindlichen Aktionen wie besonders der jüngsten Flugzeugentführung identifiziert, obwohl doch eindeutig ist – was immer man sonst denken mag – daß Leute wie Ingrid Schubert, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Ulrike Meinhof s o l c h e Aktionen nicht durchgeführt haben, daß sie im Gegenteil „Aktionen gegen das Volk“ immer abgelehnt haben.

Kein Weg führt daran vorbei, daß Gudrun Ensslin, Andreas Baader und die anderen ermordeten Gefangenen nicht „H i t l e r s Kinder“ waren, sondern, wenn man in diesen Formulierungen bleiben will, „Kinder der A P O“, also ein gutes Stück lang unsere Weggefährten. Jede andere Betrachtungsweise, die dies ignoriert, ist unredlich, feige.–

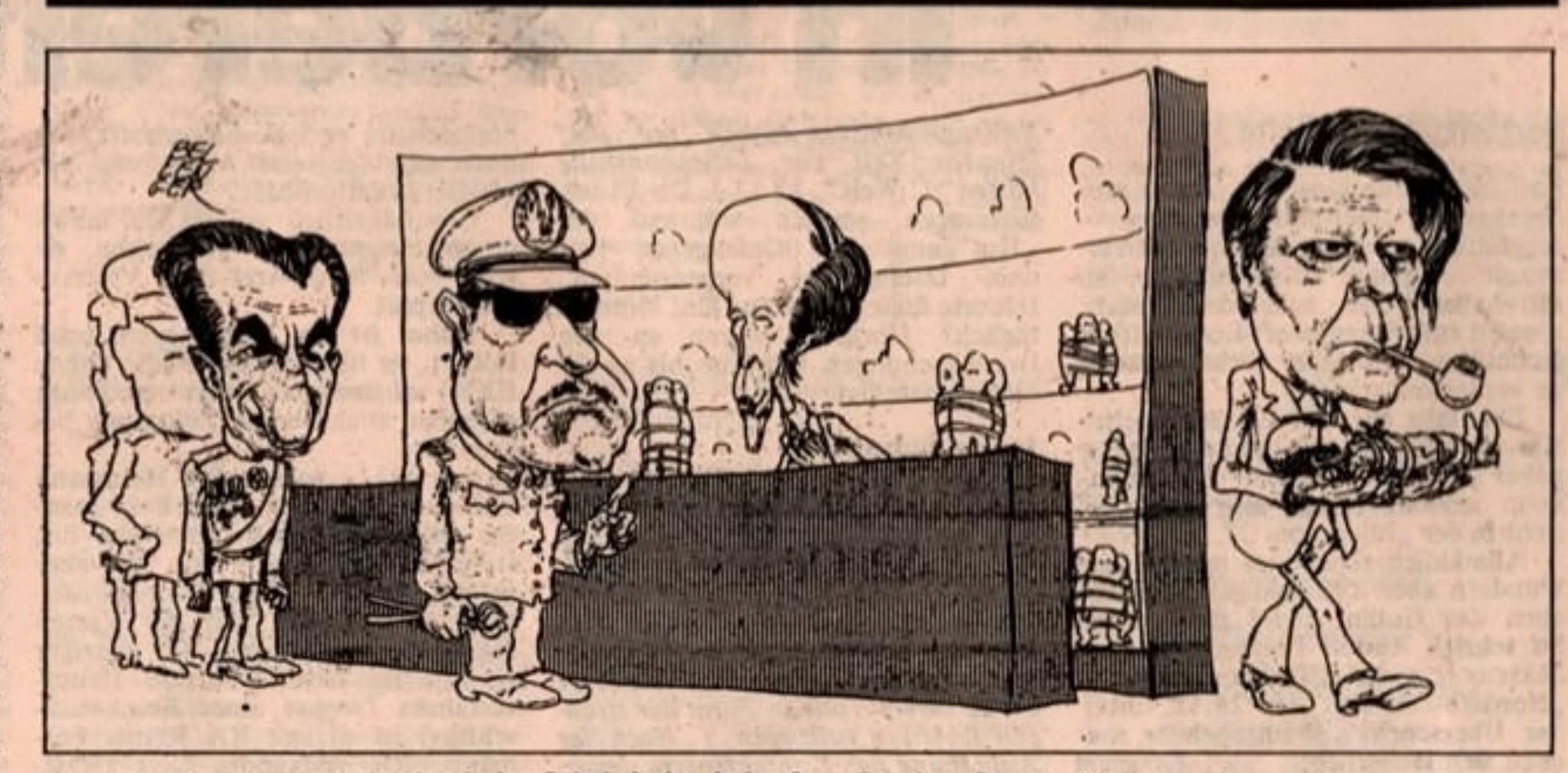
Was die „ML“-Organisationen angeht (KBW, „KPD“ und “KPD/ML“), so ist festzustellen, daß sie zwar mehr oder weniger offen von Mord sprechen, aber praktisch gar keine Gegen-

Was die „ML“-Organisationen angeht (KBW, „KPD“ und “KPD/ML“), so ist festzustellen, daß sie zwar mehr oder weniger offen von Mord sprechen, aber praktisch gar keine Gegeninformationspolitik betreiben. Das gilt vor allem für den KBW, der zwar zu Stammheim ein Plakat herausbrachte, das prompt beschlagnahmt wurde, aber der es ansonsten total verschmäht, in seiner Presse mit inhaltlichen Informationen gegen die „Selbstmord“-Legende anzugehen. Das gilt aber letzten Endes auch für die „KPD“, die sich auch nicht sehr viel Mühe gibt, gegen die „Selbstmord“-Legende anzuarbeiten.

Es bleiben der KB, der die mit Abstand breiteste Gegeninformationspolitik macht, sowie die trotzkistische GIM und Teile der Alternativpresse, die sich ebenfalls im Rahmen ihrer Möglichkeiten engagieren. Und es bleiben natürlich eine ganze Reihe von Rechtsanwälten und Komitees, die sich im In- und Ausland sehr aktiv für die Aufklärung der bisherigen „Selbstmorde“ und für die Verhinderung weiterer Selbstmorde einsetzen.

Das ist noch zu wenig! Vor allem an liberale und sozialdemokratische Journalisten ist die Forderung zu stellen, sich ihrer politischen Verantwortung in dieser Sache bewußt zu werden und ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Die linke Presse – „konkret“, „das da“, „die tat“, die Presse des SB und die der DKP, die „ML“-Presse – müssen an einer Gegeninformations-Kampagne mitwirken. Es geht hier nicht „nur“ um die Solidarität mit Gefangenen, über die jeder noch seine eigenen Auffassungen haben mag, sondern es geht um die ganze weitere gesellschaftliche Entwicklung dieses Landes; es geht darum, ein Klima des „Selbstmord“ und der Lynchjustiz an politischen Gegnern, als Teil einer allgemeinen antidemokratischen und antikommunistischen Hexenjagd abzuwenden.

Freiheit für Claus Croissant



Schmidt, Pinochet und der iranische Schah holen beim französischen Staatspräsidenten ihre politischen Flüchtlinge wieder ab (Karrikatur aus „Le Matin“, PS-Zeitung, 18.11)

Am 16. November, 48 Tage nach seiner Festnahme, beschloß das Pariser Berufungsgericht die Auslieferung von Klaus Croissant an die BRD. Nur wenige Stunden später saß er bereits in einem französischen Militärhubschrauber – auf dem Weg ins Todesgefängnis von Stammheim. Die rasante Durchführung dieser Auslieferung ließ den französischen Anwälten von Croissant bewußt keine Möglichkeit mehr, eine vorschriftsgemäße Revision des Gerichtsbeschlusses zu beantragen. Und ausgeliefert wurde hier nicht nur die Person des politisch verfolgten Rechtsanwalts Klaus Croissant, sondern ausgeliefert – in die Hände von Stammheim-Deutschland – wurde auch das französische Asylrecht und die Unabhängigkeit der französischen Justiz.

Vor und nach dieser Entscheidung hat es in Frankreich massiven Protest, bis weit hinein ins bürgerliche Lager, gegeben. Der „Spiegel“ hat in seiner Ausgabe vom 21.11. eine „Meinungsumfrage“ auf den Markt geworfen, derzufolge 62% der französischen Bevölkerung für eine Auslieferung Croissants und nur 20% dagegen gewesen seien. Derartige „Umfragen“ und „Stimmungsbilder“ spielen in letzter Zeit eine wachsende Bedeutung in der hiesigen Pressekampagne: wo das „Modell Deutschland“ mit heftiger Kritik aus dem Ausland konfrontiert ist, wird flugs mit pseudowissenschaftlicher Scharlatanerie behauptet, diese Kritik würde gar nicht die Meinung des „kleinen Mannes auf der Straße“ widerspiegeln.

Die Tatsachen aber sind folgende: Mit Ausnahme der stockreaktionä-

ren und von „deutscher Ordnung“ fanatisierten Zeitungen wie „L'Aurore' “, „France Soir“ und „Le Figaro“ hat die gesamte französische Presse und die gesamte demokra-

ren und von „deutscher Ordnung“ fanatisierten Zeitungen wie „L'Aurore' “, „France Soir“ und „Le Figaro“ hat die gesamte französische Presse und die gesamte demokratische Öffentlichkeit Frankreichs gegen diesem Kniefall vor großdeutschem „Recht“ Stellung genommen. Zahlreiche Petitionen und Appelle angesehener Persönlichkeiten wurden eingereicht. Alle bedeutenden Juristenvereinigungen haben sich dafür eingesetzt, Croissant politisches Asyl zu gewähren. Linke und demokratische Organisationen und Einzelpersonen haben Pressekonferenzen, Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die Auslieferung Croissants durchgeführt. Immer wieder wurde in Erklärungen darauf hingewiesen, daß eine Auslieferung eine Vergewaltigung des verfassungsmäßig garantierten Asylrechts sei, daß die vom BRD-Staatsschutz erhobenen Beschuldigungen gegen Croissant bar jeden Beweises sind, daß namentlich nach den sogenannten „Selbstmorden“ von Stammheim eine Auslieferung die Komlizenschaft mit einer staatlichen Geiselnahme und einem möglichen weiteren „Selbstmord“ sei, daß schließlich diese Auslieferung die besiegelte Unterwerfung des französischen Staates unter die großmachtpolitischen Vorherrschaftspläne des westdeutschen Imperialismus bedeuten und dies beängstigende Gefahren in Richtung auf eine Liquidierung der demokratischen Freiheiten nach BRD-Zuschnitt in Frankreich selbst mit sich bringen würde.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Gerichtsbeschlusses erklärten z.B.

- Francoise Giroud, Chefredakteurin von „L'Express“ und ehemalige Staatssekretärin für Frauenfragen: *„Es erscheint mir äußerst schwerwiegend, daß eine Auslieferung in einer politischen Angelegenheit zugestimmt wird. ... Wenn wir zu akzeptieren beginnen, daß das Recht bezüglich der politischen Flüchtlinge nicht mehr respektiert wird, dann wünsche ich all denjenigen, die heute mit Politik befaßte Menschen sind, daß sie niemals aus politischen oder anderen Gründen flüchten müssen.“*
- Admiral Antoine Sanguinetti: *„Ich bin kein Jurist und ich habe nicht über Schuld oder Unschuld von Klaus Croissant zu urteilen. Aber ich protestiere gegen die Vergewaltigung des Asylrechts in diesem Land und bin beunruhigt darüber, daß in Europa ein Phänomen der Südamerikanisierung auftaucht.“*
- L'Union des Gaullistes de Progres (fortschrittlicher Flügel der Gaullisten): *„Die überstürzte Auslieferung von RA Croissant ist eine skandalöse Entscheidung, die die in unserer Verfassung niedergelegten Prinzipien, daß Frankreich ein Asylland ist, außer Kraft setzt.“*
- Die Lehrergewerkschaft SNE-Sup protestierte gegen *„die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der Giscard-Regierung und dem BRD-*

Staat, dessen Führer unter dem Deckmantel des antiterroistischen Kampfes die schändlichen Berufsverbote und eine Hexen-

Staat, dessen Führer unter dem Deckmantel des antiterroistischen Kampfes die schändlichen Berufsverbote und eine Hexenjagd gegen Intellektuelle betreiben, während sie gleichzeitig die Nazi-Kriegsverbrecher beschützen und deren Auslieferung an diejenigen Länder, in denen sie zwischen 1933 und 1945 rumgewütet haben, verweigern.“

(Alle Zitate nach „Le Monde“, 19. 11. 77).

Am 18.11. fand noch einmal eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern statt, zu der außer allen Organisationen der revolutionären Linken zahlreiche Einzelpersonen aufgerufen hatten, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Jean-Luc Godot, Claude Mauriac, Jaques Debu-Bridel, Pastor Casalis, General Binoche, General de la Bollardière und Jean-Pierre Vigier aufgerufen hatten, und die ihr Recht auf Protest gegen eine brutale Polizeiwillkür erkämpfen mußten. 50 französische Anwälte erklärten auf einer Pressekonferenz, daß sie gemeinsam versuchen werden, die Verteidigung von Croissant in der BRD zu übernehmen („Le Matin“, 18.11.).

Croissant selbst hat unmittelbar vor seiner Auslieferung noch folgende Erklärung an die Öffentlichkeit abgegeben: *„Ich werde niemals mein Leben durch Selbstmord beenden. Wenn man von meinem Tod in einem deutschen Gefängnis hört, wird es sich niemals um Selbstmord gehandelt haben. Glaubt nicht der Lüge der Mörder. Wenn ihr eines Tages erfahrt, daß ich zu fliehen versucht habe und man mich auf der Flucht erschossen hat, glaubt das niemals. Ich werde nie fliehen.“* (zit.n. „FR“, 18.11.). Nichtsdestoweniger hat der Staatsschutz promt von einer „Selbstmordgefährdung“ Croissants gesprochen, tauchen mit einem Mal Rasierklingen in Croissants Zelle auf (siehe dazu den Stammheim-Artikel in dieser Ausgabe) und wird von der Regimepresse eine perverse psychologische Vorbereitung für einen neuen „Selbstmord“ geschaffen. Springers „Bild“, in dessen Redaktionsstuben die widerlichsten Lügen und Erfindungen wie Unkraut nach dem Regen gedeihen, hat die zitierte Erklärung sogar als „Beweis“ dafür genommen, daß Croissant „wahrscheinlich“ einen „Selbstmord“ begehen wird... (zit. in „Le Monde“).

Die BRD-Justiz ist gegenwärtig aber noch an gewisse Auflagen hinsichtlich einer Verurteilung von Croissant gebunden. Das französische Berufungsgericht hat der Auslieferung „nur“ wegen des Vorwurfs zugestimmt, Croissant habe ein Informationssystem zwischen den Gefangenen der RAF und der „Aussenwelt“ aufgebaut – den Vorwurf der Unterstützung oder gar Beteiligung an einer „kriminellen“ bzw. „terroristischen Vereinigung“ jedoch mangels Beweis zurückgewiesen. Croissant „darf“ daher lt. französisch-deutschem Auslieferungsvertrag und internationalen Konventionen

auch „nur“ wegen dieses erstgenannten „Delikts“ verurteilt werden – zu maximal 5 Jahren Knast. *„Doch es gibt eine Möglichkeit, eine Auswei-*

auch „nur“ wegen dieses erstgenannten „Delikts“ verurteilt werden – zu maximal 5 Jahren Knast. *„Doch es gibt eine Möglichkeit, eine Ausweitung der Anklage gegen Croissant über die jetzige französische Bewilligung hinaus zu erreichen: dann nämlich, wenn neue Beweismittel gegen ihn auftauchen sollten.“* („Heidelberger Tageblatt“, 18.11.). Es ist mittlerweile bekannt, welche Fähigkeiten der westdeutsche Staatsschutz mittlerweile entwickelt hat, irgendwelche Dinge „auftauchen“ zu lassen ...– noch dazu mit solch hervorragenden Anklägern wie dem im „Fall Croissant“ tätigen baden-württembergischen Generalstaatsanwalt Erwin Schuele, der sich seine Sporen bei SA und NSDAP verdient hat („Le Matin“, 11.11. und „ID“ Nr. 204 v. 18.11.). 1966 ist sogar mal ein Ermittlungsverfahren gegen diesen Schuele eingeleitet worden, wegen Kriegsverbrechen aus dem Jahre 1942 in Tchoudovo (Sowjetunion). Daß es bald wieder eingestellt wurde und diese Vergangenheit seine Laufbahn eher geebnet als behindert hat, wird sicher niemanden wundern.

Croissant als Anklageopfer eines Ex-Nazis im Stammheimer Todesgefängnis: dagegen gilt es massiv zu protestieren und seine sofortige Freilassung zu verlangen !

Frankreich-Kommission

300 spanische Rechtsanwälte solidarisch mit Croissant

300 spanische Rechtsanwälte haben ein Solidaritätsschreiben mit dem inzwischen von Frankreich an die BRD ausgelieferten Anwalt der RAF, Croissant, unterzeichnet. Unter den Unterzeichnern sind führende Mitglieder verschiedener politischer Parteien, u.a. auch der Vorsitzende der „Demokratischen Linken“ (ID) - Ruiz Gimenez.

In dem Solidaritätsschreiben (dessen Text uns leider noch nicht vollständig vorliegt), werden aufs schärfste die Anschuldigungen der westdeutschen Ermittlungsbehörden gegen Croissant zurückgewiesen, da sie die freie Ausübung des Anwaltsberufs infrage stellen.

Weiterhin wird die zunehmende Repression in der BRD sowie die weitere Verschärfung der Anti-Terror-Gesetzgebung kritisiert, *„welche Vorgänge wie kollektive Selbstmorde möglich machen“* (El Pais, 12.11.77).

Weitere "Selbstmorde" in Vorbereitung

Fortsetzung von Seite 1

hoff und Klaus Jünschke „Reste von Sprengstoff" gefunden wurden – sorgfältigst versteckt in einer Matratze und . . . einem Turnschuh! Die sensationellen Funde sollen dem Einsatz speziell aufs Sprengstoff-Erschnüffeln geschulter Deutscher Schäferhunde zu verdanken sein.

Ebenfalls auf den Einsatz solcher Hunde soll auch ein weiterer, ganz neuer „Sprengstoff-Fund" in Stammheim zurückzuführen sein (laut Bericht in der „Bild" vom 27.11.77).

Allmählich scheint es mit all den Wundern aber sogar einigen Bürgerlichen des Guten zuviel zu werden. So schrieb Rudolf Dahmen, Chefredakteur der (CDU-orientierten!) „Nordsee-Zeitung", am 24.11. unter der Überschrift „**Stammheimer machen sich lächerlich**": „. . . *Langsam aber muß man sich angesichts der vielschichtigen Vorfälle in Stammheim doch wohl fragen, ob es nicht vielleicht noch andere Interessierte für solche Waffenlieferungen gibt, wozu auch die Rasierklingen zu zählen sind . . . Je mehr nämlich solche Mord- und Selbstmordwerkzeuge in Stammheim auftauchen, um so weniger glauben uns bestimmte Leute im In- und Ausland, daß dies, wie die Behörden sich auszudrücken belieben, ein ‚Rätsel' ist. Auch der Verdacht auf mögliche Überforderung der Aufsichtsbeamten oder auf denkbare Schlamperei bei der Überwachung nutzt sich langsam ab: die können doch nicht ewig dauern. Da muß doch noch etwas anderes dahinter stecken*".

Ganz sicher! Und es wäre zweifellos hilfreich, wenn einige immer noch schweigende Linke und Demokraten ihre Stimme ebenso eindeutig erheben würden wie dieser bürgerliche Journalist!

Neues von den „Selbstmorden"

Inzwischen hat man sich, wie wir schon in AK 117 vermuteten, dazu durchgerungen, eine angeblich vermutete Todeszeit für Andreas Baader und Gudrun Ensslin bekannt zu geben. Dies war aus geheimnisvollen Gründen lange hinausgezögert worden, obwohl seit der Obduktion am Nachmittag des 18. Oktober alle erforderlichen Daten vorlagen. Nunmehr haben die Gerichtsärzte Rauschke und Mallach in einem abschließenden Gutachten erklärt, Baader sei frühestens um 0.15 gestorben und Gudrun Ensslin um 1.15 („Hamburger Morgenpost", 22.11.). Zur Erinnerung: zwischen 0.15 und 0.12 fand nach offiziellen Angaben der Sturm auf die „Landshut" in Mogadischu statt. Flugzeit von Mogadischu in die BRD mit der Boeing: ca. neun Stunden. Mit einem Düsenjäger entsprechend schneller... Auffindung des toten Baader in seiner Zelle um kurz nach 8 Uhr...

Übrigens hatte einige Zeit vorher noch vor dem badenwürttembergischen Vertuschungsausschuß einer der Anstaltsärzte behauptet, nach seinen Schätzungen seien Ensslin und Baader zwischen 6 und 7 Uhr gestorben! („Bremer Nachrichten", 8.11.).

Erstmals wurde jetzt durch die Aussagen des nach dem 18.10. abgesetzten Stammheimer Gefängnischefs Nusser vor dem Vertuschungsausschuß bekannt, daß Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Irmgard Möller sich während der Kontaktsperre vom 20. September bis 4. Oktober im Hungerstreik befunden hatten, den sie dann auf Zuruf Baaders durch die Zellentür „unterbrochen" (nicht abgebrochen!) hätten. Dies verleiht auch den bisher offiziell frech als Selbstmord-Ankündigungen interpretierten angeblichen Drohungen der Gefangenen vom 27.9. (Raspe, während des Hungerstreiks!) und vom 8. und 9. 10. (Baader, Raspe, Ensslin) einen ganz anderen Sinn.

Weitere Kleinigkeiten, die vorm Vertuschungs-Ausschuß zur Sprache kamen:

– Übereinstimmend wurde betont, daß bei den Gefangenen vor dem 18.10. keine Selbstmord-Absichten erkennbar gewesen seien.

– Vertreter des Landeskriminalamtes berichteten, „*die Verstecke für die Pistolen seien so schmal gewesen, daß die Waffen nur ohne Griffschalen darin Platz fanden*" („Tagesspiegel" Westberlin, 15.11.). Preisfrage: Wo waren dann die Griffschalen versteckt?! . . .

– Eher als Witz ist wohl die Behauptung des abgesetzten Justizministers Bender vorm Vertuschungs-Ausschuß zu verstehen, „*daß die Vollzugsbeamten täglich nur fünf Minuten Zeit zur Zellenkontrolle hatten*" („Welt", 17.11.). Die Durchsuchungen wurden während des „Hof"gangs der Gefangenen (auf dem Dachgarten) vorgenommen... Dauerte dieser etwa nur fünf Minuten täglich? Übrigens waren an den Durchsuchungen teilweise bis zu 25 Leuten beteiligt.

Ingrid Schubert

Zum „Selbstmord" an Ingrid Schubert am 12. November in München-Stadelheim gibt es folgendes zu berichten: „*Seit ihrer Verlegung* (aus Stammheim – Anm. AK) *in die JVA Stadelheim etwa Mitte August 1977 wurde die Strafhaft an Frau Schubert bis zu ihrem Tode in Form der strengen Isolation vollzogen . . . Nach der Aufhebung der Kontaktsperre dauerte die Isolation an, sie wurde nachgerade noch verschärft durch nun einsetzende massive Überwachungsmaßnahmen. Ihre Zelle wurde täglich rund um die Uhr in einem Abstand von einer 1/4 Stunde kontrolliert. In der Nacht wurde im selben Rhythmus das helle Zellenlicht eingeschaltet, sodaß sie stets abrupt aufwachte. Auf eine Beschwerde bei der Anstaltsleitung wurde ein abgeschattetes blaues Licht in der Zelle montiert, das nachts kontinuierlich brannte . . . Auch nachdem sie ‚nur' noch alle halbe Stunde kontrolliert wurde, berichtete sie, daß sie durch die Geräusche jedes Kontrollganges . . . stets aus dem Schlaf gerissen wurde*" (aus der Erklärung der RA's Wächtler, Bendler und Gaugel vom 15.11.).

Ingrid Schubert lag bis zum 12.11. in einer Zelle in der Krankenabteilung des Gefängnisses. Der zweite Sprengstoff-„Fund" in Stammheim in der Zelle 721 am 11.11. wurde zum Anlaß genommen, um am 12.11. die Kranken-Zelle von Ingrid Schubert zu durchsuchen. Dabei wurde angeblich in der Kloschüssel versteckt ein aus Stoffetzen geknüpftes ca. 12 m langes dünnes Seil gefunden, wie es zum „Pendeln" von kleinen Gegenständen zwischen den Zellenfenstern benutzt worden sein könnte. Außerdem wurde hinter einem angeschraubten Brett eine ausgehöhlte Stelle zwischen dem Mauerwerk „entdeckt". Am Nachmittag des 12.11. wurde sie unter Hinweis auf diese „Funde" in eine andere Zelle verlegt, wo sie nach offiziellen Angaben um 16.00, 16.35, 17.35, und 18.05 Kontrolliert wurde. Bei der Kontrolle um 19.10 Uhr wurde sie tot aufgefunden – erhängt an einem aus Fetzen des Bettlakens zopfförmig geflochtenen Strick.

Aus allen Berichten wird eindeutig klar, daß Ingrid Schubert keinerlei Selbstmordabsichten hatte: So hatte sie noch am 10./11.11. in Zusammenarbeit mit RA Bendler einen Antrag auf Verlegung in ein anderes Gefängnis gestellt, da Stadelheim ein reines Männergefängnis ist (laut Mitteilung der RA's Gaugel und Wächtler vom 13.11.). Noch kurz vor ihrem Tod hatte sie Besuchserlaubnis für ihre Schwester und für Bekannte beantragt und auch bewilligt bekommen. Am Tage ihres „Selbstmords" hatte sie noch begonnen, einen Brief an ihre Schwester zu schreiben . . . („Tagesspiegel", 18.11.).

So wurde in diesem Fall von den Bürgerlichen weitgehend darauf verzichtet, den „Selbstmord" von Ingrid Schubert als „perfiden Anschlag gegen den Rechtsstaat" hinzustellen. Stattdessen las man, sie habe nach den „Funden" in ihrer Zelle „*ihren Selbstmord-Entschluß offenbar spontan gefaßt*" („Welt", 17.11.). Es habe sich womöglich um eine „Kurzschlußhandlung" gehandelt („Süddeutsche", 17.11.); „*Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, Einsicht in ein verpfuschtes Leben schimmern allzu deutlich durch . . . Der Entschluß eines Gefangenen, aus dem Leben zu scheiden, ist ein Stück Selbstbestimmung*" (‚FAZ', 14.11.).

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß die schon 1970 verhaftete Ingrid Schubert keineswegs „lebenslängliche" Haft erwartete, sondern „nur" eine Gesamtstrafe von 13 Jahren, daß also noch maximal sechs Jahre Haft vor ihr lagen. Sie rechnete sich auch Chancen aus, schon 1979 – nach zwei Dritteln des Urteils – freizukommen.

Irmgard Möller

Irmgard Möller, die einzige Überlebende des Massakers vom 18.10., wurde am 18. November auf eigenen Wunsch aus dem Gefängniskrankenhaus Hohenasperg (eine reine Männerhaftanstalt) zurück nach Stammheim verlegt. Sie erhofft sich dort eine teilweise Aufhebung der totalen Isolationshaft.

Gesundheitlich soll es ihr inzwischen einigermaßen gut gehen, sie wird von einem Arzt ihres Vertrauens betreut.

Bisher ist sie immer noch total isoliert, sie hat aber ein Radio (ohne UKW) erhalten und kann beschränkt offenbar auch wieder Zeitungen bekommen.

Am 8.11. wurde RA Heldmann und am 17.11. RA Jutta Bahr-Jendges (die die ersten Gespräche mit Irmgard Möller nach dem Massaker geführt hatte!) unter formaljuristischen Vorwänden von der Verteidigung ausgeschlossen. Ihr einziger Anwalt im bevorstehenden Hauptverfahren (wegen eines Bombenanschlags) ist derzeit RA Rainer Fromann. RA Alexandra Goy (Westberlin) verteidigt Irmgard Möller nur im Zusammenhang mit einem Wiederaufnahmeverfahren.

RA Croissant

RA Klaus Croissant steht seit seiner Einlieferung nach Stammheim unter Total-Isolation und Dauerbeobachtung: Durch eine etwa 25 mal 30 Zentimeter große Klappe in der Zellentür kann ständig jeder Winkel der Zelle beobachtet werden – laut „Bild" vom 20. November starren die vor der Tür ständig postierten Wachen alle zwei bis drei Minuten (!) durch die Klappe. Auch nachts ist die Zelle beleuchtet. Diese unmenschlichen Schikanen werden mit „**Selbstmordgefahr**" gerechtfertigt.

Trotz der Totalbeobachtung fand Croissant am Morgen des 20. November, zwei Tage nach seiner Einlieferung, an einem Schrank an einem Nagel hängend eine Rasierklinge der in Stammheim ausgegebenen Marke (Croissant selbst rasiert sich elektrisch).

Es ist offensichtlich, daß es für diesen neuen Fund nur zwei mögliche Erklärungen gibt:

– Entweder wurde die Rasierklinge bei der Durchsuchung der Zelle vor der Einlieferung Croissants übersehen – was kaum glaublich wäre! –,

– **oder die Rasierklinge wurde dort in provokatorischer Absicht während des „Hof"gangs von Croissant deponiert, um einen neuen „Selbstmord" vorzubereiten. Diese im Grunde einzig mögliche Erklärung zeigt, mit welcher Skrupellosigkeit und Direktheit die Mörder heute schon ihr Geschäft betreiben.** Die bürgerliche Dreckspresse sichert im voraus ihre Unterstützung zu: „**Jeder weiß, wenn er (Croissant – Anm. AK) tatsächlich seinem Leben in der Zelle ein Ende bereiten sollte, dann war es ganz bestimmt Selbstmord!**" („Bild", 18.11.). Als ob schon wieder ein Josef Geobbels Regie führen würde!

Verena Becker

Unter dem Vorwand „*akute Selbstmordgefahr*" ist die im Mai zusammen mit Günther Sonnenberg festgenommene Gefangene Verena Becker besonders gemeinen Schikanen ausgesetzt: „*Die Gefangene Verena Becker ... ist seit nahezu vier Monaten in einem Seitentrakt des 7. Stocks der JVA Stuttgart-Stammheim isoliert ... Seit dem 18.9.1977 ist die Zelle von Verena Becker Tag und Nacht beleuchtet ... Verena Becker leidet unter ständigen Kopfschmerzen, Flimmern vor den Augen, Konzentrationsstörungen, Schwächeanfällen usw. ... In der Zelle brennt nachts zuzüglich zu der blauen Lampe auch eine ca. 1 m lange Neonröhre, die den Haftraum taghell erleuchtet. Normaler Schlaf ist unmöglich.*

Hinzu kommt seit dem 13.11. die unglaubliche Tatsache, daß eine ununterbrochene direkte Überwachung stattfindet. Dies geschieht dadurch, daß die Zellentür geöffnet ist und vor die geöffnete Tür ein Tisch gerückt wurde, an dem im Schichtdienst ständig eine Beamtin sitzt, die jede Bewegung der Gefangenen verfolgt.

Auf dem Gang vor der geöffneten Zelle halten sich ständig weibliche und männliche Justizbeamte sowie Beamte des BKA (Bundeskriminalamt! – Anm. AK) *auf, die ungehindert Einblick in die Zelle nehmen können*" (aus der Presseerklärung von RA Heinz Funke, 14.11.).

Als Protest gegen diese menschenunwürdige Behandlung trat Verena Becker am 13.11. in einen Hunger- und Durststreik. Am 15.11. wurde sie daraufhin in die Städtische Nervenklinik (!!) Stuttgart-Bürgerhospital verlegt. Amtliche Begründung: Bei Verena Becker bestehe seit dem Massaker von Stammheim „*erhöhte Suizidgefahr*". *Durch den Tod von Ingrid Schubert hat sich die Selbstmordgefahr bei Verena Becker noch erheblich verstärkt*". Ihr Hunger- und Durststreik habe zu einem „*angespannten Gesundheitszustand*" geführt, der „*sie zusätzlich für Kurzschlußhandlungen anfällig macht*" (Verfügung des Oberlandesgericht Stuttgart, 17.11.).

Verena Becker brach ihren Hunger- und Durststreik ab, nachdem sie am 17.11. wieder nach Stammheim zurückverlegt wurde. Mit der Verfügung vom 17.11. „gewährte" das OLG Stuttgart folgende „Hafterleichterungen":

1. Statt der ständig geöffneten festen Zellentür wurde eine Gittertür angebracht. „*Die Gittertüre ist an der Außenseite mit einem undurchsichtigen und nur von außen* (!) *zu ziehenden Vorhang zu versehen, um der Strafgefangenen zu ermöglichen, ihre Notdurft, Körper- und Intimpflege unbeobachtet vorzunehmen. Bei diesen Verrichtungen darf die Strafgefangene jedoch keinesfalls länger als 5 Minuten unbeobachtet bleiben*".
2. Statt der Neon-Röhre soll eine „*gut abgeschirmte oder mit abgedunkeltem Glas versehene Lampe*" in der Zelle angebracht werden. Zartfühlend heißt es dazu: „*Die Strafgefangene soll dadurch in ihrer Nachtruhe nicht mehr als nach den Umständen unvermeidbar gestört werden.*"
3. Verena Becker kann „*versuchsweise*" an gemeinschaftlichen Veranstaltungen mit anderen Gefangenen (Fernsehen, Arbeit, Hofgang) teilnehmen, falls sie bereit ist, jedesmal vorher und nachher die entwürdigende Prozedur einer totalen körperlichen Untersuchung über sich ergehen zu lassen (laut Verfügung vom 17.11.). Diese „Vergünstigung" wird vom Wohlverhalten der Gefangenen abhängig gemacht.

Günther Sonnenberg

Günter Sonnenberg befindet sich seit seiner Festnahme im Gefängniskrankenhaus Hohenasperg. Er „*ist in einem besonderen Trakt des JV Krankenhauses untergebracht. Die Fensterverglasung ist so beschaffen, daß kaum Licht in den Raum dringt, so daß während des Tages das Licht brennt. Seit dem 17.10.* (?) *brennt das Licht auch ununterbrochen nachts. Ferner wird S. nachts rund um die Uhr von Polizeibeamten bewacht, die in einem Vorzimmer der Zelle sitzen; die Tür ist angelehnt. S. kann keine Rufkontakte zu anderen Häftlingen aufnehmen. Während seiner Abwesenheit von der Zelle, bei Hofgang usw., wird täglich die Zelle durchsucht, ca. zweimal pro Tag.*" Dabei wurden auch Verteidigerunterlagen gestohlen. Günther Sonnenberg hat seinen Anwälten geschrieben, daß er auf gar keinen Fall Selbstmord begehen wird (Angaben aus einer Erklärung der RA's Faensen, Häusler und Heinisch vom 15.11.).

Helmut Pohl

Helmut Pohl, in dessen früherer Stammheimer Zelle Sprengstoff und eine Pistole „gefunden" wurden (was ihn als wahrscheinlich geplantes Opfer eines der nächsten „Selbstmorde" erscheinen läßt!) befindet sich z.Zt. im Untersuchungsgefängnis Hamburg-Holstenglacis. „*Die Zellenklappe ist permanent geöffnet, während das Wachpersonal ständig durch die Klappe in die Zelle stiert. Selbst Anwaltspost, abgesehen von anderen Briefen von außerhalb, wird nicht mehr zu ihm durchgelassen! Der letzte Anwaltsbesuch, den er erhalten hat, das war am Freitag* (gemeint ist offenbar der 11.11. – Anm. AK), *wurde unter Aufsicht von Bewachungspersonal durchgeführt. Seit Aufhebung der Kontaktsperre ist er in eine Selbstmordzelle verlegt.*

Er rechnet damit, daß die Gefangenen aus der RAF, einer nach dem anderen, ermordet werden sollen. Ein Suizid, das ist vollkommen klar, kommt nicht in Frage. Die Bedingung für die Morde an den Gefangenen war und ist ihre totale Isolation" (aus einer Mitteilung von Gisela Pohl, Ehefrau von H. Pohl, 14.11.).

Helmut Pohl gehört zu den Gefangenen, die in Hamburg aus Protest

Fortsetzung auf Seite 9

Meldungen

Schwarzer Student stirbt in südafrikanischer Haft Welt 19.11.77

Reuter, Johannesburg

Der 18 Jahre alte schwarze Student Bonaventura Sipho Malaza ist während der Haft in einem Gefängnis der südafrikanischen Stadt Krugersdorp, westlich von Johannesburg, gestorben. Mitglieder der Familie des Häftlings erklärten gestern, die Polizei habe mitgeteilt, Malaza habe sich in seiner Zelle erhängt. Eine Untersuchung der Todesursache sei angeordnet worden. Es ist der 21. schwarze Häftling, der seit März vergangenen Jahres in südafrikanischer Haft starb.

Gegenwärtig wird bei einem gerichtlichen Untersuchungsverfahren versucht, die Umstände zu klären, die zum Tod des schwarzen Bürgerrechtlers Steve Biko führten, der Mitte September in der Haft an Schädelverletzungen gestorben war.

Die Internationale des „Selbstmords" („Welt, 19.11.77)

Stuttgart-Stammheim:

Reine Lüge!

Stuttgart, 4. November (Arbeiterkorrespondenz): Als die Vorkommnisse in Stammheim durch die Massenmedien bekannt wurden, mußte ich daran denken, daß ich als Betonbauer beim Bau des Gefängnisses vom Fundament an bis zum Dach dabei gewesen bin. Was in den Massenmedien gesagt wird, Verstecke in den Wänden (Schlitze und Löcher hinter den Sockelleisten) ist reine Lüge! Die Wände der Zellen sind aus massivem Beton der Güteklasse B 600!! Das heißt: 600 kg Zement auf einen Kubikmeter Kies. Der Beton ist kristallhart. Ob man in diesen Beton mit Eßbesteck oder ähnlichen Gegenständen ein Loch hineinbringt, das bezweifele ich sehr stark. Die einzige Möglichkeit wäre sprengen oder einen Preßlufthammer benutzen. Das Kollegen, muß man bedenken, wenn man vom Selbstmord der Baader-Meinhof-Leute spricht. Ferner muß gesagt werden, daß alle Zellen vollisoliert sind, d. h. Kontakte untereinander sind daher nicht möglich.

Das „Wunder von Stammheim" wird immer wunderbarer! (aus „Rote Fahne" des KABD, Nr. 24/1977)

Auf der Bundesringtagung des Zweiten Bildungsweges (ZBW) vom 18. bis 20.11.77 in Limburg/Lahn wurde von 74 Anwesenden (von 25 Abendschulen und Kollegs) einstimmig folgende Resolution verabschiedet:

„Der Bundesring der Studierenden des Zweiten Bildungsweges fordert die sofortige Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zu den Todesfällen in Stuttgart-Stammheim.

Er fordert weiterhin den sofortigen uneingeschränkten Zugang von Vertrauensärzten und Rechtsanwälten zu Irmgard Möller".

Springer hetzt

Eine Drohung, die wir schon kennen

Offensichtlich will auch Terroranwalt Croissant wie sein Idol Baader einen Selbstmord dazu mißbrauchen, unser Land vor der Weltöffentlichkeit als Unrechtsstaat hinzustellen (Bericht auf Seite 8).

Aber jeder Bürger weiß: Mord ist die Waffe der Terroristen und nicht die unserer Justiz.

Ein Gutes hat Croissants Drohung: Jeder weiß, wenn er tatsächlich seinem Leben in der Zelle ein Ende bereiten sollte, dann war es ganz bestimmt Selbstmord!

Ein neuer „Selbstmord" wird propagandistisch vorbereitet („Bild", 18.11.77).

Fortsetzung auf Seite 8

gegen die neuen Haftschikanen mehrere Tage in einen Hungerstreik traten.

Werner Hoppe

Auch Werner Hoppe beteiligte sich an diesem Hungerstreik. Auch er wurde seit dem 18.10. regelmäßig und rund um die Uhr durch die Klappe in der Zellentür beobachtet. In der Zelle war Dauerbeleuchtung angebracht.

Werner Hoppe hat seinem Rechtsanwalt von zwei Vorfällen berichtet:

— In der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober, also ganz kurz nach dem Massaker von Stammheim, brachten die Wachleute an seiner Zellentür eine Schlinge an und erklärten höhnisch: „Nun sieh' man zu, nun mach' man Schluß, er hat sowieso keinen Zweck mer, orientier' dich an Stammheim und bring' dich man selbst um!"!

— Vor einigen Wochen fand er in einer frisch gewaschenen Anstaltshose in einer kleinen Seitentasche eine abgebrochene Messerklinge, ca. 10 cm lang und an der Spitze sehr scharf! (Nach dem Bericht von RA Peter Tode auf einer Veranstaltung in Oldenburg, 24.11.). Auch hier wird also versucht, Voraussetzungen für einen „Selbstmord" zu schaffen.

Folter-Haft — Teil der Endlösung!

Außer den Genannten befinden oder befanden sich auch weitere Gefangene unter Dauerbeobachtung. So in Hamburg *Ilse Stachowiak*, deren Haftbedingungen wohl denen von Werner Hoppe und Helmut Pohl entsprechen. So *Rolf Pohle* in München, der „*viertelstündlich überwacht*" wurde („Tagesspiegel", Westberlin, 18.11.). So bis zum 8.11. die Gefangenen *Albartus* und *Schwall* in Köln (laut Beschluß des OLG Düsseldorf vom 8.11.).

Nach einer zeitweisen „Lockerung" der Haftbedingungen, die wesentlich ein Erfolg der großen Hungerstreiks der politischen Gefangenen war, ist spätestens seit der Übernahme der Generalbundesanwaltschaft durch Rebmann eine Rückkehr zur totalen Isolationshaft erfolgt. Möglichkeiten

Rebmann eine Rückkehr zur totalen Isolationshaft erfolgt. Möglichkeiten

zum Zusammenkommen mit anderen Gefangenen wurden vollständig aufgehoben. Ein ständiger Wechsel der Haftbedingungen, wozu auch die zeitweise Behandlung der Gefangenen wie Zoo-Tiere (geöffnete Zellentür oder Gittertür, Dauerbeleuchtung rund um die Uhr) gehört, soll die Gefangenen zermürben und „Selbstmord"-Situationen schaffen. Die bekanntesten Gefangenen sind nach dem Massaker von Stammheim allesamt für „akut selbstmordgefährdet" erklärt worden, was nichts anderes bedeutet, als daß sie als potentielle Opfer neuer „Selbstmorde" des Staates zu betrachten sind. Im Bedarfsfall kann der Staat dann die zuständigen Stellen erklären lassen: „Wir haben ja schon damals ...", „Wir haben getan, was wir konnten...". Aber wegen der Proteste der Sympathisantenkreise konnten wir ja leider die Dauerbeobachtung nicht aufrechterhalten ..." usw.

Jeder „Selbstmord" oder die bloße amtliche Erklärung „akuter Selbstmordgefahr" ruft auch Vorschläge zur weiteren Verschärfung der Haftbedingungen hervor. So trat Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger mit der Forderung hervor, die Gefangenen in S t a h l zellen unterzubringen. Ja, warum nicht gleich Bleikammern?... Übrigens: Der Staat würde auch dann noch seine „Entdeckungen" in den Zellen machen und vielleicht behaupten, die Gefangenen hätten die „Verstecke" mit Streichhölzern in die Stahlwände geschmolzen!

Ein sehr ernstzunehmender Vorschlag des baden-württembergischen Justizministeriums sieht die Einrichtung einer besonderen „*Sicherheitsgruppe*" aus „*Spezialisten des Vollzugspersonals und des Landeskriminalamts*" vor. Diese sollen nicht nur regelmäßig die Zellen durchsuchen, sondern sollen auch „*in Krisenzeiten zusätzliche Überwachungsfunktionen wahrnehmen*" („Rhein-Neckar-Zeitung", 18.11.). Diese „Sicherheitsgruppen" wären nichts anderes als die institutionalisierten Mordkommandos des Staates!

Ebenso ernstzunehmen ist der von westdeutscher Seite im Straßburger „Europa-Parlament" eingebrachte Vorschlag, „*auf einer einsamen Insel*" ein regelrechtes internationales KZ für „Terroristen" aus ganz Westeuropa anzulegen („Hamb. Morgenpost", 17. 11.). Stammheim — Modell für Europa!

Schluß mit „Selbstmorden" und Folter-Haft!

Jagdszenen aus Stammheim — Deutschland

„Ein Kapitalist weniger" — drei Monate Haft

Als der Tod Hanns-Martin Schleyers bekannt wurde, sagte ein Krankenpfleger in der Kantine des Zweckverbandskrankenhauses Schwelm zu Kollegen: „*Ein Kapitalist weniger*" und soll außerdem 500 DM seines Gehalts angeboten haben, für den Fall, daß auch Strauß und Kohl geschnappt würden („Westfälische Rundschau", 18.11.77).

„Empörte" Kollegen zeigten ihn an. Jetzt ist er zu drei Monaten Gefängnis auf Bewährung und 2.000 DM Geldstrafe verurteilt worden, obwohl das Gericht ihm „verminderte Zurechnungsfähigkeit" bescheinigte, obwohl der Beklagte „Reue" zeigte und einen Entschuldigungsbrief an die Witwe Schleyers geschickt hat.

„*Doch habe das Gericht die Freiheitsstrafe für unerläßlich gefunden (die normalerweise kaum unter sechs Monaten verhängt werde), weil die Tat eine Gefährdung der Allgemeinheit insofern darstelle, als in solch psychischem Klima neue Delikte entstehen und Hemmungen fallen könnten, solche Morde zu begehen. Im übrigen soll das Urteil den Angeklagten und die Allgemeinheit vor Äußerungen dieser Art abschrecken*" („Westfälische Rundschau", 18.11.77).

• • •

Aufgehetzte „Volksseele" stürmte linke Kneipe

Am 7.11. berichtete die „Neue Ruhr-Zeitung", daß etwa 150 Menschen in Düsseldorf-Hamm versuchten, die Gaststätte „Zum alten Fährhaus" zu stürmen. „*Trotz des Einsatzes von 30 Streifenwagenbesatzungen gelang es nicht, die Menge zu beschwichtigen ... Zuvor waren Rufe laut geworden wie: ‚Schlagt alles kurz und klein' und ‚Räuchert die Bude aus!'*"

In der „Roten Fahne" vom 23.11. wird in einem Interview der Hintergrund dieses Vorfalls erhellt. Die Kneipe ist ein linker Treffpunkt. Dort treffen sich u.a. die AKW-Initiative und Antirepressionsgruppen. Am 5.11. kamen zunächst drei Mitglieder des Schützenvereins „St. Sebastian" herein. Sie rissen u.a. Anti-AKW-Plakate von der Wand und schrien „Bubackmörder". Ein Gast wurde geschlagen. Kurze Zeit später wurden sie von Kameraden zum „Sammeln" draußen vor der Kneipe rausgeholt, wo sich etwa 50 „Schützenbrüder" aufstellten. Dabei wurde u.a. gerufen „Räuchert sie aus".

Die aufgehetzte Menge vor der Kneipe wuchs an. Von seiten der „Schützen" gab es eine Reihe von Provokationen und Schlägereiversuchen gegenüber den Besuchern. Unter Polizeischutz mußten diese die Kneipe verlassen.

Ein Produkt der staatlich betriebenen Hetze, das Schlimmes für die Zukunft befürchten läßt.

• • •

Provokationen gegen „Selbstmord"-Zweifel

Am 29.10. beschlagnahmten Bullen in der Lüneburger Fußgängerzone zwei Exemplare der „KVZ". Der Grund: Sie enthielten eindeutige Stammheim-Zeichnungen.

In der Lüneburger „Landeszeitung" las sich dieser Vorfall folgendermaßen: „*(...) Die Mordbehauptung war bereits am Sonnabend in zwei Flugblättern des Kommunistischen Bundes, der ‚Liste Demokratischer Kampf' sowie in den Zentralorganen des Kommunistischen Bundes (‚Arbeiterkampf') und des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (‚Kommunistische Volkszeitung') aufgetaucht.*

Auf Beschluß des Frankfurter Amtsgerichtes wurden die Publikationen bundesweit beschlagnahmt. Auch in der Bäckerstraße schritt die Polizei ein."

Es sollte mit dieser Meldung offenbar suggeriert werden, daß die Zweifler an den „Selbstmorden" in Stammheim bundesweit von Bullen verfolgt werden, und insbesondere die KB-Publikationen längst illegal und zum Abschuß freigegeben sind.

Seit dieser Meldung blieb keine unserer Stammheim-Stellwände, die jeweils lediglich kritische Fragen brachten, ungeschoren.

Zweimal gelang es reaktionären Schreiern (darunter mindestens ein Polizeispitzel), einen fast 100-köpfigen Pulk um unsere Stellwände zu scharen. Mit Sprüchen wie „vergasen", „Mörder", „wenn ihr nicht bald verschwindet, erledigen wir das", wurde die Stimmung angeheizt und schließlich unsere Stellwand-Zeitungen zerfetzt.

An einem dritten Samstag, erschien einer der vorherigen Täter erneut, stieß in einem günstigen Augenblick eine Genossin beiseite, zückte ein Messer und riß damit eine Stammheim- und eine Rebell-Stellwand durch.

Diese — bisher letzte Provokation — wurde sofort mit neuen Wandzeitungen dargestellt — der Großteil der Passanten war empört über diesen Vorfall. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt auch bereits Flugblätter zur Verteidigung der Meinungsfreiheit, sowie „Sandwichs" gegen die Repressionen vorbereitet, die von uns und einer Reihe empörter Jugendlicher gemeinsam verbreitet wurden.

Polizeiüberfall auf Jugendliche in Duisburg

Um 22.30 Uhr baten zwei Polizisten etwa 200 Jugendliche, die in einem leerstehenden Haus in Duisburg-Neumühl eine „Abbruch-Fete" feierten, die Musik leiser zu stellen.

Um 23.00 Uhr stürmten 42 zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnete Bullen in das Haus. Schon vor der Haustür wurde ein Fetenteilnehmer, der wagte, nach dem Grund des Einsatzes zu fragen, geschlagen. Türen im Erdgeschoß wurden aufgebrochen (wo gar nicht gefeiert wurde), in der ersten Etage wurden die Fetenteilnehmer mit entsicherten MPs im Anschlag zusammengetrieben, geschlagen, an den Haaren gerissen und die Treppe runter getreten. Nachdem alle Jugendlichen auf dem Hof zusammengetrieben waren, wurden sie aufgefordert, sich zu „verpissen".

Als Sprechchöre „Polizei — SA — SS" angestimmt wurden, wurde einer verhaftet. Die Übrigen weigerten sich zu gehen, wenn der nicht freigegeben wird. Ohne weitere Warnung gab es darauf einen brutalen Einsatz von „chemical mace" und Knüppeln. Noch Flüchtende und Gruppen von Fußgängern wurden überfallen.

Bilanz:

- mindestens acht CN-Verletzte (ambulante Krankenhausverletzung)
- zwölf brutal behandelte Verhaftete, gegen die Anzeige wegen „Landfriedensbruch" gestellt werden soll;
- zwei Verhaftete wurden vom K 14 (politisches Kommissariat) stundenlang verhört und erst am anderen Mittag freigelassen.

Viele der Überfallenen haben ihrerseits in einer Sammelanzeige Strafanzeige wegen Körperverletzung und Nötigung gestellt.

• • •

Zensur in Bayern

In Hof verteilten zwei Mitglieder der Falken Flugblätter gegen die Berufsverbote in der BRD. Sie wurden von Polizei verhaftet und vernommen, Hausdurchsuchungen durchgeführt, 5.000 Flugblätter beschlagnahmt! Begründung und eingeleitetes Verfahren: „Verunglimpfung von Staatsorganen".



Anlaß war der Abdruck einer Grafik des West-Berliner Künstlers Volland (siehe nebenstehenden Abdruck), die bereits seit einem Jahr als Poster vertrieben wird.

Als Falken in Nürnberg diesen Vorfall auf Flugblättern bekannt machten und dabei die Grafik wiederverwandten, wurden zwei Verteiler, darunter der Bezirkssekretär der Falken, zur Wache geführt, Personalien festgestellt und 1.500 Flugblätter beschlagnahmt. Nach § 90 a des Strafgesetzbuches hätten sie den Staat „verunglimpft" und würden von der Polizei angezeigt (aus „Komm-Zeitung", Nürnberg, 10/77).

• • •

Veranstaltungen und Demonstrationen

München

An einer Veranstaltung „Stammheim und die Folgen" zu der GIM, die ADK, das „Komitee" gegen die Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands und der KB aufgerufen hatten, beteiligten sich 1300 Menschen.

Neben RA Wächtler, der bei der Obduktion von Ingrid Schubert anwesend war, sprachen noch RA Weidenhammer, RA Groenewold, Peggy Parnass, Herbert Röttgen (Trikont Verlag) und Ullrich Mühlen (Uni Dozent, München). Unterstützt wurde die Veranstaltung weiter von der Selbstorganisation der Studenten und der Fachschaft Psychologie Uni München.

Frankfurt

Knapp 1000 Menschen kamen am 17. 11. auf eine Veranstaltung zu den Stammheimer „Wundern" und zur gerade erfolgten Auslieferung Croissants. Zu Stammheim und zur „Kontaktsperre" sprachen die Rechtsanwälte Weidenhammer und Elfferding. Jean Pierre Vigier aus Paris (ehemals führendes Mitglied der Resistance und bis 1968 ZK-Mitglied der KPF) sprach zu Croissant und zu den Bestrebungen, das ‚Modell Deutschland' auf Frankreich zu übertragen. Viel Beifall erhielt Vigier, als er Helmut Schmidt den „*Reichskanzler*" nannte und zur Vertreibung der deutschen Polizisten aus dem Elsaß aufforderte. Ferner erklärte er, daß er sich für die Bildung einer italienisch-französischen Anwaltsgruppe zur Verteidigung politischer Gefangener in der BRD einsetzen werde.

Vigier setzte sich vehement für den proletarischen Internationalismus ein und schloß seine Rede mit dem Ausruf: „*Entweder wir werden gemeinsam siegen oder gemeinsam untergehen!*"

Ein weiterer französischer Genosse der OCT berichtete von den Massenaktionen, die die französische Linke trotz Demonstrationsverbot und anderen Repressalien der Regierung gegen die Auslieferung Croissants durchführte.

Die Veranstaltung wurde von der Frankfurter „Wehrt Euch"-Initiative (KB, GAD, GIM, SAG, Spartacusbund, RMF und Unorganisierte) durchgeführt. Es wurde auch der auf einer Darmstädter Veranstaltung erhobene Vorschlag diskutiert, eine regionale Antirepressionsdemonstration durchzuführen. Dieser Vorschlag wird mittlerweile von einer beachtlichen Zahl von Gruppen unterstützt: drei hessische Fachhochschul-Asten, Linke Liste und BGen der FHS/Da., „Wehrt Euch" /Ffm., „provinz" (Alternativzeitung in Mainz/Wiesbaden), eine Gruppe Frankfurter Rechtsanwälte u.a.. Auch der „Pflasterstrand" (Frankfurter Sponti-Organ) will zu de r Demonstration aufrufen, für die inzwischen der 10.12. als Termin ins Auge gefaßt wurde.

Bremen

Über 2000 Menschen besuchten eine von der Bremer Anwaltsinitiative organisierte Veranstaltung, auf der Jutta Bahr-Jendges über den Fall Irmgard Möllers berichtete und Beiträge zur Kontaktsperre gehalten wurden.

Heidelberg

In Heidelberg fand eine Veranstaltung zu Stammheim, Kontaktsperre und „K-Gruppen"-Verbot statt. Veranstalter waren: KBW, KPD, KAB-D, KB, CISNU, LUI und mehrere Komitees. 200 Menschen waren gekommen.

Karlsruhe

Zu einer vom Russel-Komitee Karlsruhe organisierten Veranstaltung kamen 150 Menschen. Es sprach RA Oberwinter. Der Vater von Gudrun Enslin, der leider nicht kommen konnte, ließ einen Telefon-Beitrag verlesen.

Oldenburg

500 Menschen folgten einem Aufruf des KB, der Russel-Frauengruppe, Spartacusbund und Kollegen des Oldenburg-Kolleg.

Als Redner kamen RA Weidenhammer, RA Gisela Gebauer und RA Tode. Von der „Internationalen Untersuchungskommission über die Todesumstände Ulrike Meinhofs" wurde ein telefonisches Interview verlesen.

Bremen

Zu einer Demonstration gegen politische Unterdrückung am 2.12. in Bremen haben folgende Gruppen die Initiative ergriffen und weitere eingeladen: die Alternativzeitung „Delmenhorster Rundschau", Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung Delmenhorst, Arbeitskreis SB Delmenhorst, Basisgruppen der Uni Bremen, sozialistische Hochschullehrer, Studiengangausschuß Deutsch/Fremdsprachen, Studiengang Psychologie, Vollversammlung Lehrerstudium IEL, Ökonomie-Kollektiv' der Uni, KB, Buchladen Wassmann, Buchladen Sielwall, Demokratisches Bündnis Rotenburg, Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung Bremen.

Weitere Gruppen haben bereits ihre Teilnahme angemeldet.

Anlaß dieser Demonstration ist die Äußerung des CDU-Vorsitzenden Neumann, daß er Gedichte wie die Erich Frieds lieber verbrannt sehen würde. Aus diesem Anlaß nimmt Erich Fried am 1. und 2.12. in Bremen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Hannover

Am 23.11. fand in Hannover eine Veranstaltung zu den sich häufenden „Selbstmorden" und den damit verbundenen Repressionsmaßnahmen statt. 600 Menschen erschienen auf dieser von Spontis und Unorganisierten durchgeführten Veranstaltung, die außerdem vom KB, der SAG und der GIM unterstützt wurde.

RA Alexandra Goy (Verteidigerin von Irmgard Möller) sprach zu den Ereignissen von Stammheim. RA Plähn zum Kontaktsperregesetz.

Auf dieser Veranstaltung wurde der Vorschlag einer Demonstration unter dem Motto gemacht: „Jetzt reicht's, die Jahre der Immigration sind vorbei". Eine von den Hannoveraner ASten für den 8.12. vorgeschlagene Demonstration zum NHG, zur Suspendierung des Göttinger AStA und Prof. Brückner sollte daher ein gemeinsamer Schritt sein, in Hannover eine breite Anti-Repressions-Demo zu organisieren.

»Offener Brief« Westberliner Frauen an Irmgard Möller

Frauen und Frauengruppen aus Westberlin haben einen ‚Offenen Brief' an Irmgard Möller geschickt und veröffentlicht. Darin gehen sie ein auf das aktuelle Klima der „Terroristen"- und „Sympathisantenjagd" und speziell auf die Diskriminierung kämpfender Frauen. Abschließend heißt es: „.... *Wir fordern, daß Deine Isolation aufgehoben wird, daß Du die Möglichkeiten einer freien Aussage sowohl vor Deinen Wahlverteidigerinnen als auch vor einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission haben kannst!*

Wir unterstützen die von Deiner Ko-Verteidigerin Alexandra Goy auf einer Veranstaltung zu Stammheim am 2.11. angekündigten Schritte, in Deinem Fall Strafanzeige wegen versuchten Mordes zu stellen! Angesichts der vielen Ungereimtheiten können wir einfach nicht an das ‚Wunder von Stammheim' glauben!

Was wir vor allem fordern, ist Deine s o f o r t i g e Freilassung, da Deine Haftstrafe von viereinhalb Jahren schon seit einiger Zeit abgelaufen ist. Wir halten es für untragbar, daß Du weiterhin unter unmenschlichen Haftbedingungen mit der Begründung festgehalten wirst, daß ein weiteres Verfahren gegen Dich inszeniert werden soll, in dem der berüchtigte Polizeispitzel Gerhard Müller als ‚Kronzeuge' fungieren soll!..."

Unterschrieben wurde der ‚Offene Brief' bisher vom „Weiberplenum", von der Projektgruppe „Frauenkalender »Tag für Tag«", vom „Selbsthilfeladen im 13. Mond", von der AG Frauen des KB Westberlin, von den Spartacus-Frauen, von den SSB-Frauen, den Frauen der „Roten Hilfe" Westberlin, vom „VIVA-Frauendruck", von der Projektgruppe „Frauenwandkalender 8. März", von Ingrid Kaemmerer (Ärztin), von vier Mitarbeiterinnen des Verlages Frauenpolitik (Münster). Frauenbuchladen Schöneberg e.V. (Plenumsbeschluß vom 27.11.)

Deutsche Bullen üben fleißig . . . auch im Ausland!

Am 11. November wurden in Amsterdam, nachdem sie *„im Kugelhagel ... zusammengebrochen"* („Bild", 12.11.) waren, Christoph Wackernagel und Gerd Schneider festgenommen. Gerd wurde durch Schüsse in den Rücken, Lunge und Kopf lebensgefährlich verletzt, sein gesundheitli-



Welches sind nun die niederländischen Bullen, welches ihre „Berater"? – Fotos von niederländischen Bullen auf „Terroristenjagt" wurden in den letzten Wochen gerade in der westdeutschen Presse mit deutlicher Genugtuung verbreitet – bei keinem dieser Fotos waren jedoch die Gesichter unkenntlich gemacht, die Balken über das Gesicht wurden erstmals bei diesem und allen anderen im Zusammenhang dieser Schlächterei aufgenommenen Fotos angebracht. Warum nur, warum ... ?

cher Zustand hat sich jedoch – schließlich lag er nicht in einem westdeutschen Gefängniskrankenhaus – wieder gebessert. Christoph erlitt Schußwunden an den Füßen, am Arm und einen Streifschuß am Kopf. Über diesen Streifschuß berichtete Christoph seinem Anwalt Gerard Spong „ein Polizist habe sich, nach-
Spong „ein Polizist habe sich, nach-
dem er schon am Boden lag, mit beiden Füßen auf seine Oberarme gestellt. Dann habe er einen enormen Schlag ins Gesicht gespürt und meint, der Polizist habe neben seinen Kopf geschossen. Das Mündungsfeuer habe ihn geblendet, der Luftdruck den Schlag ausgelöst, er sei bewußtlos geworden, habe aus Nase und Ohren geblutet" („Spiegel", 21.11.).

Zur Entstehung der Schießerei, die in bzw. vor einer Telefonzelle stattfand, wurde von großen Teilen der westdeutschen Staatspresse mit nur geringfügigen Unterschieden diese Version verbreitet: *„Der Polizist öffnete die Tür und fragte, wie lange das Gespräch dauern werde. Er erhielt auf Deutsch die Antwort: ‚Einen Moment bitte'. Gleichzeitig zog der Antwortende eine 9-Millimeter-Pistole und feuerte auf den Polizisten in der Kugelweste, als er dessen Kollegen mit Schnellfeuergewehren im Anschlag hinter geparkten Wagen hervortreten sah"* (so beispielsweise die „Hamburger Morgenpost" vom 12.11.

In der logischerweise nicht gerade schlechter informierten niederländischen Presse heißt es, daß Wackernagel und Schneider erst schossen, als sie sich von mehreren Polizisten in kugelsicheren Westen umgeben sahen, bzw. daß sie das Feuer eröffneten, als sie mit Scheinwerfern angestrahlt wurden. Christoph selbst sagt: *„die Polizei habe zuerst geschossen."* („Spiegel", 21.11.).

Der einige Tage nach der Schiesserei erschienene „stern", der sich bei seinen Informationen offensichtlich auf einen niederländischen Polizeisprecher stützt, hebt sich in seiner Darstellung von den Berichten der westdeutschen Tagespresse schon erheblich ab: Nachdem der Polizist von dem telefonierenden Wackernagel die Auskunft erhalten hatte, er möge sich einen Moment gedulden, ging der Polizist *„ein paar Meter zurück um die Ecke und gab den Beamten ... das vereinbarte Zeichen, drehte um, zog seine Waffe und ging auf die Telefonzelle zu, um die beiden jungen Männer zu verhaften. Die beiden schossen sofort, warfen eine Handgranate und liefen direkt in das Gewehrfeuer der holländischen Kriminalbeamten"* („stern" 48/77). Man darf getrost annehmen, daß die Bullen nach der Standardregel „Erst schießen, dann fragen" vorgegangen sind.

Wesentlicher als die Rekonstruktion des Hergangs der Schießerei ist jedoch die Frage, wieweit westdeutsche Bullen beteiligt waren. Daß die von der BRD im EG-Rat vorgelegte „Europäische Konvention zur Be-
„Europäische Konvention zur Be-
kämpfung des Terrorismus" auch in den Niederlanden, bevor sie überhaupt vom Parlament angenommen ist, teilweise schon zu „gültigem Recht" geworden ist, das haben die Ereignisse bei der Verhaftung von Folkerts bereits gezeigt (s. AK 114).

Mit verdächtiger Offenherzigkeit wird von Presse, Polizeisprechern und Regierung eingestanden, daß die Verhaftung von Wackernagel und Schneider in „enger Zusammenarbeit" mit der westdeutschen Polizei vor sich gegangen sei:

– *„Experten des Bundeskriminalamtes waren schon in den frühen Morgenstunden* (des 11.11. – Anm. AK) *nach Amsterdam gereist. Aus Kreisen der Amsterdamer Polizei heißt es, daß Mitglieder der Bonner Sondereinheit Te* (Terrorismus – Anm. AK) *auch schon bei der Beschattung der beiden Terroristen beteiligt gewesen seien"* („Welt", 12.11.).

– Die Festnahmen in Amsterdem zeigen, daß niederländische Polizei und Justiz *„eng mit ihren deutschen Kollegen zusammenarbeiten"* („FAZ" zit. nach „De Waarheid", 12.11.).

– Der Fahndungserfolg sei vor allem der *„internationalen Zusammenarbeit"* zu danken („Berliner Morgenpost", zit. nach „De Waarheid", 12.11.).

– *„Auf den Schlupfwinkeln der Terroristen in Amsterdem war die Polizei durch einen gezielten Hinweis des Bundeskriminalamtes gestoßen"* („Bild am Sonntag", 13.11.); da gleichzeitig von der „Welt" angegeben wird, man sei im Zusammenhang der Caransas-Entführung auf die Wohnung aufmerksam geworden, kann das nur noch heißen, daß auch bei der Fahndung nach den Caransas-Entführern westdeutsche Bullen eingeschaltet waren! Und dies, obwohl keine niederländische Zeitung, die weiter ernst genommen werden wollte, länger als einen Tag eine Beziehung zwischen Caransas-Entführern und der RAF aufrecht erhalten mochte.

– *„Die Amsterdamer Kriminalpolizei hat in dieser Sache eng mit der westdeutschen Polizei zusammengearbeitet ..."* („De Standaard", konservative belgische Tageszeitung, 12.11.)

– In der Nähe des Hauses *„lagen 20 niederländische Polizisten, beraten von deutschen Zivilfahndern, auf der Lauer"* („Spiegel", 14.11.).

– Der Amsterdamer Hauptstaatsanwalt erklärte, *„daß seit der Verhaftung von Folkerts eine enge Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei besteht. Deutsche Kriminalbeamte, die schon Donnerstag in Amsterdam waren, halfen unmittelbar nach der Schießerei bei der Identifikation der zwei RAF-Mitglieder ..."*, abgestritten wird jedoch, daß westdeutsche Polizei unmittelbar bei der Verhaftung beteiligt war („de Volkskrant", 12.11.).

Christoph Wackernagel selbst hingegen *„ist überzeugt, daß bei der Verhaftung auch BKA-Leute mitgemacht hätten"* („Spiegel, 21.11.).

Die nach Wochen verschleyerter Informationspolitik so überraschende Freimütigkeit von Justiz und Presse, sich über die Zusammenarbeit westdeutscher und niederländischer Bullen auszulassen, hat nicht nur das Ziel, die „internationale Terrorbekämpfung" zu propagieren. Es spricht viel dafür, daß hinter dem Schwall des freiwillig Eingestandenen auch das wirkliche Ausmaß direkter Beteiligung westdeutscher Bullen verborgen werden soll.

Außerdem gibt der Umstand zu denken, daß bisher und auch wieder nach der Schießerei niederländische Bullen und „Anti-Terror"-Spezialisten freimütig in der Presse abgebildet wurden, daß aber die Gesichter sämtlicher Bullen durch Balken unkenntlich gemacht worden sind.

Den sich häufenden Tartarenmeldungen der westdeutschen Staatspresse und den Versuchen des BKA usw., angeblichen RAF-Plänen auch in der niederländischen Öffentlichkeit Glauben zu verschaffen, ist Christoph mit einer Erklärung *„an das niederländische und das westdeutsche Volk"* entgegengetreten: Es bestünden keine Pläne, Mitglieder des niederländischen Königshauses zu entführen, Flugzeuge zu sprengen usw., *„.... die RAF strebt Freiheit durch bewaffneten anti-imperialistischen Kampf, Liebe und Solidarität an und will die Bürger der Ländern Europas vor einem neuen deutsehen Faschismus warnen"* (zit. nach „de Volkskrant", 22.11.).

Niederlande-Kommission



Aktionen gegen das »Modell Deutschland« in Belgien

Am 19.11. fand nach einer Reihe kleinerer Besetzungs- und Flugblattaktionen eine größere Demonstration gegen das „Modell Deutschland" statt. Über 1000 zogen unter Parolen wie:
- *„Gegen die Internationalisierung der Repression!"*
- *„Schluß mit dem Mord an politischen Gefangenen!"*
- *„Freiheit für Klaus Croissant!"*
- *„Weg mit den Berufsverboten!"*

durch die Brüsseler Innenstadt.

Faschisten der „Jongeren-Front" versuchten eine Reihe von Provokationen: Sie hatten außerdem in der Nacht vor der Demonstration entlag der Route Parolen geschmiert. Besonders bedacht wurde von ihnen das Cafe der PLS („Pour le socialisme"), in dem während der Woche Veranstaltungen zum „Modell Deutschland", u.a. zur Gefahr des Neo-Nazismus, stattgefunden hatten.

Zur Demonstration aufgerufen hatten ursprünglich Gruppen aus dem Lager der „Autonomen", später kamen die Amada („ML-er") sowie einige örtliche Initiativen dazu. Die Trotzkisten und leider auch die PLS hatten ein direkte Beteiligung mit der ziemlich opportunistischen Begründung abgelehnt, durch eine „unseriöse" Vorbereitung und die „Gefahr abenteuerlicher Aktionen" könnten mögliche Bündnispartner abgeschreckt werden.

Tatsächlich kam es nicht zu „abenteuerlichen Aktionen" und die Demonstration wurde - auch von der Mobilisierung her ein Erfolg.

Veranstaltungsreihe zum „Modell Deutschland"

In der Woche vom 14.-20.November fanden in Brüssel und Liege sechs Diskussionsabende zu Themen der aktuellen Entwicklung in der BRD statt, die von der PLS in Zusammenarbeit mit dem KB organisiert worden waren. Die Teilnehmerzahl schwankte von über 1oo (zum Thema „Terrorismus und starker Staat") bis 2o („Europaparlament"). An den Diskussionen beteiligt waren außer Sprechern der Organisationen auch Vertreter demokratischer Initiativen, wie beispielsweise der „Vereinigung demokratischer Juristen" und die Autoren eines aktuellen Buches über die extreme Rechte in Belgien.

Russell-Unterstützungsbewegung wird wieder angekurbelt

Mit der Veranstaltungsreihe sollte u.a. versucht werden, der nach anfänglichen Erfolgen etwas steckengebliebenen Unterstützungsbewegung
fänglichen Erfolgen etwas steckengebliebenen Unterstützungsbewegung
neue Impulse zu geben. Erleichtert wird das sicherlich auch dadurch, daß inzwischen die Trotzkisten ausführlich über das Tribunal berichtet haben.

So brachte „La Gauche" am 16.11. ein ganzseitiges Interview mit Sekretariats-Mitglied Cobler. Die Notwendigkeit des Tribunals wurde mit der jüngsten „Selbstmord"-Welle untermauert. Die flämische Zeitung „Rood" berichtete am 11.11. im Zusammenhang mit einer längeren Analyse der BRD-Entwicklung seit 45 über das Tribunal und die Hetze Willy Brandts.

Belgien-Kommission

Weiterhin Zweifel in der dänischen Presse

Bereits kurz nach den „Selbstmorden" in Stuttgart-Stammheim hatte die dänische Presse starke Zweifel an der Selbstmordtheorie des westdeutschen Staates geübt, was so weit ging, daß z.B. die Tageszeitung „Ekstra Bladet" offen von Mord sprach.

Das ist auch nach dem Tod von Ingrid Schubert im Gefängnis Stadelheim so geblieben. In diesem Falle wurde von den meisten Zeitungen die Selbstmordtheorie aufgegriffen. Es werden nur Formulierungen gebraucht wie „Selbstmord, sagen die Behörden in Bayern..." (Ekstra Bladet, 14.11.). Es wird überall hervorgehoben, daß Ingrid Schubert niemals Selbstmordabsichten geäußert hat. Es wird der Verteidiger von Ingrid Schubert zitiert: *„Ingrid Schubert war am Donnerstag noch froh und optimistisch..."* (Ekstra Bladet, 14.11.). Auch „Politiken" bringt starke Zweifel zum Ausdruck und schreibt: *„Hiermit ist Ingrid Schubert in das Tragödienbuch der westdeutschen Gefängnisse eingetragen, als Selbstmordopfer Nr. 5!"*

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Veranstaltung gegen »Modell Deutschland« in London

Am 10.11. führte in London die »Campaign Against Repression in West Germany« eine Veranstaltung mit 200 Teilnehmern zur Unterdrükkung in der BRD durch. Referenten waren Rechtsanwalt Funke (er berichtete über die »Selbstmorde« in Stammheim, Haftbedingungen von politischen Gefangenen in der BRD und Kriminalisierung der Verteidigung), Erich Fried (er zeigte anhand der Mescalero- »Affäre« auf, welches politische Klima in der BRD herrscht) und ein Genosse der Campaign (er wies in seinem Beitrag auf die wirtschaftliche und politische Einflußnahme der BRD auf das Ausland hin).

In Diskussionsbeiträgen wurde das »Modell Deutschland« noch genauer beleuchtet. Unter anderem wurde auf die Zusammenarbeit der britischen Terroreinheit SAS und der westdeutschen GSG 9 hingewiesen.

Ein englischer Parlamentsabgeordneter gab auf der Veranstaltung bekannt, daß er im Parlament eine Anfrage zu Berufsverboten in der BRD stellen werde.

Die Veranstaltung hat ein wachsendes Interesse an der Beschäftigung mit der politischen Situation in der BRD gezeigt: das bewies einerseits die lebhafte Diskusson, andererseits hat durch diese Veranstaltung die Campaign auch neuen Zustrom bekommen.

Und auch die organisierte Linke scheint sich mit dem Problem BRD jetzt näher beschäftigen zu wollen.

So ist die Zeitung „Socialist Challenge" der IMG wegen eines größeren Artikels über die Entwicklung in der BRD an die Campaign herangetreten.

Die Campaign wird in ihrer Zeitung »Verboten« diese erfolgreiche Veranstaltung dokumentieren.

(nach dem Bericht
eines englischen Genossen -
eine Genossin aus Altona)

Gastfreundschaft à la BRD

Üble Erfahrung mit der Terroristen-Hysterie der deutschen Polizei machte vor wenigen Tagen der Franzose Jacques Perreux, Mitglied des Büros der Kommunistischen Jugend in Frankreich.

Auf seiner Reise nach Bonn, wo er an einem Seminar über Probleme der Abrüstung teilnehmen wollte, stoppte die westdeutsche Polizei den Zug und verhaftete ihn. Als Grund wurde ihm lediglich mitgeteilt, daß er an „terroristischen Aktionen" teilgenommen habe.

Während der zwölf Stunden, die er auf einem Bonner Polizeirevier verbrachte, durfte er weder mit der Französischen Botschaft noch mit seinen Freunden in Paris Kontakt aufnehmen. Während dieser Zeit mußte er eine Leibesvisitation über sich ergehen lassen, wurde einem scharfen Verhör unterzogen und von den Bullen dabei sogar körperlich bedroht. Schließlich mußten sie ihn gehen lassen – eine Erklärung für den Vorfall sind sie jedoch schuldig geblieben, von einer Entschuldigung ganz zu schweigen.

Frankreich-Kommission

Die »Sympathisanten« ergreifen das Wort (1. Teil)

„*Wer den Kreis der Sympathisanten zu klein zieht, kann das Umfeld der Terroristen und damit diese selbst nicht bekämpfen.*" – dieser Satz aus einem Kommentar der „FAZ" vom 14. Oktober kann als Überschrift der gesamten Kampagne gelten, die seit Wochen mit polizeistaatlicher Wucht jede Kritik an den herrschenden Zuständen dieses Staates hinwegzuspülen versucht. Der Kreis wurde nicht „zu klein" gezogen – er reicht bekanntlich in den Augen der Springer & Co. bis hin zu Willy Brand – sondern er wurde ü b e r z o g e n . Das weitgreifende Klima der Verfolgung und Repression, der Verleumdung und der Denunziation hat nicht nur Einschüchterung bewirkt, sondern es hat auch Gegenwehr hervorgerufen. Die Stellungnahmen, die von zahlreichen Intellektuellen und anderen Kreisen abgegeben wurden, haben natürlich unterschiedlichsten Charakter. Sie reichen von mutigen Anklagen einzelner demokratischer Persönlichkeiten gegen die Repression bis hin zu Apellen, die sich hilfesuchend an die SPD richten, sie möge zur „Reformpolitik" zurückkehren – und die teilweise auch direkte Verteidigungsreden für die SPD sind, daß diese nichts mit der ungeheuren Hetzkampagne zu tun habe, in deren Sog ihre eigenen Repräsentanten hineingezogen werden. Kennzeichnend bleibt allerdings, daß es kaum eine Stellungnahme gibt, die sich nicht gleichzeitig bemüßigt fühlt, eine mehr oder weniger heftige Abgrenzung vom „Terrorismus" vorzunehmen. Das ist der Tribut, den heute nahezu jeder einheimische Kritiker des BRD-Staates unter dem ungeheuren Druck der Verleumdungen und der Verdächtigungen zahlt. Und das hebt auch nach wie vor das Niveau der intelektuellen Auseinandersetzung hierzulande von dem der meisten westeuropäischen Länder ab: In einer Atmosphäre des drohenden Polizeistaates ist die Freiheit der Kritik bereits durch den Zwang der Selbstzensur gefesselt, und es kostet bereits ein großes Rückgrat für viele Demokraten, schlichte Wahrheiten auszusprechen und Fälschungen zurückzuweisen.

Gemeinsame Aufrufe gegen Repression und Pogromstimmung

Ende Oktober wurde ein Aufruf „*Für die Bewahrung der Grundrechte und für die Freiheit des Denkens*" veröffentlicht, der von 20 namhaften Wissenschaftlern, Schriftstellern und Journalisten unterzeichnet ist (siehe nebenstehenden Abdruck). Dieser Aufruf sticht insofern von verschiedenen anderen Stellungnahmen ab, als er den Terrorismus deutlich als „*aus dem sozialen Milieu der Bundesrepublik hervorgegangen*" kennzeichnet (statt ihn der herrschenden Sprachregelung angepaßt einfach als „kriminell" zu verteufeln) und sich gegen die erpresserischen Aufforderungen zur „Distanzierung" von politischen Auffassungen und Handlungen wendet, die von den als „Sympathisanten" Beschuldigten eh nicht geteilt bzw. mitgetragen werden. Alle Demokraten werden darin aufgerufen, angesichts der „*Zerstörung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen von Demokratie und Freiheit*" „*nicht zu schweigen*". Andererseits wird in diesem Aufruf die SPD/FDP-Regierung nicht als entscheidend mitverantwortlich für den systematischen Abbau der demokratischen Freiheiten begriffen, sondern wird nur von einer „*Neigung in Regierungskreisen*" gesprochen, „*sich diesem Druck der Reaktion zu beugen*".

Ein anderer Aufruf, dessen Wortlaut ebenfalls hier mit abgedruckt ist, wendet sich speziell gegen die Kriminalisierung derjenigen, die die Dokumentation „Buback – Ein Nachruf" herausgegeben haben, um das massive Gewebe von Lügen, Verdrehungen und Auslassungen zu durchstoßen, das die Regimepresse um den Artikel des Göttinger „Mescalero" gesponnen hat. Es wird darin die sofortige Einstellung aller Straf- und Disziplinarverfahren gegen die Herausgeber dieser Dokumentation gefordert, unterzeichnet von über 250 Schriftstellern, Hochschulangehörigen und Buchhändlern, und abgedruckt in der „Frankfurter Rundschau" vom 23. November. In der gleichen Ausgabe der FR ist desweiteren ein von 180 Personen unterschriebener Brief an den niedersächsischen Wissenschafts (?)minister Pestel abgedruckt, der die Rücknahme der Dienstenthebung und des Disziplinarverfahrens gegen Prof. Peter Brückner fordert, der als einziger nicht bereit war, sich der Pestelschen Erpressung gegen die Herausgeber der besagten Dokumentation zu beugen. Indieser Erklärung heißt es: „*An Professor Brückner soll exemplarisch verwirklicht werden, was die nicht nur von der CDU/CSU initiierte Hetzkampagne gegen die linken Intellektuellen sich zum Ziel gesetzt hat: die Vertreibung und Verbannung kritischen Bewußtseins und kritischer Gesellschaftstheorie aus den Bildungsinstitutionen unseres Landes. Diese sich neu formierende Gegenaufklärung bezweckt die administrative Unterdrückung kritischen Bewußtseins.*" Weiter heißt es in diesem Text zu den Beschuldigungen gegen Prof. Brückner: „*Das ist das alte, unselige, vernunftfeindliche Verfahren, den Kritiker der Zustände für die von ihm vorgefundenen Zustände verantwortlich zu machen Erneut wäre der Zeitpunkt gekommen, wo nicht die Sorgfalt theoretischer Analyse, sondern die richtige Gesinnung darüber entscheidet, wer an den Universitäten forschen und lehren darf. So schützt sich nur eine Gesellschaft, die ihren bestehenden Zustand mit all seinen Verheerungen letzten Endes doch einer politischen und ökonomischen Veränderung vorzieht, die jedem ihrer Mitglieder das Leben lebens- und achtenswert machen könnte.*"

In der gerade erschienenen Dezember-Ausgabe der „konkret" wurde ein Aufruf „*Demokratie statt Terrorismus*" veröffentlicht, der insgesamt 50 Unterschriften trägt, darunter Prof. Abendroth, Prof. Altvater, Klaus-Uwe Benneter, Bernt Engelmann, Prof. Gollwitzer, Max von der Grün, Carl L. Guggomos, Ingrid und Yaak Karsunke, Peggy Parnass, Günter Wallraff, Gerhard Weber, Gerhard Zwerenz und neun Delegierte des kürzlich stattgefundenen FDP-Parteitages.

Heinrich Böll, Bernt Engelmann und Erich Fried

„*Uns langt's! Allmählich langt es uns ganz dicke hier!*" – dieser Satz von Heinrich Böll ist zu einem wichtigen Fanal für weite Teile der demokratischen Intelligenz geworden, um das Eis der Einschüchterung und des Schweigens zu brechen, um der einschnürenden Repression und auch dem dadurch auferlegten Opportunismus den Kampf anzusagen. Heinrich Böll gehört (auch nach eigenem Verständnis) nicht zur sozialistischen Intelligenz unseres Landes; es gibt zweifellos weitaus schärfere Kritiker der herrschenden Verhältnisse in der BRD, die zudem auch (wie etwa Erich Fried) zu jeder Zeit in der Vergangenheit ihre Meinung offen vertreten und zu aktuellen politischen Geschehnissen unbeugsam Stellung bezogen haben. Heinrich Böll ist ein Schriftsteller aus dem l i b e r a l e n demokratischen Lager. Das und die Tatsache, daß er von der Springer-Presse schon jahrelang zur wohl „bevorzugsten" Zielscheibe widerlichster Verunglimpfungen „auserwählt" wurde, was Böll nicht nur selbst zum Erschrecken sondern auch zum zeitweisen Verstummen und sogar zu einer Abschwörungserklärung brachte (1972, nachdem er in einem „Spiegel"-Aufsatz „*freies Geleit für Ulrike Meinhof*" gefordert und kübelweise Angriffe und Drohungen dafür geerntet hatte) – das, wie gesagt, verleiht seiner zitierten Erklärung heute besondere Bedeutung nicht nur als „Stimmungsbarometer", sondern darüber hinaus zur weiteren Aufrüttelung breiterer Teile der demokratischen Intelligenz.

Böll hat in seinen Stellungnahmen der letzten Woche vor allem die i d e o l o g i s c h e Seite der polizeistaatlichen Repression beschrieben und gegeißelt. In der „Basler Zeitung" (18.10.) hat er aus eigener Erfahrung ein Beispiel genannt, wie sich in letzter Zeit auf der Seite der Denunzianten zügellose und ungeschorene Keckheit und auf der Seite der Denunzierten (und potentiell Denunzierten) tiefgreifende Angst breitgemacht haben: „*früher, wenn ich mich mal wieder 'einmischte', (etwa in den Fall Defregger ...) bekam ich Drohbriefe anonym, Zustimmung namentlich gekennzeichnet – inzwischen ist das umgekehrt: Zustimmung kommt anonym, Grobheiten werden mit Namen gezeichnet.*"


Bernt Engelmann

An anderer Stelle gab Böll ein vernichtendes Urteil über das gesamte „geistige Klima" in der BRD, wie es sich vornehmlich in den veröffentlichten Meinungen von Presse, Funk und Fernsehen, aber dadurch beeinflußt auch auf „privater" Ebene ausdrückt. Man entdeckte „*in Kommentaren, Rundfunkmagazinen, Gesprächen etwas, das Opportunismus zu nennen zu harmlos wäre. Opportunismus setzt ja ein Minimum b e w u ß t e r Anpassung voraus ...*". Die Angst vor unvorschriftsmäßigen Äußerungen werde in den meisten Fällen überhaupt nicht mehr wahrgenommen. Die Kampagne erinnert stark an das Ende der zwanziger Jahre, wobei allerdings heute fraglich sei, ob eine „*Abschaffung der Demokratie*" überhaupt nötig sei: „*Die Leute sind ja derart eingeschüchtert, die Medien so vorsichtig geworden, daß man eigentlich kaum noch Gesetze zu ändern braucht. Die Sache läuft ja derart phantastisch ... Selbst liberale Zeitungen werden ja schon derart konformistisch und vorsichtig, daß man kaum etwas zu unternehmen braucht...*"

Angesichts von Äußerungen verantwortlicher Politiker, die inzwischen den Menschen das Denken und die Gefühle vorschrieben, wage er nicht einmal, „*an Demagogie zu denken. Ich fürchte: s i e d e n k e n w i r k l i c h s o ...*" (zit. nach „FR", 1.10. u. Bölls Brief an die „FAZ", in: „Briefe zur Verteidigung der Republik", rororo-Taschenbuch).

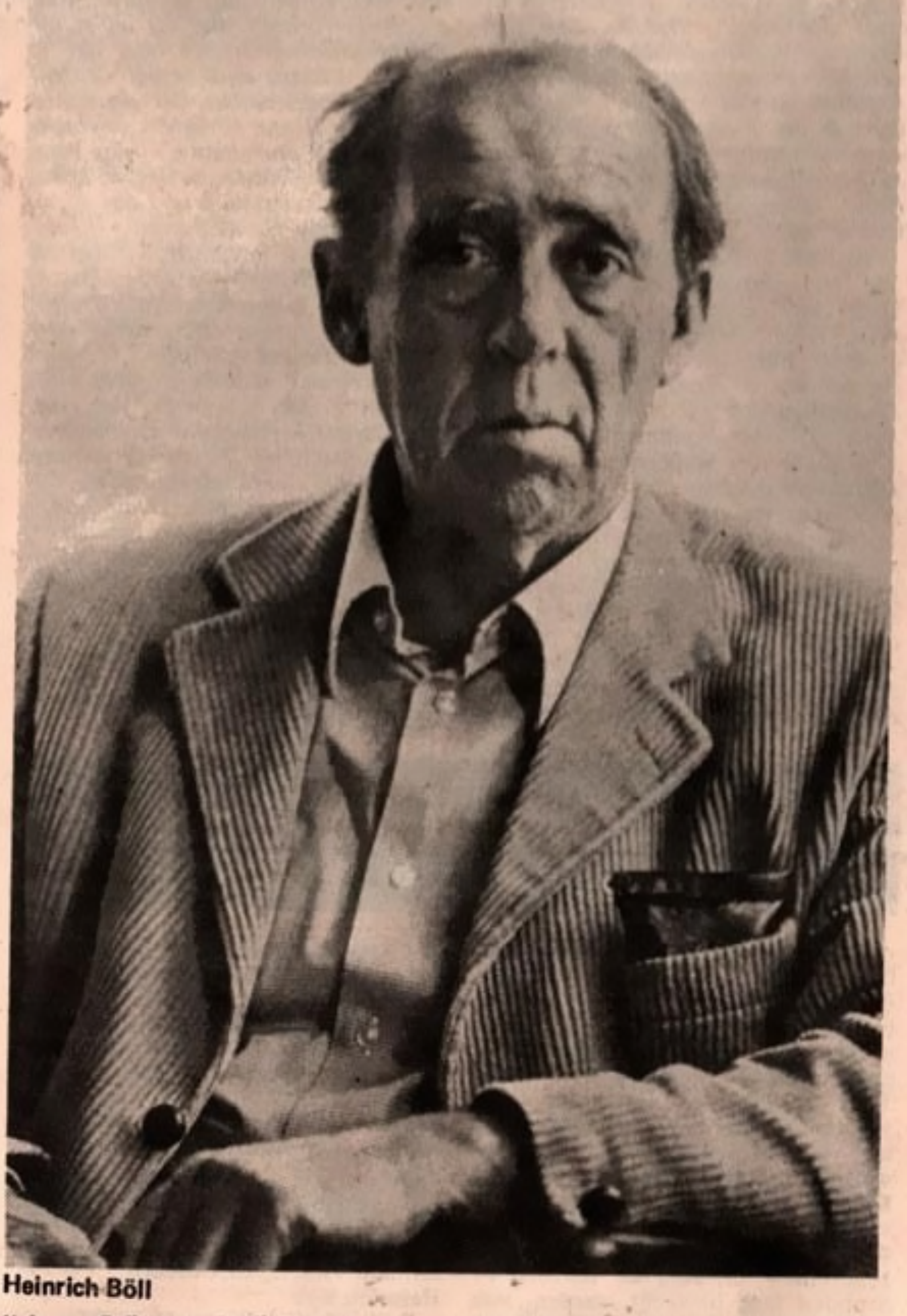
Diese Situation zu ändern, sieht Böll nur eine Chance: daß „*die öffentliche Meinung ihre Schüchternheit, ihre Ängstlichkeit, ihre Einschüchterung aufgibt ... Das ist jetzt Sache der Medien in allen Variationen, der Zeitungen, des Funks, des Fernsehens, sozusagen zum Gegenangriff überzugehen*" („FR", 1.10.).

In diesem Aufruf ist von „*zwei Strategien*" die Rede, die zur „*Bekämpfung des Terrorismus*" vorgeschlagen würden: Die eine wesentlich durch die CDU/CSU, die andere durch die Regierungsparteien SPD und FDP formuliert. Die Strategie der CDU/CSU ziele auf „*weitere gesetzliche Einschränkung von Rechten und Freiheiten, auf Schreib- und Denkverbote, die jede – auch als demokratisch ausgewiesene – Kritik an der Herrschaftsstruktur der bundesrepublikanischen Gesellschaft unterbinden sollen*", wobei „*die Terroristen nur zum Vorwand antidemokratischer Politik*" genommen würden. Demgegenüber wolle die Strategie von SPD/FDP „*den Terrorismus durch weiteren Ausbau von Polizei und Geheimdiensten bekämpfen. Ihre Verfechter nehmen entweder nicht wahr oder sie nehmen in Kauf, daß an Personal und Kompetenz aufgeblähte Apparate staatlicher Gewalt auch jenseits des Zwecks, dem ihr Machtzuwachs galt, tätig zu werden pflegen – und zwar in dieselbe Richtung, die Filbinger im Visier hat*".

Zu beiden Strategien wird gesagt, daß sie „*den Terrorismus nicht beseitigen. Im Gegenteil: Jeder Schritt in Richtung Polizeistaat wird mehr Bereitschaft zu Gewalttaten provozieren, der vollendete Polizeistaat wird sie sogar legitimieren*".

Gegen eine solche Entwicklung schlagen die Unterzeichner ein „*demokratisches Programm*" vor, „*das den Wert und die Möglichkeit wieder erkennbar macht, die das Grundgesetz der Bundesrepublik der gewaltlosen Veränderung bestehender Verhältnisse gibt*". – „*Die Bundesrepublik muß als Rechtsstaat und Demokratie wieder identifizierbar werden*", heißt es dazu noch an anderer Stelle dieses Aufrufs. Konkret werden als Bestandteile eines solchen demokratischen Programms genannt: Abschaffung des Maulkorbparagraphen 88a und der Berufsverbote, mehr politische Bildung an den Schulen, kein entmündigendes Hochschulrahmengesetz, Umformung des Strafrechts zum Rehabilitationsgesetz, keine Opferung der Meinungs- und Informationsfreiheit an monopolisierte und parteilich proportionierte Medien und schließlich Ausbildung und Arbeit für die Jugendlichen.

Unter dem Stichwort „*Politik gegen den Terrorismus erfordert ein Mindestmaß an Moralität*" wenden die Unterzeichner sich außerdem gegen die „*Einbeziehung von alten Nazis, die in vielen öffentlichen Ämtern und Standesorganisationen den Ton angeben, in die ,Gemeinsamkeit der Demokraten'*". Zu den angeblichen „Selbstmorden" von Stammheim wird gesagt: „*Wenn die südafrikanischen Rassisten einen Schwarzen im Gefängnis ermorden lassen, erklären sie, daß er an einem Hungerstreik gestorben sei. Wer soll ihren westdeutschen Freunden, in deren Gefängnissen Häftlinge zu Tode kommen, noch glauben? Diese Unglaubwürdigkeit gibt der Desinformationspolitik der Terroristen erst politisches Gewicht. ... Ein Staat, dessen Repräsentanten schon spüren, daß nur die Bestellung ausländischer Gutachter der amtlichen Feststellung der Todesursache der Stammheimer Häftlinge Glaubwürdigkeit verleihen kann, ist tatsächlich auf dem Weg zur Bananenrepublik*".


Heinrich Böll

Diese Erklärung ist, wenn man sich die Unterzeichnerliste anschaut, natürlich als Kompromiß erkennbar, wie es auch kaum anders sein kann. Einzelne der Unterzeichner haben dabei in persönlichen Erklärungen durchaus deutlicher und schärfer auch über die Politik von SPD und FDP geurteilt. Andererseits darf nicht unterschätzt werden, daß die in diesem Aufruf enthaltenen Positionen einem anderen Teil der Unterzeichner, wie vor allem den neun Delegierten des FDP-Bundesparteitags, schon als recht couragiert angerechnet werden müssen.

Bernt Engelmann, Vorsitzender des „Verbandes deutscher Schriftsteller", hat gleichfalls in den vergangenen Wochen wiederholt zur Hetzkampagne gegen als „Terror-Sympathisanten" verdächtigte Intellektuelle Stellung genommen und zum Kampf gegen die Reaktion aufgerufen. Auch wenn Engelmann ausgesprochen heftig von der „*mörderischen Gewalt*" der Terroristen sprach, die er als „*Meuchelmörder*" bezeichnete und (obwohl er es eigentlich besser wissen müßte) teilweise auch der direkten Verantwortung für die „*gegenwärtige Hexenjagd*" beschuldigte, hat er seine Aufmerksamkeit und seine Energie doch hauptsächlich gegen die schwarzbraunen Reaktionäre, die an der Liquidierung der demokratischen Freiheiten herumwerkeln, und gegen die „*professionellen Panikmacher und Brunnenvergifter*" gerichtet: „*Die Herren, die jetzt die Maske des demokratischen Biedermanns fallen lassen und sich wohlig seufzend als das zeigen, was sie immer waren, nämlich als unverhüllte Faschisten, irren sich, wenn sie glauben, wir müßten das um des armen Herrn Schleyer willen hinnehmen.*" („DVZ" 29.9.).

In seiner Rede auf der Veranstaltung „Freiheit, die ich meine..." am 12. Oktober in Frankfurt (abgedruckt in „die tat" vom 21.10.) erinnerte Engelmann daran, daß er selbst einmal Opfer einer „kriminellen Vereinigung" war, nämlich des Nazi-Regimes, und einer der wenigen Überlebenden der damaligen Vernichtungslager. Er fuhr dann fort: „*Verblüffenderweise sitzen heute von den ehemaligen Führern dieser Terroristengruppe – ich muß wohl sagen: -bande – nur wenige hinter Gittern, aber etliche im Bundestag, und zwar just bei jener Fraktion, die jetzt die schlimmsten Verleumder und Scharfmacher stellt, ja, wo einige Herren den Terrorismus am liebsten wieder mit staatlichem Terror beantworten möchten. Ich weiß, es ist unfein, an diese Zusammenhänge zu erinnern. Ich tue es dennoch, weil ich zornig bin. Wenn man meine Kolleginnen und Kollegen systematisch verleumdet – von Amery bis Zwerenz reicht die Liste der letzten Wochen – ; wenn weder Luise Rinser noch Heinrich Böll vor Verteufelung sicher sind; wenn Westentaschen-McCarthys vom Schlage eines MdB Dr. Günter Müller über Literatur richten wollen, dann packt mich eben der Zorn. Er richtet sich weniger gegen die Giftspritzer selbst als gegen deren Auftraggeber, vor allem aber gegen jene, die dazu schweigen, wo sie entschiedensten Protest erheben müßten. ... Wir, die deutschen Schriftsteller, werden unsere Veranwortung nicht so vergessen, wie es viele Politiker jetzt tun. Wer der terroristischen Gewalt, die wir verabscheuen, unsere rechtsstaatliche Ordnung opfern will; wer die Aufhebung der Grundrechte fordert und nach Vorbeugehaft, Folter, Geiselerschießungen und ,kurzem Prozeß' schreit, der wird weiter auf unseren entschlossenen Widerstand stoßen. Wir lassen uns durch die Verleumdungswelle nicht einschüchtern. ... Und wenn ich vorhin von einem möglichen Exodus gesprochen habe, von einem Auszug derer, denen es, um mit Böll zu sprechen, jetzt langt – sie mögen sich nicht zu früh freuen, die Herren Ästheten und Stilisten der 'Bild'-Zeitung, die Dichter und Denker des Bayernkuriers, die Schöngeister von Quick und Praline und die Hommes-de-lettres von der Passauer Neuen Presse. Leuten wie ihnen hat unser Kollege Heinrich Heine auch noch von Paris aus die Hölle ganz schön heiß gemacht.*"

Die „was tun" hat in ihrer Ausgabe vom 3.11. (Nr. 182) ein längeres Gespräch mit Erich Fried veröffentlicht, in dem dieser sich zur aktuellen Situation in der BRD äußert: „*Das, was heute droht*", sagt Erich Fried in diesem Gespräch, „*ist die Errichtung eines durch Computer total gleichgeschalteten Polizeistaats, der unter Umständen totalitärer sein könnte als der Hitler-Staat jemals war, der die Produktivkräfte noch nicht zur Verfügung hatte, die ein heutiger Staatsapparat heute hat und der jeden Nicht-Konformismus mit Existenzvernichtung,*

Fortsetzung von Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

wenn nicht mit Schlimmerem straft, ganz sicher mit mundtot machen. ... Der Vergleich, der von Heinrich Böll gegeben wurde, mit 1928 oder 1929 ist ganz stichhaltig. Damals hat das Regieren mit Notverordnungen begonnen. Hier beginnt jetzt in der BRD das Regieren mit Not- und Sondermaßnahmen. In der Weimarer Republik ging es von den Notverordnungen weiter bis 1932 zum Ermächtigungsgesetz, dessen Folge, Hitler, uns ja noch in bester Erinnerung ist.''

Auf die Frage nach Verteidigungs- und Widerstandsmöglichkeiten gegen diese Entwicklung antwortete Erich Fried u.a.: ,,*Also zunächst: nicht ducken! Eine der deprimierendsten Erscheinungen dieser Tage sind die Distanzierungen z.B. vom Mescalero-Artikel. Diese Argumentation: dem Artikelschreiber geschehe ja in dieser Diffamierungskampagne Unrecht, aber wie könne man in dieser Situation so 'ungeschickte Formulierungen' benutzen, die die Rechten reizt... Deswegen müsse man sich distanzieren. Ich nenne so etwas den 'vorsichtigen aufrechten Gang', und das ist der Anfang des Kriechgangs.''* Gegenüber der Ideologie der RAF gelte jedoch eine ,,*prinzipielle und polemische und wenn nötig, kämpferische Kritik... Dann muß man allerdings immer noch sagen, wer sie auf diesen Abweg gebracht hat, und daß die Organe dieses Staates, wenn man es an der Zahl der Toten mißt, de facto wohl ärgere Terroristen sind als selbst die Baader-Meinhof-Gruppe oder der 2. Juni. ... Ebenso muß gesagt werden, daß die Todesschüsse der deutschen Polizei seit Benno Ohnesorg erschreckend zugenommen haben... Man kann eigentlich einen Staat, in dem so etwas wie dieser Todesschuß und das daran anschließende Gerichtsurteil — Freispruch für den Schützen — nicht als bürgerliche Demokratie gelten lassen, ohne damit bürgerliche Demokratien wie Holland und Dänemark oder Schweden zu verunglimpfen. ... Wenn man im Inland mundtot gemacht wird, dann muß man versuchen, das Ausland darauf aufmerksam zu machen, es miteinbeziehen. Es hat sich herausgestellt, daß die bundesdeutschen Behörden einigermaßen empfindlich sind, was Kritik aus dem Ausland — den europäischen bürgerlichen Demokratien einschließlich den USA betrifft. Hier hat z.B. das Russell-Tribunal eine große Bedeutung.''*

(Wird fortgesetzt)

Klammheimliche Trauer

,, ... ich las da in einer Provinzzeitung (,,Burghauser Nachrichten'' vom 21.9.77, die ich zugeschickt bekam) einen Artikel, den ich gern in den großen überregionalen Tageszeitungen mit großer Auflage gelesen hätte. Titel des Artikels: ,,Das große Fressen am Wörther See''. Neunzig, so las ich, ,,Industriemagnaten, Finanzgewaltige und Playboys aller gängigen Kaliber'', haben sich dort per Jet versammelt, um zu feiern und zu fressen, auf ihre Art, die ihnen nicht genommen sei; aber sie mußten 17 Stunden lang bewacht werden, von Polizeibeamten und einer Privattruppe, weil sie sich bedroht fühlten. Sie kokettierten mit dem Schicksal von Herrn Dr. Schleyer, beklagten den Notstand demokratischer Gesetze etc., es waren ihnen Drohungen von der ,,Baader-Meinhof-Bande'' zugegangen. Vielleicht sind solche Feste, die, wie ich las, mit Porno untermalt werden, der Ausdruck ,,klammheimlicher Trauer''. Geschmack ist nicht justitiabel, aber Polizeibeamte werden ja von Steuergeldern bezahlt, u.a. auch von u n s e r e r, der Autoren und Theologen, Steuer.''

Heinrich Böll
(,,Basler Zeitung'' vom 18.10.77)

Aufruf

Für die Bewahrung der Grundrechte und für die Freiheit des Denkens!

Durch die Terrorakte der jüngsten Zeit ist offenbar geworden, daß maßgebliche politische Kräfte unseres Landes die von ihnen tagtäglich beschworene rechtsstaatliche Demokratie nur wenig begriffen und sich zu eigen gemacht haben. Eine Pogromstimmung wird verbreitet. Wer unter dem Eindruck der aus dem sozialen Milieu der Bundesrepublik hervorgegangenen wahnwitzigen Gewalttaten nicht bereit ist, sogleich seine Bürgerrechte preiszugeben, wird diffamiert.

Mit dem Verlangen nach „Distanzierung" wird den so angeprangerten Persönlichkeiten und demokratischen Organisationen der ungeheuerliche Vorwurf des Sympathisantentums gemacht. Verlangt wird die Aufgabe kritischen Denkens, die Unterwerfung unter den Gesinnungsterror der Reaktion und die Hinnahme demokratisch nicht mehr kontrollierter staatlicher Gewalt.

Die Entführungen und Mordanschläge dienen demokratiefeindlichen Kräften von gestern und vorgestern als Vorwand, ihre Angriffe auf die in den letzten Jahren verbesserten Grundlagen für eine Politik des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts zu verstärken und zu rechtfertigen. Sie sind entschlossen, die Bundesrepublik in ihrer Entwicklung wieder weit zurückzuwerfen. Die Reaktion hofft so, die wirtschaftliche, soziale und moralische Krise zu bewältigen. Terroristische und diktatorische Methoden staatlicher Herrschaftsausübung entsprechen ihrer Tradition.

Doch allenthalben entwickelt sich demokratischer Widerstand. Er manifestiert sich in den Gewerkschaften, den Parteien, den Kirchen — in der ganzen Öffentlichkeit. Er wendet sich gegen den Versuch, die Ideen des demokratischen und sozialen Fortschritts zu verunglimpfen. Er richtet sich gegen die Absicht, das Recht auf Veränderungen und Reformen als einen Anschlag auf das vorgebliche Gemeinwohl zu kriminalisieren.

Bestürzend ist angesichts dieser Lage die Neigung in Regierungskreisen, sich diesem Druck der Reaktion zu beugen und namens der Bekämpfung des Terrorismus die Grundlagen unserer Verfassung zu demontieren. Die schon beschlossenen und angekündigten gesetzlichen Maßnahmen, die auf eine Außerkraftsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze hinauslaufen, sind nicht geeignet, dem Terror Einhalt zu gebieten, wohl aber durch Zerstörung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen von Demokratie und Freiheit, diese abzuschaffen.

Wenn nun auch der Bundespräsident und Mitglieder der Regierungsparteien vor der Flut der Denunziation und Verketzerung warnen, dann erkennen wir darin eine Widerspiegelung des Widerstandes der demokratischen Öffentlichkeit. Wir glauben aber, daß umfassendere Garantien geschaffen werden müssen, um die sich abzeichnenden Gefahren zu bannen. Aus diesem Grunde rufen wir jetzt und hier alle Demokraten auf, nicht zu schweigen und unter Zurückstellung nachrangiger Meinungsverschiedenheiten für den Schutz der demokratischen Grundrechte und Freiheiten in der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten.

Alfred Andersch
Peter O. Chotjewitz
Dr. phil. Ingeborg Drewitz
Bernt Engelmann
Hanns Dieter Hüsch
Prof. Dr. Günter Giesenfeld
Prof. Dr. Horst Herrmann
Prof. Dr. Gerhard Kade
Prof. Dr. Arno Klönne
Prof. D. Walter Kreck
Prof. Dr. H. J. Krysmanski
Prof. Dr. Reinhard Kühnl
Prof. D. Dr. Manfred Mezger
Josef Reding
Prof. Dr. Helmut Ridder
Luise Rinser
Dr. Alexander Schubart
Eckart Spoo
Prof. Dr. Fritz Straßmann
Prof. Dr. Gerhard Stuby

DGB: Meister der Heuchelei



Angesichts der im Zuge der Schleyer-Entführung geschürten Sympathisanten- Hetze, der Fahndungshysterie, sowie den immer einschneidenderen juristischen Veränderungen, besonders dem Kontaktsperregesetz, sah sich auch der DGB zu einigen mahnenden und warnenden Worten genötigt.

In der WdA vom 22.9. wird in einem Artikel mit dem Untertitel: »*DGB gegen Gesetze, die den Rechtsstaat gefährden*« CDU-Windelen angegriffen, weil er den großen Aufwasch propagiert hat. Originalton Windelen: »*Aber so lange wir als Staatsbürger tatenlos zusehen, wenn - und seien es auch nur Einzelgänger - in öffentlich rechtlichen Funkhäusern und Schulen, von Männern der Kirchen und Politik, der Gewerkschaften oder des Geisteslebens der klassenkämpferische Haß auf diesen Staat und alle, die ihn stützen, gepredigt wird, so lange wird immer neue Gewalt nachwachsen.*«

»*Ob das der Ton ist, in dem die geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus geführt werden soll?*« fragt sich die WdA. »*Oder sollen hier die 'Verfechter einer aufgeklärten und kritischen Vernunft'* [*Heinz Oskar Vetter*] *mit den Terroristen in eine Ecke gestellt werden?*« Und dann Zitat Vetter: »*Wir werden allen entgegenzutreten haben, die den von uns allen konsequent geführten Kampf gegen den Terrorismus als Mittel politisch fragwürdiger und reaktionärer Demagogie mißbrauchen*«.

Obwohl das Kontaktsperregesetz doch ganz gewaltig den ''Rechtsstaat'' gefährdet - bedeutet es doch die totale Allmacht der Exekutive bar jeder Kontrolle durch die berühmte 3. Gewalt - ist der DGB im entscheidenden Moment natürlich nicht gegen diese Gefährdung des ''Rechtsstaats'': ''Kontaktsperregesetz ist nicht unproblematisch'',heißt schamhaft der Untertitel in der WdA vom 6.10.77.

Der Artikel beginnt mit der mitleidserregenden Schilderung des Bauchgrimmens eines SPD-Bundestagsabgeordneten, Gewerkschafters und Betriebsrates: ,,*Ich weiß ja, daß sich die Anti-Terror-Gesetze letztlich gegen mich selbst, gegen die Arbeitnehmerschaft richten können. Mich kann doch morgen jemand denunzieren, und dann bin ich erst mal dran. Aber wir brauchen ja wohl diese neuen Gesetze, da kann ich doch meine Zustimmung nicht verweigern.''* Arme Parlamentarier, möchte man sagen, wie schwer haben sie's doch. Warum aber die Gewerkschafter im Parlament trotz aller Einsicht nicht gegen das Gesetz stimmten, bleibt bis auf nicht näher erläuterte angebliche Sachzwänge offen. Aufgezählt wird die lange Latte der Gesetzes-Änderungen und -Neuerungen vom Ausbau des BGS, über §88a bis zum Verteidigerausschlußgesetz. Scheinbar besorgt wird die Frage geäußert, wo denn nun eigentlich die ,,Grenzen des Rechtsstaats'' lägen. Das aber alle diese Gesetze, daß auch das Kontaktsperregesetz mit ausdrücklicher Zustimmung der SPD und ''unserer Gewerkschafter'' den Bundestag passiert haben, daß diese Leute kräftig dabei sind , die Grenzen ihres ''Rechtsstaates'' immer weiter nach rechts zu verschieben, wird tunlichst verschwiegen. Es darf problematisiert werden, lautet die halbgare Devise dieses Artikels. Kein Protest gegen die Landesregierungen , die entgegen richterlichem Beschluß die Isolation aufrecht erhielten und damit Verfassungsbruch begingen; keine Abelehnung der Praxis, Gesetze im Eilverfahren zur nachträglichen Legitimierung bereits praktizierter Zustände durchzupeitschen; kein scharfes Wort gegen die Inhalte des Gesetzes selbst . Der DGB hat Wehners Worte gut verstanden: er weiß was er der Bundesrepublik, unserem Gemeinwesen schuldig ist.

Daß diese so wohlgesetzten, ,,problematisierenden'' Artikel nichts als Augenwischerei sind, Fassade, um das ach so demokratische Image aufrechtzuerhalten, merkt man, wenn man in der gleichen Nummer der WdA von Seite 4 auf Seite 7 gelangt.

Überschrift: ''*Tatmeldung: Sie bekämpfen den Staat mit der Pension im Rücken*''. Es folgt dann eine Story über den Göttinger Asta, Brückner und die 13 niedersächsischen Hochschullehrer, die ihresgleichen sucht. Geschickt wird mit Zitatbrocken aus dem Buback- und dem Schleyer-Nachruf gearbeitet, um sich dann Pestels Urteil ''*Entmenschlichung schlimmster Art, Neurotiker gefährlichster Sorte*'' anzuschließen. Es folgt die schon oft widerlegte Behauptung, das BUF-Info Nr.3 sei beim Asta gedruckt; krimireife Episoden von Studenten, bei denen bei Ankunft des Staatsanwalts das Klo rauschte und ''*es nach verbranntem Papier roch*'', die Geschichte von dem ''*höhnisch zweckentfremdeten amtlichen Fahndungsblatt*'', das angeblich gefunden wurde, aber in keinem Durchsuchungsprotokoll auftaucht. Gleichzeitig wird der Asta wegen Zweckentfremdung studentischer Gelder für nicht hochschulbezogene Zwecke angeschossen . [Anm. ''Die Gewerkschaft'' -unser ''Bündnispartner'' im Kampf um das politische Mandat??]. Nachdem der Göttinger Asta so mit kurzem Prozeß in die Kartei der Sympathisanten und Kriminellen eingereiht wurde, geht's in einem Atemzug gleich weiter. ''*Aber nicht nur Studenten machen Minister Pestel das Leben schwer. Zwischen 'BUF-Info 1 und 3' muß sich der Minister auch mit einem eklanten Fall von Sympathisantentum auseinandersetzen, dessen Instiktlosigkeit durch die akademischen Grade der Betroffenen in ein besonderes Licht gerückt wird.''* Gemeint ist die Dokumenttation der 48 Hochschullehrer, die den Buback-Nachruf noch einmal abgedruckt hatten.Zwischenüberschrift: ''*Auch Prof. Brückner war wieder dabei*''- damit ist die Sache natürlich suspekt; schließlich hatte Brückner 1974 Ulrike Meinhof bei sich übernachten lassen und war damit schon ein halber Terrorist. Höhepunkt des Hetzartikels:,,*Man muß sich fragen, was alles geschehen muß, damit solche Förderer der Terroristen endlich kapieren, daß sie nicht länger demokratische Freiheiten zu intellektueller Schützenhilfe für entmenschte Desperados mißbrauchen können.''* Entmenschte Desperados also [warum nicht gleich ''Untermenschen''?], die sowieso keinen Anspruch mehr auf den verbal so hoch gehaltenenRechtsstaat haben.

Das ''Problematisieren'' des DBG über die ''Gefährdung des Rechtsstaats'' entpuppt sich so als reine Heuchelei. Wenn's darauf ankommt, ziehen sie bei der Sympathisantenhetze voll mit. Ernsthafter Widerstand gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit und den beschleunigten Abbau demokratischer Rechte ist aus diesen Kreisen nicht zu erwarten.

KB/Gruppe Göttingen

Sofortige Einstellung aller Straf- und Disziplinarverfahren gegen die Herausgeber der Dokumentation »Buback — Ein Nachruf«!

Über 250 Schriftsteller, Hochschulangehörige und Buchhändler haben mittlerweile einen Aufruf unterschrieben, der sich gegen die Kriminalisierung der Herausgeber der Dokumentation ,,Buback – Ein Nachruf'' wendet. Der Aufruf, der jetzt auch von der ,,Frankfurter Rundschau'' am 23.11. abgedruckt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Anläßlich des Vorgehens der Niedersächsischen Regierung gegen Hochschullehrer, die zu den Herausgebern der Dokumentation ,,Buback – Ein Nachruf'' gehören, erklären wir: Der sogenannte Buback-Nachruf eines Göttinger Studenten hat in der Öffentlichkeit Kettenreaktionen ausgelöst, die das Grundrecht der Meinungsfreiheit und der ungehinderten öffentlichen Kritik berühren. Wir Unterzeichner wenden uns mit Nachdruck gegen alle Versuche der politischen Disziplinierung und Einschüchterung gegenüber Personen, die das Recht zu offener Diskussion auch eines Beitrages wie des ,,Buback-Nachrufes'' einfordern.

Wie die Autoren der bisherigen Stellungnahmen zu der ,,Nachruf''-Dokumentation sind wir der Meinung, daß es für politischen Terror keine Legitimation gibt, daß der politische Mord reaktionär ist und Gewalt immer neu provoziert. Wir halten ferner den ,,Buback-Nachruf'', obwohl er im Ergebnis den politischen Mord ablehnt, für eine angreifbare, aber gerade deshalb diskussionsbedürftige Auseinandersetzung mit dem Problem der Gewalt.

Wir wenden uns dagegen, daß Wissenschaftler als Sympathisanten des Terrors denunziert und strafrechtlich sowie disziplinarisch verfolgt werden, weil sie sich zur Herausgabe des vollständigen ,,Nachruf''-Textes entschlossen haben, um diese notwendige Diskussion zu ermöglichen und der manipulativ verkürzenden und demagogisch entstellenden Auswertung des Artikels in den öffentlichen Medien und den Äußerungen führender Politiker entgegenzuwirken.

Wir wenden uns gegen eine Entwicklung, in der unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung versucht wird, engagierte Demokraten und kritische Wissenschaftler, deren Aufgabe es nicht zuletzt ist, sich um eine Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen von Gewalt zu bemühen, mundtot zu machen.

Die Unterzeichner warnen nachdrücklich vor einer weiteren Aushöhlung demokratischer Grundrechte und der Einschränkung kritischen Denkens und Handelns, die unverzichtbare Bestandteile unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu sein haben, und fordern die sofortige Einstellung aller Straf- und Disziplinarverfahren gegen die Herausgeber der Dokumentation ,,Buback – Ein Nachruf''.

Sympathisantenhatz an den Schulen

Die seit der Schleyer-Entführung massiv betriebene Sympathisanten-Hetze hat jetzt auch auf die Schulen übergegriffen. Die Bourgeoisie nutzt die von ihr entfachte Hysterie zur verstärkten anti-demokratischen Ausrichtung der Lehrer und startet massive Einschüchterungsmanöver. Aufhänger hierzu bieten an sich völlig harmlose kritische Bemerkungen von einzelnen Lehrern zu Schleyer und zur staatlichen Reaktion auf die Entführung, die in großem Maßstab aufgebauscht, entstellt und verfälscht werden.

„Skandal an Hamburger Schule?"

Unter der Überschrift „*Skandal an Hamburger Schule*" erschien am 1.11. in der Hamburger Morgenpost ein Artikel, in dem berichtet wird, daß ein „Hamburger Lehrer in der 6. Klasse des Gymnasiums Glückstädter Weg sinngemäß erklärt haben (soll): „*Wenn Schleyers Ermordung beurteilt werden soll, muß auch auf dessen Nazi-Vergangenheit eingegangen werden.*" BILD wußte zwei Tage später sogar zu berichten, daß der Lehrer die Terroristen zu Idealisten gemacht habe. Anlaß für diese Kampagne war, daß der betreffende Kollege im Unterricht zwei Seiten aus dem Buch „Großes Bundesverdienstkreuz" von Bernt Engelmann vorgelesen hatte, die sich auf Schleyers Nazi-Vergangenheit beziehen.

Obwohl der Kollege auf einem Elternabend unmißverständlich deutlich gemacht hatte, daß er keineswegs den Terrorismus befürworte, und dies auch im Unterricht nicht gemacht habe, wandten sich einzelne Eltern direkt an Schulsenator Apel. Obwohl die Schulbehörde den Vorfall peinlichst genau untersuchte und zweifellos genauestens über den wirklichen Sachverhalt orientiert gewesen sein mußte, richtete Apel ein Schreiben „An die Kollegien aller Hamburger Schulen" (27.10.) Im Bild Jargon heißt es darin geheimnisvoll sensationsgeladen: „.... *mir ist berichtet worden, daß ein Lehrer das Thema Terrorismus mit seinen Schülern in einer Weise behandelt haben soll, die ich – wenn die Vorwürfe zutreffen – mit aller Schärfe mißbilligen müßte*". Weder der Sachverhalt noch die Vorwürfe werden klar benannt. Weiter unter läßt der Brief, der dazu dienen soll, die Kollegen „ *in ihrem pädagogischen Handeln zu bestärken*", an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „ ....*das Aufspüren von dunklen Punkten in der – politischen – Vergangenheit von Opfern des Terrorismus ist menschlich gesehen geschmacklos, politisch aber abwegig. Für Terror und Mord kann es keine Entschuldigung, keine Beschönigung und keinen Bruchteil von Verständnis geben*".

Nach dieser Logik verleitet ein Lehrer, der seine Schüler über die Nazi-Vergangenheit führender BRD-Größen aufklärt, zu Mord und Terror.

Noch deutlicher geht dies auch aus einem NDR-Interview (1.11.) hervor, wo Apel auf die Frage: „*Herr Senator, wer bei der Behandlung des Terrorismus an die Vergangenheit von Hanns-Martin Schleyer erinnert – entschuldigt oder beschönigt der schon Mord und Terror?*" naßforsch antwortete: „*Ich glaube in dieser gegenwärtigen Situation ja. Denn es kommt auf diese Vergangenheit nicht an...*"

Wenige Tage später deckte die CDU in einer Bürgerschaftsdebatte weitere „Indoktrinationsversuche" an den Schulen auf. Anlaß war diesmal eine Dichterlesung, die der Schriftsteller Erich Fried am 14.Juli (!) an einer Hamburger Schule gehalten hatte. Die CDU forderte, daß ein solcher Mann vor Schülern nicht mehr auftreten dürfe, was die SPD mit dem Hinweis auf die Forderung nach Bücherverbrennung in Bremen zurückwies. Allerdings so Schulsenator Apel, sei es ein „ *kardinaler Unterschied, ob ein Dichter oder ein Lehrer so etwas vortrage*: „*Hätte ein Lehrer dies (das Gedicht zum Tod von Buback) vorgetragen, ich hätte sofort ein dienstliches Verfahren eingeleitet*" („Welt", 17.11.). Und damit noch mehr dienstliche Verfahren eingeleitet werden können, fordert der Schulsenator die Eltern auf, ihm „Indoktrinationsversuche" sofort zu melden: „ *Wichtig ist nicht so sehr, daß sie ihren Namen nennen, wichtig ist, daß der Vorwurf hinreichend konkret erhoben wird*". Und die „Welt" assistiert Apel, indem sie seine Telefonnummer für Denunzianten fettgedruckt veröffentlicht.

So sollen offensichtlich noch eine ganze Reihe von Lehrern als „Sympathisanten" ausgemacht und diszipliniert werden.

„Anti-Schleyer-Lied"

Am 25.10. berichtete die FR, daß eine Wetzlarer Lehrerin in ihrer Klasse ein „Anti-Schleyer-Kampflied" verteilt haben soll, indem es heißt: „*Mitglieder einer kriminellen Vereinigung haben ein früheres Mitglied einer kriminellen Vereinigung entführt*". Ohne die Lehrerin überhaupt zu befragen (sie erlitt kurz darauf einen Kollaps) forderte der CDU-Schul Dezernent ihre sofortige Entfernung aus dem Schuldienst. Eine beispiellose Hetzkampagne schloß sich an, die bis zu faschistischen Drohbriefen (man werde ihr eine Flasche Salzsäure in ihre „dreckige Sympathisantenvisage" kippen) führte. In Wirklichkeit hatte die Lehrerin einen Artikel aus dem Berliner Extra-Dienst als Diskussionsmaterial in ihrer Klasse verteilt („Schleyer – eine deutsche Karriere", ed. 9.9.), in dem auf die faschistische Vergangenheit Schleyers hingewiesen und kritisiert wurde, daß diese in der gesamten bürgerlichen Presse verschwiegen würde.

Kultusminister Krollmann reagierte auf diesen „Vorfall" ähnlich wie sein Hamburger Kollege Apel: Er könne das kommentarlose Verteilen eines solchen Textes zu einem Zeitpunkt, zu dem Schleyer noch in der Gefangenschaft seiner Entführer war, auf keinen Fall tolerieren. Das Verhalten der Lehrerin sei „pädagogisch unqualifiziert" gewesen und werde nicht ohne Konsequenzen bleiben. Scheinheilig fügte er hinzu, daß er sich nicht auf „blinde Sympathisantenhatz" einlassen werde (FR, 4.11.)

Die Beispiele bilden nur die Spitze eines Eisbergs. An den Schulen läuft die Ausrichtung im Zuge der Terroristen-Hetze auf Hochtouren.

So heißt es im Protokoll einer Schulrätekonferenz in Osnabrück: „*Bei Bekanntwerden von nicht verfassungskonformen Aktivitäten, ist die Meldung zu erstatten, insbesondere dann, wenn solche Aktivitäten in Form von ideologischer, unmoralischer oder glaubensfeindlicher Beeinflussung im Unterricht festgestellt werden*" (FR, 5.11.).

In Baden-Württemberg sollen die Lehrer künftig ihre Unterrichtsmaterialien dem Schulleiter zur Zensur vorlegen, um festzustellen, „ *ob sich der Unterricht im Rahmen der Bestimmungen bewegt*" (FR, 5.11.).

Wen wundert es da noch, daß Filbinger auf dem Parteitag der CDU Baden-Württembergs erklärt hat, der Radikalenerlaß sei zur Beschränkung und Bekämpfung des Terrorismus notwendig gewesen. Daraus kann man nur schließen, daß im Zuge der verschärften „Terroristenbekämpfung" auch das Berufsverbot in weitaus stärkerem Maße als bisher zur Anwendung kommen soll.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Verhaftung der Gruppe »Antifaschistischer Kampf« in Kaiserslautern

Am 8.November wurden acht Leute der Gruppe „Antifaschistischer Kampf" in Kaiserslautern festgenommen, und sitzen seitdem in U-Haft. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen sie wegen eines Bombenanschlags auf das Zweibrücker Oberlandesgericht und wegen Bildung einer „kriminellen Vereiriigung". Die Verhafteten sind zum Teil in Isolationshaft und hatten bis jetzt auch nur zum Teil Kontakte zu ihren Anwälten.

In der Presse wurde über die Gruppe berichtet, als seien die acht schon längst überführt und verurteilt, obwohl jeder laut Gesetz solange als unschuldig gilt, bis ihm seine Schuld vor Gericht nachgewiesen ist. So las man von den „*Zweibrücker Attentätern*" (Überschrift in der „Rheinpfalz" vom 11.11.), von den „*Bombenlegern, die den Kampf probten*" (Bild), von der „*Kampfgruppe mit Verbindungen zum Büro Croissant*" (Stuttgarter Zeitung), von der „*Pfälzischen Terrorbande*" (Saarbrücker Zeitung) und von „*einer Nachwuchsorganisation der Terroristen*" (Abendpost) und vieles mehr in diesem Stil.

Dabei macht die Presse, und damit wohl auch die Polizei und die Bundesanwaltschaft (denn irgendwoher muß die Presse ja diese Diffamierungen beziehen) selbst vor Lügen nicht halt. Da heißt es in der „Rheinpfalz" vom 11.11.: „*Wenige Tage vor der Schleyer-Entführung*" waren „ *E und P. untergetaucht*"; die Wahrheit ist jedoch, daß die beiden zu dieser Zeit in Kaiserslautern waren, das wissen auch die Staatsschutzbehörden genau, denn sie waren es, die die Wohnungen und die Gruppe „Antifaschistischer Kampf" seit mindestens einem halben Jahr genauester Observierung aussetzten. Seit Anfang Oktober observierten sie rund um die Uhr („beobachtende Fahndung"), jeder Schritt wurde registriert. Insofern sind die Staatsschützer die besten Zeugen dafür, daß die Gruppe den Anschlag in Zweibrücken nicht verübt haben kann.

Wir kennen die Leute vom „Antifaschistischen Kampf" und wissen, daß Bombenlegen nicht zum politischen Konzept dieser Gruppe gehört. Vielmehr versuchten sie, durch Flugblätter und Veranstaltungen über die Isolationshaft bei politischen Gefangenen und ähnlichem zu informieren. Auf diesen Veranstaltungen traten auch Mitarbeiter des Büros Croissant auf, was nun als weiteres Indiz zur Vorverurteilung als Terroristen benutzt wird.

Die Vorwürfe, die gegen die Gruppe „Antifaschistischer Kampf" erhoben werden, stehen auf wackeligen Füßen: So seien Fotokopien des Bekennerbriefes zum Zweibrücker Anschlag und sogenanntes „Bombenbastelmaterial" bei den Hausdurchsuchungen gefunden worden.

Was heutzutage Bombenbastelmaterial sein kann, weiß jeder: Blitzlichter, Kupferdraht, Bananenstecker, Batterien etc. Zu den Fotokopien ist es interessant zu wissen, daß die Staatsschutzbehörden wie selbstverständlich davon ausgehen, daß diese auch von der Gruppe „Antifaschistischer Kampf" verfaßt worden sind! Das, obwohl dieser Bekennerbrief z.B. schon in Zeitungen abgedruckt war (Provinz Nr. 19).

Daß sich auf so minimalen „Fakten" die Haftbefehle für gleich acht Leute stützen, zeigt, daß es hier nicht um den Anschlag in Zweibrücken geht, sondern darum, daß der Staatsschutz nach der langen, erfolglosen „Anti-Terror"-Fahndung nun endlich Erfolge vorweisen will und muß. Und so produziert man halt einfach ein paar Terroristen, wobei Deutschlands „freie" Presse ihren Teil dazu beiträgt: die Hetze läuft auf vollen Touren (Neuestes, hartes Beispiel: Stern Nr. 48!).

Wir müssen davon ausgehen, daß die Verhaftung der acht eine Willkürmaßnahme der Staatssicherheitsorgane ist, um einerseits die politische Arbeit und die Existenz der Gruppe „Antifaschistischer Kampf" zu zerstören, und um andererseits allen übrigen fortschrittlich politisch Arbeitenden in Kaiserslautern und anderswo zu zeigen, daß politische Arbeit unerwünscht ist, und daß der, der trotzdem nicht damit aufhört, dann halt gewaltsam dazu gebracht werden soll.

Gegen diese staatlich verordnete Friedhofsruhe gilt es anzukämpfen, sonst herrscht eines Tages nur noch Ruhe und Schweigen im Land.

Solidaritätskomitee c/o KATZ (Kaiserslauterer Alternative Zeitung) Am Rittersberg 5 / tel 0631 52979 6750 Kaiserslautern

Hausdurchsuchung

In der Woche vom 9.10. bis 16.10. besuchte ich zusammen mit meiner Freundin meinen Vater in Brome (Kreis Gifhorn). Wir fuhren Sonntag den 16.10. wieder zurück nach Westberlin. Am folgenden Freitag den 21.10. klingelt es bei meinem Vater an der Tür. Die Freundin meines Vaters öffnete, vor ihr standen fünf Bullen der Wolfsburger Kripo mit MP's und in Lederjacken. Sie erschrack mächtig, denn ihr erster Eindruck war „Das sind Verbrecher". Erst als sie den Ortsbullen sah und erkannte, beruhigte sie sich. Sie rief meinen Vater und jetzt sahen sie, daß das Haus von außen mit Scheinwerfern angestrahlt war. Andere Leute erzählten später, daß das ganze Haus von Bullen umstellt war, wahrscheinlich, um eine Flucht aus den Fenstern unmöglich zu machen.

Die fünf Bullen fragten meinen Vater. „Sie sind doch der Vater von dem ..., der das Auto hat, und der in ... wohnt." Sie wußten also alles über mich. Sie wußten auch, daß ich mit einer Frau ihn in der vorigen Woche besucht hatte. Nun wollten sie wissen, ob sie sich „mal umsehen" können. Mein Vater sagte ja, in dem Bewußtsein, nichts verbergen zu müssen, obwohl kein Hausdurchsuchungbefehl vorlag. Sie guckten sich, allerdings oberflächlich, vor allem das Zimmer an, in dem wir gepennt hatten. Sie fanden keine Hinweise auf den entführten Schleyer! Dann legten sie meinem Vater und seiner Freundin noch Bilder von gesuchten Terroristinnen vor, und fragten, ob meine Freundin dabei sei. Dann zogen sie unverrichteter Dinge wieder ab. Zurück blieben zwei eingeschüchterte Leute, die zwar nicht glauben, daß ich was mit der Schleyer-Entführung zu tun habe, aber für die klar ist, daß irgendwas gegen mich vorliegen müsse, sonst wüßten sie ja nicht alles über mich.

Rotfront
ein Westberliner Genosse

Richtigstellung

Richtigstellung zu AK 117, Seite 4: Razzia gegen Rechtsanwälte Hiermit möchten wir richtigstellen, daß das Anwaltsbüro Ziegler nicht durchsucht worden ist.

SPD-Parteitag: Der Kanzlerwahlverein in Aktion

Der SPD-Parteitag vom 15. bis 19.11. stand ganz im Zeichen der „inneren Sicherheit". Für die rund 440 Delegierten und Parteivorständler und die über 1.000 Journalisten standen gut 2.000 Mann GSG 9, Mobile Einsatzkommandos, Staats- und Verfassungsschutz und Bereitschaftspolizei zur Verfügung. Herein kam nur, wer einen Spezialausweis hatte. Der abgesägte Juso-Bundesvorsitzende Benneter wurde trotz Einladungskarte nicht eingelassen. Amnesty International, deren Hamburger Gruppe nach einer Absage aus „Sicherheitsgründen" doch noch einen Stand auf dem Parteitag zugelassen bekam, mußte ihr Material 1 1/2 Stunden auf Waffen hin untersuchen lassen. – Sozialdemokraten demonstrierten „Verantwortung für unseren Staat", so das Motto des diesjährigen Parteitages.

„Verantwortung für unseren Staat" übernahmen die Delegierten auch bei der Verabschiedung eines Antrages, der die Ausrüstung des Bundesgrenzschutzes mit Maschinengewehren, Granatwerfern und Raketenwäffen gestattet. Im Namen dieser „Verantwortung" hielt man sich den Aufbau einer Bundespolizei (eine alte Forderung von CDU/CSU) und die Stationierung von Neutronenbomben auf bundesrepublikanischem Gebiet offen. Im Namen dieser „Verantwortung" betonten die SPD-Größen unmißverständlich und mit großem Nachdruck die Gemeinsamkeit mit CDU/CSU in allen „Rechts"fragen auf dem Gebiet der „Inneren Sicherheit" – bei gleichzeitiger Warnung vor „überzogenen Reaktionen" und vor der „Intellektuellen- und Sympathisantenhatz". Diese Rolle spielt die SPD immer wieder gern. Während CDU und CSU bei jedem Abbau demokratischer Rechte immer noch einen Zahn zulegen wollen, spielen sich „Sozialdemokraten in die Verantwortung" (die diese Gesetze ausarbeiten und beschließen) als Mahner vor dem Abbau der Rechtsstaatlichkeit auf...

Ein Image, nach allen Seiten offen zu sein, wollten sich die Sozialdemokraten auch in der Frage der Kernenergie schaffen. Der Parteitag verabschiedete einen Antrag, nach dem „*die Verwendung von Kernenergie gegenwärtig nicht vertretbar*" ist, aber „*ein verstärkter Bau von Kernkraftwerken ... ebenfalls nicht vertretbar*" ist (Antragsband, Seite 701 f.). Diese selbst von der Springerpresse aufgespürte „Offenheit der SPD in der Kernenergiefrage" ist aber weiter nichts als die Bestätigung des Parteitages für den ungehinderten, zügellosen Bau von AKWs mit Beginn des nächsten Jahres.

Nachdem die SPD auf ihrem letzten Parteitag (1975 in Mannheim) schon voll auf Regierungskurs gegangen war, hat der Hamburger Parteitag gezeigt, daß die Entwicklung der SPD zum Kanzlerwahlverein – mit „Mogadischu-Effekt" – abgeschlossen ist. Auf der Strecke geblieben sind die Jusos, die bis auf wenige Ausnahmen nicht als Delegierte für den Parteitag gewählt waren.

SPD-Kommission



Von der SPD angeforderte Hundertschaften knüppeln vor dem Parteitag AKW-Gegner nieder

Bücherverbrennung in Bremen: „Kranke Gehirne — Mißbrauchte Kinder"

Diese Parole stammt nicht etwa aus der Nazizeit, als Leute mit „kranken Gehirnen" in KZ's umgebracht wurden. Unter der Überschrift „Kranke Gehirne – mißbrauchte Kinder" setzt sich am 11.11.77 der Bremer „Weser Report", eine „unabhängige" CDU-Wochenzeitung, in übelster faschistoider Manier mit Erich Fried und seinem Gedicht „Die Anfrage" auseinander.

Bernd Neumann, Bremens CDU-Fraktionschef hat mit seiner Aufforderung, daß solche Gedichte verbrannt gehörten, den Startschuß für seine Parteifreunde und Anhänger gegeben, erneut mit Gewalt gegen die systemkritische Literatur vorzugehen.

Hervorragend abgestimmt auf die derzeitige Sympathisantenhetze, wird erstmal Fried als Sympathisant zum Abschuß freigegeben: *„Fried, der in seinem Produkt ‚So kam ich unter die Deutschen' den Terrorismus eindeutig verharmlost und Baader-Meinhof-Bandengangster verherrlicht oder deren Tod wehmütig beklagt, ist seit Jahren ständiger Mitarbeiter im Hörfunkprogramm von Radio Bremen!"* Für die CDU scheint die Tatsache, daß Erich Fried Mitarbeiter bei Radio Bremen ist, gleichbedeutend mit einer Mitarbeit Baader's selbst zu sein. So ist denn auch der Hetzartikel gegen Fried fett überschrieben: *„Linke Hörfunk-Redakteure nun auf Terroristen-Welle?"* und darunter: *„Baader-Meinhof-Sympathisant Fried verteidigt"*. Wiederum als Sympathisanten des Sympathisanten haben sich jetzt Hörfunk-Journalisten von Radio Bremen „selbst entlarvt", weil eben besagter Sympathisant Mitarbeiter ist! (alle Zitate „Weser Report" vom 18.11.77).

Die Sympathisanten-Jagd der CDU macht auch vor der SPD nicht halt. Ähnlich dem Stil der CDU-Dokumentation über Terrorismus und Sympathisantentum, in der auch Willy Brandt als Sympathisant bezeichnet wird, verkündet der „Weser Report" vom 11.11. *„Parlamentsdebatte enthüllte erschreckende Verharmlosungstendenz"* und weiter *„Bremens Sozialdemokraten versagen indirekt dem Bundeskanzler Helmut Schmidt ihr Vertrauen. Sie sperren sich dagegen, in klarer Form von linksextremen, den Terrorismus – gelinde ausgedrückt – verniedlichendem Schrifttum abzurücken... Die Parlamentsdebatte enthüllte erschreckend, aus welch gefährlicher Sicht die dominierenden Bremer SPD-Linken Bundesdeutschlands Terroristenscene mit all ihren Verirrungen und Randerscheinungen zu verharmlosen bereit sind."* (zur besagten Parlamentsdebatte später). Die CDU schafft mit ihrer faschistoiden Hetze ein Klima, das die einen noch mehr einschüchtern soll und die anderen ermutigt, aus den braunen Löchern hervorzukommen, zu denunzieren und zu bespitzeln.

Zu den Ereignissen selbst

Das vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Neumann zur Verbrennung empfohlene Gedicht von Erich Fried wurde von einer Lehrerin in der 9. Klasse einer Bremer Schule in einer Unterrichtseinheit „Literatur gegen Gewalt" verarbeitet, neben einer Fülle von anderen Materialien. Einige Elternteile reagierten „empört" und forderten die Lehrerin zu einer Stellungnahme auf. Auf einem Elternabend am 22.9. begründete diese die Behandlung wie folgt: *„...das Gedicht werfe Fragen auf, die in den Medien, durch die die Meinung der Schüler einseitig geprägt sei, vernachlässigt werden, die sie jedoch auf dem Hintergrund ihres pädagogischen Auftrags, nämlich zum kritischen Verstehen zu erziehen, für unabdingbar halte"* (zitiert nach einer Dokumentation der GEW). Den größten Teil der Eltern überzeugte diese Erklärung, während jedoch ein Vater schon in der Versammlung die Verwendung des Gedichts *„Stimmungmache gegen den Staat"* nannte und ankündigte, daß *„wir uns an höherer Stelle wieder (sehen), das geht zu Neumann"* (ebenda). Offensichtlich vom gleichen Reaktionär ging dann auch die Initiative zur Einschaltung des Verfassungsschutzes aus, der schon zwei Tage später in der Schule erschien. Das Kollegium der Schule beschäftigte sich daraufhin mit diesem Fall und stellte sich ausdrücklich hinter die angegriffene Lehrerin. In einem Brief an die Eltern verurteilten sie darüberhinaus die Einschaltung des Verfassungsschutzes, da dies zur Einschüchterung der gesamten Lehrerschaft führen müsse. Erst am 3.11. wandte sich die CDU mit einer Anfrage ans Parlament, nachdem von der Schulbehörde die Ermittlungen eingestellt wurden. Bei Neumann und der CDU müssen jetzt die Kinder herhalten: *„Kinder, nach Wochen noch unter Schockwirkung"*, *„meine Tochter findet heute noch keinen ruhigen Schlaf"*. Eine Tochter gar soll ihrem Vater erklärt haben, daß *„Kommunisten und Terroristen wohl doch nicht so schlimm (seien), gemessen an den Greueltaten der Nazis"*. - was jedem gestandenen Reaktionär der CDU die Haare zu Berge stehen läßt. (alle Zitate „Weser Report" 11.11.)

Die Schüler selbst sehen das ganz anders. Sie veröffentlichten einen Leserbrief in den „Bremer Nachrichten" vom 12.11., in dem sie ihre Empörung über die Angriffe gegen ihre Lehrerin zum Ausdruck bringen. Sie erklären, daß die Unterruchtseinheit auf Wunsch der Schüler durchgeführt wurde und diese auch die Auswahl der Texte nach Diskussion in der Klasse vornahmen. Sie fordern, nicht wie kleine Kinder behandelt zu werden, da sie durchaus in der Lage sind, sich eine eigene Meinung zu bilden.

So wie die Schüler haben sich auch die Lehrer-Kollegen mit der betroffenen Lehrerin solidarisiert.

auch die Lehrer-Kollegen mit der betroffenen Lehrerin solidarisiert.

SPD/FDP-Fraktion antifaschistisch!?

In der Tat hat es im Bremer Parlament wohl tumultartige Auseinandersetzungen um die „Fried-Gedicht-Affäre" gegeben. Unwohl wurde es sicher vor allem den SPD-Linken und Liberalen bei dem Gedanken an eine Bücherverbrennung gerade der Werke Erich Frieds, der als von den Nazis verfolgter Jude nach England emigrierte und seitdem dort lebt. Bernd Neumann ist das egal, was selbst noch bei einigen SPD- und FDP-Abgeordneten Empörung hervorruft. Es kann dabei nur nützen, wenn Bildungssenator Franke ans Mikrofon eilt, und warnt, solange er Senator ist, wird er es nicht zulassen, daß hier Bücher verbrannt werden, und wörtlich: *„Fried, Grass, Böll und wer dann?"* („Weser Kurier", 5.11.)

Aber gar so demokratisch, wie dies die SPD-Fraktion in der Auseinandersetzung mit den Äußerungen Neumanns weismachen will, geht es auch bei den Sozialdemokraten nicht zu. Durchweg wird das Gedicht als „schlimm" und „verabscheuenswürdig" bezeichnet. Und war von den untergeordneten Behörden die Untersuchung schon eingestellt worden, beeilte sich Thape, gegenüber der Bürgerschaft zu versichern, daß der Fall noch geprüft werde. Und um die Gegenwehr auch gleich noch zu unterdrücken, wird der Lehrerin Redeverbot erteilt, während die Zeitungen Tag für Tag Kübel von Dreck über sie ausgießen. Jetzt laufen Vorermittlungen für ein Disziplinarverfahren, wobei ein Berufsverbot nicht ausgeschlossen ist.

Gewerkschaftsausschluß für Neumann!!

Anders als die SPD-Führer verhalten sich da die Kollegen der betroffenen Lehrerin. Sie stellten sich voll hinter die Kollegin und gegen Neumann. Gegen Neumann, der selbst Lehrer (!) ist und immer noch GEW-Mitglied (!!) wurde ein Gewerkschaftsausschlußantrag gestellt. In einer Erklärung der GEW-Mitglieder heißt es dazu: *„Wir sind der Meinung, daß in der GEW kein Platz ist für Leute, die kritische Literatur eher verbrennen wollen, als sie in den Unterricht einzubeziehen... Die Befürwortung solcher Maßnahmen steht in der Tradition nationalsozialistischer ‚Bildungspolitik' und im krassen Gegensatz zu dem allgemeinen Erziehungsziel eines denkenden, politisch verantwortlichen demokratischen Staatsbürgers, für das wir als Gewerkschafter und Demokraten entschieden eintreten."*

Interessant wäre geworden, wie sich hier die Herren Gewerkschaftsführer verhalten, aber leider werden wir das wohl nicht erfahren, da Neumann es vermutlich vorziehen wird, selbst die GEW zu verlassen. Er kündigte dies bereits an: *„Wenn die GEW meint, daß diese sogenannte kritische Literatur durchaus ihren Platz als Beispiel für engagierte Gewaltlosigkeit im Unterricht hat, dann ist für ein CDU-Mitglied kein Platz mehr in dieser Gewerkschaft"* („Mopo", 21.11.). Schlimm genug, daß für solche CDU-Mitglieder immer noch Plätze reserviert sind!

Damit kommen sie nicht durch!

Nach den Solidaritätserklärungen der Kollegen ihrer Schule und der GEW mit der angegriffenen Lehrerin, sind jetzt weitere Aktionen gegen den Vorstoß der CDU in Vorbereitung.

Am 26.11. findet ein Streitgespräch zwischen Neumann und Erich Fried statt, das von Radio Bremen übertragen wird. Am 1.12. organisieren die ESG, der „Kulturplatz" und das „Bremer Blatt" (Alternativzeitung) eine Veranstaltung und am 2.12. wird eine Antirepressions-Demonstration durchgeführt, auf der Erich Fried als Sprecher auftreten wird. Die Lehrerstudenten an der Uni Bremen haben sich in einer Resolution mit der Angegriffenen solidarisiert, einen Gewerkschaftausschluß für Neumann gefordert und dazu aufgerufen, das Fried-Gedicht in allen Schulen als Unterrichtsmaterial zu benutzen.

So alarmierend für uns der Vorstoß des CDU-Fraktionsvorsitzenden Neumann ist, so erfreulich ist natürlich die Reaktion darauf. Es ist heute möglich ein relativ breites demokratisches Spektrum anzusprechen, auf einen gemeinsamen antifaschistischen Kampf, um derartige Angriffe zurückzuschlagen. Tatsächlich hat sich die Situation für die Linke durch Verbotsandrohungen, durch die Vorfälle in Stammheim, die rapide Rechts-Entwicklung der letzten Wochen, verändert, es sind gemeinsame Aktionen möglicher geworden. Nutzen wir sie!

KB/Gruppe Bremen





Justitias Rache für Buback und Schleyer geht weiter

Schwelm: Ein jugoslawischer Krankenpfleger wurde wegen „Billigung einer Straftat" zu 3 Monaten Gefängnis auf Bewährung und (nach einer Zeitungsmeldung) zusätzlich DM 2.000 Geldstrafe verurteilt. Er hatte *„einen Tag nach Auffindung der Leiche von Hanns-Martin Schleyer seine Genugtuung über die Ermordung des Wirtschaftsführers geäußert"* (Welt, 18. 11.). Diese Genugtuung hat in der Äußerung gelegen: *„Ein Kapitalist weniger"*! (Westfälische Rundschau, 18.11.).

***

Fulda: Gegen den AStA der Fachhochschule Fulda wurde vom Fuldaer Landrat Fritz Kramer Anzeige erstattet, weil er die bekannten „Nachrufe" auf Buback und Schleyer nachgedruckt haben soll. Die Nachdrucke enthalten aber keinen presserechtlich Verantwortlichen, so daß auch hier die Anzeigen gegen den AStA („Verunglimpfung des Staates" und „öffentliche Billigung von Straftaten") rein willkürlich sind (Welt, 15.11.).

Westberlin: Am 11. 11. wurde „Das Politische Buch" von der Polizei durchsucht, auf der Fahndung nach den Herausgebern des „Buback-Nachrufs". Zwei nicht näher bezeichnete Schriftstücke wurden beschlagnahmt. Interessant ist folgende Meldung des „Tagesspiegels" vom 12.11. in diesem Zusammenhang: *„An der Durchsuchung beteiligte sich ein Mann, der lediglich erklärte, nicht der Polizei anzugehören, den Ladeninhabern gegenüber aber – wie diese erklärten – jegliche Auskunft über seine Identität bzw. Funktion verweigerte. Bis gestern abend konnte keine Auskunft über diesen Mann erlangt werden."*

***

Bielefeld: Wegen „Verunglimpfung und Beleidigung des Staates" wurden ein Student und ein Dreher zu 4 Monaten Knast auf Bewährung verurteilt. Sie sollen im Oktober vergangenen Jahres Plakate geklebt haben, auf denen u.a. Schleyer und BKA-Chef Herold abgebildet waren, versehen mit den Aufschriften: *„14 Millionen Mark Belohnung – Gesuchte demokratische Gewalttäter"* und *„Vorsicht, Schußwaffen!"* (WB, 5. 11.).

***

Bielefeld: Unter dem Thema „Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik" wollte die Volkshochschule vom 7. bis zum 30. 11. eine Ausstellung in ihrem Klubraum zeigen, die auch vorher schon auf einem Stand in der Innenstadt zu sehen war. Der „Erwachsenenbildungsausschuß" hat diese Ausstellung jedoch verhindert. Grund: *„Die Dokumentation, die anhand von Fotos und Fotomontagen Ursachen und Hintergründe der Arbeitslosigkeit aufzeigen soll, enthält unter anderem eine Darstellung des von Terroristen ermordeten Präsidenten Dr. Hanns-Martin Schleyer als ‚Symbolfigur der kapitalistischen Arbeitgeber'."* (WB, 5.11.)

Stuttgart: Zu je 4 Monaten Haft (auf dreijährige Bewährung) und zusätzlich DM 1.000 Geldstrafe wurde ein Ehepaar verurteilt, das Ende 1974 eine Ausgabe des „Roten Morgen" (KPD/ML) in einer Buchhandlung verkauft hat, in der es hieß, daß Holger Meins *„zu Tode gefoltert"* worden sei. Ferner seien in der gleichen Ausgabe die Ermordung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann „gebilligt" und Polizeibeamte aus Westberlin und Duisburg (wo der KPD/ML-Genosse Günther Routhier nach einem Polizeieinsatz starb) sowie Bedienstete des Wittlicher Gefängnisses (in dem Holger Meins starb) „verunglimpft" worden (Tagesspiegel, 16. 11.).

Stadt Kassel will Räume für »Verfassungsfeinde« sperren

Nachdem die Stadt Kassel bereits mehrfach ein Raumverbot für fortschrittliche Kräfte in städtischen Häusern angedroht hat, scheint sie nun ernst machen zu wollen.

Sie verweigerte 12 Gruppen die Nutzung eines städtischen Saales, in dem eine Podiumsdiskussion zum Thema *„Welches Aktionsprogramm und welche Formen des Zusammenschlusses sind notwendig im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes?"*, veranstaltet werden sollte. Begründung der Stadt: *„Bei der Veranstaltung müsse damit gerechnet werden, daß es zu Ausschreitungen und damit zu Zerstörungen kommen könne"* (HNA, 17.11.). Selbst dem Verwaltungsgericht war diese „Begründung" wohl zu dümmlich, so daß es nicht umhin kam festzustellen: *„Sie (Stadt Kassel) könne über die Zulassung zu der Benutzung nicht nach Ermessen befinden. Die Stadt stelle die Räume des Hauses auch den anderen politischen Parteien zur Verfügung. Um eine politische Veranstaltung handele es sich bei der Podiumsdiskussion..."*.

Der Versuch der Stadt, die Entscheidung des Gerichts in einer mündlichen Verhandlung anzufechten, scheiterte an dem Rechtsanwalt der 12 Gruppen, der auf Einhaltung der Ladungsfrist zu der Verhandlung bestand.

SPD, CDU und FDP haben sich inzwischen eingeschossen und gehen einig mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden, der „notfalls durch alle Instanzen" auf rechtliche Klärung des Problems dringen will: *„Wegen der Bedeutung dieser Angelegenheit müßte gegebenenfalls auch das Bundesverfassungsgericht angerufen werden."*

Die SPD im gleichen Ton: *„Erklärte Gegner unseres Staates haben in städtischen Einrichtungen nichts zu suchen."*

Ob die Betroffenen sich allerdings so einfach rauschmeißen lassen, wird sich zeigen!

KB/Gruppe Kassel

Russell-  Tribunal

Frauenthematik nicht vors Russell-Tribunal?

Am 5.11. traf sich in Frankfurt ein Teil der Frauen-Arbeitsgruppen zum Russell-Tribunal. Die Initiative war von der Westberliner Frauenzeitung „Courage" ausgegangen, die im Wesentlichen nur die ihr bekannten Frauenzentren und Frauengruppen eingeladen hatte. Gekommen waren Vertreterinnen der „Courage", des Westberliner AK/FU, des Kölner Frauenhauses und Frauen aus der Frankfurter Frauenbewegung. Diejenigen Frauengruppen, die auf der Göttinger Russell-Arbeitskonferenz anwesend waren, waren in Frankfurt nicht vertreten, weil von dem Treffen kaum etwas bekannt war. Ellen Diederich vom Sekretariat war als Beobachterin und Referentin gekommen.

Die Frage, die seit langem die Frauen in der Unterstützungsbewegung beschäftigt — ob denn nun die Frauenproblematik vor dem Tribunal behandelt wird oder nicht — konnte noch immer nicht eindeutig beantwortet werden. Klar war nur soviel, daß das Tribunal von den verschiedenen Arbeitsgruppen Gutachten angefordert hatte, die Umfang und Besonderheit der behandelten Repressionsfälle darstellen sollten. Aus 16 vorliegenden Gutachten wurde dann ein offizieller Arbeitsplan zusammengefaßt, aus dem aber immer noch nicht klar hervorgeht, ob bestimmte Thematiken unter den Tisch fallen sollen oder nicht.

Richtigerweise wird deshalb in dem Gutachten der Frauen, das gemeinsam von Ellen Diederich und der „Courage" erstellt wurde, für die eigenständige Behandlung und Berechtigung der Frauenproblematik plädiert.

Anspruch und Wirklichkeit

Was allerdings theoretisch so klar war, hat bislang nur sehr mangelhaft seinen Ausdruck in der praktischen Zusammenstellung der untersuchten Fälle gefunden. „Courage" gab an, daß trotz ihrer vielen Aufforderungen aus der autonomen Frauenbewegung keine Fälle fürs Tribunal bei ihr eingegangen seien. Wenn die Frauengruppen der nationalen AG, die sich seit der Göttinger Konferenz mehrere Male getroffen hatten, auch etwas mehr Erfolg aufweisen konnten, so ist doch auch ihr Material noch nicht sehr umfangreich. Das Ergebnis ist also nach einem Jahr Vorbereitung in der Tat kein Grund zum Jubeln.

Der Mißmut und die Resignation allerdings, die von den in Frankfurt versammelten Frauen — mit wenigen Ausnahmen — geäußert wurden, waren auch kaum dazu angetan, die Arbeit zum Russell-Tribunal voranzubringen. So nahm die Bestandsaufnahme zur Frauenbewegung den größten Teil der Diskussion ein. „Courage" und die anwesenden Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung beklagten einhellig den Zustand der „Bewegung". Interesselosigkeit, mangelndes Verantwortungsgefühl, Unverbindlichkeit wurden von allen als die wesentlichen Gründe genannt, warum „die Bewegung" so wenig zum Russell-Tribunal auf die Beine gestellt hat. „Courage" berichtete, daß sie auf der Frankfurter Buchmesse mit drei „exponierten Vertreterinnen der Frauenbewegung" gesprochen habe und deren Argumentation im wesentlichen für allgemein gültig halte:

— Die Frauenbewegung habe erst mal mit sich selbst genug zu tun, sodaß sie die Beteiligung an einem Projekt wie Russell nicht leisten könne.
— Die staatliche Repression werde von vielen Frauen der Frauenbewegung weniger schwerwiegend empfunden als die alltägliche Gewalt in der Ehe usw.
— Es gehe in erster Linie darum, die Frauenbewegung wieder in Schwung zu bringen. Eine Zuarbeit zum Russell-Tribunal sei daher allenfalls als Abfallprodukt der sonstigen Frauenaktivitäten zu denken.
— Überhaupt sei doch in Frage gestellt, ob die Frauenbewegung das Russell-Tribunal als einen Ort ansehen könne, vor dem es sich lohnt, die Repression gegen Frauen vorzutragen. Immerhin seien in dem Tribunal hauptsächlich Männer vertreten.
— Wenn man die Unterdrückung der Frauen speziell in der BRD so herausstreichen würde, könnte man damit die Zusammengehörigkeit mit den italienischen, spanischen u.a. Frauen gefährden.

Frauenkongreß oder/statt Russell-Tribunal ?

„Courage" kam dann mit dem Vorschlag heraus, man möge doch lieber einen besonderen internationalen Kongreß über Gewalt und Repression gegen Frauen organisieren, da wäre dann „die Bewegung" auch besser dafür zu gewinnen.

Nichts gegen einen solchen Kongreß! Ganz im Gegenteil! Aber warum sollten wir einen solchen Kongreß alternativ zur Unterstützung des Russell-Tribunals setzen? „Courage" erklärte denn im Nachhinein auch gleich noch vorsorglich, a l t e r n a t i v habe sie die Sache gar nicht gemeint, und wenn der KB ihnen das unterstellen würde, so wär's (wieder mal, kennt man ja schon!...) eine Lüge.

Aber ist da ein Mißverständnis überhaupt möglich? So hatte „Courage" in Frankfurt ein Papier vorgelegt, in dem es hieß, daß eigentlich mindestens die Hälfte der Russell-Jury aus Frauen bestehen müßte („*was wir als die Voraussetzung für die richtige Behandlung des Komplexes Menschenrechtsverletzungen an Frauen für unabdingbar halten*"); so habe „Courage" denn auch gleich in einem Telegramm gegen die Zusammensetzung der Jury protestiert (bloß e i n e Frau, und die noch nicht mal aus der „Bewegung"). Und „*falls keine Veränderungen in der Jury vorgenommen werden, müssen wir entscheiden, ob wir überhaupt unser Material der Jury zur Verfügung stellen*". Ist das mißverständlich? *Und sollen wir es mißverstehen, wenn jetzt in Westberlin auf Betreiben der „Courage" (und des AK/FU) die örtliche Frauen-Arbeitsgruppe zum Russell-Tribunal a u f g e l ö s t wurde?* Nachdem übrigens zuvor auf Betreiben der „Courage" die KB-Frauen aus der Gruppe geschmissen worden waren ?! ...

Es ist doch gar nicht zu übersehen, daß „Courage", bzw. bestimmte Vertreterinnen dieser Gruppe schon lange darauf hingewirkt haben, die Frauen-Thematik aus dem Russell-Tribunal h e r a u s z u h a l t e n — ganz im Sinne von Gruppierungen wie dem AK/FU (dessen Vertreterinnen denn auch jetzt prompt mit der „Courage" Hand in Hand arbeiten). Als vor einiger Zeit darüber gestritten wurde, ob die Frauenthematik Gegenstand des Russell-Tribunals sein soll, war es ausgerechnet die „Courage", die es sehr eilig hatte, dem damaligen „Provisorischen Sekretariat" per Rundbrief zu bescheinigen, die Frauen-Thematik werde schon berücksichtigt werden.

Und: Kann frau sich erinnern, daß in der „Courage" irgendwelche Anstrengungen gemacht wurden, das Russell-Tribunal mit Artikeln, Aufrufen zur Mitarbeit usw. zu unterstützen? Da hat sich doch praktisch gar nichts abgespielt! Dafür war „Courage" aber darauf bedacht, sich in Rundschreiben usw. frech als d i e Arbeitsgruppe zum Russell-Tribunal aufzuspielen, eigenmächtig Treffen einzuberufen (wohin dann außer den „Courage"-Vertreterinnen meist kaum jemand kam).

Wir meinen, daß die Frauenbewegung es den Interessierten allzu leicht gemacht hat, die Frauen-Thematik aus dem Russell-Tribunal herauszuhalten. Für die Möglichkeiten, die hier verschenkt wurden, kann auch ein besonderer F r a u e n - Kongreß, so begrüßenswert ein solches Projekt auch ist, keinen vollen Ausgleich bieten.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg und
AK-Redaktion

„Prominenz" ...

... traf sich am 18.11. auf einer Russell-Veranstaltung in Westberlin, zu der das Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der FU (AK/FU) geladen hatte. Über 4.000 kamen, um Rudi Dutschke, Jakob Moneta, Prof. Haug (Herausgeber von „Argument"), E. Nohara (Westberliner „Falken"), Prof. Abendroth und A. Schubarth (SPD und SB) zu hören. Thema der Veranstaltung: „Wer mit wem gegen was" – also linke Bündnispolitik hinein in's „radikaldemokratische Lager".

Viel Neues dazu war allerdings nicht zu hören. So brachte Dutschke wieder mal seine Leier, daß man bei der Kritik an den Berufsverboten auch über die DDR sprechen müßte. Abendroth hielt dem entgegen, daß DKP/SEW eine wichtige Kraft seien, und daß ihm beim Kampf gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik jeder willkommen sei. Als schließlich ein ESG-Vertreter unter Beifall dazu aufforderte, die „abgehobene Ebene" der Diskussion zu verlassen und konkrete bündnispolitische Erfahrungen zu diskutieren, ging Schubarth schließlich auf die Russell-Unterstützungsbewegung ein und meinte das Problem darin zu erkennen, daß sich dort „die Linken mit ihren Positionen einbringen". Der KB habe z.B. dem Russell-Tribunal geschadet, indem er angeblich versucht habe, seine „Faschismus-Theorie" durchzusetzen. Man fragt sich, welchen Sinn die „prominenten Genossen" eigentlich in diesem – pardon – Geschwätz sehen. Man fragt sich z.B.

– warum denn Rudi Dutschke nicht einmal erklärt, weshalb er im Mai
– warum denn Rudi Dutschke nicht einmal erklärt, weshalb er im Mai
dieses Jahres versucht hatte, Wolf Biermann von der Teilnahme an einer Hamburger Russell-Großveranstaltung abzuhalten, wenn ihm angeblich so daran gelegen ist, die DDR-Problematik einzubringen (Dutschke hatte Biermann – vergeblich – gewarnt, sich vor den Karren von „Sekten" spannen zu lassen);
– warum denn Abendroht nicht ein Sterbenswörtchen über die These 41 der DKP verliert (Abgrenzungsbeschluß gegen „Chaoten"), wenn ihm doch angeblich im Unterschied zu dieser Partei, mit der er zusammenarbeitet, im Kampf gegen die Berufsverbote j e d e r Bündnispartner recht ist,
– und wie schließlich der Genosse Schubarth seine Äußerungen über den KB belegen möchte. Wir möchten wetten, daß Schubarth nicht ein einziges Mal in den AK zur Information über diese Auseinandersetzung geblickt hat, sondern seine „Informationen" bestenfalls aus der „links", wahrscheinlicher noch aus diffamatorischen SB-Rundbriefen bezieht.

Keiner dieser drei – weder Dutschke noch Abendroht noch Schubarth – ist unseres Wissens bisher wirklich in der Unterstützung des Russell-Tribunals a k t i v gewesen. Von keinem sind irgendwelche Bemühungen um die Einbeziehung weiterer Kreise in die Russell-Unterstützung bekannt, obwohl gerade s i e durchaus die Möglichkeit zu einer relativ breit angelegten Bündnispolitik hätten. Wo also bleibt die Werbung für das Russell-Tribunal durch Rudi Dutschke in „das da"? Wo bleibt die Überzeugungsarbeit Abendroths in der DKP und den mit ihr zusammenarbeitenden Komitees? Wo schlagen sich die vielgerühmten Beziehungen Schubarths zu gewissen Juso-Kreisen nieder, die dem Tribunal immer noch abwartend bzw. ablehnend gegenüberstehen (z.B. in Frankfurt/Offenbach – dort scheint das Russell-Tribunal für die Jusos überhaupt kein Thema zu sein!)?

Mag sein, daß es einem Teil des Publikums dieser Veranstaltung einen gewissen Genuß verschaffte, die „Helden von gestern" mal wieder zu hören. Für das Zustandekommen und den Erfolg eines Russell-Tribunals reicht d a s wahrhaftig nicht aus!

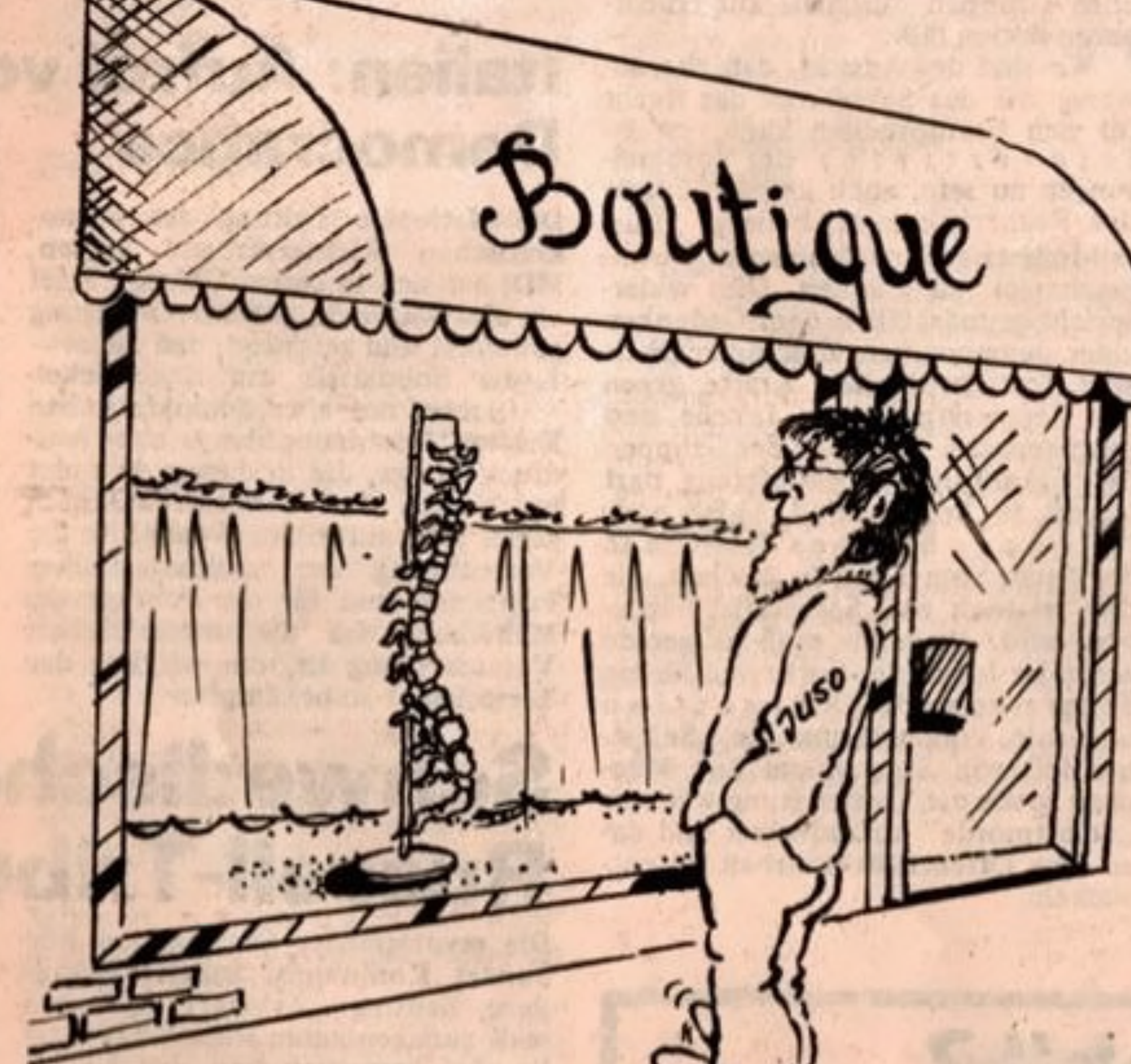
Fortsetzung von Seite 1

Jusos: Ja zum Russell-Tribunal !

nimmt, die weit (!) über die Ausmaße der Auseinandersetzungen um den Parteiausschluß des ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden Benneter hinausgehen. Alle Gruppierungen bei den Jusos sind sich bisher einig, daß die Unterschrift unter den Aufruf nicht zurückgezogen werden kann, da der Kampf um die politische Demokratie neben dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit d e n Schwerpunkt der Aktivitäten der Jusos beschreibt." Ein Rückzug von der Russell-Unterstützung würde die Jusos daher jeder Glaubwürdigkeit berauben. Deshalb gelte es, den Bundesvorstand in seiner Haltung zu bestärken und Solidarität zu üben.

Es bleibt zu hoffen, daß dies auch für die Jungdemokraten Anlaß sein könnte, ihre Haltung zum Russell-Tribunal noch einmal zu überdenken. Die Judos hatten nämlich unter massivem Druck ihrer Parteiführung ihre Unterstützung rückgängig gemacht, allerding nicht ohne den deutlichen Ausdruck des Bedauerns und der Feststellung, daß diese Entscheidung allein deshalb erfolgte, weil die Judos andernfalls um die Existenz ihres Verbandes hätten fürchten müssen. Dennoch können wir den Judos wie auch den Jusos versichern, daß es an Solidarität der gesamten demokratischen Bewegung sicherlich nicht fehlen würde, sollten sie wegen ihrer Haltung zum Russell-Tribunal angegriffen werden.

Die Stellungnahme der Jusos ist umso wertvoller, als gerade jetzt Minister Maihofer im Namen der Bundesregierung nicht davor zurückschreckte, die chauvinistischen Ausfälle Willy Brandts gegen das Tribunal noch zu übertreffen. Auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag lieferte der Polizei-Minister genau die von der Reaktion erwartete Antwort. Er sprach von einem „*Scheinverfahren*", das eine „*Verhöhnung unseres freiheitlichen Rechtsstaates*" darstelle. Das Tribunal werde von „*terroristischen Gewalttätern*" für deren „*kriminelle Ziele*" benutzt. Außerdem trage es dazu bei, „*ein geistig-politisches Klima zu schaffen, das terroristischen Gewalttaten Vorschub leiste*" („Tagesspiegel", 20.11.). Offenbar haben Maihofer und die Bundesregierung selbst keine besonders gute Meinung von den Verhältnissen in der BRD, deren Aufdeckung und internationale Bekanntmachung nach ihrer Auffassung Anlaß zu „terroristischen Gewalttaten" geben könnte...!



ACH MAN TRÄGT WIEDER RÜCKGRAT...

Die Bundesregierung hat damit ein weiteres Beispiel geliefert, wie sie in arroganter Manier mit ausländischen Kritiken umzugehen gedenkt. Offenbar steht dahinter das Bestreben, auch im Ausland möglichst frühzeitig Maßstäbe zu setzen, wie man mit oppositionellen Intellektuellen zu verfahren hat.

Es ist dieser von der Bundesregierung und der CDU/CSU neu entfachte Chauvinismus, der einen anderen, den Jusos eigentlich nahestehenden Sozialdemokraten, Freimut Duve, zu Kritik am Russell-Tribunal veranlaßt („pardon", Dezember '77), die sich allerdings wohltuend von der üblichen SPD-Hetze abhebt. Duve betont zunächst seine Achtung vor der Russell-Foundation und den Mitgliedern der Jury, „*die niemand in den Verdacht zerren darf, daß sie dieses Vorhaben in propagandistischer Absicht unterstützten*". Er bestreitet auch keineswegs die Notwendigkeit, „*das grauenvolle Klima des Wort- und Sprachverbots*" anzuprangern. Was er befürchte sei, daß eine zu massive Auslandskritik den Herrschenden die Gelegenheit böte, als Gegenreaktion einen „*ungezügelten selbstgefälligen Chauvinismus*" anzuheizen. Damit würde aber das beschleunigt, was das Russell-Tribunal zu verhindern suche. Jede Rücksichtnahme auf die internationale öffentliche Meinung, die Duve als „*eine der wichtigsten Klammern unserer halbherzigen Demokratie*" bezeichnet (!), würde abgebaut.

Duves Warnungen vor der „Zerbrechlichkeit unserer Demokratie" und der Anfälligkeit gegenüber dem Chauvinismus unterstreichen eigentlich nur, wie weit die Repression bereits fortgeschritten ist. Was seine Befürchtungen über eine mögliche undifferenzierte oder gar „deutschfeindliche" Herangehensweise des Tribunals angeht, so dürften diese durch die vorliegenden Stellungnahmen der Jury entkräftet sein. Aber auch grundsätzlich bleibt der Widerspruch in seiner Argumentation, die öffentliche Meinung des Auslands einerseits als wichtiges Element zur Wahrung demokratischer Verhältnisse in der BRD zu sehen, andererseits die ausländischen Demokraten jedoch zur Zurückhaltung zu ermahnen, anstatt sie zur „Einmischung" zu ermuntern. Diese Argumentation ist umso gefährlicher, als es historische Erfahrungen bereits gibt: Schon in den dreißiger Jahren war es ein gängiges Argument in England und Frankreich, den Nationalsozialismus dürfe man nicht zu scharf angreifen, da das die Nazis nur provozieren würde und den Juden in Deutschland nur schaden würde.

Aber selbst wenn Duve mit seinen Bedenken über die innenpolitischen Auswirkungen des Tribunals Recht hätte: Das „Modell Deutschland" ist heute bereits ein internationales Problem. Ohne die Bedeutung der von Duve angesprochenen Problematik herabmindern zu wollen, wäre es doch völlig unangebracht und borniert, den Kampf gegen diese für g a n z E u r o p a zentrale Gefahr von „innerdeutschen" taktischen Erwägungen abhängig zu machen.

Die Einmischungsversuche reißen nicht ab

Nach der ersten Jury-Sitzung und der Ankündigung, daß das Tribunal endgültig im März nächsten Jahres stattfinden wird, steht die Unterstützerbewegung vor der Aufgabe, dieses Tribunal bekannt zu machen und umfassend **alle** Bereiche der Repression, die wir zur Anklage bringen wollen, zu propagieren. Die Jury hat bisher ausdrücklich **keine** Einschränkung der Thematik vorgenommen, auch wenn sie besondere Aspekte hervorgehoben hat, die zu untersuchen seien. Dies scheint jedoch von einigen unverbesserlichen Teilen der Bewegung immer noch nicht begriffen worden zu sein, denn die Einmischungsversuche in die Thematik und die Spaltungsversuche reißen nicht ab.

In Bonn charakterisierten das SB und die „Gruppe Rheinische Zeitung" in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Austritt aus der örtlichen Unterstützungsgruppe das Tribunal als ein *„radikaldemokratisches Forum"*. Sonderbarerweise folgt für sie aus einem solch radikal(!)demokratischen Charakter jedoch, daß dies ausschließt, *„daß vom Russell-Tribunal alle möglichen Formen der politischen Repression behandelt werden können."* Diese verquere Ansicht wiederum hat zur Folge, daß ihrer „Überzeugung" nach weder die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften noch die „Selbstmorde" von Stammheim behandelt werden dürften.

Die UVBs nicht, weil diese *„nicht generell als Menschenrechtsverletzungen angesehen werden können"*, sondern *„zunächst ein verbandsinternes Problem"* sind. Fehlt nur noch, daß jemand behauptet, die Berufsverbote stellen ein innerstaatliches Problem dar, das nicht von einer internationalen Jury behandelt werden darf. Noch haarsträubender wird es in der Frage Stammheim. Da das Tribunal *„strafrechtliche und strafprozeßrechtliche Vorschriften untersuchen wird"*, soll nach Ansicht dieser Leute zwar das „Kontaktsperregesetz" Gegenstand des Tribunals sein, aber: *„Thema des Tribunals ist infolgedessen* (?!) *auch nicht eine Untersuchung der Vorfälle in Stammheim"*. Wer hat denn hier wohl ein taktisches Verhältnis zu den Grundrechten? Zählen etwa nur noch **die** Menschenrechte, die auf dem Papier untersucht werden können?

Die gleichen Gruppen haben in Münster einen Ausschlußantrag gegen den trotzkistischen Spartacusbund und den KB gestellt, weil ersterer an der „Notkonferenz" zur Situation der politischen Gefangenen teilgenommen und die Resolution mit unterschrieben hat — und weil der KB diese „kommentarlos" im Arbeiterkampf (Nr. 117) abgedruckt hat! Die Zensur treibt Blüten! Da schmunzelt der Mescalero! Als sie mit diesem Antrag nicht durchkamen, nahmen sie den Beschluß, auch die UVBs vor das Tribunal zu bringen, zum Anlaß, das Unterstützerkomitee zu verlassen und einen eigenen Arbeitskreis zu gründen.

Ganz offenkundig geht es diesen Gruppen aber gar nicht darum, daß mit diesen Themen „die Liberalen" abgeschreckt werden könnten. Denn es wird in diesem Lande wohl kaum einen ehrlichen Liberalen geben, der nicht eine vorurteilsfreie Untersuchung der Vorfälle in Stammheim befürworten würde. Es geht hier darum, daß dieses Thema **gar nicht** behandelt werden soll, denn ansonsten bestände die Gefahr, daß der immer wieder beschworene Unterschied zu Vietnam und Chile gar nicht mehr so groß scheinen könnte. Immer mehr wird deutlich, daß die Einschränkung der Thematik **allein** dem Ziel dient, das volle Ausmaß der Aggressivität und Gefährlichkeit des BRD-Imperialismus nicht deutlich werden zu lassen! Denn wie wäre es sonst zu erklären, daß die gleichen Leute, die immer wieder die Unvoreingenommenheit der Untersuchung durch das Tribunal betonen, alles daran setzen, daß bestimmte Bereiche gar nicht erst **unvoreingenommen** untersucht werden dürfen?! Dieses Vorgehen entspricht absolut nicht dem Prinzip und dem Vorgehen bei den bisherigen Russell-Tribunalen. Es ist zu hoffen, daß diese Leute auch diesmal das Nachsehen haben!

— Meldungen —

Am 18.11. fand in Düsseldorf eine Veranstaltung zu den Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen statt. Getragen wurde diese durch eine Aktionseinheit, die über die Linke zwar noch nicht hinausgeht, aber zumindest bis auf die „KPD/ML" alle umfaßte: GIM, KB, KBW, KPD –LIGA – KJVD, Spontis (Institutsgruppe, FSG Germ., BG Uni, Rote Hilfe, Frauenknastgruppe, Russel-Initiative, JZ Oberkassel).

Durch eine unzureichende Mobilisierung und ein nicht zustande gebrachtes gemeinsames Flugblatt blieb man mit rund 100 Veranstaltungsteilnehmern unter sich.

Vor allem KBW und „KPD" gebärdeten sich leider auch in ihrer sattsam bekannten sektiererischen Manier, indem sie reichlich mit dem „Einfluß der Kommunisten in den Massen" rumprotzten (KBW) bzw. idiotische Unvereinbarkeitsbekundungen von sich gaben („KPD"). Der KB-Beitrag hob demgegenüber hervor, daß gerade in der aktuellen Situation bei den Bemühungen um die Herstellung einer breitestmöglichen Antirepressionsfront derartiges Sektierertum den größten Schaden anrichten kann.

Erfreulich war der Beitrag der Spontis, der die Verbotsdrohungen gegen die „K-Gruppen" mit der konkreten Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen nach innen wie nach außen in Zusammenhang stellte und gleichfalls für die Schaffung eines breiten Bündnisses ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse eintrat. Berichtet wurde auch über die Versuche, das selbstverwaltete JZ Oberkassel zu schließen.

Als konkrete Schritte wurde folgendes vorgeschlagen: in Sachen „Buback-Nachruf" (Abdruck in der „Lupe" und „Gegenwind", Spontizeitung), der Beschlagnahme, Hausdurchsuchung und weitere Repressionen zur Folge hatte, soll ein Streik an der FHS, eine Demonstration am 15. Dezember (dem Prozeßtag) sowie eine Stammheim-Veranstaltung stattfinden.

Anknüpfend an eine Stellungnahme einiger Frauen aus der Frauenknastgruppe, in der die Lage der weiblichen politischen Gefangenen dargestellt wurde, verlas der KB zum Schluß der Veranstaltung eine Resolution zur Rettung des Lebens von Irmgard Möller. Die „KPD" lehnte es ab, über die Resolution abzustimmen, wenn nicht eine Kritik an der RAF enthalten sei. Einerseits Solidarität mit sich selbst fordern und gleichzeitig anderen Betroffenen die Solidarität verweigern, das kann absolut nicht einer gemeinsamen Front dienlich sein. 40 der noch 80 Anwesenden stimmten der Resolution aber zu.

KB-Sympathisanten Düsseldorf

Nürnberg. Am 24.11. wurde bei der presserechtlich Verantwortlichen für das 2. Antirepressioninfo der Nürnberger Unterstützungsgruppe eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Anlaß war ein Beschlagnahmebefehl für das Info. Zur gleichen Zeit wurde auch die „Bücherkiste" durchsucht. Beanstandet wurden an dem Info Artikel über Polizeiterror gegen Demonstranten, „Kontaktsperregesetz" usw. Diese Artikel wären für Polizei beleidigend und würden die *„BRD mit dem 3. Reich gleichstellen"*.

Hannover. Auf einer antifaschistischen Veranstaltung der IG Metall-Jugend am 18.11.77 in Hannover, wurde der Schriftsteller Bernd Engelmann, der als Redner eingeladen war, von Kollegen auf eine Unterstützung der Russell-Initiative angesprochen. Engelmann lehnte dies ab. Er hält die Durchführung eines Russell-Tribunals über die Zustände in der BRD für falsch. Die bisherigen Russell-Tribunale seien zu Menschenrechtsverletzungen in Vietnam und Chile durchgeführt worden. Derartige Bedingungen herrschten in der BRD bisher nicht, daher würde die Durchführung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD die Tribunale in ihrem Wert vermindern. Außerdem könne man auch ohne Hilfe aus dem Ausland die demokratischen Rechte wiederherstellen.

Braunschweig. Ca. 80 Menschen nahmen an der ersten Veranstaltung der örtlichen „Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals" teil. Die Themen waren das „Kontaktsperregesetz" und die angeblichen „Selbstmorde" in Stammheim. Leider bekam die Veranstaltung durch den eingeladenen Rechtsanwalt Plähn aus Hannover einen schlechten Beigeschmack. Anstatt wie verabredet über die Situation der politischen Gefangenen zu sprechen, propagierte er in seinem Beitrag hauptsächlich den vom KBW geplanten Kongreß der „Marxisten/Leninisten" und verstieg sich in miesen Pöbeleien gegen das Russell-Tribunal. Die Einladung dieses Herrn dürfte wohl ein ausgesprochener Mißgriff gewesen sein, oder wie es so schön heißt: „Irrtum sprach der Igel und stieg von der Klobürste"...

„Russell-Notkonferenz"

Für den 5./6.11. riefen „Russell-Initiativgruppen zu Haftbedingungen an politischen Gefangenen" und der Spartacusbund/IG-RMF zu einer Russell-Notkonferenz zu den angeblichen „Selbstmorden" in Stammheim auf. Vertreten waren schließlich die „antifa"- bzw. „counterinsurgency"-Gruppen, der Spartacusbund/IG-RMF und verschiedene Beobachter aus dem Ausland (darunter Lotta Continua). Von dieser Konferenz wurde eine Resolution, in der die Auffassung vertreten wird, daß es sich in Stammheim um Mord gehandelt habe (siehe AK 117), ein Brief an die Russell-Unterstützungsgruppen, in der zur Unterstützung der Initiative aufgefordert wird, sowie ein Brief an die Russell-Peace-Foundation, in dem diese gebeten wird, die „Selbstmorde" von Stammheim vor das Tribunal zu bringen und sich für eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, verabschiedet, und die Durchführung eines Aktionstages (am 10.12.) zur Rettung des Lebens von Irmgard Möller beschlossen.

Leider blieb es wiederum nicht aus, daß die Initiative dieser Gruppen in schärfster Weise vom Sekretariat angegriffen wurde. Am Anfang der entsprechenden Passage in dem Rundbrief wird darauf hingewiesen, daß diese Gruppen *„weder von der Russell-Stiftung, noch vom Tribunal oder dem Sekretariat ermächtigt* (wurden), *derartige Veranstaltungen einzuberufen"*. „Verwundern" muß in diesem Zusammenhang, daß diese Art der Distanzierung immer nur gegenüber Aktivitäten der „antifa"- oder Gefangenengruppen vorgenommen wird, während gegenüber den zig Veranstaltungen, die in verschiedenen Städten der BRD ebenfalls als „Russell-Veranstaltungen" angekündigt wurden, dieses Prinzip nicht angewandt wurde. Dies bestätigt wiederum die Befürchtung, daß es dem Sekretariat nicht allein um den Namen des Russell-Tribunals geht, sondern darum, daß bestimmte Themen der Repression nicht mit diesem Namen in Verbindung gebracht werden. Völlig logisch wäre es jedenfalls gewesen, wenn das Sekretariat eines Tribunals über die Repression in der BRD von sich aus die Initiative für eine Konferenz zu diesem Thema ergriffen hätte! Bis heute fehlt jedoch **jede** Stellungnahme des Sekretariats zu diesem Thema. Von Einzelpersonen des westdeutschen Beirats wird sogar bisher unwidersprochen die Meinung vertreten, die „Selbstmorde" seien kein Thema für das Tribunal (Narr auf der Pressekonferenz). Im weiteren führt das Sekretariat in seinem Rundschreiben aus, daß es mit diesen Gruppen keinerlei Zusammenarbeit gebe. Als einziger Grund hierfür wird angegeben, daß das Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte arbeiten wird, diese Gruppen *„offensichtlich aber ein anderes Ziel verfolgen"*. Wiederum fällt auf, daß das Sekretariat einen Punkt betont, der ansonsten völlig anders gehandhabt wird: Bisher hat es erklärt, völlig unabhängig von der Unterstützerbewegung zu arbeiten, also mit keiner der bestehenden Unterstützergruppen direkt zusammenzuarbeiten. Wenn in diesem Fall die Ablehnung einer Zusammenarbeit nochmals **besonders** betont wird, als handle es sich um eine andere Praxis als gegenüber allen anderen bestehenden Gruppen, kann dies nur heißen, daß das Sekretariat diesen Gruppen nicht einmal zuerkennen will, daß sie an der Vorbereitung des Tribunals (in gleicher Weise wie alle anderen Gruppen) teilnehmen können. Dies halten wir für einen eklatanten Verstoß gegen die proklamierte Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Tribunals.

Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Denn auch den in Frankfurt vertretenen Gruppen muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie sich um die Unabhängigkeit des Tribunals und vor allem um eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Antirepressionskräfte wenig scheren. Waren sie noch im Juni 77 aus den Vorbereitungen ausgestiegen, weil sie das Russell-Tribunal als Bestandteil der „counterinsurgency" („Bekämpfung der Guerilla") einschätzten, wenden sie sich jetzt wieder (ohne eine öffentliche Kurskorrektur) an die Unterstützungsgruppen. Vielerorts werden sogar neue „Russell-Initiativen" aus der Taufe gehoben (z.B. in Hamburg), womit letztlich eine Funktionalisierung der Idee des Russell-Tribunals in ihrem politischen Sinne bezweckt wird. Genauso wie wir die Spaltungen bestehender Unterstützungsgruppen durch örtliche Gruppen des SB, durch die GIM und das AK/ FU u.a. verurteilt haben, wenden wir uns auch gegen diesen Versuch, seperate Unterstützungsgruppen nur zu einem Thema der Repression ins Leben zu rufen. Bei einem solchen Vorgehen brauchen sich diese Gruppen auch nicht weiter zu wundern, wenn die Abgrenzung des Sekretariats in den örtlichen Gruppen durchaus auf fruchtbaren Boden fällt.

Wir sind der Ansicht, daß ebensowenig wie das Sekretariat das Recht für sich beanspruchen kann, **Alleinvertreter** der Vorbereitungen zu sein, auch keiner Gruppe das Recht zukommt, beliebig „Russell-Initiativen" nach eigenem Parteigeschmack zu gründen. Dies widerspricht grundsätzlich dem Gedanken einer gemeinsamen Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte gegen die Repression. Dieses falsche und sektiererische Verhalten der Gruppen der Frankfurter Notkonferenz darf jedoch in keinem Fall Anlaß sein, ihr **berechtigtes** Interesse an der Sache vom Tisch zu wischen, wie dies letztlich vom Sekretariat betrieben wird. Vielmehr muß es gerade zentraler Inhalt der Initiativen für ein Tribunal gegen die **Repression** sein, die Vorgänge um die „Selbstmorde" von Stammheim und München sowie die Vorbereitung weiterer „Selbstmorde" aufzudecken und dazu eine Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Italien: Aufruf von Magistratura Democratica

Die Nationale Leitung des Demokratischen Richterverband Italien, MD, hat sich in einem Offenen Brief an die Nationale Richtervereinigung gewendet und gefordert, daß diese:

1. die Solidarität der italienischen Richter mit allen demokratischen Kräften Westdeutschlands zum Ausdruck bringt, die in diesem Moment im Namen der Vernunft kämpfen gegen jede autoritäre Wende, für die Verteidigung der rechtsstaatlichen Prinzipien und für die Achtung des Menschen, was die unverzichtbare Voraussetzung ist, um wirklich den Terrorismus zu bekämpfen;
2. der Regierung der BRD die ernste Beunruhigung übermittelt, die die von Berufs wegen mit der pflichtgemäßen Unterdrückung des Terrorismus entsprechend der Legalität befaßten italienischen Richter angesichts der schrecklichen Ereignisse von Stammheim spüren;
3. im Namen der Menschenrechte fordert, daß gegenüber den westdeutschen politischen Gefangenen und in den Methoden bei der Führung des Kampfes gegen den Terrorismus die Garantien der Legalität respektiert werden.

Schwedische Linke zum Russell-Tribunal

Die revolutionäre Organisation Förbundet Kommunist äußerte sich in ihrer Zeitung „Arbetarkamp" erstmals zum geplanten Russell-Tribunal. Es wird hervorgehoben, daß die Abrechnung für Schleyer von der Reaktion benutzt wird, um die demokratische Bewegung insgesamt zu treffen. Im weiteren wird ein konkreter Überblick über die in letzter Zeit gelaufenen Angriffe gegen die linke und demokratische Bewegung gegeben. So wird auf das bisher größte Polizeiaufgebot gegen die Demonstration in Kalkar eingegangen, ein Überblick über die Gesetzesverschärfungen gegeben, das drohende K-Gruppen-Verbot als Angriff auf die Organisationsfreiheit hervorgehoben und schließlich festgestellt, daß die Isolationshaft *„ein Grund dafür ist, daß so viele die Behauptung über Selbstmord und Selbstmordversuch bezweifeln"*.

Förbundet Kommunist stellt heraus, daß *„Berufsverbot, § 88a, die politische Unterdrückung in den Gewerkschaften, die Situation der ausländischen Arbeiter in der BRD und die Verhältnisse in den Gefängnissen"* aktuelle Fragen für das Tribunal sein müßten.

Insgesamt wird zum Russell-Tribunal festgestellt, daß es durch das Tribunal möglich sein kann, *„die Linke und die progressive Meinung zu sammeln, um dem reaktionären Aufmarsch entgegenzutreten"*.

Auch die kleine trotzkistische Organisation KAF äußerte sich in einer Notiz in ihrer Zeitung zum Tribunal. Es wurde ein Sprecher der Vorbereitungsgruppe zitiert, der die Wichtigkeit des Tribunals mit dem Export des „Modell Deutschland" begründet.

Vor ca. drei Wochen forderte der „Dackekurieren", Zeitung einer schwedischen Studentenorganisation, in Schweden ein Unterstützungskomitee für das Russell-Tribunal zu gründen.

Skandinavienkommission KB/Gruppe Hamburg

„Deutschfeindlich"?

Einer der zentralen Angriffe gegen die Träger des Russell-Tribunals von Seiten der herrschenden Kreise ist der Vorwurf, es würden „antideutsche Vorurteile" geschürt und es werde eine „antideutsche Kampagne" entfacht. Lucio Lombardo Radice, Mitglied der Jury und Mitglied im ZK der KPI, hat zu dieser Frage in einer Erklärung Stellung genommen (abgedruckt in der „FR" vom 26.11.). Darin betont er, er habe *„es niemals hingenommen, daß die Erfahrungen der nazistischen Barbarei* (sein) *Bewußtsein von der deutschen Zivilisation und Kultur auslöschen"*. Er weist darauf hin, daß es immer auch „das andere Deutschland" gegeben habe, das jedoch unter dem Hitlerfaschismus *„hingerichtet und enthauptet wurde"*. Diesen Umstand macht er dann auch verantwortlich dafür, *„daß beim Herannahen des Zusammenbruchs der Naziherrschaft keine antifaschistische Massenbewegung, kein Widerstand des Volkes, keine Resistance entstehen konnte."* Er erinnert daran, daß nach der Zerschlagung des Faschismus die herrschende Klasse systematisch die alten faschistischen Verantwortungsträger in ihren Ämtern beließ, oder sie wieder einschleuste, daß *„ein autoritäres staatliches System unter der Parole der 'formierten Gesellschaft' errichtet"* wurde, *„dessen demokratische Legitimation immer fraglicher erscheint und dessen illiberalen Züge sich ständig verschärfen."*

Aber für ihn gibt es auch heute „das andere Deutschland": *„es sind neue Gruppen von Männern und Frauen, vor allem, aber nicht ausschließlich von Jugendlichen, die gemeinsam und solidarisch leben, arbeiten und für einen neuen Weg kämpfen."* Zugleich sei diese neue Kraft aber noch schwach und in der Defensive, weshalb sie *„der Hilfe und Unterstützung durch die europäische Demokratie"* bedürfe. *„Das Russell-Tribunal über Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik hat daher vor allem die Aufgabe: eine konkrete Hilfestellung zu sein für die Kräfte der Demokratie in Deutschland"*

So sehen sie aus, die Vertreter der „antideutschen Kampagne" im Ausland.

Bürgerschaftswahlen in Hamburg

„Basisbewegung" im Vormarsch

Wir berichteten zuletzt vor vier Wochen von einer sich relativ breit entfaltenden Diskussion über eine mögliche gemeinsame Kandidatur fortschrittlicher Basisgruppen an den Hamburger Bürgerschaftswahlen im nächsten Jahr. Ausgangspunkt für diese Initiative war die Hamburger Anti-AKW-Bewegung (BUU). Inzwischen haben sich etwa 50 Anti-AKW-Gruppen mit über 1.000 Aktivisten hinter den Vorschlag einer gemeinsamen Kandidatur zusammen mit fortschrittlichen Initiativen aus der Frauenbewegung, mit Kinderläden, linken Betriebsgruppen, Gewerkschaftsgruppen, Jugendzentren, Mietergruppen usw. gestellt. An der Diskussion um eine gemeinsame Wahl-Initiative beteiligen sich derzeit etwa insgesamt 200 Basis-Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen. Das sind etwa doppelt so viele wie noch vor vier Wochen und noch ist das „Potential" von Kräften, die einen gemeinsamen Wahlkampf führen bzw. aktiv unterstützen können, nicht annähernd erschöpft.

Schon hat diese Diskussion die linken, oppositionellen „Randgruppen" der etablierten Parteien in Bedrängnis gebracht. Bestimmte Kräfte aus dem Bereich der Jusos und Judos, der Falken (SPD-nahe), des CVJM (FDP-nahe) und sogar der SdAJ haben Unterstützung des angestrebten Wahlbündnisses signalisiert bzw. ernsthafte Überlegungen in diese Richtung (auch laut!) geäußert. Die Diskussion um eine gemeinsame linke Wahl-Alternative konnte in diese Verbände hineingetragen werden, z.T. gegen den massiven Widerstand ihrer Führungen.

Obgleich diese Wahldebatte bisher noch fast ausschließlich intern geführt wurde, und noch keine konkreten Ergebnisse im Sinne endgültiger Beschlußfassung gebracht hat, hat sowohl die lokale, als auch die überregionale Presse in mehreren Artikeln davon Notiz genommen. Von den politischen Organisationen hat bisher ausschließlich der KB eine positive Stellungnahme zur Unterstützung des sich anbahnenden Basis-Bündnisses abgegeben, dementsprechend liegen derzeit die Anstrengungen unserer Mitglieder und Sympathisanten auf einer optimalen Ausbreitung und politischen Vereinheitlichung der Basisbewegung. Vom SB (Sozialistisches Büro) war bisher noch keine eindeutige Stellungnahme zu erhalten. Die Genossen scheinen zwischen Sympathie und Gleichgültigkeit noch zu schwanken. Bei der rechts-trotzkistischen GIM scheint sich ein Schwenk von einer brüsken Ablehnung des Bündnisses („KB-Laden") zu einem stark taktisch begriffenen Anpassen an die Bewegung (zwecks Vermeidung totaler Isolation) durchzusetzen. Der KBW hat in bekannter Manier seine Suddelkampagne gegen eine mögliche linke Alternativ-Kandidatur gestartet; „KPD" und „KPD/ML" schweigen sich bis zur Stunde noch beharrlich aus. Aus Sponti-Kreisen liegt der erste „Wahl-Boykott"-Aufruf auf dem Tisch. Die DKP hat begonnen, gegen die Basisbewegung zu Felde zu ziehen, offenbar mit dem Ziel, ihre letzten Bündnis„partner" bei der Stange zu halten. Innerhalb der SPD wird noch „mit Besorgnis" diskutiert; für die Sozialdemokratie hat sich bisher nur der DGB öffentlich mit dem Beginn einer verlogenen Hetzkampagne („K-Gruppen-Bündnis") in die Bresche geworfen.

Zwecks Belebung der Debatte wollen wir hier auszugsweise vorliegende Stellungnahmen zitieren und kommentieren:

KBW: „Projekt für eine neue bürgerliche Partei"

Seit dem 12. Februar wissen Kenner der „ML"-Szene, daß der Name eines führenden BUU-Mitgliedes – Hopfenmüller – für den KBW das allerschlimmste Schimpfwort ist, gewissermaßen die Inkarnation des Bösen überhaupt. Der KBW legt H., der zudem flugs vom KBW ins LG (Leitendes Gremium) des KB befördert wurde, zur Last, am 19.2. verhindert zu haben, daß die 40.000 Demonstranten in der Wilster Marsch nicht den Ratschlägen des KBW gefolgt sind. Ebenfalls soll H. die Verantwortung für den „Sturm auf Grohnde" tragen, der ebenfalls nicht nach Geschmack des KBW verlaufen ist; und mit der Organisation der Massendemo in Kalkar („Itzehoe des KB Nord") hat H. seinen „Verrat an den Massen" komplett gemacht. Mit mehreren hunderttausend Flugblättern forderte der KBW „die Massen" auf, H. aufzuhängen.

Sich selbst treu bleibend, hat der KBW nun der möglichen Basis-Kandidatur den zugkräftigen Titel „Liste Hopfenmüller" verpaßt. Die breite Debatte um eine alternative Kandidatur der Hamburger Linken wird vom KBW als hinterhältiges Manöver des KB dargestellt: *„Über sein BUU-Plenum hat der KB Nord einen Vorschlag zur Kandidatur als ‚Wehrt Euch' beschlossen..."* Mit solchen Billig-Behauptungen versucht der KBW antikommunistische Ressentiments innerhalb der Hamburger Linken zu mobilisieren und das Karussell der Abgrenzungsängste in Gang zu bringen. *„Es geht ihm* (dem KB) *als sogenannter kommunistischer Organisation nicht darum, im Wahlkampf die Partei der Arbeiterklasse aufzubauen, sondern alternativ, d.h. unterschiedlich aber gleichberechtigt, etwas anderes als die bestehenden bürgerlichen Parteien. Es kann sich nur um eine neue bürgerliche Partei handeln, und das ist auch die Linie dieser Kandidatur".* Man wolle *„ohne gemeinsame politische Ziele, sondern ‚alternativ' zu den ‚bestehenden' bürgerlichen Parteien"* antreten. Was der KB betreibt, ist *„Parlamentarismus und zwar schäbigster, ist die stille Hoffnung auf ein warmes Plätzchen in der Bürgerschaft...".* Die Basisbewegung sei *„sozialdemokratisch bis pfäffisch"*, wie *„auch die Ziele, die vertreten werden"*.

„Für das LG (des KB) *ist eine ‚fortschrittliche Grundhaltung' ausreichend, die hat fast jeder, und damit kann man ganz breite Bündnisse schließen auf der Jagd nach politischen Geschäften".*

Es lohnt nicht, diesen Spinnkram zu kommentieren, er spricht für sich selbst und für die geistige Verfassung der in diesem Verein noch Verbliebenen – ein typischer Fall des vom Hamburger Senat verschuldeten „Bildungs-Notstands" in Teilen der Jung-Akademikerschaft.

Alternativ zur Basis-Kandidatur bietet der KBW sich selbst an, wobei er noch auf das Bündnis mit der „KPD" hofft: *„Die Aktionseinheit* (mit der „KPD") *muß hergestellt werden und sie muß auch zu den Wahlen kandidieren".* Na ja, viel Glück. (Alle Zitate aus einem am 31. 10. verteilten „Massen"flugblatt des KBW.)

Bleibt nachzutragen, daß wir das zitierte KBW-Flugblatt mit großer Erleichterung zur Kenntnis genommen haben: Nichts wäre uns unangenehmer und für die Basisbewegung belastender, als wenn sich der KBW ihr als Bündnispartner empfohlen hätte.

DKP: „Wind-Ei"

Unmittelbar nach den Massendemos vom 19.2. in Brokdorf und Itzehoe hat die DKP ihre „Bürgerinitiative Stop dem Atomprogramm" aus der Taufe gehoben, um in Konkurrenz zur BUU etwas vom Massenerfolg der Anti-AKW-Bewegung zu profitieren und für sich abzuzweigen. Das wurde seinerzeit durch die Öffentlichkeitsarbeit der BUU vereitelt. Seitdem hat man von der DKP-„Bürgerinitiative..." nichts mehr gehört. Jetzt – nach einem Dreivierteljahr Sendepause – hat die DKP unter gleichem Firmenschild ein zweites Flugblatt in Umlauf gebracht (per Adresse Innocenciastr. 21, der Schaltstelle der DKP-„Schwester" partei DFU). Mit Herausgabe weiteren Materials, das sich in den Erfolgen der Anti-AKW-Bewegung sonnt, ist zu rechnen, es soll der DKP Wahlstimmen aus dem Lager der AKW-Gegner zuführen und die Basis-Kandidatur bekämpfen.

Unter dem Titel „Wind-Ei" wettert dann auch ein Artikel des Großflugblattes gegen die beabsichtigte Basiskandidatur. Dabei spielt die DKP den dicken Max und prophezeit ein *„voraussehbares Promille-Ergebnis"* für eine Basis-Liste. Der DKP steht die Angst vor einem bisher in Hamburg noch nicht gekannten Wahl-Fiasko im Gesicht geschrieben, wenn sie in der angemaßten Rolle eines Sprechers der Gesamtbewegung belehrt: *„Gegenwärtig hat sie* (die Bewegung) *gewiß wichtigeres zu tun, als die in ihr tätigen SPD-, FDP- und DKP-Wähler und Mitglieder aufzuspalten".* Daß die DKP Angst vorm Abdriften weiterer Wähler hat, ist verständlich, daß sie sich gleichzeitig auch um SPD und FDP sorgt ist immerhin einigermaßen erstaunlich.

Gleichzeitig legt sich die DKP ins Zeug des bürgerlichen Parlamentarismus, indem sie einen BUU-Aufruf wegen einer Bemerkung zur Warnung und Abgrenzung vor parlamentarischen Illusionen als „unglaubwürdig" diffamiert, wenn sich dieselben Kräfte nun frech selbst zu Wahl stellen sollten.

Die Hauptkritik der DKP trifft sich mit der des KBW, daß nämlich eine Basiskandidatur *„kein umfassendes Programm mit vereinheitlichtem Standpunkt"* haben kann (wegen ihres Charakters als überparteiliche Bewegung) und darum im Falle *„einer Kandidatur nur zur Verwaschung von politischen Aussagen"* beitragen könne.

DKP, KBW (und auch die GIM, die ähnlich argumentiert) haben zwar Recht, daß davon ausgegangen werden kann, daß eine Basiskandidatur für die nächsten Hamburger Bürgerschaftswahlen nicht mit einem „umfassenden" gesellschaftspolitischen Programm für die nächsten zehn, 20 oder 50 Jahre antreten wird. Die Mühe einer solchen Arbeit kann sich die Bewegung in der Tat sparen, die DKP und andere allerdings auch. Derartige (Papierkorb-) Programme bewirken derzeit absolut nichts. Die Hamburger Basisbewegung wird vermutlich schließlich ein knappes Dutzend präzise formulierter Forderungen aufstellen, mit denen sich die Menschen tatsächlich identifizieren können, die ihren politischen, kulturellen und sozialen Bedürfnissen entsprechen, Forderungen, die von den Herrschenden nicht uminterpretiert werden können und für die es sich zu kämpfen lohnt. Ein solches – von den Betroffenen selbst „abgesegnetes" – Forderungs-Päckchen ist u.E. zehnmal mehr Wert, als alle bekannten Partei-(Papierkorb-)Programme zusammengenommen. Nicht die zwischen goldgeprägte Buchdeckel gepreßten „ausgefeilten" Programme haben jemals die Menschen bewegt und politische Veränderungen erzwungen, sondern diejenigen Losungen, die die unmittelbaren existenziellen Bedürfnisse der Leute zusammenfaßten. „Brot, Land und Freiheit" waren die Losungen der russischen Oktoberrevolution, dafür haben die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten den alten Staat zerschlagen.

Im Übrigen sei erwähnt, daß im „Wind-Ei" der DKP auch der Hinweis auf den KB nicht fehlen durfte: *„Die vornehmlich im studentischen Bereich* (?) *angesiedelte Gruppe ‚Kommunistischer Bund' (KB) hat ihre deutliche Unterstützung zu diesem Projekt* (einer Basiskandidatur) *zu erkennen gegeben".* Da ist Mißtrauen wohl angebracht, oder?

DGB: Warnung vor K-Gruppen

Die als rechter Einpeitscher im DGB bekannte Gewerkschaft Bergbau und Energie warnte in ihrer Zeitung „Einheit" (15.11. 77) vor einem Bündnis von „K-Gruppen" bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen: *„In Hamburg bereiten sich die K-Gruppen auf die Wahlen für das Hamburger Stadtparlament vor. Aber nicht unter ihrer offiziellen Bezeichnung, sondern unter dem Deckmantel (?!) der Anti-Kernkraftwerks-Initiativen. Um ihre Kandidaturen noch undurchsichtiger zu machen, wird von KB-Anhängern erwogen, ein Wahlbündnis mit sogenannten „Basis-Gruppen" (Frauenbewegung, Kinderläden, Mietergruppen usw.) zu organisieren. Noch steht das „Wahlbündnis nicht, doch die Parteien müssen nachdenken."*

Mit diesem Aufmacher auf der ersten Seite wird auf einen umfassenderen Artikel diesem Thema innerhalb der Zeitung übergelenkt. Hier wird dann gewarnt: *„BUU drängt in die Parlamente"* (Überschrift). *„Die etablierten demokratischen Parteien ... werden offenbar bei den nächsten Wahlen Konkurrenz bekommen ... Die Initiatoren dieser Idee kommen aus jenem Teil der BUU, in dem die Mitglieder des KB (Kommunister Bund) den Ton angeben."*

Wenn auch – wie die „Einheit" meint – die Basisbewegung nicht die 5% Klausel überspringen kann, dürfen *„die Parteien (nicht) achtlos an dieser sich anbahnenden Entwicklung vorbeisehen".* Die Gefahr bestehe nämlich in einem *„Einbruch von Bürgerinitiativen in das System unserer repräsentativen Demokratie und der Parteiendemokratie".* Dies bedeute – so SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr lt. „Einheit", *„daß eine Auseinandersetzung ganz anderer Dimensionen her(ge)rufen würde."*

Überdies – so klagt die Gewerkschaft – bestünde Gefahr für die *„wahlkämpferische Geschlossenheit der einzelnen Parteien"* (gemeint ist SPD, CDU, FDP, CSU), da sich *„auch geringe Teile ihrer Mitglieder und Wähler in den Anti-Kernkraft–Initiativen bewegegen".* Hauptproblem allerdings sei *„für alle Parteien die ausserordentlich hochpolitische Frage, ob ihnen zukünftig bei Wahlen nicht jene wenigen Prozente oder Zehntelprozente zur Mehrheitsbildung fehlen werden, die unterhalb der 5% Klausel an solche Wahlvereine gehen, wie sie sich jetzt in Hamburg und möglicherweise auch anderswo bilden wollen."*

Natürlich bemüht die „Einheit" noch die *„auf die Zerstörung dieses Staates programmierten K-Gruppen"*, die *„hinter nicht wenigen dieser Anti-Kernkraft-Initiativen"* stecken, um mit einem Appel „Wehret den Anfängen" zu enden: *„Die Parteien wären gut beraten, sich schon den Anfängen einer solchen Entwicklung aufmerksam zuzuwenden."*

Was diese Handlanger des Staatsapparates und besonders der Atomindustrie in den Vorständen insbesondere der Gewerkschaft Bergbau und Energie mit „zuwenden" meinen, dürfte für Kenner der Materie unstrittig sein.

Spontis: „Rückzug" vom Kampf

Relativ erfreuliches läßt sich von der Hamburger Sponti-Szene berichten. Im Vergleich mit unserer letzten „Bilanz" vor vier Wochen, hat sich nun im „Alternativ–Plenum" (ehemalige BUU-Minderheit) und den es tragenden Gruppen eine recht solide Mehrheit für eine gemeinsame Basiskandidatur herausgebildet, die sogar bis in den „harten Kern" der Hamburger „Anarchos" hineinreicht. Einige Spontis erkennen sogar in den bezirklichen Delegierten-Treffen und Versammlungen von Basis-Initiativen Ansätze rätedemokratischer Strukturen. Trotzdem muß diese Lage der Dinge u.E. insgesamt noch als politisch instabil betrachtet werden: Bisher konnte das selbsternannte „politische Zentrum" des „Alternativ-Plenums" (der AK politische Ökologie) noch stets jede ernsthafte Debatte um die Bürgerschaftswahlen mit zumeist formalen Tricks verhindern.

Jetzt hat dieser AK politische Ökologie ein „Thesenpapier" veröffentlicht, in dem er seine „strikte Ablehnung" jeder Wahlbeteiligung postuliert. Da sich bisher das „Alternativplenum" noch stets den Entscheidungen des AK pol. Ök. unterworfen hat, steht zu befürchten, ein neues öffentlichtes Schauspiel dieser Art geliefert zu bekommen.

Im „Thesenpapier" sind zwei Punkte interessant. Erstens: verwechselt, bzw. (demagogisch) identifiziert wird eine Wahlbeteiligung mit der „Anerkennung" des bürgerlichen Parlementarismus: *„Wir gehen soweit, zu sagen, daß, wenn sich eine Wahlbeteiligung, und damit (?) Akzeptierung des Parlamentarismus in den BIs durchsetzt, das in letzter Konsequenz die Aufgabe der Ziele unseres Kampfes gegen AKWs bedeutet."* Wieso das so sein soll, wird natürlich nirgendwo ausgeführt. Geht wohl auch kaum. Und was hindert die Anti-AKW-Bewegung vor, während oder nach dem Wahlkampf erneut nach Brokdorf (und sonstwo) zu ziehen?

Das zweite „interessante" Argument des „Thesenpapieres" besteht in folgendem: *„Eine Wahlbeteiligung bedeutet eine enorme Erleichterung der Kriminalisierung jedes eigenständigen, praktischen Widerstandes gegen den Bau von AKWs, weil unsere Gegner immer behaupten werden, wir hätten die Möglichkeit, den Bau von AKWs über parlamentarische Mehrheiten zu beeinflussen ..."* Die spezielle Blödheit dieses Arguments besteht v.a. darin, daß „unsere Gegner" mit diesem „Argument" auch dann kommen können, wenn wir uns nicht an Wahlen beteiligen, und zwar mit dem drolligen Hinweis, *„ihr hättet ja können, um zu beweisen ..."* Im übrigen ist dieses „Argument" schon jetzt von allen möglichen CDU und SPD-Größen überstrapaziert worden.

Der Rest des „Thesenpapiers" besteht v.a. aus massiven moralischen Erpressungs-Versuchen der Hamburger Sponti-Szene. Kostprobe: *„Eine Solidaritätsarbeit mit den Strafverfolgten wegen Brokdorf und Grohnde wird unglaubwürdig, weil wir z.B. nie zum Sturm auf die Festung Grohnde hätten aufrufen dürfen, wenn wir die parlamentarischen Spielregeln akzeptieren ..."* Wer ist schon gern unglaubwürdig?

Der AK politische Ökologie hat noch ein *„sehr ausführliches Papier zur Frage der Wahlen"* angekündigt. Wir erwarten sein baldiges Erscheinen und hoffen, daß die Kader des AK pol. Ök. es bis dahin unterlassen, jedermann zu diffamieren, der sich für eine Basis-Kandidatur einsetzt, und zu unterstellen, er wolle sich künftig an *„geltendes Recht"* und *„parlamentarische Spielregeln"* halten, wolle die Solidarität mit den Strafverfolgten einstellen, „praktische Aktionen" aufgeben und ähnlichen Unfug mehr.

Wir wollen uns im nächsten AK mit der SPD-internen Diskussion zu alternativen Wahllisten auseinandersetzen, sowie die großmäuligen Ankündigungen und kleinlauten Rückzieher der BBU-Führung (Schumacher & Co.) kritisch durchleuchten.



Nachrichten vom Widerstand



Die ersten Grohnde-Prozesse

Zu zwei Wochenarresten verurteilt

Klammheimlich vor der Öffentlichkeit fand vor dem Jugendschöffengericht in Hameln der erste Prozeß gegen einen 18-jährigen Grohnde-Demonstranten statt, der damit endete, daß der Schüler mit zwei Wochenendarresten bestraft wurde.

Aus Angst um sein Abitur war der Schüler an diesem heimlichen Prozeß interessiert und hatte auch die BIs nicht informiert. Das Gericht und der Staatsanwalt gingen darauf ein, weil der Jugendliche mit Büßermiene vor das Gericht getreten war. Nachdem am 19.3. in Grohnde Bullenketten über ihn hinweggerauscht waren hatten weitere Greiftrupps der Polizei ihn festgenommen. Angeblich handelte es sich dabei – so die Aussage des Einsatzleiters – um eine *„alte Demonstrationslist"*, der Demonstrant habe sich *„fallen lassen, ... um unbeobachtet überrollt zu werden und nachher hinter den Polizeikräften neu wirken zu können."* Nach seiner Festnahme hatten die Bullen bei ihm eine Tasche mit Steinen und einer Metallsäge entdeckt. Der Schüler bekannte *„mit gehauchter Stimme und unter häufigen Erröten"*, wie es in der Prozeßberichterstattung heißt, er habe Steine nach Wasserwerfern geworfen, die Säge sei ihm von einem Demonstrations„führerin" in die Hand gedrückt worden, er selbst hätte ursprünglich zu den Beobachtern gehört, die im Demonstrationsverlauf mitgerissen worden seien. Dafür waren entsprechende Zeugen aufgeboten worden. Auch der Staatsanwalt sah bei der „Bußwilligkeit" des Angeklagten den Fall „nicht als strafwürdigen ", er zählte den Demonstranten zu den „Verführten", der von der „Aufruhrstimmung" erfaßt worden sei. So erhielt der Demonstrant vom Gericht den entsprechenden „Denkzettel" für die Zukunft verpaßt.

(Zitate aus „Deister-Weser-Zeitung" (DWZ), 23.11.77)

Verfahren eingestellt

Verfahren eingestellt

Wegen Verstoßes gegen den §27 des Versammlungsgesetzes hatte die Staatsanwaltschaft Hannover beim Jugendschöffengericht Hameln Anklage gegen einen 17-jährigen hannoveraner Schüler erhoben. Dieser Schüler war am 19.3. mit AKW-Gegnern aus seiner Klasse und mit Lehrern zur Demonstration nach Grohnde gefahren. Weit ab vom Bauplatz war er von einem Greiftrupp verhaftet worden. Weil er ein 2,5m langes Holzstück und Steine in der Tasche trug, sollte ihm der Prozeß wegen Tragens von Waffen gemacht werden.

Jetzt lehnte das Amtsgericht Hameln die Eröffnung des Hauptverfahrens u.a. mit der Begründung ab, daß *„der Schluß ... nicht zwingend (sei), daß der Schüler den Stock gegen Menschen habe einsetzen wollen"* (HAZ, 24.11.77). Inzwischen ist auch die Einspruchsfrist für die Staatsanwaltschaft abgelaufen, so daß die Ablehnung der Verfahrenseröffnung rechtskräftig wurde.

Damit mußte ein weiteres Verfahren wegen der offensichtlichen Konstruktion von Tatvorwürfen eingestellt werden.

Landesregierung pöbelt!

Der Staatsanwalt hatte wegen der Aussichtslosigkeit b e w u ß t keine Rechtsmittel eingelegt, die Entscheidung entspreche zwar nicht absolut seiner Überzeugung, aber man könne *„im Ergebnis ... zu keiner anderen Entscheidung kommen."*

Aus Kreisen der Landesregierung und der Polizei reagierte man *„mit Empörung"*. Aufgrund seiner „Fürsorgepflicht" für die Bullen erklärte der Pressesprecher des Innenministeriums, Kloss, der Richter solle sich mal *„mit Arbeitsmitteln des Schäfers befassen"* (er hatte nicht ausgeschlossen, daß der Demonstrant, der den Stab als Spazierstock bezeichnet hatte, ihn wie einen „Hirtenstab" mit sich geführt hätte), ein Hirtenstab diene dazu, *„verirrten Schafen über den Rücken zu ziehen"*. Außerdem habe der Demonstrant (mit Gasmaske, Helm und Ölzeug) eine *„kriegsmäßige"* Ausrüstung bei sich gehabt.

Das Landesministerium hatte ja in seinem Bericht über Grohnde behauptet, daß es der *„bemerkenswerten Zurückhaltung und Geduld"* der Bullen zu verdanken sei, daß es in Grohnde *„nicht zum Schußwaffengebrauch gekommen ist"*.

Albrecht selbst hatte herausposaunt, was er von den Gerichten erwartet: *„Diese Kriminellen müssen hinter Schloß und Riegel gebracht werden."* Ganz in diesem Sinne hatte das Oberlandesgericht in Celle erklärt (am 6.9.77): *„Anlage und Durchführung " der Grohnde-Aktion seien „vergleichbar mit Kampfhandlungen in einem Bürgerkrieg"* gewesen.

Demgegenüber erklärte der Richter des sog. „Hirtenstab"-Verfahrens: *„Nach allgemeiner Auffassung sind diese Gegenstände* (gemeint sind Stäbe und Steine und die Schutzausrüstung) *keine Waffen, auch gefährliche WErkzeuge werden ja nicht als Waffen bezeichnet". Wenn diese Entscheidung auf Unverständnis stoße, dürfe dafür nicht der Richter verantwortlich gemacht werden, vielmehr müsse dann der Begriff „Waffe" im Gesetz näher definiert werden; auch im Interesse der betreffenden Demonstrationsteilnehmer, die schließlich vorher wissen müßten, was ihnen droht. Sonst laufe jeder Demonstrant Gefahr, ohne sein Wissen einen Gegenstand bei sich zu tragen, der sich nachträglich als Waffe herausstelle."*

Zwar bezeichnen die Bullen in der Tat dieses und jenes, ggf. Tomaten und Lippenstifte – wie man bei der Kalkaranfahrt sehen konnte – als „Waffen". Das Hamelner Gericht war noch nicht bereit diese Tour mitzumachen, erst wenn die Gesetze – wie ja geplant – umfrisiert würden.

Einem Lüneburger AKW-Gegner wurde inzwischen eine Anklageschrift wegen „Widerstand" zugestellt. (siehe Artikel in diesem AK).



Eingestellt!

Eingestellt werden mußte das Verfahren gegen Fahrer und Mitfahrer eines Detmolder VW-Bullis. Wegen der technischen Ausrüstung des Wagens war er beschlagnahmt worden und der Presse als „Einsatzzentrale" vorgeführt worden. Der Bulli wurde erst jetzt zurückgegeben.

Ebenso werden eine Reihe von eingeleiteten Verfahren wegen „schweren Landfriedensbruches" nicht weiter verfolgt. Aufrechterhalten wird auch in keinem Fall mehr der Vorwurf des versuchten Totschlages.

Aller dings versucht die Staatsanwaltschaft, sich nun ganz auf die Verfahren gegen die 11 AKW-Gegner zu konzentrieren, die vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hannover angeklagt sind. Hier sollen in getrennten Verfahren sorgfältig aufeinander abgestimmte Polizeiaussagen eine Verurteilung wegen „schweren Landfriedensbruches", „gefährlicher Körperverletzung" und „schweren Widerstandes" sicherstellen.

Darauf wird sich die Anti-AKW-Bewegung konzentrieren müssen.

Wenngleich den Angeklagten noch keine Termine genannt wurden, konnten wir der Presse entnehmen, daß die Prozesse am 10.1. in Hannover vor dem Landgericht beginnen sollen (alle Zitate, „DWZ", 25.11.77).

Prozeßtermin gegen Linda geplatzt

Zu dem ersten Grohnde-Prozeß gegen Linda aus Brenfen, der am 22.11. vor dem Jugendschöffengericht in Hameln stattfinden sollte, hat es eine gute und erfolgreiche Aktion gegeben. Schon Stunden vor dem Prozeß versammelten sich AKW-Gegner aus Hameln und anderen Städten Norddeutschlands in der Stadt und vor dem Gerichtsgebäude, machten Stände und kleine Demonstrationen. Als der Prozeß schließlich beginnen sollte, hatten sich ca. 500 AKW-Gegner vor dem Gericht versammelt und verlangten, daß der Prozeß öffentlich stattfinden sollte, – nur 25 Personen sollten zugelassen werden.

Die Justizbeamten, Richter und Polizeioffiziere hatten sich derweil im Gerichtsgebäude verschanzt und beobachteten die Szene interessiert. Schließlich sprach der Richter per Megaphon aus dem ersten Stock und forderte Linda auf, mit ihren Anwälten ins Gebäude zu kommen, damit der Prozeß beginnen könne. Die Antwort der draußen versammelten AKW-Gegner war: nur wenn der Prozeß öffentlich sei, würde Linda durchgelassen. Da dies nicht geschah, konnte Linda „leider" auch nicht durch die Menschenmenge hindurchkommen. Als dann gerade der Aufbruch beschlossen wurde, lehnte sich wieder einer der Richter aus dem Fenster und erklärte den Gerichtstermin für aufgehoben. Die Polizei, die natürlich wieder mit mehreren Mannschaftswagen aufgefahren war (die extra aus Hannover rangeholt wurden), verhielt sich während der gesamten Aktion sehr ruhig.

Kundgebung 19.11.

Zum Samstag vor dem Prozeßtermin gegen Linda hatten BIs und Ermittlungsausschüsse sowie die Regionalkonferenz Südniedersachsen zu einer Kundgebung in Hameln und zu Aktionen in den umliegenden Dörfern regional mobilisiert. Beim äusserst miesen Wetter hatten sich immerhin tausend AKW-Gegner auf dem Hamelner Marktplatz eingefunden, nachdem vorher Theater und Liedergruppen durch schlechte Organisation nur vereinzelt aufgetreten waren.

Aktionen in den Dörfern und die Kundgebung in Hameln sollten die Solidarität mit Linda zum Ausdruck bringen und Auftakt zu einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit zu den vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hannover angesetzten Prozessen gegen 11 weitere AKW-Gegner sein.

Auf der Kundgebung schilderte Linda an ihrem Beispiel, wie Demonstranten am 19.3. beim Rückzug wahllos herausgegriffen wurden und ihnen jetzt stellvertretend für die gesamte Anti-AKW-Bewegung der Prozeß wegen Teilnahme an einer Anti-AKW-Großaktion möglichst hinter geschlossenen Türen gemacht werden soll.

Ausführlichere Beispiele über die verlogenen Zeugenaussagen der Polizeizeugen und die Konstruktion belastenden Materials brachte der wegen „schweren Landfriedensbruch", „gefährlicher Körperverletzung" und „schweren Widerstandes" gegen Vollstreckungsbeamte angeklagte Christian aus Hannover.

Ferner sprachen: Heide von Bernstorff von der Wählergemeinschaft gegen Atom, für die sie kürzlich in den Kreistag gewählt worden ist. Sie sprach sich für die uneingeschränkte Solidarität mit den Angeklagten aus und betonte, die Notwendigkeit des Widerstandes außerhalb der Parlamente, aber auch die besonderen Möglichkeiten durch eine Wahlbeteiligung; Fritz Storim, der vor dem Beschreiten des „legalistischen Weges", also Beteiligung an Wahlen warnte und zum „Festhalten an militanten Aktionen" zur praktischen Verhinderung von AKWs und WAAs aufrief; Heinz Brandt, der zum gewaltfreien Widerstand, auch gegen die Gewerkschaftsführung aufforderte; Jens Scheer, Kurt Sommer und ein weiterer Angeklagter sprachen allgemein über die Gefährlichkeit von AKWs und die betrügerischen Manöver bei den Genehmigungsverfahren.

KB/Gruppe Hannover und AKW-Nein-Kommission

ANGST

Einige
wollen nicht protestieren
gegen gewisse Methoden
der Polizei
weil sie nicht glauben
daß das Gerücht davon wahr ist
und weil sie Angst haben
vor denen die das behaupten

Andere wieder
wollen nicht protestieren
gegen gewisse Methoden
der Polizei
weil sie glauben
daß das Gerücht davon wahr ist
und weil sie Angst haben
vor diesen Methoden

Man muß Angst haben
daß die Angst
der einen
schon heute dazu beiträgt
daß die anderen
noch mehr Gründe haben
zur Angst

Erich Fried

Noch ein Grohnde-Prozeß

Mitte November wurde einem Lüneburger AKW-Gegner, der ebenfalls in Grohnde am 19.3. verhaftet wurde, die Anklageschrift zugestellt.

Vorgeworfen wird ihm Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, weil er sich seiner Verhaftung mit Schlägen und Tritten widersetzt und sich aus dem Polizeigriff loszureißen versucht haben soll.

Es lohnt sich, diese Anschuldigungen mit dem Augenzeugenbericht zu vergleichen, den der Lüneburger AKW-Gegner am 20.3. verfaßt hatte (Abgedruckt in der Broschüre „Polizeiterror gegen AKW-Gegner", Reents-Verlag).

Zur Verhaftungssituation heißt es dort: *„Als wir alle nach hinten rennen mußten, um uns vor den anstürmenden berittenen Bullen und Hundertschaften zu schützen, fiel ich hin und kam im allgemeinen Getümmel nicht wieder hoch. Sofort fielen drei bis vier Bullen über mich her und prügelten auf mich ein. Ein Bulle riß mir den Helm vom Kopf. Ich lag mit dem Gesicht nach unten und versuchte, meinen Kopf zu schützen. Ein Bulle riß mich am Kragen hoch, um an mein Gesicht ranzukommen und schlug voll zu. Im Polizeigriff wurde ich dann aufs Baugelände geschleppt."*

Die Verhandlung soll vor dem Amtsgericht Hameln eröffnet werden.

KB/Gruppe Lüneburg

Strafverfahren eingestellt

Nach dem Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft wurde inzwischen auch das Strafverfahren gegen Heinz Brandt eingestellt, weil er vom „Atomfilz" in den Gewerkschaften gesprochen hatte.

Von dieser Äußerung Brandts hatte sich der ÖTV-Kreisvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied der norddeutschen Kraftwerks-Union Schwalbach standesgemäß beleidigt gefühlt und Strafanzeige erstattet. Angesichts der neuen DGB-Beschlüsse zur Atomenergie schien es dem Staatsanwalt offensichtlich wenig ratsam, die Sache weiter zu verfolgen.

AKW-Nein-Kommission

AKW-Nein-Kommission

Terrorurteile gegen italienische AKW-Gegner

Am 14. November wurden in Civitavecchia Gefängnisstrafen gegen fünf AKW-Gegner verhängt. Was wird den Genossen vorgeworfen? Anklagepunkte waren Straßenblockade, „Privatgewalt", Körperverletzung, Tragen von Waffen und Nötigung. Der Anklagepunkt Straßenblockade mußte vom Gericht „mangels Beweise" aufgegeben werden. Bei Betrachtung des „Tathergangs" vom 13.9. in Montalto di Castro kann man auch die übrigen Anklagepunkte nur als blanken Zynismus ansehen: Wie wir bereits in AK 114 berichteten, war der Rest von 20 Leuten eines Anti-AKW-Lagers bei Montalto am Nachmittag des 13.9. von drei bewaffneten Schlägern der Baufirma Rainoni überfallen worden, nachdem sie am Mittag des gleichen Tages einen Betonmischer der Firma angehalten hatten, der auf dem Weg zum Baugelände des geplanten AKW's von Montalto war. Noch am gleichen Tag wurden sieben AKW-Gegner inhaftiert, von denen sechs in diesem Prozeß angeklagt waren. Die AKW-Gegner gehörten überwiegend zu den betont „Gewaltfreien", sodaß man sich fragt, wie der Anklagepunkt „Tragen von Waffen" zustande kam. Ganz einfach: ein Fahrtenmesser auf einem Campingtisch wurde kurzerhand als Waffe deklariert!

Der einzig greifbare „Beweis" in diesem Prozeß ist das blaue Auge eines Lastwagenfahrers, daß sich dieser beim Angriff auf den AKW-Gegner Giampaolo Bonazza geholt hat. Der Preis für Giampaolo: Ein Jahr und vier Monate! Zusammen mit Maurizio Fiori ist er seit Juli im Knast und hat keine Chance auf „provisorische" Freilassung. Ebenso wie Maurizio sind drei weitere AKW-Gegner zu je einem Jahr verknackt worden, ein Minderjähriger wurde freigesprochen.

Bleibt noch zu erwähnen, daß getreu dem Modell Deutschland das ganze Stadtviertel, in dem das Gerichtsgebäude liegt, während des Prozesses abgesperrt wurde.

Italien-Kommission

Zum Tod des AKW-Gegners Hartmut Gründler

Während auf dem SPD-Parteitag das Atomprogramm der Regierung voll abgesegnet wurde, verbrannte sich in der Hamburger Innenstadt am 16. November Hartmut Gründler. In Flugblättern und verschiedenen Briefen erklärt er seine Tat als „Appell gegen atomare Lüge" - als Protest gegen die Atompolitik der Bundesregierung. In der Nacht zum 21.11. starb er an den Folgen seiner Verbrennungen.

Gründler war als AKW-Gegner seit langem bekannt. In Tübingen gründete er einen Arbeitskreis „Lebensschutz e.V. - Gewaltfreie Aktion im Umweltschutz". Durch verschiedene Aktionen - so kettete sich Gründler 1975 in der Stuttgarter Stiftskirche und im Januar dieses Jahres am Kölner Dom an, in der ESG Kassel trat er in den Hungerstreik, um die Regierung zu einem Stopp des Atomprogramms zu zwingen - versuchte er seinen Protest wirksam zu machen.

Ohne Mitglied zu sein, arbeitete er mit Gruppen wie dem WSL, der AUD und dem Kreis um den Ludendorffer Soyka zusammen.

Daß jemand gegenüber der brutalen Durchsetzung des Atomprogramms keine andere Protestmöglichkeit mehr sieht, als sich selbst zu töten, ist für einen von Springer bezahlten „Psychologen" Zeichen dafür, daß ein solcher Mensch *„psychopatische Grundzüge"* aufweise und *„Prinzipienreiter, Besserwisser und Querulant"* sei.

Zynisch faschistischer Schlußsatz - geschrieben noch vor Gründlers Tod -: *„Dieses Ende war zu erwarten"* („Bild", Hamburg, 17.11. 1977).

Bei denen, die so schreiben und bei denen, die für sie arbeiten, liegt die Verantwortung für Gründlers Tod. Der Atomstaat hat viele Methoden, über Leichen zu gehen.



Aus Anlaß des SPD-Parteitages führte die Hamburger BUU eine Kundgebung durch, an der bis zu 2.000 Menschen teilnahmen. Nachdrücklich wurden auch hier die bekannten Forderungen der AKW-Gegner vertreten. Neben Vertretern der BUU sprachen u.a. Robert Jungk, ein BBU-Sprecher ... Anschließend demonstrierten noch rund 1.000 AKW-Gegner spontan zum Tagungsort des SPD-Parteitages, der allerdings hermetisch von Polizei und Grenzschutz abgeriegelt war. Mit brutaler Gewalt lösten die Bullen die Demonstration auf, bevor eine Abschlußkundgebung durchgeführt werden konnte.

Gorleben: Der Widerstand formiert sich !

Auf einer Veranstaltung, die parallel zur BBU-Mitgliederversammlung in Lüchow stattfand, und mit 150-200 Teilnehmern recht gut besucht war, zeigte sich, daß angesichts des Näherrückens der Probebohrungen der Kreis der entschlossenen AKW-Gegner im Raum Lüchow-Dannenberg wächst. Schon die Probebohrungen werden nun eindeutig als Baubeginn angesehen und Widerstandsmaßnahmen dagegen angekündigt. Auf der Veranstaltung selbst konnte der Vertreter der DWK, Dr. Gellford, für seine Propagandalügen kaum Gehör finden, sondern rief, je zynischer und unverschämter er wurde, immer mehr Empörung hervor, bis er sich schließlich vorzeitig verdrückte.

Vor allem „glänzte" er mit Aussagen, die das Prinzip „Hoffnung" der Atomindustrie in Bezug auf die bisher völlig ungelösten Probleme, besonders der WAA, besonders deutlich machten. „*Wir* (die WAA in Gorleben — Anm. AK) *werden erst 1992 in Betrieb gehen. Von heute ab rechnen wir 15 Jahre. Vielleicht verdoppelt sich alle 15 Jahre das Gesamtwissen der Menschheit. Es ist wirklich noch ein weiter Weg, um diesen Dingen auf den Weg zu helfen"* (Gellford, DWK). Nach dem Motto, im Moment wissen wir zwar noch nicht, wie überhaupt aufbereitet werden soll, aber erstmal wird gebaut, dann wird uns schon was einfallen (s.a. „Sicher in die Katastrophe", AK 112).

Dieter Teufel (BBU) legte in einem Beitrag überzeugend dar, daß die Atomindustrie und die Behörden mit systematisch gefälschten Werten arbeiten. So hat zum Beispiel die Heidelberger Gruppe nachgerechnet, daß die für die WAA angegebenen und durch das Gutachten der SSK (Strahlenschutzkommission) abgesegneten Werte für die Anreicherung radioaktiver Stoffe um den Faktor 100-1000 (!) zu niedrig angesetzt worden sind. Und dies aufgrund der von der Behörde angegebenen theoretischen Abgabewerte. Daß diese in der Praxis massiv überschritten werden, zeigt nochmal eine Untersuchung derselben Arbeitsgruppe, die sie in diesem Jahr am AKW Neckarwestheim (s.a. Artikel in diesem AK) gemacht hat. Hier wurde festgestellt, daß das in Bodenproben gefundene radioaktive Jod einer 100-fach höheren Abgabe im Zeitraum von 14 Tagen entspricht, als eigentlich für das ganze Jahr erlaubt ist!

Zudem wurde von D. Teufel darauf hingewiesen, daß die systematisch falsche Berechnung von Abgaben aus Atomanlagen nun auch noch gesetzlich festgelegt werden soll, und somit Gutachter wie Richter nur noch von diesen falschen und verharmlosenden Berechnungsgrundlagen ausgehen dürfen, die fast darauf hinauslaufen, daß, je mehr AKW's gebaut werden, umso niedriger die Strahlenbelastung wird. Gegen diese Fakten konnte der DWK-Vertreter sich nur noch in Drohungen flüchten, daß solche Kritik an der SSK schon staatsfeindlich sei!

„*Wenn Sie diese Expertenkommission in Frage stellen, daß muß hier klar gesagt werden, dann stellen sie auch die Ordnungskraft dieses Staates in Frage"* (Gellford, DWK). Wahrscheinlich wird bald die Entlarvung der Lügen der Atomindustrie mit Staatsschutzprozessen geahndet. Man hat den Eindruck, daß in der BRD bald ein Klima einzieht, in dem kritische Naturwissenschaftler, Erkenntnisse, die der Atomindustrie nicht passen, widerrufen müssen.

Wahrscheinlich werden bald die Sachbearbeiter des TÜV's, die wie wir berichtet hatten, auch nicht alle Lügen der DKW schlucken wollen, als „staatsfeindlich" gebrandmarkt.

Zum Ende der Veranstaltung wurde der Vertreter der DWK nochmal direkt auf den Beginn der Probebohrungen angesprochen. Auf die Frage, ob in den nächsten 14 Tagen mit ersten Bohrungen zu rechnen sei, erklärte er sich nicht für zuständig, konnte aber auch nicht abstreiten, daß er es eigentlich wissen müßte.

Somit sind tatsächlich in allernächster Zeit mit ersten Maßnahmen zu rechnen. Die Vertreterin der BI Lüchow-Dannenberg erklärte zum Schluß nochmal die Entschlossenheit, erste Probebohrungen als Baubeginn anzusehen und den Widerstand vorzubereiten. Nach dem bisherigen Zögern der BI Lüchow-Dannenberg, sich hierzu eindeutig zu äußern, eine Entwicklung, die hoffen läßt.

AKW-Nein-Kommission

Atomunfall in der Kernforschungsanlage Jülich

In der Kenrforschungsanlage Jülich konnte ein Schwelbrand in einem 200 Liter-Faß mit schwachradioaktiven Abfällen gerade noch rechtzeitig entdeckt werden. „*Wie die KFA mitteilte, konnte der Brand von der Werksfeuerwehr in wenigen Minuten gelöscht werden, ohne daß Sach- oder Personenschaden entstanden sei. Nach ersten Überrpüfungen sei keine Radioaktivität aus dem Raum ins Freie gelangt. Als Ursache des Brandes wurde eine Selbstentzündung angegeben"* („Rheinische Post", 26.11.77).

Wieder einmal ein typischer Atomunfall, bei dem „natürlich" keinerlei Gefährdung eingetreten ist; Stellungnahmen, die wir bei jedem Unfall hören können. Läuft in Karlsruhe plutoniumhaltiges Kerosin aus, oder wie jetzt gerade wieder in Pierrelatte passiert („FR", 26.11.77), strömt radioaktiver Dampf aus, folgen jedesmal dieselben Erklärungen: Völlig ungefährlich!

Wahrscheinlich werden wir dies auch nach einem GAU noch zu hören bekommen, falls das dann noch möglich ist!

AKW-Nein-Kommission

Bürgeraktion Schweinfurt stellt den Kampf gegen AKWs erst einmal ein

Nach anfänglich erfreulichen Ansätzen einer Zusammenarbeit zwischen der Bürgeraktion Schweinfurt, in dem sämtliche bürgerliche Parteien am Ort vertreten sind und den übrigen bayerischen BIs zur Durchführung einer Demonstration gegen das AKW Grafenrheinfeld, vollzog die CSU-Clique nach einem Putsch gegen die Demonstration nun die offene Absage der BI gegen weitere Aktionen gegen AKWs. Auf einer Mitgliederversammlung des Vereins wurde beschlossen:

- die „Verschiebung" der Demonstration wegen des Dahinscheidens „unseres' Arbeitgeberpräsidenten wird gutgeheißen (37:21 Stimmen)
- die vorläufige Verschiebung der Demonstration auf den St. Nimmerleinstag wird ebenfalls gutgeheißen (38:28 Stimmen).
- Vor der Wahl eines neuen Vorstands (im Februar 1978 geplant) soll über eine eventuelle Demonstration auch nicht mehr gesprochen werden!!

Damit hat sich die Bürgeraktion erst einmal vom Kampf gegen AKWs verabschiedet.

Zur Vorgeschichte

Seit dem vergangenen Sommer hatten Teile der Bürgeraktion aktiv auf Aktionen über den Gerichtsprozeß der Stadt hinausgedrängt, ein breites Bündnis bayerischer BIs hatte alles für eine Demonstration vorbereitet. Der CSU-Teil der Bürgeraktion hatte schon vorher gegen das Bündnis geschossen, da in den meisten BIs militante AKW-Gegner in der Mehrzahl sind und auch die „Chaoten" mitarbeiten. Auch die Ortspresse hatte sogar breit von den Vorbereitungen und ohne Hetze berichtet. Kurz vor der Demonstration – die Demonstrationsleitung verlangte freie Zufahrt zur Demo – „klärte" die Polizei den Vorstand darüber auf, mit wem er sich da „naiverweise" eingelassen hätte. Die CSU-Fraktion hakte sofort nach: als erstes wurden die übrigen Teile aus der Demo-Leitung ausgebootet und zugelassen, daß die übrigen bayerischen AKW-Gegner erklärter- und zugelassen, daß die übrigen bayerischen AKW-Gegner erklärtermaßen durchgefilzt werden sollten. Nach Schleyers Ableben kam die CSU dann voll in ihr Element: In einer hektisch einberufenen Vorstandssitzung wurde putschartig die „Verschiebung" der Demonstration beschlossen (an der Abstimmung wurden weder die auswärtigen Teilnehmer der Demoleitung noch alle Vorstandsmitglieder beteiligt: sieben vom 16köpfigen Vorstand stimmten ab, außerdem war das Ergebnis der „Abstimmung" schon vorher der Presse bekannt!). Schon eine Woche später setzten sich die CSUler dann vehement für die völlige Absetzung ein!

Empörung bei den AKW-Gegnern! Angst um Vorstandsposten bei der CSU

Diese Entscheidung rief bei allen anderen bayerischen Anti-AKW-Initiativen große Empörung hervor. Auf der folgenden Regionalkonferenz wurde eine Erklärung an die Bürgeraktion verabschiedet, in der es u.a. heißt: „*Der Widerstand gegen AKWs kann durch tagespolitische Ereignisse nicht in Frage gestellt werden. Es ist zur Zeit doch so, daß selbst jeder demokratische Widerstand in die Ecke von ‚Terroristen' und ‚Sympathisanten' gedrängt werden soll. Wir dürfen nicht zulassen, daß unser Kampf gegen die Zerstörung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung auf diese Weise diskriminiert wird. (..) In dieser Situation ist es besonders wichtig, unsere demokratischen Rechte – wie das Demonstrationsrecht – wahrzunehmen und zu verteidigen. Ein freiwilliger Verzicht auf diese Rechte – wie bei der Absage der Demonstration in Grafenrheinfeld geschehen – schadet der gesamten Anti-AKW-Bewegung. (...) Es wäre für uns vollkommen unverständlich, wenn die Bürgeraktion ihr recht gutes Verhältnis zu staatlichen und städtischen Institutionen, zu der Polizei und sämtlichen Parteien höher stellt als den Widerstand gegen die lebensbedrohenden Atomkraftwerke. Letztendlich wird sich die BA entscheiden müssen, ob sie es weiter mit keinem verderben wil. oder ob sie den Kampf gegen AKWs wieder aufnimmt. Sie kann nicht auf der einen Seite alles der Polizei recht machen, die ausschließlich zum S c h u t z der AKWs eingesetzt wird und auf der anderen Seite gegen das AKW kämpfen wollen. Entweder ist die BA bereit, konsequent mit allen AKW-Betreibern und -Befürwortern zu brechen oder sie muß sich mit dem AKW in Grafenrheinfeld abfinden. (...) Wir meinen deshalb, daß die BA deshalb so schnell wie möglich die notwendige Voraussetzung für die Durchführung der ursprünglich am 22.10. geplanten Demonstration schaffen sollte."*

Radikalenerlaß in der Bürgeraktion?

Wohin die Machtpolitik einiger BA-Fürsten führt, wurde dann auf der letzten Mitgliederversammlung deutlich: Sie weigerten sich, ca. 35 seit dem 1.10. gestellte Beitrittsanträge (die BA ist ein eingetragener Verein) anzuerkennen, „weil dahinter eine Strategie (?!) steckt" (CSU-Demagoge Cramer). Die neuen Mitglieder müßten erst überprüft werden!!! Das führt zu der absurden Situation, daß ca. ein Drittel der Anwesenden nicht mitabstimmen konnte, obwohl unter ihnen viele besonders aktiv an den Demonstrationsvorbereitungen ter ihnen viele besonders aktiv an den Demonstrationsvorbereitungen mitgewirkt hatten. Stattdessen wurden die Mehrheitsverhältnisse von etlichen gutfrisierten und maßgeschneiderten CSU-Mumien bestimmt, von denen viele sicherlich noch „keinen Finger krumm" gemacht haben gegen AKWs. Nur aufgrund dieser Bedingungen waren die obengenannten Beschlüsse möglich.

Riederer von der FDP, der wesentlich zum Zustandekommen des Bündnisses mit beigetragen hatte, hält sich derzeit vollkommen raus, ansonsten sind die ehrlichen AKW-Gegner in Schweinfurt nicht über verbale Proteste hinausgekommen, noch immer wird auf die CSU gestarrt, die ja inzwischen für jedermann sichtlich gezeigt hat, daß ihr in der Bürgeraktion es hauptsächlich darum geht, den Kampf gegen AKWs zu blockieren! Diese Erkenntnis sollte an sich kaum ein Grund zur Resignation sein, da die alte „Einheit" in der Bürgeraktion nur solange hielt, wie die Bürgeraktion auf Aktionen verzichtete.

KB/Gruppe Nürnberg

Zu den Vorfällen gibt es eine Dokumentation: „Schildbürgerstreich in Schweinfurt", zu beziehen über
Informationszentrum KKW-Nein
Am Zeughaus 34
8720 Schweinfurt

Anti-AKW-Veranstaltung in Geesthacht

Am 18. November führte die Bürgerinitiative Geesthacht in Zusammenarbeit mit den im fünften Regionalverband der BUU zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen eine Veranstaltung zum Thema – Sichert Atomenergie Arbeitsplätze? – durch. An dieser Veranstaltung nahmen namhafte AKW-Gegner teil, unter anderem H. Strohm, H. Brandt, W. Mossmann und der BR-Vorsitzende G. Wöckner von Reynolds-Aluminium. Diese Veranstaltung fand einen Tag nach der Energiedebatte der SPD auf ihrem Parteitag statt. Die dort gefaßten Beschlüsse zur weiteren Durchsetzung des Atomprogramms wurden von allen Rednern als „faule Kompromisse" verurteilt. H. Brandt bekräftigte erneut seinen Standpunkt zum „Atomfilz" und warnte vor einem beschleunigten Abbau der demokratischen Rechte im Zusammenhang mit der weiteren Durchsetzung des Atomprogramms. Dieser Warnung schlossen sich alle Redner an.

Hervorzuheben ist das engagierte Eintreten Holger Strohms für den Aufbau einer „Wehrt-Euch-Liste" nicht nur zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen im kommenden Jahr.

Ca. 400 Teilnehmer verfolgten mit großer Aufmerksamkeit diese interessante Veranstaltung.

AKW-Nein-Kommission

So ein Pech: Großkapital nutzt Dortmunder Demo für seine Zwecke!



Daß im Falle der Dortmunder Pro-AKW-Demonstration DGB und Atomkapitalisten an einem Strang zogen, das pfeifen inzwischen die Spatzen vom Dach.

Lediglich die DKP möchte diese Zusammenarbeit nicht sehen, wenn sie sie auch nicht leugnen kann. Der Grund für diesen atemberaubenden Schleuderkurs ist die Tatsache, daß die völlig schamlose Arschkriecherei gegenüber der DGB-Führung die DKP mit auf diese Demonstration getrieben hatte (s. AK 117).

Für die DKP hatte der DGB und die „meisten der 40.000 Kundgebungsteilnehmer" die Absicht, „*einen Beitrag im Kampf für Arbeitsplätze zu leisten.*" ...„*Die Konzerne und die Massenmedien nutzten die Veranstaltung allerdings in einem ganz anderen Sinne*" („UZ" vom 17.11.77). So kritisierte die „UZ", daß manche Zeitungen in einem Stil berichtet hätten, „*als hätte ein Massengaudi in Dortmund stattgefunden*". In der Berichterstattung seien Parolen rausgegriffen worden wie „Kernkraft kleiner – Wirtschaft im Eimer" oder „Kommt kein Strom mehr aus der Dose, geht der Wohlstand in die Hose". Diese Parolen hätten mit „Arbeiterinteressen' allerdings nichts zu tun. Warum allerdings – wie die „UZ" selber berichtet – die Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerke für 5.000 Demonstranten 20 DM pro Person und Lunchpakete bezahlt haben,

- warum Kollegen, die nicht mitfahren wollten, mit Schichtausfall gedroht wurde,
- warum Kollegen, die n i c h t bei der vor Wochen stattgefundenen Bonner Demonstration teilgenommen hatten, anschließend an ihrer Arbeitsstelle nicht mehr gesehen wurden, das sind für die DKP (–Gott sei den Blinden gnädig–) „*merkwürdige Begleiterscheinungen..., mit der sich der DGB sicherlich noch mal beschäftigen muß*" („UZ", 17.11.77).

Für die DKP ist es „*unverständlich..., daß in den auf der Dortmunder DGB-Kundgebung gehaltenen Reden vielfach der Eindruck erweckt wurde, als ob die Sicherheit der Arbeitsplätze der Zukunft vorrangig oder fast ausschließlich vom Bau weiterer Kernkraftwerke abhänge*" („UZ", 18.11.77).

Man sollte Nachsicht mit der DKP üben, in der Überschrift der „UZ" findet sich des Rätsels Lösung: es handelt sich um eine „Bonner Verwirrungskampagne", die offensichtlich bei der DKP voll durchgeschlagen hat!

AKW-Nein-Kommission

P.S. Frage an die „UZ":
Was haben die DKPler mit ihren 20 DM gemacht?

Solidarität mit Helmut Ostermeyer!

Die Entfernung des Bielefelder Richters Helmut Ostermeyer aus der juristischen Fakultät durch Entzug seines Lehrauftrages, hat seit den ersten Reaktionen in der Presse und in der universitären und außeruniversitären Öffentlichkeit breite Resonanz erzeugt. Nachdem schon auf verschiedenen Fakultäts-Vollversammlungen, einem Teach-in mit 500 Studenten und einer Uni-Vollversammlung mit 2.000 Studenten Forderungen nach Wiedereinstellung von Helmut Ostermeyer gestellt wurden, bekundeten über 2.500 Teilnehmer bei der Veranstaltung nach der Demonstration am 3.11. in Göttingen und ca. 1.500 Teilnehmer bei der Veranstaltung zur Terroristenhetze in Frankfurt am 24.11. ihre Solidarität mit Helmut Ostermeyer und ihre Empörung über das Vorgehen der juristischen Fakultät.

In Bielefeld wurde zum 14.11. eine Vollversammlung der juristischen Studenten einberufen, in deren Mittelpunkt die Diskussion um Helmut Ostermeyer stand. Eine Mehrheit der Professoren, die Helmut Ostermeyer als untragbar für die Fakultät bezeichneten und seinen Rausschmiß mit zu verantworten haben, hatten ihre Anwesenheit angekündigt und wollten anscheinend ihren Sieg über Ostermeyer durch ein juristisches Tribunal und dessen Absegnung durch die VV noch vergrößern. Die Vorarbeit dazu hatten sie in tagelanger Agitation und „Aufklärung über die Sachlage" in ihrer eigenen Veranstaltung vor Erstsemestern geleistet. Vor ca. 300 Jurastudenten (das sind immerhin 80 % der an der Uni anwesenden Studenten der zweiphasigen Juristenausbildung in Bielefeld) und etwa 1.000 weiteren Zuhörern im Audimax der Universität wirkten die Argumente der Herren Professoren jedoch keineswegs neu und überzeugend und ihre Rechtfertigung derart blaß, daß die überwältigende Mehrheit der Jurastudenten ihre Professoren zur Wiedereinstellung Ostermeyers aufforderten. Reaktion von dem Herrn Weber: „Der Beschluß wirft uns nicht um".

Ob sich Weber aber mittlerweile noch den Rückhalt in der demokratischen und „staatstragenden" Öffentlichkeit sicher ist, kann man sich allerdings fragen: Die Basis der Kritik und des Widerstands über die Entscheidung der Jura-Fakultät nimmt an der Fakultät und in der Öffentlichkeit Bielefelds zu.

Die Assistentenvollversammlung wertete den Artikel Ostermeyers als freie Meinungsäußerung und forderte die Rücknahme der Entscheidung. Die Fakultätskonferenz der Fakultäten Pädagogik/Philosophie/Psychologie sprach sich für die umgehende „*Einstellung aller eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen und Verfahren gegen einzelne politisch und ideologisch unbequeme Hochschulangehörigen aus*" und forderte die Wiedereinstellung Ostermeyers. Desgleichen die Fakultätskonferenz der Fakultät Linguistik/Literaturwissenschaften. Und an der Fachhochschule Bielefeld bot der Fachbereichsrat Sozialwesen sogar aus Solidarität mit Helmut Ostermeyer ihm einen Lehrauftrag für das Sommersemester an.

In einer öffentlichen Unterschriftenaktion für Helmut Ostermeyer haben Bielefelder Bürger, darunter z.B. die Professoren Dress, Berger, Heldhoff, Dammann, Kummer, Tran sowie Pfarrer und zahlreiche wissenschaftliche Assistenten, die „*Bestrebungen bestimmter Kreise, kritische Auseinandersetzungen und Diskussionen mehr und mehr einzuengen und zu verunmöglichen*" entschieden zurückgewiesen.

Der Fakultät für Rechtswissenschaft wurde der Vorwurf gemacht, durch ihre Maßnahme die gegenwärtige Diffamierung von fortschrittlichen Kräften als Sympathisanten zu unterstützen.

Am 8.12. wird in Bielefeld eine Demonstration zur Solidarität mit Helmut Ostermeyer stattfinden, die unter anderem die Forderung nach Wiedereinstellung von Helmut Ostermeyer als Lehrbeauftragten stellt.

KB/Gruppe Bielefeld

Noch größere Luftverpestungen in Aussicht

Auf dem Hintergrund mehrerer gestoppter Kohlekraftwerksprojekte vor allem in Nordrhein-Westfalen, soll jetzt eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die solche Baustopurteile wie z.B. in Voerde, Dorsten und Emmerich unmöglich machen.

Momentan gibt es noch keine Werte, die im Bundesimmissionsschutzgesetz festgelegt wären. Es gibt lediglich die „Technische Anweisung Luft", die aber derartig hohe Werte für tragbar hält, daß sogar mehrere Gerichte vor allem in schon stark vorbelasteten Gebieten, geplante Projekte stoppten.

Um diese wieder flott zu kriegen, wurde als erstes vorgeschlagen, die Werte der „TA-Luft" in das Immissionsschutzgesetz zu übernehmen, damit kein Gericht mehr niedrigere Werte fordern kann. Doch soll nun für Anfang des nächsten Jahres zu einem noch größeren Schlag ausgeholt werden:

- In das Bundesimmissionsschutzgesetz soll eine Klausel übernommen werden, nach der ein Überschreiten der Höchstwerte einer Luftverschmutzung zulässig ist, wenn ein altes Kohlekraftwerk durch ein neues ersetzt werden soll und durch den „vorübergehenden" Betrieb beider eine noch größere Luftverschmutzung auftritt („Tagesspiegel", 1.11.77).
- Anlagen, „die in dringendem öffentlichen Interesse notwendig sind" (nach offizieller Logik alle Kohlekraftwerke), sollen trotz schädlicher Umwelteinwirkungen genehmigt werden können (a.a.O.).
- Eine dritte Änderung sieht vor, bei dem häufigen Zusammenwirken von mehreren Umweltgiften eine „Vermutungsklausel" (!) einzuführen, die die Grenze angeben soll, bei der eine Umweltschädigung noch nicht gegeben ist („FR", 12.11.77), d.h., solange der Betreiber noch keine Schäden vermutet.

Dies hat den Hintergrund, daß das Baustoppurteil für Voerde dadurch zustandekam, daß das Gericht zwar feststellte, daß keiner der einzelnen Werte die Vorschriften übertraf, aber ihr Zusammenwirken zu einer Umweltschädigung führe („FR", 12.11.77).

Da das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin im Februar eine endgültige Entscheidung über den Bau von Voerde treffen wird, soll jetzt schon durch eindeutige Vorschläge für die Änderung des Immissionsschutzgesetzes dem Bundesverwaltungsrichtern der nötige Wink zur „Urteilsfindung" gegeben werden.

Natürlich fehlen dazu begleitend weder Klagen des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaues noch der Führung der IG-Bergbau über den „Investitionsstau in Milliardenhöhe" im Ruhrgebiet („FAZ", 19.11.77).

Hierzu muß man wissen, daß die IG Bergbau schon seit 1974 darauf drängt, daß die „TA Luft" entschärft wird, um Baustopps zu verhindern („SP", 14/74).

Der entscheidende Punkt bei Kohlekraftwerken ist die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxyd. Es gibt aber mittlerweile Verfahren, dieses starke Atemgift hundertprozentig herauszufiltern. Doch ist dies der Elektrizitäts- und Kohleindustrie natürlich zu teuer. So sollen nun mit der bekannten Demagogie von der Sicherung der Arbeitsplätze durch Kraftwerksbauten und mit dem SPD-Parteitagsbeschluß zur „vorrangigen Förderung von Kohlekraftwerken" im Rücken endlich die gestoppten Projekte mit wesentlich niedrigeren Auflagen durchgezogen werden. Was das zur Folge haben wird, läßt eine Untersuchung aus den USA ahnen, die feststellte, daß in den USA jährlich 21.000 Menschen durch die Luftverschmutzung von viel zu wenig gesäuberten Abgasen von Kohlekraftwerken sterben („Brookhaven Report").

AKW-Nein-Kommission

Anti-AKW-Kampf: Eine Massenspychose der Kohlekapitalisten?

„*Die Konkurrenten der Kernenergie, vor allem die Vertreter von Kohle, Öl und Erdgas, zogen folgerichtig alle Register im Konkurrenzkampf. Und sie zogen und ziehen in breiter Front die Bevölkerung unter dem Deckmantel bürgerlicher Demokratie mit hinein. Dabei geht es nur darum, ob Konzern A oder Konzern B vielleicht etwas mehr oder weniger Entwicklungsaussichten haben soll. So wird die bürgerliche Demokratie mißbraucht, um die Profitinteressen durchzusetzen.*

Die Methoden sind denkbar einfach. Es werden bewußt Emotionen gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie geweckt, d.h. es wird systematisch eine Massenpsychose gegen die Kernenergetik verbreitet".

So behauptet es Gunther Buhl in der DDR in der Haller Zeitung „Freiheit" (zitiert nach „Roter Morgen" vom 18.11.77).

Offensichtlich bietet dieser Schreiber jedem potentiellen AKW-Gegner in der DDR gleich die psychatrische Anstalt an, Ausweitung einer Massenpsychose auf die DDR, von der auch die DKP-Kampfesbrüder in der BRD „denkbar einfach" vollkommen befallen sind – die ja zumindest für die Kohlekonzerne kämpfen – das sollte man der DKP mal unter die Nase reiben.

AKW-Nein-Kommission

Schon wieder »Auszeichnung« für Nazi-Atomwissenschaftler!

Nachdem schon Ende Oktober der Nazi-Atomwissenschaftlicher Erich Bagge für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Urananreicherung durch das Bundesverdienstkreuz „geehrt" wurde, haben am 21.11.1977 acht weitere Atomwissenschaftler für ihre „Verdienste bei der Entwicklung der Ultrazentrifuge zur Urananreicherung" („FAZ", 22.11.) den mit 500.000 DM ausgezeichneten „Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Preis für Energieforschung" erhalten. Die in der Kriegsproduktion erfahrene Krupp-Gesellschaft begründete „diese Entscheidung mit der Hoffnung, daß dadurch zusätzliche Impulse für die Weiterentwicklung dieser wichtigen Technologie gegeben werden" (ebenda). Die acht Forscher sind

- Dr. Konrad Beyerle (BRD)
- Dr. Karl Paley Cohen (USA)
- Paul Harteck (USA)
- Jacob Kistemaker (NL)
- Hans Ludwig Martin (BRD)
- Max Steenbeck (DDR)
- Stanley Whitley (GB)
- Gernot Zippe (BRD).

Bei mindestens vier von ihnen ist die eindeutige Nazi-Vergangenheit belegt: Paul Harteck war einer der führenden Wissenschaftler bei der Entwicklung der Atombombe unter den Nazis. Harteck hat zusammen mit seinem Assistenten Groth schon am 24.4.1939 (kurz nach der Enddeckung der Kernspaltung) das Reichskriegsministerium auf die Möglichkeit des Baus einer Atombombe hingewiesen, mit dem bezeichnenden Zusatz: „*Das Land, das als erstes Gebrauch davon macht, besitzt gegenüber den anderen eine nicht mehr einzuholende Überlegenheit*" („Das unverstandene Wunder – Kernenergie in Deutschland", Winnacker/Wirtz, Düsseldorf 1975, S. 30.)

Konrad Beyerle war damals als Industrieforscher damit beauftragt worden, die Zentrifugen herzustellen. Auch er war wesentlich an der Produktion einer Urananreicherungsanlage bis zum Kriegsende beteiligt.

Hans Ludwig Martin entwickelte 1940 die Idee einer Ultrazentrifugenanlage. Jacob Kistemaker hatte während des Krieges über das Büro „Cellastic" vom Nazi-Agenten Canaris Kontakt zu den Faschisten und führte das Atombombenprojekt der Nazis mit z.T. denselben Wissenschaftlern unter dem „neutralen" Deckmantel der Niederlande dort weiter beim Aufbau der Anreicherungsanlage in Almelo (Gemeinschaftsproduktion von BRD/NL/GB). Schon Mitte der 50er Jahre war Kistemaker Objekt starker Proteste (insbesondere seitens der revisionistischen CPN) der antifaschistischen Öffentlichkeit in den Niederlanden.

Diese Wissenschaftler, die bewußt im Dienste der Faschisten an deren Atombombenprojekt gearbeitet haben, treten auch nach dem Kriege z.T. in der BRD wieder als Urananreicherungsspezialisten (u.a. bei der Kernforschungsanstalt Jülich) auf!

Die bislang wenig beachtete Urananreicherung in der BRD steht somit direkt in der ungebrochenen Tradition der unter den Faschisten betriebenen Entwicklung der Atombombe.

AKW-Nein-Kommission

Wie mache ich einen GAU? - Ein Leitfaden für AKW-Betreiber

Nach diesem Motto liest sich ein Artikel in der „Süddeutschen Zeitung" vom 18.11.77, in dem über den Hergang einer Panne im AKW Neckarwestheim berichtet wird. Aufmerksam auf diesen Unfall, der bereits am 21. September passierte und wie üblich verschwiegen werden sollte, hatte der BBU auf einer Pressekonferenz am 18.11. gemacht.

Was war an diesem Reaktor, dem „Stolz der deutschen Reaktorindustrie" passiert?

Im Reaktor mußten nach einem Jahr Betriebsdauer (er wurde am 26.5.76 in Betrieb genommen) die Brennelemente ausgewechselt und notwendige Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden, wozu der Reaktor abgeschaltet wurde. Das Abschalten der „kontrollierten Kettenreaktion" erfolgt auf zweierlei Weise, zum einen werden die Steuerstäbe in den Reaktorkern gefahren, zum anderen wird das Kühlwasser im Reaktordruckbehälter mit Bor versetzt. Will man den Reaktor anwerfen, so müssen die Steuerstäbe wieder ausgefahren und die Borkonzentration im Kühlwasser langsam erniedrigt werden sowie bei einsetzender Energieerzeugung das gesamte Kühlsystem eingeschaltet werden. Normalerweise wird die Überwachung und Steuerung beim Anschalten eines AKW's von einem kleinen Computer durchgeführt, wodurch dieser Prozeß mehrere Stunden länger dauert. In diesem Falle hatten sich die Betreiber offensichtlich nicht so viel Zeit nehmen wollen und das Betriebspersonal wurde angewiesen, das AKW per Hand einzuschalten, obwohl die Betriebsleitung bekannt gab, daß niemand zu diesem Manöver ausgebildet gewesen sei. Entsprechend hektisch war das Treiben. Die Steuerstäbe wurden vollständig ausgefahren, wodurch sich der Reaktor nur noch sehr schwer regulieren läßt. Dann wurde die Borkonzentration im Kühlwasser mit „Einschalten der höchstmöglichen Pumpleistung" durch Einspeisen von normalem Wasser verringert, bis zu der Konzentration bei der bekanntermaßen die Energieerzeugung durch die Kettenreaktion beginnt. Hierbei passierte es dann: Das Anzeigeinstrument für die Borkonzentration zeigt die tatsächliche Konzentration mit einer Verzögerung von einer halben Stunde an. Das heißt, daß das Betriebspersonal immer noch das Erreichen des Konzentrationswertes auf dem Anzeigeinstrument erwartete,als der tatsächliche Wert im AKW schon längst den kritischen Wert erreicht hat, ab dem die Energieerzeugung beginnt. Das Kühlsystem wird zu diesem Zeitpunkt nicht automatisch eingeschaltet, da vorher, nach Erreichen der Kritikalität des AKW's (der „Nulleistungsgrenze") bestimmte Kontrollmessungen durchgeführt werden müssen, und erst dann die Kühlung eingeschaltet wird. Durch diesen Fehler produzierte das AKW



schon fleißig Energie (ca. 6-8% der Gesamtleistung, immerhin etwa 60 MW!), die, da das Kühlsystem ausgeschaltet blieb, nicht weggekühlt werden konnte. Im Kühlkreislauf entstand infolgedessen ein Überdruck, wodurch die Überdruckventile zweimal ansprachen, eines jedoch glücklicherweise (!) defekt war und sich nicht wieder schloß, und dieser Defekt zur automatischen Schnellabschaltung des AKW's führte! Wäre es durch das Nicht-Versagen (!) des Ventils nicht zur Schnellabschaltung gekommen, so wäre durch dieses Manöver, da auch das gesamte Kühlsystem durch die ungeplante Energiefreisetzung demoliert war, ein GAU die Folge gewesen!

Da man davon ausgehen kann, daß das Betriebspersonal aufgrund seiner speziellen Ausbildung und Erfahrung natürlich genauestens über „sein" AKW Bescheid weiß (speziell über die halbstündige Verzögerung des Bor-Konzentrations - Anzeigeninstruments, dem Vorhandensein anderer Anzeigeinstrumente etc.), kann nicht davon die Rede sein, daß dieser Vorfall aufgrund der ungenügenden Kenntnisse des Personals zustande kam. Vielmehr sollte das AKW offensichtlich möglichst schnell wieder Geld einbringen: *„Man wollte beim Anfahren des Reaktors offenbar Zeit einsparen ... und auf diese Weise nur drei bis vier statt sieben Stunden für diesen Routinearbeitsgang aufwenden ... Es scheint, daß man einige zusätzliche Betriebsstunden herausschinden wollte. Abteilungsleiter Sahl veranschlagte die Betriebseinnahmen pro Stunde auf etwa 34.000 DM"* (NDR I, 19.11.77, 9.15). Infolge dieses Zeitdrucks wurde offensichtlich allzu selbstsicher mit dem AKW umgegangen. Dieser Vorfall belegt zudem noch einmal eindrucksvoll, daß das Gerede von den unüberwindbaren Sicherheitseinrichtungen Unfug ist, da hier, durch Abschalten des Prozeßrechners alle Sicherheitseinrichtungen mitabgeschaltet wurden, und es nur einem Zufall zu verdanken ist, daß der GAU im AKW diesmal noch nicht stattfand!

AKW-Nein-Kommission

Schamlos!

Im kommenden Jahr wird der Stromtarif für jeden dritten Haushalt der BRD hochgeschraubt, so hat es das Bundeswirtschaftsministerium beschlossen („Hamburger Morgenpost", 24.11.77). Dies soll dem „Gerechtigkeitsgedanken" (?) dienen ("FR", 24.11.77), denn die billigen Tarife für Haushalte mit höherem Verbrauch werden den teuren angepaßt – dann sind alle gleich vor dem Profit! Natürlich hat die Strompreiserhöhung nichts damit zu tun, daß wieder AKWs in Betrieb genommen wurden und neue angefangen werden sollen – denn man kann' s inzwischen in jedem Märchenbuch nachlesen, Atomstrom ist ja billig. Da niemand AKWs gerne will – jedenfalls so wenig wie möglich – so hat es auch die SPD auf ihrem Parteitag jüngst beschlossen, so handelt es sich offenbar um eine „Energie-Sparaktion", die postwendend schon die Parteitagsbeschlüsse in die Tat umsetzt. Den „Erfolg" dieser Energiesparmaßnahmen konnte die Bundesregierung schon jetzt bekanntgeben: Der jährliche Stromverbrauch werde „deshalb" nur noch um 5,6% statt um 6,2% steigen. Mit dieser „Sparaktion" konnten dann die Wissenschaftler endlich auch ihre bislang im Sinne des größeren Ausbau von AKWs verkündete Energie-Verbrauchsprognosen den derzeitigen Tatsachen anpassen. Die Bundesregierung hat beschlossen, dieser Entwicklung nachzuhelfen. So soll am Kühlschrank z.B. in Zukunft abzulesen sein, wieviel Strom er verbraucht – was natürlich enorm spart. Mit diesen Maßnahmen hat man enorm viele neue AKWs eingespart. Man braucht jetzt nur noch soviel AKWs bis 1985, wieviel – bei ordnungsgemäßen Genehmigungsverfahren – bis dahin noch gebaut werden können. Es müßten also bald im Jahre 1978 die AKWs Biblis C und Neckarwestheim ("SZ") vielleicht auch noch eins (lt. „Welt" 17.11.77) in Bau gehen. Die Sicherung dieser „Sparmaßnahmen" setzt logischerweise auch voraus, daß die Baustopps in Wyhl und Brokdorf dann ebenfalls aufgehoben sind.

In den folgenden 5 Jahren wird sich der Spareffekt noch mehr auswirken, es werden dann nur noch 15 weitere AKWs benötigt (16.000 MW, „MoPo", s.o.). Diese eingesparten AKWs sollen aber keineswegs wiederum einen erhöhten Ölverbrauch hervorrufen (der ja durch mehr AKWs hätte gedrosselt werden sollen). Deshalb hat die Bundesregierung gleichzeitig „Sparmaßnahmen" für das Öl beschlossen. Zur Einsparung von Heizöl wird die Steuer um einen Pfennig pro Liter erhöht, was natürlich den Heizungsbedarf mindert. Außerdem wird zukünftig dann in jedes Auto ein Benzin-Anzeiger für die Drosselung des Benzinverbrauchs eingebaut. Mit Hilfe dieses Anzeigers können die Autofahrer versuchen, durch sparsames Fahren die Kosten dieses Gerätes – nämlich 400 DM – wieder hereinzuholen.

Wie hieß es doch in der Presse dazu? Richtig! Energie ist ein „kostbares Gut"! („FR", s.o.).

AKW-Nein-Kommission

Radioaktiver Müll an allen Küsten!

Die bisherigen Wiederaufbereitungsanlagen in England und Frankreich kippen bekanntlich ihren Atommüll einfach ins Meer. Wie jetzt in einem Bericht des „Deutschen Hydrographischen Instituts" (Hamburg) festgestellt wurde, lassen sich die radioaktiven Abwässer von La Hague, Windscale und dem Atomforschungszentrum Dounreay in Schottland in den Meeresströmungen vom Ärmelkanal bis Norwegen, von La Hague bis zum Skagerak bestens studieren. Als 1971 3.000 bis 4.000 Curie Caesium nach einem Defekt ins Meer flossen, hatte das radioaktive Wasser 16 Monate später die Deutsche Bucht und nach 18 Monaten die Nordspitze Dänemarks erreicht. Dieses Caesium wird in alle Zellteile des Menschen eingebaut und kann sich über Tiere und Pflanzen entsprechend schon vorher anreichern.

So wird man es bald nicht nur an den Küsten, sondern in den Küstenländern nachweisen können.

Selbst die „EG-Kommission", die ja jederzeit sich für die Sicherheit der Atomanlagen verbürgt, hat jetzt dazu eine Untersuchungsgruppe einberufen.

KB/ Gruppe Niebüll

Inbetriebnahme des AKW Esenshamm vorbereitet

Das Ende August zwischen den Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Bremen, Albrecht und Koschnick, ausgehandelte Abkommen, innerhalb von fünf Jahren Kühltürme für das AKW Esenshamm zu bauen und für die Zwischenzeit ein gleichwertiges Mittel zur Kühlung zu schaffen, ist inzwischen „gescheitert".

Das Land Bremen hat seine Klage gegen die erste atomrechtliche Teilgenehmigung reaktiviert, weil Niedersachsen und die Atomindustrie, insbesondere die NWK, nicht bereit waren, derartige Zusagen schriftlich zu fixieren.

Der Bremer Senat hat darüberhinaus keine grundsätzlichen Einwände, trotz der derzeitigen Gefechte.

Er sieht durch die vom AKW verursachte Wärmebelastung der Weser seine Industrieansiedlungspläne mit möglichst wenig Umweltschutzinvestition gefährdet. Das wird untermauert durch ein älteres Zitat des „Umweltschutzspe zialisten" Teppwien: „... *daß eine befristete Genehmigung für das KKW hingenommen werden könne. Wenn erforderlich, könnten dann ja später Kühltürme oder Ähnliches gebaut werden*". („BN", 9.8.77). Die niedersächsische CDU hat die wasserrechtliche Teilgenehmigung aufgrund „neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse" einfach geändert und damit erteilt. Die Auflage, die das Eindringen radioaktiver Stoffe in die Gewässer betrifft, ist gestrichen worden, weil sie *„tatsächlich Unmögliches verlange und damit rechtswidrig sei"* („Nordseezeitung", 15.10.77). Eine Gefährdung der Gesundheit in der Umgebung ist ausgeschlossen worden.

Albrecht betonte, daß eine Inbetriebnahme auch ohne Kühltürme noch in diesem Jahr möglich sei. Im Sommer schaltet man eben das AKW ab, um eine Wärmebelastung der Weser zu verhindern. So einfach ist das!

Die niedersächsische Regierung hat damit gezeigt, daß sie sich auch über den Bremer Senat hinwegsetzt, um die Inbetriebnahme zügig zu vollziehen. Damit kann man schon voraussehen, wie die noch ausstehenden Prozesse (am 12.12.77 der Prozeß der Familie Soyka, und am 14.12.77 der Prozeß der Bürgeraktion Küste (BAK), die beide in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg stattfinden) ausgehen werden.

KB/ Gruppe Bremerhaven

»Strahlenschutztrupp« entseucht NWK-Aufsichtsratsmitglied

Am 8.11. passierte in Bremen–Blumenthal folgendes:

Mitglieder des „Katastrophen– und Strahlenschutz N.e.V. Unterweser" tauchten in der Wohngegend eines gewissen Herrn Zioto, seines Zeichens Mitglied im Aufsichtsrat der NWK, auf, weil sie festgestellt hatten, daß Herr Zioto bei „einem routinemäßigen Kontrollbesuch des AKW–Esenshamm" radioaktiv verseucht worden war. Die Umweltschützer, mit Helmen und Gasmasken sicher geschützt, verteilten Merkblätter an die Bevölkerung der umliegenden Wohnungen, sperrten das Grundstück mit schwarzgelben Schildern ab und warnten die Bevölkerung über Megaphon vor den Folgen des Kontaktes mit Herrn Zioto. Gemäß dem Katastrophenschutzplan wurde die Bevölkerung angewiesen, zu Herrn Zioto einen Sicherheitsabstand von mindestens 50 Metern zu halten. Ferner sollte man die Fenster und Türen, die in Richtung des durch Zioto verseuchten Grundstücks zeigen,nunmehr geschlossen halten. Wer in den letzten sechs Stunden Kontakt zu Herrn Zioto hatte, sollte eine bestimmte Telefonnummer anrufen. Ansonsten bestünde allerdings kein Grund zur Aufregung, man solle sich nur gemäß dem Katastrophenschutzplan für die Unterweser verhalten, der ja an alle Haushalte verteilt wurde, wie das mit Katastrophenschutzplänen ja nun mal so üblich ist!

Offensichtlich hat die Sache einige Unruhe hervorgerufen. Jedenfalls tauchten etwas später die Ordnungshüter auf. Doch die Umweltschützer waren da schon weg! Daß Herr Zioto zu dem Zeitpunkt nicht zu Hause war, ließ sogar noch Schlimmeres befürchten. Die Nachbarn wissen jetzt wenigstens, was für ein gefährliches Subjekt in ihrer Nähe wohnt!

KB/Gruppe Bremen

Richtigstellung: Kein Lob!

Das KB–Presse–Imperium

Der KB hat es geschafft in ca. 8 Monaten (Jan.–Aug.) die Anti–AKW–Bewegung in Norddeutschland (Schleswig–Holstein und Hamburg) zumindest soweit zu beherrschen, daß man sagen kann, was in den Konferenzen beschlossen wird, wurde vorher im Leitenden Gremium beschlossen.

Dies wurde unter anderem erreicht durch eine exzellent durchgeführte Medienpolitik. Man kann sagen, daß der KB alles getan hat, um seinen Informationsapparat in den Dienst der Bewegung zu stellen.

Dazu gehören jede Menge Plakate, Flugblätter, Broschüren, Kurzinfos und nicht zuletzt sein Organ „Arbeiterkampf", das mit seiner ausführlichen und aktuellen Berichterstattung oft die einzige Informations-Alternative zu den Falschmeldungen über AKW–Proteste in der bürgerlichen Presse bot.

Dieser Aufwand an Material und Arbeitskraft hätte von den teilweise schnell improvisierten örtlichen Bürgerinitiativen nicht geleistet werden können.

Diesen Text der SB–Zeitschrift „W(y)ühl–Arbeit" (Nr.2) hatten viele Leser als KB–Lob „mißverstanden". Wir müssen unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß dieses Zitat in einem Zusammenhang steht, aus dem eindeutig hervorgeht, daß es sich hier um eine Kritik am KB handeln soll!!

AKW–Nein–Kommission

Bergkamen: STEAG bot Schmiergeld an!

Bekanntlich hatten die Mitglieder einer Bergkamener Bürgerinitiative ihren Einspruch gegen das dort geplante Kohlekraftwerk zurückgezogen, nachdem ihnen die Zahlung von insgesamt 400 000 DM und einige öffentliche Investitionen zugesichert worden waren.

Die Auszahlung der Gelder wurde dann mit dem Argument verweigert, daß die STEAG erpreßt worden sei, und es sich um einen rechtswidrigen Knebelungsvertrag handle.

Da die Auszahlung der Gelder gerichtlich gestoppt ist und gegen die Initiative strafrechtlich wegen Erpressung und Nötigung ermittelt wird, erhob sie nun Einspruch gegen die 2. (von insgesamt 26) Teilgenehmigungen des Kohlekraftwerks. Diesen will die Initiative nur dann zurückziehen, wenn die „Wirksamkeit der Verträge rechtskräftig festgestellt" worden sei.

Inzwischen haben die Mitglieder der Initiative erklärt, daß sie zuversichtlich in die 2. Instanz des Verfahrens gehen würden, da dann endlich herauskommen würde, *„daß es nicht die Initiative, sondern die STEAG war, die in dieser Sache zum erstenmal von Geld gesprochen hat"*.

Zwar ist nicht zu erwarten, daß die Initiative ihr Geld bekommt, doch man kann zuversichtlich erwarten, daß zumindest der Prozeß einiges an Bestechungsmethoden der STEAG ans Licht bringen dürfte. (Zitate aus „SZ" vom 24.11.77)

AKW–Nein–Kommission

Katastrophenschutz

Eine Fragebogenaktion starteten in München AKW–Gegner, bei der sie einen Brief vom Oberbürgermeister Kronawitter, einen Fragebogen und einen Briefumschlag für die Rückantwort (!) mit dem Absender der Münchner Katastrophenabteilung (Heßstr. 120) beifügten.

In dem Fragebogen *„zur Ermittlung von vorbeugenden Maßnahmen bei atomaren Katastrophenfällen"* heißt es unter anderem:

„Anläßlich der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Ohu I möchten wir eine Untersuchung für eine breitangelegte Fragebogenaktion durchführen. Dadurch wollen wir Aufschluß bekommen, in welcher Weise wir Ihnen, liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, einen besseren Schutz im Falle eines kerntechnischen Unfalls garantieren können." Und weiter: *„......das Risiko eines kerntechnischen Unfalls nahezu Null ist, und ausreichend Schutzmaßnahmen vorhanden sind. Dennoch möchten wir nichts unversucht lassen, selbst das kleinste Gefahrenrisiko durch den Ausbau geeigneter Schutzräume auszuschalten."*

Die AKW–Gegner hatten zwecks Unklarheiten die Nummer des Katastrophenschutzamtes beigefügt, wo denn auch 50 Münchner anriefen, um näheres zu erfahren.

Von den 24 Fragen im Bogen lautete eine wie folgt: „*Wie beurteilen Sie sich selbst? Einen mehrmonatigen Aufenthalt auf beschränktem Raum (0,5 qm pro Person) bei künstlicher Beleuchtung mit vielen Leuten empfinde ich als: gesellig, weniger gesellig, unerträglich, sonstiges"!*

Das Kreisverwaltungsreferat hat jetzt die Kriminalpolizei eingeschaltet. (nach „Süddeutsche Zeitung", 16.11.77)



frauen



Isenbergheim — Bremen Neue Erfolge im Kampf gegen das Mädchengefängnis

Nach einer breiten Information der Öffentlichkeit – durch Presseberichte, Veranstaltungen, eine Dokumentation der Frauen-Aktionseinheit (wir berichteten in AK 113, 114, 115, 116 darüber) – zeigte sich jetzt der erste Erfolg im Kampf gegen die skandalösen Zustände im Isenbergheim!

Der Senator für Jugend, Soziales und Sport, Franke, reagierte zum ersten Mal mit einer offiziellen Stellungnahme und kündigte Konsequenzen an:

– „*Er erwägt, der Inneren Mission die Ablösung der Heimleiterin (Heilmann) aufzuerlegen*".

– Statt Gliederung in eine geschlossene und eine „offene" Abteilung soll das Heim insgesamt eine sogenannte halboffene Einrichtung werden, d.h. die Türen werden „nur" nachts abgeschlossen.

Durch die Ermittlungen des Senats wurden auch folgende Vorwürfe gegen die Heimleiterin und das Isenbergheim bestätigt:

– Heimleiterin Heilmann mußte zugeben, in mehreren Fällen Mädchen geschlagen zu haben;

– die Post an die Mädchen wurde regelmäßig geöffnet.

– Abschließend geklärt werden soll noch, „ob das Recht auf freie Arztwahl verletzt wurde".

– Schließlich brachte Franke zum Ausdruck, daß er den dort praktizierten Essenszwang bei Strafandrohung für unmöglich halte.

Außerdem rügte Franke, daß das Landesjugendamt trotz der seit 1971 bekannten Mißstände nichts unternommen hat. Schon 1971 und 1973 hatten Gespräche zwischen Landesjugendamt und Heim darüber stattgefunden, daß Heimmädchen für ihre Arbeit nicht bezahlt werden – ohne Konsequenzen. Zusätzlich hatte ein Mitarbeiter des Jugendamts, der nebenamtlich Prüfer an der Hochschule für Sozialpädagogik (HfSS) ist, 1975 durch eine Examensarbeit von den Mißständen im Isenbergheim erfahren – ohne einen Anlaß für eine Nachprüfung der Vorwürfe zu sehen. Begründung des Jugendamtes: Es war keine Anzeige erstattet worden; außerdem wäre es eine „fatale Verquickung" von Dienst und Privat, wenn ein Mitarbeiter nebenberufliche Kenntnisse dienstlich verwenden würde! (alle Angaben nach „Weserkurier", 19.11.).

Man muß sich einmal vorstellen: Erst durch eine spektakuläre Information der Öffentlichkeit über Todesfälle und durch Strafanzeigen wird eine amtliche Untersuchung solcher seit Jahren bekannten Mißstände in Gang gesetzt! Kein Wunder, daß solche Zustände in relativ vielen Heimen existieren und öffentlich nicht bekannt werden!

Am Verhalten des Landesjugendamtes wird auch deutlich, daß wir uns nicht auf Versprechen des Senats verlassen können, sondern kontrollieren müssen, ob die Auflagen tatsächlich durchgesetzt werden und ob sich die Situation der Mädchen wirklich verbessert, und zwar auf Dauer! Schließlich bleibt vorerst die „Innere Mission" Träger des Heims und deckt nach wie vor das Verhalten der Heimleitung: Sie reagierte am 21.11. in einer Stellungnahme mit „größtem Befremden" auf die Vorwürfe und angedrohten Konsequenzen des Senats und wiederholte ihre alten Behauptungen („WK", 21.11.).

Um diesen ersten Erfolg bekannt zu machen und jetzt erst recht zum weiteren Kampf gegen die Zustände im Isenbergheim aufzurufen, verteilte die Frauenaktionseinheit Bremen sofort nach Bekanntwerden am 19. 11. ein Flugblatt in der Neustadt (dem Stadtteil, wo das Isenbergheim steht), das auf starkes Interesse stieß.

Isenbergheim-Dokumentation verboten

Während die „Innere Mission" und die Heimleitung immer weiter in die Enge getrieben werden, während sich abzeichnet, daß sie von Senat und Landesjugendamt fallengelassen werden, schlägt die „Innere Mission" wild um sich. So wurde mehrfach versucht, dem ehemaligen Berufspraktikanten des Heimes, Peter Brosch, mit Einstweiligen Verfügungen (EV) mundtot zu machen. So wurde die gesamte Presse mit EVs bombardiert. Und jetzt flatterte auch der presserechtlich Verantwortlichen der Isenbergheim-Dokumentation durch den Gerichtsvollzieher eine EV ins Haus. Damit wird ihr unter Androhung von Strafe bei Zuwiderhandlung untersagt, 11 Aussagen, die fast ausschließlich aus einem veröffentlichten Bericht Peter Broschs stammen, aufzustellen oder weiter zu verbreiten. So darf die presserechtlich Verantwortliche alle Anschuldigungen im Zusammenhang mit den Todesfällen im Heim nicht weiterverbreiten, außerdem nicht, daß Mädchen geschlagen wurden (obwohl die Heimleiterin dies inzwischen gegenüber dem Jugendsenator bestätigt hat!), daß bei einem Mädchen ohne deren Wissen eine Abtreibung vorgenommen wurde u.a.m.

Daß heißt faktisch Verbot der Broschüre. (Die wurde allerdings bereits so gut verkauft, daß ein Verbot nicht mehr viel ausmacht!).

Andererseits hat die „Innere Mission" viele brisante Punkte bei der EV ausgespart:

– daß Mädchen am Schulbesuch gehindert werden, daß ihre Post geöffnet wird, daß Religionszwang und Essenszwang besteht, daß es Ausgangssperren gibt... Das kann nur heißen, daß diese Behauptungen (wie übrigens die anderen auch) alle zutreffen.

Die Frauenaktionseinheit will sich durch die EV nicht einschüchtern lassen, sondern weitermachen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Das Ewigweibliche zieht uns hinab . . ." (Goethe, Faust)

Der „Bild" vom 22.11.77 war folgender Kommentar zu entnehmen. Er stand neben einer Meldung, wonach angeblich jetzt „*die Chinesinnen*" jetzt „*die Mode entdecken*", nachdem mit dem Hua-Putsch vom Oktober 1976 die Dinge ja – zumindest nach Meinung der Springer-Presse – auf den richtigen Weg gebracht worden sind:

(siehe nebenstehenden Abdruck)

Was kann frau (und man) daraus lernen: Es sind die ewigweiblichen, eitlen und törichten kleinen Frauchen, die die Weltgeschichte machen – natürlich im Sinne der Erhaltung des Bestehenden, der Ungleichheit usw. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen „male chauvinism", Frauenfeindlichkeit und Fortschrittsfeindlichkeit und Antikommunismus kann wohl kaum deutlicher veranschaulicht werden.

Auch Ameisen sind eitel

Sie wollten den neuen Menschen schaffen.

Indem sie den einzelnen Menschen abschafften: Ihm einen Einheitskittel verpaßten — gleiches Aussehen, gleiches Denken, gleiches Handeln.

China, das Volk der 800 Millionen blauen Ameisen . . .

Und plötzlich bricht das Ewigweibliche durch: Ein paar Farbtupfer auf dem Einheitskittel.

Die Frauen wollten anders, hübscher sein.

Wie alle Frauen zu allen Zeiten in der Weltgeschichte.

Die Mode, diese uralte, schöne, eitle Torheit — sie wird über jede Gleichmacherei siegen.

„Bild", 22.11.

Frauen aktiv gegen Repression und „Terroristen"-Hetze

Mit einer begrüssenswerten Initiative hat sich das Frauenzentrum Nürnberg an die Frauenzentren und Frauengruppen in der BRD und Westberlin gewandt. Die Frauen schlagen vor, eine breite Diskussion über die augenblickliche gesellschaftliche Situation, die sich verschärfenden staatlichen Angriffe (z.B. Kontaktsperregesetz, die Gleichsetzung von Emanzipation und „Terrorismus", die Gleichschaltung der Medien usw.) in der Frauenbewegung zu beginnen: **„Können wir es uns leisten, zu resignieren und uns mit Selbsterfahrungs- und Gesprächsgruppen zu begnügen?"**

Sie schlagen einen nationalen Frauenkongreß zu diesem Thema vor, der von regionalen Frauengruppentreffen vorbereitet werden soll.

Wir halten dies für einen guten Vorschlag, um den Kampf gegen die Repression auch in der Frauenbewegung ein Stück voranzubringen!

KB/Gruppe Nürnberg

Frauen!

Inwieweit seid ihr betroffen von der momentanen politischen Situation? Viele von uns fühlen sich bedroht. Wer Kritik an Staat und Regierung äußert, macht sich als „Sympathisant" verdächtig. Folgende Entwicklungen sind gefährlich:

Die Berichterstattung in den Medien:

– bezeichnet Verdächtige oder Festgenommene bereits als Terroristen.

– Für den Terrorismus werden alle linken Gruppen, Feministinnen sowie linke und liberale Intellektuelle verantwortlich gemacht.

Hausdurchschungen in WGs

– schwer bewaffnet, z.T. ohne Hausdurchsuchungsbefehl, ohne Angabe von Gründen;

– verbunden mit Personenüberprüfungen und Festnahmen,

– was Rufschädigung und Diffamierung von WGs in der Öffentlichkeit bewirkt.

Psychologische Maßnahmen zur Erzeugung von Angst und Hysterie:

– durch ständige Personenkontrollen,

– durch Aufruf zur gegenseitigen Bespitzelung,

– Sirenenton (bereits beschlossen): Bei übergesetzlichen Notständen (Entführung, Anschläge und Naturkatastrophen) ertönt ein 1-minütiger Sirenenton, bei dem alle Bundesbürger das Radio einzuschalten und weitere Anordnungen abzuwarten haben.

Zunehmender Abbau von Grundrechten:

– Erweiterung des Gewaltparagraphen 88a;

– Einschränkung der Verteidigerrechte;

– Kontaktsperre.

Diffamierung des Feminismus:

– Terrorismus als Exzeß der Emanzipation („Spiegel");

– Neuaufwertung der Kleinfamilie durch Familiengründungsdarlehen;

– Vorschlag zur Wiedereinführung des Mutterordens angesichts zunehmender Frauenarbeitslosigkeit (CSU-Abgeordnete Elisabeth Schnell, Schmalz oder Schnulz aus Augsburg, Schwarzburg oder Straußburg o.ä.).

– Repression bzw. Diffamierungen bei Verweigerung der Frauenrolle;

– Kriminalisierung von Lesben;

– Hausdurchsuchungen in FZ's wegen § 218-Aktionen.

Diese bedrohliche Entwicklung muß gestoppt werden. Was können wir tun? Können wir es uns leisten, zu resignieren und uns mit Selbsterfahrungs- und Gesprächsgruppen begnügen? Um Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren und zu planen, schlagen wir ein nationales Treffen der FZ's in der BRD vor. Dieses Treffen soll vorbereitet werden durch regionale Treffen in den Bundesländern. Als Termin für Bayern schlagen wir spätestens Anfang Dezember vor. Das Treffen soll in Nürnberg stattfinden. Bitte schreibt uns, was ihr davon haltet und ob ihr bereit seid, in euren Bundesländern solche Treffen zu organisieren. Das nationale Treffen sollte bis spätenstens Anfang Februar stattfinden. Als Ort schlagen wir Frankfurt wegen seiner zentralen Lage vor. Liebe Frauen in Frankfurt, seid ihr bereit, zusammen mit Frauen aus anderen Bundesländern dieses Treffen zu organisieren? Gruppen, die das Russell-Info erhalten, sollen diesen Brief fotokopieren und an kleinere Frauengruppen schicken. Antwortet bald!

Frauenzentrum Nürnberg

Fragebogenaktion des Ehrenfelder Frauenzentrums zur Praxis der Kölner Frauenärzte



„Was, Sie sind schon 26 und haben noch keine Kinder? Meinen Sie, ich will Sie mit 40 wieder hier sitzen haben und Sie dann zum Psychiater schicken?".

„Lassen Sie sich doch mal Ihre Klitoris operieren, die ist doch viel zu groß! Was sagt denn Ihr Freund dazu?".

„Ein dicker Busen ist ja schön, aber so ein dicker Bauch, wollen Sie den nicht mal abhungern?"

– Solche Äußerungen mußten sich einige Kölner Frauen beim Besuch ihres Frauenarztes anhören. Einzelfälle sind das sicher nicht – das belegt eine noch keineswegs abgeschlossene Fragebogenaktion des Kölner Frauenzentrums Ehrenfeld über Kölner Frauenärzte(innen).

Gerade auch Frauen, die ungewollt schwanger geworden sind, mußten Schlimmes erleben: *„So verkauft ein Arzt am Hohenzollernring angeblich Abtreibungsspritzen für 150 DM, die aber in den uns bekannten Fällen keinerlei Wirkung hatten, außer daß die Frauen ihr Geld loswurden. Gegen eventuelle Beschwerden hatte der Arzt sich dadurch abgesichert, daß er allen Frauen ‚seltene Fälle' beschrieb, in denen die Spritze nicht wirkt. So mußte jede Frau glauben, daß gerade bei ihr ein solcher ‚seltener Fall' auftrat".*

Auch auf die Frage nach eventuellen sexuellen Mißbrauch durch den Arzt, gemeint sind nicht nur Vergewaltigungen, sondern „jedes nicht zur Untersuchung gehörende Berühren unseres Körpers", kamen Berichte von Frauen, die vom Arzt belästigt wurden. Wehrten sie sich, bekamen sie zu hören: „Macht Ihnen das denn etwa keinen Spaß?"

Den *„Frauenärzten, die das Äußerste wagen, um kranken Frauen zu helfen"* (so der „stern" in seiner Serie „Frauenärzte"), sind die Ehrenfelder Frauen bei ihrer Aktion bis jetzt in Köln noch nicht begegnet. Stattdessen müssen sie aus den bisher ausgefüllten Fragebogen entnehmen, *„daß kaum ein Arzt ausreichende gynäkologische Untersuchungen macht: Fehldiagnosen, unzureichende Behandlung von Erkrankungen, wahlloses Verschreiben von Medikamenten und Verhütungsmitteln und ungenügende Vorsorgeuntersuchungen sind Punkte, die häufig genannt werden".* Durchschnittliche Behandlungszeit beim Frauenarzt 5 – 10 Minuten. Auch die Beratung über geeignete Verhütungsmittel *„fällt ... oft sehr kläglich aus".* Fast ausnahmslos wird von den Frauenärzten immer noch ohne ausreichende Information über Gefahren oder mögliche Komplikationen die Pille verschrieben, obwohl die Schädlichkeit mehrerer Pillenpräparate *„bis in die letzte Arztpraxis vorgedrungen"* sein muß. Etwas vorsichtig fragen sich die Ehrenfelder Frauen: *„Wem dient die Verschreibung bestimmter Verhütungsmittel, uns oder der pharmazeutischen Industrie".* Als Alternative wird *„als neues Verhütungsmittel für die ‚verantwortungsbewußte Frau' ... die Spirale hochgejubelt, deren verhütende Wirkung auf einer ständigen Entzündung der Gebärmutter beruht".* Diese wird von den Kölner Frauenärzten zu höchst unterschiedlichen Preisen eingesetzt. *„Manchmal erhält man auch großzügig ein Briefchen, durch das im Fall einer doch eintretenden Schwangerschaft die Ausführung eines legalen Schwangerschaftsabbruchs garantiert wird".* Beratungen über andere Möglichkeiten einer Verhütung erfolgen so gut wie nie – nun ja, das bringt dem Arzt ja auch finanziell nichts ein.

Mit dieser Fragebogenaktion will die Frauenberatungsgruppe zum einen frauenfeindliche Ärzte in Köln bekannt machen und notfalls, falls diese ihr Verhalten Frauen gegenüber nicht ändern, zu deren Boykott aufrufen; zum anderen will sie eine Kartei über gute Kölner Frauenärzte anlegen, um diese weiterzuempfehlen und um evtl. mit ihnen in den verschiedensten Fragen zusammenarbeiten zu können.

Weiter plant die Beratungsgruppe die Veröffentlichung des nach Abschluß der Aktion ausgewerteten Materials. Bisher ist die Aktion auf breite Resonanz gestoßen: viele Frauen zeigten spontane Bereitschaft, über ihre eigenen Erfahrungen, ihre Verunsicherung, Angst und Diskriminierung durch Frauenärzte zu berichten und die Ärzte namentlich zu nennen.

KB-Frauengruppe, Köln

(nach einem Bericht aus dem „Kölner Volksblatt", Nov. 77).

War das wirklich alles? Zum Treffen schreibender Frauen in Köln

Wir kamen am 29./3o. Oktober nach Köln, um über die Zusammenarbeit und Probleme schreibender Frauen in den unterschiedlichen Bereichen zu sprechen. Frauen schreiben ja in den offiziellen Medien, in Büchern bürgerlicher Verlage, Frauen- und anderen Alternativprojekten. Wie sie da ihre Rolle sehen und ob sie sich unterstützen können, das wollten wir wissen.

Anstelle der Diskussion um hautnahe Probleme allerdings lief als zentrale Gruppe ein Workshop über Sprache und Lyrik in Großformat ab. Erschreckend war dabei die Tendenz zum gesellschaftlichen Rückzug in den Texten, wenn konkrete Erfahrung Thema war, dann nur äußerst subjektiv. Mystik und dramatische Innerlichkeit waren die Hauptkennzeichen der Texte. Ein besonders scharfer Ausdruck dieser Tendenz war die in Köln angebotene Bremer Frauenzeitung „Schreiben". Dort wird z.B. im einzigen politischen Thema „Rosa Luxemburg", die Genossin *„von der Erde zu den Planeten zurückgeholt".* Rosa als „Mutter der Planeten", die sich auf ihr Frausein besinnt. Und dabei hat sich unsere Vorkämpferin immer gegen die Festlegung als Frauenexpertin auch in der Partei gewehrt!

Die einzige Gruppe auf dem Treff, die zu konkreteren Schritten der Zusammenarbeit kam, war die Medien-Musik-Theatergruppe. Doch sie zerbrach sich besonders die Köpfe darüber, wie man dem Männer-Management entgehen und wirtschaftliche Frauenmacht aufbauen kann. Der bewußteste Schritt für eine Schreiberin sei denn auch, in einem Frauenverlag zu publizieren, verkündete der Verlag Frauenoffensive. (Muß er ja auch, wenn er weiter expandieren will). Über den politischen Einsatz von Frauentexten, über die Wirkungsmöglichkeit und kollektive Bearbeitung von Texten wurde an keiner Stelle reflektiert.

Wir könnten nur über uns schreiben und sprechen. Die, die nun mal nicht da sind, besonders die Arbeiterinnen und Hausfrauen der Unterschicht könnten wir nicht erreichen oder unterstützen: So wurden zaghafte Diskussionsansätze in diese Richtung abgewiesen.

Es gab also auch andere Frauen außer uns, die unzufrieden waren: Warum fiel das hier Dargebotene so hinter die guten Ansätze zurück, die schon in der Frauenliteratur bestehen? (z.B. Marianne Herzog, „Von der Hand in den Mund" und Birgit Pausch, „Die Verweigerungen der Johanna Glauflügel" oder Margot Schröder „Ich stehe meine Frau").

Das Klima war lieb, auch solidarisch. Aber ist das eine Solidarität, die sich auf politische Enthaltsamkeit und Ausklammern der anderen Frauen als Leserinnen oder Erfahrungsträger gründet?

Eine Genossin der Journalistenzelle

NDR Frauengruppe: Frauenfragen am eigenen Beispiel diskutieren!

Erfreuliches spielte sich am 20.10. auf der Mattscheibe, NDR III um 21.oo Uhr ab. Statt wie bisher die Diskussion um Frauenfragen der Profilierung von „Profis" zu überlassen, machten Cutterinnen, Sekretärinnen und einige Redakteurinnen auf eigene Faust einen Film über die Lage der Frauen im Hamburger Sender. Sie recherchierten die Möglichkeiten der Kolleginnen zu Mitsprache und Qualifizierung, bzw. Durchbrechung der hierarchischen Struktur des öffentlich-rechtlichen Unternehmens. Die Kolleginnen machten Interviews mit Frauen aus dem NDR, ließen die Betroffenen, länger als sonst im Fernsehen üblich, selbst über ihre Situation sprechen. Ergebnis, wie nicht anderes zu erwarten, war: sowohl das Parteibuch, als auch das Geschlecht, bei Frauen besonders auch das Alter und Aussehen bestimmen entscheidend die Aufstiegschancen im Beruf.

Die wenigen Redakteurinnen werden bis auf ganz wenige Ausnahmen auf frauenspezifische Ressorts festgelegt. Übergeordnete Positionen wie Programmdirektor oder etwa Intendant werden grundsätzlich von Männern besetzt. Und kandidiert etwa mal eine Frau für einen solchen Posten, wie damals U. Klamroth, wird sie in der Presse flugs als „Radikale" oder „Tante Sandmännchen" verschrien.

Schön war die satirisch-witzige Machart des Films. Nicht die Klage, sondern der Angriff war die Tendenz. Und besonders lecker war am Ende: (ehe der Tagesschausprecher den Streik aller Frauen im NDR bekanntgeben mußte) die Kolleginnen schafften es, den stellvertretenden Intendanten Schwarzkopf und den Hörfunk-Programmdirektor Jäger ganz schön auszuziehen. Sie drehten den Spieß einfach um: als die beiden väterlich-arroganten Chefs ihnen mangelnde Qualifikation und Einseitigkeit nachweisen wollten, wurden sie plötzlich selber zu Opfern eines Kreuzverhörs. Da sahen die Herren dann ziemlich alt aus, als sie die bestehenden Strukturen im NDR rechtfertigen wollten!

Wir freuen uns über diesen Ansatz und sollten ihn auch im Nachherein mit positiven Leserbriefen en masse unterstützen. Solche Initiativen im Sender stehen ziemlich allein da und haben die Unterstützung bitter nötig.

Eine Genossin der Journalistenzelle

Nach neuem § 218 statistisch weniger Abtreibungen

Der Berliner Arzt Ulrich Wolff von „Pro Familia" behauptet in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift des Hartmannbundes „Der deutsche Arzt", daß Ärzte, Gynäkologen und Krankenhäuser ihre Statistiken über Schwangerschaftsabbrüche manipulieren, um nicht in den Ruf einer „Abortmühle" zu kommen. Wolff kann sich anders nicht erklären, daß der seit der „Liberalisierung" des § 218 zu erwartende Anstieg der Aborte ausblieb. Seit 1968 habe die Zahl der Abtreibungen bis 1976 ständig zugenommen. Aber: *„21 231 Schwangerschaftsabbrüchen im Jahre 1975 standen ‚nur 21 371 Abbrüchen im Jahre 1976 gegenüber. Die entsprechende Steigerungsrate von 0,7 % liegt, so Wolff ‚weit unter dem Prozentsatz aller Vorjahre' "* („Welt", 12.1o.77). Eine ähnliche Tendenz wird für einen Zahlenvergleich des ersten und zweiten Halbjahres 1976 angegeben:

„Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg lagen in den vergangenen Jahren deutlich an der Spitze im Ländervergleich. So wurden 1975 in West-Berlin 4456, in Hamburg 2321 Schwangerschaftsabbrüche legal durchgeführt. Im ersten Halbjahr 1976, in dem noch der alte Paragraph 218 gültig war, wurden in Berlin 2701 Anträge gestellt, nach Inkrafttreten des Gesetzes jedoch nur 1381 legale Aborte offiziell gemeldet. Wolff: ‚Das sind 49 Prozent weniger als vor der Legalisierung'. Ähnlich unglaubwürdig sind die Zahlen aus Hamburg (1375 Anträge vor, 1106 Abbrüche nach dem neuen Gesetz), aus Bremen (127/114) und aus Rheinland-Pfalz (166/111) („Welt", 12.10. 77).

Um Manipulationen entgegenzuwirken, fordert Wolff eine Änderung des Meldeverfahrens für Ärzte und Kliniken. Ob es sich bei diesen Zahlenspielen tatsächlich um Manipulationen handelt, wird schwerlich zu prüfen sein. Es kann sich aber ganz einfach auch nur darum handeln, daß nach der „Reform" des § 218 eben alles beim Alten geblieben ist, bzw. vielfach für die Frauen sogar eine Verschlechterung eingetreten ist.

Die Forderung des Arztes nach Änderung des Meldeverfahrens wird auf eine verstärkte Kontrolle über die Frauen und ihre Familien hinauslaufen.

Dagegen wehren wir uns!

WEG MIT DEM § 218 !

Wenn Frauen „Nein" sagen . . ."

meinen sie „Ja". Zu dieser Ansicht ist mal wieder ein Gericht in einem Vergewaltigungsfall gekommen. Mit Freispruch endete der Prozeß gegen einen 38-jährigen Mann, der eine 22-jährige Frau in seiner Wohnung vergewaltigt hatte.

Die Frau hatte sich auf eine Kontaktanzeige des Angeklagten in einer Zeitschrift gemeldet. In der Annonce hieß es unter anderem *"Sympathisches Mädchen zum Reden und Schweigen, Spielen und Träumen, für Zärtlichkeit und Unternehmungen...gesucht".* Das Gericht stellte fest, es habe also über die „erotischen Absichten" des Angeklagten kein Zweifel bestehen können.

„In seiner Aussage hatte der Mann erklärt, die Frau habe sich zunächst geweigert, mit ihm ins Bett zu gehen, und habe sich auch, als er gegen ihren Willen anfing, sie auszuziehen, heftig gesträubt." („Tagesspiegel", 28.9.)

Dazu das Gericht: Der Angeklagte habe allen Grund gehabt, ihre Weigerung als ein „Sich-Zieren" zu verstehen, daß bei Frauen allgeme[illegible] üblich sei !!!

Abgesehen von dieser scho[illegible] täglichen Unverschämtheit, ist doch immer wieder denkwürdig, w[illegible] so manche Leute unter „Zärtlichkeit" verstehen ...

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

60 Jahre Oktoberrevolution

Alle Macht den Sowjets!

In diesen Tagen jährt sich der Jahrestag der Oktoberrevolution zum 60. Male. In den letzten Oktobertagen 1917 rissen die russischen Arbeiter unter Führung der Bolschewiki die Macht an sich und behaupteten sie. Die verzerrten Feierlichkeiten der heutigen revisionistischen Machthaber in der Sowjetunion, die versteckten Rangeleien zwischen „moskautreuen" und „Euro"-Vertretern etc. können nicht an der historischen Bedeutung der Oktoberrevolution rütteln. Das russische Proletariat und seine Partei bewiesen die reale Möglichkeit der proletarischen Revolution, und sind allen kämpfenden Völkern der Welt leuchtendes und anspornendes Beispiel geblieben.
Wir wissen heute, daß der Sturz der alten Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer, sowie – als Fortschritt gegenüber der Pariser Kommune – zunächst einmal die Behauptung der Macht, das russische Proletariat nicht davor bewahrt hat, letzten Endes die Macht doch wieder zu verlieren. Die Sowjetunion ist trotz weitreichender ökonomischer Umwälzungen, trotz riesiger Fortschritte gegenüber den düsteren Lebensbedingungen des zaristischen Rußland, heute kein sozialistisches Land. Der sowjetische Staat ist nicht die Diktatur des Proletariats; er, und mit ihm die politische Macht und die Verfügungsgewalt über Produktion und Verteilung, befinden sich heute in den Händen einer neuen Bourgeoisie. Um sowohl die Lehren der Oktoberrevolution uns zu eigen zu machen, als auch ihre Unzulänglichkeiten und die Fehler der weiteren Entwicklung zu analysieren, ist eine gründliche Auseinandersetzung mit der russischen Revolution erforderlich. Wir wollen mit diesem Artikel dazu einen ersten Beitrag leisten.

Am 25. Oktober 1917 haben die russische Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer durch den von der bolschewistischen Partei geführten Aufstand der bewaffneten Arbeiter, Soldaten und Matrosen die Macht verloren. In wenigen Stunden fallen den Roten Garden alle wichtigen öffentlichen Gebäude und strategischen Positionen in Petrograd und Kronstadt in die Hände. Am Morgen des 26. Oktober (1) wird das Winterpalais, der ehemalige Sitz des Zaren und damalige Sitz der provisorischen Regierung Kerenski, gestürmt. Die dort tagenden Minister werden verhaftet, Kerenski selbst gelingt die Flucht.

Im Laufe des 25. Oktober bestätigt der von bolschewistischer Mehrheit geprägte Petrograder Sowjet die Absetzung der provisiorischen Regierung. Diese Absetzung war zuvor durch das revolutionäre Militärkomitee per Dekret veranlaßt worden. Dieses Komitee war das militärische Zentrum der zuvor im ganzen Land aus bewaffneten Arbeitern und Soldaten aufgestellten Roten Garden und stand unter der Leitung der Bolschewiki.

Am Abend des 25. Oktober tagt der zweite gesamtrussische Sowjetkongreß und bestätigt seinerseits die Absetzung der Regierung Kerenski. Er beschließt die Bildung einer neuen, revolutionären Regierung, des „Rats der Volkskommissare". Der Kongreß beauftragt die Regierung *„...sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden ..."* (2) einzuleiten und beschließt das „Dekret über den Grund und Boden", das die Enteignung der Grundbesitzer einleitet (3).

Der bewaffnete Aufstand hat fast gleichzeitig in den großen städtischen Zentren Rußlands gesiegt, und hat anschaulich den Verlust der Autorität der erst im Februar durch die bürgerliche Revolution eingesetzten provisorischen Regierung Kerenski demonstriert.

Der Hauptteil der Armee verweigert in der Folge Kerenski die Gefolgschaft; seine Offensive gegen Petrograd in den Tagen nach der Oktoberrevolution scheitert jämmerlich.

Die Bourgeoisie hat die Macht verloren und die Arbeiterklasse hat zum zweiten Mal in der Geschichte – nach der Pariser Kommune – die Herrschaft ihrer Klasse errungen und gegen den Ansturm der Konterrevolution behaupten können.

Die Februarrevolution und der politische Prozeß bis Oktober 1917

Rußland vor dem Oktober 1917 ist ein halbfeudales, vom Weltimperialismus stark abhängiges Land und zugleich selbst imperialistisch. Vornehmlich der englische und französische Imperialismus haben in Rußland investiert, teils in Form von Krediten für den Zarismus, teil in die Eisen- und Maschinenbauindustrie, teils in die Erdöl- und Kohleförderung. Diese Abhängigkeit ist eine Ursache für die Schwäche des russischen Imperialismus; seine eigene kapitalistische Basis ist äußerst schwach entwickelt.

Der russische Imperialismus hat daher einen Doppelcharakter. Er verbindet sozusagen zwei imperialistische Tendenzen, eine kapitalistische und eine ‚vorkapitalistische'. Der kapitalistischen Tendenz entspricht eine hohe Konzentration des industriellen Kapitals (wenngleich schwach entwickelt) und die Existenz eines Bankkapitals. Die aus beiden sich zusammensetzende ‚Hochfinanz' (das Finanzkapital) treibt die Expansion voran und ist eng mit dem französischen und englischen Imperialismus verbunden. Dem ‚vorkapitalistischen Imperialismus' entspricht der militärische Expansionismus des zaristischen Rußland, der sich seit Peter dem Großen (1682 – 1725) im „großrussischen Reich" durchgesetzt hat. In Europa richtete sich dieser Expansionismus vor allem auf Finnland, die baltischen Länder und Polen, im Süden richtet er sich gegen die Türkei, Persien, Afghanistan und Indien.

Diese knappe Darstellung soll an dieser Stelle als Hintergrund des im Folgenden dargestellten revolutionären Prozesses genügen (4). Es wird nach dem Gesagten sicher nicht schwerfallen, eine ungefähre Vorstellung von dem ungeheuren ökonomischen und politischen Druck zu bekommen, der in einem solchen Staat auf den Völkern lastet.

Die ohnehin elenden Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern werden durch die Beteiligung des russischen Imperialismus am 1. imperialistischen Weltkrieg noch erheblich verschlechtert.

Seit der sog. „Aufhebung" der Leibeigenschaft (1861) müssen die russischen Bauern das von ihnen bearbeitete Land im Rahmen langfristiger Verträge von den Großgrundbesitzern kaufen. Zudem kommt noch eine Pachtgebühr für das noch nicht bezahlte Land in Form von Naturalien, die allein nicht selten die Hälfte der Ernte ausmachen. Der großrussische Militarismus zieht dazu viele, gerade der produktivsten Arbeitskräfte vom Land ab und steckt sie in seine Armee. Er belastet die Bauern zusätzlich durch hohe Steuern für seine Unternehmungen und durch Requirierungen etc.

Das im Februar 1917 zusammenbrechende zaristische Rußland war, was die nackte Existenz, Versorgung etc. seiner Völker angeht, am Rande der Katastrophe.

Die russischen Arbeiter mußten für Hungerlöhne mindestens 12 1/2 Std., oftmals aber 14 und 15 Stunden arbeiten – auch die Kinder mußten schuften, bis sie umfielen. Es gab keinerlei Arbeitsschutz, die Fälle von Verstümmelungen sowie tödlichen Unfällen in der Industrie waren durch brutalste Ausbeutungsmethoden ungeheuer hoch.

Ende 1916, Anfang 1917 nahmen die Massenkämpfe, beschleunigt durch den sich abzeichnenden Zusammenbruch des Engagements der russischen Imperialisten im 1. Weltkrieg, einen enormen Aufschwung. Generalstreiks und Demonstrationen mit der Beteiligung von Hunderttausenden von Menschen griffen um sich. Gefordert wurde vor allem Brot, Land für die Bauern, Frieden und politische Freiheiten!

Im Februar 1917 wurde der Zarismus gestürzt.

Die Revolution des Februars 1917 war ihrem Charakter nach eine bürgerliche Revolution. Dies, obwohl der „klassische" Träger, die Bourgeoisie, aufgrund ihrer oben erklärten relativen Schwäche und des daraus resultierenden besonderen Bündnisses mit dem Zarismus, unfähig war, selbst den Kampf für ihre Klasseninteressen gegen den Zarismus zu führen.

„Diese Unfähigkeit erklärt die Furcht der russischen Bourgeoisie vor jeder Bedrohung der bestehenden Ordnung. Seit der Revolution von 1905 weiß sich die Bourgeoisie einer zum entschlossenen Kampf fähigen Arbeiterklasse gegenüber. Die Kampfkraft des russischen Proletariats wächst unaufhörlich. Da es organisiert ist, ist es in immer höherem Maß fähig und entschlossen, jede revolutionäre Veränderung zu seinen Gunsten zu nutzen. Die Bourgeoisie ist daher gelähmt und dazu verurteilt, dem Proletariat und der Bauernschaft die revolutionäre Initiative zu überlassen, und genau dies war im Februar 1917 der Fall" (5). Dieser Mangel an Initiative der potentiell revolutionären Klasse erklärt die Besonderheiten der Februarrevolution. Obwohl bürgerliche Revolution, ruft sie als e r s t e s eine S o w j e t m a c h t ins Leben, während die bürgerliche „provisorische Regierung" erst danach entsteht.

Am 27. Februar 1917 wird das „provisorische Revolutionskomitee" gebildet, das hauptsächlich aus Führern der sozialistischen Parteien und der Partei der Sozialrevolutionäre besteht (6).

Dieses Komitee ruft die Arbeiter und Soldaten der Hauptstadt dazu auf, einen Petrograder Sowjet zu bilden (dieser tritt am 28. Februar erstmals zusammen) und unterstellt diesem per Dekret alle Truppenteile. In den folgenden Wochen bilden sich überall im Land Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sowie Fabrikkomitees. Ende Februar wird der Petrograder Sowjet von fast allen der neu entstandenen Sowjets im Land unterstützt und ist faktisch ein souverän herrschendes Machtorgan, anscheinend ohne Gegenpol. Das aus der alten Reichsduma (einem Witz von zaristischem „Parlament") hervorgegangene „Komitee", genießt bei den revolutionären Massen kaum Ansehen, da es sich zumeist aus Repräsentanten der Bourgeoisie und des Grundeigentums zusammensetzt.

Der Petrograder Sowjet, der sich hauptsächlich aus Menschewiki und Sozialrevolutionären rekrutiert, schließt nun am 1. März 1917 mit dem Komitee der Duma einen Vertrag ab, kraft dessen sich eine aus bürgerlichen Politikern (mit Kerenski an der Spitze) bestehende „provisorische Regierung" bildet. Der Petrograder Sowjet verpflichtet sich darüber hinaus, diese Regierung unter bestimmten Bedingungen zu unterstützen (7).

Damit entsteht eine Situation, die Lenin treffend als „Doppelherrschaft" gekennzeichnet hat.

Doppelherrschaft bedeutet die gleichzeitige Existenz von Organen der Herrschaft der Bourgeoisie u n d der *„revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft"*. Diese „revolutionär-demokratische Diktatur..." ist im April 1917 zugleich verwirklicht, weil *„...faktisch in Petrograd die Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt..."*, und nicht verwirklicht, da die Mehrheit der Volksmassen vermittels der Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Klassenzusammenarbeit unterstützt, so daß *„die Bourgeoisie an der Macht"* bleibt (8).

Diese Situation ist äußerst labil; sie beinhaltet, so Lenin, daß sich Rußland in einer Situation des *„...Übergangs von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten ..."* befindet, d.h. hier „verflechten" sich der Prozeß der bürgerlichen Revolution mit dem Prozeß der proletarischen Revolution. *„...Eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution beginnt (erst), wenn sich die Bauernschaft von der Bourgeoisie loslösen, wenn sie wider die Bourgeoisie vom Grund und Boden und von der Macht Besitz ergreifen wird"* (9).

In diesen komplizierten Prozeß korrekt einzugreifen, weder „bei den Massen" zu bleiben, noch sich von der zahlenmäßig geringen proletarischen Vorhut der Revolution rücksichtslos vorwärtstreiben zu lassen, weder etwa gleich den Aufstand propagieren, noch etwa, wie J.W. Stalin zeitweilig vertrat, zur Unterstützung der bürgerlichen Regierung herabzusinken etc., waren die Fragen, die in den Reihen der Bolschewiki diskutiert wurden. Der am 3. April in Rußland aus dem Exil eintreffende Wladimir Iljitsch Lenin griff mit seinen „Aprilthesen" in diese Diskussion ein, die weitgehend in der Folge die Politik der Bolschewiki bestimmten. Im Groben skizziert umfaßten diese Thesen folgende Positionen:

„1. In unserer Stellung zum Krieg, der von seiten Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow u. Co. – infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung – unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die revolutionäre Vaterlandsverteidigung unzulässig. Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben: a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.

2. Die ... gegenwärtige Lage .. ist gekennzeichnet .. vom Übergang von der ersten Etappe der Revolution ... zur zweiten (oben schon zitiert)...

Dieser Übergang ist gekennzeichnet durch ein Höchstmaß an Legalität (Rußland ist z.Zt. von allen kriegführenden Ländern das freieste Land der Welt), andererseits dadurch, daß gegen die Massen keine Gewalt angewandt wird, und schließlich durch die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus. Diese Eigenart fordert von uns die Fähigkeit, uns den besonderen Bedingun-



Die Petrograder „Rote Garde" im November 1977

gen der Parteiarbeit unter den unerhört breiten, eben erst zum politischen Leben erwachten Massen des Proletariats anzupassen.

3. Keinerlei Unterstützung der provisorischen Regierung ... Entlarvung.. (keine) Illusionen erweckende Forderung...die Regierung der Kapitalisten solle aufhören, imperialistisch zu sein...

4. Anerkennung der Tatsache, daß unsere Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist, gegenüber dem Block aller kleinbürgerlichen Elemente, die dem Einfluß der Bourgeoisie erlegen sind und diesen Einfluß in das Proletariat hineintragen...

5. Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts – sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Land, von oben bis unten. Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenschaft.

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.

6.Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten.

Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien.

Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden liegt in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten...

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten...

8. Nicht ‚Einführung' des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur K o n t r o l l e über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

9. Aufgaben der Partei .. Einberufung eines Parteitages .. (dort)..Änderung des Parteiprogramms.. (insbesondere)..Stellung zum imperialistischen Krieg.. Stellung zum Staat.. Berichtigung des veralteten Minimalprogramms.. Änderung des Namens der Partei...

10. Erneuerung der Internationale. Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die Sozialchauvinisten und gegen das Zentrum..." (10).



Plakat „Genosse Lenin säubert die Erde vom Ungeziefer", 1920

Der Aufschwung der Sowjetbewegung

Ab März 1917 werden in allen größeren und mittleren Städten Rußlands Arbeiter- und Soldaten-, später auch Bauernsowjets gebildet. Schätzungsweise gibt es im Mai 400, im August 600 und im Oktober 900 Sowjets (11).

Die weitgehend vorherrschenden Menschewiki und Sozialrevolutionäre lehnen die Sowjets als Organe der Macht schlichtweg ab und wollen sie vor allem mit propagandistischen und Verwaltungsaufgaben betraut sehen. Ein wesentliches „Argument" dieser Leute gegen die Losung „Alle Macht den Räten!" war, daß „*die Sowjets Klassenorganisationen sind, die nur einen Teil der Bevölkerung umfassen*". Sie zogen daher folgenden Schluß: „*Im Falle der Errichtung der Sowjetherrschaft würden die übrigen Gesellschaftsschichten, vor allem das Bürgertum, der Revolution den Rücken kehren, und das Proletariat, der Kern der Sowjetmacht, stünde isoliert da*" (12).

Indessen entwickeln sich die Sowjets ungeachtet derartiger opportunistischer „Bedenken" faktisch sehr schnell zu lokalen Machtorganen, organisieren immer weitgehender das gesellschaftliche Leben, geben sich eine nationale Organisation. Die Sowjets wählen Delegierte zu Gebiets- und Gouvernementssowjets und zum Gesamtrussischen Sowjetkongreß. Dieser wird Ende März zum ersten Mal abgehalten. Auf ihm wird das Zentralexekutivkomitee Rußlands der Sowjets gebildet, das unter der festen Vorherrschaft der Sozialrevolutionäre steht. Fortan versucht dieses Komitee mit dem Petrograder Sowjet, der weithin großes Ansehen genießt, zu rivalisieren. In diesem Sowjet hatten die Bolschewiki zuerst die Mehrheit der Deputierten errungen.

„*Die Radikalisierung der aus Arbeitern bestehenden Sowjets geht zunächst langsam vor sich, entwickelt sich später aber rasch und unaufhaltsam. So zählt die bolschewistische Fraktion des Petrograder Sowjets kurz nach der Februarrevolution bei ihrer Gründ. am 6. März 1917, nur 40 Mitglieder, bei insgesamt 2000 – 3000 Delegierten (die Zahl der Delegierten wechselt nämlich ständig und schnell). Auf dem ersten Gesamtrussischen Sowjetkongreß sind es immer noch nur 105 Bolschewiki gegenüber 1090 Delegierten insgesamt; aber die Delegierten spielen schon eine beherrschende Rolle in der Arbeitersektion des Kongresses, in der mit 173 gegen 144 Stimmen eine bolschewistische Resolution angenommen wird. Im Oktober sind die Bolschewiki, die sich vor allem auf die Arbeiterklasse stützen, sowohl auf dem 2. Sowjetkongreß, als auch im Petrograder Sowjet in der Mehrheit*" (13).

Neben den Arbeitern bilden die Bauern und die Soldaten (die zumeist auch im Zivilleben Bauern sind) die zweite Komponente der Sowjetbewegung. Die hinter der Front stationierten Soldaten radikalisieren sich, in etwa den Arbeitern vergleichbar. Langsamer verläuft dieser Prozeß bei den Frontsoldaten. Bis zum Juni bleiben diese weitgehend unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki. Der Zusammenbruch einer von Kerenski versuchten Offensive an der Front während des Sommers sowie die immer breitere bolschewistische Propaganda verändern dann diese Situation sehr schnell. Im Oktober unterstützen sowohl die Front- als auch die Etappensoldaten mehrheitlich die Bolschewiki. Die Bauern bringen der Sowjetbewegung weitaus größere Distanz entgegen. Sie organisieren sich zunächst in der Form der sog. Agrarkomitees, die weitgehend mit der provisiorischen Regierung zusammenarbeiten. Die eigentlichen Bauernsowjets entstehen zumeist direkt als Gegenorganisationen zu diesen Komitees.

„*Die Bauernmassen bleiben ideologisch dem Einfluß der Sozialrevolutionäre unterworfen; sie stellen nicht die Machtfrage. Ihr Vorgehen zielt im wesentlichen auf die Agrarrevolution, die als Enteignung und Aufteilung der großen Ländereien der Grundbesitzer, des Staates und des Klerus verstanden wird. Die Aktion der Bauernmassen zielt 1917 in dieselbe Richtung wie die früheren bäuerlichen Aktionen: lokale Aufstände und unmittelbare Enteignung von Ländereien. Dennoch nimmt von Mai bis Oktober 1917 diese revolutionäre Massenaktion ein immer größeres Ausmaß an. Sie entgleitet den Sozialrevolutionären und bereitet objektiv die Oktoberrevolution vor*" (14).

Der Einfluß der Bolschewiki bleibt alles in allem gesehen jedoch in der Bauernschaft bis zur Oktoberrevolution und auch noch lange Zeit danach recht schwach. Dies mag noch einmal verdeutlichen, daß auf dem ersten Kongreß der Bauernsowjets, der vom 4. – 28. Mai stattfindet, von den 1115 Delegierten rund 571 Sozialrevolutionäre und nur 14 (!) Bolschewiki waren (15).

Noch am Vorabend der Oktoberrevolution spricht sich die Mehrzahl der Bauernsowjets gegen die Beteiligung am Gesamtrussischen Sowjetkongreß aus.

„Der Aufstand ist eine Kunst" (Lenin)

Die Bedingungen der Oktoberrevolution reifen mit dem Anwachsen der Bauernkämpfe unaufhaltsam an. Lenin sprach im April davon, daß die Revolution erst dann in eine neue Phase treten kann, wenn die Bauern, getrieben von ihrer zugespitzten Situation das Vertrauen in die provisorische Regierung zu verlieren beginnen, was zwangsläufig mit dem Anwachsen ihrer Kämpfe und der damit verbundenen Repression durch die Regierung der Fall sein wird. Andererseits aber stellt die Bauernbewegung nicht die Machtfrage, entwickelt sich uneinheitlich, bleibt örtlich beschränkt etc. – sie läuft Gefahr, Stück für Stück zerschlagen zu werden. Die Bolschewiki wären nicht nur „Verräter" an der Bauernschaft, sondern würden nach Lenins Meinung gar die gesamte Revolution aufs Spiel setzen, wenn sie nicht in d i e s e r Situation – nicht früher und nicht später – zur Offensive gegen die provisorische Regierung übergehen würden, die sich anschickt, die Bauernbewegung zu erdrücken. „*...Die Niederwerfung des Bauernaufstands durch (die) Regierung dulden ... heißt die ganze Revolution zu Grunde richten...*" (16).

Lenin fordert daher die Bolschewiki auf, „*plötzlich loszuschlagen*". Abwarten hieße nicht nur die Unterdrückung der Bauern hinzunehmen, sondern birge zudem die Gefahr in sich, daß die provisorische Regierung ihre Truppen um Petrograd angesichts der wachsenden Kämpfe zusammenziehe und den für sie günstigsten Zeitpunkt des Losschlagens wähle. Das Proletariat ist derzeit im Vorteil. Die Bolschewiki verfügen über „*....Tausende bewaffneter Arbeiter und Soldaten, die mit einem Schlag den Winterpalais, den Generalstab .. besetzen können...*". Die so etablierte Sowjetregierung könne von der Bourgeoisie nicht vertrieben werden, da „*....in der Armee.. eine solche Agitation einsetzen (wird), daß es unmöglich sein wird, gegen diese Regierung des Friedens, des Bodens für die Bauern usw. zu kämpfen*" (17).

Die militärische Schwäche des Gegners war zudem durch den im August niedergeworfenen Putsch des reaktionären Generals Kornilow sichtbar geworden.

Aber nicht nur die größtmöglichste gegenseitige Paralysierung, Verwirrung und Machtlosigkeit im Lager des Gegners muß in die Analyse des günstigsten Zeitpunktes des Aufstandes eingehen, diese Analyse muß gleichfalls die größtmöglichste Dialektik von avantgardistischer Aktion und Massenbewegung berücksichtigen. Lenin schlägt unter Berücksichtigung aller dieser Umstände im Oktober dann den Zeitpunkt des Losschlagens auf den Tag genau vor:

„*Der 6. November ist zu zeitig. Wir benötigen für die Erhebung eine Gesamtrussische Basis, und am 6. November werden noch nicht alle Delegierten auf dem Kongreß erschienen sein.* (gemeint ist der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß – Anm. der Red.). *Der 8. November dagegen wäre zu spät. Bis dahin wird sich der Kongreß konstituiert haben, und für eine umfangreiche Körperschaft ist es schwer, schnell und entscheidend zu handeln. Wir müssen am 7. in Aktion treten, wenn der Kongreß zusammentritt, damit wir ihm sagen können: Hier ist die Macht. Was denkt ihr damit zu tun?*" (18).

Am 10. Oktober stimmt das Zentralkomitee nach mehreren Wochen des Zögerns dem bewaffneten Aufstand zu. Zuvor hatte es die Vorschläge Lenins unbeantwortet gelassen, ja sogar verschiedene seiner Artikel ‚unterdrückt'. Dadurch sah Lenin sich veranlaßt, seinen Rücktritt aus dem ZK zu beantragen, um sich „*... die Freiheit der Agitation in den unteren Parteiorganisationen und auf dem Parteitag vorzubehalten...*" (19).

Lenin war alles andere als der „große Führer" der Bolschewiki, der nur mit den Fingern schnippte, und die Partei folgte.

Er schwamm mehr als einmal „gegen den Strom." So sehr es von einem falschen Geschichtsverständnis zeugt, ihn und seine Positionen in einem Zuge mit d e n Bolschewiki und ihrer Arbeit gleichzusetzen, umso mehr verdient er es, daß wir gerade von seiner unnachgiebigen, rücksichtlosen Konsequenz lernen, die sein gesamtes Wirken kennzeichnet. Er war weder selbst Duckmäuser, noch akzeptierte er Unterwürfigkeit, er stritt offen und scharf um seine Positionen, nicht selten gegen die Mehrheit der Partei, und er kannte keinen Opportunismus, was seine Person, seine „Parteiämter" etc betraf. Vergleicht man seine Vorliebe für den politischen Meinungsstreit mit der Selbstbeweihräucherung der heutigen Machthaber der Sowjetunion, so wirft d a s a l l e i n schon ein bezeichnendes Licht auf den Grad der bürgerlichen Versumpfung dieser Leute.

Indes lassen sich die Wurzeln der heutigen Entartung bis in die politischen Prozesse vor und nach der Oktoberrevolution verfolgen, und Lenin selbst hat neben anderen Revolutionären der ersten Stunde in den ersten Jahren der Sowjetmacht sich bemüht, schonungslos die Wunden der neuen Ordnung offenzulegen.

Man kann, so seine allgemeine Einschätzung, „*....auf einen Schlag die Klassen nicht abschaffen. Und die Klassen sind geblieben und werden für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats bestehenbleiben. Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden, ohne die Diktatur des Proletariats. Die Klassen sind geblieben, aber j e d e Klasse hat sich in der Epoche der Diktatur des Proletariats v e r ä n d e r t , auch ihr V e r h ä l t n i s z u e i n a n d e r hat sich verändert. Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, er n i m m t n u r a n d e r e F o r m e n a n .*" (20).

Um die veränderten Beziehungen zwischen den Klassen nach bzw. durch die Oktoberrevolution, um die daraus resultierenden Schwierigkeiten, Fehlentwicklungen etc., kurz: um den Klassenkampf unter den Bedingungen der jungen Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, um die gravierendsten Fehler der KPdSU-Führung unter Stalin, sowie um die allgemeinen Lehren der russischen Revolution soll es in einem zweiten Teil des Artikels im nächsten ARBEITERKAMPF gehen.

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

QUELLENNACHWEIS

1.Bis Anfang 1918 hatte Rußland einen eigenen, den sog. Julianischen Kalender. Alle Daten verschieben sich also nach dem in Westeuropa gültigen Kalender um 14 Tage nach vorn. Nach unserem Kalender fand die Oktoberrevolution also am 7. November statt.
2.vgl. LW 26, S.239
3.ebd., S.249
4.Zur Vertiefung der hier angerissenen Fragen sei hier angegeben: Charles Bettelheim, Klassenkämpfe in der UdSSR Bd.1, J.W.Stalin, Geschichte der KPdSU (Bolschewiki), kurzer Lehrg., Werke Bd.15. Die folgenden nicht ausdrücklich zitierten oder anders ausgewiesenen Fakten dieser Arbeit sind aus diesen beiden Quellen, sowie zudem aus J.Reed, „10 Tage, die die Welt erschütterten".
5.Die Sozialrevolutionäre waren eine „linke Bauernpartei", deren soziale Basis vor allem das ländliche Kleinbürgertum und die ländliche Intelligenz waren. Ihr Ziel war es, alle „Werktätigen" unter der Führung der „Bauernschaft" zu vereinigen, ihre Forderungen waren bauernspezifisch, gegen den Großgrundbesitz gerichtet, würden in Konsequenz jedoch der Bourgeoisie die politische Macht belassen.
7.Vergl. O.Anweiler, Die Rätebewegung in Rußland 1905 - 1921, Leiden, 1958
8.Lenin, Briefe über die Taktik, LW 24, S. 28/29
9.ebd. bis S.30
10.Lenin, Aprilthesen, LW 24, S.3 - 8
Lenin merkt zu These 10 zum „Zentrum" an:
„Als 'Zentrum' bezeichnet man in der internationalen Sozialdemokratie die Richtung, die zwischen den Chauvinisten (=Vaterlandsverteidigern) und den Internationalisten schwankt, nämlich Kautsky und Co. in Deutschland, Longuet und Co. in Frankreich, Tscheidse und Co. in Rußland, Turati und Co. in Italien, MacDonald und Co. in England usw."
11.O.Anweiler, S.140
12.ebd. S.173f
13.Ch.Bettelheim, S.68
14.ebd. S.70
15.O.Anweiler, S. 150 f
16.LW 26, S.64–Die Krise ist herangereift
17.ebd. S.66 und 67
18.John Reed, „10 Tage..."
19.LW 26, S.67
20.LW 30, S. 91; Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats

Kinder



Die Bataillone der Reaktion marschieren im Schulkampf

„Solch einen und vor allem soviel Fanatismus habe ich ... noch nicht erlebt". Mit diesem Ausspruch kennzeichnet der Schriftleiter der nordrhein-westfälischen GEW-Zeitung NDS (Neue Deutsche Schule) die Welle reaktionärer Empörung, die sich gegen das „Reform"projekt Kooperative Schule der SPD/FDP-Regierung in NRW richtet.

In der Koop-Schule sollen Grund-, Haupt- und Realschulen zusammengefaßt werden: Die Kinder des fünften und sechsten Schuljahres besuchen eine – anscheinend – einheitliche Orientierungsstufe, in deren Verlauf „herausgesiebt" wird, wer „weiterführend" gebildet werden und wer „auf den Hauptschulabschluß zumarschieren" soll.

Ziel der Reform sind Einsparungen an Schulbauten etc: Aufgrund des Geburten-Rückganges werde nämlich NRW (so Kultusminister Girgensohn) *„in wenigen Jahren nicht mehr in der Lage sein, leistungsfähige Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien getrennt voneinander zu unterhalten".*

Das Koop-Projekt hat also *„keinen ideologischen, sondern einen pragmatischen Hintergrund"* (Girgensohn lt. „Welt", 9.2. 77).

Für die CDU und ihre Truppen an der Schulfront allerdings war dieses Projekt von Anfang an himmelschreiende Gleichmacherei, der Anfang vom Ende des dreigliedrigen Schulsystems.

Im AK 99 berichteten wir bereits über die breite rechte Front, die gegen die Koop-Schule auftritt und mit einer Großkundgebung in der Essener Grugahalle, an der 15.000 Menschen teilnahmen, einen vorläufigen Höhepunkt fand.

Nachdem am 26.10.77 im Düsseldorfer Landtag das Gesetz zur Einführung der Koop-Schule verabschiedet wurde, rüsteten die Truppen der Reaktion zu einem neuen Schlag: *„Die Einführung der sozialistischen Einheitsschule durch die Hintertür"* (CDU) soll durch ein Volksbegehren gestoppt werden.

In dem Komitee für das Volksbegehren hat sich der ganze rechte Sumpf zusammengeschlossen: Elternverband der Realschulen, Landeselternschaft der Gymnasien, Elternverein NRW, Katholische Elternschaft, Landesschulpflegschaft NRW, Arbeitsgemeinschaft der Schulpflegschaften im Regierungsbezirk Münster, Realschullehrerverband, Philologenverband, Verein katholischer Lehrerinnen. Fehlen darf natürlich auch nicht der rechtsradikale „Bund Freiheit der Wissenschaft".

Benötigt werden die Unterschriften von 2,5 Mio. Wahlberechtigten. Die CDU glaubt, den größten Teil ihrer bisherigen Wählerschaft – ca. 4,8 Mio. – in NRW mobilisieren zu können. Dem Volksbegehren wird nach von CDU-Chef Köppler der gesamte Parteiapparat zur Verfügung gestellt („FAZ", 3.9.77).

Geldsorgen scheinen die „Kulturkämpfer" nicht zu kennen, werden doch die Kosten der Kampagne auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

Strategisches Ziel der Kampagne: Wie in Hessen die CDU mit ihrem Kampf gegen die „Integrierte Gesamtschule" fast die SPD-Regierung bei den Landtagswahlen schlagen konnte, so soll jetzt die SPD/FDP-Regierung von NRW auf dem Wege eines vorgezogenen Wahlkampfes aus dem Sattel gehoben werden.

Flankenschutz bekommen die Streiter gegen das „Schulchaos" auch noch von erleuchteter Seite: Fünf katholische Bischöfe gaben eine Erklärung gegen die Koop-Schule heraus, die in allen Kirchen verlesen und als Flugblatt verteilt wurde. Sie behaupten, die Koop-Schule beeinträchtige das Elternrecht, da die Kinder des fünften und sechsten Schuljahres auf der Koop-Schule in einer „Orientierungsstufe" zusammengefaßt werden. Damit haben „die Eltern" – sprich die privilegierten Eltern – nicht mehr die Möglichkeit, ihren im Vergleich zum unbegabten Arbeiterkind ach so begabten Sprößling nach der vierten Klasse der Hauptschule auf ein Gymnasium zu schicken. Die Aussonderung der Elite auf die Gymnasien soll angeblich erst zwei Jahre später stattfinden.

Selbst hier entpuppt sich das „Reformwerk" der SPD/FDP-Koalition allerdings als Reformleiche, werden doch die Schüler in der fünften Klasse bereits nach sechs Monaten in „differenzierte Leistungskurse" eingeteilt, womit die Auslese in schlechte und gute, dumme und kluge, Hauptschüler und Gymnasiasten eingeleitet wird.

Der ganze „Volksaufstand" zielt mithin gar nicht gegen die Koop-Schule. Es geht der Reaktion darum, dreigleidrige Schulsysteme, brutale Auslese nach Begabung, Elite- und Massenbildung – allesamt Punkte des Schulsystems, die Anfang der 70er Jahre etwas in Frage gestellt wurden – eindeutig zu zementieren.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Lehrfach Chauvinismus

Einen besonderen Beitrag zur „Vergangenheitsbewältigung" haben sich die niedersächsischen CDU-Minister Remmers (Kultusminister) und Hassel- gerufen. Ein „Deutschland" als Nationalstaat gab es damals zwar gar nicht, aber wen stört's (Frage 2). — 1175 wurde von „sächsischen"

gensohn lt. „Welt", 9.2. 77).

Für die CDU und ihre Truppen an der Schulfront allerdings war dieses Projekt von Anfang an himmelschreiende Gleichmacherei, der Anfang vom Ende des dreigliedrigen Schulsystems.

Im AK 99 berichteten wir bereits über die breite rechte Front, die gegen die Koop-Schule auftritt und mit einer Großkundgebung in der Essener Grugahalle, an der 15.000 Menschen teilnahmen, einen vorläufigen Höhepunkt fand.

Geldsorgen scheinen die „Kulturkämpfer" nicht zu kennen, werden doch die Kosten der Kampagne auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

Strategisches Ziel der Kampagne: Wie in Hessen die CDU mit ihrem Kampf gegen die „Integrierte Gesamtschule" fast die SPD-Regierung bei den Landtagswahlen schlagen konnte, so soll jetzt die SPD/FDP-Regierung von NRW auf dem Wege eines vorgezogenen Wahlkampfes aus dem Sattel gehoben werden.

Flankenschutz bekommen die

mithin gar nicht gegen die Koop-Schule. Es geht der Reaktion darum, dreigleidrige Schulsysteme, brutale Auslese nach Begabung, Elite- und Massenbildung – allesamt Punkte des Schulsystems, die Anfang der 70er Jahre etwas in Frage gestellt wurden – eindeutig zu zementieren.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Lehrfach Chauvinismus

Einen besonderen Beitrag zur „Vergangenheitsbewältigung" haben sich die niedersächsischen CDU-Minister Remmers (Kultusminister) und Hasselmann (Bundesratsminister) für die Schüler in diesem Bundesland einfallen lassen. An allen achten Klassen der niedersächsischen Schulen wird ein Wettbewerb veranstaltet: „Schlesien — ein Kapitel europäischer Geschichte".

Als Ziele des Wettbewerbs formulieren die CDU-Herren: *„Der Wettbewerb soll ... einen Bietrag leisten zur Verständigung und Toleranz unter den Völkern und die Aufgeschlossenheit und Hilfsbereitschaft gegenüber den Landsleuten* (gemeint sind polnische Bürger deutscher Herkunft) *fördern, die mehr als 30 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges wieder in zunehmender Zahl in die Bundesrepublik Deutschland und nach Niedersachsen übersiedeln."*

Im Wettbewerb selbst ist dann von Verständigung und Toleranz nichts mehr zu spüren. Da wird durch scheinbar „unpolitische" Frage- und Themenstellung den Schülern suggeriert: Schlesien ist „deutsches Land"! Vorsichtshalber war deshlab wohl auch die Gemeinsame Kommission westdeutscher und polnischer Historiker, die sich um halbwegs erträgliche Empfehlungen für den Unterricht in deutsch-polnischer Geschichte bemüht, gar nicht erst zu Rate gezogen worden.

So bezieht sich keine der 60 in einem Preisausschreiben gestellten Fragen auf die heutige polnische Bevölkerung des ehemaligen Schlesien. Nachdem man sich um die letzten 50 Jahre „schlesischer" Geschichte herumgedrückt hat, gehen die CDU-Minister zur „älteren" Geschichte über — die allemal beweisen soll, daß Schlesien „treudeutsch" ist. Die geschichtliche Wahrheit geht dabei naturgemäß flöten:

— So wurden im 12.-14. Jahrhundert „deutsche" Siedler nach Schlesien gerufen. Ein „Deutschland" als Nationalstaat gab es damals zwar gar nicht, aber wen stört's (Frage 2).

— 1175 wurde von „sächsischen" Mönchen das schlesische Kloster Leubus gegründet. Den Namen Sachsen für das Herkunftsland der Mönche gibt es allerdings erst seit 1320 (Frage 3).

— Es versteht sich von selbst, daß die heiliggesprochene „Patronin" Schlesiens eine „Deutsche" gewesen ist (Frage 4). Fragt sich, was die Herren Remmers und Hasselmann sagen würden, wenn der Kultusminister von Luxemburg seinen Schülern Preisfragen vorlegen ließe, wieviel luxemburgische Herzöge deutsche Kaiser gewesen sind? (Es waren zwei im 13. Jahrhundert!)

Der Wettbewerb hat einigen Protest hervorgerufen. Der Vorsitzende der polnischen Lehrergewerkschaft war „sehr geschockt" („Erziehung und Wissenschaft" [E.U.W.], Niedersachsen, 9/77); die SPD-Fraktion protestierte genauso wie die GEW, die darüber hinaus alle Lehrer aufforderte, den Wettbewerb „nicht zu unterstützen" (ebd.).

In dieser Situation zeigte der Staatssekretär des Ministers Hasselmann eindeutig Flagge. In einem Interview betonte er, *„daß nach seiner Interpretation des Urteils des BGH von 1975 Schlesien zwar keine Provinz der Bundesrepublik, aber doch eine ,deutsche Provinz' sei. Er sagte sogar, Polen sei eine deutsche Provinz"*, was die „E.u.W." als „Versprecher" wertet.

An einigen Schulen in Niedersachsen sollen inzwischen GEW-Mitglieder die Antworten auf das Quiz verteilt haben („Welt", 1.10.77). Steht zu hoffen, daß das an allen Schulen passiert! Der Reiz des Ganzen wäre dann doch etwas dahin.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg und
KB/Gruppe Braunschweig

Fest-Film „Hitler" — Unterrichtsmaterial an Schulen

30 Lehrer(innen), die sich in Hamburg zur Diskussion einer Unterrichtseinheit „Die nationalsozialistische Diktatur" zusammengesetzt hatten, mußten unlängst feststellen, daß die Landesbildstelle (bei der man u.a. Filme für den Unterricht ausleihen kann) offenbar ihr Programm „gesäubert" bzw. von rechts ergänzt hat.

Nicht mehr erhältlich sind z.B. die Filme „Affaire Blum", „Das Tagebuch der Anne Frank", „Der Untertan", „Rotation", die allesamt gutes Material für antifaschistischen Unterricht darstellen. Genauso aus dem Verkehr gezogen wurde „Panzerkreuzer Potemkin", ein Film des sowjetischen Regisseurs Eisenstein über die russische Revolution 1905, und der Trickfilm „Swimmy", der Solidarität thematisiert.

Dafür neu im Programm: Der als „großartiger Dokumentarfilm" preisgekrönte Film von J. Fest: „Hitler — eine Karriere", der sicherlich kein Funken Aufklärung über den Faschismus bringt, sondern eher dessen „dokumentarische" Verherrlichung.

Die Teilnehmer der eingangs erwähnten Diskussion haben sich einstimmig *„entschieden gegen den Ankauf und den schulischen Einsatz des Films"* ausgesprochen. In einem Brief an die Landesbildstelle Hamburg und die „Bundeszentrale für Politische Bildung" erklären sie ihre Auffassung, *„daß alles getan werden muß, um den Schülern Bedingungen und Praxis der NS-Diktatur zu verdeutlichen. Medien, die im Rahmen dieses allgemeinen Lernzieles eingesetzt werden, müssen mithelfen, Antworten auf die Fragen zu geben: Wie konnte die NS-Diktatur errichtet werden? Wer hatte ein Interesse an dieser Herrschaftsform? ,Wer bezahlte die Spesen?' [Brecht]".*

Sollte die Bundeszentrale den Ankauf des Films bestätigen, wollen die Kollegen Veranstaltungen durchführen, auf denen alternative Filme über den Faschismus vorgestellt und Wege zur Verhinderung des Einsatzes des Fest-Films an Hamburger Schulen diskutiert werden sollen.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg
(nach Bericht eines Lehrergenossen)

„Baggerführer Willibald" im Unterricht verboten

Fast jeder, der sich einmal mit fortschrittlicher Erziehungspraxis beschäftigt hat, wird wohl das Lied vom Baggerführer Willibald kennen, in dem Dieter Süverkrüp Kindern vermittelt, daß Häuser von Arbeitern gebaut werden und daß diese auch bestimmen sollten, wer drin wohnt.

An der Wenzinger-Schule in Freiburg (Baden-Württemberg) darf dieses Lied nicht weiter im Unterricht verwendet werden („UZ", 26.10.77). Noch nicht bekannt ist, ob „Alle meine Entchen schwimmen auf dem See" auch aus dem Verkehr gezogen werden soll. Immerhin könnte der besungene See Privateigentum irgendeines „erholungsbedürftigen" Kapitalisten sein?

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer indoktriniert hier eigentlich?

Am Tage der GSG 9-Aktion in Mogadischu fand für alle Kinder eines Göttinger Kindergartens (!!) ein Freudenfest statt, weil unsere Regierung das so gut gemacht hat. Eingeladen dazu hatten irgendwelche rechten Eltern. Es gibt auch andere Fälle dieser Art: In mindestens einer Göttinger Schule, dem Neuen Gymnasium, mußten am Tag von Schleyers Beerdigung alle Schüler 3 Minuten „trauern". Wer diesem Zwang zur Trauer nicht nachkam und sich weigerte, aufzustehen, war der Anmache und „Terroristen"-Hetze von Lehrern und Mitschülern ausgesetzt.

War es bisher verboten, bestimmte Gefühlsäußerungen zuzugeben (z.B. „klammheimliche Freude"), so ist es inzwischen so, daß jeder gezwungen wird, der Gleichschaltung der Meinungsäußerung auch nach außen sichtbar nachzukommen.

Übrigens: drei Tage nach der verordneten Trauer fiel für alle Schüler der Unterricht aus, weil sämtliche Feuerlöscher explodiert waren. An der Wand neben den Feuerlöschern stand „Greetings from RAF". Die Freude über diesen „Anschlag der RAF" war sicher nicht nur klammheimlich.

Eine Genossin aus Göttingen

Krieg ist kein Kinderspiel

Unter diesem Motto führt die Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Jugendverbände an mehreren Sonnabenden in der Vorweihnachtszeit Aktionen in Einkaufszentren durch.

„Mit Kriegsspielzeug und Spielzeugwaffen können Kindern nur lernen, Meinungsverschiedenheiten durch Gewalt zu lösen. Wir halten diese Art von Spielzeug in Kinderhand für gefährlich" (aus einem Flugblatt der AG). Während der Aktionen können die Kinder Plastikpistolen, Kriegsschiffe und -flugzeuge, Wild-West-Ausrüstungen und dergl. gegen sinnvolleres Spielzeug eintauschen. Nach Abschluß der Aktion am 26. 11. soll das abgegebene Spielzeug in einem „friedvollen Happening" unbrauchbar gemacht werden.

Wenn auch mit den Aktionen keine tiefergehende Propaganda gegen Krieg, das Wesen des imperialistischen Krieges usw. geleistet wird, so können doch die Eltern wie Kinder etwas zum Nachdenken gebracht werden.

Ein Dortmunder Genosse



Schwule Gruppe in der Westberliner ÖTV

Wie uns erst jetzt bekannt wurde, gibt es in Westberlin Bestrebungen, in der Gewerkschaft ÖTV eine Schwulengruppe aufzumachen. Die Initiatoren wollen damit *„in der Gewerkschaft das Tabu der Diskriminierung schwuler Männer und Frauen am Arbeitsplatz brechen und in der Gewerkschaft ... Selbsthilfe als Betroffene organisieren"*. Sie rufen auf, *„auch in anderen Gewerkschaften solche Gruppen zu gründen"*, die dann möglichst mit der Westberliner ÖTV-Gruppe *„in Verbindung treten"* sollten, um *„Erfahrungen auszutauschen"*

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen:
Klaus Timm
Wittelsbacher Str. 7
1000 Westberlin 31

Manfred Herzer
Wulffstr. 7
1000 Westberlin 41

Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus

Die „Nationale Arbeitsgruppe Repression gegen Schwule" (Teil der Unterstützerbewegung zum Russell-tribunal), die von Schwulen aus 14 Städten (Essen,Westberlin, Bielefeld, Heidelberg, Göttingen, Oberhausen, Hamburg, Oldenburg, Würzburg, Klappenburg, Frankfurt, Hannover, Kassel und Marburg) gebildet wird, hat unter der oben genannten Überschrift eine Broschüre veröffentlicht. In einer Pressemitteilung wird erklärt, daß diese Broschüre *„einige Beispiele der konkreten, aber teilweise nicht offen sichtbaren Schwulenunterdrückung dargestellt"* werden.

Die Fälle, die in der Broschüre beschrieben werden, seien die *„seltenen Fälle ..., in denen Schwulenunterdrückung faßlich, vermittelbar und damit auch bekämpfbar ist"*. Als *„Spitzen des Eisberges"* wird die sichtbare Repression bezeichnet. Es wird weiter ausgeführt, daß es Kräfte gibt, *„die genau das gegenteilige Interesse haben, nämlich diesen Eisberg zu erhalten. Herrschaftsinteressen, Klasseninteressen. Deshalb haben wir z.B. dem Gesetzgeber auf die Finger geschaut, wie er konkret Schwulenunterdrückung ausformuliert und damit erhält und abstützt. Wir dokumentieren Schwulenhetze in der Presse am Beispiel Springer und führen Euch 'wertfreie Wissenschaft' im Dienste der Normierung auf Heterosexualität vor (Stereotaxie)"*. Schließlich erzählt ein NARGS-Mitglied, wie ihm *„alltägliche Schwulenunterdrückung widerfährt und wie er sie verarbeitet"*. In einem weiteren Punkt weist die NARGS ausdrücklich darauf hin, daß sie ihren Kampf nicht als einen Minderheitenkampf begreift und daß es ihr auch wichtig ist, *„den Genoss(inn)en, mit denen wir zusammen kämpfen, klar werden zu lassen, daß sexuelle Befreiung, die wir anstreben, auch ihre verinnerlichte Unterdrückung aufbrechen wird. Denn die, die meinen, das Schwulenproblem beträfe nur eine Minderheit, zeigen damit, daß sie die Einschränkung der Sexualität auf die Zwangs-Hetero-Norm verinnerlicht haben"*.

Aus der Einschätzung heraus, daß nur ein gemeinsames Vorgehen der Schwulen(-gruppen) im koordinierten Rahmen ein ähnliches Schicksal der Schwulen wie im Nazi-Faschismus (KZ's usw.) verhindern kann, wurde schon bei Konzipierung der NARGS-Broschüre das Weiterbestehen der NARGS auch nach einer möglichen Behandlung der Schwulen-Problematik durch das Russell-Tribunal vereinbart.

Ein erster Ansatz dazu ist das nächste Treffen der NARGS vom 25. - 27. November in Bielefeld. Außer der Diskussion um die weitere Perspektive der NARGS soll eine Straßenaktion stattfinden, die auch als Aktion gegen das nordrhein-westfälische OVG-Urteil, das eine schwule Öffentlichkeitsarbeit verbietet, zu begreifen ist.

Unterstützt das Russell-Tribunal!
Solidarisiert Euch mit uns im Kampf gegen Schwulenunterdrückung!

Bestellung der Schwulenbroschüre über
Lothar Lang, Hohenzollerndamm 17, 1 Westberlin 31
Vorkasse 2 DM + 0,50 DM Porto und Verpackung, in Briefmarken oder auf Spendenkonto „Homosexuelle Aktion Westberlin" 289696-108 Postscheckamt W.-Berlin, Stichwort „NARGS"

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Heuchelei

Als Folge der Einnahme von Drogen starben im Jahre 1976 — so jüngste Statistiken — insgesamt 377 Menschen in der BRD und Westberlin Opfer des Geschäfts mit Heroin u.a. wurden hauptsächlich junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren („Tagesspiegel", Westberlin, 22.11.77). Für das Jahr 1977 ist eine weitere Steigerung abzusehen. Allein in Westberlin waren bis Mitte November über 70 Drogenopfer erfaßt („Berliner Morgenpost", 18.11.77).

Die Bundesregierung sei über diesen Anstieg „besorgt", erklärte Innenminister Maihofer auf der „Dritten Ministerkonferenz für eine europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Betäubungsmittelmißbrauch". Maihofer kündigte an, seine schon von der Terroristenhatz überbeanspruchte Polizei schärfer auf den Rauschgifthandel ansetzen, port und -handel anzusetzen.

Wie heuchlerisch diese Besorgnis ist, zeigt sich darin, daß jetzt schon wieder ein Projekt, das Drogensüchtigen helfen will, vor der Schließung steht: Die in Hochstadt 1976 gebaute Drogenklinik sieht sich dadurch in ihrer Existenz gefährdet, *„daß einige Krankenkassen einen über acht Wochen dauernden Aufenthalt in der Drogenklinik nicht mehr finanzieren wollen. Für die meisten Patienten sei jedoch bislang eine rund sechs Monate dauernde Behandlung nötig"* („Süddeutsche Zeitung", 14.11.77).

Der Polizeistaat denkt natürlich nicht daran, sich mit den Ursachen des Drogenkonsums zu befassen (Jugendarbeitslosigkeit usw.). Und der Hilfe für die Betroffenen wird der finanzielle Boden entzogen. Womit das ganze Problem nur noch ein „polizeitechnisches" wäre. Und Bullen hat man ja genug.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Sexualerziehung an BRD-Schulen

Am 3.10.1968 verabschiedete die Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK) die *„Empfehlung zur Sexualerziehung in den Schulen"*. Bis zu diesem Datum war es den Lehrern (und Schulleitern) allein überlassen, ob das Thema „Aufklärung" überhaupt im Unterricht behandelt wurde. Anders als z.B. in Schweden, wo es bereits seit 1965 Sexualunterricht gibt, konnten sich die bundesdeutschen Kultusminister erst 13 Jahre später dazu durchringen, *„die hierfür (Sexualkunde) notwendigen Maßnahmen baldmöglichst zu treffen oder in die Wege zu leiten."* Grund dafür war die insbesondere durch die APO-Bewegung entstandene Diskussion um Fragen der Sexualität. Einher mit dem Entstehen von Kommunen und antiautoritären Kinderläden ging die Kritik an der bürgerlichen Sexualmoral. Im Zuge des erwachten Interesses an Fragen der Sexualität konnte man sich von staatlicher Seite die Politik des Schweigens bzw. Verbreitens von zu plumpen Märchen in den Schulen nicht leisten. In dem 1960 erschienenen „Aufklärungsbuch" *„Wie sag' ich's meinem Kinde?"* wurde z.B. dem Erzieher zum Thema Onanie folgender Apell ans Herz gelegt: *„So groß bist du also jetzt schon, mein Junge...ein kleiner junger Mann. Aber paß auf, reibe einmal kräftig mit deinem Finger in deinem geschlossenen Auge herum. Du merkst, es brennt und schmerzt und wird getrübt. Sieh, solche Organe mit so feinen Nerven sind uns anvertraut, und man ist doch wohl ein Esel, damit so unbehutsam umzugehen..."*.

An die Stelle solchen und ähnlichen Schwachsinns sollte auf Beschluß der KMK eine *„wissenschaftlich fundierte und methodisch durchdachte"* Sexualerziehung treten. Kurze Zeit nach den KMK-Empfehlungen gingen die Kultusminister der einzelnen Bundesländer daran, eigene Richtlinien zur Sexualerziehung zu erarbeiten, mit Ausnahme Schleswig-Holsteins und des Saarlands, die die mehr als allgemeinen KMK-Empfehlungen kommentarlos übernahmen. Eingeleitet wurden diese Richtlinien allesamt mit einer Menge salbungsvoller Worte: *„Sexualerziehung ist Bildung der Geschlechtlichkeit des Menschen. Sie bejaht alle ihre Aspekte: Leiblichkeit, Sexualität, Eros als seelische und geistige Kraft. Sexualerziehung leistet einen Beitrag zur Integration aller Kräfte der Geschlechtlichkeit in die personale Ganzheit des Menschen"* (Richtlinien Baden-Württemberg vom 20.1.69).

Wem die eigentliche Verantwortung obliegt, wird in allen Beschlüssen sehr deutlich gesagt: *„Sexualerziehung ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Die Schule ist aufgrund ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages verpflichtet, bei dieser Aufgabe mitzuwirken... In der Schule sollen Schülerinnen und Schüler zu den Fragen der Sexualität ein sachlich begründetes Wissen erwerben. Dieses Wissen soll es ihnen ermöglichen, auf diesem Gebiet Zusammenhänge zu verstehen, sich angemessen sprachlich auszudrücken und sich ein Urteil auch über schwierige und ungewöhnliche Erscheinungen zu bilden."*

In der Praxis heißt das, daß die Schule den „technischen Hintergrund" liefern soll, den Rest haben gefälligst die Eltern zu übernehmen. Neben den Eltern kommt in einigen Beschlüssen ausgerechnet den Religionslehrern die Aufgabe zu, die Schüler mit „gesellschaftlichen und sittlichen" Aspekten der Sexualität vertraut zu machen. Den größten Raum innerhalb der Richtlinien nehmen jedoch die reinen Sachfragen ein. In Bremen soll z.B. bis zum 10. Schuljahr folgendes gelehrt werden:

„1. Biologisch-medizinische Sachfragen (z.B. Bau und Funktion der Sexualorgane, Zeugung, Schwangerschaft, Geburt);
2. Sexualpsychologische Fragen (z.B. Verhalten der Geschlechter zueinander, Partnerwahl, Partnerschaft, Ehe, gleichgeschlechtliche Beziehungen, Masturbation);
3. Sozialethische Fragen (z.B. Empfängnisverhütung, Promiskuität, Prostitution);
4. Sozialrechtliche Grundfragen (z.B. Ehe- und Familienrecht, Rechte der ehelichen und der unehelichen Kinder);
5. Strafrechtliche Fragen (z.B. Triebverbrechen, Kuppelei, Abtreibung, Verbreitung von Geschlechtskrankheiten)".



Werden in der Regel in den Richtlinien gesellschaftliche Fragen noch angesprochen, so geht es in den Schulbüchern weit „sachlicher" her. In der „Biologie des Menschen" von Linder/Hübler, einem für die Mittelstufe des Gymnasiums und Abschlußklassen der Realschulen gebräuchlichen Buch, sind vier Seiten (einschließlich einer ganzseitigen Abbildung dem Thema „Wie neues Leben entsteht" gewidmet. Dabei fallen auf die „Begattung" (es sind dabei offensichtlich Menschen gemeint) ganze 6 1/2 Zeilen! Sex im Schulbuch liest sich wie folgt: *„Bei der Begattung werden die vom Mann ausgestoßenen Samenzellen vor der Öffnung des Uterus, dem sogenannten Muttermund, abgelagert. Von dort wandern sie mit Hilfe schlängelnder Bewegungen ihres Schwanzfadens in den Uterus, ja selbst in den Eileiter ein, bis eine Samenzelle eine reife Eizelle trifft."* – Oder wie man in einem anderen weitverbreiteten Buch lesen kann: *„Die menschliche Sexualität hat ihre Begründung im Geschlechtstrieb ... Der Geschlechtstrieb zielt durch die Ausübung des Geschlechtsaktes auf die Erzeugung von Nachkommenschaft. Die Triebbefriedigung ist dann dem Wunsch zugeordnet, ein Kind zu bekommen"* („Der Mensch", Klett 1971).

Wer sich als Lehrer im Unterricht nicht auf solchen Stuß stützten will, hat einiges an Klippen zu umschiffen. Z.B. dürfen zumindest in Hamburg Fotos von „Geschlechtsteilen" nur mit Genehmigung aller Eltern der Klasse gezeigt werden. Konsequenz: Der Lehrer muß zeichnen. Oder: Diejenigen Bücher, die sich nicht auf 6 1/2 Zeilen „Begattung" beschränken, sondern darstellen, daß Sexualität auch vor, nach und manchmal auch ohne Geschlechtsverkehr passiert, sind entweder für den Unterricht nicht zugelassen („Sampsel") oder gar „als unzüchtige Schriften" auf den Index gesetzt („Zeig Mal").

„Sexualerziehung" – an der Sexualität der Schüler vorbei

Die so in den Schulen dargebotene Einführung in technische Grundwissen – verbunden mit mehr oder weniger „Moral" – hat natürlich mit Erziehung, d.h. Entwicklung und Förderung der Sexualität der Schüler, absolut nichts zu tun. „Sexualerziehung" ist Einübung in die bürgerliche Sexualmoral. Und die kennt – offiziell – nur eine Form der Sexualität: „Geschlechtsverkehr" zwischen Frau und Mann – möglichst mit Fortpflanzung verbunden. Zugestanden ist in dieser Moral inzwischen auch ein „Vorspiel" und ein „Nachspiel". Was da nicht reinpaßt, ist nicht mehr Sexualität, und so werden große Bevölkerungsteile zu Wesen ohne Sexualität (alte Menschen, Kinder) oder zu „Perversen" (Schwule, Lesben). Die Kapitalisten haben dann noch ihre Doppelmoral. Entsprechend geht die „Techniklehre" und Moralisiererei im Sexualkundeunterricht lediglich von dem aus, was für Erwachsene Sexualität sein soll. Die sexuelle Praxis und die Bedürfnisse der Kinder, die häufig erheblich phantasiereicher und kreativer sind als die der Erwachsenen, bleiben völlig außen vor. Diese Haltung spiegelt sich sogar in als fortschrittlich geltenden Aufklärungsbüchern wieder – wie „Zeig Mal". Dort zeigen am Anfang ein paar Bildseiten, wie ein Kind sich mit seinem Körper bzw. dem eines anderen Kindes befaßt – und dann geht alles seinen sexuellen Gang: Erwachsene betreiben Sexualität.

So stehen Lehrer, Erzieher, Eltern, die eine fortschrittliche Sexualerziehung praktizieren wollen, vor einem doppelten Problem: vor der Unvollständigkeit, den staatlich auferlegten Beschränkungen einer Sexualerziehung überhaupt und dem Vorurteil über Sexualität und kindliche Sexualität im eigenen Kopf.

Reaktion gegen „Teufelswerk"

Den reaktionärsten Hetzern, wie Springer oder den Kirchen, ist aber selbst das, was heute an BRD-Schulen zum Thema Sexualität gebracht wird, noch zu viel.

In Anzeigenkampagnen, Broschüren, Büchern, Flugblättern und Gebetsaktionen kämpft der „Freundeskreis Maria Goretti" gegen die „Zwangssexualerziehung" in der Schule. Es wird das Gespenst einer total „enthemmten" Jugend aufgebaut. In einem Blatt des „Freundeskreises" heißt es: *„Streng wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß der sexuell enthemmte junge Mensch auch auf allen anderen Gebieten enthemmt wird. Wenn also die Geschäftsleute über das Ansteigen der Ladendiebstähle durch Kinder klagen, wenn von Einbrüchen, Raubüberfällen und sogar Mordtaten Jugendlicher immer häufiger berichtet werden muß, ist die Wurzel in der sittlichen Enthemmung der Kinder zu suchen."* Im gleichen Blatt wird darüber gegeifert, daß im Sexualkundeunterricht über Prostitution, Homosexualität, Abtreibung und Kuppelei gesprochen werden soll: Themen, über die laut „Freundeskreis" *„noch nicht einmal erwachsene Christen reden sollten"*!

Aus welcher braunen Ecke der „Freundeskreis" stammt, wird auch an der rassistischen Hetze klar, mit der die Gefahr für die „deutsche Volksrasse" beschworen wird: *„Wir sacken ab! Herbst 1975 wurden 46.000 Kinder weniger eingeschult als im Vorjahr... Jahre zuvor mußten wir 2 Millionen Fremdarbeiter anwerben"*, und die produzieren nach Meinung des „Freundeskreises" Kinder im Überfluß, zerstören aber auch die Reinheit des deutschen Volksgutes. Die Schuldigen für dieses „Teufelswerk" sind in Bayern laut „Freundeskreis": *„...Linke CSU-Leute"* (!), die *„gegen die Zielsetzung ihrer eigenen Partei und gegen die Staatsverfassung die Geschäfte der Marxisten besorgen"*.

Neben dem „Freundeskreis Maria Goretti", der in seiner „frommen" Rechtsradikalität und Idiotie in absehbarer Zeit wohl kaum größere Teile der Öffentlichkeit gegen Sexualkundeunterricht mobilisieren kann, stehen eine Reihe reaktionärer Aktivitäten, die wesentlich ernster genommen werden müssen. So hetzt die Springerpresse seit Entstehen der KMK-Empfehlungen gegen den Sexualkundeunterricht. So kann man u.a. in der „Bild" lesen:

„Viele Eltern vertraten schon immer die Meinung, daß Sexualkundeunterricht an den Schulen den Kindern nur schadet. Wissenschaftler haben diese Elternmeinung zum erstenmal bestätigt" („Bild", 5.2.76).

In Hamburg protestierte eine katholische „Elterninitiative" bei Schulsenator Apel gegen die obligatorische Sexualerziehung. In die gleiche Richtung geht die Stellungnahme eines Arbeitskreises der Hamburger Ärztekammer, der den Sexualkundeunterricht als einen *„unzulässigen Eingriff in die Erziehung durch die Eltern und die individuelle Entwicklung des Kindes"* bezeichnete („Welt", 6.5.77).

In Nordrhein-Westfalen protestierten CDU-Fraktion, katholische Bischöfe und die Landeselternschaft der höheren Schulen gegen die Einführung des Sexualkundeunterrichts. An der Kampagne gegen den Sexualkundeunterricht beteiligten sich natürlich auch einige sogenannte Wissenschaftler wie die Rechtsaußen der Kinderpsychologie Christa Mewes. Immer um den Fortbestand des Abendlandes besorgt fordert sie, daß der Sexualkundeunterricht vom Stundenplan zu verschwinden habe, denn der *„nüchtern-brutale Aufklärungsunterricht ... löst in der Pubertät Angstträume, Hysterie, Gefühlskälte und oft auch seelisch bedingte Krankheiten aus ... sie kann sogar im Erwachsenenalter zu perversen Sexualpraktiken führen"* („Bild", 5.2.76).

Die Angriffe auf den Sexualkundeunterricht sollen den Kindern die ohnehin schon mehr als beschränkte Möglichkeit nehmen, etwas über ihre Sexualität und ihren Körper zu erfahren. Die Reaktion will selbst den unvollkommensten Ansatz von Emanzipation zunichte machen.

Arbeitsgruppe Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

7 %-Forderung bei Eisen und Stahl: Ein neuer Tiefpunkt ist erreicht!

Nach langem Zögern und Zaudern haben die IG-Metall-Führer ihre Lohnforderung für die diesjährige

Nach langem Zögern und Zaudern haben die IG-Metall-Führer ihre Lohnforderung für die diesjährige Tarifauseinandersetzung in der Stahlindustrie jetzt vorgelegt. Die große Tarifkommission beschloß (mit 64 gegen 34 Stimmen) am 10.11. für die 210.000 Beschäftigten der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück eine Lohnerhöhung von 7 Prozent zu fordern. Zusaätzlich wird eine Änderung des Lohnrahmentarifvertrages angestrebt, wodurch bei betrieblichen Umbesetzungen eine Lohnminderung bis zu 24 Monaten verhindert werden soll.

Mit dieser erbärmlichen Lohnforderung, um deren Aufstellung man sich aus gutem Grund lange Zeit herumgedrückt hatte, haben die Gewerkschaftsführer einen neuen tarifpolitischen Tiefpunkt gesetzt. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß man weiter auf Kosten der Kollegenschaft wie in den vergangenen Jahren Lohnverzicht üben will, und daß man dabei sogar noch „bescheidener" wird. Die IG-Metall-„Tarifexperten" sind ihrer „großen gesamtwirtschaftlichen Verantwortung" voll gerecht geworden und sie haben sich dem von den Herrschenden vor Beginn der Tarifverhandlungen bewußt geschürten Angstklima angepaßt.

Denn von Kapitalisten, Bundesbank und Regierung wird massiv eine nachhaltige Kurskorrektur in der Lohnpolitik verlangt. Nach ihrer Meinung ist der wirtschaftliche Auf-

schwung vor allem an den „überhöhten" Tarifabschlüssen 1977 geschei-

schwung vor allem an den „überhöhten" Tarifabschlüssen 1977 gescheitert. Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch das Jahresgutachten des Sachverständigenrats, welches in diesen Tagen bekannt gegeben wurde. Die sogenannten Fünf Weisen empfehlen *„einen Anstieg der Lohntarifabschlüsse von höchstens 5,5 Prozent einschließlich aller Nebenleistungen (!!!) im kommenden Jahr. Noch günstiger sei nach ihrer Meinung ein Abschluß von nur drei Prozent. Sogar ein Lohnstop wäre nicht schädlich"* („FR", 23.11.).

Und besonders die Scharfmacher von Gesamtmetall sind fest entschlossen, keinen Abschluß zu akzeptieren, der über diesen Rahmen hinausgeht. Sie sind nach eigenen Angaben bestens vorbereitet, um notfalls einen Streik in Kauf zu nehmen und diesen mit Aussperrung zu beantworten.

Auf diese unverhohlenen Drohungen reagierte Hans Mayr, bis vor kurzem Tarifexperte der IGM: *„Jedenfalls ist für uns jetzt klar, mit welcher Absicht die Kapitalseite in diese Tarifrunde hineingeht. Wir werden uns entsprechend darauf einzustellen wissen"* („Metall", 23/77).

Dies ist wohl so zu verstehen, daß die Gewerkschaftsführer freiwillig nachgeben wollen, um die angedrohte Konfrontation zu vermeiden.

Die 7 %-Forderung bei Eisen und Stahl jedenfalls läßt keinen anderen Schluß zu.

Stahlkapitalisten beharren auf einer Lohnpause

Stahlkapitalisten beharren auf einer Lohnpause

In der Stahlindustrie haben die Gewerkschaftsführer mit Abstand die schlechtesten Karten, daran ändert auch die miese Ausgangsforderung absolut nichts. Vielmehr zeichnet sich hier ab, daß die IGM-Führer in allernächster Zeit überhaupt keinen Abschluß zu Stande bringen werden.

Ohne auf die IG Metall-Forderung näher einzugehen, haben die Stahlkapitalisten erneut bekräftigt, daß für sie nur eine Verlängerung der bisherigen Tarife in Frage kommt. Zwar haben die IG Metall-Strategen dieses unverschämte Ansinnen abgelehnt, dennoch dürfte es den Stahlbossen nicht schwerfallen, eine Lohnpause durchzusetzen, wozu schon eine schleppende Verhandlungsführung ausreicht. Hinzu kommt, daß eine derartige Entwicklung auch den Gewerkschaftsführern in den Kram paßt. Denn auch aus ihrer Sicht ist in der Stahlindustrie „nichts zu holen", wodurch es auch für sie günstiger ist, Tarifabschlüsse in anderen Bereichen vorzuziehen.

Problematisch ist dabei nur, ob die Stahlarbeiter diesen Anpassungskurs widerstandlos hinnehmen. Schon einmal haben die Gewerkschaftsführer mit einer Lohnpause schlechte Erfahrungen gemacht. Es ist zu hoffen, daß sich dieses Beispiel wiederholt.

Metallkommission

Milliarden-Coup kurz vor der Vollendung

Anfang 1975 wurde von der Familie Flick ihr 75%-Anteil an der Daimler-Benz-AG an die Deutsche Bank verkauft. Der Erlös betrug 2 Milliarden DM! Dabei gelang es den Kapitalisten, durch Neuinvestitionen die Zahlung von rund einer Mrd. DM an Steuern zu verhindern!

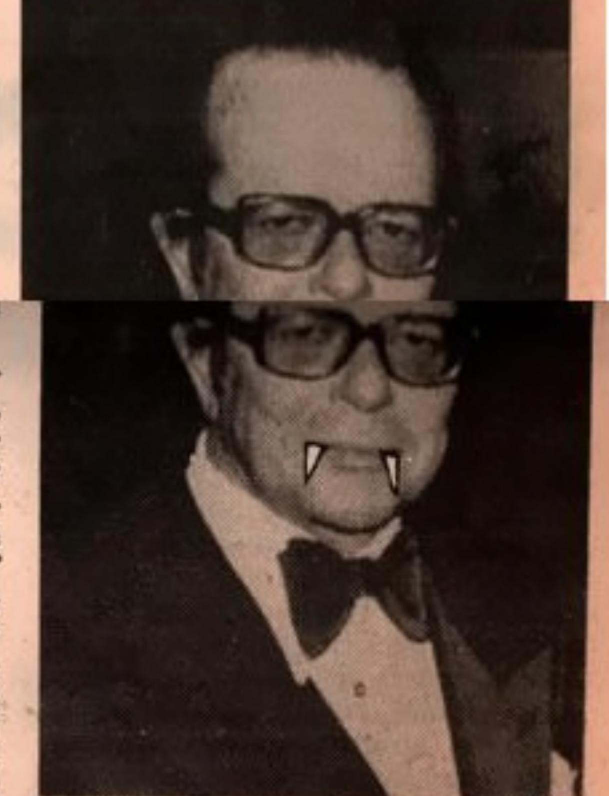
Nach Paragraph 6b nämlich brauchen keine Steuern gezahlt werden
Zahlung von rund einer Mrd. DM an Steuern zu verhindern!

Nach Paragraph 6b nämlich brauchen keine Steuern gezahlt werden, wenn von den Unternehmern die Gelder in *„volkswirtschaftlich besonders förderungswürdige"* Vorhaben investiert werden, die Investitionen, die *„einer breiten Einkommensstreuung"* dienen! Unter diesem Vorwand wurden bereits 500 Mill. DM in neue Projekte gesteckt, die wesentlich höhere Gewinne versprechen. Rund 300 Mio. DM sollen jetzt zusätzlich in die Flick-eigene Feldmühle AG wandern, um eine Mammut-Papiermaschine zu finanzieren, die hunderte von Arbeitsplätzen überflüssig machen wird!

Auch hier soll nun der Antrag zur Steuerbefreiung gestellt werden, da schließlich *„die Produktionsstruktur modernisiert und langfristig abgesichert"* würde! Sollte es dem Flick-Konzern gelingen, bis Ende 1978 auch die restlichen 1,2 Mrd. DM in sogenannte „förderungswürdige" Vorhaben einzuschleusen, so wäre damit die größte Steuerbefreiung der Nachkriegsgeschichte abgesichert!

Und der Staat steht „machtlos" da?!

Mit „hängender Zunge" sind nun die SPD-Steuerexperten dabei, einen Antrag auf Gesetzesänderung zunächst mal innerhalb der SPD durchzubringen. Sie wollen in den Paragraphen 6b eine Obergrenze von 20 - 25 Mio. DM im Jahr einführen, um so den gewaltigen Flick-Coup zu verhindern. Doch selbst der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgruppe Steuern, Dr. Rolf Böhme, hat *„wenig Hoffnung auf eine rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes"*, bis Ende 1978!



Milliardär Friedrich K. Flick

Andere Gesetze, wie letztens das Kontaktsperrregesetz können komischerweise innerhalb von 3 Tagen durchgezogen werden; wenn es jedoch darum geht, einem Kapitalisten allein die rechtmäßigen Steuern zahlen zu lassen, d a n n r e i c h t e i n g a n z e s J a h r n i c h t a u s!

So schreibt selbst die „Frankfurter Rundschau" vom 9.November: *„Wie es aber aussieht, wird von Lambsdorff (Wirtschaftsminister) von Brauchitsch (Flick-Manager) nicht enttäuschen ... Eine SPD-Gesetzesinitiative kann erst den übernächsten Milliarden-Fall kappen"!*

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Stahlarbeiter im Kampf gegen Massenentlassungen

Warnstreik bei Thyssen-Niederrhein (TN)

Etwa 1000 Arbeiter von TN in Duisburg-Hochfeld legten am 3.November für fast zwei Stunden die Arbeit nieder. Die Kollegen zogen zum Verwaltungsgebäude, wo gerade Betriebsrat und Geschäftsleitung verhandelten und verlangten Klarheit über die drohende Teilstillegung, die etwa 700 Entlassungen zur Folge hätte.

Von Stillegung sind die „Drahtstraße 3" sowie verschiedene Reparaturbetriebe bedroht. In diesen Bereichen wird schon seit über 2 Jahren kurzgearbeitet, deshalb befürchten die Kollegen jetzt die endgültige Einstellung der Produktion.

Wie üblich versuchten die Vorstandssprecher abzuwiegeln. Angeblich sei eine Entscheidung noch nicht gefallen, und außerdem werden noch Umsetzungen in andere Werke geprüft. Besonders übel – wie könnte es anders sein – trat der Arbeitsdirektor in Erscheinung: *„In den letzten Jahren habe TN Entlassungen nur über den Sozialplan vorgenommen. Das wird auch in Zukunft unser Ziel sein"* („WAZ", 4.11.).

Es bleibt zu hoffen, daß die Arbeiter diesen Vorstandsplänen mit selbständigen Aktionen einen Strich durch die Rechnung machen.

Thyssen-Gelsenkirchen

Der Konzernvorstand hatte eine Kommission beauftragt, an 650 Arbeitsplätzen Zeitmessungen durchzuführen. Aus Protest hiergegen legte ein großer Teil der Belegschaft für zwei Stunden die Arbeit nieder und marschierte zur Hauptverwaltung. Zusätzlich erwirkten IG Metall und Betriebsrat eine einstweilige Verfügung, wodurch den Thyssen-Bossen unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 30 000 Mark verboten wird, „Arbeitsmengenüberprüfungen mit Zeitmeßgeräten" durchzuführen.

300 Entlassungen bei Klöckner in Hagen-Haspe

Der Vorstand der Klöckner-Werke beabsichtigt in Hagen-Haspe die Feineisenstraße stillzulegen, was eine Reduzierung der Belegschaft von derzeit 900 auf unter 600 zur Folge hätte.



Stahlarbeiter im Streik

Belegschaft und Betriebsrat bezeichneten in einer Protestresolution die angekündigten Entlassungen als „vorletzten Schritt auf dem Wege zur totalen Stillegung des Werkes" Sie kündigten an, daß sie diesen Weg nicht kampflos gehen werden und forderten die Hagener Bevölkerung zur Unterstützung auf. Die IG Metall kündigte Unterschriftensammlungen, Flugblattaktionen und Kundgebungen an, um die Bevölkerung wachzurütteln.

Es muß aber leider auch hier bezweifelt werden, daß IGM-Führung und Betriebsrat ernsthaft bemüht sind, die Entlassungen zu verhindern. Anstelle einer konsequenten Belegschaftsmobilisierung setzen diese auf eine Rettung durch bürgerliche Politiker und den Konzernvorstand, der eine Ersatzanfertigung nach Hagen schaffen soll.

Noch schlimmer ist aber, daß nach Mitteilung der Konzernherren über die Entlassung von 100 Kollegen mit dem Betriebsrat Einverständnis erzielt wurde, und daß nur noch über eine Vergrößerung der Zahl um etwa 230 verhandelt werde.

Metall-Kommission

Schulte & Bruns: Alle 1700 Kollegen werden entlassen

Am Dienstag den 15. November war die Katze aus dem Sack. Die Werft und Reederei Schulte&Bruns in Emden und Bremen, die am 31. Oktober Konkurs angemeldet hatte, wird alle Kollegen entlassen. Das wurde vom Konkursverwalter auf einer Betriebsversammlung der Werft in Emden bekanntgegeben.

Im Anschluß an diese Betriebsversammlung demonstierten ca. 2000 Kollegen der Emdener Werften und des VW-Werks für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Der Demonstrationszug führte durch die Stadt zum DGB-Haus. Dort forderte der Betriebsratsvorsitzende der Schulte&Bruns sofortige Hilfen von der Bundesregierung und vom Land Niedersachsen zur Erhaltung der Werft und ihrer Arbeitsplätze.

Die Eigentümer der aus 35 Einzelunternehmen zusammengestückelten Firmengruppe Schulte&Bruns haben es mit Hilfe von Millionen-Bürgschaften des Bundes und der Länder geschafft, einen Schuldenberg von ca. 500 Mio DM anzuhäufen. 1969 waren sie schon einmal kurz vorm Konkurs, damals gab aber das Land Bremen eine Landesbürgschaft von 3 Mio DM, die dazu diente, von der Heringsfangflotte auf Massengutfrachter umzusteigen. Auch jetzt hatten die Firmeninhaber noch einmal versucht, ihren Laden zu retten und forderten dafür eine Bundesbürgschaft von 20 Mio, einen Überbrückungskredit von 6 Mio und einen Sanierungskredit von weiteren 20 Mio DM. Betriebsrat und Gewerkschaftsführung waren sich nie zu schade, ebenfalls Forderungen für die „notleidende" Werft zu stellen. Eine Bürgschaft von 8 Mio DM für das letzte Schiff zur Ablieferung Mitte Dezember ist übrigens erst Anfang November auf 11,4 Mio Mark erhöht worden.

Gerade für die 450 Kollegen der Werft in Emden bedeutet die Entlassung Ungewißheit und längere Arbeitslosigkeit. In Emden beträgt die Arbeitslosenquote jetzt schon 8,4%. Dazu plant noch eine weitere Emdener Werft, die Thyssen-Nordseewerke, die Einsparung von 500 Arbeitsplätzen im nächsten Jahr. Für die betroffenen Kollegen der Schulte&Bruns Werft besteht trotz Millionen Steuergeldern an Subventionen nicht die kleinste Sicherheit. Es besteht nicht einmal ein Sozialplan. Betriebsrat und IG-Metall versuchen zwar jetzt einen aufzustellen, aber ob noch Geld dafür vorhanden ist, bleibt im Dunklen.

Der Betriebsrat hätte sich in erster Linie dafür einsetzen müssen, daß die berechtigten Ansprüche der Kollegen erfüllt werden können, statt ständig die Forderung der Kapitalisten nach höheren Bürgschaften zu unterstützen.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Nach der Betriebsversammlung auf die Straße

HBV

Betriebsratswahlen Iduna-Hamburg:
Die Rechten haben es nicht geschafft!

Die BR-Neuwahl bei der Iduna ist beendet. Das Ziel einer ganzen Reihe von rechten Kräften, die Linken nach den Kündigungen aus dem Jahr 1975 endgültig aus dem Betriebsrat zu werfen, ist mißlungen.

Bei einer Wahlbeteiligung von 85% und der Kandidatur von 8 Listen erreichte die ALTERNATIVE ca. 8% der Stimmen und einen Sitz im BR. Die Abteilungsleiterlisten (gleich drei!) konnten ihr Etappenziel nicht erreichen, eine starke Fraktion zu bilden: Die Liste 8 mit dem ehemaligen BR-Vorsitzenden und Abteilungsleiter Fechner an der Spitze fiel völlig durch (46 Stimmen), die Liste 3 mit fast nur Abteilungsleiterkandidaten errang einen Sitz, die Liste 6 mit gemischten Kandidaten und einem Abteilungsleiter als Spitzenkandidat errang zwei Mandate.

Ausgerechnet hatten sich alle mehr; hatten sie doch auf die Unzufriedenheit der Belegschaft mit der alten BR-Truppe gerechnet und gehofft, diese auf ihre Mühlen umzumünzen (s. AK 117). Unzufrieden gingen auch die offiziellen Gewerkschaftslisten aus der Wahl hervor:

Als DAG-Liste kandidierte diesmal die BR-Clique, die in dem kleineren Betriebsteil seinerzeit alle bis auf einen Sitz erringen konnte. Diese Liste erhielt diesmal 3 Plätze. HBV – diesmal bekanntlich ohne die „störende Linke" – bekam zwar noch vier Sitze, aber weniger Stimmen als vor drei Jahren die linke HBV-Liste mit den heute gekündigten Kollegen. Der eigentliche Gewinner, von den erzielten Plätzen her, ist der alte BR-Vorsitzende Reimann (DAG). Er war nicht offiziell von der DAG nominiert worden, gilt aber als sich „einsetzender" Mann – gemäßigt, aber immerhin. So trat er 1975 bei den Kündigungen der fortschrittlichen Kollegen als BR-Vorsitzender zurück, weil den Kapitalisten seine Mittlerversuche nicht paßten und dann einen Mehrheitsbeschluß im BR für die Kündigung der Kollegen durchgedrückt werden konnte.

Zum Abschneiden der ALTERNATIVE

Die Kapitalisten und rechten BR-Listen hatten erwartet, mit der Wahl die Linken bei der Iduna endgültig los zu sein. Insofern stellt das Wahlergebnis der ALTERNATIVE einen Erfolg dar. Nachdem die Liste nur unter größten Mühen gegen die Einschüchterung im Betrieb die erforderlichen 100 Unterschriften sammeln konnte, kam sie bei der Wahl nur unwesentlich über diese Zahl hinaus, obwohl viele Kollegen der Liste ihr Wohlwollen bekundet hatten.

Das hat verschiedenerlei Ursachen: Zum erstenmal seit langer Zeit konnte von den Linken während des Wahlkampfs wieder eine offene Betriebspolitik gemacht werden, die aufgrund der Kündigungen bis dahin nur noch auf Sparflamme kochen konnte. Bei der Wahl machte sich das entsprechend bemerkbar. Die Liste wurde teils offen (s.Kasten) aber noch stärker unter der Hand als KB- oder gar Terroristen-Liste angegriffen, was zumindest auf die Kollegen vielfach soweit wirkte, daß sie sich nicht direkt mit der Liste solidarisierten. Darauf ist von der Alternative kaum direkt eingegangen worden. Allerdings war die Alternative wohl die einzige Liste, die einen öffentlichen Wahlkampf geführt und dabei insbesondere die Mauscheleien der alten Betriebsräte angegriffen hat. So muß der Erfolg bei der Iduna-Wahl, daß zumindest die Listen hauptsächlich gewonnen haben, die vor den Kollegen eine weißere Weste vorweisen konnten, auch als ein Erfolg des Wahlkampfs der ALTERNATIVE angesehen werden.

Wie geht es weiter?

Noch war die konstituierende BR-Sitzung nicht. Aber das Mauschelkarussell läuft auf Hochtouren. Wer wird Vorsitzender, wer kommt in die interessanten, entscheidungsbevollmächtigen Ausschüsse? Eins nur ist sicher. Die ALTERNATIVE will nun keiner mehr so recht in die BR-Arbeit einschalten. Das ist nicht weiter verwunderlich, aber zeigt den weiteren Weg.

Mit der „kritischen Stimme" im BR und den wiedergewonnenen Verbindungen im Betrieb kann viel erreicht und aufgebaut werden.

Ein Genosse von Iduna
KB/Gruppe Hamburg

Kurz vor Schluß: Ein ‚Gespenst' wird »enthüllt«.

Zwei Tage vor der Betriebsratsneuwahl wollten die Rechten zuschlagen.

Anonym - über interne Iduna-Hauspost - in neutralem Umschlag wurde einer ganzen Reihe von Kolleginnen und Kollegen ein mehrseitiges Schriftstück mit Dokumentenanhang zugestellt:

„Ein Gespenst geht um" . . . - Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Arbeit der Betriebsräte in den vergangenen Jahren sind nicht die Arbeit von Gespenstern, sondern die Arbeit der *„Betriebszelle Iduna/KB Gruppe Hamburg"*. Hingewiesen wird auf die „Strickmusterarbeit des KB bei Beiersdorf, Still etc." Unterschrieben ist die ganze Sache von einem Gerhard Behmer. Er ist Angestellter bei der Iduna, nach eigenen Angaben früher Mitglied der KPD und Redakteur einer Hamburger KPD-Zeitung.

Auf folgenden fünf Seiten kommt eine Beschreibung des KB (Entstehung, Ziele) sowie eine „Darlegung" des Eingreifens des KB bei der Iduna (aus der Brille des Herrn Behmer). Einige Kostproben: *„Die Wahlen* (gemeint ist die BR-Wahl 1975) *brachten den Elementen des KB einen Erfolg. In beiden Betriebsräten konnten Elemente und Sympathisanten installiert werden. Mit den Entlassungen beginnt die 4.Phase in der von der Iduna Betriebszelle KB/-Gruppe Hamburg geplanten Eskalation* (gemeint sind die Entlassungen von vier Betriebsräten und mehren Vertrauensleuten aus der HBV-Betriebsgruppe). *Verfahren vor dem Hamburger und dem Bundesarbeitsgericht belasten die Arbeit der Betriebsräte bis heute."*

Und zum Schluß: *„Die Kolleginnen und Kollegen haben eine sehr gute Gelegenheit, sich von den Befürwortern des Terrors zu befreien."*

Der Dokumentenanhang bringt eine Aufstellung von Flugblättern der HBV-Betriebsgruppe von 1974 an bis zu Veröffentlichungen der HBV-Führer zu den Kündigungen. Eingeflochten werden die Symbole der „Zur Sache" (Branchenzeitung des KB), des Arbeiterkampf bis zum Ende: Alternative (Wahlliste der Iduna-Linken) = Liste des KB.

Bei einer ganzen Reihe von Kollegen löste diese Art der Wahlinformation Empörung aus. Zumal die ganze Sache anonym und per Iduna-Hauspost verschickt wurde. Natürlich erklärte der Iduna-Vorstand, er hätte damit nichts zu tun und würde - fände er den Urheber - arbeitsrechtliche Konsequenzen einleiten. Aber finden konnten sie den Versender natürlich nicht. Herr Behmer, der einzige namentlich greifbare, hatte es vorgezogen, an dem fraglichen Tag im Urlaub zu sein.

So beantragte die Liste Alternative zwei einstweilige Verfügungen vor dem Arbeitsgericht. Einmal, um die Iduna zu zwingen, ihre Position noch vor der Stimmabgabe öffentlich darzulegen und zum anderen, um Herrn Behmer die aufgestellten Behauptungen zu untersagen. Das Arbeitsgericht widerum zog es vor, vor der Stimmabgabe nichts zu sagen: Sie setzte für drei Tage nach der Wahl eine mündliche Verhandlung an.

Das inzwischen ergangene Urteil lautet auf Ablehnung! Die Begründung ist noch nicht bekannt.

Kurz vor Schluß: Ein ‚Gespenst' wird »enthüllt«.

Zwei Tage vor der Betriebsratsneuwahl wollten die Rechten zuschlagen

meint ist die BR-Wahl 1975) brachten den Elementen des KB einen Erfolg. In beiden Betriebs-

Bei einer ganzen Reihe von Kollegen löste diese Art der Wahlinformation Empörung aus.



Nach der Betriebsversammlung auf die Straße

Philips-Konzern: Profite steigen, Kollegen müssen gehen!

Mit einer Steigerung des Reingewinns von über 20% (!!) für die ersten neun Monate dieses Jahres konnte der Philips-Konzern wieder einmal die Früchte seiner Rationalisierungen ernten. Begründet wird diese „positive Gewinnentwicklung" zynischerweise auch noch mit einer „Verbesserung der Kapazitätsauslastung". Dies bedeutet nichts anderes, als daß immer weniger Kollegen immer mehr „schaffen" müssen. So wurden nämlich im gleichen Zeitraum insgesamt 5700(!) Kollegen vom Philips-Konzern entlassen! Davon allein 1800 in Holland.

Doch trotz alledem ist man noch lange nicht zufrieden, die Kündigungen für das nächste Jahr sind bereits „in Planung". So auch bei Philips-Tochter Valvo in Hamburg:

Valvo: „großer" Erfolg der IG-Metall?

Wie wir bereits in AK 117 ausführlich berichteten, stimmte der Betriebsrat bei Valvo in einer Geheimsitzung einem Sozialplan zu, mit dem 155 Kollegen auf die Straße gesetzt werden sollen. Diese Mauschelei wird nun auch noch als „großer Erfolg" verkauft. So schreibt die sozialdemokratische „Hamburger Morgenpost": *„Ursprünglich hatte der Konzern geplant, wegen Rationalisierungen der Transistorfertigung 200 Mitarbeiter zu entlassen. Dem Betriebsrat und der IG-Metall gelang es, diese Zahl zu verringern. Außerdem handelten sie für die betroffenen Arbeiter Abfindungen in Höhe von 2,4 Millionen Mark aus".*

Kein Wort dabei von den über 15 Mio. DM an Steuergeldern, die Valvo in den letzten Jahren vom Staat für „Forschungszwecke" kassierte. Allein davon könnten diverse solcher „Sozialpläne" finanziert werden!

Einen weiteren Hammer leistete sich der BR nun im Hinblick auf die nächste Betriebsversammlung: hatte er es bisher noch nicht einmal für nötig befunden, die Kollegen über die Sozialplanverhandlungen zu informieren, so will er nun die Diskussion darüber durch „Zeitvorgabe" von vornherein abblocken! Für die gesamte Betriebsversammlung sind gerade 2 Stunden angesetzt worden, dabei stehen durchaus noch andere Themen, z.B. Aufsichtsratswahlen, auf dem Programm!

Doch nichtsdestotrotz stellte sich der BR auf der letzten VK-Sitzung am 17.11. auf den Standpunkt, daß seine bisherige „Arbeit" bei den Kollegen „angekommen" wäre, und er deswegen wohl auch nach der kommenden BR-Wahl im Amt bleiben werde. Vorbeugend drohte er dabei gleich Gewerkschaftsausschlüsse für den Fall an, daß Gewerkschafter eine zweite Liste aufmachen würden! Davon sollten sich die Kollegen nicht einschüchtern lassen!

Valvo-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Klöckner-Humboldt-Deutz: Entlassungsterror gegen »Rote Liste«

Nachdem die „Rote Liste" bei KHD in Köln zu den BR-Wahlen im April '76 gegen zwei andere Listen kandidierte und 9% der Stimmen errang, wurde die erste Betriebsrätin bereits zwei Tage nach der ersten Sitzung fristlos entlassen: Sie hatte die Kollegen ihrer Abteilung kurz zusammengerufen, um sie über die Sitzung zu informieren. Die reaktionäre BR-Mehrheit stimmte der Entlassung zu, und so auch das Arbeitsgericht! Ein Gewerkschaftsausschluß aller drei Kandidaten der Liste konnte zwar verhindert werden, jedoch wurde dann der nachgerückte BR, Franz Meier, fristlos entlassen: er hatte angeblich ohne Berechtigung, auf einer Versammlung der Jugendvertreter gesprochen!

Nun soll mit dem Hinauswurf der letzten Betriebsrätin die „Rote Liste" endgültig ausgeschaltet werden!

Die Tatsache, daß sie in einer anderen Abteilung mit einem Kollegen diskutiert hatte, ohne sich vorher abzumelden, soll als Begründung für eine fristgerechte Kündigung ausreichen! Auch hier gaben die rechten BRs natürlich ihre Zustimmung! Bleibt nur die Frage, wen man aus der IG Metall ausschließen sollte? (Informationen aus „Roter Morgen", 11.11.77)

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Buchhandel: Gewerkschaftsführer blocken Urabstimmung ab

Hamburg: Nachdem am 3.11.77 auf der Mitgliederversammlung (MGV) der Fachgruppe Buchhandel und Verlage die Einleitung der Urabstimmung beschlossen wurde, hat nun die Landesbezirkskonferenz dem Hauptvorstand ‚empfohlen', die Urabstimmung nicht zu genehmigen, was einer Ablehnung gleichkommt. In einem Schreiben an den Fachgruppenvorstand begründet Landesbezirksleiter Arnold Krause die Ablehnung folgendermaßen:

Der Organisationsgrad im Buchhandel sei zu gering (1/3 aller Beschäftigten, was in einem Fachbereich der HBV nicht schlecht ist); die Urabstimmung wäre eine Niederlage geworden, denn es hätten nie 75% der Mitglieder mit Ja gestimmt.

In dem gleichen Schreiben machte er „interessante Vorschläge", wie seiner Ansicht nach der ‚Kampf' weitergeführt werden sollte: Flugblätter verteilen an Kunden, eventl. Aktionen in der Innenstadt und vor allem Abrücken von der Festgeldforderung (was schon immer sein Wunsch war). Dieses Schreiben lag am 22.11. auch dem Arbeitskreis Tarife vor, der alle bisherigen Aktionen der Fachgruppe getragen hatte.

Die Kollegen, die ein halbes Jahr lang Flugblätter verteilt und andere Aktionen durchgeführt hatten, fühlten sich von diesem Beschluß und von den alternativen ‚Kampfmaßnahmen' verarscht. Ein Kollege sagte treffend: *„Wir haben nicht nur gegen die Front der Unternehmer zu kämpfen, sondern auch gegen unsere eigene Gewerkschaft, die uns hier abblockt."*

Daran erhitzten sich die Gemüter, denn die DKP-Anhänger sahen dies nicht so. Sie meinten, man könne die Schuld am Nichtzustandekommen des Streiks nicht allein Arnold Krause zuschieben, es sei ja auch wahr, daß zu wenig Kollegen streikbereit seien und die Urabstimmung gescheitert wäre und man müsse jetzt wieder von vorne anfangen, d.h. Flugblätter verteilen, eventuell Aktionen in der Innenstadt machen usw.

Die übrigen Kollegen waren empört, daß dort nun von der DKP insbesondere die Loyalität mit Krause wieder entdeckt wurde, nachdem sie auf der Mitgliederversammlung noch gegen Krause gestimmt hatten, nur bei der Festgeldforderung blieben sie noch „hart".

Mit dem Motto, wer scheut hier die notwendige Kleinarbeit, konnten sich die Revis durchsetzen, daß es dabei bleibt und ein weiteres Flugblatt verteilt wird.

Ein weiteres Flugblatt für die Mitglieder soll außerdem erstellt werden, in dem der Beschluß der MGV für Urabstimmung dem Landesbezirksbeschluß gegenübergestellt werden soll.

Doch auch hier werden die Gewerkschaftsführer wieder abblocken!

Genossinen aus dem Buchhandel

ÖTV

Abschluß in der See Manteltarifrunde: Ein harter Schlag gegen die Seelute!

Die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag für die 33.000 Seeleute sind mit der Annahme eines Schlichtungsspruches beendet. Die Gewerkschaftsführer haben die Streikbereitschaft unter den Seeleuten mit Füßen getreten und mit der Annahme des Schlichtungsspruches die soziale Lage der Seeleute deutlich verschlechtert. Denn sie haben es akzeptiert, daß der zum Ende dieses Jahres auslaufende Heuertarifvertrag um elf Monate (!) verlängert wird. Der Heuertarifvertrag hat nichts mit dem Manteltarifvertrag zu tun. Ein Jahr lang für die Seeleute keine Lohnerhöhung, ein Jahr Lohnpause, das ist schamloser, brutaler Lohnraub!

Gegenstand der eigentlichen Verhandlungen war der Manteltarif. Gefordert war die 40-Stunden-Woche und mehr Urlaub. Beides wurde nicht einmal annähernd erreicht. Lediglich tritt eine Überstundenbezahlung für Wochenenden auf See in Kraft. Eine verbindliche Regelung über die Umwandlung von Überstunden in Freizeit fehlt gänzlich.

Die Laufzeit dieses MTV wurde auf fast fünf Jahre (!) festgelegt, bis zum 30.9.1982!

Erheblich abgebaut wurden folgende Leistungen: Der Zuschlag pro Überstunde wird von 35% auf 30% gesenkt!
Die Funkdienste sowie die Backzulage wurden ganz gestrichen!

Als den maßgeblichen Erfolg werten die ÖTV-Führer die „Urlaubserhöhung":

Ab 1.1.1979 und ab 1.7.1980 wird der Urlaub um je einen halben Kalendertag (!) erhöht (aus: ÖTV-Eilnachricht).

Ebenso war für die Annahme ausschlaggebend, daß die 40-Stunden-Woche „durchgesetzt" wurde. Das stimmt nicht, denn die Arbeit wird an Bord so wie bisher weitergehen, für die Überstunden gibt es 5% weniger, und mehr Urlaub sind die beiden halbe Tage keineswegs.

Die Reeder sind mit dem Verhalten der Gewerkschaftsführer sehr zufrieden: *„Im ganzen positiv"* (Hbg. Abendblatt 23.11.) wertete der Vorsitzende des VDR (Verband Deutscher Reeder) Dr. Henry de La Trobe. In der ÖTV hat es starke Auseinandersetzungen gegeben, die hoffentlich weiter geführt werden. *„Mit einer starken Opposition in den eigenen Reihen zu kämpfen hatte die Gewerkschaft ÖTV"* (Hbg. Abendblatt, ebenda). Die Kapitalisten versprechen sich von diesem Abschluß sicherlich eine Signalwirkung für andere Bereiche: Lohnstopp für das nächste Jahr in allen Bereichen. Darüberhinaus bereiten Kapitalisten, „Wissenschaftler" und Staat eine *„Kurskorrektur in Richtung lohnpolitische Zurückhaltung auf viele Jahre"* (FR, 23.11.) vor. *„Alle Versuche und Bemühungen, die Wirtschaft wieder stärker voranzubringen, wären gefährdet bis aussichtslos, wenn in der nächsten Runde nicht die Lohnforderungen bescheidener als im vergangenen Jahr ausfallen"* (Spiegel, Nr. 47) propagierte Otte Wolf von Amerongen (DIHT) als Marschrichtung. Es gibt eine Vielzahl derartiger „Maßhalte-Appelle", und die Gewerkschaftsführer werden dem nichts entgegensetzen. Der Betrug an den Seeleuten sollte in der kommenden Lohnrunde von keinem Gewerkschaftskollegen vergessen werden.

So hat die DAG in Person des Bundesvorstandsmitglieds Heinz Groteguth erklärt, sie wolle *„bei den kommenden Lohnverhandlungen für den öffentlichen Dienst keine offensive Tarifpolitik betreiben"*. Einen Abschluß in Höhe von 5,5 Prozent halte er für nicht völlig abwegig („HH Abendblatt", 10.11.77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ab 1.1.1979 und ab 1.7.1980 wird der Urlaub um je einen halben Kalendertag (!) erhöht (aus: ÖTV-Eilnachricht).

Ebenso war für die Annahme ausschlaggebend, daß die 40-Stunden-Woche „durchgesetzt" wurde. Das stimmt nicht, denn die Arbeit wird an Bord so wie bisher weitergehen, für die Überstunden gibt es 5% weniger, und mehr Urlaub sind die

Bundesvorstandsmitglieds Heinz Groteguth erklärt, sie wolle *„bei den kommenden Lohnverhandlungen für den öffentlichen Dienst keine offensive Tarifpolitik betreiben"*. Einen Abschluß in Höhe von 5,5 Prozent halte er für nicht völlig abwegig („HH Abendblatt", 10.11.77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

öTV **Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr**
Bezirksverwaltung Hamburg

E I L N A C H R I C H T : TARIFAKTION MTV-SEE '77 BEENDET

Gewerkschaft ÖTV hat Schlichtungsspruch für die Seeschiffahrt angenommen

Rechtzeitig vor Ablauf der Erklärungsfrist am 22.11.1977, 17.00 Uhr, teilte die ÖTV der Schlichtungsstelle mit, dass sie den Schlichtungsspruch vom 15.11.1977 annimmt.

Die Beratungen in den Entscheidungsgremien erfolgten vor dem Hintergrund der ernsten Bedenken, die die Tarifkommission auf ihrer Sitzung am 17.11.1977 erhoben hatte. So sollten z.B. die Laufzeit des Heuertarifvertrages um 12 Monate verlängert und Zugeständnisse in einigen Bestimmungen des Manteltarifvertrages gemacht werden.

Hier die hauptsächlichen Ergebnisse:

Laufzeit des neuen MTV vom 1.1.1978 bis zum 30.9.1982.
Laufzeit des derzeitigen HTV bis zum 30.11.1978.
Der Zuschlag pro Überstunde wird von 35% auf 30% gesenkt.
Der Nachtzuschlag im Hafen wird den Nachtzuschlägen von 25% angeglichen.
Die Funkdienst- sowie die Backzulage fallen weg.
Der Ausgleichsbetrag nach § 70 wird nur für Anwesenheitszeiten, nicht neben einer tariflichen Vergütung bezahlt.
35 Mehrarbeitsstunden werden in die Heuern der Festheuerbezieher ohne Einzelüberstundenvergütung einbezogen.
Im Zweiwachendienst erfolgt die Bezahlung der 9. - 12. Stunde an reinen Seetagen mit dem Zweiwachenzuschlag.

Eine Urlaubserhöhung erfolgt in zwei Stufen und gilt für Schiffe jeder Grösse. Ab 1.1.1979 und ab 1.7.1980 wird der Urlaub um je einen halben Kalendertag erhöht. Die regelmässige Seearbeitszeit beträgt wie im Hafen 8 Stunden an den Werktagen von Montag bis Freitag.

Ausschlaggebend für die Annahme war, dass die seit langem geforderte 40-Stunden-Woche auf See und eine Verlängerung des Urlaubs durchgesetzt werden konnte. Damit wird die 56-Stunden-Woche auf einen Schlag abgebaut. Die Annahme wurde auch dadurch erleichtert, dass in gesonderter Verhandlung mit den Reederverbänden die Verlängerung der Laufzeit des HTV-See von 12 auf 11 Monate verkürzt werden konnte. Die ÖTV geht davon aus, dass sich aus der Arbeitszeitverkürzung materielle Verbesserungen der Einkommenssituation der Seeleute in akzeptablem Umfang ergeben.

Abteilung Seeschiffahrt
Eulen Steinvorth — Hamburg, 23.11.1977

Eine Veröffentlichung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Bezirk Hamburg, Besenbinderhof 57, 2000 Hamburg 1 (Eigendruck) Presserechtlich verantwortlich: Eike Eulen, Besenbinderhof 57, 2000 Hamburg 1

ÖTV – Die Gewerkschaft aller Fahrensleute · Mitglied des DGB und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF)

...und so einen Scheiß wagen die ÖTV-Führer auch noch zu veröffentlichen!

Gewerkschaftsausschluß wegen Teilnahme an 1. Mai - Demo?

Gegen die Ärztin Hildegard Geißler, die seit 10 Jahren an den Städt. Kliniken in Osnabrück arbeitet, die seit 5 Jahren Gewerkschaftsmitglied der ÖTV ist, und in die Vertrauenleutegruppe des Krankenhauses sowie in den Kreisgewerkschaftstag und in den Vorstand der in der ÖTV organisierten Ärzte Niedersachsens gewählt wurde, läuft ein Verfahren zum Ausschluß aus der ÖTV wegen Beteiligung an der 1. Mai-Demonstration '77 in Osnabrück.

Der ÖTV-Vorstand Osnabrück sah diese Demonstration als eine Demonstration des KBW an; in einer solchen Demonstration ein Transparent zu tragen, sei Unterstützung des KBW, und eine Unterstützung des KBW sei mit der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft unvereinbar. Der Ausschlußantrag wurde ohne Anhörung der Kollegin an den Bundesvorstand der ÖTV nach Stuttgart geschickt.

Die Kollegin hat von der Möglichkeit, sich beim Bundesvorstand zu den Vorwürfen zu äußern, fristgemäß in einem ausführlichen Brief – per Einschreiben – Gebrauch gemacht. Sie hat richtiggestellt, daß es sich nicht um eine KBW-Demonstration gehandelt hat, sondern daß zu der 1.Mai-Demonstration 77 – übrigens der einzigen, die in diesem Jahr in Osnabrück stattfand – außer dem KBW mehrer Jugendgewerkschaftsgruppen, mehrere Fachbereichsgruppen der Universität Osnabrück, das Komitee „Südliches Afrika", die Gruppe für ein unabhängiges Jugendzentrum und das Chile-Komitee Osnabrück aufgerufen hatten.

Das Chilekomitee, in dem die Kollegin seit der Gründung Januar 74 mitgearbeitet hat, hat in Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt mehrer chilenische Flüchtlingsfamilien nach Osnabrück geholt und betreut und ist in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, Filmvorführungen und Vorträgen über die Lage in Chile, durch Solidaritätsfeste und Demonstrationen an den Jahrestagen des Putsches und jeweils am 1.Mai für die Solidarität mit Chile eingetreten. Es setzt sich überparteilich aus engagierten Einzelpersonen zusammen.

Auch an diesem 1.Mai trug die Kollegin wie in früheren Jahren zusammen mit chilenischen Flüchtlingen ein Transparent des Chile-Komitees Osnabrück gegen die Unterdrückung in Chile durch die Militär-Junta. Trotz der den Tatsachen entsprechenden Gegendarstellung der Kollegin hat der ÖTV-Vorstand in Stuttgart den Ausschluß bestätigt, ohne auf ihre Ausführungen einzugehen.

Sollte wirklich ein engagiertes Eintreten für Chile am 1.Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse in aller Welt, den Ausschluß aus einer bundesdeutschen Gewerkschaft bedingen?

Das wäre Zynismus gegenüber der Lage des unterdrückten chilenischen Volkes, gegenüber den hier im Asyl lebenden chilenischen Flüchtlingen und gegenüber den öffentlichen Solidaritätserklärungen des DGB und der Bundesregierung. Es wäre außerdem ein weiteres Beispiel für die Einschränkung der freien Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit und des Demonstrationsrechts in der BRD.

Das Chile-Komitee und chilenische Flüchtlinge in Osnabrück haben bereits beim ÖTV-Vorstand in Stuttgart gegen den Ausschluß protestiert. Wir fordern die Chile-Komitees und Chile-Solidaritätsgruppen auch der anderen Städte der BRD, sowie die Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere die Kollegen von der ÖTV, denen die Chile-Solidarität nicht gleichgültig ist, auf, ebenfalls darauf zu drängen, den Ausschluß zurückzunehmen.

Chile-Komitee Osnabrück
Chile-Solidaritäts-Gruppe Osnabrück

Kontaktadresse des Chile-Komitee: Otto Kuhlmann, Ziegelstr. 21, 45 Osnabrück

»Sanierungsprogramm« für die Bundesbahn

Haushaltsberatungen im Bundestag legten es offen: Die Verluste der Deutschen Bundesbahn (DB) sind stark gestiegen.

1977 betragen sie 4,5 Mrd. DM. 1978 sollen die Verluste auf 5 Mrd. DM steigen. Wenn man die Verluste durch Kreditaufnahme zur Finanzierung der anderen Verluste dazurechnet, kommt man auf insgesamt 33 Mrd. DM (nach FAZ vom 9.11.77).

Für das steigende Defizit gibt es verschiedene Ursachen. Dem Bundesrechnungshof fällt nichts besseres ein, als die Subventionen für die Eisenbahnersportvereine zu kritisieren...

Den größten Verlust hat die DB im Gütertransportverkehr gemacht. 1974 wurden 347,2 Mio. Tonnen, 1977 nur noch 270 Mio. Tonnen befördert (FR, 5.11.77). Bis 1981 wird mit 6 Mrd. DM weniger als ursprünglich eingeplant gerechnet. Die Güterbeförderung für die Kapitalisten ist also ein glattes Verlustgeschäft.

Vergleichsweise gering dagegen die Verluste im Personenverkehr, 1,8 Mrd. DM weniger als geplant sollen eingehen (nach FR vom 5.11.77).

Für den Schuldenberg der DB wird auch der angebliche „Personalüberhang" verantwortlich gemacht. Dazu muß angemerkt werden, daß schon 43.000 Mitarbeiter seit 1974 wegrationalisiert wurden. Das war aber nur der Anfang, bis 1985 soll die Zahl der Bundesbahner von jetzt 365.000 auf 275.000 reduziert werden (nach FR vom 5.11.77). Sozialerweise ohne Entlassung, aber:

- 1978 keine Neueinstellungen von Beamten und Lehrlingen;
- jetzt werden 4400 Beamte auf geringerwertige Dienstposten versetzt (z.B. Lokführer werden zu Sicherungsposten für Arbeitskolonnen);
- über 2000 Kollegen werden für „minderwertige" Posten umgeschult, für 566 werden Lehrgänge vorbereitet;
- ab 60 Jahren kann vorzeitig pensioniert oder zwangspensioniert werden;
- Beamte werden für andere Behörden oder sogar für die Privatwirtschaft „freigestellt". (alle Angaben nach „Hamburger Abendblatt" vom 19./20.11.77).

Der Grund für diese irrsinnigen Rationalisierungen: die Bundesregierung verlangt, daß bis 1985 die Bilanzverluste der DB zu verschwinden haben (laut FAZ vom 9.11.77).

Bisher hat sich nur die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands dagegen ausgesprochen, aber auch nicht mehr. Sie schlägt zur Sanierung vor, daß die Kapazitäten des Straßengüterverkehrs nicht erhöht werden dürfen (nach FAZ, 18.11.77).

Das DB-Management hat sich da was anderes überlegt: ab 1.3.78 sollen - mal wieder - die Fahrpreise im Personenverkehr erhöht werden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Belegschaft stimmt für Persönlichkeitswahl

Lufthansa Hamburg: Im Frühjahr '78 findet die nächste Betriebsratswahl bei der Lufthansa statt. Deshalb wurde von einigen Kollegen bei Lufthansa-Hamburg eine erste Initiative gestartet, um die Diskussion und Auseinandersetzung zur Wahl anzukurbeln. Dazu erstellten und verteilten sie einen „Offenen Brief", von mehreren Kollegen aus verschiedenen

die Kandidaten anzukreuzen, die man später auch im Betriebsrat sehen möchte."

Um das Meinungsbild der gesamten Hamburger Belegschaft festzustellen, wurde eine Abstimmung darüber auf der Betriebsversammlung am 23.11. gefordert.

Der „Offene Brief" wurde im Betrieb interessiert gelesen und disku-

bleibt jetzt solange bestehen, bis eine Liste eingereicht wird, danach besteht der Zwang zur Listenwahl.

Erfolgreich auf dieser Betriebsversammlung war die Rede eines linken Kollegen: In seinem sehr bildlichen und und satirischen Beitrag nahm er zu den ständig steigenden Kantinenpreisen Stellung. Mehrmals wurde er von starkem Beifall unterbrochen. Da-

Belegschaft stimmt für Persönlichkeitswahl

Lufthansa Hamburg: Im Frühjahr '78 findet die nächste Betriebsratswahl bei der Lufthansa statt. Deshalb wurde von einigen Kollegen bei Lufthansa-Hamburg eine erste Initiative gestartet, um die Diskussion und Auseinandersetzung zur Wahl anzukurbeln. Dazu erstellten und verteilten sie einen „Offenen Brief", von mehreren Kollegen aus verschiedenen Abteilungen des Betriebes unterzeichnet, in dem sie die Notwendigkeit einer Persönlichkeitswahl erklären. Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Die letzten Wahlen bei uns erfolgten nach dem Listenwahlprinzip, d.h. es konnte jeweils nur das Wahlkreuz für eine Liste abgegeben werden, ohne Rücksicht darauf, ob man von der angekreuzten Liste später auch alle Kandidaten im Betriebsrat sehen wollte. Die Möglichkeit, Kandidaten zu streichen oder hinzuzufügen, besteht bei einer Listenwahl nicht.

Wir haben nun in einer ganzen Reihe von Gesprächen und Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Abteilungen festgestellt, daß man lieber von der Möglichkeit Gebrauch machen würde, nur die Kandidaten anzukreuzen, die man später auch im Betriebsrat sehen möchte."

Um das Meinungsbild der gesamten Hamburger Belegschaft festzustellen, wurde eine Abstimmung darüber auf der Betriebsversammlung am 23.11. gefordert.

Der „Offene Brief" wurde im Betrieb interessiert gelesen und diskutiert. Denn bei der DLH gibt es zu den Wahlen immer eine Vielzahl von Listen. Die Besetzung des BR hatte sich jedoch nie wesentlich verändert. Die ÖTV-Liste wurde immer vom Vertrauensleutevorstand aufgestellt, ohne daß die Kollegen Einfluß darauf hatten. Leute, die im Betrieb kaum einen Fuß hatten, waren auf den obersten Listenplätzen wiederzufinden. Die Forderung nach Persönlichkeitswahl wurde deshalb in der Belegschaft ständig nachdrücklicher, bis sich jetzt auf der Betriebsversammlung 90% der Belegschaft für die Durchführung einer Persönlichkeitswahl aussprachen!

Sogar der BR-Vorsitzende unterstützte die Abstimmung (aus taktischen Gründen)...

Der Persönlichkeitswahlmodus bleibt jetzt solange bestehen, bis eine Liste eingereicht wird, danach besteht der Zwang zur Listenwahl.

Erfolgreich auf dieser Betriebsversammlung war die Rede eines linken Kollegen: In seinem sehr bildlichen und und satirischen Beitrag nahm er zu den ständig steigenden Kantinenpreisen Stellung. Mehrmals wurde er von starkem Beifall unterbrochen. Daraufhin fühlte sich ein BR-Mitglied, Manfred Winge, CDU-Mitglied und „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat, angesprochen. Als Vorsitzender des Kantinenausschusses versuchte er, die Preiserhöhungen zu rechtfertigen. Doch kaum hatte er seine Rede angefangen, erscholl ein Buh- und Pfeifkonzert, was man bisher von den eher zurückhaltenden Kollegen auf einer Betriebsversammlung noch nie gehört hatte. Das Konzert hörte erst auf, nachdem er seine Rede abgebrochen hatte. Diesem Herrn sollte es wohl schwer fallen, mit einer eigenen Liste für die nächste Betriebsratswahl und Aufsichtsratswahl anzukommen.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

50 Planstellen für Putzfrauen vernichtet

Hamburg: Die Entscheidung über Einsparungen bei den Reinigungskosten in den städtischen Kindertagesheimen ist so gut wie gefallen: der Haushaltsausschuß wird der Bürgerschaft die Streichung von einer Million Mark empfehlen. Das bedeutet den Wegfall von 45-50 Planstellen in diesem Bereich.

Die Behörde hatte ermitteln lassen, daß 193 489 Jahresreinigungsstunden zuviel verputzt wurden - wenn man eine Reinigungsfläche von 80 qm/h zugrunde legt.

Ursprünglich bestand sogar die Absicht, etwa 2 Millionen einzusparen. Doch das wurde (vorerst?) zurückgenommen. Vielleicht auch aufgrund massiver Proteste der Kolleginnen und Kollegen. Immerhin gingen aus 80 Heimen Protestbriefe bei der Geschäftsleitung ein; nach einer Betriebsversammlung verteilten über 30 Kollegen Protestflugblätter in der Hamburger Innenstadt. Die Geschäftsleitung der „Vereinigung" schickte daraufhin die oberste Putzfrau durch alle Heime, die Protestbriefe geschickt hatten, um zu überprüfen, „ob die Proteste überhaupt berechtigt sind".

Allerdings hatte sie den klaren Auftrag, den Kolleginnen einzutrichtern, daß an der Berechnungsgrundlage nichts zu ändern sei.

Die Berechnungsgrundlage sei ohnehin viel günstiger als in anderen Bereichen. Z.B. in Vollheimen müsse eine Putzfrau 100 qm pro Stunde schaffen.

Als von der Geschäftsleitung die Nachricht über die Stellenstreichungen auf der Betriebsverammlung vorgetragen wurde, gab es - dank der vorhergehenden Beackerungen - kaum Protest von den Kollegen. Die Geschäftsleitung verkaufte uns diese Einsparung sogar noch als äußerst großzügig. Herr Bäuche erklärte uns: wenn man zuviel Geld auf sein Konto bei der Sparkasse überwiesen bekommt, müsse man dies auch zurückzahlen. Und es sei nun mehr als recht und billig, daß jahrelange „Übervorteilung" zurückgenommen werde! Man würde immerhin nicht verlangen, daß die 10 Millionen DM, die im Laufe der Jahre zuviel „verputzt" wurden, zurückgezahlt werden!

Schon als die ersten Nachrichten vor einigen Monaten durchsikkerten, versprach uns die Geschäftsleitung, daß kein Kollege entlassen wird. Obwohl aber die Einsparungen erst für den Haushalt '78 vorgesehen sind, werden schon jetzt unbesetzte Planstellen nicht mehr besetzt! Die Kolleginnen sollen vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Damit trägt die „Vereinigung" mit zur Arbeitsplatzvernichtung besonders bei „ungelernten Frauen" bei.

ÖTV–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Vorstandswahlen der DruPa Hamburg:
Sieg für die fortschrittlichen Kräfte

Am 2o.11. fanden in Hamburg die Neuwahlen für den Ortsvereinsvorstand der IG DruPa statt. Nachdem der bisherige geschäftsführende Vorstand aus rechten Sozialdemokraten (die „Wolf-Clique") am 13.10. zurückgetreten war und sich auf den Bezirksvorstandsposten (eine Etage höher) zurückgezogen hatte (s.ARBEITERKAMPF 116 und 117). Gewählt wurden die Kandidaten Goll, Werner und Nordmeyer, die sich bei fortschrittlichen Delegierten eine Vertrauensgrundlage durch ihre Mitarbeit im OCR-Arbeitskreis geschaffen hatten. Die Kanditaten waren auf Vorschlag der Gruner Vertrauensleute aufgestellt worden, die bisher Träger der Kritik an dem Raster-Entwurf der Gewerkschaftsführer gewesen sind, weil dadurch schon den Rationalisierungswünschen der Kapitalisten im Druckbereich weitgehend entgegengekommen wird.

Sie hatten erklärt, daß sie weiterhin bei ihrer Kritik bleiben würden, obwohl der Gewerkschaftstag den Rastertarif der Gewerkschaftsführer abgesegnet hatte, außerdem verpflichteten sie sich auf ein imperatives Mandat der Delegiertenversammlung, deren Beschlüsse sie also in Zukunft als bindend anerkennen, eine in der Gewerkschaft an sich unvorstellbare Angelegenheit. Diese Kandidaten setzten sich durch gegenüber den DKP-Kandidaten, die nach den Vorstellung des Hauptvorstandes eigentlich „dran" gewesen wären. (Der Hauptvorstand hatte den alten Vorstand zum Abschuß freigegeben, da dieser Satzungsverstöße begangen hatte).

Die DKP-Kandidaten haben ihre Wahlschlappe wesentlich ihrer prinzipienlosen Pöstchenjägerei zu verdanken, die ihnen sowohl das Mißtrauen der Linken als auch der rechten Sozialdemokraten eintrug.

So zogen die DKP-Anhänger eigens aus dem OCR-Arbeitskreis aus, um den Ruch von Opposition loszuwerden. Die Kandidaten forderten dazu auf, die Beschlüsse der Delegiertenversammlung u n d des Gewerkschaftstages umzusetzen - die bekanntlich in krassem Widerspruch stehen, so sprachen sie von der gleichzeitig gültigen Kritik am Rastertarif und dem gültigen Beschluß des Gewerkschaftstages.

Außerdem hatten die DKP'ler den rechten Sozialdemokraten einen Pakt angeboten und vorgeschlagen, zwei der drei alten Vorstandsmitglieder wieder in den Vorstand zu hieven, nachdem diese auch mithilfe der DKP sich zum Rücktritt veranlaßt sahen.

Zu den Linken Kontrahenten wußten sie nicht mehr vorzubringen, als daß diese nicht einmal bei der „normalen" Betriebsarbeit „ihren Mann stehen" würden. So blieben ohne Linie nur noch die nackten Pöstchenjäger übrig, die sich bei den Rechten lieb Kind machen wollten - da hätte die DKP eigentlich für die Wiedereinsetzung des alten Vorstands stimmen müssen.

Die rechten Sozialdemokraten hielten sich aus der Wahl heraus, nachdem Metzinger vom alten Vorstand einen Beitrag abbrechen mußte, als sein versuchter Rundumschlag gegen alle auf breites Mißfallen stieß.

Insgesamt hatten die Rechten sowieso für die Wahl - zu der sie keine Kanditaten stellten - schlecht mobilisiert und stellten nur einen Block von etwas über 35 harten Nein- und Ungültig-Stimmen. Die DKP-Kandidaten brachten es auf rund 65 Stimmen, während der linke Teil etwa 9o Stimmen ausmachte.

Dabei waren aber insgesamt nur weniger als 200 von rund 400 Delegierten anwesend, weit weniger als bei sonstigen Wahldiskussionen üblich.

Durch die Wahl des neuen Hamburger DruPa-Ortsvorstands sind in Zukunft schärfere Konfrontationen unausweichlich.

Die Rechten stehen derzeit noch in Warteposition. Die Frage ist, ob der Hauptvorstand, der ja die Wahl dem Hamburger Ortsvorstand überlassen wollte, nun diese unliebsame Wahl akzeptieren wird und erst nach längerem Druck auf Konfrontationskurs gehen wird.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß dieser Ortsvorstand von einem nicht unbeträchtlichen Teil fortschrittlicher Kollegen gestützt wird, die um den Erhalt der Druckerarbeitsplätze kämpfen wollen. Da dürfte es den Gewerkschaftsführern nicht so leicht fallen, diese Opposition unterzupflügen, wie sie es sonst gern mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen zu tun pflegen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

KBW:
Schwupp in den Einheitstopf!

Auch der KBW äußerte sich in der KVZ-Ausgabe Nord jüngst (46/77) zu den Auseinandersetzungen bei Gruner und Jahr, wo es um das Überleben der Setzer geht.

Bekanntlich hat der KBW ja die etwas schrullig-senile Angewohnheit, Kämpfe insbesondere danach zu beurteilen, wieweit deren Forderungen der Einheit des Volkes bzw. der Arbeiterklasse jeweils dienen.

So kann die ‚KVZ' auch hier lobend vermerken, daß hier die Kapitalisten „ den Zusammenschluß ...fürchten", denn - so das höchste Lob der ‚KVZ' - die Kollegen „haben sich zusammengeschlossen im Kampf für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich".

Da die Gruner & Jahr-Kollegen nun diese Paradeparole des KBW auch drauf haben, kann ja eigentlich nichts mehr schief gehen!

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

»Kein Streik bei Stelljes-Verlag«

Diese Meldung fiel seinerzeit während einer Radiosendung über den Druckerstreik 1976. Tatsächlich gab es beim Stelljes-Verlag in Bremervörde keinen Streik und keine Aussperrung. Zwar hatten auswärtige Drucker vorgehabt, dort Streikposten zu stehn, aber daraus wurde dann nichts, obwohl der Stelljes-Verlag, der nicht im Kapitalistenverband ist, schwer während des Streiks abgesahnt hat. Der Verlag ist ein Musterbeispiel für einen Betrieb, wo kaum jemand gewerkschaftlich organisiert ist, wo die Rechte der Kollegen besonders kleingeschrieben werden.

Einige Lehrlinge werden dort dauernd mit Papieraustragen beschäftigt. Einige müssen auch mit Privatzeug in den Müllcontainer, der voll von Farbresten ist, steigen und den Müll runtertreten.

Einer Setzerin wurde nach der Lehrzeit wegen Arbeitsmangel gekündigt, ein paar Monate später wurde sie vom Arbeitsamt wieder dorthin geschickt. Sie erwartet dort sicher bald ihre nächste Entlassung.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Kollegen, die sich dagegen zur Wehr setzen wollen, haben es schwer. Vor zwei Jahren forderte eine Reihe von Kollegen Weihnachtsgeld und die Wahl eines Betriebsrats. Das Weihnachtsgeld wurde dann schließlich mit Verspätung gewährt, die Kollegen, die sich für den BR eingesetzt hatten, gefeuert.

Ein Bremervörder Genosse

Chemie

Hoechst/Frankfurt:
Kritik und Diskussion im »Vertrauenskörper« nicht erwünscht

Nachdem Mitte dieses Jahres sechs Kolleginnen und Kollegen der Hoechst AG im Frankfurter Hauptwerk aus der IG Chemie ausgeschlossen wurden, weil sie den Betriebsrat zu kritisieren wagten (u.a. auch öffentlich auf Flugblättern wegen des sog. „Mitarbeitergesprächs", ein Beurteilungssystem für Angestellte, - der AK berichtete ausführlich darüber), ist ein weiterer Angriff auf die linken Kollegen im Betrieb erfolgt. Bei Hoechst in Frankfurt gibt es einen sog. „betrieblichen Vertrauensleutekörper". Dieser besteht auf der Grundlage einer Betriebsvereinbarung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat. Diese Betriebsvereinbarung sieht vor, daß alle Kollegen im Betrieb Vertrauensleute wählen, also auch die nicht in der Gewerkschaft Organisierten. Ebenso können auch Nicht-Organisierte zu Vertrauensleute gewählt werden. Dieser „Vertrauensleutekörper" tagt während der Arbeitszeit im Betrieb. Vorsitzender ist der Betriebsratsvorsitzende. Ebenfalls Bestandteil der Betriebsvereinbarung ist es, daß Vertreter der Geschäftsleitung an den Sitzungen der „Vertrauensleute" teilnehmen können. Obwohl diese Modell durch und durch reaktionär ist, hat die IG

trauensleute" teilnehmen können. Obwohl diese Modell durch und durch reaktionär ist, hat die IG

Chemie nicht zum Boykott dieses Gremiums aufgerufen und einen gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper aufgebaut, der diesem sozialpartnerschaftlichen Instrument etwas entgegenzusetzen hat, sondern die Gewerkschaft hat einfach alle IG-Chemie-Mitglieder, die als betriebliche „Vertrauensleute" gewählt wurden, als gewerkschaftliche Vertrauensleute anerkannt.

Den rechten IG-Chemie-Betriebsräten und-Funktionären ist diese Konstellation nur recht, denn die betrieblichen „Vertrauensleute" sind ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der unternehmerfreundlichen Betriebsratspolitik.

Allerdings läuft dies nicht ganz widerstandslos ab, wie aus dem Antrag zweier „Vertrauensleute" zu ersehen ist, die sich über eine *„Minderheit"* beklagen, die *„den auf demokratischer Basis gewählten Betriebsrat, insbesondere dessen Vorsitzenden, durch unsachliche Kritik in Mißkredit zu bringen versucht"*. In dem Antrag heißt es:

„Die heutige Vertrauensleutesitzung ermächtigt den Betriebsrat bei wiederholten Anfragen aus dem bekannten Kreis

a) gegebenenfalls kurz auf bereits erfolgte Aussagen des Betriebsrats (Protokolle der letzten Sitzungen, Betriebsversammlungen etc.) hinzuweisen - sofern diese noch aktuell sind.

b) Weitergehende Zusatzfragen entweder in einem späteren persönlichen Gespräch mit dem Fragesteller zu beantworten oder notfalls zurückzuweisen, wenn die an den Betriebsrat delegierten Befugnisse in unerträglicher Weise in Frage gestellt oder sogar angetastet werden(!).

c) Die Sitzung ohne weitere Aussprache oder Abstimmung zu beenden, wenn er der Auffassung ist, alle sachlichen Diskussionsbeiträge gebührend berücksichtigt zu haben. Insbesondere aber dann zu beenden, wenn die Mehrheit der Anwesenden durch demonstratives Verlassen der Sitzung zeigt, daß keinerlei Interesse mehr an den Fragen besteht und durch Weiterführung der Diskussion aus dem bekannten Kreis die Absicht erkennbar ist, die Sitzungen - für alle unerträglich - in die Länge zu ziehen. ...

Haben Sie den Mut durch ihre Zustimmung zu diesem Antrag einer Entwicklung rechtzeitig entgegenzutreten, die auch auf gar keinen Fall in ihrem Interesse sein kann. Unter-

Entwicklung rechtzeitig entgegenzutreten, die auch auf gar keinen Fall in ihrem Interesse sein kann. Unter-

stützen Sie mit ihrem Votum auch weiterhin den Betriebsrat".

Dieser Antrag war nichts anderes als ein „Ermächtigungsgesetz" für den reaktionären Betriebsrat, jegliche Kritik nach seinem Gutdünken schon im „Vertrauensleutekörper" abzublocken und zu unterdrücken. Rolf Brand, der auch VK-Vorsitzender ist, ließ diesen Antrag allerdings nicht abstimmen, und zwar mit der bezeichnenden Erklärung: Eine Abstimmung sei nicht notwendig, weil der Inhalt dem entspreche, was er in allen Vertrauensleuteversammlungen bereits praktiziere!

Bleibt abschließend nur hinzuzufügen, daß Brand, diese Leuchte eines Demokraten, neben seinen betrieblichen Funktionen noch Vorsitzender der Verwaltungsstelle Frankfurt der IG Chemie ist, Mitglied der Tarifkommission Hessen, Mitglied des ehrenamtlichen Hauptvorstandes der IG Chemie, sowie last not least natürlich auch SPD-Mitglied (und in dieser Eigenschaft kandidierte er sogar schon für den Bundestag, allerdings auf aussichtslosem Posten).

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Weitere Kurzarbeit in der Chemie

Hoechst AG, Frankfurt.

115o Kollegen im Farbstoffbereich, des Frankfurter Werkes sind von Kurzarbeit betroffen. In der Tochtergesellschaft Cassella sind es 1000 Kollegen. Im Werk Kalle der Hoechst AG ist für 100 Kollegen, von insgesamt 7300 Beschäftigten, für zwei Monate Kurzarbeit eingeführt. Betroffen ist die Folienverarbeitung. Insgesamt arbeiten 3473 der im Hoechst-Konzern Beschäftigten kurz, das sind 5% der Gesamtbelegschaft.

Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf:

Vom 18. bis 28.11.77 soll in den Hohlglasbetrieben nicht produziert werden: Wegen schlechter Absatzlage, so die Firma, und um den Lagerbestand auf ein „wirtschaftliches" Maß zu reduzieren.

Die 200 Auszubildenden sollen davon nicht betroffen sein

Chemie-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 30
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kohlmarkt

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 67458 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch von 12 bis 14 Uhr Büchertisch in der Zentralmensa der Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und Büchertisch jeden Mittwoch Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Sa. 11 bis 12.00 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Mehr Posten — mehr Streit

Bis Ende Juni 1978 werden die sogenannten Arbeitnehmervertreter nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz in die Aufsichtsräte gewählt sein. In einigen Betrieben ist die Wahl bereits eingeleitet worden. Der als paritätisch besetzt ausgegebene Aufsichtsrat wird in Zukunft die gleiche Anzahl Kapitalvertreter, ernannt durch die Aktionäre, und Arbeitnehmervertreter aufweisen. Wer die zu wählen hat, steht nicht genau fest. Um die Sitzungen reibungslos verlaufen zu lassen, sitzt auf der Arbeitnehmerbank noch ein leitender Angestellter; ferner hat der Aufsichtsratsvorsitzende – immer ein Kapitalvertreter – im Falle eines Patts die alleinige Entscheidung. Außerdem haben sich Gewerkschaftsfunktionäre im neuen Gesetz einige Plätze gesichert. Ein Aufsichtsrat, der aus 12 Leuten besteht, findet beispielsweise in seinen Reihen: sechs Kapitalistenvertreter, einen leitenden Angestellten, der allemal dem Kapitalsinteresse hörig ist, zwei Gewerkschaftsfunktionäre und ganze drei Arbeitnehmer aus dem jeweiligen Betrieb. Damit auch diese drei in fester Hand der Gewerkschaftsbürokratie sind, schlägt der DGB ein Wahlmännerverfahren vor. Die bisherige Direktwahl durch Kollegen soll ausgeschlossen werden. Der Drang nach Tantiemen, nach sozialem Aufstieg hat nun den Streit um das Wahlverfahren entbrennen lassen. Wir wollen am Beispiel einiger Chemie- und Mineralölbetriebe den vorprogrammierten Streit, seine Bedeutung und das Eingreifen verschiedener politischer Richtungen schildern.

DIE BEDEUTUNG DER MITBESTIMMUNG FÜR DIE KAPITALISTEN

Wir haben in mehreren Artikeln des ARBEITERKAMPF die politische Tragweite einer nicht realen, wie sie etwa durch ein vom Klassenkampf getragenes „Gleichgewicht der Kräfte" (nur im revolutionären Stadium der Doppelherrschaft wirklich existiert) vorhanden sein könnte, sondern vorgetäuschten Mitbestimmung besprochen, die allein dazu dient, Arbeiter vom Kampf abzuhalten und sie im Sinne der Gemeinschaftsideologie auf Geheimverhandlungen mit den Kapitalisten zu orientieren. Überall da, wo die institutionelle Mitbestimmung seit langem herrscht, hat sie der Arbeiterklasse großen Schaden zugefügt. So renommieren die Gewerkschaftsbürokraten mit ihrer Montanmitbestimmung: sie habe gewährleistet, daß die Entlassung von werkschaftsbürokraten mit ihrer Montanmitbestimmung: sie habe gewährleistet, daß die Entlassung von etwa 500 000 Arbeitern und Angestellten im Ruhrbergbau ohne ernste soziale Folgen geblieben sei. D.h. Gewerkschaftsbürokraten stellen als Erfolg der Mitbestimmung heraus, einen Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut verhindert zu haben. In einer Entschließung auf dem 7. ordentlichen Bundeskongreß 1966 sagt der DGB dazu: *„Das Montanmitbestimmungsgesetz aus dem Jahre 1951 war ein erster Schritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital. Es hat sich auch in schweren Zeiten hervorragend bewährt. Die großen Strukturveränderungen in der deutschen Montanindustrie hätten ohne die qualifizierte Mitbestimmung zu ernsten sozialen und politischen Folgen geführt. Der DGB und seine Gewerkschaften erklären sich bereit, den durch das Montanmitbestimmungsgestz vorgezeichneten Weg der Zusammenarbeit fortzusetzen und damit die Stabilisierung und Fortentwicklung unserer demokratischen Ordnung zu sichern."*

Gewerkschaftsfunktionäre und DGB-Spitze versuchen neuerdings, das Mitbestimmungsmodell damit schmackhaft zu machen, daß die Arbeitgeberverbände schließlich dagegen geklagt hätten. Die von Biedenkopf angeführte Kapitalisten-Kommission war damals zu dem Ergebnis gekommen: *„Der Vorteil der Mitbestimmung ist, daß sie geeignet ist, dem Arbeitnehmer das Gefühl(!) des Ausgeliefertseins an eine von ihm nicht beeinflußbare Leitungs- und Organisationsgewalt zu nehmen und es durch ein Gefühl (!) der Mitwirkung und Mitbestimmung abzulössen... Die institutionelle Mitbestimmung der Arbeiter im Unternehmen ist geeignet, die Marktwirtschaft auch politisch zu sichern."* Er äußerte damit eine Erkenntnis, die vor ihm schon andere Politiker unterschiedlichster Richtung hatten. So betonte der deutschnationale Propagandist Hugenberg 1919, er wolle die kapitalistische Wirtschaft marschfähig erhalten und schlug vor, die Kapitalisten sollten den Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabrik geben, um eine engere Gemeinschaft mit dem Werk zu schaffen. Damals ging es darum, revolutionäre Bewegungen zum Stillstand zu bringen und an deren Stelle die faschistische Betriebsgemeinschaft zwischen Kapitalisten und Unterdrückten zu schaffen. Nach dem zweiten Weltkrieg, Anfang 1950, frohlockte Jacob Kaiser, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, mit der Praxis der Mitbestimmungsrechte werde der Klassenkampfgedanke endgültig zu Grabe getragen werden müssen.

Auch heute, allen Klagen gegen die Mitbestimmung zum Trotz, heben kapitalistische Ideologen den Vorteil der Mitbestimmung hervor. In einem Artikel „Zum Verfassungsstreit um das Mitbestimmungsgesetz" nimmt der Verein Creditreform in einem Brief an die Kapitalisten Stellung („Wirtschaftsmagazin" Ausgabe September 1977). Der Verein bezieht sich auf ein Rechtsgutachten der Professoren Peter Badura (Uni München), Fritz Rittner (Freiburg) und Bernd Rüthers (Konstanz). Der Verein Creditreform erstellt im Auftrag der Kapitalisten Auskünfte über die Kreditwürdigkeit ihrer Konkurrenten, erstellt Gutachten über bankrott gegangene Unternehmen und übernimmt für die Auftraggeber den Job, ihr Geld bei pleitegegangenen Schuldnern einzutreiben.

Wir drucken einen größeren Auszug seiner Stellungnahme ab, weil sie eine gute Argumentationshilfe ist:

„... In Unternehmen mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Belegschaften würden auch die Arbeitnehmervertreter aus dem Unternehmen überwiegend der stärksten Gewerkschaft angehören. Diese Gewerkschaft rücke also durch ihre Repräsentanten in den Aufsichtsräten und deren Einfluß auf die Vorstände in echte Unternehmer- und Arbeitgeberfunktion (!) ein. Sie übernehme, ob sie es wolle oder nicht, einen Teil der Leitungsverantwortung für das jeweilige mitbestimmte Unternehmen(...) Mit Hinweis auf die praktischen Erfahrungen in der Montan-Industrie, wo es keinen rechtmäßigen Arbeitskampf um tarifpolitische Ziele mehr gegeben habe, verweisen sie darauf, daß in mitbestimmten Unternehmen Arbeitskämpfe in der Regel nicht mehr stattfinden (!!) ... Jeder Streik in solchen Unternehmen diskreditiere das gewerkschaftlich propagierte Modell der paritätischen Mitbestimmung."

POSTENSICHERUNG DURCH WAHLVERFAHREN

POSTENSICHERUNG DURCH WAHLVERFAHREN

Das neue Gesetz liefert eine Wahlordnung frei Haus, die hundert Seiten umfaßt und mit dem sich nachher Konzern- und Betriebswahlvorstände auskennen sollen. Die Gewerkschaften bieten gesonderte Schulungen nur für die Erlernung des Stoffes an. Jeder in den Betrieben ist sich darüber im klaren, wer Wahlvorstand wird, muß ein halbes Jahr vor dem Wahlakt von seiner betrieblichen Arbeit freigestellt werden; oder der heilige Wahlakt wird nicht im Sinne des Gesetzgebers laufen. In einem fünfköpfigen Wahlvorstand wird ein leitender Angestellter sitzen, ausgestattet mit einem Vetorecht, wenn es darum geht, die Arbeiter und Angestellten im Betrieb von den Leitenden zu unterscheiden. Im Konfliktfall entscheidet der Betroffene selbst, ob er leitender Angestellter ist.

Das Wahlgesetz scheint nur für unterlegene Kandidaten gemacht zu sein, um ihnen über die Wahlanfechtung noch eine Möglichkeit zu geben, einen anderen wieder hinauszustoßen. Kenner glauben nicht daran, daß auch nur ein Wahlvorstand das Übermenschliche leistet, die Wahl unanfechtbar über die Bühne zu bringen. Die Postensucher werden noch Jahre danach die Rechtsprechung studieren. Es bleibt zu hoffen, daß wirklich nur solche damit beschäftigt sein werden.

Zwei unterschiedliche Wahlverfahren sieht das Gesetz vor. Wenn weniger als 8.000 Beschäftigte in einem Unternehmen arbeiten, schlägt die Wahlordnung eine sogenannte Urwahl vor. Sind mehr als 8 000 Beschäftigte in einem Unternehmen, soll automatisch ein Wahlmännerverfahren ablaufen. Urwahl heißt, die Kollegen wählen selbst und direkt ihre Kandidaten in den Aufsichtsrat. Beim Wahlmännerverfahren wählen die Kollegen Wahlmänner – für 60 Kollegen einen –, die dann unter sich die Aufsichtsräte aussuchen, soweit sie nicht schon vorher feststehen. In beiden Fällen – Urwahl oder Wahlmännerwahl – besteht die Möglichkeit, daß auf Antrag beim Wahlvorstand von der Kollegenschaft über das jeweils andere Verfahren abgestimmt wird. Der Antrag muß von jeweils einem Zwanzigstel der Kollegenschaft eingereicht worden sein; an der Abstimmung müssen sich mehr als die Hälfte beteiligen, davon muß wiederum mehr als die Hälfte für das andere Wahlverfahren stimmen. Wenn also im denkbaren Fall der Mindestbeteiligung 25,1% für ein anderes Wahlverfahren stimmt, hat es gewonnen.

Das Wahlmännerverfahren bevorteilt eindeutig die DGB-Kandidaten. Der DGB kann aufgrund seiner organisatorischen Stärke im Betrieb (Vertrauensleutegremien, Betriebsräte) die kandidatenreichste Liste aufstellen. Gewinnt seine Liste, was aufgrund des Organisationsgrades der Kollegenschaft das Normale ist, dann kommen auch ausschließlich seine Kandidaten in den Aufsichtsrat. Wird nur eine Liste von Wahlmännern eingereicht (Persönlichkeits„wahl"), findet keine Wahl mehr statt. Alle Wahlmänner auf dieser Liste gelten dann als gewählt. Wir sehen also, wie wichtig das Wahlmännerverfahren ist, will man die Posten haben. Es gäbe auch nicht die peinlich-niedrigen Stimmenzahlen für die gesetzlich vorbestimmten Gewerkschaftsfunktionäre: Gewerkschaftsfunktionäre, für die ge- nicht die peinlich-niedrigen Stimmenzahlen für die gesetzlich vorbestimmten Gewerkschaftsfunktionäre: Gewerkschaftsfunktionäre, für die ge-setzlich abgesicherte Posten freigehalten werden, sind mit nur einer Stimme gewählt. Aber wer will das schon gern. Die von der DGB-Spitze aufgestellten Wahlmänner werden ein anderes Ergebnis vorlegen.

Ein DGB, der angeblich die Parität nicht erreichen konnte, was an der Wirkung der Mitbestimmung auch nichts geändert hätte, hat hier gezeigt, wie sehr er dem Gesetzgeber Erfolge bei der Postenvergabe abringen konnte.

Deshalb rennen die DGB-Funktionäre zur Zeit durch die Betriebe und preisen das Wahlmännerverfahren an. Werner Vitt, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, begründet das Wahlmännerverfahren in der Novemberausgabe der „Gewerkschaftspost" so:

„In großen Unternehmen mit vielen Betrieben kann der Wähler in seinem Betrieb Wahlmänner seines Vertrauens wählen, die eine sachgerechte Auswahl unter den Bewerbern treffen können,

das Wahlmännerverfahren verhindert Zufallsergebnisse,

die Wahlmänner können die Kandidaten auf Herz und Nieren prüfen,

die Wahlmänner können große und kleine Betriebe oder verschiedene Geschäftsbereiche bei der Kandidatenauswahl berücksichtigen, bei Urwahl ist häufig nur der Bekanntheitsgrad derBewerber aus großen Betrieben ausschlaggebend,

die Aufsichtsratsmitglieder können vor einer Neuwahl über ihre Tätigkeit vor den Wahlmännern Rechenschaft ablegen,

die Wahlmänner bleiben ebenso lange im Amt wie die Aufsichtsratsmitglieder und deshalb haben die Wähler über ihre Wahlmänner besseren Kontakt zu den Aufsichtsratsmitgliedern."

Der Kampf um die Postensicherung ist nichts Neues bei den Sozialdemokraten.

Politisch bedeutend ist, daß erstmals den Kollegen das Recht auf Direktwahl genommen werden kann. Bei „guten Erfahrungen" könnte das Urwahlrecht von den gleichen Leuten auch bei Betriebsrätewahlen abgeschafft werden! Selbst gutwillige Vertrauensleute und Betriebsräte werden durch neue Ämter als Wahlmänner immer mehr zu den Aufsichtsratsetagen hingezogen. Sie sollen nach den Vorstellungen des DGB eng mit den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat zusammenarbeiten.

DIE RECHTEN AUF DER SEITE DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN ?

Ausgehend von ein und derselben Grundsatzposition wie der DGB stehen die rechten Vereinigungen in den Betrieben auf Kriegsfuß mit der neuen Wahlordnung.

DAG, christliche Gewerkschaften und unabhängige Freunde der Geschäftsleitung, eigentlich nicht Anhänger demokratischer Entscheidungen, befürchten mit Recht, daß sie ausgestochen werden. Da sie nicht so tiefgestaffelt in den Betrieben organisiert sind wie der DGB, hängt für sie jetzt die Futterkrippe höher. Sie werden kaum Wahlmänner durchsetzen können und somit bei einem Wahlmännerverfahren dem DGB alle Sitze überlassen müssen. Nur scheinbar trifft ihr Interesse mit dem der Kollegen zusammen, die ihr Recht behal- männerverfahren dem DGB alle Sitze überlassen müssen. Nur scheinbar trifft ihr Interesse mit dem der Kollegen zusammen, die ihr Recht behal-ten wollen, zumindest selbst darüber zu entscheiden, wer in irgendwelchen Gremien in ihrem Namen entscheidet. Diese scheinbare Interessenidentität verhalf den Rechten teilweise zu Abstimmungserfolgen. Bisher sind drei Betriebe bekannt geworden, in denen gegen das Interesse des DGB und entgegen dessen Anträgen Urwahl beschlossen wurde: BASF, Degussa und Hapag-Lloyd. In folgenden Betrieben konnte sich die DGB-Führung durchsetzen: Lever Sunlicht, Metzler Kautschuk, VKI Reinhold und Mahla, Rosenthal Glas und Porzellan, Rosenthal Technik, Wintershall AG, AGFA Gaevert. Bei den Konzernen Dynamit Nobel, Feldmühle AG, Henkel, Veba-Chemie, Vereinigte Aluminium Werke, Vereinigte Industrieunternehmen AG, Bayer und Chemische Werke Hüls wurde gar nicht erst über das Wahlverfahren abgestimmt. Da kein Antrag gestellt wurde, gilt das Wahlmännerverfahren.


„Solange Du deine Beine unter meine Tisch steckst, wird gegessen was auf meinen Tisch kommt!"

Bei der BASF hatte die IG Chemie Schwierigkeiten von allen Seiten. Zunächst bei der Kandidatenfindung. Ein seit 10 Jahren dort arbeitender Kreis aus Vertretern der Vertrauensleuteleitungen der Arbeiter und Angestellten sowie der Betriebsratsfraktion der IG Chemie hatte neben anderen ein DKP-Mitglied als Kandidaten ausgewählt. Der Kreis hatte bis dahin alle wichtigen Gewerkschaftsentscheidungen bei der BASF getroffen. Nach dieser Wahl wurde er aufgelöst, u.a. weil er kein in der Satzung vorgeschriebenes Organ sei! Bei der erneuten Kandidatenaufstellung ging die DKP leer aus. Der zweite Streit war vorprogrammiert. Alle rechten Verbände, darunter DAG, Christlicher Gewerkschaftsbund, Verein akademischer Angestellter und Freie Liste von Angestellten, warfen sich zusammen und setzten gegen den Willen der IG Chemie die Urwahl (=Direktwahl) durch. Bei der Höchst AG laufen die Auseinandersetzungen noch. Erste Erfolge konnten die rechten christlichen Gewerkschaften im Pakt mit sogenannten unabhängigen Arbeitnehmer-Vereinigungen schon erzielen. Sie sammelten im Betrieb 7 500 Unterschriften und erzwangen dadurch eine Abstimmung der Kollegenschaft über das Wahlverfahren.

Wir müssen einerseits die Formierung rechter Standesorganisationen bekämpfen und andererseits gleichzeitig aufzeigen, daß die IG Chemie-Bürokraten nicht wirklich einen Kampf gegen sie führen, sondern mit zur Ablenkung der Kollegen beitragen, wenn sie die Auseinandersetzung auf das Niveau des Postenjagens bringen. Deshalb hat es kaum etwas mit Erfolgen reaktionärer Politik zu tun, wenn sich so viele Kollegen für die Urwahl entscheiden. Sie haben dabei hauptsächlich ihr Wahlrecht im Kopf..

VERHALTEN DER LINKEN ZUR MITBESTIMMUNG AM BEISPIEL TEXACO

Schon bei den Aufsichtsratswahlen 1974 hatte die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsgruppe bei Texaco – damals noch IG Chemie-Mitglieder – in der Aufsichtsratswahl Stellung bezogen. Zwei Betriebsräte wandten sich in mehreren Flugblättern an die Kollegen, in denen sie ihre Auffassung zur existierenden Mitbestimmung sagten und die Aussagen mit umfangreichem Material belegten. Auszug aus ihren Flugblättern:

„Auch der Betriebsrat ist zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet. Dabei bleibt er jedoch Arbeitnehmervertreter. Er unterliegt nicht der absoluten Schweigepflicht, er hat das unbeschränkte Streikrecht, er unterliegt keiner Schadenersatz- und Haftpflicht und er bekommt keine Tantieme, also Vergütung für Arbeit, die geleistet wird im Interesse des Unternehmens, das im Konfliktfall bekanntlich Vorrang hat. Bei der Aufsichtsratswahl kann es daher nur eine Antwort geben: Stimmenthaltung oder ungültige Stimmabgabe. Ein solches Wählerverhalten trifft nicht eine echte Mitbestimmung, sondern einen Betrug, der als Mitbestimmung deklariert wird."

Die Wahlbeteiligung sank nach dieser Kampagne von 75% auf unter 40%. Die IG Chemiebürokratie nahm diese Aussagen zum Anlaß, die beiden Betriebsräte aus der Gewerkschaft auszuschließen. Die Interessen der Gewerkschaft seien gröblichst geschädigt worden und durch die Erklärungen hätten sich die beiden gegen die Mitbestimmung und gegen die Demokratie in Staat und Gesellschaft gewandt(!!).

Wir halten in diesem Fall die Aufforderung zum Wahlboykott für rich- die Demokratie in Staat und Gesellschaft gewandt(!!). Wir halten in diesem Fall die Aufforderung zum Wahlboykott für rich-tig, weil sie einen Entwicklungsstand der Auseinandersetzungen im Betrieb entsprach (u.a. großer Bekanntheitsgrad der Betriebsräte, ausführliche Auseinandersetzung um diese Frage). Das Aufzeigen des Mitbestimmungsschwindels kann auch an anderen Fragen angesetzt und mit anderen Forderungen vorgetragen werden. Erinnert sei an die erfolgreiche Kampagne von Kollegen der Norddeutschen Affinerie „Rüber mit den Schmiergeldern", die in dem Vertrauenskörper zu harten Auseinandersetzungen führte und schließlich mit dem Beschluß endete, jeder sogenannte Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat habe seine Tantieme vollständig abzuliefern.

In der zur Zeit laufenden Auseinandersetzung haben die Texaco-Betriebsräte das Thema Aufsichtsratswahl auf die Tagesordnung einer Betriebsversammlung gesetzt. Ein gewerkschaftsoppositionelles Betriebsratsmitglied hielt eine längere Rede über das Glatteis, auf das sich die Kollegen mit der Mitbestimmung begeben und erläuterte, welche Gefahren mit dem Wahlmännerverfahren verbunden seien. Die Gewerkschaftssekretäre hinterließen in dieser Auseinandersetzung ein klägliches Bild. Der Sekretär der DAG sprach unverhohlen die Wahrheit aus. Man wolle ja gar nicht die Handlungsfreiheit der Vorstände einschränken, sondern ihnen die Legitimation für ihr Handeln verschaffen, damit sie in ihren Ämtern sicherer werden. Nach dieser optimalen Entlarvung mochte auch der IG Chemie-Sekretär nicht mehr vorpreschen. Er ging ans Mikrophon und entschuldigte sich dafür, sein Redekonzept zu Hause gelassen zu haben.. Freihändig schaffte er gerade den Hinweis auf die Klage der Arbeitgeberverbände; da müßte doch was dran sein an der Mitbestimmung, wenn die Arbeitgeberverbände ... u.s.w. u.s.f. Die Argumente sind auf unserer Seite. Nutzen wir es aus!

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Auflösung der GEW?

**Zehn Tage nach Ende des GEW-Gewerkschaftstages ist auch das Geheimnis gelüftet, warum Frister auf dem nächsten Gewerkschaftstag nicht mehr zum 1. Vorsitzenden kandidieren will.
Mit Datum vom 14.11.77 verschickte Siegfried Vergin – 2. GEW-Vorsitzender und Rechtsaußen im Bundesvorstand – an die „lieben Kolleginnen und Kollegen" des Hauptausschusses einen Brief, in dem über Fusionsverhandlungen zwischen GEW und ÖTV berichtet wird. Bezeichnend: Über diese für die Mitglieder nicht gerade unwichtige Frage verlor die GEW–Führungsmafia auf dem Gewerkschaftstag nicht ein Sterbenswörtchen!**

Das *»bereits lange vorgesehene Gespräch«* fand am 7. September statt. Nicht einmal im Kreise der Hauptvorstandsmitglieder war diese Tatsache allgemein bekannt. Von Seiten der GEW nahmen Frister, Vergin und der Schatzmeister Müller, von Seiten der ÖTV Kluncker und sechs weitere Herren an dem Gespräch teil Die Beteiligung der beiden Gewerkschaftsvorsitzenden macht klar, daß hier nicht nur unverbindliches Geplauder vorgesehen war, sondern grundsätzliche Weichenstellungen auf der Tagesordnung standen. Ferner unterstreicht die Anwesenheit des GEW-Schatzmeisters (!), welchen Grad an »Konkretion« die Gespräche bereits erreicht haben . . .

Die Bedeutung dieses Gespräches wird noch durch zweit weitere Tatsachen belegt: Volle 6 Wochen brauchten die Gesprächsteilnehmer, um sich über die endgültige textliche Fassung des Gesprächsergebnisses zu einigen. Außerdem hielten es Frister und Vergin für ratsam, über dieses Gespräch vor dem Gewerkschaftstag nichts verlauten zu lassen — es hätte eventuell doch die schöne Harmonie auf dieser Veranstaltung (s. AK 117) gestört.

Das Gesprächsprotokoll selbst ist überaus kurz und dürftig, offenbart aber nichtdestotrotz die politischen Ansichten der »Kollegen« Frister und Kluncker. Drei Punkte waren Gesprächsthema: 1. Zusammenführung von GEW und ÖTV, 2. Bildung einer gemeinsamen Kommission GEW/ÖTV und Abgrenzungsfragen, 3. Tariffragen. Zu Punkt 1 heißt es: *»Kollege Kluncker eröffnet das Gespräch mit dem Hinweis, daß eine große ein-*
riffragen. Zu Punkt 1 heißt es: *»Kollege Kluncker eröffnet das Gespräch mit dem Hinweis, daß eine große ein-*
heitliche Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes nicht in Frage kommt, weil die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands nach wie vor selbständig bleiben werden. Ein Zusammengehen von GEW und ÖTV bleibe weiter im Bereich des Möglichen, werfe aber wegen der sehr unterschiedlichen Struktur der beiden Bewerkschaften erhebliche organisatorische Probleme auf.«

Was wir unter *»erheblichen organisatorischen Problemen«* zu verstehen haben, liegt auf der Hand: Der Abbau demokratischer Strukturen ist in der ÖTV wesentlich weiter fortgeschritten als in der GEW. Kluncker befürchtet offenbar, daß bei einer zu frühen Fusion von GEW und ÖTV das teilweise recht aktive innergewerkschaftliche Leben der GEW als »schlechtes« Beispiel wirkt. Kluncker würde nur eine blitzblanke, gezähmte und gestutzte GEW übernehmen wollen. Im Protokoll heißt es dazu weiter: *»Kollege Frister erwidert, daß die Ausgangslage für die Zusammenführung von ÖTV und GEW jetzt insoweit verändert sei, als die GEW mit ihrer neuen Satzung eine neue Struktur gewonnen habe. Die GEW werde deshalb die Frage eines Aufgehens in der ÖTV weiter ausführlich diskutieren und gründlich prüfen. Als Hauptproblem stellt sich für die GEW die Frage, wie institutionell abgesichert werden könnte, daß die bildungspolitische Aktivität der GEW auch nach einer Fusion ungebrochen weitergeführt werden könnte.«*

Frister versucht also mit Hinweis auf die Mainzer und Kölner Beschlüsse zu beruhigen und weist Kluncker auf die Bedingung hin: Bei einer Fusion GEW-ÖTV dürfe es kein Abflauen der bildungspolitischen Sonntagsreden von Seiten der Gewerkschaftsführung geben, sonst verlöre eine ÖTV-Mitgliedschaft jegliche Attraktivität.

Zähmung der GEW . . . .

Trotz der vorsichtigen Formulierungen des Protokolls ist deutlich, um was es bei einer Fusion gehen würde. Die in der GEW organisierten Lehrer sollen noch stärker als bisher unter die DGB-Fuchtel genommen werden. Insbesondere linke Aktivitäten und Stellungnahmen von GEW-Gremien sollen grundsätzlich unmöglich gemacht werden, indem diese Gremien verschwinden oder in die straffe Disziplin des ÖTV-Apparates eingebunden werden.
den, indem diese Gremien verschwinden oder in die straffe Disziplin des ÖTV-Apparates eingebunden werden.
In der ÖTV würden die jetzigen GEW-Mitglieder etwa 10% der Gesamtmitgliederzahl ausmachen. Das Problem für die Herren Gewerkschaftsführer ist nur, eine Fusion nicht allzu »unattraktiv« erscheinen zu lassen (»ungebrochene Weiterführung der bildungspolitischen Aktivität«).

Sicher ist der DGB durchaus nicht daran interessiert, daß alle GEW-Mitglieder in die ÖTV übertreten. Aber es sollten doch so viele sein, daß der Rest politisch schnell zu isolieren ist. Die Fusion GEW-ÖTV muß idealerweise so angelegt sein, daß sich die Rechten auf jeden Fall damit einverstanden erklären und die Linken darüber spalten. Zumindestens auf die DKP und den KBW können Frister und Kluncker dabei zählen. Beide werden hocherfreut dieses pervertierte »Bündnis mit der Arbeiterklasse« bejubeln.

Punkt 2 des Gespräches diente der Umsetzung dieses Zieles:
»Es wird vereinbart, daß eine gemeinsame Kommission GEW/ÖTV gebildet wird, die alle Fragen auflistet und prüft, die sich aus einer stärkeren Koordination zwischen GEW und ÖTV — bis hin zu einer möglichen Fusion — ergeben.« Hier wird also nicht nur überlegt, sondern auch gehandelt. Vermutlich sollen diese »Prüfungen« bis zum nächsten GEW-Gewerkschaftstag 1980 abgeschlossen sein. Dieser Gewerkschaftstag könnte dann die Kunkelei absegnen. Bereits vorher sollen aber einzelne kleinere Gruppen von GEW-Mitgliedern in die ÖTV überführt werden. So jedenfalls ist Klunckers Äußerung zu verstehen *»zur ÖTV gehören außerdem* (gemeint sind Medizindozenten — Anm. AK) *die hochschulfreie Forschung, die Rehabilitationseinrichtungen und der sozialpädagogische Bereich«*. Im Landesverband Hamburg der GEW gehören etwa 5% der Mitglieder zu diesen von



der ÖTV beanspruchten Gruppen.

Auch der 3. Punkt des Gesprächs diente dem Fusionsprojekt. Frister
der ÖTV beanspruchten Gruppen.
Auch der 3. Punkt des Gesprächs diente dem Fusionsprojekt. Frister
äußerte, *»daß bei verschiedenen Gruppen in der GEW der Eindruck entstanden sei, die ÖTV könnte die Eingruppierungs-Tarifverhandlungen mit mehr Nachdruck führen, als sie das in der letzten Zeit getan habe.«* Frister sorgt sich hier um das schlechte Image, das die ÖTV in der GEW hat und schlägt vor, bei Tariffragen etwas mehr verbalradikal auf die Kacke zu hauen. Eine ÖTV, die wie in diesem Jahr bei den Sozialpraktikanten einer Senkung der Löhne zustimmt bzw. nichts tut, um Lohnverbesserungen zu erreichen, ist natürlich nicht sonderlich attraktiv. Es ist also jetzt zu erwarten, daß die ÖTV werbewirksame Tarifauseinandersetzungen im Erzieher- und Lehrerbereich (die ÖTV war immer schon auch für die Tarife der angestellten Lehrer verantwortlich) inszenieren wird. Entsprechend vermerkt auch das Gesprächsprotokoll: *»Es wird vereinbart, daß die GEW ein Papier mit präzisen Eingruppierungsvorschlägen und Tätigkeitsmerkmalen vorlegt, das zur Verhandlungsgrundlage gemacht werden soll, wenn es der ÖTV gelingt, das Moratorium zu brechen.«*

. . . . nur Zukunftsmusik?

Bei der Fusion ÖTV/GEW handelt es sich keineswegs nur um Zukunftsmusik. Vielmehr laufen hier bereits handfeste Versuche, Fakten zu schaffen. So hat sich ein Teil der Lehrer, die nach dem »Linksruck« der Hamburger GEW 1975 austraten, in der ÖTV organisiert. Darunter etwa auch der Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Busse. Auch im Verlauf der Westberliner Auseinandersetzungen trat seinerzeit eine Gruppe prominenter SPDler in die ÖTV über. Über 100 Lehrer sind bereits in Hamburg in der ÖTV organisiert — ohne daß DGB, ÖTV oder GEW dies verhindert hätten. Nun gehören diese Kollegen sicherlich nicht zu denjenigen, die in der ÖTV so eine Art Gegen-GEW in-
ten. Nun gehören diese Kollegen sicherlich nicht zu denjenigen, die in der ÖTV so eine Art Gegen-GEW in-
stallieren könnten. Aber es besteht Aussicht auf »qualifizierten« Zuwachs. Von der sogenannten »Alternative« — einer Vereinigung einiger hundert rechter GEW-Mitglieder — wußte der „Spiegel" am 23.10. zu berichten, sie plane für das Frühjahr 1978 die Gründung eines eigenen Verbandes. Das war damals auch der Diskussionsstand bei einem beträchtlichen Teil der »Alternative«. Als aber der Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke diese „Spiegel"-Information im Wahlkampf zur Lehrerkammerwahl (vgl. AK 116 und 117) gegen die »Alternative« benutzte, drohte diese postwendend mit einer einstweiligen Verfügung, denn weder plane sie einen eigenen Verband, noch sei sie gegen den DGB eingestellt, sondern ganz im Gegenteil . . .

Mittlerweile hat die »Alternative« ihre Taktik gegenüber der GEW (»linkssozialistisch-kommunistische-Richtungsgewerkschaft«) geändert. Während sie bisher — erfolglos— innerhalb der GEW für ihren Laden war, setzt sie jetzt mehr auf propagandistische Aktionen von außen. So traten am 21.11 pressewirksam 20 Dozenten des pädagogischen Bereichs der Hamburger Universität aus der GEW aus. in ihrer Wahlwerbung — die »Alternative« kandidiert mit einer eigenen Liste zur Lehrerkammer — ist ihr zentraler Vorwurf gegen die GEW, sie trete für die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB ein.

Alles dies deutet darauf hin, daß es die »Alternative« mit ihrem bekannten guten Draht zu Frister darauf abgesehen hat, sich als DGB-treue Lehrergruppe zu installieren — wenn möglich unter den Fittichen der ÖTV. Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist natürlich der Nachweis des Rückhaltes der »Alternative« in der Hamburger Lehrerschaft. Aus diesem Grunde bekommen die jetzt laufenden, an sich wenig wichtigen Wahlen zur Lehrerkammer Bedeutung. Gelingt es der Demagogie der »Alternative«, unterstützt von der herrschenden Sympathisantenjagd, die GEW stark zu schwächen (bei der letzten Wahl hatte die GEW-Liste rund 70% der Stimmen erhalten), so kann damit gerechnet werden, daß eine Kooperation »Alternative«-ÖTV eine reale Zukunft bekommt.

Auch für die GEW-Linke ändern die Fusionspläne ÖTV-GEW Einiges. Wenn man auch noch nicht davon reden kann, daß die Fusion bereits »beschlossene Sache« ist, so handelt es sich jedoch um sehr konkrete Planungen, die bis ins Einzelne durchgespielt werden. D.h. es geht um erheblich mehr als ein paar unverbindliche Gedankenspiele. Da das einzige Ziel einer solchen Fusion die weitere Pervertierung gewerkschaftlicher Lehrerarbeit wäre, ist es klar, daß die GEW-Linke den Kampf gegen ein solches Projekt aufnehmen muß. Selbstverständlich haben wir grundsätzlich nichts gegen eine gemeinsame gewerkschaftliche Organisierung mit anderen
ches Projekt aufnehmen muß. Selbstverständlich haben wir grundsätzlich nichts gegen eine gemeinsame gewerkschaftliche Organisierung mit anderen
nicht an der Schule arbeitenden Kollegen. Aber deswegen aus Prinzip diese Fusion zu begrüßen — wie es wohl der KBW tun wird —, halten wir für genauso wirklichkeitsfremd wie politisch selbstmörderisch. Sollte diese Fusion allerdings nicht zu verhindern sein, gewinnt das Beispiel der GEW-Westberlin, die seit einem Jahr eine vom DGB unkontrollierte, bessere und aktivere Politik macht, eine wachsende Bedeutung für demokratische und sozialistische Lehrer. Dies ist den GEW-Bonzen auch bewußt. Die Versuche, die GEW-Westberlin möglichst schnell von der Bühne zu bekommen, haben deswegen auch zugenommen (vgl. AK 116 und 117).

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Auf Nimmerwiedersehen!

Köln. Anfang November flatterten die Austrittserklärungen der GEW-Mitglieder Jacobs, Szukala und Tippkötter in die Kölner Geschäftsstelle. Darin fordern sie alle Kollegen zum *»Kampf gegen den wachsenden kommunistischen Einfluß in der GEW«* auf. Chef-Schnüffler Gemein — ehemaliger NRW-Landesvorsitzender und Verfasser der letzten GEW-Broschüre „Information über extremistische Gruppen" (vgl.AK 115) - gab dann auch gleich in einem offenen Brief zum Besten, daß *»die Entwicklung der GEW zur kommunistischen Richtungsgewerkschaft offensichtlich nicht zu stoppen«* sei und beklagt sich darüber, daß sich der Stadtverband Köln *»für die 1956 verbotene KPD einsetzt«*.

In den Erklärungen wird der Kölner Vorstand wüst beschimpft, er sei von *»politischen Wühlmäusen der DKP«* unterwandert. Das sei nur möglich, weil *»sich politische Trottel finden, die sich als demokratische Aushängeschilder für die kommunistische Kamarilla prostituierten.«* Darüber hinaus beschwert sich Szukalla, weder vom Kölner Stadtverband noch vom Landesvorstand würden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchgeführt. Für Gemein ist es unerträglich, daß *»Baader-Meinhof-Sympathisanten weiter Mitglied der GEW sein können, weil der Landesverband Ausschlußverfahren«* unterlaufen habe. In diesem Zusammenhang wird der Münsteraner Prof. Sigrist diffamiert, er habe in einer Fernsehsendung Terroristen verteidigt und sei nicht *»aus der GEW herauszukriegen.«*

Diese Hetze paßt bemerkenswert in das derzeitige politische Klima, in dem die Antiterror-Hysterie darauf hinausläuft, die politische Entwicklung weiter nach rechts zu treiben. Diese Hetze gilt sogar einem Stadtvorstand, der sich aus SPD- und DKP-Mitgliedern zusammensetzt!

In Köln wird z.Zt. der neue Vorstand gewählt. Am 1.12. findet die Jahreshauptversammlung statt, auf der u.a. die Satzung geändert werden soll. Auf diesem Hintergrund verfolgen die Hetzschriften in Verbindung mit den Austritten das Ziel, die Politik des Kölner Stadtverbandes nach rechts zu drücken, um fortschrittliche Kollegen einzuschüchtern und selbst reformerische Ansätze in der GEW zu unterdrücken.

KB/Gruppe Köln

Wahlen zum Ausbildungspersonalrat

Bremen: In der Zeit zwischen dem 5.12. und 9.12. sollen am WIS (Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis; Ausbildungsinstitut aller Bremer Lehrerreferendare) vorgezogene APR-Wahlen stattfinden. Der alte Ausbildungspersonalrat [APR] löst sich wegen Handlungsunfähigkeit auf . Die bislang unter der Oberfläche schwelenden Kontroversen zwischen den Revisionisten (die bislang die Politik im APR bestimmten) und den Linken sind durch ein offensives Auftreten der Linken in diesem Wahlkampf offen zu Tage getreten. Noch versuchen die Revis mit allen erdenklichen Mitteln, ihre Linie durchzusetzen. Im Folgenden eine chronologische Darstellung der bisherigen Ereignisse:

Am 10.11.77 fand eine GEW-Mitgliederversammlung der Referendare Bremens und Bremerhavens statt, auf der die Wahlplattform beschlossen und eine Kandidatenaufstellung der GEW-Referendare vorgenommen werden sollte. (Zu dieser MV hatten übrigens zahlreiche nicht-revisionistische GEW-Referendare keine Einladung erhalten!). Es lagen zwei Plattformentwürfe vor; einer vom Arbeitskreis der Referendare am WIS (AK/WIS: gegründet auf »Privatinitiative« der Revis, Mitglieder fast ausschließlich Revis), der andere vom Referendarrat (Delegiertengremium, in das aus jedem Pädagogikseminar Delegierte entsendet werden). Es wurde beschlossen, eine GEW-Einheitsliste zu erstellen. Als Grundlage diente die Revi-Plattform. Sie wurde allerdings mit wesentlichen Forderungen aus der Referendarratsplattform ergänzt.

Scharfe Auseinandersetzungen, bei denen sich die Linken leider nicht durchsetzen konnten, gab es um folgende Forderungen:

Grundrecht auf Arbeit: Diese Forderung der Revis wurde von den Linken mit der Begründung abgelehnt, daß gerade unter dieser Stoßrichtung vom DGB eine 40000 Menschen starke Demonstration für AKWs inszeniert worden ist.

Die Forderungen der Linken:
- *Ersetzung der differenzierten Noten durch »bestanden/nicht bestanden«*
- *Streikrecht für Beamte*
- *Abschaffung des besonderen Dienstrechts,*

sind mit teilweise sehr obskuren Begründungen abgelehnt worden. So wurde z.B. argumentiert, bei Abschaffung der differenzierten Benotung bestünde die Gefahr, daß noch mehr Kollegen durchfallen würden und daß die Einstellungspraxis noch undurchsichtiger würde als bisher; immerhin hätten bei der momentanen Regelung wenigstens die Kollegen, die mit „1" und „2" abschließen, eine halbwegs realistische Aussicht auf eine Stelle.

Zur Forderung »Streikrecht für Beamte« wurde erklärt, das sei eine Forderung, die die Beamten zurückwerfe, denn irgendein Gericht hätte mal herausgefunden, daß es das Streikrecht für Beamte schon längst gäbe, sie würden nur keinen Gebrauch davon machen (Kommentar überflüssig!).

Statt Abschaffung des besonderen Dienstrechts treten die Revis für ein einheitliches Dienstrecht ein. Soll das vielleicht heißen, daß die Schweigepflicht und die besondere Treuepflicht für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst verankert wird? . . .

Da jedoch die konkreten Aktionsforderungen zum großen Teil im Laufe der Diskussion vereinheitlicht werden konnten, stimmten die Linken der Wahlplattform geschlossen zu. Da-

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

rüber sehr verärgert, forderte ein Ober-Revi auf, über die Kandidaten einzeln abzustimmen, da er bei einigen Kandidaten den Verdacht habe, sie hätten nur aus taktischen Gründen der Plattform zugestimmt. Diese Äußerung verursachte breiten Protest (teilweise sogar in den eigenen Reihen der Revis), die Versammlung löste sich auf. Zuvor hatten die Revis versucht, die Kandidatenliste zu schließen. Das wurde aber zurückgeschlagen. Die Liste sollte bis zum 18.11. offenbleiben, damit auch nichtorganisierte Kollegen kandidieren können .

Zur Personalversammlung (PV) veröffentlichten 6 linke Kandidaten eine Erklärung, in der sie die kontroversen Diskussionen auf der GEW-MV schilderten und begründeten, weshalb sie trotz dieser Kontroversen auf der Plattform kandidieren. Diese Erklärung rief bei den Revis »Erstaunen« und »Empörung« hervor. Sie versuchten während der Kandidatenbefragung die Linken in die Enge zu treiben, um deren Abwahl von der Liste zu erreichen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch kläglich, da das undemokratische Vorgehen der Revis jedem Kollegen klar wurde. Besonders deutlich wurde dies daran, daß die Revis es ablehnten, sich in ihrer APR-Arbeit verbindlich den Beschlüssen der PV zu unterwerfen. Diese Haltung rief allerdings bei den Kollegen Erstaunen und Empörung hervor.

Am 17.11. erhielten die bösen 6 Kandidaten einen Offenen Brief, der von je einem Vertreter des AjLE, des AK/WIS und des APR unterzeichnet war.

In diesem Brief wurde den 6 vorgeworfen, sie hätten mit ihrer Erklärung versucht, *»durch die Hintertür ausdrücklich auf der GEW-MV abgelehnte Minderheitenposition in die Liste hineinzuschmuggeln.«* Die 6 werden aufgefordert, *»bis Freitag, 18.11. um 11 Uhr ihre Erklärung öffentlich zu widerrufen. ... Anderenfalls können Eure Namen nicht auf der GEW-Liste erscheinen«*!

Gleichzeitig wurden die Kandidaten zu einem Gespräch mit allen APR-Kandidaten zitiert, in dem die 6 noch einmal zu ihrer Erklärung Stellung beziehen sollten.

Auf diesen Erpressungsversuch wurde von den 6 die folgende Stellung bezogen:

- Sie sehen in dem Offenen Brief den Versuch, mit aller Macht politische Kontroversen zu unterdrücken;
- die Erklärung wird nicht zurückgenommen;
- in der Erklärung wird keine Spaltung und kein Hineinschmuggeln von Minderheitenpositionen betrieben, sondern ein legitimes Recht wahrgenommen, nämlich über die politischen Kontroversen alle Kollegen zu informieren.

Daraufhin beschloß ein kleiner Kreis von APR-Kandidaten, den Listenvorschlag nicht termingemäß einzureichen, sondern vorher noch einmal eine GEW-MV einzuberufen (natürlich mit dem Ziel, die 6 unbequemen Kandidaten von der Liste zu kanten.) Dieser Beschluß ist allerdings von AjLE-Mitgliedern revidiert worden; eine GEW-MV findet nicht mehr statt, die Liste wird mit allen Kandidaten eingereicht.

Ein Erfolg für die Linken? Das Wahlergebnis wird's zeigen.

Lehrergenossin
KB/Gruppe Bremen



ausländische Arbeiter in der BRD

Westberlin: Nazim-Hikmet-Kulturtage

Der Türkische Akademiker- und Künstlerverein - ein im wesentlichen revisionistisch und sozialdemokratisch orientierter Zusammenschluß fortschrittlicher türkischer Kulturschaffender in Westberlin - organisierte mit Unterstützung des Kunstamts Kreuzberg eine zehntägige Veranstaltungsreihe aus Anlaß des 75. Geburtstags Nazim Hikmet's. Nazim Hikmet hat bei den fortschrittlichen Türken eine vergleichbare Bedeutung wie Pablo Neruda für die Chilenen. Insgesamt besuchten viele tausend in Westberlin lebende Familien aus der Türkei die Nazim-Hikmet-Veranstaltungsreihe.

Das Programm umfaßte eine Ausstellung mit Arbeiten internationaler bildender Künstler und Fotografen über die elenden Verhältnisse, unter denen die Bevölkerung in der Türkei leben muß und zum Schaffen des Dichters; eine Aufführung des Films „1. Mai 77 in Istanbul" der ein beeindruckendes Bild von der größten 1. Mai-Demonstration in der kapitalistischen Welt mit 700000 Teilnehmern und die Angriffe der Faschisten und der Bereitschaftspolizeipanzer - westdeutscher Herkunft - auf die Kundgebung dokumentierte.

- Eine deutschsprachige Lesung von

- Eine deutschsprachige Lesung von Gedichten Nazim Hikmets, gesprochen vom fortschrittlichsten bekannten türkischen Schauspieler Genco Erkal und ebenso engagierten Sprecher(innen) wie Renate Heuser u.a., veranstaltet im Grips-Theater.
- Ein internationales Symposium über Nazim Hikmet's Werk und seine politische Tätigkeit als Kommunist mit den in der Türkei bekanntesten fortschrittlichen Dichtern, unter ihnen der ehemalige Vorsitzende der 1970 von der faschistischen Militärregierung verbotenen Lehrergewerkschaft TÖS, heute TÖB-DER, Hakki Baykurt und DDR-Schriftsteller(inne)n, denen die Nachdichtung bzw. Übertragung vieler Gedichte von Nazim Hikmet ins Deutsche zu verdanken ist.

Fachsimpelten die meisten Türkischen Dichter über die formale Seite der Gedichte von Nazim Hikmet und beschränkten die DDR-Schriftsteller sich mehr auf ihr Erlebnis der persönlichen Begegnung mit Hikmet, so gab Hakki Baykurt ein lebendiges Bild der agitatorischen Bedeutung von Hikmets Gedichten für die antiimperialistische und antifaschistische Bewegung in der Türkei. Er kam damit der Forderung etlicher Zuhörer der Podiumsdiskussion entgegen, die die trockene, unpolitische Darstellung der anderen Vertreter auf dem Podium kritisierten.

- zwei Konzerte, in denen der in der Türkei bekannteste und zugleich fortschrittlichste Folklore-Sänger Ruhi-Su zusammen mit dem Türkischen Arbeiterchor und der Westberliner Brecht-Sängerin Ilse Scheer vertonte Gedichte von Nazim Hikmet vor mehreren Tausend türkischen und westberliner Zuhörern brachten.
- zwei Theateraufführungen, mit denen Genco Erkal Gedichte zum nachgespielten Leben Nazims zum Leben erweckte.

Die Veranstaltungsreihe schloß mit einem gemeinsamen Konzert von Ruhi Su und der griechischen Theodorakis-Sängerin Maria Faranturi ab, das dem gemeinsamen Kampf des türkischen und griechischen Volkes gegen Imperialismus und Faschismus gewidmet war.

Trotz der positiv zu bewertenden Bestrebung, durch Spendensammlungen und Information auf den Veranstaltungen, die Reihe für die unmittelbare Unterstützung der in der Türkei seit über 5 Monaten im Streik stehenden Metallarbeitern zu nutzen, hat die Westberliner IGM-Führung keinen Finger gerührt, um die Veranstaltungsreihe innerhalb der Gewerkschaft bekannt zu machen. Ist ansonsten unter dem Freikartenangebot - natürlich nur für IGM-Funktionäre - jede kapitalistische Propaganda-Veranstaltung wie Funk- und Industrieausstellung zu finden, fiel die Solidarität mit den türkischen

Metallern bei der IGM unter den

Metallern bei der IGM unter den Tisch, was gegenüber den türkischen IGM-Mitgliedern eine unerhörte Arroganz darstellt.

Sehr viel mehr wurde dagegen von den türkischen Arbeitern und ihren Familien die Veranstaltungsreihe besucht. Teilnehmerzahlen bei den Konzerten bis zu 3000 („Neue Welt") sind vor allem auf die Begeisterung der türkischen Bewohner Westberlins zurückzuführen, bei denen Nazim Hikmet eine vergleichbare Popularität hat, wie Pablo Neruda bei den Chilenen.

Zu kritisieren ist allerdings an der Mobilisierungspolitk des Türkischen Akademiker- und Künstlervereins, daß die Bekanntmachung der Veranstaltungsreihe sich auf die Arbeitervereine, die an der revisionistischen TKP orientiert sind und auf Ansagen in der türkisch-sprachigen Sendung des SFB beschränkten, wogegen z.B. für die türkischen Jugendlichen, die die bezirklichen Freizeitheime in den Arbeiterbezirken Wedding, Kreuzberg, Neukölln als ihre Treffs haben, erst aufgrund der Eigeninitiative fortschrittlicher Erzieher die Veranstaltungen bekannt gemacht wurden und die z.T. für Jugendliche zu teuren Eintrittskarten (5.- bis 7 DM) besorgt werden mußten.

Insgesamt bemühten sich die, der revisionistischen TKP nahestehenden, türkischen Veranstalter, der Veranstaltungsreihe ihren sektiererischen Parteiladen - Stempel aufzudrücken: Zum einen wurde versucht, bei den Nazim Hikmet-Anhängern den Eindruck zu erwecken, die TKP sei die „Partei Nazim Hikmet's", was eine Verunglimpfung der linken Position Nazim Hikmet's darstellt, der Mitglied der - damals noch revolutionären - TPK war und im Zuge der revisionistischen Entwicklung der TKP wegen „Linksradikalismus" ausgeschlossen wurde! Desweiteren wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen am 1. Mai 1977 in Istanbul die Lüge wiederholt, die „Maoisten" seien für das Blutbad verantwortlich, das die Faschisten unter den Gewerkschaftern angerichtet hatten, eine Lüge, die angesichts der faschistischen Gefahr und der dagegen entwickelten Aktionseinheitsbestrebungen der türkischen Linken in der Türkei selbst von den Revis nicht mehr öffentlich aufrechterhalten wird. Pfiffe und Buhrufe der Filmebesucher waren die entsprechende Quittung für den unverschämten Sprecher des Türkischen Akademiker und Künstlervereins.

- Die Spenden für den Metallerstreik sollen nur der Disk-Gewerkschaft Madenis zugute kommen, deren Führung von TKP-nahen Funktionären majorisiert wird, wogegen die Metallergewerkschaften, die in die Disk nicht aufgenommen worden sind, weil sie der revi-sozialdemokra- sind, weil sie der revi-sozialdemokratsichen Führung „zu links" stehen, genauso wie die aus ähnlichen Gründen aus der Disk gehaltenen Bergarbeiter, die zur Zeit die Zechen wegen der Stillegungsabsichten der Kapitalisten besetzt halten.
- den prominenten linken Gästen aus der Türkei, die beileibe nicht alle der TKP nahestehen, wurden von den Revis dermaßen mit Beschlag belegt, daß es ihnen selbst unmöglich war, in Berührung mit anderen Strömungen der in Westberlin existierenden türkischen Linken oder KB-Genossen zu kommen. Im Gegenteil wurden Genossen der Türkei-Kommission des KB unter Beobachtung gehalten und ihnen von Ordnern „nahegelegt", z.B. den ARBEITERKAMPF während der Veranstaltungen nicht zu verkaufen. Trotz dieser Behinderungen freut es uns, daß an unserer INTERNATIONALE über die türkische Linke und am ARBEITERKAMPF reges Interesse unter den Besuchern der Veranstaltungen bestand.

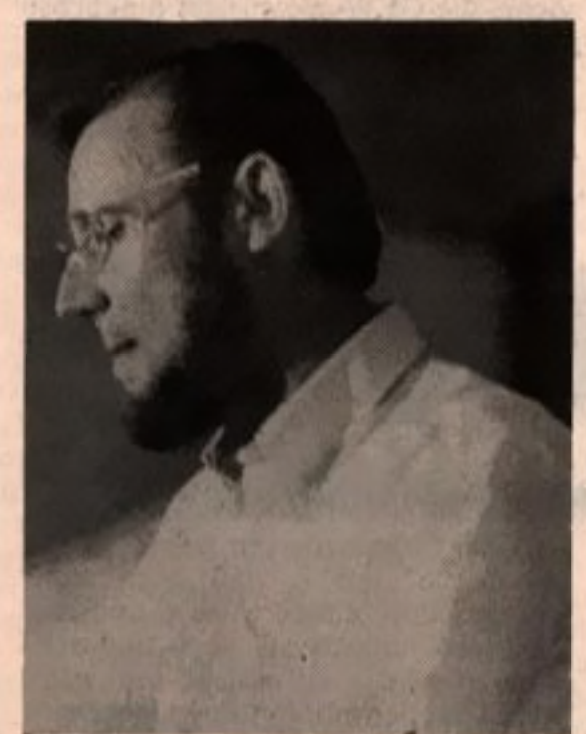
Besondere Anerkennung gebührt der Leiterin des Kunstamtes Kreuzberg, Krista Tebbe, der es gelang, gegen die ansonsten von Antikommunismus beherrschten Kulturpolitik des Westberliner Senats durchzusetzen, daß die Veranstaltungsreihe in Räumen stattfinden konnte, die ansonsten Linken nicht zur Verfügung stehen. Immerhin sind alle eingeladenen Künstler - sowohl aus der Türkei als auch aus der DDR und Westberlin international als Kommunisten oder Sozialisten bekannt, so wie Nazim Hikmet selbst.

Gewerkschaftstag Nachlese

Hatte schon der GEW-Gewerkschaftstag in Mannheim selbst das opportunistische Zurückweichen der linken Sozialdemokraten gezeigt (z.B. Zurückziehen eigener Anträge durch die Hamburger Delegation), so setzt sich diese Tendenz jetzt fort.

Der Hamburger GEW-Vorstand, der in Mannheim übel abgebürstet worden war, scheint daraus bedenkliche Konsequenzen zu ziehen.

Der Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung, der dem Kongreß bescheinigt, er sei *„orientiert an den Interessen der Mitglieder"* und *„aktionsbetont"* gewesen (wo hat er das nur her?), stellt fest, daß *„Positionen, bei denen Gesellschafts-* (!) *oder DGB-Kritik im Vordergrund stehen, im Moment keine Mehrheiten"* finden (HLZ, 19.11.). Die Folgerung liegt auf der Hand. Man sollte die Schwerpunkte dort setzen, wo man „Durchsetzungschancen" habe.



Lemke – Vorsitzender des GEW Landesverbandes Hamburg

Klarer formuliert der Hamburger Ex-Vorsitzende Wunder, worauf es (den Gewerkschaftsführern) jetzt an kommt: Er beklagt, daß sich die Hamburger Delegierten auf dem Gewerkschaftstag oft unwohl fühlten und daß Hamburg ein „Reizwort" des Gewerkschaftstages gewesen sei. *„Die Folgerung muß für uns in der Änderung unserer Politik gegenüber der Bundesorganisation und den anderen Landesverbänden liegen. Wir müssen Schluß machen mit manchmal undifferenzierten Angriffen auf den Bund oder auf Frister, wir müssen aus der Rechthaberposition heraus"*.

Man darf also gespannt sein, wie jetzt der letzte Rest an schüchternem Protest gegen Fristers Mafia-Methoden hinweg-„differenziert" wird. Ohnehin ist nicht der Vorstand schuld an diesen Fehlern (dort fehlt es bekanntlich nicht an Differenzierungskünstlern), sondern die Delegierten und Vertrauensleute: *„Die Hamburger Gremien wie LVV und VV dürfen in Zukunft den Hamburger Vorstand nicht derart undifferenziert zur Auseinandersetzung mit dem Bund bringen, wie dies bisher zuweilen geschah"*. Der von der Mehrheit der Hamburger Delegierten in Mannheim gezeigte Opportunismus (gegenüber den eigenen Anträgen!) soll also künftig auf den eigenen Landesverband noch mehr ausgeweitet werden. Damit dürfte noch einiges von dem linkssozialdemokratischen Lack dieser Leute abbröckeln.

Farblos wie der Gewerkschaftstag selbst blieb auch die Berichterstattung dazu. Mühsam versucht z.B. der Westberliner „Extra-Dienst" mit feinsinniger Ironie die graue Materie aufzuhellen: *„Die Verbundenheit zu den anderen Gewerkschaften dokumentierte gleichfalls der ungewöhnlich lange Aufenthalt des Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft, Eugen Loderer, der ganze fünf Stunden am Kongreß teilnahm"* („ED", 8.11.). Neben diesem tollen Erfolg hat der „ED" auch am bildungspolitischen Grundsatzantrag, der ansonsten nur als Fortschreibung längst bekannter Forderungen aufgefaßt wurde, positive Seiten entdeckt: *„Erstmals hat sich damit ein GEW-Bundestag für die Gesamtschule als Regelschule ausgesprochen. Bisher war dies nur ein allerdings unwidersprochener Beschluß des Vorstands gewesen"*. Großartig! ...

Mit derart beißendem Humor kann nur noch die „UZ" mithalten: *„Das bildungspolitische Grundsatzprogramm, das der Gewerkschaftstag beschloß, ist darauf gerichtet, die gegenwärtige Bildungsmisere zu überwinden"* (4.11.).

Die Spaßvögel hatten noch wenige Tage vor der Verabschiedung des Grundsatzprogramms geschrieben: *„Der Grundsatzantrag ist in mehrfacher Hinsicht beschränkt. So enthält er z.B. so gut wie keine konkreten Vorschläge und Festlegungen zur Aktivität der Gewerkschaft"* („UZ", 29.10.). Weiter wurden in dieser Ausgabe der „UZ" einige Einzelanträge (Berufsverbote etc.) vorgestellt, über deren Ablehnung später nichts mehr zu hören ist. So enthüllt die „UZ" wieder einmal den Kern der „gewerkschaftlichen Orientierung": Kritik an Beschlüssen führender Gewerkschaftsgremien ist tabu. Und an journalistische Sorgfaltspflicht o.ä. braucht sich die „einzige Tageszeitung der Werktätigen" natürlich nicht zu halten.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

Offenbach. Am 19.11.77 wurde in Offenbach (Hessen) gegen die Abschiebung von zwei türkischen Arbeitern demonstriert. An der Demonstration nahmen ca. 100 Menschen teil. Aus dem Aufrufflugblatt: „In der Nacht vom 5.10. auf den 6.10. hat die Polizei in Oberhausen fünf türkische Arbeiter überfallen. Beschuldigt wurden sie, Plakate für eine Kundgebung am 8.10. in Bonn ‚Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML' geklebt zu haben. Die Polizei hat sie 12 Stunden in Einzelhaft gehalten und alle erkennungsdienstlich behandelt. Einen jungen Arbeiter hat sie sofort abschieben lassen. Die Abschiebung einer jungen türkischen Arbeiterin bereiten sie vor. ... Sie macht geltend eine Beeinträchtigung der Belange der BRD, die Abschiebung wird ‚im öffentlichen Interesse angeordnet'." (zit. nach „informationsdienst" v. 7.11.77).

Diese politisch begründete Abschiebung kann für die Türken in der Türkei lange Haftstrafen bzw. Tod bedeuten.

Stuttgart. Seit dem 12.10.77 wird vor dem Stuttgarter Landgericht gegen den Polizeikommissar Lothar Weiss wegen „fahrlässiger Tötung" verhandelt. Auf dem Gewissen hat er den türkischen Arbeiter Vahit Önler. Dieser war am 11.12.75 von einem Mofa-Fahrer angefahren worden. Statt Ö. ins Krankenhaus zu schaffen, wurde er von der Polizei festgenommen und gleich in Abschiebehaft genommen - obwohl er eine gültige Aufenthaltsgenehmigung besaß. Bei der Überführung in eine Polizeizelle in Kornwestheim versuchte er zu fliehen und wurde dabei von dem Bullen mit drei Schüssen getötet. Der Zeuge Zivkovic, ein jugoslawischer Arbeiter, berichtete, der Polizist habe Vahit Önler aus wenigen Metern Entfernung in schulmäßiger Haltung wie auf dem Schießstand abgeschossen, wobei der Türke einen hilflosen Eindruck gemacht und beide Hände erhoben hatte. Der Bulle behauptet übrigens, Vahit hätte ihn mit einer Glasscherbe bedroht. Was von dieser Notwehr-Version, mit der vor Gericht auf Freispruch plädiert wird, zu halten ist, zeigen schon die Einschüchterungsmaßnahmen gegen den Zeugen. Er wurde von der Polizei bereits am Arbeitsplatz, in seiner Wohnung und in seiner Stammkneipe aufgesucht. (Informationen nach „Rote Fahne" Nr. 45)

Ausländerkommission



Demonstration türkischer Arbeiter in Kornwestheim



Braunschweig

Unter den Parolen »Schluß mit dem roten Mordgesindel« und »Volksabstimmung zur Wiedereinführung der Todesstrafe« rief die NPD zu Kundgebungen am 11.11. und 12.11., 11.00 auf dem Braunschweiger Burgplatz auf. Daß die Hetzreden der NPD nicht zu verstehen waren, dafür sorgten am Freitag gut 2.000 und am Sonnabend 800 — 1.000 Antifaschisten. Sie protestierten massiv mit Parolenrufen, Pfeifkonzerten, Eiern, Tomaten und Farbbeuteln.

Aufgerufen hatten zur antifaschistischen Aktion eine Reihe von kommunistischen und demokratischen Gruppen und Organisationen; anwesend waren unter anderem: Jusos, Falken, FIB (Faueninitiative BS), AHB (Aktion Homosexueller Braunschweiger), Basisgruppen, Fachschaftsräte, GIM, KB, »KPD« und KBW.

Vorangegangen war eine Genehmigung der NPD-Kundgebungen durch den Oberstadtdirektor Weber; auf Betreiben der SPD wurde dann ein Verbot ausgesprochen, wogegen die NPD erfolgreich eine Einstweilige Verfügung beim Landgericht erwirkte.

So fanden die Kundgebungen unter dem Schutz der Polizei statt. Am Freitag lief noch alles relativ »ruhig« ab; es gab einige Rangeleien, ein paar Knüppeleinsätze und einen Chemical-Mace-Einsatz, bei dem eine Frau leicht verletzt wurde. Am Sonnabend dagegen ging die Polizei äußerst brutal vor. Ergebnis: Mindestens 11 Festnahmen, drei schwere und mehrere leichte Verletzungen.

Während der NPD-Kundgebungen konnten wir deutlich sehen, daß die Faschisten allein isoliert und schwach sind, daß ihre Stärke jedoch im Schutz durch den hochgerüsteten und brutalisierten Polizeiapparat liegt.

sind, daß ihre Stärke jedoch im Schutz durch den hochgerüsteten und brutalisierten Polizeiapparat liegt.

Gemeinsam gegen links!!

Aus dieser Einschätzung heraus hatte der KB den Vorschlag gemacht, daß beim Vorgehen gegen die Faschisten das Schwergewicht auf die antifaschistische Agitation gelegt werden muß, um die Aktionen nicht isoliert dastehen zu lassen. Das war auch der Grund, warum wir das Schwergewicht beim Vorgehen gegen die Faschisten auf den Sonnabend legen wollten — um eine Agitationsarbeit unter der Bevölkerung entwickeln zu können.

Aber genau an diesem Punkt setzte die Unklarheit der Antifaschisten ein. Das zeigten allein die Zahlen der anwesenden Antifaschisten am Freitag und Sonnabend und die Tatsache, daß sehr wenige Flugblattverteiler und Diskussionen mit den umstehenden Passanten zu sehen waren.

Was macht DGB, SPD, FDP, CDU?

Bei einem Gespräch zwischen Gewerkschaftsjugend, Jusos, Falken, Jugendring Braunschweig (JuRB), SDAJ, DGB, GIM, KB und Basisgruppen wurde der DGB aufgefordert, zur Verhinderung der Nazi-Kundgebung aktiv zu werden. Eine Diskussion darüber lehnte der DGB jedoch ab.

Zwei Tage später lag dann das Ergebnis vor: DGB, SPD, FDP, CDU und JuRB verteilten ein Flugblatt an die Braunschweiger Bevölkerung, in dem es u.a. hieß: *»Der Terror gegen unseren Staat muß aufhören. Überfälle, Geiseldramen, Mord sind keine Mittel der politischen Auseinandersetzung.«* Dann wurde die Gleichsetzung Faschismus = Terrorismus vollzogen und zum Schluß die Faschisten in »Chaoten« umbenannt, so daß

zung Faschismus = Terrorismus vollzogen und zum Schluß die Faschisten in »Chaoten« umbenannt, so daß

endlich wieder die Richtung stimmte:

KBW, „KPD" ...

legten auch in dieser Aktion ihre sektiererische Politik offen. Der KBW hielt Reden gegen alles (Faschismus, Sozialversicherung, Bafög ...). Die »KPD« sah den Hauptfeind im »sowjetischen Sozialimperialismus« und im »Sozialfaschismus« in der SU und DDR. Kritisiert wurden auch die Versuche des KB, mit Jusos, Falken u.a. eine antifaschistische Aktionseinheit zu bilden, denn hier müsse man doch »zwischen Freund und Feind unterscheiden« (Originalton »KPD«) und wenn jemand — wie die Jusos — selber Repression ausübe oder sie toleriere, dann könnte man mit denen nicht zusammenarbeiten!

Um ihre Sektiererpolitik als erfolgreich zu verkaufen, versuchten nachher beide im bekannten Größenwahn, die Aktion auf ihr Konto zu schreiben, indem sie behaupteten, daß ca. 1.500 Menschen auf der Kundgebung von KBW/»KPD« gewesen seien. Nur war ihre Kundgebung ein ganzes Stück vom Burgplatz weg und anwesend waren dort nur ca. 250 Leute.

Wie geht's weiter?

Zur Auswertung der Aktionen hatten KB, GIM, BG/TU und Sozialistische Initiativgruppe mit einem gemeinsamen Flugblatt zu einer Veranstaltung aufgerufen, die mit 40 Leuten schlecht besucht war. Dort wurden zwei Antifa-Filme gezeigt und über Fragen des antifaschistischen Kampfes diskutiert.

Daß in dieser Richtung unbedingt weitergearbeitet werden muß, zeigen die Angriffe, die heute gegen die Antifaschisten laufen:

- Angedrohter Ausschluß aus der ÖTV, weil ein Kollege am 11. und 12. auf dem Burgplatz KBW-Flugblätter verteilt haben soll.
- Angedrohter Rausschmiß aus dem Betrieb, wegen Teilnahme an der Aktion.
- Angedroht Anklagen gegen einen Teil der Festgenommenen und andere Personen, die per Film identifiziert werden sollen.

KB / Braunschweig

Protestkundgebung gegen den Neonazi Hoffmann

Am 12.11. hat in Heroldsberg bei Nürnberg eine Protestkundgebung mit anschließender Demonstration gegen den Neonazi Hoffmann stattgefunden. An der Kundgebung beteiligten sich 350 Antifaschisten aus Nürnberg und Erlangen.

Anlaß zu diesen Aktionen war eine öffentliche Veranstaltung Hoffmanns in seinem Wohnort. Thema war der Tübinger Hoffmann-Prozeß, der am 18.10. mit einer Verurteilung Hoff-

in seinem Wohnort. Thema war der Tübinger Hoffmann-Prozeß, der am 18.10. mit einer Verurteilung Hoff-

manns endete (Wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch 7 Monate auf Bewährung und 2.000 Mark Geldstrafe).

Im Versammlungsraum, dem Gemeindesaal der Stadt, waren ca. 80 Hoffmann-Anhänger anwesend.

Die Hoffmanntruppe selbst hatte den »Schutz« der Versammlung übernommen und Absperrungen errichtet.

Die Kundgebung auf dem Festplatz, die getragen wurde vom SPD-Unterbezirk Erlangen unter Beteiligung des Unterbezirks Nürnberg und von der »Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann«, stand unter dem Motto: Hoffmann hinter Gitter!

Die Landtagsabgeordnete Ursula Pauschgruber (SPD) brachte in ihrem Referat einige Fakten über die Hoffmann-Bande vor.

Außerdem sprach noch der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall Nürnberg, Horst Klaus, der allerdings seine Redezeit mißbrauchte, um in erster Linie gegen den »linken Terror« zu hetzen.

Anschließend formierte sich noch eine Demonstration durch Heroldsberg, die allerdings an der ersten Polizeiabsperrung in der Nähe des Versammlungslokals der Faschisten halt machen mußte: Dort waren die Bullen mit Helmen und Hunden aufmarschiert.

KB / Gruppe Nürnberg

Osnabrück

Am 3. September versuchte die JN, in Osnabrück einen »Info-Stand« aufzubauen. Das wurde ihnen allerdings von etwa 100 umstehenden Antifaschisten entschieden verleidet. Mehrere Osnabrücker Antifaschisten haben inzwischen eine Vorladung zur Politischen Polizei erhalten. Der Vorwurf lautet auf »Landfriedensbruch«.

Die Strafe, die bei einer Verurteilung zu erwarten wäre, beträgt bis zu 3 Jahre. Das besonders Erstaunliche hierbei ist, daß die meisten der Beschuldigten nicht erkennungsdienstlich behandelt wurden und auch in keine Auseinandersetzungen verwickelt waren. Woher hat die Polizei also ihre Namen? Kann in Zukunft jeder, der während einer solchen Aktion auf der Straße steht, eine Vorladung erhalten? ...

Im September fand in Osnabrück der »außerordentliche Bundeskongreß« der JN statt. Dagegen bildete sich damals eine breite Aktionseinheit, die bis zu 3.000 Menschen mobilisieren konnte. *»Über die antifaschistischen Aktionen, die Aktionseinheitsverhandlungen, das zwielichtige Verwirrspiel von Gewerkschaften und Parteien, die Öffentlichkeitsarbeit, die Reaktion von Presse, Funk und Fernsehen«* ist inzwischen eine Broschüre fertiggestellt worden. Sie kann bestellt werden über ESG Osnabrück, c/o Dele Geoßpitsch, Blumenthalstr. 38, 45 Osna-

inzwischen eine Broschüre fertiggestellt worden. Sie kann bestellt werden über ESG Osnabrück, c/o Dele Geoßpitsch, Blumenthalstr. 38, 45 Osna-

brück.

„Hoffmann-Tribunal" in Nürnberg

Für den 25.11. hat die »Antifaschistische Aktionseinheit gegen die ‚Wehrsportgruppe Hoffmann'« in Nürnberg ein Hoffmann-Tribunal angekündigt. Programmpunkte: Hoffmanns Aktivitäten im Zusammenhang mit anderen Neonazis, die Vorgänge um die Hoffmann-Truppe vor dem Hintergrund geltender Gesetze, des Potsdamer Abkommens und der Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse.

Die Aktionseinheit setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, des Bund Deutscher Pfadfinder/Bund Demokratischer Jugend, einer SPD-Stadtteilgruppe, Teilen der Nürnberger Jusos, Genossen des KB, des »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« und mehreren Einzelpersonen.

Für Anregungen und Unterstützung ist die AE dankbar. Kontaktadresse: Antifaschistische Aktionseinheit gegen die »Wehrsportgruppe Hoffmann«, c/o L. Dicke, Postfach 150 — 473, 85 Nürnberg, Tel.: 0911/374045.

Weinheim

Am 7.11. wollte die NPD in Weinheim eine Veranstaltung mit dem Thema: »6 Mio. Tote — Legende? — Wirklichkeit?« durchführen. Redner: Udo Walendy. Um dagegen zu protestieren, hatte sich eine Aktionseinheit gebildet (JZ, AG gegen Umweltschutz, KBW u.a.).

Am 7.11. trafen sich die Antifaschisten vor dem Versammlungslokal der NPD. Zu den 20 Leuten von der AE kamen dann noch etwa 15 Zivildienstleistende, die sich gerade auf einem Lehrgang in Weinheim befanden. Wir versuchten, dann einzelne Faschisten am Betreten der NPD-Veranstaltung zu hindern, bzw. mit ihnen zu diskutieren.

Kurz vor Beendigung unserer Kundgebung kam es zu einem Polizeiüberfall, bei dem ca. 20 von uns festgenommen wurden. Auf der Wache wurden die Personalien aufgenommen und jeder einzelne fotografiert. Diese Fotos sollen den NPD-Faschisten vorgelegt werden, damit sie sich diejenigen aussuchen können, gegen die sie Anzeige erstatten wollen!

Auf der Faschisten-Versammlung war auch der Weinheimer NPD-Abgeordnete und Studienrat Günter Deckert anwesend. Ihm ist es zu verdanken, daß am nächsten Tag der Weinheimer Stadtdirektor bei der Unterkunft der ZDLer anrief und sich über diese beschwerte.

Als nächste Aktivität ist vom »Verein Jugendzentrum« eine Veranstaltung gegen die Hitler-Welle geplant.

Ein Harburger Genosse und

Ein Harburger Genosse und Weinheim-Besucher

KURZMELDUNGEN

CSU „trauert" mit SS'lern

An der diesjährigen Feier zum Volkstrauertag in München nahmen die Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde (Jüdische Gemeinde) und die „Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen" (ABV) aus Protest nicht teil. Eingeladen war nämlich auch ein Vertreter der SS-Organisation HIAG! Wie inzwischen bekannt wurde, schickt die HIAG im Rahmen der Abordnung der „Arbeitsgemeinschaft bayerischer Reservisten und Soldatenverbände" (ARSV) bereits seit mehreren Jahren SS'ler zum „Gedenken" an die Opfer des Nazi-Krieges. Nicht so betroffen wie die Antifaschisten reagierten Ministerpräsident Goppel, Landtagspräsident Hanauer, die bayerische Bereitschaftspolizei, Teile der französischen, amerikanischen und britischen Armeen, Burschenschaften etc. Sie alle gesellten sich zu den „trauernden" SS-Verbrechern. Veranstaltet wird diese jährliche Veranstaltung vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge", Landesverband Bayern. Kränze wurden auch dieses Jahr wieder von Vertretern des Bundesverteidigungsminsteriums und vom BGS niedergelegt. („Süddeutsche Zeitung", 14.11.77).

* * *

Neues vom Nazi-Roeder

Unser alter Bekannter, der Berufs-Nazi Manfred Roeder, hat im Oktober die Nummer 1 seines neuen Blättchens auf den einschlägigen Markt gebracht. Das Ding heißt **„Der Wind schlägt um"**, im Untertitel „Das Blatt der Deutschen Bürgerinitiative" (so nennt sich Roeders Verein). Neben einem Beitrag zur Terroristenhatz (*„Wer in der Jugend selber Berufsterrorist war, wie Brandt und Wehner, kann im Alter nicht Staatsräson verlangen"*) widmet sich das Blättchen vor allem dem Thema **„Zerstörung unserer Landschaft und Heimat"**. So werden Atomkraftwerke angegriffen als *„Inbegriff der Volksfeindlichkeit und Verlogenheit dieses Systems, das eben nur dem großen internationalen Geschäft dient"*. Ebenso bemerkenswert ist ein Aufruf Roeders zur Unterstützung einer Demonstration „Rettet die Garlstedter Heide!" am 18. November in Bremen (es geht dabei um die Verhinderung eines US-Stützpunktes in diesem Gebiet, wofür sich seit Jahren ein Komitee einsetzt). Roeder scheint als Provokateur im „Umwelt"-Geschäft bleiben zu wollen!

* * *

Paderborn: CDU gegen Gedenken an Nazi-Opfer

Von der Mauer des ehemaligen KZ Wewelsburg-Niederhagen in Paderborn hatte die Burgverwaltung der CDU-beherrschten Stadt im Jahre 1973 die Gedenktafel für die KZ-Opfer „Den Lebenden zur Mahnung" entfernen lassen.

Seither bemühten sich Antifaschisten und seit 1976 sogar die SPD-Fraktion im Paderborner Kreistag um die Wiedererrichtung einer Gedenktafel für die mindestens 2.000 Toten und noch weit mehr Gequälten von Wewelsburg. Die CDU-Mehrheit lehnte ab. Begründung: Für eine Gedenktafel bestehe *„in der Bevölkerung kein Bedürfnis"* und *„der Neuanfang der Jugend dürfe mit der Vergangenheit nicht belastet werden"* (lt. „Vorwärts", 17.11.77).

Als ehemalige KZ-Insassen, Antifaschisten und mehrere SPD-Abgeordnete am 9.11. (in Erinnerung an die „Kristallnacht") in Eigeninitiative wieder eine Gedenktafel anbrachten, nannte der Oberkreisdirektor Werner Henke dies eine „betrügerisch manipulierte Aktion" („UZ", 17. November 1977).

Da verwundert es nicht, daß die Gedenktafel nach vier Tagen schon wieder gestohlen wurde (lt. „UZ", 17.11.).

* * *

Altnazi bleibt weiter Richter

Gegen den Oberlandesgerichtsrat am bayerischen Obersten Landgericht, Karl Günther Stempel, wird kein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Dies entschied jetzt das zuständige Dienstgericht in München.

Richter Stempel war bereits 1932 in die damals noch verbotene SS eingetreten. Seine faschistische Gesinnung behielt er bis zum heutigen Tag bei. Er bekannte sich zur „Aktion Widerstand" und zeichnet bis heute als Präsident des rechtsradikalen „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes" (DKEG) verantwortlich.

Wegen der offenen nazistischen Betätigung des Richters Stempel hatte es bereits früher Anfragen der SPD im bayerischen Landtag gegeben, die allerdings, ebenso wie die letzte Anfrage dreier SPD-Abgeordneter, im Sande verlaufen sind.

Recht muß eben rechts bleiben!

* * *

DKEG Österreich wieder erlaubt

Im Mai vergangenen Jahres wurde der österreichische Ableger des rechtsradikalen „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" vom Bundesinnenministerium verboten. Der Verfassungsgerichtshof hob diese Entscheidung am 23.6.77 wieder auf. Das DKEG sei durch das Verbot *„im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf Vereinsfreiheit verletzt worden. Der Bescheid wird als verfassungswidrig aufgehoben"* (ZL B 209/76-9) (Zit. nach „DWZ", 18.11.77).

* * *

Prozeß gegen Schönborn?!

Am 7.11. hat die Frankfurter Justiz endlich – nach mehreren Monaten und zahlreichen Protesten – das Ermittlungsverfahren gegen den Herausgeber der antifaschistischen Wochenzeitung „die tat", Carlebach, eingestellt. Das Verfahren war aufgrund unhaltbarer, provokatorischer Anschuldigungen des ehemaligen „Hitler-Jugend"-Funktionärs und Chefs des neonazistischen „Kampfbundes deutscher Soldaten", Erwin Schönborn eingeleitet worden.

Gleich nach der Anzeige hatte Carlebach bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft die Bestrafung des Neonazis wegen wissentlich falscher Anschuldigung verlangt; diese Klage war aber so lange auf Eis gelegt worden, bis das Verfahren gegen Carlebach selbst entschieden sein würde. Nun ist es entschieden – und nun besteht nicht der geringste Grund mehr, daß die Staatsanwaltschaft gegen Schönborn nicht endlich aktiv wird!

* * *

Prozeß gegen „Teufelsaustreiber" erst 1978

Frühestens 1978 soll der Prozeß gegen die beiden kriminellen „Teufelsaustreiber", die Pfaffen Ernst Alt und Wilhelm Renz, beginnen. Bei einer „Teufelsaustreibung" durch die beiden Pfaffen war am 1. Juli 1976 die 23jährige Studentin Anneliese Michel aus Klingenberg nach mehrwöchigem Fasten gestorben. Die Anklage gegen die beiden Pfaffen lautet lediglich auf „fahrlässige Tötung". Ermittlungsverfahren gegen die Hintermänner der Täter, der Würzburger Bischof Josef Stangl (der die „Austreibung" genehmigt hatte) und den Jesuitenpfaffen Adolf Rodewyk (der ein „Gutachten" dazu erstellt hatte) wurden inzwischen schon eingestellt!

Nazi-Banden – militanter Teil der NPD (Teil 3)

Im AK 115 und 116 haben wir – ausgehend von der Hamburger „Hansa"-Bande – dokumentiert, daß die terroristischen Nazi-Gruppen (unter Namen wie „NSDAP" u.ä.) aufs engste mit der NPD verbunden und verflochten sind, daß in vielen Fällen Doppelmitgliedschaften in der NPD (bzw. deren Jugendorganisation JN) bestehen und daß die NPD ihrerseits diese Banden organisiert, ihren Einsatz leitet, gegebenenfalls ihren Rechtsschutz übernimmt usw.

In der NPD werden diese Banden als regelrechte organisierte Fraktion unter liebevollen Spitznamen wie „Hünengrab-Germanen" oder „NS-Symbolriege" geduldet. Obwohl sich die NPD-Führung von Zeit zu Zeit aus taktischen Gründen scheinheilig von diesen Banden „distanziert", kommt es doch auch immer wieder zur direkten Zusammenarbeit zwischen der NPD einerseits und den Nazi-Gangstern andererseits:

- So sprachen am 8.11.75 in Stuttgart anläßlich der Beendigung des „Hungerstreiks" für Rudolf Heß neben Vertretern der JN auch Mitglieder des „Rechtsblocks", der „Führer" der „Kampfgruppe Prien",



Wie sie sich doch gleichen...!

Schönborn („Kampfbund deutscher Soldaten") und der zum Kreis um den „Rechts"anwalt Rieger zählende Anwalt Peter Stöckicht (AK 116).
- Am 13.11.76 trat Schönborn als Redner beim „Festival der Jungen Nationaldemokraten" in Frankfurt als Redner auf („dpa", 13.11.76).
- Ende 1975 warb die JN-Hessen in ihrer Zeitung „Zeitbombe" für das Pamphlet „Auschwitzlüge" von Thies Christophersen und andere Schriften aus Christophersens „Kritik-Verlag".
- Im Januar 76 feierten NPD, AKON, Wiking-Jugend gemeinsam mit Schönborns KDS die "Reichsgründung" („tat" 23.1.76).

NPD und Nazi-Terror gehören zusammen

Seit Gründung der NPD ist fast jeder ihrer Auftritte begleitet vom Auftreten faschistischer Schlägerbanden, die Teils offen als NPD-Mitglieder und speziell dafür ausgebildete „Ordner"-Trupps in Erscheinung traten, teils auch weniger „offiziell", aber dem Terror dieser Truppen in nichts nachstehend. Bis heute ist es so, daß derartige Banden der NPD bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf Antifaschisten einprügeln und gezielte Überfälle durchführen.

- Am 17.4. wurde in Neumünster ein AK-Verkäufer von NPD-Schlägern, die ihn mit dem Ruf: „Ich mach Dich tot!" auf den Boden warfen und versuchten, seinen Kopf auf die Gehsteigplatten zu schlagen. Benutzt wurde bei diesem Überfall das Auto des „Hansa"-Banditen Michael Buchmann (Hamburg).
- Am 11.9.76 überfielen aus einer NPD-Veranstaltung heraus 30 Faschisten das Lüneburger Jugendzentrum, warfen die Scheiben ein und versprühten Tränengas.
- Im Juni 77 überfielen unter der Leitung des NPD-Ortsvorsitzenden Kerscher gleich mehrere Male Faschisten einen antifaschistischen Bücher- und Infostand des „Sozialistischen Hochschulbundes" in München.
- Während des NPD-Parteitages in Hannover am 25.3.77 überfiel ein Schlägertrupp das Büro des KBW.

Die Schulen des Terrors: Der NPD-„Ordnerdienst"

Von den frühesten Anfängen der NPD bis heute lassen sich die Schulen des Terrors bei der NPD und ihrem legalen Umfeld bestimmen: Zum einen der „NPD-Ordnerdienst" und zum anderen die Jugendorganisationen im Umfeld: Wikingjugend, Bund Heimattreuer Jugend, Bund Volkstreuer Jugend, Jungstahlhelm u.a.. Die NPD hatte 1968 mit dem Aufbau einer als „Ordnerdienst" getarnten Schlägerbande begonnen, dessen Mitglieder einheitlich gedrillt und ausgebildet wurden. Neben Schutzkleidung besaßen sie Schutzhelme vom Typ „Jet", die von der Ulmer Firma „Colibri-Goldadler" ansonsten exklusiv für die Polizei geliefert wurden. Der Geschäftsführer der Firma, Paul Adam, war Mitglied der NPD.

Nach Waffenfunden bei den „Ordnern" (Tränengassprühdosen, Schlagstöcke, Schlagwaffen, Elektrostäbe und Pistolen) und mehreren Schlägereien, sowie einer Schießerei am 16.8.69 kam die NPD einem drohenden Verbot des „Ordnerdienstes" durch formelle Auflösung zuvor.

Bei dieser Schiesserei hatte der Leiter des „Ordnerdienstes", Klaus Kolley, auf antifaschistische Demonstranten geschossen und dabei zwei Jugendliche verletzt. Ein Urteil gegen ihn (18 Monate) wurde im April 1971 vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben. Eine erneute Verurteilung Kolleys ist uns nicht bekannt.

Wie bestialisch der „Ordnerdienst" vorging, belegt eine Schilderung der Ereignisse am 28.7.69 vor dem Frankfurter Cantate-Saal:

„Das Gittertor öffnet sich für wenige Sekunden ... ‚Ordner' zerren den 25 Jahre alten Dieter Bachert aus Frankfurt in die Toreinfahrt. Das Schloß schnappt wieder zu. Der junge Mann wird fertiggemacht: Platzwunden am Kinn, der Nase, Tritte in die Rippen, Schuhabdrücke auf der Stirn, schwere Prellungen und Blutergüsse auf dem ganzen Rücken. Dr. Körber (Einsatzleiter – Anm. d. Red.) lobt seine Leute. Einem klopft er auf die Schulter: ‚Gut gemacht!' .... Wieder geht das Tor auf. Ein rothaariger Mann wird hereingerissen und in der dunklen Toreinfahrt fürchterlich zusammengeschlagen. Er scheint bewußtlos zu sein. Der geöffnete Mund ist nur noch ein blutiger Brei. Man sieht keine Zähne. Ausgeschlagen? Ausgetreten? Zwei Prügler schleifen ihn an beiden Armen zum Innenhof. Ein ‚Ordner' springt von der Seite dazu und reagiert sich an dem Bewußtlosen ab. Die beiden anderen halten ihn von einem denkbaren Totschlag ab ..." („Frankfurter Rundschau", 28.6.69).

Ganz ähnlich liest sich ein Flugblatt vom Juni 77 aus Kiel, in dem ein Überfall auf drei Antifaschisten geschildert wird:

„Am Sonntag, den 26.6., wurden vor einer NPD-Veranstaltung drei Antifaschisten von einem 15 bis 20 Mann starken Rollkommando der NPD überfallen und brutal zusammengeschlagen.

Haiko Oetker (Mitglied des Landesvorstandes der NPD-Schleswig-Holstein und Bundesfahrtenführer der Wiking-Jugend) identifizierte die in ca. 150m. Entfernung stehenden drei Personen als bekannte Antifaschisten ... Sofort sammelten sich vor dem ‚Eichhof' die Schläger, die zum Teil in ‚Matrosenuniform' zum Teil schwarzuniformiert waren. Einige waren mit Funkgeräten ausgerüstet, alle trugen eisenbeschlagene Knobelbecher. Die drei Personen versuchten zu fliehen, wurden jedoch eingekesselt und brutal zusammengeschlagen und getreten ...".

Gegen die Schläger wurde Strafanzeige wegen versuchten Totschlags gestellt.

Bei diesem Überfall beteiligt waren u.a.:
- Haiko Oetker.
- Thomas Günther Lange, Student, NPD, „Bund konservativer Jugend".
- Hans Kötter, Rendsburg, NPD-„Ordnerdienst", Verteiler rassistischer Flugblätter.
- Hartmut Hildebrandt, NPD, Bund Volkstreuer Jugend.
- Mathias Weber, Hamburg, sowie ein zweiter Schläger aus dem Umkreis der „Hansa"-Bande.

Tatsächlich hatte die formelle Auflösung des NPD-„Ordnerdienstes" kaum Folgen. Zum einen bildeten Angehörige des aufgelösten „Ordnerdienstes" bewaffnete Banden; zum anderen bildete die NPD offiziell einen „Organisationsdienst", der die Funktion des alten „Ordnerdienstes" übernahm. Im Verfassungsschutzbericht 69/70 heißt es dazu:

„... Gleichzeitig richtete die Parteiführung einen ‚Organisationsdienst' ein, in dem ‚besonders aktive Kräfte der Partei zusammengefaßt' sind. Dieser Organisationsdienst hat u.a. die Aufgabe, Ordner für öffentliche NPD-Veranstaltungen und zum Schutze der Redner der Partei zu stellen".

1972 enthüllte die „tat", ein Schreiben der NPD, KV Gelsenkirchen, vom 8.2.72: *„Lieber Kamerad! Durch unseren LV wurde ich aufgefordert, in Gelsenkirchen einen ‚Organisationsdienst' neu aufzubauen. Diese Mitteilung ist daher streng vertraulich zu behandeln, auch anderen Mitgliedern des KV gegenüber. Sinn und Zweck dieses ‚Organisationsdienstes' ist es, vom LV zu ganz bestimmten Aufgaben herangezogen zu werden. Vor allem muß sichergestellt sein, daß dieser sehr kurzfristig einsatzbereit sein kann ... Für diese ‚Aktiv-Gruppe' kommen natürlich nur jüngere und absolut zuverlässige Kameraden in Frage ..."* („tat", 23/72).

Die Grenzen zwischen NPD und offen nazistischen Terrorbanden sind fließend

Sowohl aus dem alten „Ordnerdienst" der NPD heraus, wie auch aus den „Aktiv-Gruppen", die dessen Nachfolge angetreten haben, entwickelten sich immer wieder nazistische Terrorbanden. Es gehört zur Taktik der NPD, die stets um die Erhaltung ihrer „demokratischen" Tarnung bemüht ist, daß sie im Falle der Enthüllung solcher Zusammenhänge die betreffenden Einzelpersonen ausschließt, oder sich zumindest „distanziert". Die ununterbrochene Kette solcher Vorfälle und eine Fülle von Doppelmitgliedschaften beweisen aber, daß die NPD die Hauptbrutstätte solcher Umtriebe ist.

„Am 20.4.1970 wurden der ehemalige Vorsitzende des NPD-Ortsbereichs München-Fürstenried, Otto Herzinger, und der damalige NPD-Ordner Günter Duhse wegen Waffenschmuggels festgenommen. Duhse hatte Waffen u.a. auch an NPD-Mitglieder verkauft" (VS-Bericht 1969/70).

„Am 13.2.1971 wurde im Wagen des NPD-Mitglieds Bernd Hengst aus Bad Godesberg eine Maschinenpistole sichergestellt. Hengst sowie sein Mitfahrer und Parteifreund, der ehemalige Vorsitzende des ‚Nationaldemokratischen Hochschulbundes', Rüdiger Krauss, gehörten einer 18köpfigen Gruppe an, die vorwiegend aus Angehörigen des NPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg bestand. Diese Gruppe hatte sich eine reichliche Zahl von Schußwaffen beschafft und sich mit Überlegungen beschäftigt, gegen politisch mißliebige Personen u.U. auch Gewalt anzuwenden. Mehrmals beteiligten sich Angehörige der Gruppe an Ausschreitungen" (VS-Bericht 1971).

Die Mitglieder dieser Gruppe gehörten größtenteils dem NPD-„Ordnerdienst" an („FR", 15.2.71). Prozesse oder Urteile gegen Angehörige dieser Gruppe, bei denen zum Teil sogar bei einer erneuten Hausdurchsuchung Monate nach dem ersten „Auffliegen" wiederum Waffen gefunden wurden („SZ", 2.4.71), sind uns nicht bekannt.

Die „Europäische Befreiungsfront" (EBF)

Am 20. Mai 1970 wurde die EBF von der Polizei ausgehoben, es wurden diverse Waffen sichergestellt. Unter anderem 15 Pistolen, drei Trommelrevolver, drei Kleinkalibergewehre, eine Jagtflinte, zwei Karabiner, ein Sturmgewehr, eine Maschinenpistole, 1.000 Schuß Munition und mehrere Schlagringe. Gegen 35 Mitglieder dieser Gruppe wurde von der Polizei „ermittelt". Alle Bandenmitglieder kamen aus dem „Ordnerdienst" der NPD und ihrem Partei-Apparat. Es wurde nur ein Mitglied der EBF in Haft genommen, der NPD-Chef von Köln („Welt am Sonntag", 31.5.70).

Nach zweijähriger „Ermittlung" wurden neun Mitglieder der EBF vor Gericht gestellt: Gründung einer kriminellen Vereinigung bzw. Beteiligung an ihr, Verstoß gegen das Waffengesetz („Welt", 25.4.72).

Das Gericht wollte nur die „rein kriminellen Straftaten" aburteilen; somit entfiel all das an neonazistisch-terroristischen Hintergrund, was der VS-Bericht noch 1970 über die EBF schrieb: *„Die EBF wollte als ‚reine Kampfgruppe' Sammelbecken der ‚nationalen Kräfte Europas' sein und drohte die ‚Vernichtung des Kommunismus' an. Sie war ein militanter Geheimbund. Verstöße gegen Disziplin und Kameradschaft sollte ‚militärisch geahndet' werden. Es wurden Pläne erörtert, in eine Bundeswehrkaserne einzudringen und dort Waffen zu stehlen. Anläßlich des Treffens von Bundeskanzler Brandt mit Ministerpräsident Stoph in Kassel am 21. Mai 1970 wollte die EBF die Stromversorgung der Stadt Kassel durch Schüsse auf die Isolatoren der Stromkästen lahmlegen ..."*

Keine Erwähnung findet im VS-Bericht der VS-Agent Krähberg, der als Mitglied des NPD-„Ordnerdienstes" und Mitbegründer der EBF all diese Dinge verantwortlich mitbetrieb!

Von den angeklagten neun Bandenmitgliedern wurden im Juli 72 lediglich fünf verurteilt: Zu Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr „auf Bewährung" sowie einer Buße an das Deutsche Rote Kreuz („SZ", 19.7.72).

Erziehung zum Terror: Faschistische Jugendarbeit

Neben dem „Ordnerdienst" und seinen Nachfolgegruppen sind bei der Organisierung nazistischer Terror-Banden die rechtsradikalen Jugendverbände als zweiter Zweig anzusehen.

So setzt sich die gesamte Hamburger „Hansa"-Bande aus Jugendlichen zusammen, die fast alle Mitglied der JN und/oder der „Wiking-Jugend" sind. Hoffmann in Nürnberg baute seine „Wehrsportgruppe" als Jugend-Gruppe des „Stahlhelm" auf und nimmt häufig an Lagern der Wiking-Jugend teil. Die NDBB des Roland Tabbert (AK 116) rekrutierte sich vorwiegend aus Mitgliedern des Bund Heimattreuer Jugend, Tabbert selbst war Einpeitscher auf Lagern der Wiking-Jugend und dort direkt für Schlägereinsätze verantwortlich. Die „Neumann-Gruppe" versuchte gezielt, auf Lagern der JN und Wiking-Jugend Aktivisten für eine neue „NSDAP" anzuwerben.

Die Wiking-Jugend

(Wenn im weiteren nicht anders angegeben, entstammen die Zitate der Fernsehsendung „Wotans Erben", ARD, 31.8.77)

„Anschau in der Eiffel, Sommerlager der Wiking-Jugend, der ältesten rechtsextremistischen Jugendorganisationen. Sie ist die HJ der über einhundert rechtsradikalen Organisationen in der Bundesrepublik. Sie gliedert sich in Bund, Gau, Horst, Fähnlein, Gefährten- und Jungenschaft. Sie nennen sich Pimpfe und Jungmädel. Auch ihr Zeichen ist die Odalsrune. Ihr Ruf lautet ‚Nordland Heil'.

In Sommer- und Winterlagern zu Großfahrten und Sonnenwendfeiern treffen sich jeweils Hunderte von rechtsradikalen Jugendlichen aus der Bundesrepublik, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Die Ausbildung beginnt schon bei den Zehnjährigen. Sie leisten Formaldienst im Lager und werden im Gelände ausgebildet. Sie lernen marschieren, aber auch den Umgang mit der Waffe."

Unverblümt knüpft die Wiking-Jugend an die nazistischen Phantastereien von einem „SS-Europa" an: *„Mit harten Schlägen schmiedet uns das Schicksal zusammen und die, die es zuerst begriffen haben, besiegelten es bereits vor einem Vierteljahrhundert mit ihrem Blut. Als volkstreue Jugend bekennen wir uns zu dem werdenden Großraum Nordland. Wir bleiben zuversichtlich und allen wurde bewußt, daß wir eine Art Gemeinschaft des Blutes bilden".*

Fortsetzung auf Seite 37

Fortsetzung von Seite 36

Seit über 30 Jahren kann die Wiking-Jugend diesen Schmutz verbreiten! In einem Werbezettel liest sich das so: *„Brauchtumspflege, Gesunderhaltung des Körpers durch gesunde Lebenshaltung, Erziehung zur Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (so nennt sich die SS-Nachfolgeorganisation, HIAG – Anm. d. Red.), Willens- und Selbstzucht bis hin zur Gesittungspflege der weiblichen Jugend und Erziehung zum Wehrwillen der männlichen Jugend".*

Mitglieder der Wiking-Jugend sind bei fast allen faschistischen Ausschreitungen zu finden. Die Wiking-Jugend gehörte zur „Aktion Widerstand", sie steht an vorderster Front, wenn es um provokatorische Aufmärsche zugunsten des noch einsitzenden Kriegsverbrechers Rudolf Heß geht, bei Aufmärschen und Jubelfeiern nach der Flucht des Kriegsverbrechers Kappler aus Italien; die Fanfarenzüge bei Veranstaltungen der DVU, mit der sie im „Freiheitlichen Rat" verbunden ist.

Zur militärischen Ausbildung unterhält die Wiking-Jugend mehrere Ausbildungslager, u.a. eines in Dörpstedt/Schleswig-Holstein, daß dem „Referent für Jugend" beim „Stahlhelm", Uwe Rohwer, gehört, der diese „Ausbildung" auch leitet. Dieser Rohwer ist u.a. beim sogenannten „Reichstag zu Flensburg" mit einem Messer auf Gegendemonstranten losgegangen; er war einer der Schläger am 15.5.77 in Hamburg-Osdorf (gemeinsam mit Mitgliedern der „Hansa"-Bande). „Fahrtenleiter" der Wiking-Jugend ist Haiko Oetker NPD-Vorstandmitglied in Norderstedt. Die Wiking-Jugend war darüber hinaus Mitglied im „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände" und unterhält nur durch Konkurrenz getrübte enge Verbindungen zum Bund heimattreuer Jugend sowie zum Bund Volkstreuer Jugend in Schleswig-Holstein.

Daß die militärische und nationalistische Ausbildung und Verhetzung dieser Jugendlichen kein „Spiel" ist, mußte das Fernsehteam bei den Dreharbeiten zu o.a. Film erfahren: Im August 76 wurde sein Auto bei einem Überfall der Wiking-Jugend völlig demoliert; ein Holzstamm, der durchs Heckfenster geworfen wurde, verfehlte nur knapp den Kopf eines Journalisten. Ähnliches passierte schon einmal am 29.10.70 bei ähnlichen Aufnahmen.

„Beim stellvertretenden Gauführer der Wiking-Jugend Schleswig-Holstein, Manfred Börm, der beschuldigt wird, ein Fernsehteam tätlich angegriffen zu haben, fand die Polizei im März 77 acht Dolche, Patronengurte mit scharfer Munition und eine schußfertige Maschinenpistole".

Bund Heimattreuer Jugend – BHJ

Der BHJ wurde im September 1962 als eingetragener Verein zugelassen. Wie in der Wiking-Jugend werden auch seine Mitglieder (Alter 10-25 Jahre) militärisch und politisch gedrillt.

Viele Lager und Fahrten finden gemeinsam mit der Wiking-Jugend statt.

Der BHJ beruft sich u.a. auf den ehemaligen Präsidenten des Kulturwerks der SA, Herbert Böhme, der sich bis in die jüngste Zeit als Vorsitzender des „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes" (DKEG; in Österreich verboten!) um die ideologische Kontinuität faschistischen Gedankenguts kümmerte.

„Erfolge" hat der BHJ reichlich aufzuweisen: Mitglieder unterstützten Südtiroler Faschisten bei Bombenattentaten, in Westberlin waren 1971 mehrere BHJ'ler an der Gründung der Terrorbande NDBB und an Schießereien über die DDR-Grenze beteiligt. Auch W.D. Eckart („NSDAP") wurde im BHJ nachhaltig geprägt („Der geplante Putsch"). Der BHJ war Mitgliedsorganisation der „Aktion Widerstand" und ist am „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände" beteiligt.
Als einzige Maßnahme gegen den BHJ von staatlicher Seite ist uns das Verbot des Uniformtragens bekannt. Heute kann der BHJ zu seinen Treffen und Lagern bis zu 1.000 Jugendliche mobilisieren. Höhepunkte dieser Treffen sind Grußbotschaften oder Vorträge alter Nazi-Größen.

Bund Volkstreuer Jugend

In der BRD sind im BVJ, dessen Hauptorganisation in Österreich ansässig ist, angeblich über 400 Mitglieder organisiert. Im österreichischen Bundesland Vorarlberg wurde der BVJ im Sommer 75 in Bregenz verboten, wurde aber auch dort unter anderem Namen sofort neugegründet.

In seinen Zielen und seinem Vorgehen unterscheidet er sich kaum von den anderen rechtsradikalen Jugendorganisationen. Seine führenden Mitglieder in Schleswig-Holstein sind die als faschistische Schläger einschlägig bekannten Gunnar Pahl und Hans Herbert Hain (NPD-Funktionär). Pahl ist wegen seiner faschistischen Umtriebe in Belgien festgenommen worden und verbüßt heute in Italien eine Haftstrafe; in der BRD ist er nicht angeklagt worden.

Der BVJ arbeitet eng mit der Wiking-Jugend zusammen, BVJ'ler nahmen auch am „Reichstag von Flensburg" teil.

„Jungstahlhelm"

Aus „Wotans Erben":
„29.Mai 1977. Auch die Stahlhelm Jugend marschiert im Geiste der Nationalsozialistischen Tradition. Man trägt die Reichskriegsflagge, die Farben sind Schwarz-Weiß-Rot. Gegründet wurde der Stahlhelm von Franz Seldte der unter Hitler Reichsarbeitsführer wurde".

„Das Schwergewicht der Jugendarbeit des Stahlhelms liegt auch heute in der militärischen Ausbildung. Wurden in der Weimarer Republik die Jungstahlhelmer von Berufssoldaten der Reichswehr gedrillt, so sind ihre Ausbilder heute vielfach Angehörige der Bundeswehr und ehemalige Berufssoldaten. Als 1966 der ehemalige Gauführer Koch die Ortsgruppe des Stahlhelm Bergzabern gründete, waren die Hälfte der Gründungsmitglieder aktive Soldaten des dort stationierten Fernmeldebataillons 786. In diesem Lager, nur 3 km von Bergzabern entfernt, üben rund 100 Jugendliche Handgranatenzielwurf. In einer Publikation nach dem Zusammenbruch des Faschismus, entschlüsselten Stahlhelmer den Sinn ihrer Arbeit: ‚Die Internationalisierung unserer Jugend zu vermeiden, ist in erster Linie der deutsche Frontsoldat berufen... Unsere stolze Reichskriegsflagge weht uns wieder voran, bald wird sie auch wieder unseren grauen Marschkolonnen vorangehen..."

Alle diese Verbände werden von speziell für die Jugendarbeit freigestellten Kadern des alten und neuen Faschismus geleitet. Sie unterhalten Schulungszentren (so in Bassum bei Bremen das des „Arbeitskreises Volkstreuer Verbände" des Aktivisten der „Aktion Widerstand", Alfred Manke, oder in Klüt, das des „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes"), organisierten Kontakte zu ausländischen Faschistenorganisationen, organisieren bundesweit (so das DKEG in seinen 60 „Pflegestätten") örtliche Veranstaltungen, Treffen usw.

In einem der nächsten Ausgaben des AK wollen wir genauer auf das Treiben der faschistischen Kader im Jugendbereich eingehen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Hansa"-Bande und JN: Hand in Hand

Am 10.4.77 fand der 5. Landeskongreß der NPD-Jugendorganisation JN in Hamburg statt. Dabei wurde der neue JN-Landesvorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Ulrich Thetart; Stellvertreter: Peer Reich und Friedhelm Pützmann; Beisitzer: Karsten Trede, Rolf Meindiers, Mathias Weber, Michael David, Nortrud Steman.

Außerdem gehören „kraft Amtes" drei weitere Kreisvorsitzende (4 JN-Kreise gibt es in Hamburg) dazu. Anfang 1976 wurde dies in Eimsbüttel Wolfgang Behrend („Hamburger Nationaldemokraten", 1/76 und 5/77).

Zu einigen dieser Personen:

— Ulrich Thetart hat am 5.10.77. zusammen mit Philip Schönmann in Hamburg vor Gericht gestanden. Schönmann ist mindestens seit April in der Hamburger JN- und NPD-Führung. 1976 war er NPD-Bundestagskandidat. Thetart ist Nachfolger Schönmanns als JN-Chef. In der Wohnung der beiden Angeklagten war „NSDAP"-Material gefunden worden! Beide Angeklagten wurden freigesprochen, da der Richter ihnen glaubte, sie hätten das Zeug vom „großen Unbekannten" zugeschickt bekommen und sie hätten nicht beabsichtigt, es zu verteilen. Verteidiger war der Rassist Jürgen Rieger.

— Friedhelm Pützmann war beteiligt an den Schläger-Aktionen der JN am 23.7.77 an der U-Bahn Mundsburg. Auf einem von der „Frankfurter Rundschau" veröffentlichten Fotos läuft er an der Spitze eines Nazi-Haufens, in der Hand einen Knüppel. P. trägt in der Schule (Gymnasium Lohmühlenstraße) einen Gürtel mit „Odalrune" und erzählt dort auch, daß er bei der „Wikingjugend" sei.

— Mathias Weber wohnte früher im „Rauhen Haus"; in seinem Zimmer hingen Bilder von Hitler, Dönitz und Heß. W. tat sich hervor als einer der Schläger bei einem Überfall in Kiel am 26.6.77, als ein Antifaschist krankenhausreif geschlagen wurde.

— Wolfgang Behrend ist ebenfalls eine bekannte Figur: Ende 1975 überfiel er zusammen mit anderen in Buxtehude linke Zeitungsverkäufer. Eine Frau flüchtete in ein Kaufhaus, B. verfolgte sie und schleppte sie mit Handschellen gefesselt wieder heraus. Die Frau wurde dabei verletzt. Im Prozeß am 8.11.76 wurde B. zu 800 DM Geldstrafe verurteilt. Am 9.5.77 in der Berufungsverhandlung wurde das Verfahren gegen eine Geldbuße von 200 DM eingestellt. Und das obwohl etwa einen Monat vorher B. wegen einer anderen Sache verurteilt worden war: In der Nacht zum 30.5.76 hatte B. zusammen mit drei anderen JN-Mitgliedern aus Hamburg und Celle die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen verwüstet. Behrend wurde zu 6 Monaten Gefängnis „mit Bewährung" und zu 1000 DM Geldstrafe verurteilt („Allg. jüdische Wochenzeitung", 8.4.77 und „tat", 10.9.76).

Zwar nicht im JN-Vorstand, aber dafür Leiter des Fanfarenzuges „Graf Spee" ist seit dem Frühjahr 77 Lothar Wrobel. Der Zug trat erstmals am 8.5.77 beim Hamburger NPD-Landesparteitag und am 17.6.77 in Frankfurt auf. Am 26.6.77 war dann sein „Großauftritt": Beim Landesparteitag der Schleswig-Holsteiner NPD in Kiel stellten die Mitglieder des Fanfarenzuges im wesentlichen den 15-20 Mann starken Schlägertrupp, der drei herumstehende Antifaschisten überfiel und einen von ihnen krankenhausreif schlug. Wrobel ist auch ansonsten kein Unbekannter: Er stand schon einmal vor Gericht, weil er „NSDAP/AO"-Flugblätter verteilt hatte. Dabei war auch sein Freund Wolf-Dieter Eckart („NSDAP"-Freundeskreis usw.) anwesend. Ansonsten war Wrobel nach eigenen Angaben Mitglied im NPD-„Ordnerdienst" und von 1974 bis 1976 Beisitzer im Kreisvorstand der NPD Hamburg-Nord.

Auch ein Jungnazi namens Klaus-Dieter Puls ist (oder war) nicht so weit weg von der NPD: Im Juni 75 brachten die „Hamburger Nationaldemokraten" einen halbseitigen Kasten: *„Neuheit — Neuheit — Neuheit — Nur Musik!!! Lieder, die wir einst sangen... z.B. Märkische Heide, Die Jugend marschiert usw. usw. Auf der neuen LP! Bestellung bei Dieter Puls...".*

Zur Erinnerung: Puls hatte im Frühjahr 76 des öfteren den „NSDAP-AO"-Führer Lauck besucht, als dieser in U-Haft in Koblenz saß. Außerdem war Puls einer der merkwürdigen Zeugen im Januar 77 im Prozeß gegen das Ehepaar Müller von der „NS-Kampfgruppe Mainz". Die Zeugen zeichneten sich damals dadurch aus, daß sie „objektiv zwar logen", „subjektiv von der Richtigkeit ihrer Aussage aber überzeugt waren" (so der Richter). Verteidiger war übrigens auch damals Jürgen Rieger.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

das Verfahren gegen eine Geldbuße von 200 DM eingestellt. Und das

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wie lange noch?

Wie lange noch?

NSDAP-Faschisten weiter aktiv in Hamburg

Die Anfang September in Hamburg aufgeflogene „Hansa"-Bande, eine Gruppe von nazistischen Jugendlichen, die, als „Freizeitverein Hansa" getarnt, offene NSDAP-Propaganda betreibt und die als Schlägertrupp an verschiedenen Orten in der BRD gesichtet wurde, macht unverändert weiter. Trotz der vorübergehenden Festnahme der „Hansa"-Nazis Lutz Wegener, Tibor Schwarz und Michael Kühnen und trotz der Beteuerungen der Hamburger Polizei und Justiz, damit sei ein entscheidender Schlag gegen die in letzter Zeit gehäuft auftretenden Nazi-Umtriebe gelungen, geht die Serie von NS-Schmierereien weiter und die Nazi-Bande tritt mit noch größerer Frechheit auf.

— Nach der Festnahme der drei „Hansa"-Faschisten am 1.9.77, die NSDAP- und SA-Parolen geschmiert und Hakenkreuze in Fensterscheiben geritzt hatten, wurde am 3.9. in Harburg ein riesiges Hakenkreuz in die Scheibe eines Optikergeschäftes geritzt („Welt", 5.9.77). Wenige Tage danach wurde das Mahnmal für NS-Opfer auf dem Friedhof Ohlsdorf (erneut!) mit Hakenkreuzen beschmiert. In der Nacht zum 9.10. wurde (zum wiederholten Mal) auf das Kreiszentrum der DKP in Hamburg-Eimsbüttel ein Anschlag ausgeführt: Die Schaufensterscheibe wurde zerschlagen, ein Aufkleber der „Jungen Nationaldemokraten" wies deutlich genug auf die Täter hin. Zuvor hatten „Hansa"-Banden Faschisten die Scheiben der DKP-Büros in Harburg und im Kreis Nord zerstört („Unser Schanzenviertel", DKP-Stadtteilzeitung, 11.10.77). Kurz vor der 9. November (dem Tag der „Reichskristallnacht" 1938, an dem jüdische Geschäfte, Synagogen usw. von Nazi-Trupps geplündert, zerstört, in Brand gesteckt wurden), wurde — nach Mitteilung der VVN — in Hamburg ein Flugblatt der „NSDAP/AO" verbreitet, in dem etwa stand: „Die Haut von einer Judenstirn gibt einen prima Lampenschirm" und „Eine Gaskur im KZ finden alle Juden nett"!

— Ende September/Anfang Oktober brachte die „Hansa"-Bande eine neue Nummer ihres Blattes „Der Sturm" heraus. Wie in den vorhergehenden Nummern wird offen antisemitische Hetze gegen die „Judenpresse" usw. betrieben; NS-Texte (von Hitler u.a.) werden abgedruckt; die ausdrückliche Nachfolge dieser Jung-Nazi-Truppe in der Tradition der alten NSDAP, der SA usw. wird durch die angebliche Bildung eines „Bund Deutscher Mädel" nochmals bekräftigt. Das alles erfüllt zahlreiche Straftatbestände: Verbreitung nazisitscher Propaganda, Weiterführung bzw. Neugründung einer verbotenen, kriminellen Organisation, Aufhetzung zum Rassenhaß u.a.m.

Obwohl der verbrecherische Charakter dieser NSDAP-Gruppe offen zutage liegt, sind dagegen bislang von Polizei und Staatsanwaltschaft keinerlei wirksame Maßnahmen eingeleitet worden. Die drei vorübergehend festgenommenen Hansa-Faschisten wurden sogleich wieder freigelassen, von Maßnahmen gegen die Bande insgesamt ganz zu schweigen. Diese Untätigkeit der Behörden wird von der Bande in frech-provokatorischer Weise ausgeschlachtet: *„Die nervös gewordene Polizei verhaftete von der Straße weg drei harmlose Passanten, angeblich Mitglieder im legendären 'Freizeitverein Hansa' "*, heißt es im „Sturm" 3/77. *„Wie die Polizei selber mitteilte, konnte den Verhafteten nichts nachgewiesen werden. (...) Immerhin brachte der Pressewirbel uns eine Reihe neuer Mitglieder und Sympathisanten. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und ihre SA können nicht mehr zerschlagen werden. Wir kämpfen weiter!"*

Ein Beispiel, wie dieses „Weiterkämpfen" aussieht: Am 1.11.77 wurde ein Arbeiterkampf-Verkäufer am Hamburger Hauptbahnhof von einem besonders „mutigen" Trupp der „Hansa"-Bande überfallen. Lutz Wegener, Tobor Schwarz, ein Herrman Voit und drei noch sehr junge Komplizen stellten sich im Kreis um den Genossen und packten ihn (mit der Einleitung: „Was haben wir denn hier? Das wollen wir aber nicht") an der Jacke. Tibor Schwarz griff sich eine Zeitung und zerriß sie. H.Voit schlug mit der Faust in das Gesicht des Genossen, so daß seine Nase zu bluten begann. In diesem Augenblick traten zwei Polizisten in Zivil hinzu, die (zufällig?) vorbeikamen. Die drei unbekannten jungen Faschisten konnten weglaufen, die anderen wurden von den sich sehr korrekt verhaltenden Zivilen zur Wache gebracht. Anzeige wurde erstattet.

— Ein paar Tage später wurde „Hansa"-Chef Michael Kühnen beim Kleben von „NSDAP"-Plakaten mit 13 Komplizen in Bremen (!) festgenommen.

— Für den 26.11. plante die „Hansa"-Bande schließlich ihre bislang unverschämteste Provokation: Unter dem neuen Tarnnahmen *„Bürgergemeinschaft Hamburg"* kündigte sie im „Restaurant Hanseat" (Hamburg 26, Süderstraße 167), 12 Uhr, eine ö f f e n t l i c h e Veranstaltung an. Unzweideutig heißt es in der Einladung: *„Die NPD ist am Ende, Zionisten, Demokraten und Kommunisten sind die Totengräber unseres Volkes. DESHALB _ Nationale Sozialisten greifen an! Ein Volk _ Ein Reich ..."* Verantwortlich für die „Bürgergemeinschaft Hamburg" zeichnet — Michael Kühnen! Neben dem „Hansa"-Tarnverein und seinem „Bund Hamburger (Deutscher) Mädel" werden als Veranstalter außerdem eine „Sozialnationalistische Jugend Hamburg", ein „Kampfbund 'Freiheit für Rudolf Heß' ", eine „ANS-Aufbauorganisation" sowie eine „Deutsche Auslands-Organisation" (wobei es sich um die „NSDAP/AO" des G. Lauck handeln dürfte) genannt. Hinzu kommen noch eine „Nationalrevolutionäre Arbeiterfront" (NRAF9 Bremen und ein „Stützpunkt Hamburg der Deutschen Bürgerinitiative" — also des Nazi-Vereins des berüchtigten Manfred Roeder.

Gegen diese Frechheit gab der KB sofort nach Bekanntwerden ein Flugblatt heraus. Inzwischen wurde die Veranstaltung verboten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Letzte Meldung

Nach dem Verbot ihrer angekündigten Veranstaltung tauchte die „Hansa"-Bande und ihr Anhang (insgesamt etwa 30 Jugendliche in schwarzer Kleidung, Stiefeln, Gürteln mit „Odals-Rune" o.ä.) zusammen mit mehreren älteren NPD-Leuten (darunter der in diesem Zusammenhang schon bekannte NPD-Funktionär Manfred Timmermann, offenbar eine Art Betreuer der Bande) vor dem Versammlungsort auf, rückte aber angesichts der in der Nähe postierten Polizei geschlossen und „in Marschordnung" ab. Sie führten dann ihre Versammlung doch noch in einer Kneipe in Hamburg-Rahlstedt durch. Dort stellte sich Michael Kühnen als Vertreter einer „Aktion Nationale Sozialisten" (ANS) vor, die auch an den Bürgerschaftswahlen im nächsten Jahr teilnehmen wolle. Sein Kumpan Lutz Wegener sprach als Vertreter der „Hansa"-Bande.

Am Rande: Die VAN (HH Ortsverband der VVN) verhielt sich wie gewohnt: Als wir in der Tür des VAN-Büros erschienen waren und erklärt hatten: „Wir kommen vom KB, wir wollen Ihnen Informationen bringen zu einer ‚NSDAP'-Veranstaltung...", war die VAN-Frau an der Tür total hektisch geworden und hatte geschrien: „Wir wollen mit Ihnen nichts zu tun haben, gehen sie raus!...". – Na, wir versuchen es weiter.

Terrorurteil gegen Antifaschisten

Empörende Urteile wurden nach dreitägiger Verhandlungsdauer vom Kieler Amtsgericht gegen vier ,,KPD/ML''er bzw. deren Sympathisanten verhängt, die am 15.8.76 einen Nazi-Stand der NPD/JN abgeräumt haben sollen: Zwei Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen von jeweils 6 Monaten o h n e Bewährung, zwei weitere wurden zu 4 Monaten verurteilt, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Anklage stützte sich einzig und allein auf Aussagen von Faschisten. Der einzige Nicht-Nazi-Zeuge konnte zur Belastung nichts beitragen. Die Angeklagten wurden auch nicht am Ort des Geschehens festgenommen, sondern Stunden später in anderen Stadtteilen, nachdem die Bullen und Faschisten eine Jagd durch ganz Kiel veranstaltet hatten. Folgende Faschisten traten im Prozeß als Zeugen auf:

Jobit Stolp
Stolpe/Plön, Anlagenberater, JN-Landesvorsitzender.

Jürgen Peine
Kiel, Gerhardstraße 32, Justizvollzugsbeamter im BGS, Kontaktadresse des BVJ, verteilte auch schon Flugblätter für Roeders ,,Bürgerinitiative''.

Thomas Günter Lange
Kiel, Saarbrückenerstraße 176d, Jura-Student, JN, stellvertretender Vorsitzender des ,,Bund konservativer Jugend''.

Thomas Schröder
Lübeck, Justizvollzugsbeamter im BGS, Leiter eines eigenen ,,Arbeitskreises'', Unterschreiber eines Flugblatts der ,,Aktion Widerstand''.

Hans Koetter
Rendsburg, Alte Kieler Landstraße 43, Mitglied des NPD-Ordnerdienstes und als solcher schon oft prügelnd in Erscheinung getreten; fleißiger Leserbriefschreiber in ,,Mut'', wo er u.a. die Nazi-Morde an Juden leugnete.

Dietmar Munier
Kiel-Altenholz, Wacholderweg 3, Student (siehe Bemerkung zu seiner Gegendarstellung).

Eggert Pahl
Kiel, Hansastraße 8, Wachmann, Bruder des im Ausland wegen nazisitischer Umtriebe einsitzenden Gunnar Pahl, mit dem er z.B. im Sommer 1976 in Eutin uniformiert und mit Schlagstock ausgerüstet aufgetreten ist, JN-Mitglied.

Carl Nieten
Kiel, Jungmannstraße 53, NPD.

Günther Bernburg
Westberliner Nazi, der seinerzeit den JN-Stand unterstützte.

Eduard Möske
Kiel, Radsredder 12, JN-Mitglied.

Hannelore Sieck, Kiel

Marion Kunst, Lübeck

Peter Teufert
Kiel, zu mehreren Anlässen mit der Hansa-Bande aktiv.

Frank Stubbemann
Kiel, Hansastraße 12, Jura-Student

Auf alle die Indizien einzugehen, die eine Unglaubwürdigkeit der Zeugen belegen, würde Seiten füllen! Exemplarisch wollen wir aber folgendes nennen:

— Bei der Gegenüberstellung der Faschisten mit den Angeklagten wurden neben nur vier Angeklagten, die von einigen (und längst nicht allen!) ,,erkannt'' wurden, auch noch völlig unbeteiligte Menschen aus dem Publikum ,,identifiziert''. Drei Angeklagte wurden trotz dieser Praktiken gar nicht ,,identifiziert''!

— Permanent liefen Nazis in den Gerichtssaal rein und wieder raus, um ihren ,,Zeugen'' Informationen zu stecken. Dabei wurde mitgehört, wie Stubbemann zu Stolp sagte, die Frau mit Brille und gelbem Pullover sei ,,dabeigewesen''. Stolp solle sie ,,identifizieren''. Daraufhin zog eine Frau aus dem Publikum diesen Pullover an und setzte die Brille auf — woraufhin Stolp auch prompt die Falsche ,,identifizierte''.

— Die Zeugin Kunst hatte kurz nach der Standabräumung bei der Polizei auf vorgelegten Fotos der Angeklagten niemand erkannt. Jetzt — über ein Jahr später — hatte sie einen ungeheuerlichen Gedächtniszuwachs und ,,erkannte'' plötzlich einige.

— Stolp will sofort von einem Schlag getroffen worden und benommen zu Boden gestürzt sein. Hiernach sei er am Boden liegend auch noch laufend getreten worden. Trotzdem hat er vier Angeklagte angeblich erkannt, obwohl sie Helm und Visier trugen.

Diese wenigen Beispiele machen das abgekartete Spiel mehr als deutlich. Das Gericht hielt es nicht für nötig, auf die offensichtlichen Lügen der Nazis einzugehen. Zudem waren massenhaft Bullen im Gerichtssaal, die die wenigen Zuhörerplätze noch mehr begrenzten.

So merkwürdig das angesichts dieses Terrorurteils klingt, ist das Gericht damit unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft und der Nebenkläger geblieben. Der Staatsanwalt begründete seine Forderung nach Haft ohne Bewährung damit, daß der militante Widerstand gegen die Nazis der *Anfang des Terrorismus* sei! Hier könne nur ,,Abschreckung'' helfen. Außerdem seien vier Angeklagte vorbestraft. (Ihre ,,Verbrechen'': Verwicklung in einer Schlägerei mit Bullen bei der Beerdigung von Günther Routhier, Zerstörung einer Spitzelkamera und das Tragen von roten Halstüchern — Uniformierungsverbot). Dies weise die Angeklagten als ,,Überzeugungs- und Wiederholungstäter'' aus.

Noch wahnwitziger war das Auftreten des Nebenkläger-Anwalts Rieger (bekannter Krawallnazi aus Hamburg): Er plädierte zunächst auf versuchten Totschlag, weil die ,,ML''er ,,Tod dem Faschismus'' gerufen hatten. Dazu verlangte er Verurteilung wegen Landfriedensbruch, Nötigung, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (eine BRD-Flagge ging am Nazi-Stand zu Bruch), Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und das Waffengesetz (weil die Angeklagten angeblich mit Stahlruten geschlagen haben sollen). Aber so weit wollte das Gericht dann doch nicht gehen.

Alles in allem bleibt festzustellen, daß die Gerichte in derartigen Prozessen offensichtlich mehr und mehr von Geldstrafen zu Haftstrafen übergehen — begründet mit der allgemeinen Terroristenhatz. Wer aktiv den Faschismus bekämpft, ist also Terrorist. Wer aktiv für den Faschismus eintritt, ist natürlich kein Terrorist!

,,KPD/ML'' und Faschisten?

Obwohl es hier um einen Prozeß ging, in dem sich NPD/JN-Faschisten und ,,KPD/ML''er und deren Sympathisanten gegenüberstanden, traten doch recht merkwürdige personelle Verflechtungen auf:

Eduard Möske besuchte einst die ,,Arbeitertreffs'' der ,,KPD/ML''. Heute ist er Mitglied der NPD/JN und trat als Zeuge für die Faschisten auf. Dabei gab er an, kürzlich habe man ihm aufgelauert. Er sei als ,,Arbeiterverräter'' beschimpft und zusammengeschlagen worden. Wenn's stimmt, rehabilitiert das die ,,ML'' wenigstens in diesem Punkt.

Viel interessanter ist allerdings das Beispiel *Ulrich Hühn*, Kiel, Franziusallee 127 (KI-WN 49). Er besucht heute die ,,Rote-Garde''-Treffs in Kiel. Hühn ist von Aktivitäten der Hamburger ,,Hansa''-Bande her bekannt. Seine letzten Aktivitäten in Kiel für die Nazis:

— Anwesenheit beim NPD-Landesparteitag am 26.6.77. Hierbei war er Zaungast, als drei Antifaschisten von anderen Nazis zusammengeschlagen wurden.

— Sogar noch am 14.9.77 verteilte er mit Stolp, Stubbemann u.a. in Kiel ein Flugblatt ,,Schluß mit der Besatzung — Komm zu uns — Junge Nationaldemokraten''.

— Am 8.10.77 verteilten Stolp, Teufert, Stubbemann, Möske u.a. in Kiel Nazi-Flugblätter und bedrohten AK-Verkäufer tätlich. Hühn war wieder Zaungast. Am selben Tag aufgefordert, die Schläger vom Landesparteitag zu nennen, antwortete er, er werde keine ,,Kameraden'' verpfeifen. Er sei allerdings nicht mehr in der NPD wegen deren Nähe zu NSDAP-Positionen. Nun kunkelt er mit der ,,KPD/ML''. Wir haben ,,die Partei'' darauf hingewiesen. Uns wurde erklärt, Hühn habe seine Meinung halt geändert. Als ,,Beweis'' für Hühns angeblichen Gesinnungswandel wurde uns gesagt, Hühn habe ,,ausgepackt''. Bekannt geworden ist davon allerdings nichts! Lediglich die Angabe, daß Frank Stubbemann das Gift gestohlen hat — und nicht, wie es im AK stand, Dietmas Munier (siehe Gegendarstellung und Antwort). Allerdings wußte er weiterhin zu berichten, Munier habe eine Gegendarstellung an den AK geschickt. Woher weiß er das?! Denn zu diesem Zeitpunkt war die Gegendarstellung noch gar nicht veröffentlicht. (Sie lag noch nicht einmal bei der AK-Redaktion vor!) Offensichtlich hat er zu seinen alten Freunden doch noch recht guten Kontakt!...

Wir fordern die ,,KPD/ML'' auf, hierzu klar Stellung zu nehmen! Wie kann es angehen, daß ein nachweislich bis mindestens vor einem Monat a k t i v e r Nazi sofort Eingang in ,,ML''-Kreise finden kann? Ein weiteres Beispiel für das von der ,,KPD/ML''-Führung peinlich mit Schweigen bedachte Zusammenspiel mit den Faschisten, wie im Fall des früheren ,,KPD/ML''ers und jetzigen Nazis Borchardt (,,Faschistische Front'') in Hamburg!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Roeder vor Gericht

Nazi-Aktivist Manfred Roeder ist von einem Nürnberger Gericht zu 1.000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte, zusammen mit Kumpanen aus einem ,,Freundeskreis Freies Europa'' am 30. September vor dem Nürnberger Justizgebäude — dem Ort des Internationalen Tribunals gegen einige Nazi-Verbrecher — einen Kranz niederlegen wollen — zur Erinnerung an das ,,Unrecht'', das den Nazis damals wiederfahren sei. Als die Polizei einschritt, hatten Roeder und seine Komplizen sich gewehrt. Verurteilt wurde er nun wegen ,,Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt''. Die Milde des Strafmaßes für Roeder, immerhin einer der berüchtigtsten Neonazis der BRD, wurde durch den Freispruch für zwei Mitangeklagte noch übertroffen (,,UZ'', 15.11.77).

Vor dem Uelzener Schöffengericht läuft derzeit ein weiterer Prozeß gegen Roeder — und seinen Mit-Nazi D.B. — wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Roeder hatte vor einiger Zeit in Uelzen die Aufführung eines antifaschistischen Theaterstücks gestört. Am ersten Verhandlungstag (3.11.) meinte Roeder, daß ,,lebendiger Protest zum Theaterleben einfach dazugehört''. Daß es zu ,,Handgreiflichkeiten'' gekommen ist, streitet er ab. Durch einen Fernsehfilm, der zufällig von der Aufführung gedreht wurde, läßt sich allerdings das Gegenteil beweisen. Am zweiten Tag wurden im Gerichtssaal Flugblätter verteilt. Ein Auszug: ,,*Besatzungstheorien treiben ihr Unwesen in diesem Land, Deutsche werden von herrschenden judenhörigen Bankrottparteien gejagt*''. Die Flugblätter sowie ein Verteiler wurden von den Polizei sichergestellt.

Da Roeder am gleichen Tag einen Befangenheitsantraf gegen den Richter stellte, u.a. wegen ,,mangelnder deutscher Gesinnung'', wurde die Verhandlung erst einmal ausgesetzt (,,ID'', 18.11.77).

Berichtigung zu AK Nr. 116

,,Mein Name ist Oberstaatsanwalt, ich weiß von gar nichts ...'' – unter dieser Überschrift hatten wir belegt, daß es einfach nicht stimmt, wenn der Hamburger Oberstaatsanwalt behauptete:,, ...*eine Zeitung ,der Aufmarsch' kenne man bei der Hamburger Behörde nicht*'' (Der Westberliner ,,Tagesspiegel'' hatte wegen eines ,,Bubacknachrufs'' in ,,Aufmarsch'' Nr. 4/77 angefragt.) Dabei ist uns ein Fehler unterlaufen: Der Strafbefehl gegen Michael Bochardt (Chef der ,,Faschistischen Front'' und Herausgeber des ,,Aufmarsch'') den er selbst in Nr. 4/77 abdruckte, bezieht sich auf Nr. 11/76 und n i c h t auf Nr. 9/77. Dies ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß die Hamburger Staatsanwaltschaft die Zeitung ,,Der Aufmarsch'' kennen muß. Umso mehr, als Borchardt ebenfalls in der Aprilausgabe schreibt, er erhalte seit Monaten für jede Ausgabe des ,,Aufmarsch'' Strafanzeigen.

Noch einen zweiten Fehler verdanken wir diesem so wohl informierten Oberstaatsanwalt: Borchardts ,,Bubacknachruf'' ist n i c h t identisch mit dem vom Oberstaatsanwalt angegebenen Nachruf in ,,Wille und Weg'', der ,,Reichszeitung der NSDAP''.

Es scheint ja enorm schwierig zu sein, über die Hamburger Nazi-Scene informiert zu sein! Wie sagte doch Regierungssprecher Grünewald als Antwort auf Brandts Warnung vor den zunehmenden Aktivitäten der Neonazis:,,*Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik wird genau beobachtet. Der VS widme ihm ebenso große Aufmerksamkeit wie dem Linksextremismus.*'' (,,FR'',20.8.77).



Gegendarstellung

Der in dem ,,Arbeiterkampf'' in der Ausgabe vom 31. Oktober 1977, Seite 35, abgedruckte Bericht ,,Planten Neo-Nazis Massenmord?'' enthält in Bezug auf meine Person unwahre Tatsachenbehauptungen.

1) Falsch ist die Behauptung, ich sei Besitzer einer Wohnung in Kiel, in der anläßlich einer Hausdurchsuchung 670 Gramm Natriumcyanid, Hakenkreuzaufkleber und nazistische Pamphlete gefunden wurden.

Richtig ist vielmehr, daß ich zu keinem Zeitpunkt Besitzer oder Mieter dieser Wohnung gewesen bin.

2) Falsch ist die Behauptung, ich sei Täter des Cyanid-Diebstahls. Richtig ist vielmehr, daß ich mit dem Diebstahl nicht das geringste zu tun habe.

3) Falsch ist die Behauptung, ich habe gegenüber den Kieler Nachrichten ein Motiv für den Diebstahl des Giftes angegeben.

Richtig ist vielmehr, daß ich mit der ganzen Sache nichts zu und niemandem gegenüber ein Motiv genannt habe.

4) Falsch ist die Behauptung, ich sei Mitglied des Landesvorstandes der JN, der Jugendorganisation der NPD, vermutlich sogar deren 2. Landesvorsitzender.

Richtig ist vielmehr, daß ich kein Mitglied des Landesvorstandes der JN und auch nicht deren 2. Landesvorsitzender bin.

5) Falsch ist die Behauptung, ich sei Vorsitzender des Kreisvorstandes Kiel der JN.

Richtig ist vielmehr, daß ich nicht Vorsitzender des Kreisvorstandes Kiel der JN bin.

6) Falsch ist die Behauptung, ich besäße in Kiel den Nazi-Buchladen ,,Sturmwind''.

Richtig ist vielmehr, daß es sich um die Buchhandlung ,,Sturmwind'' handelt, die mit ,,Nazi-Literatur'' nichts zu tun hat.

7) Falsch ist die Behauptung, ich hätte den Buchladen von einem Thies Christophersen übernommen.

Richtig ist vielmehr, daß ich die Buchhandlung von niemandem übernommen, sondern selbst neu eröffnet habe.

8) Falsch ist die Behauptung, ich hätte eine führende Funktion im militanten ,,Bund Volkstreuer Jugend''.

Richtig ist vielmehr, daß ich keinerlei Funktion im ,,Bund Volkstreuer Jugend'' ausübe.

9) Falsch ist die Behauptung, Flugblätter der internationalen militanten Odals-Gruppe ,,Neue Ordnung'' hätten den Stempel meines Buchladens getragen.

Richtig ist vielmehr, daß Flugblätter der Odals-Gruppe ,,Neue Ordnung'' den Stempel meines Buchladens nicht getragen haben.

Dietmar Munier
2301 Altenholz-Stift
Wachholderweg 3

Anmerkung zur Gegendarstellung von Dietmar Munier

Zur Gegendarstellung von Munier ist folgendes zu sagen:

1. Wir hatten ihn tatsächlich irrtümlich für den Giftdieb gehalten. Diese Panne erklärt sich daraus, daß wir ungeprüft Informationen aus den ,,Kieler Nachrichten'' übernommen hatten, die nur auf Munier passen konnten. Im Nachherein stellte sich heraus, daß diese KN-Meldung gerade in den Punkten, die auf Munier hindeuteten, falsch war.

In der Zwischenzeit gibt es Hinweise, daß der Nazi Frank Stubbemann der Giftdieb sei (s. ,,KPD/ML'' und Faschisten?).

2. Weiterhin finden wir es aber geradezu einen Aberwitz, daß Munier durch die Gegendarstellung hier versucht, den Eindruck zu erwecken, er sei kein Faschist.

Dazu folgendes:
Zusammen mit seinem Gesinnungsfreund Stubbemann trat er im Prozess gegen die ,,KPD/ML'' er auf. Sofern sind sich die beiden nicht. Weiterhin:
Er hat sehr wohl den Buchladen von Thies Christophersen übernommen. Der Laden hat durch den Besitzerwechsel sein Buchangebot kaum geändert (eher nur erweitert). Der Laden hieß früher ,,Nordwind''. Munier hat ihn dann ,,Sturmwind'' genannt. Sein Buch-Angebot lt. Prospekt u.a.: ,,Nationale Klassiker, Kriegsschuldfrage, 6-Millionen-Lüge''.

Wenn Munier seine Funktion bei den JN abstreitet, hat er vielleicht recht. Allerdings ist er nachweislich im JN-Landesvorstand zumindest gewesen, genauso wie er Kreisvorsitzender Kiel der JN war (KN, 20.9. 76).

Er lügt, wenn er behauptet, kein Flugblatt der Terrorbande ,,Neue Ordnung'' (in Italien und Frankreich

Fortsetzung auf Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

verboten) trage den Stempel seines Buchladens. Es handelt sich hierbei um das am 23.8.76 vor der Kieler Berufsschule verteilte Flugblatt mit dem Titel „Archipel Gulag - drüben". Was Muniers Funktion im „Bund Volkstreuer Jugend" angeht, können wir sagen, daß wir das Postfach des BVJ angeschrieben haben. Unterschrieben war die Antwort, die wir daraufhin bekamen, von Dietmar Munier!! Munier ist außerdem u.a. verantwortlich für den „Wehrwolf"(!) das Flugblatt der „Volkstreuen Jugend Kiel".
Soweit die Tatsachen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

„Todesschuß" weiter im Gespräch ... und in der Praxis

Auf den Parteitagen der FDP und der SPD wurde einer Legalisierung des gezielten polizeilichen Todesschusses trotz des Widerstandes erheblicher Teile beider Parteien zugestimmt. Die SPD versuchte das zu bemänteln, indem sie einen Passus über „den gezielten Todesschuß" im geplanten „einheitlichen Polizeigesetz" ablehnte – gleichzeitig aber die Übernahme des „Notwehr- und Nothilfegesetzes" in das Polizeigesetz befürwortete. Das Notwehr- und Nothilfegesetz sieht aber gerade die legale Möglichkeit des Todesschusses vor.

Zu erwarten ist, daß jetzt der relativ starke Widerstand gegen Polizeigesetz und Todesschuß auch unter Sozialdemokraten und Liberalen abgewürgt werden soll.

In Westberlin läuft gegen die von zahlreichen Intellektuellen, Rechtsanwälten, Pfarrern usw. unterstützte „Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz" eine Kampagne, bisher mit dem Ergebnis, daß Heinrich Albertz auf Intervention des evangelischen Bischofs von Berlin, Kruse, seine Unterstützung für eine Erklärung der Initiative zurückzog. Angeblich, weil „grobe Unrichtigkeiten" enthalten seien und weil der Stil unschön sei („Tagesspiegel", 9.11.77)
seine Unterstützung für eine Erklärung der Initiative zurückzog. Angeblich, weil „grobe Unrichtigkeiten" enthalten seien und weil der Stil unschön sei („Tagesspiegel", 9.11.77)

Worum es in Wirklichkeit geht, macht ein Kommentar des „Tagesspiegel" deutlich: „*Der Text ist scharf, bliebe aber im Rahmen der Meinungsfreiheit, wenn nicht schließlich von der ‚Aufdeckung aller Korruptionsfälle und Verbrechen der Westberliner Polizei' die Rede wäre*" („Tsp", 10.11.77.) Soweit geht die Meinungsfreiheit also doch nicht, die (gerade in Westberlin ja nun wirklich offenkundige Bullenkriminalität) auch noch beim Namen nennen zu dürfen!...

Jenseits aller Gesetzesformulierungen und Parteitagsbeschlüsse wird Bullenterror und polizeilicher Todesschuß längst praktiziert. Zu den bisher schon im AK aufgeführten Fällen von Schußwaffenterror und Todesschüssen der Bullen kommen aus den letzten Wochen neue hinzu.

Frankfurt. Am Morgen des 2. November wurde ein Mann, weil er angeblich einem „gesuchten Terroristen" ähnlich sah, von der Besatzung eines Streifenwagens festgehalten, als er aus einer Kneipe kam. Als sich der Mann – ein Udo Rescher – wehrte, entwickelt sich eine Schießerei, bei der Rescher mehrfach getroffen und schließlich erschossen wurde. Keiner der Polizisten wurde verletzt. Angeblich soll Rescher zuerst und aus drei Meter Entfernung geschossen haben. Der Hergang des Vorfalls wird in verschiedenen Zeitungsmeldungen unterschiedlich dargestellt.

Dortmund. Mit drei Schüssen wurde am 2.11. ein Bankräuber getötet, – der unbewaffnet – nach Darstellung der Polizei eine Angestellte als Geisel genommen hatte und „*wiederholt*" versuchte (?) „*mit einem Feuerzeug das Kleid der Angestellten in Brand zu stecken*" („Tagesspiegel", 3.11.)

Iserlohn. Nach einem Banküberfall auf eine Filiale der Kreissparkasse Iserlohn löste die Polizei eine Ringfahndung aus. Bei einem Schußwechsel zwischen den gestellten Räubern und der Polizei wurden zwei Polizisten verletzt und einer der Bankräuber „*schoß sich mit seinem Revolver in den Kopf und war sofort tot*" („Hamburger Morgenpost", 11.11.) Schon wieder so ein „Selbstmord"?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein neues Lebenszeichen von der VVN!

Im AK 113 (19.9.77) veröffentlichten wir einen Brief an das Präsidium der VVN, den wir bereits am 14.8.77 abgeschickt hatten. In diesem Brief forderten wir das Präsidium der VVN auf, seine prinzipiell ablehnende Haltung gegen jede Zusammenarbeit mit dem KB oder auch nur Gesprächskontakte aufzugeben.

Eine Antwort bekamen wir nicht. Es hätte uns auch überrascht, wenn es anders gewesen wäre. Erreicht haben wir immerhin, daß der Brief in der VVN weithin diskutiert wurde.

Erstes sichtbares Ergebnis war, daß kürzlich die Kreisvereinigung Göttingen der VVN sich nicht mehr damit begnügen mochte, die Vorschläge des KB und anderer antifaschistischer Kräfte mit Stillschweigen zu übergehen, sondern ihre Haltung schriftlich zu rechtfertigen versuchte. Wir dokumentierten den Text in AK 115.

Damit aber nicht genug: Inzwischen hat sich auch Christoph Strawe, Mitglied des Präsidiums der VVN, an die Schreibmaschine setzen müssen, um einen halbseitigen Artikel zu Papier zu bringen („tat", 11.11.77), der offiziell begründen soll, warum es mit der „Gruppe, die sich Kommunistischer Bund nennt" keine Zusammenarbeit geben darf. Herr Strawe bezieht sich dabei mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten ausschließlich auf einen Artikel zur VVN im AK 108, während er unseren Brief nicht einmal erwähnt.

D a ß das Präsidium der VVN sich überhaupt zu einem solchen Schritt entschlossen hat, ist an sich schon ein positives Zeichen – beweist es doch, daß die jahrelang betriebene Politik des Schweigens nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Wer sich heute gegen die Aktionseinheit stellen will, kommt offenbar mit stillschweigender Arroganz nicht mehr aus, sondern muß sich schon etwas mehr einfallen lassen.

S e h r viel mehr ist dem Herrn Strawe allerdings leider nicht eingefallen. So nimmt er in seinem Artikel mit k e i n e m Wort überhaupt

Bezug auf Fragen des antifaschistischen Kampfes. Stattdessen zitiert er unser Urteil über Aussagen der VVN zum Thema Frieden und Entspannung, das er so hinzustellen versucht, als wären wir nicht gegen diese Aussagen der VVN, sondern wären gegen Frieden und Entspannung. Der
spannung, das er so hinzustellen versucht, als wären wir nicht gegen diese Aussagen der VVN, sondern wären gegen Frieden und Entspannung. Der
KB sei „ **gegen ein breites demokratisches Bündnis, gegen Entspannung und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen**". Das sind freilich Dinge, die sich Herr Strawe zusammenphantasiert hat. In dem von ihm herangezogenen Artikel im AK 108 steht das nicht. Auch an anderer Stelle wird man eine solche Haltung bei uns nicht finden. **Wir haben es nachgerade satt, uns von revisionistischen Flachköpfen als „Friedens- und Entspannungsfeinde" beschimpfen zu lassen, sobald wir anzweifeln, daß die heutige Welt – wie sie behaupten – durch Abrüstung und Entspannung gekennzeichnet sei!**

Herr Strawe schreibt: „ Wer die Prinzipien der friedlichen Koexistenz ablehnt, wer den Friedensbewegungen und anderen demokratischen Bewegungen antikommunistische und antisowjetische Losungen aufzwingen will, wer Widerstandskämpfer, die heute führende Positionen in ihren Ländern bekleiden, diffamieren und verleumden möchte, wer mit scheinrevolutionären oder offen reaktionären Begründungen die Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamen Handelns von Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Christen negiert, der stellt sich selber auf eine Plattform, auf der keine antifaschistische Einheit möglich ist". Herr Strawe spricht tatsächlich vom KB!

Gehen wir doch die Vorwürfe nocheinmal einzeln durch:

1. Friedliche Koexistenz. Wir sind nicht dagegen, wir sind dafür! Wir sind aber gegen die sowjetische Aussenpolitik, die für Herrn Straw wahrscheinlich mit der Friedlichen Koexistenz identisch ist. Wir sind auch gegen die chinesische Außenpolitik, von der die Führung der KP Chinas ebenfalls behauptet, sie entspreche den Prinzipien der Friedlichen Koexistenz. Wir nehmen an, daß auch Herr Strawe gegen die chinesische Außenpolitik ist. Ist er deshalb auch gegen die Friedliche Koexistenz? **Es kann offensichtlich nur zu albernen und unbrauchbaren Ergebnissen führen, wenn man die Friedliche Koexistenz mit der vorbehaltlosen Zustimmung zur Außenpolitik eines bestimmten Landes gleichsetzt.**

2. Wir wollen mit Herrn Strawe nicht über die Begriffe „antikommunistisch" und „antisowjetisch" streiten, für die er – wie man aus seinem Artikel schlußfolgern muß – gewiß nicht kompetent ist. Feststellbar ist aber, daß wir in k e i n e m Fall versucht haben, demokratischen Bündnissen und Bewegungen Inhalte „aufzuzwingen" (was ohnehin eine idiotische Formulierung ist) bzw. Inhalte politisch durchzusetzen, die mit unserer Kritik an der DKP oder den revisionistischen Ländern, speziell der Sowjetunion, zu tun haben. Im Gegenteil sind wir immer dafür eingetreten, solche Themen, die eine Spaltung begünstigen könnten, aus Aktionseinheiten h e r a u s z u h a l t e n .

Auf der anderen Seite ist es ausgerechnet das Präsidium der VVN, das eine vorbehaltlos zustimmende oder zumindest unkritische Haltung zur DKP, Sowjetunion usw. nicht nur zur Grundlage der gesamten Tätigkeit der VVN zu machen versucht, sondern – zumindest in seiner Argumentation gegen den KB – sogar zur Voraussetzung einer Zusammenarbeit machen will. Was hat das noch mit Antifaschismus zu tun? Müßte es nicht im Gegenteil jedem Antifaschisten den Magen umdrehen, wenn heute in der Sowjetunion politische Oppositionelle – was immer man von ihnen denken mag – als „Agenten des Weltjudentums" tituliert werden, oder wenn in der CSSR im Stil des Nazi-„Stürmer" Nacktbilder von ihnen publiziert werden? Sich mit solchen Praktiken einmal kritisch zu befassen, wäre zweifellos einer antifaschistischen Organisation würdig. **Aber wir, um es noch einmal zu sagen, werden nicht versuchen, solche Fragen irgendwelchen demokratischen Bündnissen, die zu ganz anderen Themen gebildet wurden, „aufzuzwingen".**

3. Den Hinweis auf ehemalige Widerstandskämpfer, die von uns angeblich verleumdet werden, haben wir nicht verstanden. Ist damit Erich Honnekker gemeint? Oder Eugen Gerstenmaier? Es gibt doch auch unter den ehemaligen Widerstandkämpfern heute „sonne und solche". Einige muß man heute kritisieren und einige muß man sogar bekämpfen, weil sie ins Lager der Reaktion übergegangen sind.

4. Wir negieren (verneinen, ablehnen) nicht das „gemeinsame Handeln von Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Christen", sondern f o r d e r n und fördern es im Gegenteil. Das ist ja gerade das Problem, mit dem sich das Präsidium der
ten, Liberalen und Christen", sondern f o r d e r n und fördern es im Gegenteil. Das ist ja gerade das Problem, mit dem sich das Präsidium der
VVN herumzuschlagen hat.

Das Dilemma des VVN-Präsidiums wird deutlich, wenn Herr Strawe auf der einen Seite dem KB vorwirft, er wolle „**die VVN benutzen ... um selber aus dem politischen Abseits herauszugelangen**", andererseits aber zum Schluß seines Artikels beteuert, die VVN werde „**sektiererischen Gruppen auch nicht den Gefallen tun, ihnen irgendwo die Szene zu überlassen**". Das Problem des VVN-Präsidiums liegt darin, daß sich der KB keineswegs im „politischen Abseits" befindet, wo mancher ihn gern hätte, und daß die VVN mit ihrer Abgrenzungshysterie gegen den KB mehr und mehr Gefahr läuft, sich selbst aus demokratischen Bündnissen und Aktionen herauszumanövrieren, also in den Begriffen des VVN-Präsidiums gesprochen, „ dem KB die Szene zu überlassen." Wir haben uns das nicht so gewünscht, aber der Schaden daraus ist jedenfalls für uns gewiß geringer als für die VVN selbst.

Auf die Probleme, die sich hieraus immer wieder aufs Neue für die Ortsgruppen der VVN ergeben, sobald der KB im Spiel ist, gibt der Artikel von Herrn Strawe keine Antworten. Der Artikel gibt auch keine Antworten auf die wachsende Kritik aus den eigenen Reihen an der bisherigen Praxis der VVN gegenüber dem KB. Der Artikel wird diese Kritik eher noch verschärfen, statt ihr – wie es wohl die Funktion sein sollte – den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Tendenz geht heute klar in Richtung Aktionseinheit, das geht auch an der VVN nicht mehr vorbei.

Antifaschistische Initiativen und Aktionseinheiten

Tatsache ist, daß unterhalb der Führungsebene der VVN im Rahmen konkreter Aktionen demokratische Bündnisse unter Einschluß von Mitglieder der VVN, DKP, SDAJ ebenso wie von anderen Linken, Sozialdemokraten usw. möglich sind.

– So bildete sich in Würzburg gegen einen NPD-Aufmarsch am 1.10.77 eine Aktionseinheit, die zu einer gemeinsamen Erklärung zu einer Gegendemonstration und zur Verhinderung der NPD-Provokation aufrief. Beteiligt daran war eine Initiativgruppe Umweltschutz, die Frauengruppe Würzburg, die Würzburger Homosexuelle Stadtgruppe, Fachschaftsinitiativen der Uni, VVN, SB, KSG, RJVD, MSB, der Juso-Kreisvorsitzende und die KB-Sympathisanten.

– In Verden bildete sich im Oktober eine Aktionseinheit gegen den Fest-Film „Hitler – eine Karriere", in der viele Einzelpersonen, Unorganisierte und Mitglieder/Sympathisanten der Jusos, der SDAJ, der DGB-Jugend und des KB mitarbeiteten.

Es ist geplant, einen „Antifaschistischen Arbeitskreis" zu bilden, um – über den Fest-Film hinaus – aktiv zu werden.

– In Göttingen arbeitet ein Kreis von Antifaschisten derzeit an der Vorbereitung einer „Antifaschistischen Woche". Die Initiative dazu ging vom (inzwischen enthobenen) AStA der Uni aus. In einem Offenen Brief wurden die demokratischen Organisationen zu Vorbereitungsgesprächen eingeladen. Der KBW erklärte, ohne grundlegende Kapitalismuskritik lasse er sich auf nichts ein und zur Zusammenarbeit mit einem SPD-Professor (der als Redner für einen Vortrag vorgeschlagen worden war) sei er schon gar nicht bereit. Nach dem ersten Treffen blieb der KBW weg. Der KSV-Vertreter erklärte, er lehne die Zusammenarbeit mit der DKP grundsätzlich ab.

Bei einem zweiten Treffen erschienen Vertreter der VVN und DKP, und man konnte sich darauf einigen, trotz Meinungsverschiedenheiten, eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten.

Eine Woche später allerdings hatte man in der VVN nochmal diskutiert, und ein Abgrenzungspapier gegen den KB lag auf dem Tisch. VVN und DKP drangen damit freilich nicht durch und kündigten ihre Mitarbeit auf. Die weiteren Vorbereitungen werden von Vertretern/Mitgliedern des KB, der Jusos, des Stadtschülerrats und der PH-Juso-Gruppe bestritten. Geplant sind u.a. Film-und Kulturveranstaltungen und eine Podiumsdiskussion über die Naziverherrlichung in der BRD.

– In Frankfurt kam es gegen einen NPD-Aufmarsch am 13.8. zu AE-Gesprächen. Ein breites Bündnis wurde aber leider nicht erreicht. So führte die VVN eine eigene Protestkundgebung zusammen mit SHB, Judos, Jusos, MSB,Falken u.a. durch. Eine zweite Kundgebung wurde von einer „kleinen Aktionseinheit" („Bürger-
bung zusammen mit SHB, Judos, Jusos, MSB,Falken u.a. durch. Eine zweite Kundgebung wurde von einer „kleinen Aktionseinheit" („Bürger-
initiative gegen Neonazis", KB, SAG, Spartacusbund) organisiert.

– In Kassel hat sich eine Initiative gegen den Fest-Film und besonders gegen seine Vorführung in Schulen gebildet, an der VVN, Stadtschülerrat, GEW-Kreismitglieder-Versammlung, und DGB-Kreisjugendausschuß beteiligt sind („Stadt-Zeitung", 22,9.77)

– Am 6.8. wurde in Nürnberg ein geplanter „Auschwitz-Kongreß" der Nazi-Bande um Roeder-Christophersen und Co. durch massive Proteste zahlreicher Antifaschisten verhindert. U.a. hatte auch der DGB ein Verbot der Veranstaltung gefordert, und die Stadt sprach es auch tatsächlich aus. Im Anschluß daran bildetet sich eine „Antifaschistische Aktionseinheit Nürnberg" aus verschiedenen demokratischen und antifaschistischen Organisationen und Personen. Die Aktionseinheit wurde auch gegen eine NPD/JN Veranstaltung am 8.10. aktiv.

– Vom 16. bis 20. November veranstaltete das Jugendzentrum „Drugstore" in Westberlin- Schöneberg eine „Antifaschistische Woche" (mit zahlreichen Veranstaltungen, Filmen, Diskussionen etc.), wo die Nazi-Verherrlichung und der Rechtsextremismus in der BRD behandelt werden sollen. Organisiert wird die Woche von einem Bündnis aus BDP, Junge Presse Berlin, Jusos, Judos, Falken, AK/FU, SB ua. Von vornherein wurden hier SEW und „K-Gruppen" ausgeschlossen.

Trotz der verschiedenen Schwierigkeiten beim Aufbau antifaschistischer Aktionseinheiten, die vor allem auf das Konto sozialdemokratischer und revisionistischer Abgrenzungsbeschlüsse, aber auch (wie beim KBW) auf das Konto sektiererischer Kraftmeierei gehen, bestehen derzeit gute Möglichkeiten, den antifaschistischen Protest zu vereinen und zu verbreitern. Es liegt dabei auch im ureigensten Interesse der Linken, ihr Sektierertum und ihre Berührungsängste zu überwinden. Angesichts der zunehmenden Frechheit, mit der Alt- und Neofaschisten heute in der BRD auftreten und mit der ihr Treiben beifällig von Regierung, Justiz usw. gehätschelt wird, müssen diese Möglichkeiten aktiv vorangetrieben werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Neuer Prozeß gegen den KB-Presseverantwortlichen

Vor dem Amtsgericht Hamburg findet am 5. Dezember ein neuer Prozeß gegen Kai Ehlers, den Presseverantwortlichen des ARBEITERKAMPF, statt.

Die Anklage wirft ihm vor, unbefugt ein wörtliches Zitat aus der noch nicht in öffentlicher Verhandlung verlesenen Anklageschrift des Strafverfahrens gegen Rechtsanwalt Groenewold im AK abgedruckt zu haben.

Der Hintergrund dieses Prozesses ist, daß gegen Groenewold ein Strafprozeß wegen seiner Verteidigung der RAF-Genossen Baader und der anderen Stammheimer Angeklagten eingeleitet wurde. Die Bundesanwaltschaft will dies als „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" werten und führt diese Sache deshalb als Musterprozeß vor dem Oberlandesgericht Hamburg. Dieser Strafprozeß gegen Groenewold ist das erste Verfahren gegen einen Anwalt der RAF, in dem die Verteidigung i n s g e s a m t als kriminelle Tat abgeurteilt werden soll.

Deshalb wirft die Bundesanwaltschaft Groenewold auch vor, daß er eine kollektive Verteidigung ermöglicht und dadurch dafür gesorgt habe, daß das politische Selbstverständnis der Gefangenen *„ungebrochen blieb"*. Mit anderen Worten: die Haftbedingungen sollten das politische Selbstverständnis der Gefangenen b r e c h e n und dagegen hat Groenewold gekämpft. Aus der Beweisnot der Strafverfolgungsorgane folgt dann, daß keinerlei konkrete strafrechtliche Vorwürfe in der Anklage erhoben werden, sondern auf über 200 Seiten die gesamte Verteidigungsvorbereitung dargestellt wird.

Dieser Prozeß wird deshalb von breiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit, insbesondere im westeuropäischen Ausland als ungeheuerlicher Angriff auf das Recht der Angeklagten auf freie Verteidigung und der Anwälte auf Unabhängigkeit von staatlicher Zensur empfunden. Zu dem Verfahren gegen Groenewold haben zahlreiche Juristenorganisationen aus der ganzen Welt Solidaritätsadressen geschickt. Im Verfahren selber werden internationale Prozeßbeobachter anwesend sein.

Und Kai Ehlers wird nun vorgeworfen, ebenfalls über diesen Prozeß geschrieben und die ungeheuren Vorwürfe zitiert zu haben.

Dieses Zitat war allerdings notwendig, ohne die „Autorität" einer wörtlichen Wiedergabe wäre die Infamie des erhobenen Vorwurfes kaum deutlich geworden: in der Regime-Presse wird gegen die Anwälte immer der Vorwurf erhoben, sie würden Waffen schmuggeln usw. (siehe Stammheim!). Von diesen „Standard-Lügen" steht aber in der Anklage gegen Groenewold k e i n W o r t.

Vogel auf die Anklagebank!

Nach Unterzeichnung der Anklageschrift durch Buback und die Herausgabe einer kurzen Pressemitteilung durch Rechtsanwalt Groenewold selber hielt es Bundesjustizminister Vogel für notwendig, entgegen dem gesetzlichen Verbot, dessentwegen Kai Ehlers nunmehr angeklagt ist, die *vollständige* Anklageschrift (und nicht nur, wie im AK, einige Sätze) an „ausgewählte Journalisten" weiterzugeben.

Dementsprechend waren in den nächsten Tagen (August 1976) in mehreren Tageszeitungen lange Artikel über die Anklage gegen RA Groenewold zu finden. In diesen Artikeln wurden unter Berufung auf die Anklage immer noch die lancierten Behauptungen von „Nachrichtenübermittlung" etc. verbreitet.

Bundes-Vogel berief sich in einem Prozeß, in dem ihm schließlich vom Verwaltungsgericht Köln die Rechtswidrigkeit seines Tuns bescheinigt wurde, zur Rechtfertigung auf seine angebliche Absicht, Groenewold ein „rechtsstaatliches Verfahren" zu gewährleisten, indem vorher die Presse durch Übersendung der Anklageschrift „objektiv" informiert wurde!

Man vergegenwärtige sich: Vogel, Dienstvorgesetzter der Bundesanwaltschaft, will einem „Terroristen-Anwalt" ein „rechtsstaatliches Verfahren verschaffen" (man sollte mal prüfen, ob das nicht schon strafbare Verharmlosung ist — Anm. AK) und das ausgerechnet noch durch Information der „maßgeblichen", also u.a. der Springerpresse.

Wenn irgendjemand überhaupt eine gegen die dauernde Manipulation der Öffentlichkeit gerichtete Information geben kann, dann sind das ja wohl wesentlich auch die Presseorgane der Linken.

Aus der Anklage gegen Kai Ehlers kann man ersehen, daß eine demokratische Öffentlichkeit über den Groenewold-Prozeß mit allen Mittel verhindert werden soll.

Das Verfahren stellt insofern einen grundsätzlichen Angriff auf das Veröffentlichungsrecht der demokratischen Presseorgane dar, denen verboten werden soll, lancierte Lügen der Staatsschützer und ihrer Gazetten durch wahrheitsgemäße Berichterstattung entgegenzutreten.

Der politischen Staatsanwaltschaft, die die Anklage vertritt und dem Gericht sollte durch eine große Öffentlichkeit gezeigt werden, daß die Zensur in diesem Land nicht so klammheimlich durchgesetzt werden kann. Kommt deshalb zahlreich zum Prozeß! Termin ist:

5.12.1977, 13.00 Uhr Saal 142
Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz

IKAH Hamburg

„Kontaktsperre"

Hamburg. Mitte Oktober wurde bei den in Hamburg sitzenden politischen Gefangenen der Abstand zwischen den

Zeitungen zu überprüfen!! Der Leiter des Strafvollzugsamts Weinert hat allerdings den Verteidigern zugesagt,

Vorwürfe in der Anklage erhoben werden, sondern auf über 200 Seiten die gesamte Verteidigungsvorbereitung dargestellt wird.

Dieser Prozeß wird deshalb von breiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit, insbesondere im westeuropäischen Ausland als ungeheuerlicher Angriff auf das Recht der Angeklagten auf freie Verteidigung und der Anwälte auf Unabhängigkeit von

nächsten Tagen (August 1976) in mehreren Tageszeitungen lange Artikel über die Anklage gegen RA Groenewold zu finden. In diesen Artikeln wurden unter Berufung auf die Anklage immer noch die lancierten Behauptungen von „Nachrichtenübermittlung" etc. verbreitet.

Bundes-Vogel berief sich in einem Prozeß, in dem ihm schließlich vom Verwaltungsgericht Köln die Rechts-

lichkeit gezeigt werden, daß die Zensur in diesem Land nicht so klammheimlich durchgesetzt werden kann. Kommt deshalb zahlreich zum Prozeß! Termin ist:

5.12.1977, 13.00 Uhr Saal 142
Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz

IKAH Hamburg

„Kontaktsperre"

Hamburg. Mitte Oktober wurde bei den in Hamburg sitzenden politischen Gefangenen der Abstand zwischen den Kontrollen von 15 Minuten auf Sekunden verschärft. Die Zellen wurden täglich durchsucht. Aufgrund dieser unerträglichen Situation traten am 16.11. die drei Frauen (Ilse Stachowiak, Christa Eckes und Margit Schiller) sowie Helmut Pohl in einen Hunger- und Durststreik. Die Anstaltsleitung sicherte ihnen daraufhin zu, die Haftbedingungen würden ja auch wieder auf das Maß von vor der Kontaktsperre zurückgeschraubt — in ein paar Tagen. Zumindest wurde der Abstand zwischen den „Antiselbstmordkontrollen" wieder verlängert. Die Gefangenen beendeten daraufhin ihren Streik. Wie sich die Haftsituation ansonsten ändert, bleibt abzuwarten. Grund zum Optimismus gibt es freilich nicht!

Die Anstalt hat gerade erst eine Glastrennscheibe einbauen lassen, durch die sich die Gefangenen mit ihren Anwälten unterhalten sollen! Das bedeutet, daß der Kontakt auf ein reichlich steriles Niveau reduziert wird. Nichtmal Zigaretten oder Obst können dann noch übergeben werden! Obendrein gibt es nur eine derart ausgestattete Zelle, sodaß nur ein Verteidigerbesuch zur Zeit stattfinden kann.

Inzwischen sind die Urteile für die Gefangenen aus dem Prozeß gegen Ekkehard Blenck, Eberhard Becker, Wolfgang Beer, Christa Eckes, Helmut Pohl, Margit Schiller, Ilse Stachowiak rechtskräftig geworden. Margit Schiller und Ilse Stachowiak sind bzw. werden noch auf eigenen Wunsch nach Frankfurt-Preungesheim verlegt. Ekkehard Blenck ist unseres Wissens auf freiem Fuß. Die übrigen, die nunmehr in Hamburg „in Strafhaft" sind, werden aus Sicherheitsgründen im Untersuchungsgefängnis bleiben. Ändern soll sich für sie aber folgendes: Weil sie in Strafhaft sind, wurde ihnen mitgeteilt, dürfen sie keine ausländischen Zeitungen und Zeitschriften mehr beziehen — die Anstalt sei nicht in der Lage, die Zeitungen zu überprüfen!! Der Leiter des Strafvollzugsamts Weinert hat allerdings den Verteidigern zugesagt, den Bezug wieder zu gestatten. Was er nicht rückgängig gemacht hat: ab sofort sollen die obengenannten Gefangenen folgende Zeitungen nicht mehr beziehen dürfen: Arbeiterkampf, Roter Morgen, KVZ, Kommunismus und Klassenkampf, Rote Fahne, die Erklärung des KB zu den Stammheimer Wundern, Gegen-Knast, Info-BUG, Info-HUG, ID, Extradienst, Blatt München. Warum? Wegen „Sicherheit", wegen „Ordnung", wegen „Agitation"!

Immer neue Pläne

Nachdem die „Sicherheitsvorschriften" mittlerweile soweit perfektioniert wurden, daß die Maßnahmen, die angeblichen Selbstmorden vorbeugen sollen, soweit gehen, daß sie — längere Zeit angewendet — die Gefangenen geradezu in den Selbstmord treiben, machen sich Minister, Beamte etc. weiterhin eifrig Gedanken, was man mit den inhaftierten „Terroristen" anstellen könne, um die Welt vor ihnen zu schützen. Benders Nachfolger Palm, der nun das „Haus Stammheim" leitet, will eine „besondere Sicherheitsgruppe" einrichten, die unregelmäßig und überraschend Zellendurchsuchungen vornehmen sollen. Außer dieser „völlig neuen Idee" schlägt er vor, unregelmäßig Zellenwechsel vorzunehmen und „besonders sichere" Zellen zu bauen (lt. „Welt", 18.11.77). Filbinger schlug in diesem Zusammenhang vor, STAHLZELLEN zu bauen, damit in den Mauern nichts versteckt werden kann. Aber Filbinger unterschätzt da sicher die „Perfidie" der Terroristen: Ihnen dürfte es sicherlich nicht schwerfallen, mittels ihrer Anwälte, die ja jetzt wieder rein können, die geeigneten Werkzeuge zu beschaffen, oder?)

Ein weiterer Vorschlag, der von dem niederländischen Liberalen (!?) Cornelius Berchouwer stammt, lautet, die Gefangenen auf einer Insel zusammenzufassen. Dort könnten dann Terroristen aus ganz Europa inhaftiert werden, nachdem sie von einer gleichfalls europäischen Polizei gefaßt wurden (lt. „FR", 18.11.). Unterdessen laufen aber erstmal Bestrebungen, die Gefangenen breiter über der BRD zu verstreuen, damit die Gefahr, die von ihnen ausgeht, nicht zu geballt ist.

Am 24.11. beschlossen die Justizminister und Justizsenatoren von Bund und Ländern, die „terroristischen Gefangenen" auf alle Bundesländer zu verteilen. *„Sie wollen damit eine risikoreiche Inhaftierung von Terroristen in nur wenigen Anstalten vermeiden"* (ZDF, 24.11.).

IKAH Hamburg

Richtigstellung

Wegen eines Übermittlungsfehlers möchten wir zu dem Artikel „Razzia gegen Rechtsanwälte" (AK 117, Seite 4) folgendes richtig stellen:

1. RA Zieger teilte mit, daß sein Anwaltsbüro sowie auch seine Person nicht von der Polizeirazzia betroffen war.
2. Neben dem „Politischen Buch"(laden) wurden in Westberlin außerdem noch das ehemalige Prozeßbüro, wo der Ermittlungsausschuß der Anti-AKW-Gruppen tagte, sowie 7 Wohngemeinschaften durchsucht.

KB/Westberlin

Prozeß gegen linken Münchner Anwalt

Am 7.11.77 fand vor dem Amtsgericht München die Hauptverhandlung gegen den RA Jerzy Montag statt. Im wird eine falsche uneidliche Zeugenaussage vorgeworfen.

Die Vorgeschichte ist folgende: Ein Staatsanwalt, Mitglied der politischen Abteilung seiner Behörde, beschlagnahmte in einer Hauptverhandlung die Verteidigungsunterlagen des Angeklagten, aus denen dieser sein Schlußwort vorgelesen hatte, weil in seinen Äußerungen ein Vergehen der Staatsverleumdung zu erblicken gewesen sei. Der Angeklagte jedoch war schneller, zerriß seine Unterlagen und warf die Papierfetzen in den Gerichtssaal. Der Staatsanwalt ging in die Knie und begann die Papierfetzen einzusammeln. Monate später erhielt der Angeklagte eine neue Anklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, personifiziert in der Person des Staatsanwalts. Der Angeklagte soll den auf den Knien rutschenden Staatsanwalt beim Einsammeln der Papierschnitzel dadurch angegriffen haben, indem er versuchte nach den zu Häufchen getürmten Papierschnitzeln mit dem Fuß zu treten und dabei fast die Hände des Staatsanwalts berührt haben soll.

In der neuerlichen Hauptverhandlung bestätigte der Staatsanwalt, diesmal in der Position des Zeugen, den von ihm selbst erhobenen Vorwurf des Widerstands gegen ihn. Die damaligen Verteidiger, RA Niepel und RA Montag, hingegen bezeugten, daß der Angeklagte nicht nach den Händen des Staatsanwalts getreten haben, sondern diesen seine Papierschnitzel völlig unbehelligt habe einsammeln lassen. Liest sich das bisher geschilderte noch eher feuilletonistisch, so gewinnt die nachfolgende Beweiswürdigung durch den Richter doch eine andere Qualität:

„Der Zeuge (d.h. der Staatsanwalt) *hat auf wiederholte Vorhalte sicher und detailgenau den Vorfall geschildert, wie er oben dargestellt wurde. Nach dem Eindruck des Gerichts war er sich der Bedeutung und der Tragweite seiner Aussagen für den Angeklagten wie auch möglicherweise für die beiden Zeugen N. und M.* (die beiden Anwälte) *bewußt und bekundete seine Beobachtungen mit dem gebotenen Ernst. Sein Erinnerungsvermögen hielt das Gericht für ungetrübt . . ."*

„Demgegenüber konnte sich das Gericht hinsichtlich der Zeugen N. und M. des Eindrucks nicht erwehren, daß ihre Aussagen zugunsten des Angeklagten einwendig gefärbt waren . . . Möglicherweise schätzen sie die Gefahr wegen einer falschen Aussage vor Gericht belangt zu werden wegen der in ihren Augen difizilen Beweislage, gering ein, so daß sie glaubten, dieses Risiko in Kauf nehmen zu können. Als Motiv ist dem Gericht eine möglicherweise falsch verstandene Solidarität mit dem Angeklagten denkbar. Beide Zeugen treten gerichtsbekannt häufig als Verteidiger in politischen Prozessen gegen Angeklagte der sog. linken Szene auf, zu der auch der Angeklagte zu zählen ist. . ."

RA Montag bekam als einziger aufgrund seiner Zeugenaussage, die von allen anderen Aussagen außer der des Staatsanwalts, bestätigt wurde, das Verfahren wegen falscher uneidlicher Aussage.

Der Staatsanwalt hingegen stand mit seiner Aussage völlig allein, gleichwohl wurde lediglich aufgrund dieser Aussage Anklage erhoben und auch vom Gericht zugelassen. Zu erwähnen ist noch, daß die Anklage von der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft erhoben und von deren Leiter auch unterschrieben wurde, ein völlig unübliches Verfahren, da die politische Abteilung für Eidesdelikte nicht zuständig ist.

Angesichts dieser Tatsache drängt sich der Verdacht auf, daß hier von der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft der Versuch gemacht werden soll, einen unliebsamen, d.h. engagiert für die Rechte seiner Mandanten kämpfenden Verteidiger, auszuschalten.

KB/Gruppe Nürnberg

Westberlin: Solidarität mit den Agit-Druckern!

Im Zuge der Ermittlungen gegen das Westberliner Sponti-Organ „Info-BUG" wegen des „Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" durchsuchte ein Staatsschutz-Kommando in einer Großrazzia insgesamt 38 „Objekte" (siehe auch AK 115). Dabei wurden 4 Genoss(inn)en der Agit-Druckerei festgenommen. Inzwischen ist ein Genosse gegen eine Kaution von 10 000 DM wieder freigelassen worden, die anderen drei sitzen weiter in UHaft, wegen eines „zu erwartenden hohen Strafmaßes" — so der Haftprüfungsrichter.

Dieses Vorgehen des Staatsapparates ist bisher einmalig in der Geschichte der BRD: denn die D r u k k e r werden wegen bestimmter Inhalte des „Info-BUG" nach § 129 a haftbar gemacht. Außerdem sollen die Drucker auch noch für *„terroristische Vereinigungen"* . . . *„geworben* (!) *haben"* — laut Haftbefehl. Durch die Anwendung des § 129 a wird dabei die Höchstrafe von 3 (nach § 88 a) auf 5Jahre angehoben. In einem Schreiben des Westberliner „Komitees Solidarität mit den Agit-Druckern" wird dazu richtig festgestellt, daß damit *„dem Drucker eine Pflicht zur Zensur der Druckvorlage auferlegt* (wird), *wenn er nicht mit seiner Inhaftierung rechnen will. Dies steht in bemerkenswertem Gegensatz dazu, daß gegen Drucker, die während des Druckerstreikes 1976 in Frankfurt das Erscheinen eines gegen den Streik gerichteten Artikels verhinderten, wegen Nötigung ermittelt wurde. Drucker dürfen sich nicht das Recht anmaßen, Zeitungen zu zensieren usw."*.

Breite Solidarität...

Nachdem am 2.11. 8—10 000 Menschen in Westberlin für die sofortige Freilassung der Agit-Genoss(inn)en demonstrierten, hat sich das „Komitee . . ." an in- und ausländische Persönlichkeiten, Gruppen, Organisationen, Presse usw. gewandt und stellt die Materialien und Dokumente dem Russell-Tribunal zur Verfügung. Eine Bezirksversammlung der IG DruPa verabschiedete eine Solidaritätsresolution und auf den VV's der Westberliner FU und der PH wurden insgesamt 566,—DM gesammelt. Außerdem wird eine Solidaritätsdokumentation von verschiedenen Westberliner Alternativzeitungen erscheinen.

Als Ausdruck der Solidarität schlägt das „Komitee . . ." vor, Briefe an die verhafteten Genoss(inn)en zu schreiben.

Adressen der verhafteten AGIT-Genoss(inn)en:

Gerhard Foß und Henning Weyer
Alt-Moabit
1000 Berlin 21

Jutta Werth
Lerther Straße 61
1000 Berlin 21

Materielle Hilfe kann über das Sonderkonto D. Krauss, Postscheckamt Berlin-West Nr. 3723-87-105 geleistet werden.
Weitere Informationen sind zu beziehen über Komitee Solidarität mit den AGIT-Druckern

Mehringdamm 99
1000 Berlin 61

KB/Westberlin

DKP: Keine guten Karten

Oldenburg. Am 12. und 13. November fand in Oldenburg die vor allem in der DKP-Presse seit längerem groß angekündigte Konferenz „Für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der BRD – gegen die Berufsverbote" statt. Veranstalter war der Hamburger Arbeitsausschuß der wesentlich von der DKP dominierten „Initiative – weg mit den Berufsverboten", die nach eigenen Angaben 350 Berufsverbotskomitees in der BRD vertritt.

Die Konferenz war von Anfang an ausgelegt als Konkurrenzunternehmen zum geplanten Russel-Tribunal über die Repression in der BRD (zum Zeitpunkt der Ankündigung dieser Konferenz war die letzte öffentliche Jury-Sitzung noch für den Herbst 1977 geplant), an dem sich die „Initiative" wie auch die DKP bekanntlich nicht beteiligen wollen.

Um nun dem Verdacht vorzubeugen, die „Initiative" und die sie unterstützenden Gruppen lasse die Repression in der BRD kalt, wurde der Oldenburger Kongreß in den Ankündigungen als besonders bedeutsames Ereignis herausgestellt, wobei nicht vergessen wurde, zu behaupten, die in der „Initiative" zusammengeschlossenen Komitees seien die Berufsverbotegegner überhaupt, neben denen es keine anderen mehr geben könne.



Entsprechend großkotzig hieß es in der „UZ" vom 11.8.77 über die Konferenz: *„Ihre außerordentliche Bedeutung liegt darin, daß sie das nationale Parlament derer darstellt, die gegen die Berufsverbote kämpfen, und zugleich das Forum ist, das dem internationalen Protest und der internationalen Solidarität Ausdruck verleiht".* Da verblaßt natürlich jedes Russel-Tribunal.

Ina van Heuvel: Vertrauen für Willy Brandt

Die Konferenz begann mit einer Demonstration durch Oldenburg, an der ca. 2 000 Menschen teilnahmen (die „UZ" gibt, wie üblich, das doppelte – 4 000 – an, „was tun" spricht von 1 000 Teilnehmern). Im Mittelpunkt des ersten Tages stand eine Kundgebung, deren Hauptrednerin die Vorsitzende der PvdA, der niederländischen Schwesterpartei der SPD, Ina van Heuvel, war. Die Anwesenheit Ina van Heuvels war von der Konferenz als die große Zugnummer eingesetzt worden, was die SPD-Führung allerdings nicht daran hinderte, ihren Mitgliedern von einer Teilnahme an der Konferenz „abzuraten".

Die Rede Ina van Heuvels erwies sich jedoch als trojanisches Pferd für die DKP. Nachdem sie ihrer „Besorgnis" über die Berufsverbote in der BRD Ausdruck verliehen hatte, erklärte sie: *„Die Entwicklungen in der Bundesrepublik, wie sehr auch besorgniserregend, sind auf gar keine Weise vergleichbar mit dem, was in den osteuropäischen Ländern geschieht. Dort handelt es sich ja nicht um bedauerliche Entwicklungen innerhalb einer Demokratie, dort fehlt die Demokratie überhaupt.*

Proteste gegen den Radikalen-Erlaß und alle seine üblen Folgeerscheinungen kommen mir unglaubwürdig vor, wenn sie geäußert werden von solchen, die schweigen zu dem, was in Osteuropa passiert".

Auch wenn das letztere sicherlich gegenüber der DKP zu unterstützen ist, so war dies eben nicht als solidarischer Beitrag für die Linke in der BRD gedacht, sondern als Schützenhilfe für die SPD.

Ina van Heuvel erklärte weiter: *„Wir wollen uns darum auch im Kampf gegen die Berufsverbote sicher nicht gegen unsere Genossen der SPD stellen...... Am 19. Februar teilte mir Genosse Willy Brandt mit, daß auch die SPD sich der Fehler bewußt war, die bei der Ausführung des Radikalenerlasses gemacht werden. Es erklärte sich bereit, sich für dessen Änderung einzusetzen. Seiner Ansicht nach sollten Untersuchungen sich auf einzelne Schlüsselpositionen beschränken, und er mißbilligte rückhaltlos die Exzesse, die in dieser Hinsicht vorgekommen sind."*

Willy Brandt tritt demnach für eine „maßvolle" Handhabung der Berufsverbote ein, wogegen offenbar auch Ina van Heuvel nichts einzuwenden hat. Lautet doch ihr Schlußsatz: *„Wir sind hier, um uns solidarisch zu erklären mit dengenigen, die zu Unrecht von einem Berufsverbot getroffen wurden."*

Demnach gibt es also auch Leute, die zurecht ein Berufsverbot haben, oder was?

Es ist bemerkenswert, daß in den Berichten der DKP-Presse über die Konferenz die zitierten Passagen der van Heuvel nahezu verschwiegen wurden. In der „UZ" vom 14.11. hieß es noch ziemlich säuerlich, ihre Rede sei „*nicht frei vom antikommunistischen Vorurteilen und groben Entstellungen der inneren Lage der sozialistischen Länder*" gewesen. In den Artikeln der „UZ" und auch anderer Zeitungen (z.B. der „tat") an den folgenden Tagen tauchte dieser peinliche Punkt nicht mehr auf. Eine Auseinandersetzung um die Position van Heuvels wurde natürlich nirgends geführt.

Ingrid Kurz: „Die Bewegung wächst und erstarkt"

„Immer mehr Menschen unseres Landes nehmen Grundrechtseinschränkungen nicht mehr widerspruchslos hin. Immer mehr Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Gewerkschafter, immer mehr Jugend- und Studentenverbände, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen kämpfen für die reale Einlösung der in der Verfassung verankerten Grund- und Menschenrechte."

Zu diesem Fazit kam Ingrid Kurz, Sprecherin des Arbeitsausschusses der „Initiative" in ihrer Rede über das Thema „Der Widerstand gegen die Berufsverbote in der BRD – Erfolge, Probleme, Perspktiven".

Der Kongreß war hierfür jedenfalls kein Beweis.

Nahmen an der Eröffnungsveranstaltung noch ca. 800 bis 1 000 Menschen teil, zum großen Teil wohl auch angelockt durch das anschließende „Kulturprogramm", so waren es am 2. Tag, dem eigentlichen „Arbeitstag" der Konferenz, nur noch ca. 400 Teilnehmer, davon allein 100 Ausländer (vor allem aus Dänemark, Holland und Frankreich). Gut 300 westdeutsche Teilnehmer (aus 350 Bürgerinitiativen ?!) sind wohl kaum ein Zeichen dafür, *„daß die Bewegung für die Verteidigung der Grundrechte stark angewachsen (sei)"* („UZ" vom 14.11.77).

In ihrer Rede konnte Ingrid Kurz nicht umhin, entgegen früheren Verlautbarungen, daß die Berufsverbieter sich in der Defensive befänden, eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis in der BRD festzustellen. Sie ersparte sich allerdings eine genauere Analyse z.B. der Urteilspraxis der Gerichte. Wahrscheinlich hätte dies das schöne Bild von einem „erfolgreichen" Kampf gegen die Berufsverbote doch etwas gestört. Ehrlichkeit ist nun einmal nicht gerade die Stärke der „Initiative".

Bemerkenswert ist noch Ingrid Kurz' Feststellung, daß die Berufsverbote auch angesichts des allseitigen Ausbaus der Repression in der BRD ihren „zentralen Stellenwert" und ihre „Pilotfunktion in dieser Entwicklung" behalten würden. Dies sollte wohl eine indirekte Rechtfertigung der Ablehnung des Russel-Tribunals durch die „Initiative" sein. Bemerkenswert auch die Feststellung: *„1977 ist nicht 1933, die Bundesrepublik ist nicht Chile."*

Offensichtlich sieht auch sie sich genötigt, den nervösen Reaktionen der SPD auf die zunehmende Kritik aus dem Ausland Rechnung zu tragen, allerdings indem sie die BRD in Schutz nimmt – gegen die Kritiker aus dem Ausland, die durchaus Parallelen zu 1933 sehen.

Wachsende Unterstützung durch die Gewerkschaften ?

„Besonders in den Gewerkschaften und Betrieben wachsen die Soge und der Protest gegen die Grundrechtsdemontage....", heißt es im Konferenzbericht der „UZ" vom 15.11. Und die „tat" vom 18.11. schreibt: *„Daß auch immer mehr aktive Gewerkschafter die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Berufsverbote sehen, wurde durch das Auftreten Detlef Hensches, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, deutlich".*

Nun hielt Hensche, Renommier-Linker im Drupa-Vorstand, tatsächlich eine für einen Gewerkschaftsführer erstaunlich linke Rede, in der er nicht mit Kritik an der SPD sparte und sich gegen die Abgrenzungshysterie vom Terrorismus wandte. Für einen DKP (-beherrschten) Kongreß war dies bemerkenswert. Aber aus diesem Beitrag allein eine verstärkte Unterstützung der Gewerkschaften herleiten zu wollen, ist wohl doch reichlich gewagt. Es ist nur bezeichnend, daß auf dieser Konferenz mit keinem Wort auf die Haltung des DGB und auch der GEW, die beide Berufsverbote grundsätzlich befürworten (nur „rechtsstaatlich" muß es dabei zugehen), eingegangen wurde. Darüber wurde wohlwollend hinweggeblickt.

Die Arbeitskreise: Diskussion nicht eingeplant

Am 2. Tag wurde die Konferenz mit der Bildung von sechs Arbeitskreisen fortgesetzt. Wer sich erhofft hatte, hier würde eine Diskussion über die Fragen des Kampfes gegen die Berufsverbote und die Repression überhaupt möglich sein, sah sich getäuscht. In allen Arbeitskreisen wurde eine nicht endenwollende Reihe von vorbereiteten Redebeiträgen verlesen, über die eine Diskussion nicht eingeplant war.

Die einzige Kontroverse gab es im Arbeitskreis 5 (*„Die Diskriminierung des Bemühens um Völkerverständigung, Entspannung und Friedenspolitik durch die Berufsverbote"*), in dem die Jusos einbrachten, daß sich die Komitees auch mit der Verfolgung oppositioneller Kräfte in Osteuropa, wie z.B. Havemann, Biermann und Bahro in der DDR oder der „Charta 77" in der CSSR beschäftigen sollten.

Aber auch um diese Frage fand
schäftigen sollten.

Aber auch um diese Frage fand keine echte Auseinandersetzung statt. Die Juso-Kritik wurde von den Revis mit den „Argumenten" abgetan, Biermann sei ein Instrument der Rechtskräfte gewesen, und Kritik an den sozialistischen Ländern sei nicht angebracht, weil man sich nicht in die inneren Verhältnisse anderer Länder einmischen wolle (ein reichlich seltsames „Argument" angesichts der internationalen Beteiligung an der Konferenz).

Im übrigen wurde die Frage per Abstimmung „entschieden". Die Mehrheit der auch in diesem Kreis dominierenden DKP-Anhänger lehnte die Juso-Forderung ab.

Russell war kein Thema

Bei einem Gespräch ca. sechs Wochen vor der Konferenz war zwischen der „Initiative" und dem „Sekretariat" des Russell-Tribunals vereinbart worden, daß auch ein „Sekretär" auf der Konferenz Gelegenheit haben sollte, zu sprechen.

Seitdem besann sich die „Initiative" offenbar eines „besseren".

Der am 2. Tag der Konferenz eigens angereiste „Sekretär", D.H. aus Westberlin, durfte jedenfalls auf der Konferenz keine Rede halten. Er durfte nicht einmal ein Informationstreffen zum Russell-Tribunal in den Räumen der Weser-Ems-Halle durchführen und mußte in eine in der Nähe gelegene Kneipe ausweichen.

Unter den Grußaddressen, die abgezogen an alle Teilnehmer der Konferenz verteilt wurden, war auch eine der Russell-Peace-Foundation. Darin wurde die Konferenz u.a. aufgefordert, eine Resolution zur Unterstützung des Tribunals zu verabschieden. Aus leicht zu erratenden Gründen wurde allerdings diese Resolution nur in englischer Sprache abgezogen, während andere englische Grußaddressen übersetzt worden waren. Natürlich wurde auch die Frage der Resolution in keinster Weise angesprochen.

DKP, was nun ?

Insgesamt bot dieser Kongreß im Gegensatz zu allen Beschwörungen der Vertreter der „Initiative" ein Bild der Stagnation und des Rückzugs. Selbstbeweihräucherung war Trumpf und mit geradezu peinlicher Ängstlichkeit wurde jede offene Diskussion vermieden.

Alle für diese Bewegung wichtigen Fragen wurden ausgeklammert. So wurde weder das Verhältnis zur Sozialdemokratie und zu den Jusos, noch das zu den Gewerkschaften thematisiert. Mit dem rigorosen Abwürgen der Diskussion über Berufsverbote in den „sozialistischen" Staaten wurde zudem eine Zündschnur an die Zusammenarbeit mit den Jusos gelegt.

Von einer Verbreiterung der politischen Basis der „Initiative" kann keine Rede sein. Daß dies nicht (nach rechts hin) geschehen konnte, dafür hatte einerseits die SPD-Führung mit ihren Drohungen gesorgt, andererseits die DKP selbst mit ihrer starren Haltung zur Frage der „sozialistischen" Länder. Eine Erweiterung ins linke Spektrum war nie geplant.

Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes mit anderen linken Kräften wurden nicht einmal angesprochen. So ist es bezeichnend, daß die Frage des Russel-Tribunals nicht einmal erwähnt wurde, obwohl für alle Teilnehmer die Bedeutung dieses Tribunals klar gewesen sein dürfte. Bezeichnend auch, daß dies geschehen konnte, obwohl die Jusos dieses Tribunal weiterhin „offiziell unterstützen".

Eine zeitlang kann die „Initiative" auf diesem Weg wohl noch weiter dahinvegetieren. Auf die Dauer allerdings wird es der DKP kaum gelingen, die anwachsenden Widersprüche zu verkleistern.

Gerade wenn die Linke das Russell-Tribunal zu einem Sammelpunkt im Kampf gegen die Repression macht, wird es der DKP schwer fallen, ihre sektiererische Abgrenzungspolitik erfolgreich zu behaupten.

**Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg**



I. van Heuvel (PvdA-Vorsitzende): Weist auf Berufsverbote im „real existierenden Sozialismus" hin.



Detlef Hensche (Vorstand der IG Druck und Papier): Warnt vor Abgrenzungshysterie



Ingrid Kurz (Initiative „Weg mit den Berufsverboten"): Die Bewegung wächst und erstarkt...

Solidarität mit Hans Werner Roth!

In der Frankfurter Rundschau (12.11.77) beschreibt der Atomphysiker Klaus Traube den Fall des Lehrers, Oberleutnants der Reserve und Kriegsdienstverweigerers Hans-W. Roth, der ähnlich wie er selbst von den „Verfassungsschützern" beruflich liquidiert wurde.

Hans Roth war während seiner Bundeswehrzeit als Oberleutnant energisch gegen die Notstandsgesetze eingetreten. Als Kompanie-Chef erlebte er die Aufstellung von Anti-Demonstranten-Zügen.

„In einem Unterricht zu „Befehl und Gehorsam" erzählte er seiner Kompanie rundheraus, daß ein Befehl zum Einsatz im Innern dem Grundgesetz widerspricht und auch den Grundgesetzen der inneren Führung."

Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze und ihre Anwendung durch die Bundeswehr waren ein „Einschnitt" in sein Leben und seine „politische Menschwerdung".

Er schickte dem Kreiswehrersatzamt seinen Wehrpaß zurück und wurde, ohne je einen Antrag gestellt zu haben, als Kriegstdienstverweigerer „anerkannt" oder, wie Traube sagt, „ernannt".

Hans Roth studierte danach in Gießen Erziehungswissenschaften. Seine Aktivitäten wurden von zwei seiner Professoren wie folgt eingeschätzt: *„Roth hat während seines Studiums in Gießen eine engagierte demokratische Position vertreten, aber keinen Aktionismus gegen die universitäre oder grundgesetzliche Ordnung. ... In persönlichen Gesprächen konnten wir nicht nur sein feinsinniges literarisches Empfinden kennenlernen, sondern eine humane und pädagogische Grundeinstellung, wie man sie sich bei mehr Studenten wünschen würde."* („Spiegel", 18. 10. 76)

Der Verfassungsschutz greift ein

In einer Zeit, in der die SPD Wahlkampfanzeigen unter dem Motto „Hessen muß frei bleiben von Bespitzelung und Schnüffelei" veröffentlichte, wurde Hans Roth vor den Verfassungsschutz zitiert. Sie hielten ihm am 3. 8. 74 aus einer über ihn angelegten Akte vor, daß er 1971 auf „demokratischen Listen" zu den Konventswahlen an der Gießener Uni kandidiert und in einem Vortrag vom „System organisierter Friedlosigkeit" (ein Zitat des Leiters der „Hessischen Stiftung für Friedensforschung", Senghas) gesprochen hatte.

Von Roths Bundeswehrzeit und seiner „Kriegstdienstverweigerung" war nicht die Rede. Ergebnis: Herr Roth möge seinen Schuldienst nicht antreten, er werde vom Kultusminister hören.

Roth verbreitete das Gedächtnisprotokoll des Verhörs und protestierte öffentlich. Daraufhin ging eine Flut von Protestschreiben beim Kultusminister ein, in denen 4 Professoren, der Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, der Landesverband der Jungdemokraten u.a. gegen diese Gesinnungsschnüffelei protestierten.

Das reichte. Der Kultusminister verfügte aufgrund dieses Drucks die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Widerruf. Ein Jahr mußte er allerdings warten, bis er formal „rehabilitiert" wurde: es wurde ihm bescheinigt, daß „an seinem Verhältnis zu den verfassungsmäßigen Prinzipien Zweifel als nicht vorliegend" erachtet werden.

Was danach kam

Hans Roth wurde kurz nach diesem Bescheid vorgeworfen, daß sein Gedächtnisprotokoll im krassen Gegensatz zur „objektiven" Darstellung des Regierungspräsidenten stehe, und der Kultusminister *„erneut Überlegungen über die Frage der Einstellung veranlaßt habe"*. Der Schulleiter seiner ersten Schule, in der er als Referendar unterrichten wollte, bezeichnete ihn als „verkappten Maoisten", von dem er nichts wissen wolle. In der nächsten Schule wird er öffentlich als Linksradikaler abgestempelt (Gießener Allgemeine Zeitung, 31.8.74). Vor aufgebrachten Eltern mußte der Schulleiter erklären, daß Roth kein Linksradikaler sei.

Zwei Wochen vor seiner zweiten Staatsprüfung Anfang 76 erhielt er die Mitteilung, daß er nach seiner Referendarzeit mangels freier Planstellen nicht eingestellt werden könne. Er bestand, trotz einiger Merkwürdigkeiten, seine Staatsprüfung mit „gut".

Seitdem bewarb er sich regelmäßig. In seinem Hauptfach Theologie mangelt es an Lehrern. Er fand keine Schule.

Später fand er in einer anderen Stadt eine Stelle als Sozialarbeiter und wurde in der Jugendbetreuung eingesetzt. Inzwischen hat er diese Stellung gekündigt. Denn nach der Ankündigung einer Straßendiskussion zur Frage „Kriegsdienstverweigerung oder Militärdienst", zu deren Teilnahme er sich, unter Nennung seines früheren Offiziersdienstgrades, bereit erklärt hatte, kam promt 3 Tage später die Reaktion. Die Veranstaltung wurde abgesagt („nicht mit Hans Roth"), seine Vergangenheit hatte ihn eingeholt, und er muß neue Repressionen fürchten.

Die VS-Akte

Lange vorher, am 10.10.74, erhob Roth Anklage gegen das Land Hessen auf Vernichtung seiner Verfassungsschutzakte. Nach fast zwei Jahren, im August 76, kam es beim Verwaltungsgericht Kassel zur Verhandlung. Der Leiter des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz legte die H. Roth seit der Anhörung bekannten drei Dokumente vor und behauptete zunächst, es seien keine weiteren Akten vorhanden. Peinlich nur, daß die Dokumente mit den Seitenzahlen 26 bis 30 versehen worden waren!

Aber auch hier zeigt der Rechtsstaat seine Flexibilität. Der Staatssekretär gab eine eidesstattliche Erklärung ab, in der es hieß, daß die Akten des VS *„ihrem Wesen nach geheimgehalten werden müssen"*. Das Verwaltungsgericht verlangte zwar am 9.9.76 die Vorlegung der gesamten Akte, der hessische Verwaltungsgerichtshof hob diesen Beschluß jedoch auf Berufung des Innenministers wieder auf ...

Im abgetrennten Teil der Klage entschied das Verwaltungsgericht Kassel durch ein vielbeachtetes Urteil vom 13.11.77, daß die bereits vorgelegten drei Aktenstücke vom Verfassungsschutz zu vernichten seien. Dieses in seiner Art einmalige Urteil konnte als Erfolg verzeichnet werden. Es bleibt abzuwarten, wie die nächste Instanz (der Innenminister legte natürlich Berufung ein) entscheiden wird.

Das starke Engagement gegen die Notstandsgesetze, gegen die Bürgerkriegsarmee und insbesondere seine Enthüllungen über die „institutionalisierte Folterausbildung" bei der Bundeswehr haben Hans Roth zur Zielscheibe der Repression durch den Staat und seine Geheimdienste gemacht.

Er ist jedoch bereit zu kämpfen. Das belegen eindrucksvoll seine Prozesse gegen das Land Hessen. Er hat sich als Zeuge für die Existenz einer Folterausbildung bei der Bundeswehr der Jury des kommenden Russell-Tribunals über die BRD angeboten.

SOLIDARITÄT MIT HANS ROTH!

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Ich habe selbst gesehen, wie südkoreanische und persische Folteroffiziere westdeutschen Gesinnungsgenossen beibrachten, wie man das jeweilige Folterobjekt je nach Bedarf zum Reden oder zum Schweigen bringt."

Hans W. Roth

SPD-Parteitag lehnt Rüge der Berufsverbotepraxis ab

Auf dem SPD–Parteitag in Hamburg kam am 17.11.77 das Thema Radikalenerlaß zur Sprache. Dies obwohl Schmidt in seiner Rede am 16.11.77 erklärt hatte, daß der Radikalenerlaß für den öffentlichen Dienst für den Bereich des Bundes und der sozial–liberal regierten Länder keine Bedeutung mehr habe.

Schmidt meinte hiermit die Ersetzung des Radikalenerlasses durch die „neuen" Grundsätze, die das Regierungskabinett am 19.5.76 für den Bereich des Bundes in Kraft setzte, und denen sich nach und nach die sozial–liberal regierten Bundesländer anschlossen.

Auf dem Hamburger Parteitag brachte nun der relativ linke Landesverband von Schleswig–Holstein einen Antrag ein, in dem gerügt wurde, es habe sich *„in der bisherigen Praxis der Berufsverbote – auch in SPD–regierten Ländern – kaum etwas geändert."*

In der Begründung dieses Antrages heißt es, daß die Ablehnungsgründe sich unter anderem *„auf von Spitzeln zusammengetragene ‚Erkenntnisse' der Verfassungsschutzbehörden"* stützen. Es wird kritisiert, daß quasi jede unliebsame politische Überzeugung als „verfassungsfeindlich" diffamiert und kriminalisiert werde. Es wird gefordert, der von konservativen Gruppen geschürten Welle von politischer Hysterie entschieden entgegenzutreten.

Erstaunlich ist das knappe Abstimmungsergebnis, mit dem dieser Antrag abgelehnt wurde – 194 zu 178 Stimmen. Angenommen wurde dagegen eine Empfehlung der Antragskommission, in der festgestellt wird, *„daß bei Ablehnung von Bewerbern im öffentlichen Dienst vielfach immer noch nicht konkrete Handlungen, sondern politische Überzeugungen zum Vorwurf gemacht wurden. Bemängelt wird auch, daß von dem „Erlaß" vornehmlich politisch links stehende Bewerber, darunter auch Sozialdemokraten, betroffen seien, daß den Bewerbern eine unzulässige Beweislast für ihre sogenannte Verfassungstreue auferlegt werde, und daß allein die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Organisation für die Ablehnung ausreiche"* *(„FR", 18.11.77).*

Mit dieser „Empfehlung" konnten wohl die vorhandenen Kritiken abgefangen werden, ohne daß klar wurde, daß mit der angestrebten „Einzelfallprüfung" letzlich nur eine Intensivierung und eine bessere juristische Darbietung der Verfassungsschutztätigkeit impliziert wird.

Zum Schluß mag eine Aussage des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Schmidt vom 4.11.77 im französischen Fernsehen zeigen, in welcher Weise die Bundesregierung das angesprochene Thema überhaupt für ein ernsthaft zu änderndes Problem hält. Schmidt sagte dort: *„Es gibt in Deutschland keine Berufsverbote. Dies ist eine kommunistische Wortwahl."*

Helau! Alaaf!

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

Wien. Mit der Begründung, Prof. Horst Holzer sei als DKP–Mitglied in die Sympathisantenszene der Terroristen einzureihen, lehnte Prof. M. Schmolke, Vorstand des Instituts für Publizistik der Universität Salzburg, einen Lehrauftrag für den Kommunikationswissenschaftler im Sommersemester 1978 ab. Prof. Holzer war bereits 1971 einer der ersten Berufsverbotsfälle in der BRD. Seine Bewerbung wurde damals von mehreren Universitäten abgelehnt. Die jetzige Ablehnung Holzers in Salzburg zeigt deutlich, wie sehr das Modell Deutschland auch in Österreich schon Schule gemacht hat. Zu solchen Ablehnungsbegründungen wie Schmolke hat sich in der BRD allerdings bisher nur Filbinger herabgelassen („Berufsverbote dienen dem Kampf gegen den Terrorismus").

Rom. In Italien ist jetzt auch ein Komitee gegen die Berufsverbote in der BRD gegründet .worden. Unter den Gründern finden sich so prominente Namen wie Lelio Basso (Vorsitzender des 2. Russell–Tribunals), Lucio Lombardo–Radice (Mitglied der Jury des 3. Russell–Tribunals und des ZK der PCI) und die Verlegerin Inge Feltrinelli. Die Zusammensetzung dieses Komitees läßt hoffen, daß es sich in seiner Arbeit nicht ausschließlich auf die Behandlung der Berufsverbote (womöglich noch nur derjenigen gegen DKP–Mitglieder) beschränken wird, sondern durchaus die Gesamtheit der Repression im „Modell Deutschland" und die Gefahr, die dieses „Modell" für andere Länder Europas darstellt.

Hamburg. Der Sportlehrer Peter Weinberg (SPD) wurde nach langem hin und her von der Deputation der Behörde fürWissenschaft und Kunst nun doch als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Leibesübungen eingestellt. Ursprünglich hatte die Deputation durch die Stimmenthaltung ihrer SPD–Mitglieder Weinberg die Einstellung verweigert. Damit wäre in Hamburg das erste Berufsverbot gegen einen „Stamokap"–SPDler ausgesprochen worden. Offensichtlich hat der Fall in der Hamburger SPD doch einigen Wirbel ausgelöst, weshalb man sich die Sache wohl noch einmal überlegt hat.

Hannover. Der Referendar Heinz B. wurde vom niedersächsischen Kultusministerium wegen seiner DKP–Mitgliedschaft nicht in den Schuldienst übernommen.

Marburg. Ca. 2 000 Menschen (lt. „FR" und „UZ") nahmen am 11. November an einer Demonstration in Marburg gegen Berufsverbote und Neonazismus teil. Die Demonstration fand aus Anlaß des 39. Jahrestags der „Reichskristallnacht" statt, in der die Nazis auch die Marburger Synagoge niederbrannten. Die Demonstration wandte sich auch dagegen, daß der ehemalige SS– und heutige HIAG–Führer Wissebach heute als Marburger CDU–Abgeordneter im Bundestag sitzt.

Dem Marburger CDU–Vorsitzenden Troeltsch fiel dazu nichts besseres ein, als die Demonstration in einem Artikel als „neue Linksfaschisten" anzupöbeln.

Nürnberg. Ein bemerkenswertes Beispiel für die „Unterschiede" zwischen der SPD und der CSU in der Frage der Berufsverbote liefert der Fall des Studienassessors Walter W. aus Nürnberg.

W. hatte seine 2. Staatsprüfung in Hessen mit der Note „Gut" abgelegt. Seine wissenschaftliche Arbeit (ein Teil der Prüfung) hatte er über das Thema „Versuch einer Analyse des Antikommunismus in der BRD" geschrieben.

Im Sommer dieses Jahres bewarb er sich nun für eine Stelle an einer Gesamtschule in Nürnberg. Daraufhin erhielt die Nürnberger Einstellungsbehörde einen Wink des Verfassungsschutzes, W. habe 1974 in Hessen einen Wahlaufruf für die DKP unterschrieben. Für die CSU natürlich Grund genug, W. abzulehnen. Und was sagt die SPD?

Für die SPD, sagt Bürgermeister Prößl, seien die Bedenken gegen W. keine Frage des „Radikalenerlasses", sondern eine solche der Qualifikation. Der SPD–Schulreferent Glaser erklärt, W' s Artikel zum Antikommunismus sei eine *„Geschichtsklitterung eindeutiger Art"*., die *„für eine offene wissenschaftorientierte Schulerziehung unvereinbar"* sei. Als Beleg zitiert er folgenden Satz aus W's Aufsatz: *„Die Aktualität und die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Antikommunismus zeigen die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam, die Errichtung des Faschismus in Chile und die Praxis der Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei sowie die erneute Ausweitung der politischen Justiz unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus in unserem Land".* Dieses Zitat, so meint Glase, sei typisch für die „linke Heuchelei", *„die alle anderen Unmenschlichkeit dann ausspart, wenn sie nicht ins ideologische Raster passen.."*

Dem Artikel fehlen „wissenschaftsethische Fragestellungen".

Wer den Anitkommunismus nicht mitmacht, ist eben auch für die SPD als Lehrer nicht geeignet. Aber aber nur wegen mangelnder Wissenschaftlichkeit, versteht sich.

Es sind wirklich tolle Unterschiede zwischen SPD und CSU. Oder nicht?

Westberlin. Wegen angeblicher Mitgliedschaft in der SEW und weil er als „Rädelsführer" eines Streiks der Jura–Studenten an der FU fungiert haben soll, wurde der Westberliner Wolfgang B. zum 1.11. nicht als Beamter auf Widerruf, wie üblich, in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen, sondern in ein „öffentlich–rechtliches Sonderausbildungsverhältnis".

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird damit bereits ein Berufsverbot nach dem 2. Staatsexamen präjudiziert.

München. Das Münchner Arbeitsgericht hat die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung dazu verurteilt, den EDV–Organisator Johannes D. weiter zu beschäftigen. Die Anstalt hatte den unbefristeten Arbeitsvertrag D's wegen seiner DKP–Mitgliedschaft in eine befristete „freie Mitarbeit" umgewandelt, womit der erste Schritt zu seiner Entlassung und einem darauf folgenden Berufsverbot getan war. Das Gericht wies jetzt die Behauptung des öffentlich–rechtlichen Unternehmens zurück, D. sei wegen seiner DKP–Mitgliedschaft ein „Sicherheitsrisiko".

Oldenburg. Der KBW–Funktionär Dirk S. ist jetzt auf Anweisung des niedersächsischen Wissenschaftsministers Pestel durch den Rektor der Uni Oldenburg seines Dienstes als wissenschaftlicher Assistent „vorläufig" enthoben worden. Gleichzeitig wurde die Halbierung seines Gehalts verfügt. Damit dürfte das Berufsverbot für ihn feststehen. Das Verfahren gegen S. war bereits im Mai angelaufen. Damals weigerte sich jedoch der Rektor Krüger (gleichzeitig SPD-Vorsitzender im Kreis Ammerland) der Forderung nach sofortiger Suspendierung von S. nachzukommen, weil nach seiner Auffassung das Verfassungsgericht die Aufgabe hat, die Verfassungswidrigkeit einer Organisation festzustellen und nicht irgendwelche untergeordneten Instanzen. Da die Verfassungswidrigkeit des KBW aber nicht festgestellt worden sei, gäbe es auch keinen Grund für ein Disziplinarverfahren, zumal sich S.' politische Auffassungen in seinen Vorlesungen (er lehrt Physik) nicht bemerkbar gemacht hätten.

Pestel war damit natürlich nicht einverstanden. Am 10. November schickte er Krüger seine Anweisung, die dieser dann auch ausführte.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



»Ich schaff es nicht mehr ...«

Selbstmorde bei der Bundeswehr

„Ich schaffe es nicht mehr. Der Spieß schikaniert einen und brüllt rum, wenn ich beim Marschieren nicht mitkomme."

Dies waren die letzten Zeilen des Iserlohner Fallschirmjägers Matthias H. an seine Mutter. Nachdem er sie geschrieben hatte, nahm er sich, knapp 20jährig, das Leben!

Matthias war einer von 94 jungen Menschen, die sich 1976 bei der Bundeswehr das Leben nahmen. Das heißt: jeden vierten Tag „gelingt" einem Soldaten in der Kaserne der Selbstmord.

Täglich drei(!) Selbstmordversuche „mißlingen"!

„Ein erschreckender Anstieg .."

Diese und weitere Einzelheiten wurden jüngst durch den „Stern" („Fahnenflucht auf Ewig", 24.11.77) veröffentlicht. Die Einzelheiten sind neu, denn seit einiger Zeit sind die Selbstmord-Statistiken nicht mehr im BW-Weißbuch zu finden. Die Militaristen haben offenbar ein schlechtes Gewissen. Zu recht!

Während seit 1957 die Rate der Tötungen „nahezu konstant" blieb, verzeichnete man einen steilen Anstieg der Versuche.

1957 kamen auf 100.000 Soldaten 46 „mißlungene" Versuche, 1967 waren es 118 und im vergangenen Jahr 195 (940 insgesamt 1976)!

Seit Bestehen der BW, also in 20

waren es 118 und im vergangenen Jahr 195 (940 insgesamt 1976)!

Seit Bestehen der BW, also in 20

Jahren summierte sich die Zahl der Selbstmorde auf 1.325, die der Versuche auf 10.091.

Etwa jeder Dritte griff zur Pistole oder zum Gewehr, je 25 % erhängten oder vergifteten sich.

Bei den Versuchen waren es 57 %, die Gift nahmen und 32 %, die sich Schnittverletzungen beibrachten.

Wo liegen die Ursachen?

Die häufigste Antwort auf diese Frage ist der Verweis auf die angeblich höheren Selbstmordquoten „draußen". Auch der „Stern" strapaziert es vorneweg.

Von 100.000 Männern im Alter zwischen 20 und 25 Jahren seien es „draußen" 25 Selbstmorde, beim Bund jedoch nur 15.

Doch wie so oft wird die scheinbar objektive Statistik zur Manipulation, zur Verschleierung des Problems genutzt: Diese Statistik erfaßt Berufs- und Zeitsoldaten genauso, wie Wehrpflichtige, erfaßt Unterdrücker wie Unterdrückte. Sie differenziert nicht zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten der Bundeswehr.

Die Statistik hat nur eine Funktion: Durch sie wird die allgemeine Not und das Ausmaß der Unterdrückung „draußen" zur Legitimation für die körperliche, und geistige Quälerei in der BW.

In ihrer zynischen Logig wäre es nur konsequent, Selbstmordgefährdete zur Heilung in die Kaserne zu schicken. Tatsächlich würde dies den sicheren Tod bedeuten!

‚Furcht vor Strafe, Ärger mit der Freundin'.

Der „Stern" liefert über diese Statistik hinaus Anhaltspunkte, die den Ursachen weitaus näher kommen.

Der „rüde Ton", wie anfangs geschildert, ist nach einer Untersuchung des Hamburger Wehrpsychaters Oberstarzt Brickenstein in 2 % aller Selbsttötungen die Ursache. Brickenstein hat für „rüden Ton" die Formulierung „Aktuelle dienstliche Anlässe" gewählt.

Wie vornehm...!

Bei weiteren 20 % der Selbstmorde gibt Brickenstein die „Furcht vor Strafe" als Ursache an. Der „Stern" gibt dafür ein Beispiel: Ein Soldat, dessen „Verbrechen" darin bestand, sich mehrmals unerlaubt von der Truppe zu entfernen, sperrte man bis zu seinem Prozeß („Fahnenflucht") in den Knast. Er erhängte sich.

Die dritte Gruppe der Selbstmörder ist mit 50% zugleich die größte. Brickenstein gibt bei jedem zweiten als Motiv „Ärger mit der Freundin, Probleme in der Familie" als Motiv an.

Für den „Stern" die *„gleichen Probleme, wie (sie) Zivilisten"* auch haben. Also kein Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten?

Der „Stern" macht es uns einfach und widerlegt sich selber.

Er führt für die Motivgruppe „Freundin/Familie/Ärger" ein Beispiel an: Peter H. hatte *„wegen seiner Geliebten ... Krach mit den Eltern"*. Sie „betrog" ihn und er „löste" seine Probleme durch einen Kopfschuß. Dann heißt es weiter: *„Es war die ty-*

Probleme durch einen Kopfschuß. Dann heißt es weiter: *„Es war die ty-*

pische Situation für einen Selbstmord bei der Truppe: Nacht, langweiliges, einsames, sinnlos erscheinendes Wacheschieben, die Kameraden im Wochenendurlaub bei ihren Mädchen, die Gedanken immer quälender, die verführerische Waffe ... Pistole hoch, abdrücken, Ende".

Das sind *„die gleichen Probleme zahlreicher Zivilisten"*. Sagt der „Stern".

Beziehungsprobleme beim Bund sind programmiert, ganz abgesehen von Marinesoldaten, die oft wochenlang auf See sind, ist die „heimatferne" Stationierung, das fehlende Fahrgeld (200 DM Wehrsold), sowie die wenigen und dazu noch kurzen Wochenenden, der Tod fast aller Freundschaften! In Schleswig-Holstein sind beispielsweise 20.000 Soldaten stationiert. Die Hälfte kommt aus dem Rheinland.

Und die Ursachenbekämpfung?

In dem zitierten Artikel wird dann der großartige „Kampf" der Bundeswehr gegen Selbstmordversuche dargestellt; So wurden in manchen Einheiten – wie vorbildlich! – Taschenkarten mit sämtlichen Nummern der Telefonseelsorge ausgegeben. Der Bundeswehrpsychologe sieht das Problem so:

„Das wichtigste (für die Abwehr von Selbstmorden) ist, daß zwischenmenschliche Beziehungen der Soldaten untereinander intensiviert werden". Gerüchte besagen, daß der besagte Martin Rauch an einer Doktorarbeit zu dem Thema: „Über die Intensivierung der zwischenmenschlichen Beziehungen beim Drill" brüten soll.

Antimilitarismus-Kommission

»Kauft nicht bei Juden«

Hamburg: Einen wahren Boom antisemitischer Schweinereien und Provokationen in der Hamburger Bundeswehr-Hochschule kommentierte der zuständige Sprecher der Bundeswehr, Kapitän zur See Kurt Fischer folgendermaßen: *„Die Untersuchungen des Bundesverteidigungsministeriums haben nichts ergeben, was auf antisemitische Vorfälle oder Haltungen auf der Bundeswehrhochschule in Hamburg hindeutet"*. Der Sprecher warnte davor, *„nach Gerüchten eine Psychose zu erzeugen, in der normale Vorfälle männlichen Zusammenlebens mit einem falschen Vorzeichen versehen und dann mit einer braunen Sauce übergossen werden"*.

An der Hamburger Bundeswehrhochschule gäbe es *„weder eine NPD-Gruppe noch Studenten jüdischen Glaubens, die psychisch oder physisch mißhandelt worden seien"* (alle Angaben aus „Süddeutsche Zeitung", 26.11.77).

Wie groß der Wahrheitsgehalt dieser Aussage ist, zeigen die Antworten der Bundeswehrführung auf eine Anfrage im Bundestag: Angeblich betrunkene Offiziere, fast 50 an der Zahl, sangen Nazi-Lieder. Kompromißlos, wie das BMVg bekanntlich dem Faschistenpack gegenübersteht, wurden sie „unverzüglich" bestraft: 100 DM Geldstrafe für jeden.

Einen Oberfeldwebel, der wegen „Volksverhetzung" verurteilt wurde, entließ man aus der Bundeswehr.

Ebenfalls entlassen wurde der Leutnant Michael Kühnen. Die Polizei fand in seinem Auto stapelweise „NSDAP"-Material. Den braunen Dreck hatte er zum Teil in der BW-Schule verteilt und verklebt. Kühnen ist „Führer" der Jung-Nazi-Bande „Freizeitverein Hansa" (Angaben nach „Bild" und „Hamburger Morgenpost" vom 8.10.77).

Ein Gesinnungsgenosse Kühnens, Leutnant Durner, ist Anfang 1977 den Soldaten einer Mittenwalder Kaserne unangenehm aufgefallen. Er übte beim Unterricht den Hitler-Gruß und erzählte den Soldaten freiweg von seiner Mitgliedschaft samt „hohem SS-Dienstgrad" in einer Hamburger Neo-Nazi-Organisation.

Darüber hinaus berichteten wir in den letzten Ausgaben des ARBEITERKAMPF ausführlicher über die Umtriebe zwielichtiger Professoren an dieser Schule. Genannt seien noch einmal die Namen Schlegel (bis 1945 Mitarbeiter des „Instituts für Erbbiologie und Rassenpflege") und Sanmann (Kader im „Bund Freiheit der Wissenschaft").

Fast einen Monat nach der Anfrage im Bundestag, die die obigen Umtriebe erbrachte, werden in der Presse („Süddeutsche Zeitung", 7.11.77, „Hamburger Morgenpost", 12.11.77 und „Spiegel", 14.11.77) erneut Meldungen über „rechtsextremistische Vorfälle" in der Hamburger Schule verbreitet. Am 25.11.77 berichtete die „Frankfurter Rundschau" dann ausführlicher.

„Kauft nicht bei Juden"!

„ ... im Oktober oder November 1976 (beschmierten) Unbekannte Rosams Zimmertür im Studentenwohnheim der Bundeswehr-Hochschule mit den Sätzen ...: ‚Hier wohnt Scholom, der Jude. Kauft nicht bei Juden!'".

Rosam, ein Marine-Leutnant, soll nach Angaben der „Frankfurter Rundschau" selbst ein *„flotter Erzähler jüdischer Witze"* sein. Seine Spitznamen seien „Jude" und „Scholom Rosenbaum". Es sei unklar, ob es sich bei Rosam um ein Opfer der Nazis handelt oder ob er selbst diesen Kreisen zuzurechnen und dies „nur" Teil makabrer antisemtischer „Spiele" ist.

Fest steht, daß die antisemitischen Parolen von seiner Tür stillschweigend wieder entfernt wurden, ohne daß der Vorfall aus der Schule heraus bekannt wurde.

Drohungen ihm gegenüber wie *„Dir wird man noch die Goldzähne ausbrechen"* oder nach einer Gasmaskenprüfung *„Du wärst besser in dem ABC-Zelt geblieben"*, wurden angeblich von dem Leutnant (laut „Frankfurter Rundschau") nicht bestätigt.

Ein weiterer Vorfall wurde abgestritten. Es ging um eine Feier in der Nacht vom 19. zum 20. April 1977, bei der, nach Aussagen eines Zeugen, in einem Wohnblock des Studentenheimes das „Horst-Wessel-Lied" gesungen wurde. Die „Ermittlungen" ergaben angeblich, daß es das „England-Lied" gewesen sei.

Staatssekretär von Bülow *„bedauerte"* in diesem Zusammenhang die *„totale (?) Geschichtslosigkeit"* der *„jungen Generation"*, wobei es sich jedoch *„um Leichtfertigkeiten handle, die sich die Bundeswehr nicht leisten könne. Von einer antisemitischen Verseuchung der Bundeswehr könne aber keine Rede sein. Antisemitismus sei kein Thema der Truppe"*.

Wie man laufend sieht!

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Ex-Leutnant Kühnen, „Führer" der „Hansa-Bande"



Sichergestelltes Ausrüstungslager der „Hansa-Bande"

Ex-Leutnant Kühnen, „Führer" der „Hansa-Bande"

Sichergestelltes Ausrüstungslager der „Hansa-Bande"

Anfrage im Bundestag zur SS in der Bundeswehr

Die SS-HIAG-Freundschaften und Kontakte mit und in der Bundeswehr, die inzwischen von der VVN, uns (AK 109) und jüngst dem PDI umfassend dokumentiert wurden, waren Anlaß für den SPD-Abgeordneten Thüsing, am 27. Oktober 1977 folgende Anfrage im Bundestag zu stellen:

Die Frage ...

„Trifft es zu – wie in einer vom PDI herausgebrachten Dokumentation dargestellt –, daß Abordnungen der Bundeswehr in den vergangenen vier Jahren an mindestens fünfzig Treffen der ... ehemaligen Waffen-SS (HIAG) sowie an Zusammenkünften der ‚Jungen Nationaldemokraten' (JN), der ‚Wiking-Jugend' und des ‚Bundes Heimattreuer Jugend' (BHJ) teilgenommen haben, und wie beurteilt die Bundesregierung die Teilnahme der Bundeswehrangehörigen an diesen Treffen angesichts der jüngsten antisemitischen und neonazistischen Vorfälle in den Bundeswehrhochschulen?"

und die Antwort.

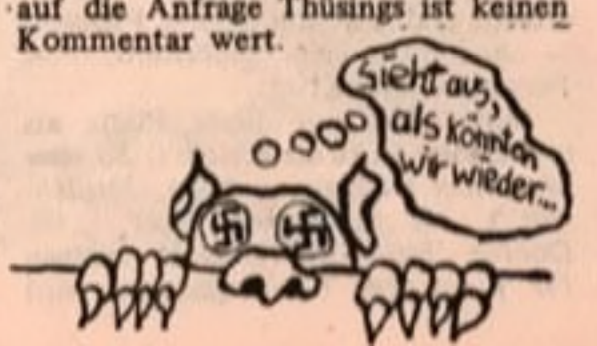
Staatssekretär von Bulow: *„Die Behauptungen des PDI sind dem BMVg bekannt. Sie sind Gegenstand eingehender Untersuchungen. Von den 32 Vorwürfen müssen schon jetzt 11 entschieden zurückgewiesen werden. Die anderen 21 konnten bis heute noch nicht abschließend geklärt werden. Es kann jedoch angenommen werden, daß auch sie nicht stichhaltig sind. Gleiche und ähnliche Behauptungen wurden bereits im vergangenen Jahr in Publikationen der DDR aufgestellt ... Nach Auffassung der Bundesregierung handelte es sich damals um den Auftakt einer gezielten Aktion gegen die Bundeswehr. Die Kampagne wurde als neue ‚antimilitaristische Aktion' der orthodox-kommunistischen ‚SDAJ' innerhalb der BRD mit dem in der Pressekonferenz am 26. März 1977 in Bonn der Öffentlichkeit übergebenen Material ‚Für eine fortschrittliche Tradition in der Bundeswehr' fortgesetzt. Der PDI hat sich mit seiner Dokumentation dieser Aktion nunmehr angeschlossen. Die Bundesregierung sieht keinen Zusammenhang zwischen den Vorfällen an der BW-Hochschule München und der von Ihnen erwähnten Dokumentation des PDI"*.

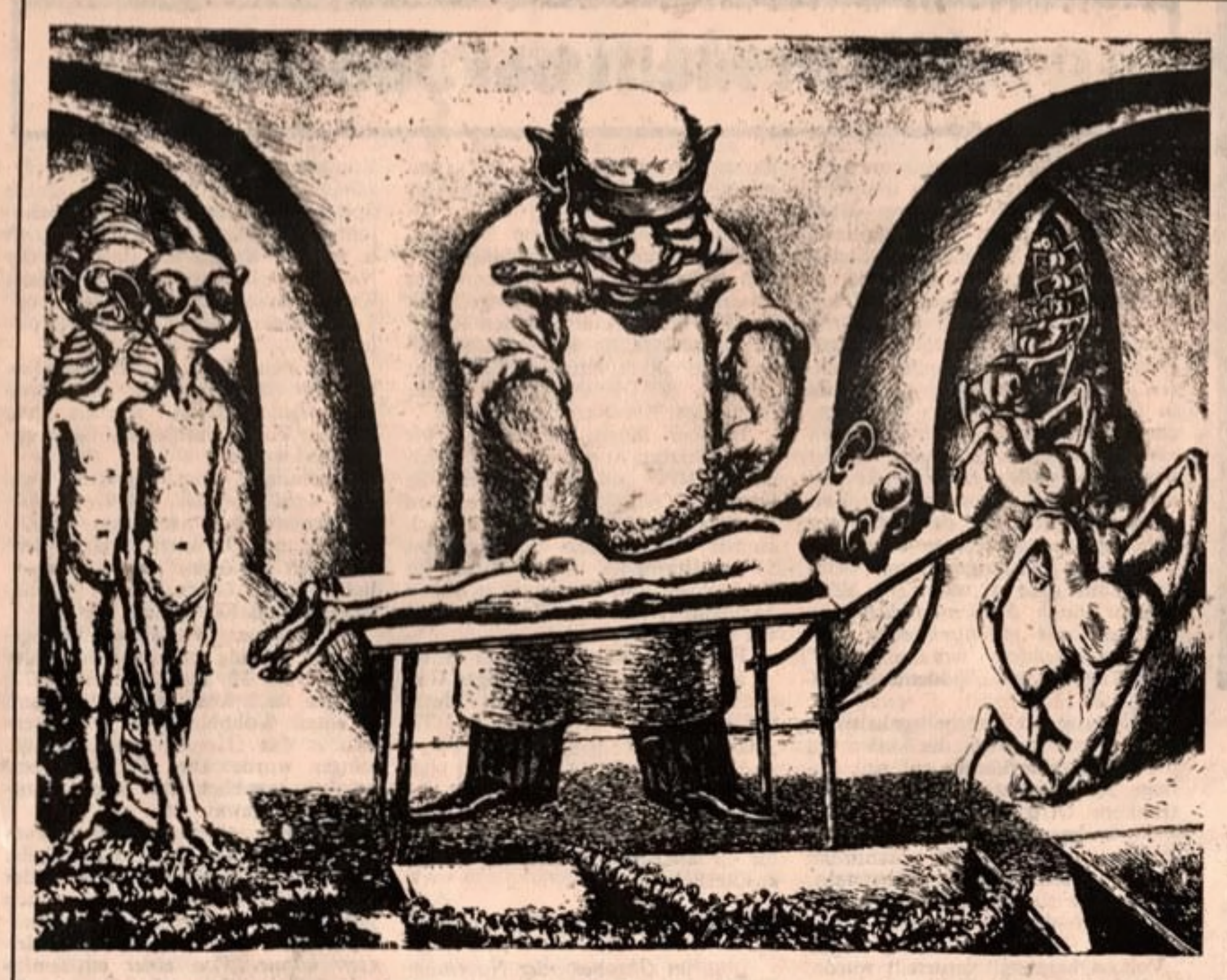
(zitiert nach: „die tat", 25.11.77).

Die „Antwort" des von Bülow auf die Anfrage Thüsings ist keinen Kommentar wert.



25-Jahr-Feier der HIAG Stuttgart: HIAG und Bundeswehr Seite an Seite (aus „Der Freiwillige", Februar 1976). von Bülow: „Alles Lüge ... DDR-Kampage ..."





A. Paul Weber: Kunst im Widerstand — damals wie heute

Die „Elefanten Press Galerie" zeigt zur Zeit eine Ausstellung unter dem Titel „A. Paul Weber — Kunst im Widerstand", die man sich ansehen sollte. Die Ausstellung ist bis zum 27. November in Westberlin, dann in Hamburg, Stockholm, Paris und anderen Städten zu sehen (lt. „tat", 28.10.)

Bereits 1928 warnten A. Paul Webers Zeichnungen vor den Grauen des Faschismus und traten seiner Demagogie entgegen. Treffend werden feiste Bourgeois als Nutznießer und Förderer des Faschismus karrikiert. Seine Arbeiten sind derart eindrucksvoll, daß einem der Schauer über den Rücken laufen kann. Am bekanntesten ist wohl seine Lithographie „Das Verhängnis", auf dem ein Menschenstrom unter Hakenkreuzfahnen beim Überwinden eines Hanges direkt in einen dahinter aufgestellten Sarg stürzt. Es sind damals Arbeiten entstanden, die heute schon wieder aktuell sind, z.B. der „Denunziant". Unter der Zeit des Faschismus hat Weber vielfach seine Aussagen in Fabeln gekleidet, um die Grafiken noch verbreiten zu können.

Es gelang ihm bis 1934 seine Arbeiten zu reproduzieren und zu verbreiten. 1937 wurde er verhaftet und in das Zuchthaus Hamburg-Fuhlsbüttel eingeliefert. Anschließend GeStaPo-Haft in Berlin und Nürnberg. Aus diesen Erfahrungen heraus entstanden weitere Grafiken, so der Zyklus „Die Schachspieler" und „Der Gefangene". Aber A. Paul Weber hat auch nach '45 nicht beruhigt die Feder aus der Hand gelegt, sondern seine Arbeiten sind bis heute oder heute schon wieder Warnungen vor dem Faschismus und Aufrufe zum Widerstand gegen Unterdrückung und Kriegstreiberei. So die 1972 entstandenen Litographien „Die Bombe des Damokles" und „Doch nur zur Abschreckung", oder die 1950 entstandene „Morgenluft", wo ein halb vermoderter Offizier aus einem Sarg kriecht. Aber antifaschistische Kunst wird in der BRD „offiziell" nicht gern gesehen und ein A. Paul Weber halt am liebsten totgeschwiegen. Allenfalls unter der Rubrik „Es war einmal ..." wird er in Schulbüchern aufgeführt.

MELDUNGEN

CDU will im Freien tagen

Im Kreuzberger Rathaus (Westberlin) wurde am 22. November eine Ausstellung des Grafikers Klaus Staeck eröffnet.

Da die Kreuzberger CDU-Fraktion es als „erklärtes Ziel Staecks" sieht, die „Partei zu beleidigen und zu diffamieren", hat sie sich entschlossen, bis zum 1. Dezember — so lange dauert die Ausstellung — das Rathaus nicht mehr zu betreten!

Wir halten dieses Verhalten der Kreuzberger CDU für vorbildlich. Überall, wo wir rechte Vögel wittern, sollten wir Plakate von Staeck und anderen Grafikern aushängen ...

Vielleicht emigrieren die dann alle nach Chile. Dort sind diese Art Poster nicht zu finden und Strauß hat ja schon das Gelände sondiert! (nach „Tagesspiegel", 23.11.77).

Chotjewitz darf nicht lesen

Der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz durfte in Westberlin nicht aus seinem Roman „Der 30jährige Friede" lesen. *Der Volksbildungsstadtrat von Charlottenburg (CDU) verbot ihm, „bezirksamtliche Einrichtungen" zu benutzen! „Begründung":*

— „Chotjewitz bekämpft die freiheitliche demokratische Grundordnung, wofür ihm nicht Plattform oder Honorar geboten werden sollten".

Belegt wurde das damit, daß Ch. schon des öfteren bei DKP-Veranstaltungen auftrat, zum Tode von Holger Meins kritisch Stellung bezogen hatte und das „Grundgesetz verballhornt hätte". *„Der Schriftsteller wertete die Charlottenburger Ausschlußmaßnahme als Übertragung des Radikalenerlasses auf freie Mitarbeiter, die Schriftsteller ihrer ökonomischen Existenz beraubt".* Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Angaben nach „Tagesspiegel", 23.11.77).

Rock-Oper „Der Führer": „Ihr müßt ihm folgen, yeah!"

Wenn die Hitler-Welle in Film und Literatur Triumphe feiert und die Kassen füllt, warum nicht auch in der Musikbranche, in der ja durch entsprechende
(Satans Stimme aus Hitler: „Baut mein Reich in Deutschland auf, mit hellhaarigen Leuten, die mich preisen ...'), dem die Massen nachlaufen
zuhalten würden, wenn sie das hören müßten.
Genauso erschreckend ist die Musik: nicht etwa, daß sie weit unter dem

graphien „Die Bombe des Damokles" und „Doch nur zur Abschreckung", oder die 1950 entstandene „Morgenluft", wo ein halb vermoderter Offizier aus einem Sarg kriecht. Aber antifaschistische Kunst wird in der BRD „offiziell" nicht gern gesehen und ein A. Paul Weber halt am liebsten totgeschwiegen. Allenfalls unter der Rubrik „Es war einmal ..." wird er in Schulbüchern aufgeführt.

kritisch Stellung bezogen hatte und das „Grundgesetz verballhornt hätte". „Der Schriftsteller wertete die Charlottenburger Ausschlußmaßnahme als Übertragung des Radikalenerlasses auf freie Mitarbeiter, die Schriftsteller ihrer ökonomischen Existenz beraubt". Dem ist nichts hinzuzufügen.
(Angaben nach „Tagesspiegel", 23.11.77).

Rock-Oper „Der Führer": „Ihr müßt ihm folgen, yeah!"

Wenn die Hitler-Welle in Film und Literatur Triumphe feiert und die Kassen füllt, warum nicht auch in der Musikbranche, in der ja durch entsprechende Auftritte der Gruppen „Roxy-Music" und „Kiss", oder derzeit durch das martialische Auftreten einiger Punk-Rock-Gruppen der Boden bereitet ist?

So dachte wohl auch die Kölner Plattenfirma EMI—Electrola, ließ sich flugs 26 Einzeltitel von der Hamburgerin Gisela Siems zusammenreimen, engagierte einige Musiker und schmiß dann im September eine Doppel-LP auf den Markt. Schlichter Titel: „Der Führer/Rock-Opera". Ebenso schlicht das Plattencover: Der größte Mörder aller Zeiten, Adolf Hitler, etwas verfremdet, „ziert" die Plattenhülle.

Nun ist die Platte in den Plattenläden angekommen — nicht aber beim Publikum. Dem liegt allerdings kein öffentlicher Protest zugrunde, sondern offenbar der größte Fehlgriff (musikalisch wie wirtschaftlich) der Plattenfirma in diesem Jahr.

Zunächst konnte die Firma keine „großen Namen" für dieses Werk verpflichten — trotz guter finanzieller Angebote lehnten „Zugpferde" wie Inga Rumpff und Udo Lindenberg ab. Mit Neil Landon, Peter French u.a. konnten lediglich Musiker aus der zweiten und dritten Reihe der Plattenbranche verpflichtet werden. Das schlägt natürlich auf die Kasse. Das in- und ausländische Presseecho war ebenfalls nicht angetan, den Umsatz zu steigern — selbst „Bravo" (sonst ja für keinen Dreck zu schade) meldete Bedenken an. Zu guter Letzt — man höre, staune und freue sich — vereinbarten die Rundfunksender der BRD einen Ausstrahlungsboykott gegen die Hitler-Oper. Alles in allem denkbar schlechte Voraussetzungen für einen Kassenreißer. Wie es sonst in der Branche üblich ist, wird wohl der Produzent seinen Kopf dafür herhalten müssen.

Um was handelt es sich nun inhaltlich bei diesem Machwerk? Die Initiatoren wollten *„Hitler auf keinen Fall als positiven Helden"* darstellen, sondern sie wollen zeigen, *„wohin es führen kann, wenn ein krankes, grössenwahnsinniges Gehirn die Gelegenheit bekommt, seine Perversionen öffentlich auszuleben"* (aus dem Pressetext der Plattenfirma).

Damit ist das Konzept auch schon umrissen, und es paßt „hervorragend" in die Verfälschung der Geschichte, wie sie in großem Stil seit dem Hitler-Film von Joachim Fest betrieben wird: Faschismus ist kein gesellschaftspolitisches, sondern ein individuelles und psychologisches Problem — ohne Hitler kein Faschismus, ohne Perversion kein Krieg!

Hitler wird auf dieser Platte als mysteriöser Guru dargestellt (*„So viele Menschen glauben an seine Göttlichkeit"*), als besessener Fixer (*„Oh Doktor, bitte, ich brauche meinen Fix"*), der vom Teufel gesteuert wird (Satans Stimme aus Hitler: *„Baut mein Reich in Deutschland auf, mit hellhaarigen Leuten, die mich preisen ..."*), dem die Massen nachlaufen (*„Wir müssen an ihn glauben, yeah"*).

Die historischen Klassenkämpfe und die Ursachen des Faschismus werden in der „Oper" zu einem wahnwitzigen Kasperletheater zusammengeschmolzen.

Alibifunktion haben denn auch die dünn verstreuten kritischen Einwände gegen Hitler und seine Politik, etwa wenn ein Jude auftritt und singt: *„Kommt Brüder und Schwestern, nehmt eure Kinder an die Hand, es ist kaum noch Zeit um zu warten".*

Typisch dagegen solche absolut makabren und jeden guten Geschmack verleugnenden Stellen wie jene, wo Hitler und Goebbels im lockeren



Wechselgesang die Unterjochung Europas Revue passieren lassen: *„Hitler: ‚Ich nahm Polen', Goebbels: ‚Tschechoslowakai', Hitler: ‚Ich halte Dänemark', Goebbels: ‚Und auch Norwegen' . . ."* und so weiter. Immerhin haben Hitlers Feldzüge ja einige Millionen Menschen das Leben gekostet, und das so locker vom Hocker runtersingen zu lassen, bezeugt schon eine gewaltige Portion Skrupellosigkeit.

Damit das nicht gar zu auffällig wird, ist der ganze Schmutz in englischer Sprache gesungen, deutsche Übersetzungen sind nur unter der Hand zu bekommen. Nebenbeibemerkt ist das Englisch zwar grammatikalisch richtig, aber von einer derartig hölzernen Oberschulqualität, daß Engländer sich vermutlich die Ohren zuhalten würden, wenn sie das hören müßten.

Genauso erschreckend ist die Musik: nicht etwa, daß sie weit unter dem Durchschnitt des herrschenden Einheitsbreis liegt, erschreckend ist vielmehr die Vorstellung daß zu den Klängen von *„We must believe him, yeah"* in jeder Diskothek genauso getanzt werden könnte — und auch würde — wie zu den letzten Disco-Knüllern. Da kommt's einem warm die Speiseröhre rauf.

Die Platte trägt bei zur historischen Verzerrung, zur Verharmlosung des Faschismus. Sie enthält kein Stück Distanzierung oder kritische Verarbeitung des Faschismus.

In diesem Fall scheint die Plattenfirma den Bogen allerdings etwas überspannt zu haben: Wegen der breiteren Ablehnung, vor allem eben in Musikzeitungen und durch die Rundfunkanstalten, bahnt sich für die EMI-Electrola eine Pleite an.

Gäbe es einen Preis in der Plattenbranche für die geschmackloseste und skrupelloseste Schweinerei des Jahres zu vergeben, die EMI-Electrola (Sitz Köln) müßte ihn bekommen. Mit dieser Hitler(-Verherrlichungs)-Oper bringt die Plattenfirma die kapitalistische Ausbeutungsideologie brutal auf den Punkt: Selbst aus ihren größten Verbrechen machen die Kapitalisten „Kultur", ziehen damit auf den Markt, und verrichten dort ihr Geschäft. Hoffentlich geht's gründlich schief!

Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Die Filmkunst ist unsere wichtigste Kunst" (Lenin)

Hamburg: Anfang '77 hat sich eine Gruppe Filminteressierter zusammengetan, um mit filmischen Mitteln den Kampf gegen die staatlichen Repressionen zu unterstützen. Zwei Faktoren spielten für uns dabei eine wichtige Rolle: die immer unerträglicher werdende Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und Fernsehen und die damit einhergehende Zensur von Informationen, fortschrittlichen Beiträgen und Sendungen und zweitens das daraus resultierende Bedürfnis der demokratischen Bewegung und Initiativen nach einer Gegenöffentlichkeit.

Ziel unserer Arbeit ist es, in der Auseinandersetzung um Form und Inhalt des Widerstandes gegen den Abbau demokratischer Rechte, die fortschrittlichen Kräfte mit unseren Mitteln zu stärken und zur Vereinheitlichung der Aktionen durch überregionalen Einsatz unserer Filme beizutragen.

Vier Filme im ersten Jahr

Die ersten Erfahrungen mit dem im Juni '77 fertiggestellten Film „Was lange gärt" liegen nun vor: Der Film wurde ca. 150mal verliehen, u.a. auch in Dänemark, Frankreich, Niederlande und in der Schweiz. Es konnte eine erfolgreiche Agitation von Zuschauern verzeichnet werden, die der Anti-AKW-Bewegung bisher passiv gegenüberstanden. So wurde in Zusammenarbeit mit Genossen eine Vorstellungsreihe (15 Vorstellungen) in Westberlin organisiert, in deren Zusammenhang sich drei Bürgerinitiativen gegen AKW's gebildet haben.

Am 18.10.77 stellten wir im Audi-Max in Hamburg unsere zweite Produktion vor. „Weil ich das Leben liebe — Malville — Die AKW-Betreiber gehen über Leichen". Dieser Film vermittelt einen unter die Haut gehenden Eindruck von der Demonstration der 70000 AKW-Gegner, die unvorbereitet mit der tödlichen Strategie der französischen Atomindustrie konfrontiert wurden. Darüberhinaus zeigt der Film den Kampf gegen staatliche Repression am Beispiel der französischen Uhrenfabrik „Lip", wo die Arbeiter schon seit einigen Jahren gegen die Schliessung des Betriebes kämpfen.

„Wo sind wir denn hier" heißt der dritte Film unserer Anti-AKW-Filmreihe. Kalkar am 24.9.77. Breites Aktionsbündnis und Atomstaat. Dies sind zwei Begriffe, die die Aktion in, um und vor Kalkar charakterisierten. Die Maßnahmen des Staates zur Verhinderung des Massenprotestes übertrafen das Vorstellungsvermögen der meisten Demonstranten und prägten das Bild eines zukünftigen Polizei/Atomstaates. So zeigt dieser Film Polizeischikanen, die gerade den „unvoreingenommenen und gelassenen Betrachter" in äußerste Empörung versetzen.

Mit einer Dokumentation über die erfolgreiche Verhinderung der faschistischen Großkundgebung „Für Rudel — für Deutschland" in Hamburg am 14./15. Mai 1977 zeigen wir in unserem vierten Film die Notwendigkeit und eine der möglichen Formen des anti-faschistischen Kampfes.

Unser Versuch, mit dem Medium Film fortschrittliche Kräfte in ihrer Arbeit zu unterstützen, kann nach fast einem Jahr als geglückt angesehen werden. Wir sehen aber neben der Produktion von Filmen die Notwendigkeit sich an Aktionen zu beteiligen bzw. sie zu unterstützen. So sind wir als Unterstützungsgruppe für die Veranstaltung „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden" aufgetreten, haben sofort nach der Uraufführung des Films „Hitler eine Karriere" ein Flugblatt herausgegeben und die Absetzung des Films gefordert u.v.m. Als nächsten Schritt in dieser Richtung steht im Mittelpunkt unserer Diskussion der Vorschlag der BUU eine Alternativliste (Bündnisliste verschiedener Initiativen) zur Bürgerschaftswahl in Hamburg aufzustellen. Wir unterstützen diesen Vorschlag und haben verschiedene Initiativen angeschrieben (Medienladen, MPZ usw.), um einen gemeinsamen Film zur Unterstützung des „Wahlkampfes" zu diskutieren.

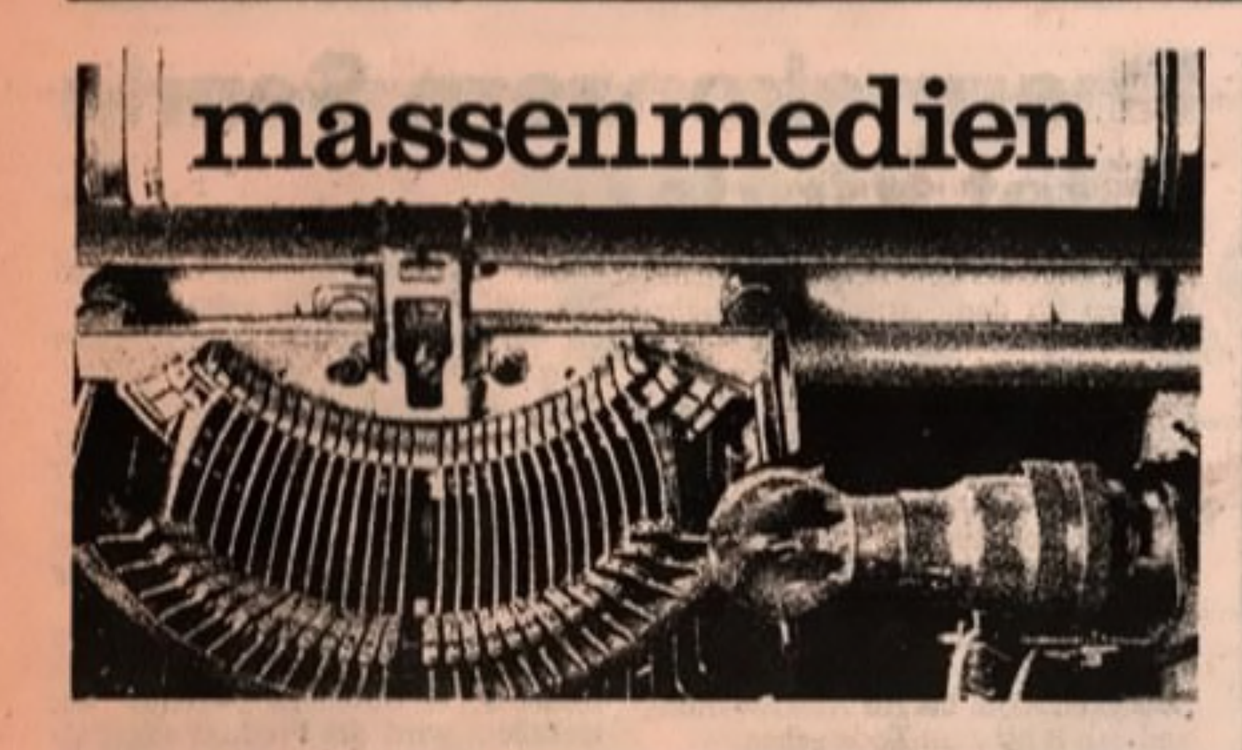
Ab Januar '78 wollen wir mit einigen neuen Produktionen beginnen. In Vorbereitung stehen bisher folgende Filmthemen: ein Frauenfilm, dessen Thematik noch mit verschiedenen Frauengruppen diskutiert werden muß, ein Film über die Situation der Zivildienstleistenden und ein Film über die Aktivitäten der Neofaschisten in der BRD.

Wir fordern alle fortschrittlichen Menschen auf, unsere Filmarbeit zu unterstützen und selbst Filmgruppen, Bürgerinitiativen, Schülergruppen u.a. zu gründen. Wer sich einen Film ausleihen möchte, wende sich an den neuen Filmladen der if:

Großheiderstraße 27
2000 Hamburg 60
Tel.: 040/48 72 09

oder an den

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/43 53 06



WDR wird auf Rechtskurs getrimmt

Die Absetzung des Wallraff-Films »Informationen aus dem Hinterland«, eines »Glashaus«-Beitrages, in dem Arbeiter das Fernsehen kritisieren und die damit verbundene Entlassung des Redakteurs Brundiers (AK 117) sind Teil einer Strategie, mit der die CDU den von ihr seit Jahren als »Rotfunk« attackierten liberalen WDR in den Griff bekommen will. Der ,,Spiegel" (Nr. 47) enthüllt in einem Betrag, wie der neue Chefredakteur Theo M. Loch, strammes CDU-Mitglied und früher stellvertretender Chefredakteur des ,,Rheinischen Merkur", im Verein mit dem Intendanten von Sell, SPD-Jurist, und dem neuen Fernsehdirektor Heinz-Werner Hübner durch »die kalte Küche« den Sender auf Rechtskurs trimmt:

Die Kulturredaktion, bekannt für mutige und neuartige Sendeformen, wurde zerschlagen. Die kleinen eingespielten Redaktionen gingen in unübersichtliche »Programmbereiche« auf, in denen durch Kompetenzstreitigkeiten viele Sendungen auf der Strecke bleiben. Konkret betroffen sind derzeit zwei der bemerkenswertesten WDR-Sendungen: »Vor Ort« und »Tagesthema«.

»Vor Ort« konnten seit 1973 mehr als 30 mal betroffene Bürger vor die Kamera treten: So in Wyhl, Brokdorf und anderswo. Künftig sollen sich solche Reportagen auf nordrheinwestfälische Schauplätze beschränken, die Sendezeit wurde auf 30 Minuten beschnitten. *»Heute müssen wir ja aufpassen, daß wir nicht dauernd Bürger vor der Kamera haben«*, begründete Loch seine Entscheidung. Die Reihe sei zur *»automatischen Anlaufstelle für Bürgerinitiativen«* geworden.

»Tagesthema« (TT) im WDR III, eine seit 1974 dreimal pro Woche ausgestrahlte Sendung, in der 15 Minunten lang aktuelle Ereignisse im Anschluß an die bundesweite Tagesschau ergänzt und vertieft wurden, soll künftig *»von einem historischen ,Moment' ausgehen«*. Auf diese Weise würde *»die demoskopisch nachgewiesene Aufgeschlossenheit vieler Zuschauer für Geschichte berücksichtigt«*. Die beteiligten Redakteuere wurden vor die Alternative gestellt, entweder bis zum 26. November das neue Konzept von »Momente« (neuer Titel für TT) zu akzeptieren oder versetzt zu werden. Die Mehrheit gab nach, der TT-Chef Klaus Bresser wechselt zum ZDF.

Wie wenig die betroffenen Kollegen auf publizistische Unterstützung durch andere Medien noch rechnen können, macht folgender Fall deutlich: Am 29. Oktober sollte im dritten Programm der Spielfilm *»Neue Töne, die Entwicklung des Komponisten Ludwig H. in den Jahren 1966 bis 1977«* gesendet werden. Fernsehdirektor Hübner wollte eine Dialogstelle gestrichen haben, in der es nach dem Attentat auf Rudi Dutschke heißt: *»Wer hat denn angefangen mit der Gewalt? Hat der Ohnesorg einen Polizisten erschossen oder ihn ein Polizist erschossen?«*
Als sich die Autoren Yaak Karsunke und Hanno Brüh weigerten, die Stelle zu schneiden, wurde der Film abgesetzt. Die ,,Frankfurter Rundschau" weigerte sich, über den Fall zu berichten. Begründung: Es gebe derzeit derartig viele Zensurfälle, daß eine Tageszeitung nicht mehr imstande sei, alle zu dokumentieren (nach ,,Konkret", Nr. 12).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wallraff: »Politischer Selbstmord, sich mit der Bild-Zeitung nicht anzulegen!«

Auf Einladung der fortschrittlichen Westberliner Stadtzeitung ,,zitty" stellte Günter Wallraff sein Buch ,,Der Aufmacher, Der Mann, der bei BILD Hans Esser war" vor. Im total überfüllten ,,Casino am Funkturm" las Wallraff anläßlich der internationalen Buchausstellung Auszüge aus seinem neuen Buch vor, das von der Springer-Presse mit einer Hetzkampagne sowie gerichtlich verfolgt wird.

Wallraff berichtete bei dieser Gelegenheit u.a. von den ersten Fällen, die der von ihm eingerichtete Rechtshilfefond zur Unterstützung von ,,Bild"-Geschädigten bearbeitet:

Der Rechtshilfefond bearbeitet z.Z. den Fall einer Frau, deren Mann im Gefängnis sitzt. Ein ,,Rechtsanwalt" stellte sich bei ihr vor und bot ihr an, den Fall ihres Mannes zu übernehmen. Sie brauche nur die Prozeßvollmacht zu unterschreiben. Die Frau unterschrieb. Wochen später begann die ,,Bild"-Zeitung eine Fortsetzungsgeschichte über den Gefangenen, in der die Frau selbst als Mittäterin dargestellt wurde. Als die Frau dagegen protestierte, präsentierte ihr die ,,Bild"-Zeitungsredaktion ein Schriftstück mit ihrer Unterschrift: Die ,,Prozeßvollmacht", die der ,,Rechtsanwalt" ihr vorgelegt hatte. Es war ein Vertrag über die Abdruckrechte der gesamten Prozeßakten für die ,,Bild"-Zeitung!

Einzelheiten aus Springers Wallraff-Jagd

Wallraff berichtete: Da damit zu rechnen war, daß Springer mit seiner Macht in der Branche, die bis ins Ausland reicht, versuchen würde, den Druck des Buches zu vereiteln, mußten Wallraff und die Herausgeber zu einer List greifen: Sie ließen in ,,durchlässigen Kreisen" verbreiten, das Buch würde in Schweden gedruckt, in Wirklichkeit aber in Holland in den Druck gehen. Die Rechnung ging auf. Holger Brost, den Wallraff als ,,Springer's Chefschnüffler" bezeichnete, verlegte seinen ,,Urlaub" eigens nach Holland, um dort über Springer's Beziehungen die gesuchte Druckerei auszuforschen und sie dann wohl unter Druck zu setzen. Inzwischen wurde Wallraff's Buch in der Hausdruckerei von Kiepenheuer & Witsch gedruckt!

Inzwischen hat der Springer-Verlag seiner Hetzkampagne gegen Wallraff und alle, die auch nur Auszüge des Buches veröffentlicht haben, einen Prozeß nachgeschoben. In der Verhandlung, die am 9.12. in Hamburg stattfinden soll, werden nach Wallraff's Aussagen alle im Buch enthüllten Aussagen von ,,Bild"-Redakteuren aufgerollt. Es ist zu befürchten, daß Springer das weitere Erscheinen von ,,Der Aufmacher" verbieten lassen oder zumindest eine bis zur Unwirksamkeit zensierte Fassung erzwingen und damit einen weiteren Meilenstein in der Einschränkung der Pressefreiheit setzen will. Wallraff selber macht vor, wie dem am besten zu begegnen ist: Er nutzt jede Gelegenheit – wie auf der Internationalen Buchausstellung – um an die Öffentlichkeit zu gehen.

Mitglieder der Gewerkschaften HBV und IG Druck haben ihn zu einer Diskussionsveranstaltung für Januar in Westberlin eingeladen. Wallraff hat zugesagt. (Am 1. Dezember tritt Wallraff auf einer Veranstaltung über Rundfunk- und Pressezensur in den Hamburger Messehallen auf!)

KB/Gruppe Westberlin



Unter diesem Motto findet am 1. Dezember in Hamburg (19Uhr im »kleinen Festsaal«, Planten und Blomen, Jungiusstr., Eingang 4) eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Günter Wallraff statt.

Träger dieser Veranstaltung ist ein Aktionsbündnis aus:

- Bürgerinitiative »Rettet den Rundfunk«
- Deutsche Jungdemokraten/Landesverband Hamburg
- Humanistische Union/Ortsverein Hamburg
- Ortsverein Hamburg der IG Druck und Papier
- Deutsche Journalisten Union (DJU) Hamburg
- Verband deutscher Schriftsteller/ Hamburg

Dieses beachtliche Bündnis kam zustande, nachdem die Judos vor einigen Wochen zur Durchführung eine »Medienpolitischen Tribunals« aufriefen und zu Bündnisgesprächen einluden. Auf Initiative der BI »Rettet den Rundfunk« einigten sich die BI, die Judos und die Humanistische Union auf eine Veranstaltung mit G. Wallraff, nachdem dieser seine Zustimmung gegeben hatte.

Der auf den Bündnis-Gesprächen anwesende Vertreter der Gewerkschaft »Rundfunk-Film und Fernsehunion« (RFFU) lehnte eine Beteiligung ab, da ihm Aktionen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht erschienen und sich die RFFU ganz auf die 1980 drohende Aufkündigung des NDR-Staatsvertrages durch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung vorbereiten müsse.

DJU und IG DruPa klinken sich ein

Der Hamburger DJU-Vorsitzende D. Brumm zeigte sich an dem Projekt einer Wallraff-Veranstaltung interessiert und lud einen Vertreter der BI zur letzten Mitgliederversammlung der DJU-Hamburg ein, um dort über eine Beteiligung der DJU an dem Bündnis zu diskutieren.

Wieder einmal erwiesen sich die Freunde der DKP als diejenigen Kräfte, die nichts unversucht lassen, Initiativen, die nicht ihren politschen Vorstellungen entsprechen zu zerschlagen. Wieder war es ,,Konkret"-Redakteur und DJU-Vorstandsmitglied Hartmut Schulze, der gegen die Aktionseinheit stänkerte und die Bürgerinitiative rausdrängen wollte. So schürte er erst einmal wieder antikommunistische Vorurteile, als er von der BI als einer *,,politisch sehr amorphen Gruppe"* sprach. Dann verstieg er sich zu der Behauptung, die BI wolle mit ihrem Ansinnen die *,,Gewerkschaft vor ihren Karren spannen"*, um an neue Kreise ranzukommen. Arme BI und arme Gewerkschaft! Aktionseinheit als Politik gemeinsamer Aktion auf gleichberechtigter Basis über die unterschiedlichen politischen Auffassungen hinweg scheint für DKP-Freunde schier unvorstellbar.

Zusätzlich unangenehm ist es, wenn H.S. dieses politische Sektierertum auch noch mit Großmäuligkeit garniert und behauptet, Wallraff gehöre der Gewerkschaft (was Günter Wallraff wohl selbst von dieser Eigentumsbeanspruchung hält??). Daß sich trotz dieser Störmanöver die DJU-Mitgliederversammlung mehrheitlich positiv zu einer gemeinsamen Veranstaltung ausgesprochen hat, ist erfreulich. Und: Daß D. Brumm sich um die Mitbeteiligung des Ortsvereins Hamburg der IG DruPa und der Schriftsteller bemüht hat, entspringt offensichtlich der realistischen Einschätzung, daß die Wallraff-Veranstaltung eh laufen wird und die IG DruPa sich schwerlich in Schweigen hüllen oder gar gegen die Veranstaltung schießen kann. So kam es denn auch zu einem gemeinsamen Mobilisierungsflugblatt der Veranstalter, in dem es u.a. heißt: ,,*Er* (Wallraff) *wird seine Einschätzung seiner bisherigen Arbeit nicht nur als BILD-Reporter geben. Daran wird deutlich werden, wie unfrei jemand ist, der in der gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik den Versuch unternimmt, die Wahrheit zu schreiben.*" Und weiter heißt es nach dem Hinweis auf den vom WDR zensierten Wallraff-Film: ,,*Einmal wollen wir aufzeigen, daß dieser Zensurfall symptomatisch für die augenblickliche Entwicklung in Presse und Rundfunk ist. Mit dem massiven Druck auf die Brokdorf-Berichterstatter begann die verstärkte Unterdrückung kritischer und liberaler Sendungen.*

Während der Schleyer-Entführung wurden zahlreiche kritische und mißliebige Sendungen aus den Programmen gestrichen, immer mit dem vagen Hinweis, daß sie nicht ,,ins Klima" paßten. Die totale Nachrichtensperre wurde erprobt... So sollen Leser, Hörer und Journalisten gleichermaßen an das Instrument der Zensur gewöhnt werden. Dieser Entwicklung wollen wir etwas entgegensetzen. Das beginnt zunächst einmal mit der Information darüber, was sich derzeit oft unbemerkt von Presse-, Funk- und Fernsehkonsumenten ereignet. Wir wollen mit dieser Veranstaltung aber auch Mut machen, sich damit nicht abzufinden und unser Recht auf Kritik verteidigen."

Die Bürgerinitiative ,,Rettet den Rundfunk" hat dazu einen weiteren Beitrag geleistet und die erste Ausgabe ihrer Zeitung ,,Der Zensurbrecher" vorgelegt. Die Zeitung ist zu beziehen über:

Bürgerinitiative
,,Rettet den Rundfunk"
Glashüttenstraße 1
2000 Hamburg 6
zum Preis von 1,- DM.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Neonazi

Neonazi als neuer Chefredakteur

Monatlich erscheint in der BRD die Zeitschrift ,,ZV + ZV", die vom Kapitalistenverband der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger herausgegeben wird. Ihr Auftrag ist es, die eigenen Mitglieder »auf Linie« zu bringen und die Diskussionen unter den einzelnen Kapitalisten über neue profitreiche Investitionen fördern.

Die beiden Vorsitzenden Binkowski und Strothe wollen jetzt einen *»ehemaligen (!) führenden Funktionär der NPD zum Chefredakteur ihrer Fachzeitung ... machen«* ! (nach ,,Extra Dienst" 91/77).

Der vorgesehene neue Mann, Lutz Kuche, war viele Jahre lang Vorsitzender des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes«; sicherlich eine »gute« Reverenz für seinen neuen Job.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Lüneburger Lokalblatt praktiziert Nachrichtensperre

Üblicherweise hat die Lüneburger ,,Landeszeitung" täglich etwas über Horst Schröder, dem StrauSS-Begleiter in Chile und höchstem CDU-Star vor Ort zu berichten.

Im letzten Jahr hatte die Berichterstattung über den Südafrika-Besuch ihres Freundes dann auch mal prompt die Verschönerung des CDU-Büros mit antifaschistischen Parolen zur Folge.

Was die politischen Sporen anbelangt, die Horst Schröder bei Pinochet sammeln konnte, schreckte die ,,LZ"-Redaktion vor einer publizistischen Aufbereitung offenbar zurück. Horst Schröders Anwesenheit in Chile wurde mit keinem Wort erwähnt. Ob da etwa die örtliche CDU-Mafia wegen des Südafrika-»Nachspiels« ihre Finger im Spiel hatte . . .? Sei es wie es sei — auf jeden Fall ließ die ,,LZ" bezüglich der Chile-Fahrt nicht nur Horst Schröder aus dem Spiel, sondern verzichtete vorsichtshalber gänzlich darauf, die Chile-Reise von StrauSS zu erwähnen.

Die innenpolitische Kontroverse über diesen Besuch, die tagelang die westdeutschen Tageszeitungen füllte — 46000 ,,LZ"-Lesern wurde sie vorenthalten. Dennoch wird die demokratische Öffentlichkeit auch in Lüneburg gegen die StrauSS- und Schröder-Politik informiert und mobilisiert: Das CDU-Büro und andere Gemäuer verkünden die Komplizenschaft mit dem chilenischen Faschismus, Plakate weisen darauf hin, eine Protestkundgebung ist in Vorbereitung. Um der Nachrichtensperre der ,,LZ" etwas entgegenzusetzen, ist eine größere Anzeige von demokratischen Einzelpersonen gegen die terroristische StrauSS-Politik geplant.

Kampf der Nachrichtenunterdrückung!

KB/Gruppe Lüneburg



Die Behörden auf die Anklagebank !

Im Prozeß gegen den Geschätsführer Hinterthür und den Arzt Lammert, durch deren Fahrlässigkeit 1976 5 Patienten in der von ihnen betriebenen Überdruckkammer sterben mußten, fehlen Leute auf der Anklagebank: die für die Zulassung und Kontrolle derartiger Formen der Therapie verantwortlichen Beamten (z.B.) Gewerbeaufsichtsamt, Gesundheitsamt, TÜV o.ä.)

Denn obwohl schon 1973 ein Medizinaldirektor von Norderney das niedersächsische Sozialministerium auf die „fragwürdigen Methoden von Hinterthür" hingewiesen hatte (Spiegel, 8/1976) und obwohl es erwiesen ist, daß die Behandlung mit Überdruck-Sauerstoff nur wirksam ist bei ganz wenigen Notfallerkrankungen (also für das Krankenhaus geeignet), konnten Hinterthür und Lammert jahrelang unkontrolliert und ohne eine Personalschleuse ihrem Geschäft mit den gutgläubigen Patienten nachgehen.

Aber auch nach der erwiesenermassen fahrlässigen Tötung von 5 Patienten (Frankfurter Rundschau, 10. 11.77), konnten die beiden Scharlatane nach dem Einbau bestimmter Sicherheitsvorrichtungen ihre Pfuscherei fortführen – bis es zu einem 6. Todesopfer kam. Jetzt erst wurde dem 'Heilpraktiker' eine weitere Ausübung des Berufs untersagt (Frankf. Rundschau, 28.5.77).

Allerdings scheint es sich hier auch nur um ein vorübergehendes ‚Berufsverbot' zu handeln, denn im z.Zt. stattfindenden Prozeß gegen die beiden Betreiber der Druckkammer hat der Staatsanwalt für Hinterthür nur fünf Jahre Berufsverbot und 3 1/2 Jahre Haft gefordert (FR, 10.11.77)

Damit ist das Übel aber nicht an der Wurzel gepackt. Hierzulande kann nämlich jeder 'Heilpraktiker' werden, der Volksschulabschluß hat und den Nachweis erbringt, daß sein Handwerk nicht eine „Gefährdung der Volksgesundheit" darstellt – mit diesem Nachweis scheint es also nicht weit her zu sein (Bild am Sonntag, 11.9.77)! Gegen gewisse Vorzüge der Heilpraktik ist (wenn sie eben tatsächlich niemanden gefährdet, den gutgläubigen Patienten nicht an der Nase herumführt bzw. ihm das Geld aus der Tasche zieht) nichts einzuwenden – aber es ist ein Wahnsinn, wenn praktisch jeder ohne Qualifizierung (Hinterthür war Feuerwehrmann und nannte sich später ‚Heilpraktiker') und Kontrolle den Beruf und den Titel eines ‚Heilpraktikers' führen kann. Wie da Leute an der Nase herumgeführt werden bzw. womöglich abgehalten werden, zu einem Arzt zu gehen, das kommt nur selten ans Tageslicht.

Trotzdem haben die Behörden anscheinend die Druckluftkammern noch nicht generell geschlossen und es wird vermutlich nur eine Frage der Zeit sein, bis der nächste sterben „muß". Dabei darf man gespannt sein, wie glimpflich diesmal solche Pfuscher wegkommen: für den Arzt Lammert hat der Staatsanwalt z.B. nur 1 Jahr und 9 Monate Haft mit 3 Jahren Bewährungsfrist gefordert – obwohl er durch falsch ausgestellte Totenscheine bzw. durch sein Schweigen, als schon 2 Patienten gestorben waren, zumindest 3 Patienten fahrlässig hat sterben lassen, denen sonst vieleicht noch hätte geholfen werden können!

Solchen Leuten und den Bürokraten in den Behörden, die sie begünstigen, muß das Handwerk gelegt werden! Verbot der Druckluftkammern mit Ausnahme einer Anwendung im Krankenhaus (bei Notfällen)!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Letzte Meldung:;

Am 25.11. wurde Todeskammerbetreiber Hinterthür „im Namen des Volkes" zu d r e i Jahren und der geschäftsführende Arzt, Lammert, zu z w e i Jahren Gefängnis verurteilt ...

dizinaldirektor von Norderney das niedersächsische Sozialministerium auf die „fragwürdigen Methoden von Hinterthür" hingewiesen hatte (Spiegel, 8/1976) und obwohl es erwiesen ist, daß die Behandlung mit Überdruck-Sauerstoff nur wirksam ist bei ganz wenigen Notfallerkrankungen (also für das Krankenhaus geeignet), konnten Hinterthür und Lammert jahrelang unkontrolliert und ohne eine Personalschleuse ihrem Geschäft mit den gutgläubigen Patienten nachgehen.

Aber auch nach der erwiesenermassen fahrlässigen Tötung von 5 Patienten (Frankfurter Rundschau, 10. 11.77), konnten die beiden Scharlatane nach dem Einbau bestimmter Sicherheitsvorrichtungen ihre Pfuscherei fortführen – bis es zu einem 6. Todesopfer kam. Jetzt erst wurde dem 'Heilpraktiker' eine weitere Ausübung des Berufs untersagt (Frankf. Rundschau, 28.5.77).

werden, der Volksschulabschluß hat und den Nachweis erbringt, daß sein Handwerk nicht eine „Gefährdung der Volksgesundheit" darstellt – mit diesem Nachweis scheint es also nicht weit her zu sein (Bild am Sonntag, 11.9.77)! Gegen gewisse Vorzüge der Heilpraktik ist (wenn sie eben tatsächlich niemanden gefährdet, den gutgläubigen Patienten nicht an der Nase herumführt bzw. ihm das Geld aus der Tasche zieht) nichts einzuwenden – aber es ist ein Wahnsinn, wenn praktisch jeder ohne Qualifizierung (Hinterthür war Feuerwehrmann und nannte sich später ‚Heilpraktiker') und Kontrolle den Beruf und den Titel eines ‚Heilpraktikers' führen kann. Wie da Leute an der Nase herumgeführt werden bzw. womöglich abgehalten werden, zu einem Arzt zu gehen, das kommt nur selten ans Tageslicht.

Trotzdem haben die Behörden anscheinend die Druckluftkammern

gestorben waren, zumindest 3 Patienten fahrlässig hat sterben lassen, denen sonst vieleicht noch hätte geholfen werden können!

Solchen Leuten und den Bürokraten in den Behörden, die sie begünstigen, muß das Handwerk gelegt werden! Verbot der Druckluftkammern mit Ausnahme einer Anwendung im Krankenhaus (bei Notfällen)!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Letzte Meldung:;

Am 25.11. wurde Todeskammerbetreiber Hinterthür „im Namen des Volkes" zu d r e i Jahren und der geschäftsführende Arzt, Lammert, zu z w e i Jahren Gefängnis verurteilt ...

Pharmakonzern Searle tötet Kinder

Ein besonders menschenfeindliches Beispiel für den Vetrieb von gefährlichen Medikamenten in den „Entwicklungsländern" ist der Durchfallstopper „Lomotil" (sog. Anti-Diarrhoethika), in der BRD und England zumindest rezeptpflichtig.

Magen- und Darminfektionen gehören besonders in wärmeren Ländern mit tropischem Klima zu den häufig auftretenden Krankheiten und können für Kinder lebensgefährlich sein, denn der Verlust von Körperflüssigkeit kann bis zur Austrocknung und damit bis zum Tode gehen.

Und auf diesen Riesen„märkten" schlug der amerikanische Pharmakonzern Searle mit „Lomotil" zu, mit der Behauptung, dieses Medikament sei auch für Kinder geeignet und ein hervorragendes Medikament gegen Diarrhoe in den Tropen. Der Unterschied zwischen empfohlener und tödlicher Dosis ist jedoch extrem gering! Dr. Dion Bell von der Liverpool School für Tropische Medizin warnt: *„Wegen seiner depressiven Wirkung ist Lomotil für Kinder nicht empfehlenswert. Eine Dosis von nur sechs Tabletten führte bei einem sechsjährigen Kind zum Atem- und Herzstillstand; es ist daher strengstens darauf zu achten, daß Lomotil außerhalb der Reichweite von Kindern aufbewahrt wird."*

Und aus Kenia berichtet Professor Fobes von der Abteilung für Öffentliche Gesundheit der Fakultät der Universität Nairobi, daß Lomotil überall im Land frei verkauft wird. Die Folgen: *„Ich habe durch Lomotil vergiftete Kinder gesehen, es gibt eine ganze Reihe von dokumentierten Fällen. Es handelt sich um ein sehr zweifelhaftes und gefährliches Medikament für Kinder. Es lähmt den Darm und leitet die schädlichen Sekrete in einen inneren 'dritten' Raum; dabei wäre es absolut notwendig, daß die Giftstoffe den Körper schleunigst verlassen können. Nicht der Durchfall tötet die Kinder, sondern der Entzug von Flüssigkeit aus dem Körpergewebe. Lomotil hilft nicht gegen Dehydratation, sondern es kann dazu führen, daß das Kind an Atemschwäche und Austrocknung stirbt!"*

Die Weltgesundheitsorganisation gab eine Empfehlung heraus, wonach Lomotil bei Durchfall „wertlos" sei; trotzdem wird das Produkt sogar als Infusionslösung gegen Austrocknung in manchen Kinderhospitälern, z.B. in Manila eingesetzt. Wenn jedoch bei Kindern der Verlust von Wasser und Salz durch Durchfall zehn Prozent des Körpergewichts überschreitet, tritt meist innerhalb von ein bis zwei Stunden der Tod ein!

Dabei gibt es für diese Art von Krankheit und den damit verbundenen Gefahren für Kinder, auch ein ganz einfaches Hausmittel, bestehend aus Zucker, Salz, Orangensaft und genügend Wasser!

Prof. Forbes beschreibt seine Reaktion auf Searle Firmen-Vertreter folgendermaßen: *„Wenn ich die Burschen in der Kantine des Kenyatta-Hospitals antraf, jagte ich sie aus dem Spital. Ich ließ es nicht zu, daß sie meine Assistenten mit ihrer Pseudowissenschaft über Diphenoxylat (des wirksamen Prinzips von Lomotil), ihren Kugelschreibern und Brieföffnern überschütteten."* (nach „FR", 19.11.77)

Ob Searle, Nestle oder andere Kapitalisten –
für Profit gehen sie über Leichen!
Für das Verbot von Lomotil!

Behindertenkommission

Mißbildungen durch Schwangerschaftstest mit Dougynon

Schon seit 1967 besteht der Verdacht, daß bestimmte Hormonpräparate (Duogynon auf dem deutschen, und Primodos auf dem englischen Markt), die man beim Schwangerschaftsabbruch, sowie bei Zyklusstörungen einsetzt, bei den Föten schwere Mißbildungen hervorrufen.



zur Welt gebracht haben, 93 Müttern diesem Test unterzogen worden. Bei 13 000 mißgebildeten Kindern, macht das ca. 1.170 behinderte Kinder durch „Primodos".

Die Präparate wurden in der BRD von der Schering AG entwickelt und seit 1950 verkauft. Trotz der Beweise ihrer Gefährlichkeit sind die Medikamente auch heute noch, zehn Jahre später, auf dem Markt. Der Schering-Konzern lastet es den Ärzten an, wenn sie den Schwangeren die Hormone verabreichen. Dabei ist es so, daß eine Schwangerschaft nicht immer erkannt werden kann, besonders in einem frühen Stadium. 1969 wurde die Werbung für Prymodos in England eingestellt, und 1971 auf der Packung ein Warnhinweis aufgedruckt, in dem die Firma

Mißbildungen durch Schwangerschaftstest mit Dougynon

Schon seit 1967 besteht der Verdacht, daß bestimmte Hormonpräparate (Duogynon auf dem deutschen, und Primodos auf dem englischen Markt), die man beim Schwangerschaftsabbruch, sowie bei Zyklusstörungen einsetzt, bei den Föten schwere Mißbildungen hervorrufen.

Die Folgen sind schwere Herzfehler, Nervenstörungen, gespaltene Gaumen oder deformierte Genitalien.

Welches Ausmaß das angenommen hat, ist bisher kaum zu übersehen. Zumindest in Großbritannien sind inzwischen von 836 befragten Müttern, die ein bißgebildetes Kind

zur Welt gebracht haben, 93 Müttern diesem Test unterzogen worden. Bei 13 000 mißgebildeten Kindern, macht das ca. 1.170 behinderte Kinder durch „Primodos".

Die Präparate wurden in der BRD von der Schering AG entwickelt und seit 1950 verkauft. Trotz der Beweise ihrer Gefährlichkeit sind die Medikamente auch heute noch, zehn Jahre später, auf dem Markt. Der Schering-Konzern lastet es den Ärzten an, wenn sie den Schwangeren die Hormone verabreichen. Dabei ist es so, daß eine Schwangerschaft nicht immer erkannt werden kann, besonders in einem frühen Stadium. 1969 wurde die Werbung für Prymodos in England eingestellt, und 1971 auf der Packung ein Warnhinweis aufgedruckt, in dem die Firma
rät, das Präparat möglichst nicht bei einer Schwangerschaft einzunehmen. Die britische Gesundheitsbehörde reagierte erst 1975: Sie veröffentlichte eine offizielle Warnung vor den hormonellen Schwangerschaftstest. 1977 wird eine gründliche Untersuchung gefordert, die dann evtl. ein Verbot nach sich zieht.

Bis dahin wird die Geburt von mißgebildeten Kindern weiterhin billigend in Kauf genommen, nachweislich werden sowohl in England, als auch in der BRD diese Produkte weiter verschrieben (Informationen nach Spiegel, Nr. 43/77).

Behindertenkommission

»Gesundes Volksempfinden« - behindertenfeindlich!

Widerstand von Nachbarn hat vorläufig ein Projekt verhindert, mit dem der Diplompsychologe und Psychotherapeut Prof. Dr. Schmitt sich um die Betreuung verhaltensauffälliger Kinder kümmern wollte. In einem Haus im Wernborner Neubaugebiet (Hessen) sollten 7 bis 8 Kinder in einer Modelleinrichtung der Heilpädagogik betreut werden. Kommunalpolitiker und Landesjugendamt sagten ihre Unterstützung zu. Das Amt gab der Einrichtung die Anerkennung und handelte den Pflegesatz aus. Die Nachbarn aber protestierten: *„Da können wir unsere Kinder ja nicht mehr frei herumlaufen lassen«* oder *»Wir bangen um die Sicherheit unserer Kinder«*. Dieser Druck bewirkte, daß der Vermieter des Hauses kurzfristig die mehrfach bekräftigte Zusage zurückzog. (»Frankfurter Rundschau«, 4.11.1977).

Dieses Projekt ist nicht das einzige, das durch die massiven Vorurteile aufgebrachter »Mitbürger« zu Fall gebracht wurde. Wir wollen dies mit drei weiteren Beispielen belegen.

Fünf Jahre wehrten sich am Starnberger See die Anwohner und Lokalpolitiker gegen den Bau eines Heimes für mehr als 200 sehbehinderte Kinder aus Oberbayern, Niederbayern und Schwaben. Der Konzeption der Internatsschule lag die Erkenntnis zugrunde, *»daß sehbehinderte Kinder, die früher in Blindenschulen unterrichtet wurden, nach neuesten pädagogischen Erkenntnissen wie Sehende erzogen werden sollten, da sie ihre Welt nicht tastend, sondern überwiegend durch die, allerdings sehr schwachen, Augen wahrnehmen.«* Doch es kam anders: Nachbarn und Gemeinderat leisteten massiven Widerstand. Die Gegner ließen sich sogar zu der Äußerung hinreißen: *»Den Sehbehinderten nützt der herrliche Ausblick von der Rottmannshöhe bis zur Alpenkette sowieso nichts.«*

Der Bund Naturschutz wurde aktiv und erklärte kurzerhand 52 Bäume auf der Rottmannhöhe für schützenswert. Der Gemeinderat legte daraufhin einen Grünordnungsplan vor. In der Abstimmung über die Baugenehmigung stimmten die Gemeinderäte für die Bäume und gegen die Behinderten. (»Welt«, 2.9.1975).

***

In Türnisch bei Köln verhinderten Anwohner einer Siedlung das Projekt eines Wohnheimes für psychisch Kranke. Der Leiter des Referates für medizinische Angelegenheiten beim Landschaftsverband Rheinland Dr. Siede hatte die Vorstellung, *»Leuten denen durch den Aufenthalt im Landeskrankenhaus die Soziale Bindung verlorenging, ein integriertes Wohnheim zu schaffen.«*

Aufgebrachte Wohnungseigentümer sprengten die ersten nicht-öffentlichen Sitzungen.

R. Lindenbeck meinte: *»Ich selbst könnte solche Menschen ja ertragen, aber was ist mit meiner Frau? Frauen sind in der Beziehung ja viel empfindlicher!«*

Für Dr. Hopperdietzel ist es ein rein wirtschaftliches Problem: *»durch das Wohnheim würden unsere Eigentumswohnungen an Wert verlieren«*.

Der Vorsitzende der Türnischer Jungsozialisten Karl- Heinz Kotowski besitzt in der Siedlung ebenfalls eine Wohnung im Wert von 100000 DM, seine Frau eine zweite. Kotowski wetterte gegen das Projekt. Daß er sich damit in die ablehnende Front der Orts- CDU einreihte störte Kotowski wenig (»Stern«, 2.10.75).

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte am Lüneburger »Kreideberg«, einem vornehmen Wohnviertel, einen Sonderkindergarten für 15 behinderte Kinder eingerichtet. Vier Hausbesitzer fühlten sich in ihrer »Bewegungsfreiheit« eingeschränkt - so der Kaufmann A. Wegener: *»Kann ich mich denn noch in meinen Garten setzen und mich sonnen, so lange DIE da sind?«*

Auch Ex-Regierungspräsident und Rechtsanwalt F. Kaestner (SPD) beschwerte sich: *»Die Kinder sind eine Lärmbelästigung«*.

Die vier Hausbesitzer gingen vors Lüneburger Verwaltungsgericht. Zur gleichen Zeit bildete sich die Bürgerinitiative »Behinderte Kinder gehören zu uns«. Sie sammelte 12000 Unterschriften für den Sonderkindergarten.

Die Bewohner des Kreideberges waren in zwei Lager gespalten. Vor Gericht siegten die Hausbesitzer, denn nach dem Gerichtsurteil *»sind Kindergärten in reinen Wohnvierteln in Lüneburg verboten«* (!!!) (»Bild, 2.3.1977).

***

Bezeichnend für Vorfälle dieser Art ist, daß der bürgerliche Staat durch seine Verwaltungen und Gerichte nicht im Interesse der Betroffenen handelt, sondern solche Hetze noch unterstützt.

Diese Vorurteile gegenüber Behinderten, psychisch Kranken usw. stekken jedoch nicht naturwüchsig in den Menschen drin, sondern wurden und werden im Interesse der Herrschenden propagiert:

Heute werden Menschen, die nicht der »Norm« entsprechen, von den Massenmedien fast ausschließlich unter den Rubriken »Sex and Crime« abgehandelt.

Behinderten-Kommission

Mediziner fordern Eingriffe zur Lösung des »Terroristenproblems‹

Auf der Suche nach den Ursachen des Terrorismus hat jetzt auch die Medizin einen Beitrag besonderer Güte geleistet. So haben jüngste Untersuchungen amerikanischer, westdeutscher und schwedischer Forscher an niederen Wirbeltieren angeblich zur Entdeckung eines Hormons geführt, das von Medizinern als „Killerhormon" bezeichnet wird. Versuche hätten ergeben, daß dieses Hormon nach Verabfolgung aus friedfertigen Ratten blindwütige „Killer" mache.

Diese Erkenntnise veranlassten den Wiesbadener Hautarzt Wolfram W. Kühnau zu einem Hinweis auf *„die medizinische Seite des Terroristenproblems"*. Kühnaus Schlußfolgerung: *„Wir dürfen also annehmen, daß bei den Terroristen eine Autonomie solcher Hirnzentren vorliegt, die zur ungehemmten Freisetzung von Killerhormonen imstande ist."* Dies führe bei Terroristen zu einem *„ungehemmten Mordtrieb"*, dem nur noch durch medizinische Eingriffe begegnet werden könne!!!

Auf diese Weise soll nach Kühnau *„eine Zurückdrängung der Killerhormonproduktion"* erreicht werden. Derartige medizinische Hinweise stehen in der Tradition der faschistischen Medizin, die auf ähnliche Weise bei „arischen Herrenmenschen" artfremdes Verhalten beseitigen wollte. (Alle Angaben und Zitate nach „mtv-Medical Tribune", Nr. 46/77).

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

Türkei

Grüße revolutionärer Arbeiter aus der Türkei

In AK 117 berichteten wir von den Kämpfen der Metall- und Bergarbeiter in der Türkei. Inzwischen organisieren immer mehr Arbeiter den Widerstand gegen die Ausplünderungspolitik und das Sparprogramm der Demirel-Regierung. Rund 40.000 Arbeiter aus den verschiedensten Branchen befinden sich im Streik oder bereiten ihn unmittelbar vor. Darunter 13.000 Kollegen der halbstaatlichen Papier- und Zellulosefabriken. Der Generalvorstand der „Revolutionären Gewerkschaft der Tage- und Grubenbauarbeiter der Türkei" hat am 7.11.77 an alle Arbeiter der Welt einen Aufruf gerichtet und die Gemeinsamkeit des Kampfes besonders der Bergarbeiter in Chile, Bolivien, Rhodesien gegen Unterdrückung, Faschismus und Imperialismus betont. Wir veröffentlichen diese Erklärung auszugsweise.

„Bergarbeiter aus Askale, Celtek, Tomarza, Hekimhan, Belbasi schicken den Arbeitern aus der Türkei, die in der Fremde sind, den Arbeitern aller Länder, die weit weg von ihrer Heimat arbeiten, den Arbeitern der ganzen Welt aus ihrem Kampf heraus revolutionäre Grüße!

Wir sind Bergarbeiter aus den Ecken der Türkei und wenden uns an euch. Wir sind Bergarbeiter, die das Chrom, das Eisen, das Blei, das Zink und die Kohle produzieren... Von uns geförderte Kohle dient dazu, die Energieprobleme der Kapitalisten zu lösen. Die Kohle, die wir fördern, wärmt uns nicht; sie wird zu Energie verarbeitet, aber gibt uns kein Licht, kein Leben. Im Gegenteil, sie wird gebraucht, um uns Arbeiter, Bauern und andere Werktätige in einer noch finstereren Welt in eisiger Kälte leben zu lassen. Und durch den Verkauf eurer Produkte, durchtränkt mit eurem Schweiß und Blut, beuten sie uns noch einmal aus... Metalle, die von uns gefördert werden, werden zu Waffen verarbeitet und gegen uns gerichtet.

Deshalb machen wir Bergarbeiter uns zum ersten Mal auf den Weg und fangen an, unseren Platz im Klassenkampf einzunehmen... Wir trotzten faschistischen Angriffen. Wir wurden erschossen, doch gaben wir nicht auf, wir fielen, standen aber wieder auf... Und der Staat beschloß, die Braunkohlebergwerke Askale zu schließen und bewies noch einmal, wessen Staat er ist. Wir haben uns damit nicht abgefunden und rufen: 'Dieser Beschluß wird nur auf dem Papier bestehen bleiben!' Und es blieb nicht bei dem Ruf, wir haben die Maschinen und die Produktion in unsere eigenen Hände genommen. Jetzt sind wir die-
bei dem Ruf, wir haben die Maschinen und die Produktion in unsere eigenen Hände genommen. Jetzt sind wir die-
jenigen, die produzieren und leiten. Sie schalteten unseren Strom ab, füllten unsere Gruben mit Grubengas, um sie Hitlers Gaskammern gleichzumachen. Aber wir geben nicht auf... (Durch Gerichtsbeschluß wurde inzwischen der türkische Staat verpflichtet, die Gruben wieder zu öffnen, d.Red.) *Wir haben abgelehnt, im Betrieb Bilfir-Hekimhan mit einem Jahresgewinn von 150 Mio., uns für 48 türkische Pfund täglich* (rund fünf DM) *zu Tode schinden zu lassen... Die Ausbeutung von Blei und Zink, das wir fördern, die Wege, wie man gegen die Arbeiterklasse der Welt und gegen die Arbeiter dieser Erde gerichteten Waffen erobern und sich befreien kann, lernen wir jetzt kennen. Jetzt wird der jahrelange Kampf unserer Brüder, Kumpels in Chile, Bolivien, Rhodesien uns begreiflich...*

Wir haben gelernt, daß die Einheit der Arbeiter dieser Erde alle übertrumpfen wird. Aus diesem Grund erschallt unser Ruf – aus unserem Kampf heraus:

Tod dem Imperialismus, Tod dem Faschismus!
Es lebe die Einheit der Arbeiter dieser Erde und der unterdrückten Völker!
Es lebe unser revolutionärer Kampf!"

Spendenkonto:

Garanti Bankasi
Nacatibey Subesi
Hesap No. 4504-9
Ankara / Türkei

oder:

Arbeiter-Jugend-Verein
der Türkei e.V.
Kottbusser Damm 79
1 Berlin 61

Griechenland-Türkei-Kommission

TÜM ANTİ–FAŞİST GÜÇLERİ MÜCADELEMİZE OMUZ VERMEYE ÇAĞIRIYORUZ...

Wir rufen alle antifaschistischen Kräfte auf, unseren Kampf zu unterstützen.

Die türkische Linke zu Stammheim-Deutschland

Die „Selbstmorde" von Stammheim haben in der Türkei sofort zu Demonstrationen, auf denen westdeutsche Fahnen verbrannt wurden, und zu Anschlägen gegen westdeutsche Einrichtungen geführt (siehe AK 116). Die Vorgänge in Stammheim-Deutschland haben die Augen über den Charakter des BRD-Imperialismus und die herrschende Sozialdemokratie noch weiter geöffnet. Im folgenden zitieren wir aus zwei Erklärungen revolutionärer Zeitungen:

„Diese Ereignisse haben das wahre Gesicht des BRD-Imperialismus, der die Maske der Sozialdemokratie trägt, offengelegt." Diese Maske ist von besonderem Wert für den BRD-Imperialismus, weil er verdeckt, *„daß in der BRD Menschen, die links von der Sozialdemokratie stehen, keine Arbeit bekommen und Menschenleben verachtet werden"* (Devrimci Derlenis [DD]).

Diese „Maske SPD", die aus Anlaß der Schleyer-Entführung eine wahre Menschenjagd in der BRD veranstaltet hat, *„überbietet die Sozialdemokratie der zwanziger Jahre, weil sie heute mit faschistischen Methoden und mit Hilfe der Faschisten die Linke bekämpft"* (Bagimsiz Türkiye [BT], Zeitung der Partei der Werktätigen, TEP).

Durch diese Ereignisse sind auch letzten Zweifel zerschlagen worden, daß, wie die BRD-Regierung glaubhaft machen wollte, *„Ulrike Meinhof und Holger Meins im Knast gestorben seien"*. Es ist deutlich geworden, daß *„es sich auch hier um geplante politische Morde gehandelt hat. Es ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, daß Menschen, die ohne jedes Menschenrecht in den extra gefertigten Knästen untergebracht sind, durch Hand des Staats brutal ermordet werden können. Keine Begründung kann dieses bestialische Vorgehen rechtfertigen. Der deutsche Faschismus hat in einer unbeschreiblichen Tollwut gehandelt, ohne zu versuchen, die Morde zu verbergen. Deshalb glaubt kein Kind das nachträglich erfundene Märchen vom Selbstmord. Die Weltöffentlichkeit darf dieses Märchen nicht schlucken. Das Spiel des BRD-Imperialismus ist verdorben."* („DD").

Doch der BRD-Imperialismus zeigt seine widerliche Fratze nicht nur im Innern, sondern er ist dabei, sich vom *„Gendarm in Europa zum Gendarm in der Welt"* zu entwickeln. Das ‚Modell Deutschland', *„in dem alle Parteien den Nachnamen 'Demokraten' tragen"*, ist ein gefährliches Modell für Europa. *„Die SPD, die vom Renegatentum der zweiten Internationale abstammt, ist heute der treueste Diener des BRD-Imperialismus. Bedenklich stimmt die Zusammenarbeit von SPD mit unseren lieben Sozialdemokraten, der sozialdemokratischen CHP"* („DD").

Die „Bagimsiz Türkiye" weist auf die Wichtigkeit hin, das stattfindende Russell-Tribunal über die BRD zu unterstützen. *„Es ist die Pflicht eines jeden Demokraten, die faschistische Unterdrückung in der BRD und die politischen Morde zu verurteilen."*

Erfreulich ist auch, daß beide zitierten Zeitungen neben dem eigenen Kommentar die Stellungnahme des Kommunistischen Bundes zu den Vorgängen in Stammheim abgedruckt haben. Dies ist eine gute Grundlage, um auch in der Türkei für den Aufbau einer internationalen Untersuchungskommission eine breite Öffentlichkeit zu schaffen.

Griechenland-Türkei-Kommission

CHP im Eiltempo nach rechts

Einen neuen Akt der Verkommenheit hat sich die sozialdemokratische Volkspartei (CHP) Ecevits geleistet.. Auf diese Partei hatte sich vor den Wahlen die „Hoffnung" vieler Menschen gegen die rechtsgerichtete „Nationalistische Front-Regierung" konzentriert. Mittlerweile geht die CHP zur offenen Zusammenarbeit mit den reaktionären Parteien über (siehe AK 117). Das lange Gerangel um den Posten des Parlamentspräsidenten ist nun durch ein Bündnis der CHP mit der Partei der ‚Nationalen Bewegung' (MHP) beendet worden.

Mit den Stimmen dieser faschistischen Terrorpartei, deren Mordkommandos, die „Grauen Wölfe", bereits einige CHPler auf dem Gewissen haben, wurde ein rechter und als Antikommunist bewährter CHPler Parlamentspräsident. Bei diesem Bündnis war die MHP der Hauptakteur. Nach dem Willen der MHP mußte der Kandidat der sozialdemokratischen CHP ein bewährter Antikommunist sein. Daraufhin stellte die CHP 16 Kandidaten vor, aus deren Kreis sich die MHP einen aussuchte. Man ist gespannt, wie weit die CHP noch gehen will und kann, um „zum Wohle der Türkei" in die Regierungsverantwortung zu kommen. Aus der Hoffnung Ecevit wird immer mehr eine Bedrohung Ecevit.

Griechenland-Türkei-Kommission

Dreharbeiten unter Polizeiaufsicht

Die Nationalistische Front-Regierung verabschiedete vor kurzem ein Gesetz zur Verschärfung der Zensur über Filmproduktionen, die schon seit längerem, wenn auch in schwächerer Form, existiert hat. Bisher mußte jedes Drehbuch bei der Zensur-Behörde des Kulturministeriums eingereicht werden. Wurde die vorgelegte Fassung genehmigt, konnten die Filmer mit den Dreharbeiten beginnen. Schon bisher wurde in den meisten Fällen Zensur ausgeübt, entweder weil die Drehbücher „gegen den islamischen Glauben" verstoßen haben oder weil sie der Zensur-Behörde politisch zu links waren. Auf diese Art würden praktisch alle Filme von Yilmaz Güney, dem bekanntesten und zugleich fortschrittlichsten Filmer, Regisseur und Schauspieler, zensiert.

Jetzt hat das türkische Kulturministerium, das von der klerikal-reaktionären MSP (Nationale Heilspartei) besetzt ist, die Filmer dazu verdonnert, nur noch in Anwesenheit eines Polizisten zu drehen! Der Polizist hat jederzeit das Recht, die Dreharbeiten zu stoppen, wenn ihm der Inhalt des Filmes nicht gefällt. Der Vorwand für das neue Gesetz ist, daß die Produktion von Sexfilmen bzw. die Einarbeitung von Sexualität in die Filme kontrolliert werden müsse.

Die fortschrittlichen Schauspieler, Regisseure und Filmarbeiter haben daraufhin zu einem Protestmarsch von Istanbul nach Ankara zum Kulturministerium aufgerufen, an dem sich fast ausnahmslos alle in der Branche Tätigen beteiligt haben. Der Protestmarsch führte durch alle Orte, die auf dem Weg liegen, wo die Filmschaffenden der ansäßigen Bevölkerung ihre Forderung nach Rücknahme der Zensurbestimmungen erklärten.

Griechenland-Türkei-Kommission

Linke Journalisten verhaftet

Türkei. Die Presseverantwortlichen der Zeitschriften „Halkin Sesi" und „Aydinlik" (beide Zeitschriften werden von der Gruppe PDA [Vaterlandsverteidiger] herausgegeben), sind am 1.11.77 bzw. 2.11.77. von Militärgerichten verhaftet worden. Ihnen wurde „Beleidigung der Armee" vorgeworfen („Vatan" vom 4.11.77). Bis heute haben Militärgerichte in der Türkei sechs verantwortliche Redakteure verhaftet, von denen bisher nur einer freigesprochen wurde. Außerdem ist es bedenklich, daß die Verhaftungen an den Tagen durchgeführt wurden, als sich das Verfassungsgericht auf Antrag eines Militärgerichtes damit beschäftigt hat, ob die Verurteilung der Presse durch Militärgerichte verfassungswidrig sei.

Mehrere Juristen und der TÜMAD-DER (Solidaritätsverein mit den Gefangenen) erklärten, daß dieses Vorgehen offen dem Artikel 138/2 des Grundgesetzes der Türkei widerspricht.

Der Volksverein (der Türkei) in Köln hat zu einer Solidaritätskampagne aufgerufen und fordert auf, beim Staatspräsidenten der Türkei gegen die Verhaftungen der Journalisten durch die Militärgerichte zu protestieren. Die Anschrift des Staatspräsidenten:

Ex. Fahri Korutürk
T.C. Cumhurbaskani
Ankara — Türkei

Die Griechenland-Türkei-Kommission unterstützt die Solidaritätsaktion und protestiert gegen die Verhaftungen.

Volksverein (der Türkei)
c/o Yüksel Ugurlu
Körnerstraße 90
5000 Köln 30

Kampf dem Faschismus!

Unter den Bedingungen der ökonomischen und politischen. Krise einer rechtsgerichteten Nationalistischen Front-Regierung, in der die faschistischen Mörder ungehindert mitarbeiten können, einer sozialdemokratischen „Opposition", die sich einer konstruktiven Duldung dieser rechtsgerichteten Regierung rühmen darf, wird die antifaschistische Aktionseinheit aller demokratischen und revolutionären Organisationen, Vereine und Verbände immer notwendiger. Wir begrüßen daher jeden Versuch in diese Richtung. Genau wie in der BRD ist es in der Türkei nicht die Zeit kleinlicher Zänkereien oder Parteiladenpolitik. In diesem Sinn sind noch einige Barrieren zu überwinden. In den letzten Tagen erreichte uns ein Schreiben der Zeitschrift „Devrimci YOL" mit der Bitte um Veröffentlichung. Wir tun dies auszugsweise, um diese Initiativen auch in der BRD bekannt zu machen und hoffen, damit den antifaschistischen Kampf in der Türkei zu unterstützen, im Interesse eines gemeinsamen Kampfes gegen die Unterdrükkung in der Türkei und in der BRD.

„Liebe Freunde,

- *zur Zeit setzen sich verstärkt die faschistischen Angriffe auf das ganze werktätige Volk fort, indem sie sich in die ökonomischen-sozialen Bereiche ausbreiten. Die Lebensbedingungen des ganzen werktätigen Volkes haben einen unerträglichen Zustand erreicht.*
- *Unter diesen Umständen bedeutet es für alle patriotischen, demokratischen und politischen Kräfte eine notwendige Pflicht, gegen die Angriffe der herrschenden Klassen anzugehen und gegen diese Art des schweren Elends und der Unterdrückung Widerstand zu leisten. Jeder Tag muß in diesem Sinn ein entschlossener Kampftag sein.*
- *Mit dieser Feststellung hat unsere Zeitschrift eine ‚Kampagne des Widerstands gegen die faschistische Unterdrückung und Teuerung' eröffnet. Wir beabsichtigen mit dieser Kampagne, die bis zu den kommunalen Wahlen* (11. Dez. 1977, die Red.) *fortgesetzt wird, die Lügen und Demagogien der faschistischen Kräfte offenzulegen und für die Verstärkung des Widerstands des Volkes die breitesten Kräfte und antifaschistischen Volksschichten in Aktion zu setzen.*
- *Die allgemeinen Zielsetzungen sind:*

1. Den Kampf um die konkreten Bedürfnisse der breitesten Volksschichten gegen die Teuerung mit dem Kampf gegen die faschistische Unterdrückung und Teuerung zu vereinigen. In dieser Hinsicht breite Massenaktionen, Demonstrationen, Kundgebungen... durchzuführen. Wir rufen das werktätige Volk auf, unsere Kampagne zu unterstützen. Patrioten, Revolutionäre und unsere Freunde rufen wir auf, für diese Kampagne Hilfe zu leisten und Spenden zu sammeln.

Vorwärts im Kampf gegen die faschistische Unterdrückung und Teuerung'

Spenden bitte an:

Mehmet Yazici
P.K. 383
Kizilay/Ankara
Türkei

Griechenland-Türkei-Kommission

Schweiz

GSG 9 baute Schweizer Bundes-Terror-Truppe auf

Nicht erst nach der Schleyer-Entführung, sondern schon seit Jahren erweisen sich schweizerische Regierungsstellen als gelehrige Schüler in Sachen „Innere Sicherheit" Marke BRD. Als nach der Geisel-Aktion bei den Olympischen Spielen 1972 in München die deutsche Terror-Truppe GSG 9 aufgebaut wurde und die Terroristen-Hysterie einen ersten Höhepunkt erreichte, kamen auch schweizer Regierungsstellen zu der Meinung, daß die Unterdrückungsorgane der Schweiz ausgebaut werden müßten. Im Rahmen der „Koordination im Kampf gegen den Terrorismus" nehmen sei 1973 schweizer Polizeioffiziere regelmäßig an Ausbildungslehrgängen von Wegeners GSG 9 teil („FR" 7.11.77). Der



Präsident des schweizer Polizeiinstitutes, Georges Béguin, bestätigte gegen-

lich wie in der BRD die Bundesländer haben in der Schweiz die Kantone die

liegt auf der Hand, daß den Strategen der „Inneren Sicherheit" hier in der

Präsident des schweizer Polizeiinstitutes, Georges Béguin, bestätigte gegenüber der „Baseler Zeitung": *„Wir haben seit Jahren Anti-Terror-Kurse. Die deutschen Spezialisten waren bei uns, und wir waren bei ihnen. Wir pflegen auch einen Austausch mit den französischen Spezialisten"* („BaZ, 21.10.77). Die durch die GSG 9 ausgebildeten „Spezialisten" werden in der Schweiz wiederum als Instrukteure eingesetzt. Am Schweizerischen Polizeiinstitut Neuenburg führen sie Lehrgänge durch. Die aus den Polizeieinheiten der einzelnen Kantone abgestellten Teilnehmer sollen Dinge lernen wie *„Schießen mit Maschinenpistolen, Häuserkampf, Aktionen (?) mit Sprengstoff, Eskortieren von gefährdeten Persönlichkeiten, Schießen aus fahrenden Personenwagen, Sprengen von Türen mit Haftladungen, und natürlich Nahkampf mit Griffen und Schlägen, die tödlich sein können und im normalen Polizeieinsatz verboten sind"* („FR", 7.11.77).

Und darüber hinaus weiß die „BaZ" vom 21.10.77: *„Auch die Schießausbildung sei zufriedenstellend. Wobei vor allem auf die möglichst rasche Unschädlichmachung von Terroristen, wenn nötig mit gezielten Todesschüssen, geachtet wurde."* Der gezielte Todesschuß in der Schweiz also schon offiziell!

Über mehr als 500 solcher „Spezialisten" soll die Polizei inzwischen verfügen, aufgeteilt auf die verschiedenen Kantonspolizeiverbände. Ähnlich wie in der BRD die Bundesländer haben in der Schweiz die Kantone die Polizeihoheit. Deshalb gibt es bisher auch nur kantonale Terror-Einheiten. Diesem Mangel möchte Bundespräsident Furgler jedoch so schnell wie möglich abhelfen: er will die Befehlsgewalt über eine 200-köpfige „Sicherheitspolizei" — d.h. die „Besten" aus den Terror-Truppen der Kantone — zu einer Bundespolizei zusammenstellen und durch den Bund weiter ausbilden lassen. Ein entsprechendes Gesetz liegt den eidgenössischen Räten bereits zur Abstimmung vor. Vor dem Hintergrund der reaktionären Stimmungsmache, zu der auch in der Schweiz die Schleyer-Entführung und Flugzeugentführung ausgiebig genutzt wurden, wird allgemein damit gerechnet, daß dieses Gesetz angenommen wird.

In der Praxis besteht allerdings schon eine Bundespolizei. Zur Gewährleistung der „Sicherheit im Luftverkehr" — die zur Zuständigkeit des Bundes gehört — wurde zwischen 1970 und 1976 mit einem Aufwand von 106 Mio. Franken (entspricht etwa dem gleichen Betrag in DM) eine Spezialeinheit aufgebaut, die den Luftverkehr in der Schweiz vor „Terror" schützen soll — ein beachtlicher Aufwand für diesen recht kleinen Luftraum!

Die Ausbildung von schweizerischen Bürgerkriegstruppen durch westdeutsche Grenzschutzkommandos ist der direkte Export von westdeutschem Polizeistaat, von staatlicher Unterdrückung in die Nachbarländer. Es liegt auf der Hand, daß den Strategen der „Inneren Sicherheit" hier in der BRD eine weitgehende Kontrolle über die unter ihrer Anleitung aufgebaufen „Sicherheitsorgane" wie in der Schweiz möglich ist. Das ist die „Zusammenarbeit und Koordination", wie sie Schmidt, Genscher und Maihofer ansteuern, wenn sie Druck auf die europäischen „Partner" ausüben, damit diese der Terroristenhatz mit all ihren Begleiterscheidungen angeschlossen werden. Für die demokratische Bewegung in der BRD sollte das ein Grund mehr sein, den Kampf gegen Polizeistaat und Repression zu verstärken.

Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Arzneimittelvergiftungen und ein Toter im Knast

Schweiz. In der Nacht vom 15. auf den 16. März 1976 starb in der Strafanstalt Thorberg der 23jährige Gefangene Bruno A. Die Gerichtsmedizinische Untersuchung stellte fest, daß Bruno an Erbrochenem erstickt war, was aus der Einnahme einer Überdosis Schlafmittels resultierte. Seine Eltern jedoch glaubten nicht an diesen „Selbstmord", sondern vermuteten, daß Bruno die Gefährlichkeit der Medikamente nicht kannte, und wandten sich an die „Aktion Strafvollzug" (ASTRA). Es wurde „Anzeige gegen Unbekannt" erstattet, weil wegen Medikamentenvergiftung bereits einige Male Gefangene ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Die Ermittlungen der Polizei ergaben zunächst, daß der Anstaltsarzt „... *nur harmlose Medikamente, welche nicht zu einem gewaltsamen Tode führen konnten...*" („Baseler Zeitung", 4.11.77) verabreicht hätte. Selbst die Überdosis erklärte der Arzt mit Schwarz- und Tauschhandel im Knast.

Fest steht jedenfalls, daß Bruno über einen längeren Zeitraum das Schlafmittel „Motolon" verabreicht wurde, das *„bei Überdosen zu Bewußtlosigkeit, Krämpfen, Zuckungen und Erbrechen führen kann"* (ebenda). Dr. R. konnte natürlich glaubhaft machen, daß er zwar möglicherweise hin und wieder, aber nie Überdosen „Motolon" verabreicht habe. Folglich wurde er auch von jeder Verantwortung freigesprochen.

Die Untersuchung der ASTRA kommt allerdings zu einem ganz anderen Ergebnis: *„Uns war die Wirkung von Motolon nicht bekannt und wir erhielten dieses und andere Medikamente auch direkt von der Gattin* (!) *des Anstaltsarztes"* (ebenda), erklärten die Krankenpfleger der ASTRA gegenüber. Ganz nebenbei deckte die ASTRA auf, daß z.B. ein Schreiben, in dem die Medikamentenpraxis im Knast geschildert wurde, aus den Gerichtsakten entfernt worden war!

Doch damit nicht genug. Der saubere Dr. R. hat noch mehr auf dem Kerbholz: *„R. schwängerte 1968 als Arzt der Frauenanstalt Hindelbank eine ehemalige Insaßin. Diese ‚erpreßte' in der Folge von ihm eine Abtreibung. Der Anstaltsarzt wurde zu fünf Monaten bedingt* (zur Bewährung, Red.), *die Frau zu 15 Monaten unbedingt* (nicht zur Bew., Red.) *verurteilt"* („BaZ", 4.11.77). Völlig berechtigt fordert die ASTRA die sofortige Absetzung des Knastarztes.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Berufsverbote-Komitee gegründet

Basel. Auf Initiative des „Demokratischen Manifest" hat sich das „Schweizerische Solidaritätskomitee gegen die Berufsverbote" gebildet, *„um der zunehmenden Repression gegen demokratisch und fortschrittlich denkende Personen im öffentlichen Dienst (Berufsverbote) wirksam entgegentreten zu können - sowohl in der BRD wie in der Schweiz".* Das Komitee kämpft: *„Für die Menschenrechte. Für Gedanken - und Meinungs(äußerungs)freiheit. Gegen den Maulkorbstaat. Weg mit den Berufsverboten!"* (nach: „Zeitdienst", 18.11.77).

Nationale Demonstration gegen Repressionspolizei

In der Schweiz hat sich ein *„Schweizerisches Komitee gegen die nationale Repressionspolizei"* gebildet. Es verweist darauf, daß unter dem Vorwand der „Terror - Bekämpfung" Polizeieinheiten aufgebaut werden, die *„offensichtlich zur Niederhaltung von Volksbewegungen"* geplant sind. Das Komitee weist in seiner Plattform darauf hin, daß bei den Einsätzen während der Großaktion gegen das AKW Gösgen und die Kämpfe der jurassischen Bevölkerung in Moutier die Zielrichtung und das wahre Einsatzfeld der geplanten Nationalen Polizei deutlich wurde.

Das Komitee bezeichnet die *„nationale Repressionspolizei"* als *„die Spitze eines Eisbergs"* beim *„Abbau demokratischer Rechte".*

Als Aktivitäten unterstützt das Komitee ein Referendum gegen den nationalen Polizeiaufbau und plant eine nationale Demonstration am 10. oder 17.Dezember.

Der Unterstützerkreis dieses vom „Demokratischen Manifest" initiierten Komitees ist sehr breit. Ihm gehören eine Reihe Anti-AKW-Initiativen an, die „Aktion Strafvollzug", die „Frauenbefreiungsbewegung" Baden, verschiedene Soldatenkomitees, die fortschrittlichen Organisationen des von der Polizei stark betroffenen Jura, darunter die sozialistische Partei, die revisionistische „Partei der Arbeit" sowie die trotzkistische RML.

Schweiz-Kommission

Neues vom Spitzel Cincera

In einer neuen Broschüre hat das „Demokratische Manifest" neue Enthüllungen über den im November letzten Jahres aufgedeckten Spitzel und Oberschnüffler Ernst Cincera veröffentlicht. Die neue Broschüre basiert auf den Aussagen von zwei Jugendlichen, die Cincera als Spitzel zur Infiltration in linke Gruppen angeworben hatte. Dazu schreiben die beiden in einer Erklärung:

"Herr Cincera, Sie haben uns benutzt!

'In der Spitzeltätigkeit fanden wir die willkommene Gelegenheit, für unsere politische Überzeugung, den Liberalismus und den Antikommunismus, einzustehen, sozusagen an vorderster Front zu kämpfen. Doch andere Motive waren und wurden mindestens ebenso wichtig. Die ganze Tätigkeit war eine Mischung aus Spiel und Ernst. Das Moment des Spiels lag in der Spannungsgeladenheit der Arbeit. Es bedeutete für uns damals eine Art Buben - und Räuberromantik. Wir hatten die Möglichkeit, Spionagegeschichten selbst zu erleben und selbst zu machen. Wir konnten Leute an der Nase herumführen und uns als die wissenden Erhabenen fühlen. Das Spiel erinnert stark an Pfadfinder - oder Kadettengeist, denn der Ernst bleibt auch dort hinter dem vordergründigen Spiel verborgen.
Ron und Pierre'"

vordergründigen Spiel verborgen.
Ron und Pierre'"

Diese Enthüllung ist deshalb besonders interessant, weil Cincera öffentlich behauptet hatte:

- *„Ich beschaffe also öffentlich zugängliche Informationen"*
- *„Es gibt also keine illegale Nachrichtenbeschaffung"*
- *„Ich bin im übrigen ein überzeugter Vertreter des Rechtsstaats"* („Schaffhauser Nachrichten", 7.12.76)
- *„Er habe, so erklärte er, keine bezahlten oder unbezahlten Spitzel in linke Organisationen eingeschleust '* („Burgdorfer Tagblatt", 26.11.77)
- *„Er bestritt, Informanten für die Beschaffung nicht öffentlich zugänglichen Materials bezahlt zu haben"* (Cincera - Pressekonferenz 7.12.76).

Cincera wurde von staatlicher Seite und einem großen Teil der Presse natürlich „Glauben" geschenkt. Während gegen die Aufdecker seiner Tätigkeit aus dem „demokratischen Manifest" die Prozesse bereits abgeschlossen sind, sind die Ermittlungen gegen Cincera nicht weitergekommen. Sein versiegeltes Archiv, das einige Aufschlüsse über seine Tätigkeit geben könnte, ist bis heute nicht entsiegelt und eingesehen worden.

Die beiden bis zum Jahr 1974 engagierten jugendlichen Spitzel beschreiben einige ihrer Tätigkeiten im Auftrag des Schnüffler - Instituts:

"Der generelle Auftrag bestand darin, uns in den linken Gruppen einen Platz zu verschaffen und zu horchen. Nach der Verwertung der allgemeinen Informationen durch Cincera und P.A. erhielten wir auch spezielle Aufträge. In der Folge geben wir hier eine Chronologie der Aufträge.*

** Cincera - Vize Peter Addor; Red. ZD*

15.Juli 1972:
„P.A schlägt mir (Ron) als Einstieg die ‚Projektgruppe Mieterkampf' vor." Daraus wurde jedoch nichts. P. A. erklärte mir, dies sei eine äußerst gefährliche und radikale Gruppe. Dies verstand er nicht als eine Warnung, sondern als einen Hinweis, welch wichtige und staatsschützlerische Aufgabe ich übernehmen solle. Da mir dies aber damals als zu riskant erschien, ging ich nicht zu dem verabredeten Treffen mit einem Mitglied dieser Gruppe. So versandete dieses Projekt.

21.Januar 1973:
Ein anderes Mitglied unserer Berner Spitzel - Gruppe erhält den Auftrag, sich in den „Kreis Kritische Kirche" einzuschleichen. Nachdem dieser Spitzel dort einige Zeit gearbeitet hatte, gab er jedoch seine Tätigkeit aus Langeweile bald auf.

7.April 1973:
„P A. bat mich (Ron), in die Versammlung von Amnesty International zu gehen;dabei lernte ich neue Gesichter kennen." (Tagebucheintrag)

17.Mai 1973.
Nachdem ich (Pierre) zufälligerweise Ron an einer Sitzung der Festival - Vorbereitungsgruppe vertrat, bat mich P.A., weiterhin den Sitzungen dieses Komitees beizuwohnen. Ich nahm denn auch vom 28.Juli bis 5.August, zusammen mit zwei weiteren Berner Cincera - Spitzeln, an den Weltjugend - Festspielen in der DDR teil.

23. bis 28.August 1973:
Wir schreiben ein Flugblatt für den Cincera - Jugendclub KKJ über die Häuserbesetzer an der Gesellschaftsstraße 21 in Bern.

Cincera - Jugendclub KKJ über die Häuserbesetzer an der Gesellschaftsstraße 21 in Bern.

23.August bis 3.September 1973:
Im Hinblick auf die Demonstration gegen die Teilnahme Portugals als Ehrengast am Comptoir Suisse in Lausanne kam im Gymnasium Bern - Kirchenfeld eine Ausstellung zustande. Dies konnte nur geschehen dank einer direkten Intervention Cinceras beim Oberrektor. Eine Gruppe, die nachts Plakate mit Aufrufen zur Lausanner Demonstration an Häuserwände in der Stadt kleben wollte, wurde aufgrund unseres Hinweises an P.A. von der Polizei geschnappt.

8.September 1973:
Wir nehmen an der Demonstration in Lausanne teil und knipsen gegen hundert Photos auf Kosten Cinceras.

14.September 1973:
Ich (Pierre) wurde beim Plakate - Kleben mit drei anderen von der Polizei erwischt, doch regelte Cincera die Unannehmlichkeiten.

4.Februar 1973:
P.A. und Gerhard Wyss, Gründer des „Forum Jugend und Armee", beauftragten mich (Pierre), die verdächtigen Rekruten bei ihrem Einrücken in die Kaserne Bern zu fotographierren, während die beiden das erste Flugblatt des „Forum Jugend und Armee" (FJA) unter dem Namen des KKJ verteilten. Zu diesem Zweck erhielt ich Urlaub von der Schule.

7./8. Dezember 1974
Ich (Pierre) nahm am Gründungskongreß des KJV Schweiz teil und wurde als einer der beiden Berner Vertreter ins Zentralkomitee gewählt."

Es ist an der Zeit, daß dem Schnüffler Cincera, der auch mit Stellen in der BRD zusammenarbeitete (u.a. CSU und Bundeswehreinheiten), endlich das Handwerk gelegt wird. Damit ist zwar das Spitzelwesen in der Schweiz nicht beseitigt, wohl aber ein schwerer Schlag gegen jene erfolgt, die Zuträger- und Informationsdienste für die staatliche Repression und betriebliche Überwachung leisten (Informationen und Zitate aus „Zeitdienst", 18.11.77).

Schweiz - Kommission

Baubewilligung für AKW Kaiseraugst war illegal!

Schweiz. Vor dem Bundesgericht Rheinfelden wurde fünf AKW-Gegnern der Prozeß gemacht, die sich an der Besetzung des Bauplatzes für das AKW Kaiseraugst beteiligt hatten. Zwar verurteilte das Gericht die Angeklagten zu Geldstrafen zwischen 700 und 900 Franken, blieb damit jedoch erheblich unter dem vom Staatsanwalt beantragten Strafmaß von 3.000 Franken. In der Urteilsbegründung schloß sich das Gericht der Argumentation der Angeklagten an; diese begründeten die Besetzung des Baugeländes mit der „,widerrechtlich" erteilten Standortbewilligung durch den Bund, die erfolgt sei, ohne daß die Bevölkerung Möglichkeiten zum Einspruch gehabt habe. Dies sei jedoch durch Bundesgesetz festgelegt: die Baubewilligung hätte im Bundesamtsblatt einschließlich Rechtsmittelbelehrung veröffentlicht werden müssen, was nicht geschehen ist. Dadurch sei die Einspräche unmöglich geworden und die Besetzung das einzige Mittel, um den Einspruch der Bevölkerung zu dokumentieren.



Das Gericht rechnete den Angeklagten nun „strafmildernd" an, daß „*die mit der Erteilung der Bewilligungen vom 15.12.69 und 28.8.72 verbundenen Formfehler (...) im Effekt eine Verweigerung des rechtlichen Gehörs zur Folge*" hatten (Baseler Zeitung, 8.11.). „*Das Gericht muß deshalb die für das Atomkraftwerk Kaiseraugst ausgestellten Standortbewilligungen als nichtig bezeichnen. Damit waren aber auch die Voraussetzungen zum Baubeginn nicht gegeben, dieser also widerrechtlich. Dieser Umstand muß bei der Verurteilung sämtlicher Angeklagter zu einer wesentlichen Entlastung führen*" („BaZ", 8.11.77).

Dieses Urteil hat zwar für das AKW Kaiseraugst keine Rechtskraft, ist jedoch durchaus als Erfolg der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung zu werten. Es ergeben sich daraus eventuell Möglichkeiten, auch noch weitere juristische Schritte gegen das AKW Kaiseraugst zu unternehmen. Dadurch würde auch das AKW Gösgen juristisch in Frage gestellt, da die Bewilligung dort ebenso wie in Kaiseraugst gehandhabt wurde. Bezeichnend für die Klassenjustiz bleibt allerdings, daß das Gericht trotz der Rechtswidrigkeit des Baubeginns die angeklagten AKW-Gegner verurteilte.

Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

KURZMELDUNGEN

Am 27.9.77 wurde die Westdeutsche Christiane Schneider in Wien auf offener Straße verhaftet. Nach einer Woche völliger Isolation in der U-Haft wurde sie in die BRD abgeschoben. Grund: Christiane wurde vorgeworfen, sie habe Verbindungen zum KBW und den Versuch gemacht, Kontakte zu österreichischen „Terrororganisationen" zu knüpfen!

* * *

Abgeschoben wurde inzwischen offenbar ebenfalls Horst Balzer, der in Wien aktiv für die Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen eingetreten war. Er wurde Anfang Oktober als „mittelloser Ausländer" und weil er keinen Meldezettel besaß, in Ausweisungshaft genommen. „*Horst Balzer erwartet als Bundeswehr-Deserteur in der BRD eine mehrjährige Gefängnisstrafe*"!

* * *

Der 10. Oktober ist in Kärnten der traditionelle Festtag der deutsch-nationalen Reaktionäre vom „Kärnter Heimatdienst". In diesem Jahr gelang es den slowenischen und anderen fortschrittlichen Organisationen, gegen die chauvinistische Hetzveranstaltung des „Heimatdienstes" mit einer eigenen Veranstaltung eine Gegenöffentlichkeit zu erreichen. Sie veranstalteten eine „Oktober-Arena/Oktobriski tabor" mit reichhaltigem Programm (u.a. Autorlesungen, Partisanenchor, Referate über die politische Situation in Kärnten, Diskussionen). Die „Schmetterlinge" spielten ihre „Proletenpassion". Mit der Oktober-Arena gelang es auch, wieder Ansätze zu einer Zusammenarbeit mit der KP zu erzielen. Die KP war im Sommer aus dem „Solidaritätskomitee für die Rechte der slowenischen Minderheit" ausgestiegen, weil in ihr u.a. auch der KBÖ (Ableger des KBW) mitarbeitet.

(Alle Informationen und Zitate aus „rotfront", Zeitung der GRM, Nov. 1977).

Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Österreich

Österreich

Abgrenzungshysterie auch in der österreichischen Linken

Die bekannte linkssozialdemokratische Wiener Zeitschrift „Neues Forum" hat es für nötig gehalten, nach der Schleyer-Entführung in besonders übler Weise mit in die Anti-Terror-Kampagne der westdeutschen Bundesregierung einzusteigen. Wortführer und hemdsärmeliger Durchpeitscher dieser neuen Linie ist offenbar der Herausgeber des „Neuen Forum", Günther Nenning, zugleich SPÖ-Mitglied und Vorsitzender der Journalistengewerkschaft.

Auf der Redaktionskonferenz am 14.9.77 wurde ein Beschluß gefaßt, nach dem alle Redaktionsmitglieder, die sich nicht eindeutig genug vom Terrorismus abgrenzen, mit dem Rausschmiß bedroht werden:

„Unzulässig und falsch"

Redaktionskonferenz 14. September 1977 (Beschlußprotokoll)

Anwesend: Siegert, Nenning, Seidl, Hopp, Pataki, Dvorak,* Goldberg, Rausch, Siegmeth, Geyrhofer, Aschner

„Aus prinzipiellen politischen Gründen halten die Mitglieder des Vereins der Redakteure und Angestellten des NEUEN FORVM, insbesondere in ihrer Eigenschaft als Eigentümer der Zeitschrift NEUES FORVM, jede wie immer geartete Verbindung mit anarchistisch-terroristischen Gruppen für unzulässig und falsch."

„Dieser Beschluß ist für alle Mitglieder des Vereins sowie für alle Angestellten des Vereins sowie der dem Verein gehörenden *Schriften zur Zeit — Publikationsgesellschaft m.b.H.* sowie für sonstige Mitarbeiter der erwähnten Organisationen bindend."

„Sollte eine der vorerwähnten Personen gegen diesen Beschluß verstoßen bzw. im Namen der obenerwähnten Organisationen Erklärungen abgeben, die durch ausdrücklichen Beschluß der Mitgliederversammlung nicht gedeckt sind, so behält sich der vorerwähnte Verein alle geeigneten Schritte ausdrücklich vor."

Das nichtanwesende Vereinsmitglied *Gerhard Oberschlick* deponiert späterhin den folgenden Vorbehalt: „Verbindung ist wichtig aus journalistischen und politischen Gründen. Abzulehnen ist die Teilnahme oder auch nur Ermutigung."

Diesem Beschluß vorausgegangen sind offenbar heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion: Im Oktoberheft wurde auf Beschluß der Redaktionsmehrheit ein Artikel des Franzosen Jean Genet aus der „Le Monde" vom 2.9. mit dem Titel „Staatsschuld — die RAF hat recht" abgedruckt, der damals wütende Proteste bei Frankreichs Reaktion und den westdeutschen Staatsschützern ausgelöst hatte. Denn in diesem Artikel erklärt sich Genet mit dem Hunger- und Durststreik der RAF-Gefangenen kurz vor der Schleyer-Entführung solidarisch und klagt die Isolationshaft in westdeutschen Gefängnissen an.

Zur Begründung des Nachdrucks erklärte das „Neue Forum": „*Wir können ein Druckverbot nicht anerkennen, genausowenig wie ein Denkverbot, der larmoyante* (weinerliche, die Red.) *Konformismus der vollgeschissenen Unterhosen ist uns verdächtig. Der Text von Genet wird landauf, landab zitiert und kritisiert. Wir finden, Genet hat ein Recht, ungekürzt auf deutsch zu Wort zu kommen. Sogar ohne das gehobene Bein einer Distanzierungsformel — riskieren wir's.*"

Allein die Tatsache des Nachdrucks (was ja nichts mit inhaltlicher Übereinstimmung zu tun hat) war Günther Nenning zuviel: Er reagierte genauso wie Hannovers Kultusminister Pestel gegenüber der Buback-Dokumentation der Professoren. Mit dem Unterschied, daß Pestel der CDU nahesteht, Nenning sich aber als Sozialist bezeichnet. Er setzte in der Redaktion die oben zitierte Anti-Terror-Erklärung durch und zog in der November-Ausgabe öffentlich gegen den für den Genet-Abdruck verantwortlichen Redakteur zu Felde: „*Ich versteh', wenn Michael Siegert, Rädelsführer im NF-Redaktionskindergarten, Beute dort grassierenden Linksfrustes, drauflosrattert: „Riskieren wir's." Er weiß: die politische und materielle Verankerung dieser Zeitschrift im Raume der authentischen Arbeiterbewegung leisten andere, die auf Toleranz und Offenheit bauen können. M.S. riskiert gar nichts außer ein paar klammheimliche Schreibmaschinenschüsse.*"

Nennings Abrechnung mit dem Terrorismus und dem Sympathisantenumfeld, das er in der eigenen Redaktion vermutet, könnte ebenso gut aus der reaktionärsten Ecke stammen. Der Stil und Inhalt riecht nach „Bild": „*Ich halt's nicht aus, wenn linkes Gehirnschmalz dafür verschwendet wird, pseudolinkem Terrorismus die Rutsche zu legen. Wer das tut, besorgt das Geschäft des Gegners, schadet der Arbeiterbewegung, fördert die Umwandlung der parlamentarischen Demokratie, einziger Kampfboden für sozialistische Massenbewegung, in ein Regime, worin die Grundfreiheiten massakriert werden, damit jungbourgeoise Guerilleros und neototalitärer Staat ungestört Räuber und Gendarm spielen können...*" Für Nenning ist „Terrorismus eine bürgerliche Familienaffäre"; genauer: der Bürgerkrieg „*anarchistisch gewordener Jungbourgeois gegen kapitalistisch gebliebene Altbourgeois*". Als „Beweis" dafür führt er den „*Terrormord am Generaldirektor der Dresdner Bank, Jürgen Ponto*" an: „*'Ich bins's, die Susanne', begrüßt Susanne Albrecht, artig einen Strauß Rosen mitbringend, das Opfer (...) — sie ist Freundin der Ponto-Tochter Corinne und Tochter des Ponto-Freundes Dr. Hans-Christian Albrecht (...) Susanne wuchs auf im feinen Stadtteil Othmarschen, im schicken strohgedeckten Bungalow, besuchte die superschicke Waldorfschule, war regulärer Partygast bei Hamburgs obersten Tausend, rutschte als Pädagogikstudentin in die Anarchoszene...*" Zynischer und unpolitischer geht's nimmer. Nach diesem Strickmuster können die „Selbstmorde" von Stammheim und München natürlich für Nenning nur echte Selbstmorde gewesen sein: „*In jenen bürgerlichen Köpfen verkommt der Sozialismus ... zum romantischen Todestrieb: Können sie die eigene Klasse schon nicht umbringen, so wenigstens ein paar davon und dann sich selbst*" (die letzten Zitate stammen aus „NF", Okt. 77). Oder: „*Todestrieb ist bei Ultralinken immer im Spiel*" (Nov. 77).

Unpolitische Abgrenzungshysterie — Inschutznahme der staatlichen Anti-Terror-Kampagne — Drohungen gegenüber der Redaktion des „Neuen Forums" — man muß befürchten, daß in Zukunft das „Neue Forum" keinen Platz mehr für eine solidarische Diskussion unter Linken haben wird und sich angesichts des rechten Drucks in die Arme der offiziellen SPÖ-Politik zurückflüchtet.

Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Italien

Rechtsruck beim

Rechtsruck beim „Corriere della Sera"

Daß sich etwas in der Leitung des „Corriere della Sera" verändern sollte, war schon seit langem zu spüren. Der „Corriere della Sera" ist die Zeitung, die die größte Rolle in der italienischen bürgerlichen Presse spielt.

Seit Anfang September ging das Gerücht einer deutschen finanziellen Beteiligung an dem Kapital der Rizzoli-Familie, und zwar sollten Strauß und die CSU einen großen Teil der Aktien gekauft haben. Trotz des Dementis der Rizzoli könnte man sich einige Ereignisse (wie z.B. die Zahlung großer Schulden, den Kauf mehrerer Zeitungen wie „Alto Adige" „Gazetta dello Sport" u.a., und sogar eine Kapitalerhöhung von ungefähr 20 Mrd. Lire) nicht anders erklären.

Ob diese finanzielle Sanierung aus der BRD kam, oder, wie später behauptet wurde, von italienischen Bankinstituten, ist bis heute ungeklärt. Nachdem Piero Ottone von der Leitung der Zeitung zurücktrat, wurde sein Nachfolger Di Bella, der bis dahin Direktor des „Resto di Carlino", einer provinziell-konservativen Zeitung war.

Die merkwürdige Weise, mit der der neue Direktor ausgesucht wurde, die Beratungen der Rizzoli mit allen bürgerlichen Parteien und die Tatsache, daß Di Bella vom „Presidente del Consiglio" persönlich besonders empfohlen wurde, läßt keinen Zweifel: Hier geht es nicht nur um eine bloße finanzielle und organisatorische Renovierung, sondern um einen richtigen Linienwechsel, der mit der allgemeinen Entliberalisierung in Italien in Zusammenhang steht.

Abgesehen davon, welche Konsequenzen und Bedeutung dieser Fall in der nationalen Presse haben wird, ist besonders zu berücksichtigen, wie Fanfani, Piccoli und die ganze DC noch einmal ihren Willen leicht und widerstandslos durchgesetzt haben, ohne daß die PSI und PCI dagegen Stellung genommen haben; bei der PCI hieß es sogar, daß die Wahl des neuen Direktors einer Zeitung keine Sache der Parteien sei. Die DC scheint da anderer Meinung zu sein.



Italien-Kommission

Belgien

Zwei erfolgreiche Veranstaltungen zum nationalen Frauentag

Zum 6.Mal wurde in Belgien der nationale Frauentag am 11.November begangen. Der Tag selbst erinnert an das Ende des 1.Weltkriegs und ist allgemeiner Feiertag mit militärischen Umzügen. Vor sechs Jahren begannen verschiedene Frauengruppen, diesen Tag als nationalen Frauentag zu gestalten, im letzten Jahr unter dem Motto „Für die Freigabe der Abtreibung". Dieses Jahr wurde „Gegen die Arbeitslosigkeit – für Arbeitszeitverkürzung" als Hauptthema gewählt. Zum ersten Mal fanden auch zwei getrennte Veranstaltungen statt, um insbesondere den flämischen Frauen die Gelegenheit zu Aktivitäten zu geben, die sich bisher durch die zentralen Veranstaltungen in Brüssel nicht besonders angesprochen gefühlt hatten.

In der Wallonie fand die Veranstaltung in Liege unter dem Motto „Wir arbeiten alle" statt. Mit über 3.000 Frauen war die Beteiligung unerwartet hoch. Drei Themen wurden im Laufe des Tages behandelt: erstens „Bezahlung der Hausarbeit – ja oder nein", zweitens „Arbeit und Frauenarbeitslosigkeit". Und drittens „Frauen und Gewerkschaft".

Die Veranstalterinnen in Liege waren hauptsächlich Frauenhäuser und die „Marie Mineures" – linke Feministinnen, die vor allem in Frauenbetrieben verankert sind und gegenüber den Gewerkschaftsführungen eine kritische Haltung einnehmen. Ebenfalls beteiligt war die christliche Gewerkschaft CSC über die Frauenorganisation „Vie Feminine". Die „Femmes prevoyantes Socialistes" (Sozialdemokraten) hatten eine Beteiligung und Unterstützung des Frauentages abgelehnt, ebenso die sozialdemokratische Gewerkschaft FGTB.

Die linken Organisationen beteiligten sich ebenfalls, allerdings recht unterschiedlich: LRT und PIS mobilisierten nach Kräften, TPO-AMIOA (ML) verteilte ein total sektiererisches Flugblatt, das kein Wort zur Situation der Frauen enthielt.

Die PCB (Revis) versah ihren Pressebericht in „Drapeau Rouge" vom 17.11. mit der Überschrift *„Die kommunistischen Frauen kämpfen mit den Männern gegen die Krise"* und nahm besonders einige feministische Ausrutscher aufs Korn.

Das Abschlußkommunique der Veranstaltung rief zur Bildung von dezentralen Frauengruppen überall auf (in den Gewerkschaften, den Betrieben, den Stadtteilen usw.) und schlug einen symbolischen Generalstreik aller Frauen vor. Alles in allem war es für die wallonische Frauenbewegung ein erfolgreicher Tag (wenn auch mit verschiedenen radikal-feministischen „Zwischenfällen"), der mit einem turbulenten Fest beschlossen wurde.

Eine PIS-Genossin vertrat uns gegenüber die Einschätzung, daß die belgische Frauenbewegung seit Jahren ziemlich konstant und ohne Verbreiterung geblieben sei, daß aber jetzt durch den Aufschwung der spontanen Kämpfe, bedingt duch die Krise, auch unter den Frauen mehr Betroffenheit geweckt worden sei, was bereits durch die Beteiligung an diesem Frauentag deutlich geworden sei.

Für den flämischen Teil des Landes fand in Ieper eine zentrale Veranstaltung unter der Losung „Frauenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung" statt. Organisiert wurde der flämische Frauentag vom „Vrouwenoverlegkomitee" (VOK, eine Art Dachverband) und von den femsoc-Gruppen. Die Veranstaltung fand breite Unterstützung von 35 Frauengruppen, von den CVP-Frauen („christliche Volkspartei") bis zu den sich antikapitalistisch verstehenden fem-soc-Gruppen. Mit Abwesenheit glänzten lediglich die Sozialdemokraten und ihre Gewerkschaft ABVV. 2.000 Menschen besuchten die Veranstaltung.

Es fanden zwei Podiums-Diskussionen zum oben genannten Thema statt, verbunden mit Theater, Musik und zahlreichen Ständen.

Eine Resolution *„Für die 35-Stundenwoche jetzt, mit Lohnausgleich, ohne Erhöhung des Arbeitstempos und für 10% Neueinstellungen"* wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Teilnehmer erklärten außerdem ihre Solidarität mit den „Klippan"-Frauen, die in Ieper ihren Betrieb im Kampf gegen die drohende Stillegung zur Zeit besetzt halten.

Die Einheit auf der Veranstaltung bewegte sich allerdings auf einer recht oberflächlichen Ebene, was angesichts der Teilnehmerliste verständlich ist: Sowohl Frauen vom „Arbeitgeberverband" (die mit dem Spruch *„Konkurrenzfähigkeit darf durch die Arbeitszeitverkürzung nicht gefährdet werden"* auftraten), als auch bürgerliche Gruppen wie „Mittelstandsfrauen" oder die „Arbeitsgruppe für die Neubewertung der Familie" durften ihren reaktionären Senf verbreiten, allerdings unter Protest großer Teile der Veranstaltungsteilnehmer. Die „Katholischen Arbeiterfrauen" beispielsweise traten für die Verringerung der Arbeitsdauer *„aus der Familienperspektive"* ein. Die CVP-Frauen plädierten für *„Verteilung der Arbeit unter den Arbeitswilligen"* und für *„Arbeitszeitverkürzung nur bei Verringerung der Lohnsteigerungen"*.

Insgesamt versuchten die Frauen der bürgerlichen Parlaments-Parteien diese Veranstaltung zu nutzen, um die Bewegung auf ihre Mühlen zu lenken: So z.B. Nelly Macs von der „Volks-Unie" mit dem Vorschlag, die Parlaments-Frauen in einer „Frauen-Gruppe" zusammenzuschließen. Allerdings dürfte z.B. die im immer noch bestehenden Abtreibungsverbot offen zu Tage tretende Mißachtung der Rechte der Frauen durch die bürgerlichen Parteien verhindern, daß so etwas größere Resonanz findet.

Im letzten Jahr waren die CVP-Frauen noch von der Veranstaltung zum Frauentag, die sich gegen das Abtreibungsverbot richtete, ausgeschlossen worden.

Die KP-Frauen stellten ihren Gesetzesvorschlag in den Vordergrund: „36-Stunden-Woche bis 1980" bzw. zum kürzest möglichen Termin", um der BSP in der Regierung nicht allzusehr weh zu tun.

Ein positiver Aspekt war das Auftreten der „fem-soc"-Gruppen, die eine starke antikapitalistische Orientierung aufwiesen. Sie deckten in ihren Beiträgen die Ursachen der Arbeitslosigkeit auf und propagierten den Kampf gegen das dafür verantwortliche System. Sie griffen als einzige auch die bürgerliche Familie und die traditionelle Rollenverteilung als ein Teil dieses Systems an (nach BPA-Bulletin, 16.11.77). Sie stellten außerdem ihr „fem-soc-Manifest" vor, das von Gruppen aus Gent, Ninove, Antwerpen, Ostende, Brügge und Hasselt getragen wird. Unter dem Motto: *„Kein Feminismus ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Feminismus"* wird in dieser Plattform als Ziel erklärt, eine antikapitalistische Strömung in der Frauenbewegung aufzubauen. Die Verbindung mit der Arbeiterklasse wird stark betont (und damit ist nicht die Gewerkschaftsführung gemeint): **„Ebenso wichtig, wie die Feministinnen für den Aufbau des Sozialismus sind, so wichtig sind die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, um diesen Kapitalismus ... abzuschaffen und die ökonomische Grundlage für den Sozialismus zu schaffen"** („Rood", 11.11.77).



nous travaillons toutes

Betriebsbesetzungen gehen weiter

Am 19.11. hatten Genossen der Belgien-Kommission Gelegenheit, an einer Solidaritätsveranstaltung teilzunehmen, die von den Arbeitern von Capsuleries de Chaudfontaine (bei Liege) in ihrem besetzten Betrieb organisiert worden war. Der Betrieb, in dem Tuben und Spraydosen hergestellt werden, war 1963 vom weltgrößten Aluminiumhersteller Reynolds aufgekauft worden und soll jetzt, nachdem von den ursprünglich 400 Arbeitsplätzen schon 250 wegrationalisiert worden sind, ganz geschlossen werden. Die 145 Kollegen haben daraufhin den Betrieb besetzt und eine Reihe kämpferischer Aktionen durchgeführt. Ihr Kampf wird zwar offiziell von beiden, also sozialdemokratischer und christlicher Gewerkschaft unterstützt, im Falle des sozialdemokratischen FGTB ist das aber bestenfalls ein papierner Beschluß. Die Veranstaltung wurde zu einer überzeugenden Demonstration kämpferischer Solidarität – über 500 Leute, zum großen Teil Kollegen und Nachbarn, verfolgten das Programm . Die Arbeiterinnen des Betriebs und die ausländischen Kollegen hatten Essensstände aufgebaut und verkauften selbstgefertigte Spraydosen mit aufgedrucktem Protest gegen die kapitalistischen Mechanismen, die ihre Arbeitsplätze bedrohen. Neben der eigenen Musikgruppe der Capsuleries-Kollegen trat u.a. die Gesangsgruppe der benachbarten Giesserei Mange auf; ein Betrieb, der seit 13 Monaten (!) von den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Kollegen besetzt ist. Die Veranstaltung endete mit dem gemeinsamen Gesang der Internationle.



Veranstaltungsplakat

Belgien-Kommission



Die Musikgruppe „Rebelte Vrouwen" in Aktion

Frauen im Kampf für ihre Arbeitsplätze: „Fahrah-Obourg darf nicht sterben!"

Seit dem 17.10. halten die Arbeiterinnen von Fahrah in Obourg (Wallonien) ihren Betrieb besetzt. Fahrah ist ein amerikanischer Textilkonzern, der in Obourg ein Zweigwerk betreibt.

Die 260 überwiegend Arbeiterinnen erfuhren in der Woche vom 10.-15. 10. von der beabsichtigten Schließung ihres Betriebes zum 21.10.

Am Montag, den 17.10. wurde unter Beteiligung der Gewerkschaftsführung die Besetzung beschlossen. Die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zur Besetzung geschah mit dem Gedanken, sie so schnell wie möglich wieder aufzugeben. Am selben Abend noch handelte sie mit den Kapitalisten einen Sozialplan aus:

250 der 260 Beschäftigten sollen entlassen werden, bei vollständigem Lohn bis zum nächsten Freitag und einem Almosen von 10.000 BF (ca. 750,– DM) als Abfindung.

In großer Verwirrung und Unklarheit ließ der Gewerkschaftsführer abstimmen: 108 stimmten dafür, 81 dagegen.

Die Kolleginnen, die gegen den Vertrag stimmten, bemerkten schnell, daß bei vielen Kollegen Unklarheit über das Ausmaß dieses Vertrags herrschte und beschlossen die Besetzung fortzusetzen. Sie wählten ein Besetzungskomitee, das die Gewerkschaftsführung zu einer neuen Abstimmung aufforderte. 150 Kolleginnen unterschrieben diese Resolution. Ohne Erfolg.

Am 21.10. fand diese Abstimmung statt: 109 Kolleginnen stimmten für Besetzung auch ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung.

In zahlreichen Aktivitäten, Interviews, Versammlungen etc. machten die Arbeiterinnen ihren Kampf bekannt. Sie erhielten Unterstützung von zahlreichen Betrieben. Ein Unterstützungkomitee wurde unter Mitarbeit verschiedener linker Organisationen (u.a. Revis, LRT, PLS, christliche Linke) ins Leben gerufen und eine Demonstration ins Mons organisiert. Die Teilnehmer zogen vor beide Gewerkschaftshäuser, um Unterstützung für den Streik zu fordern. Bei beiden blieben die Türen verschlossen!

Am 10.11. überfiel die Polizei den Betrieb und zwang die Frauen zur Aufgabe der Besetzung. Der Kampf wird trotzdem fortgesetzt. Über ihre Schwierigkeiten und Erfahrungen berichten die Fahrah-Kolleginnen recht anschaulich in einem Interview mit der linken Wochenzeitung „Pour" (9. 11. 77), das wir gekürzt wiedergeben:

Hat diese Besetzung für euch selbst was verändert?

– Oh ja! Wir haben gelernt, uns zu verteidigen, zu kämpfen. Wir fühlen uns sicherer, wir sind freier ... Wir trauen uns jetzt zu sprechen, man hört uns zu. Wir haben viel mehr Selbstvertrauen.

Hast Du Kinder?

– Ja, einen Sohn mit zweieinhalb Jahren. Jede zweite Nacht besetze ich die Fabrik, da ist er bei meiner Mutter. Das gibt Probleme, er sieht mich nur noch so selten.

– Ja, mein Gott, man denkt, man vernachlässigt seine Kinder!

Die meisten Mädchen sind ja sehr jung, wie reagieren die Eltern?

– Manche sind mit uns einverstanden, sie bringen uns morgens Kaffee ... Es gab eine junge Arbeiterin die war sehr kämpferisch. Aber ihre Eltern waren dagegen. Jetzt kommt sie nicht mehr.

Wie soll es jetzt weitergehen?

– Wir machen weiter, ganz klar! Wir werden eine Schallplatte machen. Niemals hätten wir geglaubt, daß wir das könnten! Aber es ist doch nicht so schwierig, etwas aufzuschreiben, wenn man es so wie wir erlebt hat.

– Ja, wir machen weiter. Wir werden versuchen, so lang wie möglich durchzuhalten. Und selbst, wenn es uns nichts mehr nützt, wird unser Kampf anderen nützen ...



Fahrah-Frauen vor dem besetzten Betrieb

Frankreich

Die »Autonomen« — autonom von fortschrittlicher Politik

Im Zusammenhang mit den „Selbstmorden" von Stammheim und der Kampagne gegen die Ausweisung von Croissant sind Teile der Pariser „Autonomen" in provokatorischer Weise in Erscheinung getreten. Auf der Demonstration am 18.11. versuchten sie Croissants Anwälte und demokratische Persönlichkeiten nach hinten zu schieben und die Spitze zu übernehmen, um so ihre Orientierung auf eine ausschließliche „Solidarität mit der RAF"-Kampagne durchzusetzen.

Auf den der Demonstration vorausgehenden Protestversammlungen an allen Pariser Universitäten hatten sie bereits mehrere Schlägereien vom Zaun gebrochen, so daß einige Versammlungen in totalem Chaos endeten. Nach einer Erklärung der „Union libertärkommunistischer Arbeiter" (Anarchisten) haben die „Autonomen" auf der Demonstration am 18.11. Molotow-Cocktails in die reihen der Demonstranten und insbesondere auf die an der Spitze gehenden Intellektuellen geworfen, sowie wahllos Passanten und Schaufenster angegriffen („Liberation", 23.11.). Vorrangiges Angriffsziel der „autonomen" ist die organisierte revolutionäre Linke. In maßloser Kraftmeierei heißt es zur Demonstration am 18.11.: *„Wenn OCT, LCR, PSU und die Anderen glaubten, ungestraft [!] zu einem einfachen Marsch ohne „Zwischenfälle" aufrufen zu können, so sind sie schwachsinnig. Sie sollen endlich in die PC oder PS eintreten und uns in Ruhe lassen. Sie sind es, die unverantwortlich sind. Ihr Ordnungsdienst, der sich einzig und allein gegen die Bewegung richtet, ihr Zwang zur Bewegungslosigkeit rufen isolierte Aktionen hervor"* („Liberation", 21.11.) Auf der Demonstration unterstrichen sie das mit der Parole: *„Gebt uns Croissant wieder, wir geben euch dafür Krivine"* (= Führer der trotzkistischen LCR). Sie sprechen davon, daß man das Kapital in allen seinen Formen angreifen muß, auch in seiner „linksradikalen" Form!

Auf der selben Linie lag auch die Besetzung der Redaktionsräume der „Liberation" und das Verhindern ihres Erscheinens durch die „autonomen" Besetzer.

Sie wollten damit, wie sie sagten, gegen die Berichterstattung der „Liberation" in Sachen RAF „protestieren" und eine Identifizierung der Zeitung mit der RAF erreichen. Die Redaktion der „Liberation" bot den „Autonomen" eine Diskussion darüber an und war bereit, ihnen vier Seiten („Liberation" erscheint täglich mit 16 bis 20 Seiten) zur Darstellung ihrer Position zur Verfügung zu stellen. Dieses sicherlich „großzügige" Angebot wurde von den „Autonomen" aber abgelehnt; ihr „Protest" konzentrierte sich daraufhin auf eine Verwüstung der Redaktionsräume von „Liberation". Man wird darin auch nicht den geringsten Zusammenhang mit linker Politik mehr erblicken können. Die ganze Aktion war von Anfang bis Ende eine reine Provokation, wobei man es zusätzlich noch als einigermaßen merkwürdig ansehen kann, daß die Polizei schon Stunden vorher detaillierte Kenntnis über die geplante Aktion hatte (die Polizei rief bei „Liberation" an und wollte der Redaktion einen Polizeischutz aufdrängen; die Redaktion lehnte dies jedoch prinzipiell ab und antwortete, daß sie es gewohnt sei, mit Vertretern anderer politischer Auffassungen zu diskutieren).

Schließlich: auch auf der großen Veranstaltung einer linken Aktionseinheit gegen das „Modell Deutschland" am 26.10. in Paris (3000 Teilnehmer) machte ein Trupp „Autonomer" unangenehm von sich reden. Als die KB-Genossin, einzige Frau unter den Rednern, ihren Beitrag hielt, fing dieser „Autonomen"-Trupp hysterisch an zu schreien: *„Holt sie runter", „Zieht sie aus", „Vergewaltigt sie"*, usw.!! Vertreter der Pariser Aktionseinheit, und insbesondere Vertreterinnen der Frauenbewegung, wandten sich in kurzen Stellungnahmen sehr scharf gegen diese Provokation. Daß diese Typen allerdings nicht an die frische Luft gesetzt wurden, scheint darauf hinzudeuten, daß sie von vielen immer noch irgendwie als „Teil der Linken" betrachtet werden. Von einer solchen Vorstellung sollte man sich restlos frei machen. Im Gegenteil gelte es mal genauer nachzuforschen, wohin diese Provokateure ihre Verbindungen haben.

Frankreich-Kommission

England

SS-Provokation in London

Am 17. November veranstaltet die HIAG („Traditionsverband" der nazistischen Waffen-SS) in London einen Propaganda-Auftritt: Wie vorher angekündigt, reisten ein paar führende HIAG-Aktivisten ein, um auf einer Pressekonferenz ein Buch („Die Waffen-SS: Geschichte in 1.115 Bildern") vorzustellen, indem die Waffen-SS verherrlicht wird. Angekündigt hatten sich drei SS/HIAG-Funktionäre:

— Hubert Meyer, Leibwächter Hitlers, später Kommandeur der 12. Panzerdivision;
— Walter Harzer, Offizier der SS-Division Hohenstaufen; und
— Richard Schulze-Kossens, persönlicher Adjutant Hitlers („Guardian", 18.11.77).

Mehrere Labour-Abgeordnete, verschiedene jüdische und antifaschistische Organisationen (darunter die neu gegründete „Anti-Nazi League") protestierten gegen den geplanten Nazi-Auftritt und forderten die Ausweisung bzw. das Verbot der Einreise für die Nazis. Dabei wurde u.a. auf den Urteilsspruch des Internationalen Militärgerichts in Nürnberg verwiesen, in dem die Waffen-SS als verbrecherische Organisation verurteilt wurde.

Noch am 15.11. war die Antwort des Labour-Innenministers Jenkins und des Premierministers Callaghan lediglich, dies sei eine Sache, für die Einwanderungsbehörden zuständig seien — das geforderte Verbot könne also nicht von ihnen ausgesprochen werden („Guardian", 16.11.77).

Nach dem Bekanntwerden weiterer Einzelheiten (u.a. durch die Berichterstattung in bürgerlichen Zeitungen wie „Guardian" und „Observer" erließ das Innenministerium schließlich doch einen Ausweisungsbefehl für Meyer und Harzer. Harzer wurde daraufhin bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Heathrow am Mittwoch gleich wieder in die BRD zurückgeschickt. Während Schulze-Kossens nach mehrtägigem

stattung in bürgerlichen Zeitungen wie „Guardian" und „Observer" erließ das Innenministerium schließlich doch einen Ausweisungsbefehl für Meyer und Harzer. Harzer wurde daraufhin bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Heathrow am Mittwoch gleich wieder in die BRD zurückgeschickt. Während Schulze-Kossens nach mehrtägigem

England-Aufenthalt stillschweigend abfuhr, konnte Meyer jedoch — trotz Ausreisebefehls — auf der Pressekonferenz auftreten. Dabei wurde er von der Polizei vor empörten Antifaschisten geschützt. Daß es sich um eine wohlgeplante Provokation handelte, geht aus den Einzelheiten über die britischen Helfershelfer der HIAG hervor:

— Der Kontaktmann, bei dem zumindest einer der SS-Leute wohnte, ist ein Jonathan Guiness. Er ist ein nicht unbekanntes Mitglied der Konservativen Partei und ehemaliger Vorsitzender des „Monday-Clubs", in dem sich die rechtesten Konservativen zusammenfinden. Guiness trat vor einiger Zeit mit dem Vorschlag hervor, Gefangene mit langen Haftstrafen sollten Rasierklinken ausgehändigt bekommen, ...damit sie Selbstmord begehen könnten! („Guardian", 19.11.77). Es ist offenbar k e i n Zufall, daß dieser Guiness der Stiefsohn des früheren britischen Faschistenführers und Hitler-Verehrers Oswald Mosley ist.

— Das SS-Buch — herausgegeben vom HIAG-Verlag „Muni" — das Meyer der Presse vorstellte, wird in England von Patrick Hinchy vertrieben. Hinchy ist offizieller Repräsentant des britischen Ablegers des HIAG-Verlages („Munin UK"). Außerdem ist er der Schwiegersohn Meyers („Observer", 20.11.77). Bislang hatte er sich noch nie mit Verlagsgeschäften befaßt...



Niemals wieder — Proteste während der Pressekonferenz des SS-Verbrechers Hubert Meyer (am Mikrofon) in London



Niemals wieder — Proteste während der Pressekonferenz des SS-Verbrechers Hubert Meyer (am Mikrofon) in London

Beiläufig wurde bekannt, daß die SS-Leute nicht der einzige westdeutsche Besuch waren, der sich in letzter Zeit bei britischen Faschisten-Freunden aufhielt: Am 11. November war Manfred Roeder, Nazi-Freund des Rassisten Christophersen („Auschwitz-Lüge") in London. Trotz unverzüglichen Protestes von Antifaschisten reagierte das Innenministerium nicht. So konnte Roeder bei der Rassistengruppe „St. Georgs-Liga" auftreten, mit der er bereits seit längerem in Kontakt steht („Guardian", 17.11.77).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN

KURZMELDUNGEN

In der Nacht vom 20. auf den 21. November fanden ca. 15 Sprengstoffattentate gegen Hochspannungsmasten und -leitungen sowie gegen Büros der staatlichen französischen Energiegesellschaft EDF und gegen Baufirmen, die an AKW-Einrichtungen arbeiten, statt. Am schwersten traf es die Hochspannungsleitung von den Alpen nach Paris.

Die Verantwortung für die Attentate hat eine Gruppe mit der Abkürzung C.A.R.L.O.S. („Coordination Autonome des Revoltes en Lutte Ouverte contre la Societe" = Autonome Koordination der Rebellen im Kampf gegen die Gesellschaft) übernommen. In einem Kommunique, das sie über „Liberation" übermittelten, schreibt die Gruppe: *„Die derzeitige forcierte Entwicklung der Atomenergie ist eine unwiderrufliche Wahl, die uns der Kapitalismus aufzwingt [. . .]*

Es ist notwendig, mehr Sabotageaktionen durchzuführen, die die Herrschenden unmittelbar in ihren wirtschaftlichen Interessen treffen und die es möglichen, den Bau von AKW-Einrichtungen zu verzögern oder sogar zu stoppen. Die Atomenergie ist nur eine der offensichtlichsten Seiten der allgemeinen Ausbeutung durch den Kapitalismus, der nur durch die Selbstorganisation der Individuen und dadurch, daß wir alle Aspekte unseres täglichen Lebens selber in die Hand nehmen, zum Scheitern gebracht werden kann." („Liberation", 22.11.77)

In Reims unterzeichneten 90 Ärzte eine Protesterklärung gegen die Agentur Securex, deren einzige Aufgabe es ist, kranke Arbeiter zu Hause aufzusuchen und Einzelheiten über ihre Krankheit auszuspionieren. Oft kommt es nach plötzlichen Besuchen der securex vor, daß Kollegen vor Ende ihrer Krankschreibung gezwungen werden, wieder zu arbeiten.

Nach einer Kontrolle durch Securex wurde ein Arbeiter, der sich in Absprache gegen eine vorzeitige Arbeitsaufnahme widersetzt hatte, entlassen. Sofort fand eine Protestversammlung von Ärzten statt, auf der sie ein Protestschreiben gegen Securex verabschiedeten und zu einer Kampagne gegen die Schnüffelpraktiken aufriefen. 30 Ärzte machten ein go-in bei der Firma des Gekündigten, wo sie von Bullen vertrieben wurden („Liberation", 19.11.).

Die Verweigerung des in der französischen Verfassung garantierten Rechts auf politisches Asyl im Fall von Croissant macht Schule: Sieben baskische Flüchtlingen wurde am 16.11. mitgeteilt, daß sie Frankreich in einem Monat verlassen müßten. Bereits im letzten Monat wurden 27 Basken der Status des politischen Flüchtlings verweigert. Auch hier schlägt sich jeder Druck aus Madrid in sofortiger Repression gegen die Basken im Exil nieder. Eine Ausweisung der Basken stellt für viele von ihnen eine große Gefahr dar, da sog. „taten mit schwerer Gewalt" nicht unter die vielgepriesene spanische Amnestie fallen.

***

Auf der Insel Noirmoutiers (bei Nantes, Süd-Bretagne) fanden am 5./6.11. während 48 Stunden Barrikadenkämpfe der Bevölkerung gegen die CRS statt. Hintergrund ist die Verbitterung über die wirtschaftliche Ausbeutung der Bretagne und den landschaftszerstörenden Massentourismus; unmittelbarer Anlaß war die Erhöhung der Brückengebühren. Während die Inselbewohner bis zum 31.10. einen billigeren Tarif aber immerhin pro Benutzung DM 1,50) als die Touristen bezahlen mußten, wurden ab 1.11. die Preise für Touristen gesenkt und für Inselbewohner erhöht. Am 3.11. blockierten daraufhin Inselbewohner die Brückenzufahrt. Am Wochenende 5./6. fand eine regelrechte Schlacht mit den Bullen statt: Die Demonstranten zündeten Autoreifen auf ihren Barrikaden an, bewarfen die CRS mit Steinen, legten Nagelbretter für deren Wagen aus und zogen Sacheldraht quer über die Brücke. Die Reaktion der CRS-SS-Bullen war unglaublich brutal: mehrere Verletzte (darunter Frauen und Kinder), ein Bürgermeister bekam eine Tränengasgranate mitten ins Gesicht, einem anderen der örtlichen Politiker, die zum Boykott der Erhöhung aufgerufen hatten, wurde der Schenkel mit Gewehrkolben verletzt, Autos der Inselbewohner wurden durchgefilzt und mehrere Cafes in Tränengasnebel eingehüllt. (Liberation, 9.11.)

***

6000 Menschen, davon die Hälfte ausländische Arbeiter, demonstrierten gegen die geplanten ausländerfeindlichen Maßnahmen des Staatssekretärs Stoleru (siehe AK 117). CGT und CFDT unterstützen die ausländischen Arbeiter leider kaum in ihrem Kampf; die Mobilisierung zur Demonstration wurde weitgehend von den Sonacotra-Komitees getragen. Die Sonacotra ist eine halbstaatliche Gesellschaft, in deren Wohnheimen ausländische Arbeiter seit drei Jahren einen Mietstreik durchführen, der zum Symbol des Emigrantenprotestes geworden ist.



Demonstration von 6.000 gegen Rassismus

Parteitag der Communist Party

Der Parteitag der britischen Communist Party (CP) wurde von der bürgerlichen Presse „Eurokongreß" genannt. Der 4-tägige, von 401 Delegierten besuchte Kongreß, der am 14. November zu Ende ging, zeigte zwar wenig konkrete Ergebnisse, brachte allerdings die sich seit längerer Zeit abzeichnende Entwicklung nach rechts in Richtung Eurokommunismus zu einem gewissen Abschluß insofern, als ein Programm mit weiteren Abstrichen an eine linke Politik beschlossen wurde.

Eine klare Distanzierung oder auch nur offene Kritik an der Sowjetunion wurde nicht laut, auch den Begriff „Eurokommunismus" lehnte die Partei kategorisch ab: *„die britische Partei suche nicht einen europäischen Kommunismus im Gegensatz zum sowjetischen, sondern einen britischen Weg"* (NZZ, 18.11.77).

So nahm auch das sowjetische Politbüromitglied Kunajew am Parteitag teil.

In Resolutionen forderten die Teilnehmer den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Südafrika, wirtschaftliche Maßnahmen gegen Südafrika und forderten für die britischen Werktätigen Arbeitszeitverkürzung, längeren Urlaub und höhere Löhne. Die Forderungen der gegenwärtigen Streiks wurden von fast allen Delegierten unterstützt, und ein einheitlicher Beschluß wurde gefaßt zum Kampf gegen den Faschismus. (Alle Angaben nach Socialist Worker vom 19.11. und Guardian vom 14.11.)

Der Generalsekretär der CP sprach sich in seiner Rede für den „Demokratischen Zentralismus", und auch für den „Marxismus-Leninismus" aus (Economist, 19.11.).

Gleichzeitig fand das Bekenntnis zur „Pluralistischen Gesellschaft" die Zustimmung der Delegierten.

Es wurde betont, daß die CP im Falle einer Machtübernahme (durch Wahlen — versteht sich) keinesfalls irgendwelche Parteien verbieten würde, auch offene Feinde des Sozialismus (genannt wurde ausdrücklich die faschistische "National Front"!) dürften ungehindert weiter ihre Ziele propagieren. Immerhin stimmten 66 Delegierte gegen diesen Punkt im Programm.

Der Parteitag stimmte dem „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" zu und gab der „Diktatur des Proletariats" eine klare Absage. In seiner Rede forderte McLennan die Annäherung der CP an die Labourparty, bzw. an deren linken Flügel. Er sagte, *„Sozialismus muß in GB aufgebaut werden durch eine Reihe von linken*

Fortsetzung auf Seite 52

Fortsetzung von Seite 51

Labourregierungen, unterstützt von einer einflußreichen und vergrößerten CP". Deshalb sei es notwendig, die Labourparty für linke Politik zu gewinnen (nach „Times", 14.11.).

Änderungsanträge zu diesem neuen Programm, die vor allem von Linken kamen, wurden alle mit Mehrheiten im Verhältnis von 6 zu 1 abgelehnt (NZ, 18.11.). Bemerkenswerterweise wurde Spaltungstendenzen und eine im Sommer vollzogene Spaltung auf dem Kongreß nicht diskutiert. Unter der Leitung von Sidney French hatte sich damals die "Neue CP" gegründet, die sich mit einer "linken", mehr an der Sowjet-Union orientierten Kritik gegen das neue Programm wendet. Vor dem Kongress gab es einige 100 Austritte und jetzt werden weitere folgen. Wie schon das Ex-Mitglied Jimmy Reid, der vor über 1Jahr aus der CP austrat und inzwischen einen Aufnahmeantrag bei der Labour Party gestellt hat, siedeln sich die meisten auch jetzt am linken Flügel der Labourparty an. Nur weinige treten zu wirklich linken Organisationen wie der Socialist Worker Party oder Big Flame, über (Guardian, 14.11.).

Die Krise der CP drückt sich deutlisch in einigen Zahlen aus: In den letzten 5Jahren ist die Mitgliederzahl um 5000 auf nur 25000 gesunken. Bei den letzten Parlamentswahlen erhielt die CP weniger Stimmen als sie Mitglieder hat, nämlich 17.426 (NZ, 18.11.). Im Moment hält die CP von allen Stadt- und Bezirksratssitzen in GB nur 8(Economist, 19.11.). Die Tageszeitung der CP, der "Morning Star" hat eine Auflage von 38.000, und arbeitet mit großen Defiziten, obwohl laut "Economist" etwa die Hälfte der Auflage von RGW-Staaten aufgekauft wird. Wenn diese Stützungskäufe ausblieben, weil die CP sich zu sehr von der SU abgrenzt, wäre das das Ende des Morning Star.

Diese negative Bilanz wurde auf dem Parteitag so gut wie nicht diskutiert. Die einzige Antwort auf diese Probleme wurde im "breiten Bündnis" gesucht, an dem alle, "außer den Kapitalisten", teilnehmen sollen. Die Labourmitglieder, mit denen die CP ausdrücklich zusammenarbeiten will, sind u.a. Jack Jones und Tony Benn, die das Lohnraubabkommen der Regierung voll unterstützen.

Die bürgerliche Presse schätzt diesen "Eurokongress" mit Genugtuung als einen weiteren Schritt zum "Untergang" der CP ein (Guardian, Times, Economist). Es bleibt abzuwarten, ob die Labourpartei sich weiterhin sträubt, wie im Falle von Jimmy Reid austretende CP-Mitglieder aufzunehmen. Die revolutionäre Linke verzeichnet unterdessen Übertritte vor allem von jüngeren CP-Mitgliedern.

Englandkommission

Windscale — seit einem Jahr radioaktives Leck unentdeckt

Seit mindestens Oktober 1976 sickern etwa 500 Liter radioaktiv verseuchtes Wasser täglich aus einem Behälter, in dem verbrauchte Magnox-Brennstäbe unter Wasser gelagert werden. Das eigentliche Leck konnte immer noch nicht entdeckt werden, obwohl die Tatsache seit mehr als einem Jahr bekannt ist. Damals hatten die Betreiber die Wiederaufbereitungsanlage Windscale zunächst versucht, das Leck zu vertuschen. Als es trotzdem bekannt wurde, waren die PROTESTE so groß, zu ihrer Besänftigung die „Windscale-Untersuchung" angesetzt wurde, bevor die Anlage erweitert wird. Nach wie vor behaupten die Betreiber, daß das Leck völlig ungefährlich sei, obwohl in der auslaufenden Flüssigkeit Caesium und Strontium 90 enthalten sind und sich die Werte beider Elemente bei jüngsten Messungen in der Gegend erhöht haben.

Englandkommission

Nach Windscale — erste Proteste

London. Wie von Arthur Scargill, dem Führer der Bergarbeiter aus Yorkshire, schon bei seinem Auftreten vor dem Windscale Untersuchungsausschuß Mitte September angekündigt, fand Mitte November eine Protestversammlung („Lobby") im Londoner Unterhaus (!) statt, mit etwa 600 Teilnehmern die unseres Wissens größte

haus (!) statt, mit etwa 600 Teilnehmern die unseres Wissens größte

Aktion bisher für die Abschaffung der Atomkraft und forcierte Förderung von Alternativenergien. Veranstalter war die Dachorganisation „Energie 2000" unter ihrem Vorsitzenden Arthur Scargill, in der sich verschiedene Umweltschutzgruppen, mehrere Bezirke der Bergarbeitergewerkschaft NUM und die Umweltschutzausschüsse der bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen haben.

„Energie 2000" wendet sich besonders gegen den Bau schneller Brüter, da deren Entwicklung ‚höhere Atomkriegsgefahr, Ermutigung für Terroristen und Errichtung eines Polizeistaates zur Sicherung des Plutoniums' bedeute.

Das Stadium, in dem sich der Anti-Atom-Protest in Großbritannien heute noch befindet, wird dadurch deutlich, daß auf der Veranstaltung sogar Energieminister Benn auftreten durfte. Er wies den Vorwurf, die Regierung handle kurzsichtig mit ihrer

durfte. Er wies den Vorwurf, die Regierung handle kurzsichtig mit ihrer

Energiepolitik, zurück und begrüßte die Lobby als *„kraftvollen Ausdruck demokratischer Gepflogenheiten"*. Das demokratische Element wäre möglicherweise wichtiger als die Probleme. *„In Deutschland wäre zu einer Versammlung wie dieser wahrscheinlich schon die Bereitschaftspolizei angerückt. Hier laden wir die Menschen zu uns ein, damit sie uns sagen können, was sie denken"*. Bisher scheint das noch ganz gut zu klappen . . .

(Nach „Guardian" v. 15.u.17.11.77)

Englandkommission

Leyland-Boss Dobson muß gehen

London. Nach allzu offenherziger Äußerung seiner chauvinistischen und arbeiterfeindlichen Einstellung mußte Leyland-Boss Richard Dobson Ende Oktober seinen Hut nehmen. Die linke Zeitung „Socialist Challenge" (herausgegeben von der „International Marxist Group", der Bruderorganisation der GIM) hatte Tonbandaufzeichnungen von einem Kapitalistentreffen veröffentlicht, auf dem der Aufsichtsratsvorsitzende des britischen Autokonzerns sich u.a. zu Gerüchten geäußert hatte, daß sich Leyland Exportaufträge durch Zahlung von Schmiergeldern sichert. Vor einem halben Jahr hatter er noch öffentlich erklärt, so etwas gäbe es nicht bei Leyland, während er nun in vertrauter Runde meinte, es sei doch ganz ehrenwert, „ein paar Mohren zu schmieren" (wobei er das rassistische Schimpfwort „wogs„ benutzte).

Im Hinblick auf den Grunwick-Streik ließ er in gleichem Tonfall verlauten, daß es den „einfachen englischen Arbeiter kaum krätze, wenn in Nordlondon ein paar Schwarze unterbezahlt würden". Zu den Gewerkschaften meinte er, daß diese Ende der 60er Jahre etwas zu mausig geworden wären, und hob die Verdienste der damaligen Labour-Ministerin Barbara Castle 'hervor, die mit einem Entwurf für ein Antistreikgesetz den Kampf gegen die Macht der Gewerkschaften angeführt hätte. Daß die Forderungen einiger Labourabgeordneter sowie der Leyland Shop stewards nach seinem Rücktritt bereits am Tag darauf Erfolg hatten, liegt wohl besonders am Interesse der Regierung, die Bestechungspraktiken bei Leyland nicht erneut zum Gegenstand öffentlicher Debatten werden zu lassen. Nach Angaben des „Socialist Worker" vom 29.10.77 ist Dobson außerdem Direktor beim Tabakgiganten BAT und bei der Exxon Corporation (Muttergesellschaft der „Esso").



Kapitalist Dobson beim „Arbeitsessen"

Dänemark

Faschist Hetler — „ein staatlich bezahlter Bandenchef"

So kommentierte die dänische Tageszeitung „Ekstra Bladet" am 18.11. neue Enthüllungen über die Tätigkeit des Herausgebers der faschistischen Zeitung „Minut" und dessen Zusammenarbeit mit dem militärischen Geheimdienst FET. Gegenwärtig tagt in Kopenhagen ein Sondergericht, das die Aufgabe hat, Verbindungen der FET-Spitze zu dem von Hans Hetler lange Jahre unterhaltenen Spionagering zu überprüfen. Dieses Sondergergericht wurde bereits am 13. Juli dieses Jahres einberufen, nachdem besonders die Enthüllungen von „Ekstra Bladet" in der dänischen Öffentlichkeit breite Kreise gezogen hatten. Um zu verdeutlichen, um was für eine Type es sich bei diesem Hans Hetler handelt, einige Fakten, die besondere Empörung auslösten:

Hetler hatte eine Kartei mit Namen von 60.000 dänischen Linken angelegt.

Hetler unterhielt einen Spionagering zur Bespitzelung Linker, großenteils an den Hochschulen.

Hetler ist jetzt dabei – in Zusammenarbeit mit seinem Nazi-Freund Erik Haaest – eine Kartei von Gegnern der Todesstrafe anzulegen (womit er allerdings sehr viel zu tun haben dürfte!).

Hetler gab kürzlich öffentlich zum Besten, daß man alle Gegner des Faschistenblattes „Minut" als Geiseln nehmen sollte.

Solange es bei Enthüllungen in der dänischen Presse nur um die Tätigkeit Hetlers ging, war es für die dänische Regierung einfach, dies als reine „Spinnereien" abzutun. Recht frühzeitig jedoch wurde offensichtlich, daß zwischen Hetler und FET eine reichlich gute Zusammenarbeit bestanden hatte. So war der direkte Verbindungsmann Hetlers der frühere zweite Leiter des FET, Ulrich Schmidt, der heute Personalchef bei der größten dänischen Reederei A.P. Möller ist.

Von seiten der Regierung, insbesondere dem früheren Verteidigungsminister Orla Möller, wurde nach den ersten Enthüllungen in „Ekstra Bladet" im Sommer dieses Jahres schützend die Hand über den FET gedeckt und eine Verbindung höchster FET-Dienststellen zur Hetler-Bande sowie direkte Aufträge des FET an Hetler abgestritten. Mittlerweile wurde der Justizminister Orla Möller ausgewechselt. Er stolperte über die FET-Affäre und über die politische Ausweisung des Mexikaners Jaime Martinez.

Das Sondergericht soll jetzt einen Bericht über die Verbindungen FET – Hetler vorlegen, obwohl davon nicht allzu viel zu erwarten ist. So kommentierte „Ekstra Bladet" am 18.11.: *„Aber nach außen hat sich die Arbeit des Sondergerichts faktisch so dargestellt, daß es wohl weniger darum geht, die Sache aufzuklären, sondern mehr darum, den FET zu schützen. Der Schutz ist dadurch gewährleistet, daß alle früheren und jetzigen FET-Offiziere hinter verschlossenen Türen verhört wurden. Ein viertelstündiges, aber total belangloses Verhör des jetzigen FET-Chef Oberst M. Sund ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt."*

Aber trotz aller Versuche, die Zusammenarbeit zwischen FET und Hetler zu verschleiern und die Verhandlung vor dem Sondergericht zu verschleppen, sind wieder interessante Fakten ans Tageslicht gekommen. Nach „Ekstra Bladet" (18.11.) ist folgendes erwiesen:

Der FET hat Hetler und seinen Spionagering vorsätzlich „benutzt" und Hetlers Rekrutierung bzw. die seiner „Mitarbeiter" wurde von höchster FET-Stelle angeordnet.

Hans Hetler und dessen „Verbindungsmann" Ulrich Schmidt unterhielten eine Tarnorganisation mit dem Namen „Komitee zum Schutz der Verfassung", unter deren Namen der FET Linke bespitzeln ließ. Wer und was „observiert" werden sollte, war dem Gespann Hetler/Schmidt nicht nach Lust und Laune überlassen, wie lange Zeit von staatlicher Seite behauptet wurde, sondern alle Bespitzelungen erfolgten auf direkte Bestellung des FET-Hauptquartiers. Eine solche „Bestellung" war z.B. der Auftrag an Hetlers Spionagering, die Generalversammlung der Kriegsdienstgegner am 26. September 1970 zu bespitzeln. Die Ergebnisse dieser Arbeit flossen nachweisbar in Hetlers Kartei der 60.000 Linken ein. Laut „Ekstra Bladet" hat der oberste FET-Offizier Erik Fournais („Ekstra Bladet": „der FET-Bandenchef") auch seine Untergebenen zu kriminellen Handlungen aufgefordert, nämlich zum Dokumentendiebstahl.

In diesem Bereich der (auch dem dänsichen Gesetz nach) kriminellen Handlungen fällt vor allem aber, daß die Kartei Hetlers mit den Namen von 60.000 Linken ebenfalls vom FET (zumindest) unterstützt wurde und diesem direkt zugute kam. Denn eine Registrierung von Menschen auf Grund ihrer politischen Überzeugung ist nach einem 1969 vom Folketing erlassenen Gesetz verboten. In der Zeit zuvor hatte es eine massive Bespitzelung von Linken, insbesondere der Studentenbewegung, durch Geheimdienststellen gegeben – das kam jedoch ans Licht der Öffentlichkeit und löste breite Empörung aus. Daraufhin wurde das berüchtigte Formular E 1013 – Registrierung „politischer Gegner" – verboten und jetzt wieder vom FET angewandt!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Reaktionäre Kampagne gegen Abteibung

Dänemark. Am 11. November brachte die reaktionäre „Kristelig Folkeparti" im Folketing einen Gesetzesvorschlag zur Aufhebung des relativ liberalen dänischen Abtreibungsgesetzes ein. Dieser Gesetzentwurf ist im Folketing noch nicht abgestimmt; es steht jedoch 100%ig fest, daß er abgelehnt wird, da sich ansonsten alle Parteien in der Folketingsdebatte dagegen ausgesprochen haben. Jedoch ist die von der „Kristelig Folkeparti" sowie einer „Vereinigung von Ärzten zum Schutz des ungeborenen Lebens" angezettelte Kampagne nicht zu unterschätzen und nimmt in den letzten Wochen immer schlimmere Formen an.

1974 wurde in Dänemark das bis dahin bestehende reaktionäre Gesetz — nicht zuletzt wegen der breiten Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit der Frauenbewegung „Rödströmper" — aufgehoben. Nach dem alten Gesetz war eine Abtreibung nur möglich bei sozialer und medizinischer Indikation, wodurch die Frauen natürlich der Willkür der Ärzte und Krankenhäuser ausgeliefert und zum großen Teil zu einer illegalen Abtreibung beim Kurpfuscher gezwungen waren. Das 1974 verabschiedete Gesetz brachte für die Frauen eine Erleichterung, auch wenn damit die Forderung der Frauenbewegung nach Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper nicht erfüllt wurde. Nach dem neuen Gesetz gibt es eine dreimonatige Fristenlösung. Die Frauen müssen sich einer „Beratung" unterziehen, die in vielen Fällen im „Abraten" besteht. Aber die Ärzte und Krankenhäuser sind zur Durchführung der Abtreibung verpflichtet, und die Abtreibung wird von der Krankenkasse bezahlt.

Die Kampagne der „Kristelig Folkeparti", des besagten Ärztevereins und natürlich der Kirche wird unter der Parole vom „Schutz des ungeborenen Lebens" und gegen den angeblichen „Egoismus" der Frauen geführt. Bestandteil dieser Hetzkampagne ist eine Dia-Serie, die von einer Oberärztin im Fernsehen und an Schulen (!) vorgeführt wurde. In dieser Dia-Serie werden Bilder aus den Konzentrationslagern der Nazis mit Mülleimern voller Embryos und Lastwagen ermorderter Juden gezeigt. Den Schulkindern wurde „beigebracht", daß Abtreibung genau dasselbe ist, eben auch „Mord"! In ekelhaften Prospekten werden außerdem Seite für Seite zerstückelte Embryos abgebildet, um den Frauen so richtig Schuldgefühle einzuimpfen. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, ein angeblich nach zehn Wochen abgetriebener, zerstükkelter Embryo abgebildet mit der Unterschrift: *„Ein Embryo — nach 10 Wochen abgetrieben nach der Absaugmethode, mit 29mal so großer Kraft wie der eines Staubsaugers."* Dazu werden „sprechende Embryos" erfunden, die z.B. zu ihren Eltern sagen: *„P.S. Was war das doch, was ich gestern jemanden zu euch sagen hörte? Daß ich nur ein kleiner Schleimfleck bin? Mir wurde so bange, und ich wurde wütend, daß das Herz in meiner Brust anfing zu hämmern..."*

Gleichzeitig werden von den Verfassern dieser Broschüren Horrormeldungen über den Anstieg der Abtreibungen nach dem neuen Gesetz veröffentlicht, wobei natürlich „vergessen" wird, wie hoch die Zahl der illegalen und für die Frauen oft tödlichen Abtreibungen vor der Reform war.

Die Kampagne der „Kristelig Folkeparti" zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht zufällig. Sie ist Bestandteil auch anderer Versuche, den Frauen „Heim und Herd" und damit ihre „Verantwortung für die Familie" schmackhafter zu machen.

Von den 150.000 Arbeitslosen in Dänemark sind über die Hälfte Frauen, obwohl die Frauen nur 40% der Beschäftigten ausmachen. So wurde der Gesetzesvorschlag der „Kristelig Folkeparti" und dessen besondere Gefährlichkeit auch von der linksliberalen Tageszeitung „Information" am 15.11. wie folgt kommentiert: *„Der Abtreibungsgesetzentwurf ist charakteristisch für KF; und gerade in einer Situation, wo diese Partei bei Meinungsumfragen schlecht abschneidet, versucht sie natürlich, auf Dinge aufmerksam zu machen, die sie von anderen Parteien unterscheiden. Aber der Entwurf ist heute besonders gefährlich, wo er wie die Faust aufs Auge zu den Zielen des Kapitals paßt, die Frauen vom Arbeitsmarkt wegzuschikken — zurück ins Heim und zu den Kindern."*

Die „Kristelig Folkeparti" hat gerade in letzter Zeit viel mit frauenfeindlicher Politik von sich reden gemacht. So machte sie sich für erhebliche „Einsparungen" bei Kindertagesstätten, stattdessen für staatliche Zuschüsse an kinderreiche Familien und Ausbildung von mehr Mädchen in Familien stark. Gleichzeitig betreibt diese Partei eine Kampagne gegen eine Erhöhung des Kindergeldes für ledige Mütter, gegen Sexualaufklärung und Verhütungsmittel. Diese ganze Kampagne wird von der „Kristelig Folkeparti" sowie den ihr nahestehenden Ärzten und der Kirche obendrein auch noch als ein „Weg der Erleichterung" für die Frauen verkauft — brrrrrr!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Glistrup: „Es stehen genügend Henker zur Verfügung . . .“

Dänemark. Am 8.11. war in der dänsichen Presse bekanntgegeben worden, daß die faschistoide Fremskridtsparti noch in diesem Jahr einen Gesetzesvorschlag im Folketing vorlegen will, der die Einführung der Todesstrafe für Terroristen vorsieht (s. AK 117). Die Todesstrafe soll nach dem Willen dieser Partei angewandt werden bei Mitgliedschaft in einer „Terroristenbande“, Flugzeugentführung und Geiselnahme, und wenn bei der Ausweisung in ein anderes Land keine entsprechende Bestrafung zu erwarten ist. Das Ganze geschieht mit dem Ziel, ein „Übergreifen des Terrorismus nach Dänemark“ zu verhindern. Glistrup und seine Fremskridtsparti haben sich jetzt genüßlich darüber ausgelassen, daß an sich die Bedingungen in Dänemark bestens seien, um endlich die Todesstrafe einzuführen. Glistrup hat in einer seitenlangen Schrift seinen Gesetzesvorschlag ausgemalt. Hierunter befinden sich allein 12 Paragraphen, die behandeln, wie die „Terroristen“ hingerichtet werden sollen. Es folgen acht Seiten über die „positiven Erfahrungen“ mit der Todesstrafe in anderen Ländern. Eines der Hauptprobleme in dieser widerwärtigen Ausmalung der verschiedenen Hinrichtungsformen scheint für Glistrup darin zu bestehen, daß sich auch genügend Henker finden. Aber da weiß er seine faschistischen Anhänger zu beruhigen: *„Menschen zu finden, die freiwillig bei der Hinrichtung mitwirken wollen, scheint keine Probleme zu schaffen. Die Situation nach einer Terroraktion, wie sie im Vorschlag beschrieben wird, wird ohne Zweifel so sein, daß eine ganze Reihe sich melden werden, auch aus den Kreisen der Spezialisten im Scharfschießen, der Spezialisten im Spritzengeben, ohne zu pfuschen – oder welche Hinrichtungsform gerade angewandt werden soll“.*

Die Vorschläge von Glistrup, für die er die Flugzeugentführung nach Mogadischu ausnutzte, sind auf breite Empörung gestoßen. So kommentierte „Ekstra Bladet“: *„Unseres Wissens hat es in Dänemark noch nie ein Gesetz gegeben, das eine Lynchstimmung als notwendige Voraussetzung zu seiner Durchführung machte. Aber so etwas ist eben in dem Vorschlag der Fremskridtsparti gegeben“.*

Dänemark-Kommission KB/Gruppe Flensburg



Will Todesstrafe: Mogens Glistrup

Neues über das Schicksal von J. Martinez

Dänemark. Am Samstag, den 20.11. fand in Kopenhagen das angekündigte Tribunal gegen die Ausweisung des Mexikaners Jaime Martinez statt (vgl. dazu AK 111-117). Dieses Tribunal wurde mit 600—700 Besuchern und der Beteiligung eines breiten politischen Spektrums von „Anklägern“ und Augenzeugen ein Erfolg.

Die Rechtsanwälte Jaimes gaben bekannt, daß sie einen Brief von ihm erhalten hätten, woraus hervorging, wie es ihm heute geht: Er ist sofort bei seiner Ankunft in Mexiko verhaftet worden. Die nächsten 4 Tage ist er mit verbundenen Augen einem strengen Verhör unterzogen worden. Nun ist er zwar aus der Haft entlassen worden, befindet sich aber unter strengster polizeilicher Aufsicht.

Bei diesem Tribunal berichtete der in Skandinavien bekannte Journalist Jan Guillou — er ist wegen seiner Enthüllungen über die Arbeit des schwedischen Geheimdienstes IB im schwedischen „Aftonbladet“ bekannt geworden — folgendes: In Schweden ist dem Bruder von Jaime ein Spionage-Prozeß gemacht worden; nachdem Jaimes Bruder deswegen aus Schweden abgeschoben worden ist, stellt sich nun die Falschheit der Anklage heraus. Die damaligen „Beweise“ für die angebliche „Spionage“ stammten ausschließlich vom mexikanischen Geheimdienst. Der einzige wirkliche Grund für die Verfolgung der beiden Brüder liegt in deren politischer Anschauung.

Selbst der Vorsitzende des parlamentarischen Rechtsausschusses, der Sozialdemokrat Ole Espersen, sagte: *„Die Ausweisung des Mexikaners ist eine Auslieferung!“*

Die Breite des Protestes läßt hoffen, daß die sozialdemokratische Regierung bei ihrem antidemokratischen Kurs noch einige Schwierigkeiten haben wird! (Alle Informationen: „Extra-Bladet“, 21.11.77).

Aufhebung des Asylrechts?

Dänemark. Auf der Grundlage der „Europaratskonvention zur Bekämpfung des Terrorismus“ hat der dänische Justizminister Erling Jensen einen Entwurf zur Änderung der dänischen Strafgesetze vorgelegt. Bislang dürfen in Dänemark aus politischen Gründen Verfolgte nicht ausgeliefert werden. Auch Auslieferungen in ein Land, in dem die Todesstrafe besteht, wurden vom Gesetz ausgeschlossen. Mit der Gesetzesänderung soll nun einer ganzen Liste von Taten (Flugzeugentführung, Angriffe auf Regierungsvertreter ...) jede politische Bewertung abgesprochen und als rein kriminelle Aktionen behandelt werden. Auch der Versuch solcher Aktionen sowie die Beteiligung und der Beteiligungsversuch daran sollen ausreichend für eine Auslieferung sein. Was von den Beteuerungen der dänischen Regierung zu erwarten ist, jeden Fall genau zu überprüfen, hat der Fall des Mexikaners Martinez gezeigt. Dieser wurde völlig willkürlich unter Terroristenverdacht ausgewiesen.

Die Gesetzesänderung, der eine Mehrheit im Parlament sicher ist, soll am 1. April nächsten Jahres in Kraft treten (Angaben nach „Berlingske Tidende“, 19.11.).

Dänemark-Kommission KB/Gruppe Flensburg

Schweden

Teilerfolg für streikende Hafenarbeiter

Schweden. Nach 4 Wochen Streik faßten die 143 Hafenarbeiter des Stockholmer Freihafens auf einer dreistündigen Vollversammlung mit 49 gegen 44 Stimmen den Beschluß, ihren Streik abzubrechen (vgl. AK 117).

Hintergrund für diesen Beschluß war die Drohung der Aussperrung. Der kleine Hafenarbeiterverband sah sich nicht in der Lage, eine weitere Ausweitung des Konflikts durchzustehen, da er u.a. bei seinem Verlassen der LO (Dachorganisation der Gewerkschaften, entsprechend dem DGB) seine Streikkasse an die LO verlor und deshalb große Schwierigkeiten hatte, über so lange Zeit den Streik durchzuhalten. Unterstützt wurden die Hafenarbeiter durch Stände und Sammlungen z.B. des Stockholmer Chilekomitees und anderer fortschrittlicher Initiativen.

Der Streik war mit größter Disziplin durchgeführt worden. So kamen an jedem Morgen die Hafenarbeiter zum Hafen und hielten Streikwache, es fanden regelmäßig Vollversammlungen statt, auf denen die jeweilige Lage eingehend diskutiert wurde.

Ist der Abbruch des Streiks eine Niederlage? Sicherlich nicht! Es ist dem Hafenarbeiterverband durch den Streik gelungen, als Tarifpartner anerkannt zu werden. Es ist den 143 streikenden Mitgliedern des Verbandes weiterhin gelungen, ein Vermittlungsangebot von 8,4% zu erkämpfen gegenüber dem lächerlichen 5,2%-Abschluß der 50000 Mann starken Transportarbeitergewerkschaft. Außerdem ist es als Erfolg zu werten, daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit nicht das Vermittlungsangebot von 8,4% akzeptiert wurde, sondern daß neue Verhandlungen zugesagt wurden und zwar über die ursprüngliche Forderung der Hafenarbeiter über 15% und das darauf erfolgte Angebot über 10,4%.

Dieser entschlossene Streik hat gezeigt, daß auch lokale Lohnkämpfe Erfolg haben können. Als besondere Pointe ist noch zu erwähnen, daß durch den Kampf des kleinen Hafenarbeiterverbandes auch die in der Transportarbeitergewerkschaft organisierten Arbeiter des Stockholmer Freihafens nicht mit 5,2% abgespeist werden können, da die Freihafengesellschaft, wie ihr Direktor sagte, es sich nicht leisten kann, ihre Arbeiter unterschiedlich zu bezahlen, da dies Zündstoff für einen neuen Konflikt in sich birgt. Gut so!

(nach: Dagens Nyheter vom 11.11.77 und 20.11.77)

Skandinavienkommission

Protest gegen AKW-Barsebäck

Dänemark. Am 2. Dezember wird die Organisation der dänischen AKW-Gegner OOA einen Fackelzug, der den Protest der dänischen Bevölkerung gegen das AKW-Barsebäck manifestieren soll, in Kopenhagen arrangieren. Da Kopenhagen von Barsebäck nur 20 Kilometer entfernt ist, wäre bei einer eventuellen Katastrophe im AKW-Barsebäck auch Kopenhagen von einer atomaren Verseuchung betroffen. Darum auch der starke dänische Protest gegen dieses AKW, der auch im Marsch der 20.000 auf Barsebäck zum Ausdruck kam, bei dem fast die Hälfte der Teilnehmer aus Dänemark kam.

Der Fackelzug soll ein Protest gegen die Passivität der dänischen Politiker im Falle Barsebäck sein; sie weigerten sich bisher, gegenüber der schwedischen Regierung ihren Protest zu formulieren. Gleichzeitig soll die Demonstration in Kopenhagen eine Aufforderung an die schwedische Regierung sein, das AKW-Barsebäck stillzulegen.

Der Fackelzug am 2. Dezember beginnt vor der schwedischen Botschaft in Kopenhagen und findet seinen Abschluß bei der Christiansborg. (Informationen aus „Politiken“, 19.11.77).

Skandinavienkommission



lateinamerika

Kolumbien nach dem Generalstreik

Nach dem Generalstreik vom 14.September in Kolumbien sind die Kämpfe noch nicht beendet. Bei den Petroleumarbeitern und Lehrern und in der Zementindustrie wird weiter gestreikt.

Zu dem Generalstreik hatten alle 4 Gewerkschaftszentralen des Landes aufgerufen, und er wurde im ganzen Land mit über 50% Beteiligung (in Bogota über 80%) befolgt. Alle Gewerkschaften und linken politischen Organisationen haben den Streik als Erfolg, als „eminent politisch“ und als „Massenstreik mit politischem Inhalt“ eingeschätzt.

Die Regierung reagierte mit der „harten Linie“. Der Einsatz von Polizei und Militär forderte zahlreiche Tote, über 100 Verletzte und fast 4000 Verhaftungen. Für 10 Gewerkschaften wurde die rechtliche Anerkennung aufgehoben, wodurch massenweise Entlassungen ermöglicht werden. Andererseits wurde in der Folge des Streiks das Kabinett umgebildet. 2 Mitglieder der liberalen Partei wurden Finanz - und Energieminister; Umbesetzungen im Arbeitsministerium sollen geplant sein. Damit sollen bessere Verhandlungsmöglichkeiten mit der Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden - allerdings ein allzu offensichtliches Manöver. Auch Präsident Michelsen z.B., der für den seit Monaten herrschenden Ausnahmezustand und das blutige Vorgehen gegen die Streikenden verantwortlich ist, gehört der sogenannten liberalen Partei an.



Generalstreik im September

Allerdings wurde eine Untersuchungskommission bestimmt, die die Todesfälle des 14.September „klären soll“ und es wurde die nationale Kommission zur Aushandlung der Löhne und Gehälter einberufen, um in Lohnverhandlungen einzutreten.

Die 4 Gewerkschaftsföderationen vertreten zu diesen Verhandlungen keinen einheitlichen Standpunkt. Die von der KP beeinflußte CSTC boykottiert die Verhandlungen, bis die zentralen Forderungen erfüllt sind:

- Wiedereinstellung der im Zusammenhang mit dem Streik entlassenen Arbeiter
- Untersuchung der „Todesfälle“
- Freilassung aller verhafteten Gewerkschaftler.

Die anderen drei Gewerkschaften haben Delegierte in die nationale Kommission entsandt, trotzdem besteht aber noch eine Aktionseinheit aller 4 Gewerkschaften, um die genannten Forderungen durchzusetzen.

Darüberhinaus wurden zur Durchsetzung der Forderungen in einzelnen Regionen (Barranca Berjemas) Streiks und Demonstrationen durchgeführt. Am 6.Oktober gab es eine Demonstration zur Ehrung der Ermordeten, Freilassung der Gefangenen, Aufhebung der Repression gegen die Gewerkschaften. Die Bewegung, die den Rücktritt des Verteidigungsministers fordert, der für die Polizei - und Militäreinsätze während des Streiks direkt verantwortlich war, wächst.

(nach: „Newsfront International“, November 77 und „Lateinamerikanachrichten“, 1.11.77).

Lateinamerika - Kommission

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Milliardenkredit für Mexiko

Scheels und Genschers Besuch in Mexiko im Herbst dieses Jahres beginnt, sich spürbar „auszuzahlen". Gehörte Mexiko schon in den Jahren 1973 - 1976 zu den Staaten, in denen die BRD neben Spanien und Brasilien am meisten investierte, so wurde jetzt unter führender Beteiligung der Deutschen Bank ein sogenannter „Euro - Kredit" in Höhe von 1,2 MRD.(!) US - Dollar gewährt, zur Verarbeitung und Förderung von Erdöl, eine wahre Zukunftsinvestition! (nach: „Süddeutsche Zeitung "vom 10.11.77)

Damit baut Mexiko auf der einen Seite seine Position als meistverschuldetes Land Lateinamerikas weiter aus, ebenso wie der BRD - Imperialismus seine zunehmend einflußreiche Stellung. In Mexiko steht er hinter den USA an zweiter Stelle der Auslandsinvestoren. Insgesamt haben die Entwicklungsländer (Mitte 1977) 75,7 Mrd. DM Schulden gegenüber der BRD, das sind ca. 15% ihrer von der Weltbank geschätzten 224 Mrd. Dollar Gesamtschulden (ebenda).

Lateinamerikakommission Hannover

Rudolfo Walsh lebt!

Der Bekannte argentinische Journalist und Schriftsteller Rudolfo Walsh lebt und wird in einer Militärkaserne in Buenos Aires gefangengehalten. Dies geht aus einem kürzlichen Brief von Frau Walsh an den amerikanischen Unterstaatssekretät für lateinamerikanische Angelegenheiten, Terence Todman, hervor.

Walsh, u.a. Mitbegründer der Nachrichtenagentur Prensa Latina und Herausgeber der gewerkschaftlichen Wochenzeitung „CGT de los Argentinos" war am 25.März 1977 von bewaffneten „Zivilisten" aus seiner Wohnung verschleppt worden, nachdem er 24 Studen zuvor einen offenen Brief an die Oberbefehlshaber gerichtet und eine Kopie davon an US-Präsident Carter gesandt hatte (siehe auch AK 103/S.40).

Sofortige Freilassung von Rudolfo Walsh!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

(Nach ila-info extra vom 8.11.77)

Guevara - Jugend macht argentinischem Regime Schwierigkeiten

Der Oberbefehlshaber des argentinischen Heeres ließ ein Dokument der marxistischen Guevara - Jugend veröffentlichen. Die Guevara - Jugend ist die Jugendorganisation der PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) Auch wenn solche Dokumente, von den Militärs veröffentlicht, um Ihren Kampf gegen die Subversion zu rechtfertigen, natürlich mit Vorsicht zu genießen sind, enthält dieses Papier doch einige recht interessante Punkte:

Ihr Hauptbetätigungsfeld sieht die Guevara - Jugend in den großen Fabriken, in den Ausbildungsstätten dieser Fabriken und in den Fachoberschulen. Sie erklärt, daß sie sich in erster Linie mit den jungen Menschen befasse, die in direkter Verbindung zu den führenden Fabriken des Landes stehen. Um möglichst engen Kontakt (unter den Bedingungen der vollständigen Illegalität) zu den jungen Menschen in den Fabriken herzustellen, bedarf es viel Erfindungsgabe, und Initiative. Die Jugendlichen müssen vor allem auch persönlich gewonnen werden.

Die Guevara - Jugend fordert in diesem Dokument dazu auf, alle bleibenden legalen Möglichkeiten, z.B in der katholischen Kirche, in Studenten - und Oberschulorganisationen zu nutzen, um sich mit den Jugendlichen zu treffen und sie für die Ziele der Guevara - Jugend zu gewinnen.

(Nach „Monitor - Dienst ", 28.Oktober 77)

Erfolgreiche Argentinien-Veranstaltung

Unter dem Titel „Argentinien'78 – Land des Fußballs – Land der Folter" organisierte das Komitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika (Cosal) am 14.November eine erfogreiche Veranstaltung im Hamburger Audimax. Vor rund 2000 Leuten berichteten ehemalige Gefangene der Junta von ihren Erfahrungen mit den argentinischen Folterknechten. Es wurde über die katastrophale wirtschaftliche Situation der argentinischen Bevölkerung berichtet und über den steigende Einsatz des BRD - Imperialismus angeprangert.

Das Kulturprogramm tat ein übriges, um die Veranstaltung abzurunden: Die Schmetterlinge und Patricio Ceoli (lateinamerikanische Folklore auf der Gitarre) waren gekommen. Ein Sketch verdeutlichte die Beziehungen der BRD zu den argentinischen Militärs.

Illegaler Streik der Chilenischen Minenarbeiter!

Nach Meldungen der regierungsfreundlichen Zeitung „El Mercurio" befanden sich die chilenischen Minenarbeiter Anfang November in einem längeren Ausstand. In der Nordregion verweigerten 50% und in der Südregion 25% der Minenarbeiter die Arbeit in dem größten Kupferabbaugebiet der Welt - El Teniente. Der Kampf der traditionell kampfstarken Minenarbeiter geht um Lohnerhöhungen und wird ausdrücklich gegen die offizielle Gewerkschaftsführung durchgeführt. Der Gewerkschaftsvorsitzende des Bergbaugebietes El Teniente, Guillermo Medina, unterstützt das Pinochet - Regime und hat auch Regierungsfunktionen.

Die Arbeiter haben Medina aufgefordert, ein Treffen mit Pinochet zu organisieren und sich für ihre Forderungen endlich einzusetzen. Darüberhinaus ist der Streik natürlich illegal, das Dekret 198 der Militärregierung von 1974 verbietet alle Streiks, die nicht von der (faschistischen) Gewerkschaftsführung abgesegnet wurden. (nach: Guardien 5.11.77 und El Pueblo 4.11.77).

Lateinamerika-Kommission Hamburg



nahost

Große Demonstrationen in Teheran

Während der Schah die USA besuchte, kam es in Teheran zu großen Demonstrationen, die im wesentlichen von den Studenten getragen wurden.

Anlaß dieser Demonstrationen war eine Dichterlesung, die am 15.11. abends in der Aryamehr-Universität stattfand und auf der der linke iranische Schriftsteller Sayid Soltanpour aus seinen Werken vorlas. Er war erst zu Beginn des Jahres aus dem Gefängnis entlassen worden. (Solche Dichterlesungen haben in Teheran derzeit den Charakter von Massenprotesten, sie werden jeweils von tausenden besucht. Eine Reihe von Schriftstellern und Juristen hat in der letzten Zeit verschiedene Protestbriefe und Resolutionen verfaßt, die meist keine grundsätzliche Kritik am Schah-Regime haben, jedoch für einige Reformen eintreten und sich entsprechend ihres eher rechten politischen Standortes an die Regierungsstellen des faschistischen Schah-Regimes wenden. Unter diesen Kritikern befinden sich jedoch auch eine Reihe fortschrittlicher und linker Kräfte, auf einen neueren Brief werden wir weiter unten eingehen.)

Die Dichterlesung von Soltanpour wurde von 6.000 Menschen besucht, nur 4.000 fanden in der Universität Platz, 2.000 weitere mußten draußen zuhören. Die draußen Stehenden wurden von der Polizei angegriffen, die Türen zum Saal wurden geschlossen. Daraufhin kam es zu einer Demonstration von rund 2.000 Menschen durch Teheran, bei der etwa 30 bis 40 Menschen von der Polizei verletzt und 50 verhaftet wurden. Die Demonstranten warfen in der Innenstadt Teherans die Scheiben von sechs Banken und die Schaufensterscheiben von General Motors und Renault-Citroen ein („International Herald Tribune", „IHT", 18. 11., „Guardian", 17.11.). Offizielle Stellen in Teheran berichteten von 500 Demonstranten, die randalierend Fensterscheiben von Wohnheimen einwarfen und Kleinbusse demolierten. Genau diese Version wurde von der bürgerlichen Presse in der BRD übernommen („SZ", „FR", 18.11.).

Die 4.000 auf der Dichterlesung weiter anwesenden Menschen veranstalteten aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei und gegen die Verhaftungen einen Sitzstreik die ganze Nacht hindurch.

Am nächsten Tag marschierten mindestens 10.000 Demonstranten durch Teheran. Die Studenten der Universität Teheran bestreikten die Vorlesungen aus Solidarität. Wieder gab es eine Reihe Verhaftungen.

Die Proteste richteten sich an diesem Tag nicht nur gegen das Vorgehen der Polizei am Abend zuvor, sondern vor allem gegen den Schah-Besuch in den USA („IHT", 18.11. 77).

Wachsender Widerstand der Intellektuellen im Iran

In der letzten Zeit treten erstmals seit Beginn der 60er Jahre Intellektuelle mit vorsichtigen Bitten um Reformen und teilweise auch mit starken Protesten an die Öffentlichkeit.

Ende Oktober fanden mehrere Veranstaltungen in der Iranisch-Deutschen Gesellschaft in Nord-Teheran statt, auf denen oppositionelle Schriftsteller Lesungen unveröffentlichter Literatur abhielten.

10.000 Menschen besuchten jeweils die Lesungen und forderten ein Ende der Zensur. Solche Proteste sind etwas völlig Neues im Iran seit 1963.

Unter den Briefen und Protesten, die bisher meist von politisch-mehrheitlich rechts stehenden Intellektuellen-Gruppen gekommen sind, hebt sich ein kürzlich von 56 Iranern, darunter auch Schriftstellern, veröffentlichter Brief positiv ab.

In diesem Brief wird die Auflösung der SAVAK, freie Wahlen, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Auflösung des derzeitigen iranischen „Nachbeter"-Parlaments, die Rückkehr zur konstitutionellen Regierung und die Schaffung eines unabhängigen juristischen Systems gefordert. Der Schah wird in diesem Brief nicht namentlich genannt. Die Iraner werden aufgerufen, ihre Stimme gegen die Diktatur zu erheben. Außerdem wird die *„Verfolgung und, wenn nötig, die legale Gewalt gegen alle Verletzer der konstitutionellen Rechte und der Interessen des Volkes und der Gesellschaft"* verlangt. Unter den Unterzeichnern befinden sich der Historiker Fereidoun Adamiyat, der Jurist Ahmad Sadr und Karin Sanjabi, Rechtsprofessor und ehemaliges Mitglied der Nationalen Front, die in der Vergangenheit auch häufig verhaftet wurden.(„IHT", 14.11.77). Die Nationale Front war die Partei Mossadeghs, der durch seine antiimperialistische Politik bekannt ist. Sie wurde nach seinem Sturz verboten. Heute existiert diese Partei auch im Untergrund nicht mehr. Es gibt jedoch verschiedene Gruppen und Einzelpersonen, die einmal zur Nationalen Front gehört haben, unter diesen hat es sehr verschiedene Entwicklungen gegeben.

So wurde z.B. von Teilen auch der bewaffnete Kampf unterstützt.

Nahost-Kommission

Hungerstreik in Aachen



32 iranische Studenten im Hungerstreik, um auf die Lage der politischen Gefangenen im Iran aufmerksam zu machen.

Im November laufen verschiedene Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen iranischer Studenten in der BRD und anderen Ländern, um auf die Lage der politischen Gefangenen im Iran, auf Folter und Mord aufmerksam zu machen.

In Aachen begannen aus diesem Anlaß am 14.11. 32 Studenten aus dem gesamten Bundesgebiet einen einwöchigen Hungerstreik. Mit dem Streik sollte die Forderung nach *„Entsendung einer neutralen medizinisch-juristischen Delegation in den Iran, um die Lage der politischen Gefangenen zu untersuchen und der Öffentlichkeit einen Bericht zu geben"* (aus dem Aufruf der CISNU) unterstützt werden. Gleichzeitig wurden stellvertretend für die derzeit 40.000 bis 100.000 iranischen politischen Gefangenen besondere Nachforschungen über 10 Gefangene verlangt, u.a. über Nasser Kachssaz, der in schweren Folterungen in Lebensgefahr schwebt.

Veranstaltung in Hamburg

Am Mittwoch, den 30.11.77, findet im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, Hamburg 13, um 18 Uhr 30 eine Solidaritätsveranstaltung mit den politischen Gefangenen im Iran statt. Veranstalter: Iranische Studentenvereinigung in Hamburg, Mitglied der CISNU.

Nahost-Kommission

Große Anti-Schah-Demonstrationen in den USA



Tausende demonstrierten gegen den Schah-Besuch.

Am 15./16. 11.77 besuchte der Schah zum 12. Mal innerhalb von 28 Jahren die USA – ein deutliches Zeichen für die enge Zusammenarbeit der US-Imperialisten mit dem faschistischen Schah-Regime, zu dessen Errichtung die USA entscheidend beigetragen haben.

1953 wurde die nationale Mossadegh-Regierung mittels eines CIA-Putsches gestürtzt, nachdem die großen Öl-Konzerne iranisches Öl seit den Verstaatlichungen durch die Mossadegh-Rgierung (1.4.51) erfolgreich boykottiert hatten. Nach kurzem Exil wurde der Schah nach dem erfolgreichen Putsch von den US-Imperialisten wieder an die Spitze des Iran gestellt. Systematisch wurde seitdem ein faschistisches Regime installiert, das heute – dank der kräftigen Hilfe der US-Imperialisten – militärisch hoch gerüstet ist, 25.000 US-Militärberater hat und über einen allumfassenden Geheimdienst (SAVAK) verfügt, der, zusammen mit Militär und Polizei für die fast totale Unterdrückung jeder Opposition gegen das Schah-Regime sorgt. Der Iran hat heute eines der blutigsten Regimes der Welt.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Carter und dem Schah standen auch diesmal die riesigen Waffenlieferungen sowie die Lieferung von 6 bis 8 Atomkraftwerken. In den letzten neun Jahren sind mindestens für 18 Milliarden Dollar Waffen von den USA in den Iran geliefert worden, also durchschnittlich für 2 Milliarden Dollar jährlich („Neue Zürcher Zeitung", "NZZ", 17.11.77). Im letzten Haushaltsjahr hat der Schah nach einer Studie des amerikanischen Kongresses für mehr als 5 Milliarden Dollar militärische Ausrüstung und Waffen bestellt, worin die ebenfalls bestellten sieben AWACS (Airborne Warning and Control System)-Flugzeuge (Kosten 1,2 Mrd. Dollar) noch nicht enthalten sind („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 17.11.77). Die Lieferung der AWACS-Flugzeuge ist – nach längerem Gerangel – inzwischen von den USA genehmigt worden.

Außer der bisher genehmigten Lieferung von 160 F-16 Kampfflugzeugen will der Schah weitere 140 bestellen, außerdem möchte er 250 F-18L-Flugzeuge für 2,5 Mrd. Dollar haben sowie drei weitere AWACS-Flugzeuge („NZZ", 18.11.)

Konkrete Zusagen machte Carter jeoch nicht – er will vorher den Kongreß „konsultieren" – angeblich sollen jedoch die Verhandlungen über die Lieferung von 6 bis 8 Atomkraftwerken, die inzwischen drei Jahre dauern, vorangekommen sein. Der Schah seinerseits versprach, auf der am 20. Dezember in Caracas stattfindenden OPEC-Konferenz nicht für eine Erhöhung der Ölpreise zu stimmen.

Während des Routine-Schah-Besuchs kam es jedoch sowohl in den USA als auch in Teheran (siehe Artikel in diesem AK) zu den größten Demonstrationen seit längerer Zeit.

Protestdemonstrationen in den USA

Sowohl am 16. als auch am 17. 11. kam es zu großen Demonstrationen gegen den Schah-Besuch, die mit den Anti-Vietnam-Demonstrationen Ende der 6oer Jahre verglichen wurden. Erwartet wurden 5.000 bis 9.000 Demonstranten,die Polizei gab später die Teilnehmer an beiden Tagen mit 5.000 an („International Herald Tribune", „IHT", 14.11.77).

An der Demonstration gegen den Schah beteiligten sich die verschiedenen Strömungen und Spaltprodukte der CISNU sowie religiöse Gruppen. Die „Iranian Students Association" rief zu Demonstrationen in Washington und San Francisco für beide Tage auf. Auf den Demonstrationen in Washington kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anti-Schah-Demonstranten und angekarrten Jubelpersern.

Die Vorgehensweise des iranischen Regimes, in Erwartung massiver Proteste gegen den Schah, iranische Schläger anzuheuern, die dann auf Anti-Schah-Demonstranten einprügeln bzw. diese mit Pro-Schah-Parolen provozieren, ist uns aus der Bundesrepublik (Anti-Schah-Demonstrationen Ende der 60er Jahre) bekannt. In den USA erreichte die Mobilisierung der faschistischen Iraner enorme Ausmaße.

So erschienen z.B. schon vor dem Schah-Besuch in der amerikanischen Presse teure Inserate, die den Schah-Besuch begrüßten und von assyrischen und armenischen Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet waren. Die gleichen Organisationen (Assyrer und Armenier leben als Minderheiten im Iran) übernahmen es auch, neben der iranischen Botschaft das Herankarren der Pro-Schah-Demonstranten zu organisieren. Beteiligt waren die „Kach Nazar Armenian Organization of Los Angeles" und die „Assyrian-American-Association". Letztere hatte von zwei „kulturellen Clubs" (gemeint ist wohl die SAVAK) für diese Zwecke 200.000 bis 300.000 Dollar erhalten („Guardian", 15.11.77 und „IHT", 15.11.77).

Außerdem organisierten iranische und amerikanische Geschäftsleute den Flug von 422 der 462 iranischen Soldaten, die in der „Lackland Air Force Base" in San Antonio, Texas, ausgebildet werden, zu den Demonstrationen in Washington. Insgesamt wurden 2.000 bis 3.000 Jubelperser herangeschafft, die jeweils 300 Dollar erhalten haben sollen, darunter 1.200 iranische Militärangehörige („Guardian", 15.11, "IHT", 17.11.77). Diese Fakten machen klar, was davon zu halten ist, wenn jetzt das amerikanische Justizministerium untersuchen will, ob die „Jubel-Demonstranten" bezahlt worden sind, dies wäre nämlich nach amerikanischen Gesetzen ein Vergehen („SZ", 18.11.77).

1.200 Soldaten, die in den USA ausgebildet werden, kann man wohl kaum ohne Wissen der höchsten Militär- und Regierungsstellen zur Demonstration nach Washington schaffen.

Entsprechend blutig verliefen dann auch beide Demonstrationen, wobei die Jubel-Perser natürlich noch die amerikanische Polizei auf ihrer Seite hatten, die ebenfalls sehr brutal vorging. Es gab jeweils mindestens 100, z.T. schwer Verletzte und etliche Festnahmen.

Nahost-Kommission

Capucci frei!



Capucci nach seiner Ankunft in Rom

Am 6. November ist der griechisch-katholische Erzbischof Capucci nach dreijähriger Haft in zionistischen Gefängnissen freigelassen worden.

Am 9. Dezember 1974 war Capucci in einem fragwürdigen Prozeß zu 12 Jahren Haft verurteilt worden, weil er seine diplomatischen Rechte (u.a. Überqueren der israelischen Grenzen ohne Kontrolle) zum Waffenschmuggel für den palästinensischen Widerstand genutzt haben soll. Unabhängig davon, ob diese Anklagepunkte tatsächlich zutrafen, ist Capucci für seine Sympathien und Zusammenarbeit mit dem palästinensischen Widerstand bekannt und genau deshalb wanderte er in den zionistischen Knast. Capucci selbst äußerte vor Gericht, daß er Opfer einer Intrige geworden sei. Der Papst, von den Griechisch-Katholischen als Oberhaupt anerkannt, zeigte sich offiziell immer von der Unschuld Capuccis überzeugt („NeueZürcher Zeitung", „NZZ", 8.11.77). Von Seiten der Palästinenser wurde immer wieder der Capuccis Freilassung gefordert. Capucci war wegen der Haftbedingungen in zionistischen Gefängnissen wiederholt in den Hungerstreik getreten.

Bei seiner Ankunft in Rom wurde er neben „geistlichen Würdenträgern" auch von palästinensischen Demonstranten und einem PLO-Vertreter begrüßt. Capucci erklärte nach einem Gespräch mit dem PLO-Vertreter Shafik el-Hut, er werde den palästinensischen Kampf gegen Israel weiter unterstützen, und er sei von einem kleinen Gefängnis in Israel in ein großes gekommen. Die letzte Äußerung bezieht sich auf den neuen Einsatzort Capuccis. Der Vatikan mußte den Zionisten zusichern, daß der freigelassene Capucci nicht mehr im Nahen Osten eingesetzt wird („Welt", 11.11.77 und „Frankfurter Rundschau", 12.11.77).

Nahost-Kommission

Erneuter Angriff auf das Lebensniveau der israelischen Bevölkerung

Am Freitag, den 30.10.77, startete die rechtsradikale israelische Regierung einen erneuten Angriff auf das Lebensniveau der israelischen Bevölkerung. Dies war der zweite drastische Schritt – entsprechend dem Wahlprogramm, die desolate israelische Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der „kleinen" Leute zu sanieren. Nachdem schon zwei Tage vorher die Treibstoffpreise – ebenfalls „überraschend" – um 25 % erhöht worden waren (Benzin kostet derzeit umgerechnet 1,37 DM pro Liter bei sehr viel geringeren Löhnen) – („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 29.10.77)., wurden mit dem 30.10. folgende Maßnahmen beschlossen:

- Das israelische Pfund wurde gegenüber den Weltwährungen um 50 % abgewertet (1 US-Dollar kostet jetzt 15,3 israelische Pfund, vorher 10,4), nachdem es schon seit einigen Jahren monatlich im Durchschnitt um mindestens 2 % abgewertet worden war.
- Der Wechselkurs des israelischen Pfundes wurde freigegeben.
- Die Mehrwertsteuer wurde um 4 % auf 12 % erhöht.
- Die Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Brot, Eier, Milch wurden gekürzt, so daß auf diese Güter Preissteigerungen von 15 % zu erwarten sind. Durch die Streichung der Subventionen Mitte Juli 77 waren die Preise für Grundnahrungsmittel schon einmal um 25 % gestiegen. Schon damals hatte der israelische Finanzminister Ehrlich gesagt, daß eigentlich 40 % Preissteigerungen nötig gewesen wären, „*doch habe die Regierung Rücksicht genommen auf den allgemeinen Lebensstandard*" („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 19.7.77). Tatsächlich hat man aber zu große Proteste vermeiden wollen. Diesmal sind die Preise für rund 150 Waren gestiegen!
- Die Brennstoffpreise wurden um 25 % erhöht, dies, obwohl sich in Israel bisher schon viele Familien sehr genau überlegen mußten, ob und wann sie die Heizung anstellen können.
- Etwa 60 von 80 staatlichen Gesellschaften werden reprivatisiert, darunter befinden sich auch die Banken („Le Monde", 2.11.77, „International Herald Tribune', „IHT", 10. und 2.11.77).

Von Kapitalrückflüssen in Höhe von 3 Milliarden (!) Dollar träumt Finanzminister Ehrlich schon und von einem „*Finanzzentrum für diesen Teil der Welt*" („IHT", 29.10.77). Der kapitalistische Ökonom Friedman aus USA, der die Begin-Regierung in wirtschaftspolitischen Fragen beriet, lobte die Maßnahmen als „*eines der großen Ergebnisse, die Israel seit seiner Gründung erlebte*" („NZZ", 1.11.77). Er sieht sogar *den Schritt von einer dirigierten, kollektivistischen sozialistischen zu einer freien, menschlichen Gesellschaft*" („NZZ", ebenda). Wie eine „freie Gesellschaft" a la Friedman aussieht, hat die ebenfalls von ihm beratene chilenische Militärjunta hinreichend deutlich gemacht. Das Programm ist offenbar auch vom US-Imperialismus abgesegnet worden. US-Schatzminister Blumenthal erklärte am 15. Oktober 1977 in Jerusalem (von dort flog er nach Kuweit weiter), „*die USA werden sich durch ihre eigene Hilfe bemühen, die Israelis bei der Vollendung ihrer ökonomischen Ziele zu unterstützen, derjenigen Ziele, die sie den USA dargelegt haben*" („Guardian", 26.10.77). Eines der Hauptziele der Wirtschaftspolitik Begins und seiner Partei ist die Ermutigung an das ausländische Kapital, in Israel zu investieren.

Welches Ausmaß das Wirtschaftsprogramm der Regierung hat, zeigten deutlich die Panikkäufe besonders in den Supermärkten, unmittelbar nachdem das Programm veröffentlicht war. Die israelischen Bürger versuchten noch, zum alten Preis einzukaufen. E-Geräte, Zigaretten, Autos, aber auch Appartements waren heißbegehrte Waren (vgl. „IHT", 2.11.77).

Begin versuchte mit Hilfe des Fernsehens an die Bevölkerung, „*ihren Gemeinschaftssinn und das Nationalgefühl*" („IHT", 2.11.77) zu appelieren und versprach gleichzeitig den Armen etwas mehr Sozialhilfe („NZZ", 1.11.77).

Die israelische „Gewerkschaft" Histadrut rief zwar im ganzen Land zu punktuellen Streiks und Kampfmaßnahmen auf, aber selbst diese begrenzten Kampfmaßnahmen wurden nicht vollständig befolgt („NZZ", 6./7.11.77).

„*Die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, angeordnet von den regionalen Arbeiterräten nach den Instruktionen des Stabes – extra in der Zentrale gebildet – haben nicht die gewünschte Stärke erreicht*" („Le Monde", 3.11.77). „*Die Streiks finden in Teilbereichen statt, sind von begrenzter Dauer und betreffen sehr verschiedene Regionen und Sektoren*" („Le Monde", ebenda). Der Generalsekretär der Histadrut, Mechel, konnte vor der Knesset während der Wirtschaftsdebatte sogar erklären, „*Die Reform sei ‚verfrüht' und ‚ein Luxus, den sich das Land noch nicht leisten ' könne*" („SZ", 2.11.77). Entsprechend „zahm" waren auch die Forderungen der „Gewerkschafts"führer. Mechel hatte zunächst „Kompensation" für den Preisanstieg gefordert, sonst werde man kein zweijähriges Lohnabkommen (!) unterzeichnen. Aber schon einige Tage später auf dem 13. Kongreß der Histadrut war von dieser Forderung nicht mehr die Rede („NZZ", 6./7.11.77 und 9.11.77).

Trotz dieser Einschränkungen kam es zu einer Reihe Streiks und Protestaktionen in verschiedenen Städten, die am 6.11., also nach einer Woche, mit einer Massenveranstaltung vor Begins Amtssitz in Jerusalem weitgehend beendet wurden.

- In einem Vorort von Tel Aviv fand eine Massendemonstration von 30.000 Arbeitern statt, auf der unter anderem die Parole getragen wurde „Lohnarbeiter wollen keine Sklaven von Kapitalisten sein" („FAZ", 4.11.77 und „Guardian", 2.11.77).
- Die Scheuerleute von Haifa streikten 24 Stunden und die Fabrikarbeiter 4 Stunden.
- In Bnei Brak kam es zu einer Protestversammlung, wobei einige hundert Menschen zusammenkamen.
- Die Hafenarbeiter von Ashdod streikten ebenfalls einen Tag.
- In Tel Aviv streikten einen Tag lang die Postbediensteten, allen voran die Fernmeldetechniker.
- Ohne Vorankündigung wurde die israelische Fluggesellschaft El Al bestreikt. El Al mußte für 24 Stunden, also während des gesamten Streiks, alle Flüge annullieren.
- Während der Wirtschaftsdebatte im Parlament, der Knesset, versammelten sich vor dem Eingang protestierende Demonstranten (vgl. „SZ", 2.11.77, „IHT", 31.10.77, „NZZ", 2.11.77).

Nahost-Kommission



afrika

Endgültiger Beweis: Steve Biko im Knast mißhandelt und ermordet!

Während seiner 25tägigen Haft wurde der schwarze Studentenführer Steve Biko von Beamten des südafrikanischen Sicherheitsdienstes brutal mißhandelt; an den Folgen dieser Mißhandlungen starb Biko am 12. September.

Genaue Einzelheiten über die unmenschlichen Haftbedingungen und sadistische Quälereien, denen Biko in diesem Zeitraum ausgesetzt war, sind jetzt im Rahmen eines öffentlichen Untersuchungsverfahrens der Staatsanwaltschaft der östlichen Kap–Provinz aufgedeckt worden.

Wie in anderen Fällen (hierzulande!) auch, war die Ermordung Bikos zunächst frech als Selbstmord infolge eines 6tägigen Hungerstreiks in der Öffentlichkeit präsentiert worden, in der Erwartung, daß über die ganze Angelegenheit schnell Gras wächst und man zur Tagesordnung übergehen könne. Der Massenprotest im In- und Ausland konnte allerdings die Rassisten zwingen, zumindest einen Teil der wirklichen Vorgänge offenzulegen.

Die Festnahme

Steve Biko war von den Rassisten unter „Bann" gestellt worden, d.h. er durfte ohne Genehmigung seine Wohnung nicht verlassen. Angeblich wurde er am 18.8. bei einer Straßensperre in Grahmastown verhaftet.

Nach Angaben eines Bullen habe Biko auf der Wache eine *„herausfordernde Haltung"* eingenommen und den Arm eines Beamten ergriffen. Er habe laut zu lachen begonnen, sei *„hingefallen"* (!) und habe einen Stuhl zerbrochen. Später wurde er dann in das Gefängnis von Port Elisabeth gebracht, wo angeblich nichts von diesen Vorfällen bekannt war („FR", 15.11.).

Die Haftbedingungen

Biko wurde nach Angaben des Rechtsanwaltes der Biko–Familie, Kentridge, vom 19.8. bis 5.9. nackt (!) in seiner Zelle gehalten.

Er wurde mehrere Tage lang mit Handschellen und Beineisen an seine Schlafmatte angekettet. Dies geschah auf Anweisung des Polizeichefs, Piet Goosen, angeblich, um *„einen Selbstmord des Gefangenen zu vermeiden"* („NZZ", 19.11.; „SZ", 17./16.11.).

Weiterhin wurde Biko 18 Tage lang verweigert, seine Zelle zu verlassen und eine Toilette zu benutzen.

Das Verhör am 6./7.9.:

Die Geschehnisse während dieses Verhörs sind von entscheidender Bedeutung, weil mit Sicherheit angenommen werden kann, daß Bikos Gehirnverletzungen durch Schläge während des Verhörs entstanden sind.

Justizminister Krüger hatte die Kopfverletzungen Bikos vor dem Verfahren in der ihm eigenen zynischen Art interpretiert. *„Es gibt viele Wege für einen Mann, sein Gehirn zu beschädigen."* Er verspüre des öfteren das Verlangen, seinen *„Kopf gegen eine Wand zu knallen"* („FR", wie Suyman ja ausgesagt hat.

Im Laufe der Untersuchungsverhandlung konnte allerdings angesichts der erdrückenden Gegenbeweise die Selbstmordtheorie nicht mehr aufrechterhalten werden.

Polizeioffizier Suyman, der das Verhör leitete, gab deshalb an, daß am 6.9. Biko bei der Vernehmung die Handschellen abgenommen wurden. Man habe ihm ein Flugblatt vorgelegt, in dem er zum revolutionären Umsturz aufgerufen habe. Daraufhin sei Biko „tobsüchtig" geworden, habe einen Stuhl ergriffen und sei auf die Beamten losgegangen. Als fünf Beamte ihn zu bändigen suchten, sei er mit dem Hinterkopf gegen einen Aktenschrank gefallen. Danach habe Biko nicht zusammenhängend sprechen können und einen glasigen Blick gehabt.

Rechtsanwalt Kentridge wies auf den Umstand hin, daß in 28 Verhörprotokollen – drei von Suyman selbst geschrieben – nicht erwähnt worden sei, daß Biko mit dem Kopf gegen den Schrank geprallt ist („Times", 16.11.; „FR", 17.11; „SZ", 17.11.).

Auf die Frage von Kentridge, ob Biko während des Verhörs geschlagen worden sei, antwortete Suyman mit nein („FR", 17.11.).

Oberbulle Piet Goosen, Polizeichef des östlichen Kaplandes, ging noch einen Schritt weiter. Obwohl, wie Suyman ja ausgesagt hatte, Biko nach dem Verhör *„einen glasigen Blick hatte und nicht mehr ordentlich sprechen konnte"*, soll er, lt. Goosen, am 8.9. (einen Tag später!) angekleidet in einer überlaufenden Badewanne gefunden worden sein!

Auch diese Tatsache reiht sich ein in die Kette von Wundern, denn wie soll Biko dorthin gelangt sein, wo er doch 50 Stunden nach dem Verhör an Beinen und Armen angekettet in seiner Zelle gehalten wurde! („SZ", 19.11.) Goosen behauptete, Bikos Verhalten habe den Anschein erweckt, als handele es sich um Selbstmord, er habe die Wanne jedoch nicht aus eigener Kraft verlassen können.

Nachspiel:

Biko wurde nach dem Verhör vom 7.11. – 9.11. vom Distrikt–Arzt, Ivor Lang, kontinuierlich untersucht.

Im Laufe der Vernehmung Langs wurde klar, daß sowohl er als auch der Arzt, B. Tucker, vom Sicherheitsdienst gezwungen wurden, falsche Atteste auszustellen. Ihre Forderung nach Einweisung Bikos in eine normale Klinik wurde abgelehnt.



Kopfverletzungen konnte der Knastarzt nicht feststellen !

Lang berichtete, daß die Sicherheitsbeamten ihm mitteilten, daß Biko nicht ernstlich krank sei, sondern – wie schon öfter – simulieren würde. Er selbst habe auch den Verdacht gehabt („Guardian", 25.11.77).

Im Kreuzverhör wurden Lang Photos von der Leiche Bikos gezeigt, und er wurde gefragt, ob er die auffällige Verletzung an der Stirnseite nicht bemerkt habe.

Wörtlicher Auszug aus der Vernehmung (nach „Herald Tribune" vom 23.11.):

Kentridge: *„Sie untersuchten ihn?"* Lang: *„Ja."* K.: *„Und sein Kopf?"* L.: *„Sehr sorgfältig."* K.: *„Es scheint unglaublich, daß Sie als untersuchender Arzt diese Verletzung nicht sahen."* L.: *„Ich sah weder diese teilweise Verletzung noch irgendeine Schwellung."*

In Übereinstimmung mit Tucker beantragte Lang am 8.9. die Durchführung einer Rückenmarkspunktion.

Am 10.9. lag das Ergebnis vor, es wies eine auffällig hohe Zahl an roten Blutkörperchen auf. Beide Ärzte forderten daraufhin die Überweisung Bikos in eine Klinik, was von Polizeichef Goosen aber *„unter allen Umständen untersagt"* wurde.

Lang sei dann, ebenso wie Tucker, gezwungen worden, ein Attest auszustellen, in dem kein Wort über organische Verletzungen Bikos stand.

Lang zu den Erpressungen: *„Man kann sich dem Sicherheitsdienst nicht widersetzen. Es ist sehr schwierig"* („Times", 23.11.).

Distrikt–Arzt Tucker hatte erst geleugnet, Anzeichen einer Gehirnverletzung bei Biko festgestellt zu haben.

Er korrigierte einen Tag später diese Aussage mit der Begründung, er habe den Eid des Hippokrates, also den Vorrang der Interessen des Patienten, *„Sicherheitsinteressen nachgeordnet"*. Er habe bei der Untersuchung des bewußtlosen Bikos am 11.9. in der Tat Anzeichen einer Hirnverletzung festgestellt („SZ", 25.11.).

Am 11.9. wurde Biko in bewußtlosem Zustand mit blutigem Schaum vor dem Mund in seiner Zelle aufgefunden.

Goosen weigerte sich, ihn in eine Klinik einzuweisen, und ließ Biko stattdessen 1 200 Km von Port Elisabeth nach Pretoria bringen. Dies geschah in einem Land–Rover, Biko war nackt (!), es gab keine Medikamente, kein Arzt war während der Fahrt dabei!

Diese Fahrt bedeutete den sicheren Tod Bikos; er starb bald nach der Ankunft in Pretoria am 12.9.

Afrika–Kommission

Kurzmeldungen Südafrika

600 Schwarze verhaftet, darunter 200 Kinder

Am 11. November riegelte die faschistische südafrikanische Polizei die schwarzen Vorstädte von Pretoria, Atteridgeville und Saulsville vollständig ab und führte eine gigantische Razzia durch.

In beiden Townships hatten wie in den anderen schwarzen Vorstädten auch in den letzten Monaten Demonstrationen der Schüler gegen die rassistische Bantu-Education stattgefunden. Bei der von Hubschräubern gesteuerten Polizeiaktion wurden über 600 Menschen von der Straße weg verhaftet, darunter 200 Schulkinder. Offiziell diente die sechsstündige Menschenjagd der „Verbrechensbekämpfung", wie sich der verantwortliche Brigadier Abbot ausdrückte. Er fügte hinzu, daß die Kinder zusammengetrieben wurden, weil man sehen wollte, *„ob sie der Pflege bedurften und auf Institutionen geschickt werden mußten"* (nach „Daily News", 12.11.77). Dieser schweinische Zynismus macht den Äußerungen des südafrikanischen Polizeiministers Kruger alle Ehre, der nach der Ermordung Steve Bikos durch seine eigenen Folterknechte dem südafrikanischen Parlament mitteilte, Südafrika sei so frei, daß jeder die Freiheit habe, sich zu Tode zu hungern – eine Äußerung, die im Sitzungssaal mit stürmischen Hallodria beklatscht wurde!

Sechs Schwarze erschossen

Bei Demonstrationen in den Schwarzen-Ghettos von New Brighton und Kwazakele wurden sechs Schwarze getötet.

Der Einsatz von Schußwaffen wurde nach dem üblichen Strickmuster „schwer bewaffnete Demonstranten bewerfen hilflose Bullen mit Steinen" vom Polizeipräsidenten Hugo gerechtfertigt („Times", 16.11.77).

Zwangsumsiedlungen von 3.000 Schwarzen!

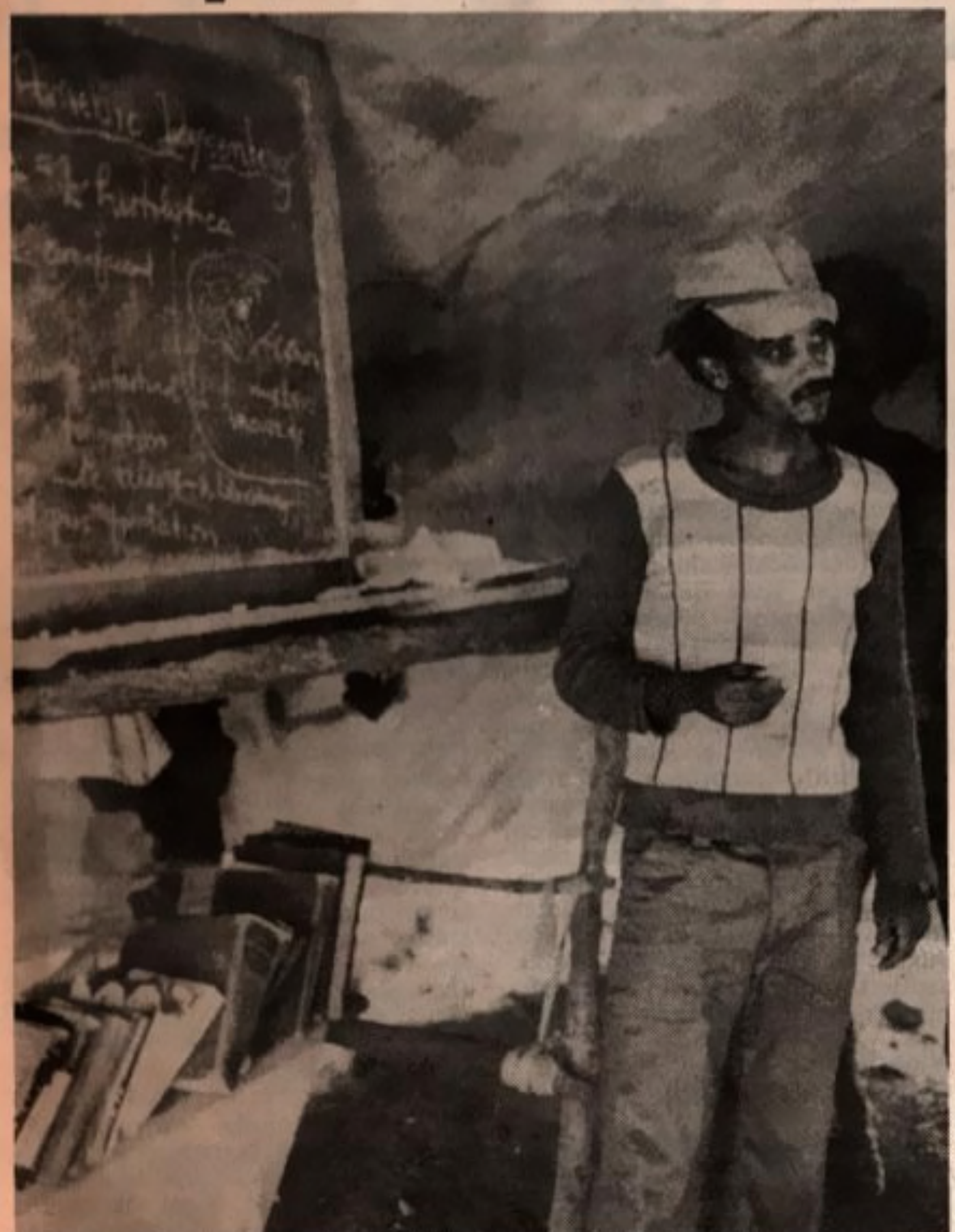
Nach dem Vorbild der Nazis führt das Vorster-Regime jetzt Zwangsumsiedlungen von Schwarzen in der Nähe von Johannesburg durch.

Laut Plan sollen 3.000 Farbige von Alexandra (zweitgrößtes Schwarzenghetto der RSA) in die Nähe einer stillgelegten Goldmine südöstlich von Johannesburg umgesiedelt werden. In Alexandra selbst sollen künftig nur noch Ledige wohnen!

Der Auszug aus dem Ghetto ist für die Betroffenen Pflicht, die Ansiedlung in der Nähe der Mine nicht. Allerdings wäre die „Alternative" die Abschiebung in die Bantustans und damit der Verlust des Arbeitsplatzes! (nach „Neue Zürcher Zeitung", 20. November 1977).

Afrika-Kommission

Eritrea:
Gespräche mit A. Kahsai, ZK-Mitglied der EPLF



EPLF-Kader bei medizinischer Aufklärung

Am 18. Oktober hatten wir Gelegenheit, ein sehr ausführliches und mehrstündiges Gespräch mit Amdemichael Kahsai, Mitglied des ZK der EPLF (Eritrean People's Liberation Front) zu führen. Unseres Wissens ist von seiten der EPLF erstmalig mit einer westdeutschen politischen Organisation eine so intensive und freimütige Diskussion über den eritreischen Widerstand und die politische Lage in Ostafrika erfolgt. Wir werden dieses Gespräch in mehreren Folgen im ARBEITERKAMPF dokumentieren, zumal die politische Konstellation in Ostafrika nicht gerade als leicht durchschaubar und nachvollziehbar gelten kann. Gerade die jüngst erfolgte Zusammenarbeit des somalischen Staatspräsidenten mit der Schmidt/Genscher-Regierung bei der Flugzeugentführung in Mogadischu hat gezeigt, wie vorsichtig man mit „geläufigen" politischen Rastern sein muß. Länder, die bisher als antiimperialistisch galten, wie z. B. Somalia, arrangieren sich immer offener mit dem Imperialismus und unterstützen gleichzeitig den Widerstand der Westsomalis in Äthiopien und die eritreische Revolution. Und Länder, die sich wie Äthiopien als „revolutionär" zu verkaufen suchen, werden von der Sowjetunion, Cuba etc. unterstützt und unterdrücken zugleich auf brutale Weise die nationalen Minderheiten, die revolutionäre Linke und die einheimische Arbeiterbewegung.

Nicht zuletzt aus diesem Grund beginnen wir mit einer Darstellung der Diskussion über die politischen Beziehungen der EPLF zu den umliegenden Ländern der Region. Es macht die Situation nicht gerade einfacher, daß sich ausgerechnet die arabischen Reaktionäre um Saudi-Arabien verbal der eritreischen Sache verschrieben haben, um den neu entstehenden Staat in ihre proimperialistische islamisch-reaktionäre Front einzureihen, während die Antiimperialisten in der Region wie z.B. die VR Jemen recht offen für das DERG-Regime in Addis Abeba Partei ergriffen haben. Die EPLF versucht trotz dieser relativ ungünstigen Situation, die Antiimperialisten (dazu zählt sie ausdrücklich die VR Jemen) der Region zusammenzuschließen.

noch weiterhin seine Beziehungen zu den USA, Israel und Westdeutschland".

Für die EPLF kommt es daher darauf an, den Einfluß und Druck sowohl der revisionistischen als auch der imperialistischen Seite zu neutralisieren:

„Wie alle anderen Befreiungsbewegungen müssen wir anstreben, die Unterstützung und Sympathie aller derjenigen politischen Organisationen und Staaten zu erhalten, die der Unabhängigkeit unseres Landes nicht ablehnend gegenüberstehen und die ihre Unterstützung ohne irgendwelche Vorbedingungen und Auflagen gewähren".

Er konstatiert zunächst das „natürliche" Interesse Saudi-Arabiens, die revolutionären Kräfte in Eritrea zu schwächen:

„Nehmen wir zunächst einmal Saudi-Arabien: Es kennt die politische Stoßrichtung der EPLF ganz genau und ist sich der Veränderungen bewußt, die in diesem Gebiet eintreten können, in dem Maße wie die EPLF in Eritrea zur dominierenden Kraft wird. Ein unabhängiges Eritrea unter der Führung der EPLF ist eine Bedrohung der Interessen Saudi-Arabiens, da es die revolutionären Kräfte in der ganzen Region stärken würde.

.... Saudi-Arabien vertritt die Interessen des US-Inperialismus in dieser Region. Und der Kampf des eritreischen Volkes, der Kampf, den die EPLF innerhalb Eritreas führt, ist von Grund auf gegen die Interessen der US-Imperialisten gerichtet."

Bei seinem Vorgehen gegen die EPLF bedient sich Saudi-Arabien mehr der Methode des Einschleichens und Aufkaufens als des offen aggressiven Vorgehens. Der Genosse erklärt dies u.a. aus der Furcht Saudi-Arabiens vor einem Zusammenrücken des „marxistischen" Äthiopiens mit der EPLF im Falle eines Angriffs durch die arabische Reaktion:

„Weiterhin ist es für die Haltung des Sudans, Saudi-Arabiens oder Ägyptens charakteristisch, daß sie sich ihrer Sache nicht ganz sicher sind in Hinblick auf etwas, was auch von der ELF propagiert wird: Die EPLF ist eine marxistische Organisation, und auch Äthiopien ist – zumindest nach saudiarabischer Auffassung – marxistisch. Sie befürchten nun, daß die EPLF mit Äthiopien einig werden könnte, wenn sie von Sudan, Saudi-Arabien und Ägypten auf dessen Seite hinübergedrängt würde. Und wenn diese Kräfte eine Einheit bilden würden, dann wären sie eine Bedrohung. Daher ist man in diesem Stadium ziemlich vorsichtig, offen gegen die EPLF vorzugehen."

Entsprechend sieht die „Unterstützung" des eritreischen Widerstands durch Saudi-Arabien aus, mit der ein reaktionäres Gegengewicht gegen den sowjetischen Einfluß in Äthiopien geschaffen werden soll:

„Nun erhebt sich die Frage, wieso unterstützt Saudi-Arabien eine antiimperialistische Kraft, wenn sie doch wissen, daß diese Unterstützung die sie gewähren, direkt gegen ihre eigenen Klasseninteressen gerichtet ist? Nun, die Frage ist doch auch folgende: Sie sehen, daß die Unterstützung, die sie gewähren, ihnen die Möglichkeit bietet, die Bewegung in ihrem Interesse zu beeinflussen, z.B. indem sie ihre eigenen Kader in die Bewegung einschleusen. Und so bleibt letztlich als entscheidende Frage, welche politische Arbeit w i r i n n e r h a l b der Organisation durchführen."

Kennzeichnend für die objektiv gegen die eritreische Revolution gerichtete Interessenlage Saudi-Arabiens ist die Unterstützung der feudalfaschistischen Opposition in Äthiopien, der EDU, was von der EPLF als direkte Bedrohung eingeschätzt wird. Ein Rechtsputsch in Äthiopien und das damit verbundene Ausschalten der Sowjetunion würde der arabischen Reaktion alle Hemmungen nehmen, militärisch gegen die eritreischen Revolutionäre vorzugehen:

„Zur Zeit arbeiten die Vereinigten Staaten über Saudi-Arabien, um die EDU zu stärken. Dabei ist die Kernfrage für uns: welche Situation besteht innerhalb Eritreas zwischen den Befreiungsbewegungen im Falle, daß die EDU an die Macht kommt? Das ist zwar sehr unwahrscheinlich. Aber wenn die EDU die Macht übernehmen sollte, dann müssen wir sogar mit einer Intervention dieser Kräfte gegen die EPLF rechnen. Ich denke, daß diese Möglichkeit allgemein besteht."

Die Beziehungen des Sudans und Ägyptens gegenüber der EPLF orientieren sich an der saudischen Haltung:

„Die Haltung des Sudans und Ägyptens ist stark an die Politik Saudi-Arabiens gebunden." Nachdem die Unterstützung der pro-imperialistischen Sabbieh-Guppe, die sogenannte „Dritte Kraft", nicht die erwarteten Resultate gezeigt haben, haben sich Sudan und Ägypten entsprechend dem Vorbild Saudi-Arabien für die Unterwanderung des eritreischen Widerstands entschieden:

Es stimmt natürlich, daß Ägypten und der Sudan mit ihrer Unterstützung nichts anderes als die Beherrschung der Kräfte in Eritrea bezwecken.

So bevorzugt z.B. der Sudan die ELF. Der Sudan spielt auch eine der Hauptrollen bei der Aufpäppelung der sogenannten „Dritten Kraft". Ihre gesamten ersten Waffen erhielten diese Kräfte aus dem Sudan, von sudanesichen Truppen wurden sie bis in die Nähe der eritreischen Grenze geleitet. Nun mußten sie feststellen, daß dieses Unternehmen, die „Dritte Kraft", nicht funktionierte. Daher auch alle die Hindernisse, die sie der EPLF in den Weg gelegt haben. Wenn sie jetzt sagen, sie seien neutral, werden wir diese Gelegenheit für uns nutzen müssen. Für uns ist es wichtig, Beziehung mit dem Sudan aufzubauen, damit er sich zumindest neutral verhält, weil es über 300.000 Eritreer im Sudan gibt, die als Sprungbrett für alle die Schläger der ELF oder der Sabbieh-Gruppe mißbraucht wurden. Wir haben die Pflicht, diese Eritreer im Sudan zu organisieren. Unter allen diesen Ländern kann Ägypten keinen unmittelbaren Einfluß nehmen, aber es agiert über den Sudan. So sagte kürzlich einer ihrer Generale in Khartoum: „Wir wissen, was die EPLF will und wir tun unser Bestes, das zu verhindern." Das ist also ihre eigentliche Haltung gegenüber der EPLF.

Aus ähnlich gelagertem Kalkül hat sich inzwischen auch Syrien zu einer „gemäßigten" Haltung gegenüber der EPLF entschieden, während der Irak an der „traditionellen" offenen Gegnerschaft zur EPLF festhält:

Syrien und Irak waren – trotz der syrischen Differenzen mit den irakischen Baathisten – lange Zeit einig gegen die EPLF, Gegenwärtig jedoch, besonders seit Beginn dieses Jahres, sagt Syrien: „Wir sind neutral und unterstützen beide eritreischen Organisationen." Dies ist die einzige Veränderung, die wir in dem Gebiet beobachten können, während der Irak seine alte Position noch aufrecht erhält und seine gesamte Propagandaarbeit gegen die EPLF richtet.

Abschließend betonte der Genosse, daß das Eritrea-Problem nicht in Friedenskonferenzen à la Genf etc. zu lösen ist, weil solche „Lösungen" nur die imperialistische Antwort auf den notwendigen bewaffneten Kampf darstellen:

„Unsere Position zur eritreischen Frage, ist die, daß die eritreische Frage nicht in sogenannten Friedenskonferenzen gelöst werden kann, sondern einzig und allein durch bewaffneten Kampf. Es ist vergleichbar mit den Manövern, die sich im südlichen Afrika in der Zimbabwe-Frage abspielen: Dort, wo das Volk die Waffen ergreift und Siege erringt, versuchen die USA zusammen mit Britanien und den anderen Ländern, die Revolution fehlschlagen zu lassen, und wir glauben, daß die Revolution nur durch den bewaffneten Kampf siegen kann" (wird fortgesetzt).

Vorbereitung des letzten Ansturms

in Addis Abeba Partei ergriffen haben. Die EPLF versucht trotz dieser relativ ungünstigen Situation, die Antiimperialisten (dazu zählt sie ausdrücklich die VR Jemen) der Region zusammenzuschließen.

Der Genosse sagte uns: „*Eigentlich hat die EPLF immer, auch gegenwärtig und wird es auch in Zukunft tun, daran gearbeitet, in dieser Region eine feste, starke antiimperialistische Front aufzubauen und zu festigen.*

Seit ihren Anfängen und trotz der schwierigen Bedingungen, unter denen sie arbeiten mußte, hat die EPLF enge Kontakte zu Ländern wie der Demokratischen Volksrepublik Jemen und der PFLO, Oman, und auch zu den revolutionären Organisationen in Äthiopien und zur palästinensischen Bewegung gehalten."

Der Genosse erwähnt weiterhin Somalia, „*das eine gute Haltung zur EPLF einnimmt*" und erklärt die „*unschlüssige und schwankende*" Haltung Südjemens mit „*sowjetischem Druck*": „*Südjemen ist in seiner Existenz von der sowjetischen Unterstützung abhängig.*"

Angesprochen auf die Lage im palästinensischen Widerstand, die insofern gewisse Parallelen mit der eritreischen aufweist, als Imperialismus und arabische Reaktion versuchen, den opportunistischen Flügel zu stärken und die revolutionäre Alternative zu vernichten, erklärt der Genosse:

„*Was die palästinensische Frage betrifft, sind wir uns der Veränderungen wohl bewußt, die in Palästina geschehen, besonders der Anstrengungen, die von Ländern wie Saudi-Arabien oder Ägypten usw. unternommen werden, um die progressiven Elemente in der PLO-Führung auszuschalten und sie durch Elemente zu ersetzen, die ihre Interessen dort vertreten.*" Zu den Plänen einer Genfer Friedenskonferenz und der Schaffung eines „Ministaats" sagte er:

„*Das Hauptziel der sogenanntn Genfer Friedensgespräche ist aus unserer Sicht das Ziel der Kapitulation.. Unsere Sicht über Palästina ist, daß wir gegen die sogenannte ‚Gründung eines palästinensischen Staates' und diese ‚friedliche Lösung' sind. Es gibt keine friedliche Lösung. Die einzige Lösung, die verwirklicht werden kann, ist, daß das palästinensische Volk seine legitimen Rechte erhält und diese Rechte werden nur durch den bewaffneten Kampf erreicht.*" Er betont, daß in jüngster Zeit die Beziehungen zur PFLP besonders eng geworden sind:

„*Wir haben ganz allgemein gute Beziehungen mit Al Fatah, der Demokratischen Front usw. Wir hatten besonders gute Beziehungen zur Demokratischen Front (PDFLP), die eine klare Haltung zur EPLF einnahm. Und seit dem Kongress 1977 haben wir jetzt besonders enge Verbindungen mit der PFLP.*"

Bei der Darstellung der politischen Beziehungen zu den konservativen bis reaktionären arabischen Nachbarstaaten weist er zunächst darauf hin, daß die „Außenpolitik" der EPLF bis vor einem Jahr durch die Okkupation des „Außenbüros" durch die Sabbieh-Gruppe" („ELF-EPLF") zu leiden hatte und daß im Grunde erst seit einem Jahr von der EPLF eine originäre „Außenpolitik" gemacht werden kann. Sabbieh ist der verlängerte Arm Kuweits und Saudiarabiens im eritreischen Widerstand.

Bei der Gestaltung der Außenpolitik sieht sich die EPLF einer Art Allianz zwischen revisionistischen, sozialistischen und imperialistischen Staaten gegenüber:

„*Gegenwärtig stellt sich uns folgende zentrale Frage: Wir sind in der Situation, daß wir mit der Konfrontation mit Äthiopien fertig werden müssen. Und Äthiopien erhält zur Zeit alle militärischen und politisch-ökonomische Unterstützung insbesondere von der Sowjetunion, Kuba und anderen, es unterhält zudem*

Vorbereitung des letzten Ansturms



Kämpfer der „Fitewerari" (Vorhut), Jugendorganisation der EPLF

Der Ring der Befreiungsstreitkräfte um Asmara wird immer undurchdringlicher. Im Nordosten der Stadt kontrollieren sie jetzt die einzige Straße zur Hafenstadt Massawa und stehen kurz vor dem Punkt, von dem aus die Trinkwasserversorgung Massawas kontrolliert werden kann.

Die äthiopischen Truppen, in Eritrea gegenwärtig vor allem die sogenannten 'Bauernmilizen', sind stark demoralisiert. So berichten Journalisten, die die befreiten Gebiete durchreisten, es sei kaum ein Tag vergangen, an dem sie nicht Trupps von äthiopischen Deserteuren begegneten („LM", 16.11.). So hat offensichtlich die mit Riesenaufwand betriebene Aufstellung der Milizverbände dem DERG bisher wenig gebracht.

Dazu sagte ein EPLF-Sprecher: „*Wie sollen unerfahrene und hastig trainierte Bauern dort Erfolg haben, wo eine Armee unterlegen ist, die als eine der besten in ganz Afrika bekannt war?*" („LM", 16.11.).

Afrika-Kommission

Nigeria Außenpolitik nach Carters Geschmack



Staatschef Obasanjo

Der volkreichste Staat Afrikas, Nigeria (80 Millionen Einwohner), hat im Verlauf des letzten Jahres eine kontinuierliche Annäherung an die Positionen der „neuen" Afrika-Politik der Carter-Regierung bezogen. Heute gehört Nigeria zu den einflußreichen afrikanischen Befürwortern der amerikanisch-britischen Lösungsvorschläge für Zimbabwe, die die imperialistischen Interessen „zeitgemäßer" absichern sollen. Carter wird in Kürze als erster US-amerikanischer Präsident afrikanischen Boden betreten – in Nigeria.

Die senegalische Zeitung „Le Soleil" meint daher, die Beziehungen zwischen beiden Staaten wären „sehr solide", das genaue „Gegenteil" der Beziehungen Nigerias zur Ford-Regierung (27.10.77). In der Tat ist kein größerer Kontrast denkbar: Dem ins Haus stehenden symbolträchtigen Besuch Carters steht die Ausladung Kissingers vor knapp zwei Jahren gegenüber. Damals hatte die nigerianische Regierung dem US-Präsidenten Ford geschrieben:

„*Während der Dauer des heldenhaften Kampfes der angolanischen Brüder unterstützte die US-Administration vorbehaltlos – moralisch, materiell und auf andere Weise – die faschistische, repressive und grausame portugiesische Regierung und ganz plötzlich hört man, daß Krokodilstränen um den Frieden in Angola vergossen werden*" (nach „3.Welt Magazin", Jan./Febr. 76).

Die Außenpolitik der damaligen Regierung Muhammed Murtalas war ohne Zweifel gekennzeichnet von dem Versuch, sich gegenüber dem Imperialismus mehr Ellbogenfreiheit zu verschaffen. Die materielle (55 Mill. DM) und diplomatische Unterstützung der MPLA war spektakulärer Ausdruck dieser neuen Ausrichtung der nigerianischen Außenpolitik, die sich deutlich von der uneingeschränkt neokolonialen Politik des gestürzten Vorgängers Gowon abhob und Nigeria im anti-imperialistischen

das Leben. Verwickelt in diese Affäre war der englische Botschafter in Lagos, der von dem Rebellenanführer Dimaka (Schwager des gestürzten Reaktionärs Gowon) aufgefordert wurde, die Verbindung mit London herzustellen, Gowon wieder in sein Amt einzusetzen und die neue „alte" Regierung von England diplomatisch anerkennen zu lassen. Kurz nachdem die Verbindungen der Putschisten zu der Vertretung des englischen Imperialismus offenkundig wurden, kam es in Lagos zu mehreren spontanen Demonstrationen, in deren Verlauf die englische und US-amerikanische Botschaft gestürmt und in ihre Einzelteile zerlegt wurden. In einer Erklärung griff die Regierung in Lagos die „*ausländische Unterstützung und Einmischung*" („New York Times" 19.2.) zugunsten des schafter mußte das Land verlassen, da die englische Regierung sich weigerte, Gowon nach Nigeria auszuliefern. Das Amt des Staatspräsidenten übernahm General Obasanjo, einer aus dem Führungskreis der Militärs um den ermordeten Murtala.

Die Rechtswende

Sechs Monate später kehrte der englische Hochkommissar nach Nigeria zurück, ohne daß auch nur eine der nigerianischen Forderungen erfüllt worden wäre. Die nigerianische Zeitung „New Nigerian" mutmaßte (und wie wir heute wissen, völlig zu Recht): „*Es sieht so aus, als ob sich die Konservativen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erneut durchgesetzt haben. Die Briten haben es also geschafft. Es ist ihnen gelungen, normale diplomatische Beziehungen zur Bundesmilitärregierung herzustellen, ohne in einem strittigen Punkte Zugeständnisse zu machen. ... Für den Uneingeweihten ist diese relativ frühe Normalisierung der diplomatischen Beziehungen eine beunruhigende Wende. Es hat den Anschein, als ob die eingefleischten konservativen und westlich orientierten politischen Berater im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erneut die Oberhand behalten haben*" (zitiert nach „Monitor-Dienst", 10.9.76). Zu diesem Zeitpunkt wurde auch eine „neue Phase" der diplomatischen Beziehungen zur Elfenbeinküste eingeleitet, deren langjähriger Präsident Houphouet-Boigny der Mustertyp eines imperialistischen Handlangers ist (gleichzeitig größter privater Landbesitzer). Der neue nigerianische Botschafter in der Elfenbeinküste ließ sich bei seiner Begrüßungsrede zu Formulierungen hinreißen, die weit über das „diplomatisch Notwendige" hinausgingen und die breit in der Landespresse publiziert wurden. So lobte er den Beitrag Houphouets für „*die Steigerung der Lebensqualität*" des Volkes der Elfenbeinküste und pries den Weitblick in Hand würden das nigerianische Volk und das Volk der Elfenbeinküste ihren gemeinsamen Traum realisieren: eine aufgeklärte Welt der sozialen Gerechtigkeit . . . (nach „West Africa", 8.9.76).

Nigeria während des Zaire-Konflikts

Sehr deutlich wurde die neue außenpolitische Konzeption der nigerianischen Herrschenden während des Aufstands in der zairischen Südprovinz Schaba. Bekanntlich versuchte seinerzeit die imperialistische Propaganda, diesen Aufstand als Werk Angolas, Cubas und der Sowjetunion zu denunzieren, um ihrerseits einen Vorwand für ihr massives Eingreifen zugunsten des Mobutu-Polizeistaats zu haben. In einer gemeinsamen Aktion von Frankreich und Marokko (sowie diversen anderen imperialistischen Staaten samt neokolonialen afrikanischen Statthaltern) wurde dieser Aufstand blutig zusammengebombt.

Die nigerianische Regierung leugnete die Existenz von Unterdrückung und Aufstand in Zaire, sie interpretierte den Kampf als Grenzkonflikt zwischen Angola und Zaire und entsprach damit in wesentlichen Teilen der imperialistischen Propagandaauffassung: „*Es ist bedauerlich, daß zwei Mitgliedsländer der OAU Anklagen und Gegenanklagen hinsichtlich angeblicher Einfälle in das Gebiet des anderen Staates austauschen. Nigerias Haltung zu dieser Frage ist von zwei offenkundigen Tatsachen bestimmt: Erstens unterhält Nigeria ausgezeichnete Beziehungen zu Angola und Zaire. Daher ist es sehr besorgt, wenn zwischen seinen Freunden Probleme entstehen. Zweitens glaubt Nigeria an die OAU-Charta, in der festgelegt wird, daß afrikanische Probleme hier auf dem Kontinent beigelegt werden sollten*" (30.3.77). Als die aufständischen Truppen auf dem Vormarsch waren, sendete Radio Lagos folgende Aufforderung: „*Nigeria hat an Angola und Zaire appelliert, in ihrem Streit Zurückhaltung zu üben. Eine solche Situation könne nach den Worten der Regierung die Aufmerksamkeit von dringenden Problemen der Entwicklung sowie von der gleichermaßen dringenden Aufgabe der Liquidierung der Überbleibsel des Kolonialismus in Afrika ablenken*" („Monitor-Dienst", 24.3.77).

Exemplarisch wird an diesen Stellungnahmen deutlich, daß die nigerianische Regierung innerhalb der afrikanischen Staaten keine Differenzierungen vornimmt, die Existenz des Neokolonialismus verleugnet bzw. nicht berücksichtigt und dementsprechend der OAU eine Rolle zuschreibt, die sie nicht erfüllen kann.

Die Entscheidungen der OAU sind stets nichts anderes als Spiegelbild des Kräfteverhältnisses von Revolutionären und Reaktionären, die Entschei-dungen als „oberste Autorität" zur Durchsetzung bringen zu wollen. Tatsache ist, daß die nigerianische Forderung nach einer Regelung der „Streitigkeiten" durch die Afrikaner selber mit dem Einsatz der pro-imperialistischen marokkanischen Truppen nahezu „erfüllt" wurde. Es ist ja die derzeitige Strategie des Imperialismus in Afrika, verstärkt die reaktionären Regimes gegen die progressiven Länder in Stellung zu bringen und selbst im Hintergrund zu bleiben. Darüber hinaus ist es gerade der Kampf gegen die neokolonialen Regimes, gegen die Kompradoren, der längerfristig auch die Chancen für eine revolutionäre Beseitigung des südafrikanischen Faschismus steigen läßt: Bekanntlich sind die Beziehungen zwischen dem Zaire Mobutus und Vorsters Apartheidszuchthaus die innigsten, der Sturz Mobutus würde also nicht vom Kampf gegen den Rassismus „ablenken", sondern ihn einen erheblichen Schritt voranbringen. Auch hier fällt die nigerianische Regierung weit hinter ihre Position im Angola-Konflikt zurück. Es wundert kaum noch, daß die nigerianischen Vermittlungsbemühungen von den USA unterstützt (lt. „International Herald Tribune", 19.4.77) und von Zaire akzeptiert wurden! (Lt. AFP nach „Monitor-Dienst", 25.3.77).

Nigeria und Carters Afrika-Politik

Wie eingangs erwähnt, haben sich die Beziehungen zwischen Nigeria und den USA rapide verbessert. Im Hintergrund stehen die bedeutenden Handelsbeziehungen beider Länder, Nigeria ist auf dem Wege, nach Saudi-Arabien der wichtigste Öllieferant für den US-Imperialismus zu werden. 55% des in Nigeria geförderten Öls geht bereits in die USA, das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten beträgt sechs Mrd. Dollar! Zahlreiche US-Multis sind in Nigeria vertreten (u.a. Gulf, Mobil, Texaco), amerikanische Banken haben Nigeria einen Kredit über 2,5 Mrd. DM eingeräumt, eines der größten Kreditgeschäfte Schwarzafrikas („Africa", 11/77).

Der gewandelte Charakter der Beziehungen zwischen Nigeria und den USA wurde zu Beginn dieses Jahres offenbar, als (im Februar) der US-Botschafter für die UNO, der Schwarze Young zu einem viertägigen Besuch nach Lagos eingeladen wurde. Bei seiner Ankunft in Lagos erklärte Young „selbstkritisch": „*Die Rolle Nigerias, die es in der Welt spielt, ist wohlbekannt und ich denke, wir haben aus unseren Fehlern gelernt. ... Ich bin sicher, es gibt keine Lösung in Afrika, wenn nicht die nigerianische Regierung mit einbezogen ist*" („New African Developement", April 77). Dazu General Obasanjo: „*Es ist unbedingt nötig, daß die USA sich verstärkt in Zimbabwe schlagenden Aktionen, den Methoden der Verhandlung und der Taktik der Regelung*" von weltpolitischen Problemen (ebenda). Nur wenig später im August dieses Jahren wurde Young wieder in Lagos empfangen (im Rahmen der Anti-Apartheid-Konferenz) und vom nigerianischen Außenminister Garba als „*großer Afrikaner*" über den grünen Klee gelobt. Er würde ein „*neues und wachsendes schwarzes Bewußtsein in den USA*" repräsentieren und Garba beschrieb ihn als „*Symbol einer neuen und konstruktiven Politik der USA in Afrika*" („Africa", 11/77).

Im Oktober 77 weilte dann der nigerianische Staatschef Obasanjo persönlich in Washington und traf mit Carter zusammen. Ergebnis: Bezüglich Zimbabwe träten „*beide Seiten für eine Lösung im Rahmen des britisch-amerikanischen Planes ein. Nigeria unterstützt diesen Plan und hat Soldaten angeboten, wenn die UNO die Entsendung einer Friedenstruppe während der Übergangszeit beschließen sollte*" („SZ", 14.10.). Auch auf der wenige Tage später stattfindenden UNO-Konferenz sprach sich Obasanjo für den anglo-amerikanischen Plan aus, „*die Vorschläge verdienen es, daß man ihnen eine Chance gibt*" („Daily News", Tansania, 15.10.77). Der anglo-amerikanische Plan wird bekanntlich von den zimbabweschen Befreiungskämpfern, zusammengeschlossen in der „Patriotischen Front", abgelehnt.

Die nigerianische Außenpolitik, die gegenwärtig betrieben wird, ist die eines reichen Landes in Afrika, das sich aufgrund seiner ökonomischen Stärke eine „Mittlerrolle" in Afrika zuweist. Dabei hütet sich die nigerianische Regierung davor, wie zu Zeiten Gowons (vor 1975) offen die Position der afrikanischen Reaktion einzunehmen. Die Außenpolitik Nigerias macht zwar gegenwärtig erhebliche Konzessionen an den Imperialismus, ist aber nicht mit der Elfenbeinküste u.ä. Ländern gleichzusetzen. In der Innenpolitik versucht die Militärführung einen „modernen Kapitalismus" zu installieren, der durchaus Reformen für die verelendeten Massen vorsieht (im Bereich Gesundheitswesen, Bildungspolitik etc.) und der vor allem das Gewicht der nigerianischen Bourgeoisie gegenüber dem Imperialismus stärken soll (Verstaatlichung der Banken, „Nigerianisierung" der Wirtschaft). Ideologisch drückt sich dies im Bekenntnis zu einem „dritten", „afrikanischen" Weg aus. Obasanjo: „*Ich bin überzeugt, daß die Entscheidung zwsichen Kapitalismus uns Sozialismus und die ganze Energie, die man aufbringen muß, um diese Wahl zu treffen unnütz und verloren sein wird. ... Wir wollen eine disziplinierte, faire, gerechte und humane Afrikanische Gesellschaft*" („New African Development", 11/77). Auch im Bereich der

schränkt neokolonialen Politik des gestürzten Vorgängers Gowon abhob und Nigeria im anti-imperialistischen Lager Afrikas einigen Kredit einbrachte. Die Ära Murtala währte jedoch nur sechs Monate. Ein Anschlag auf offener Straße kostete am 13.2.76 den Staatspräsidenten

phouets für *„die Steigerung der Lebensqualität"* des Volkes der Elfenbeinküste und pries den Weitblick des Landesherren, mit dem er die nationalen und ausländischen Ressourcen mobilisierte, um *„die bemerkenswerte ökonomische Stärke und den Reichtum"* zu schaffen. Hand

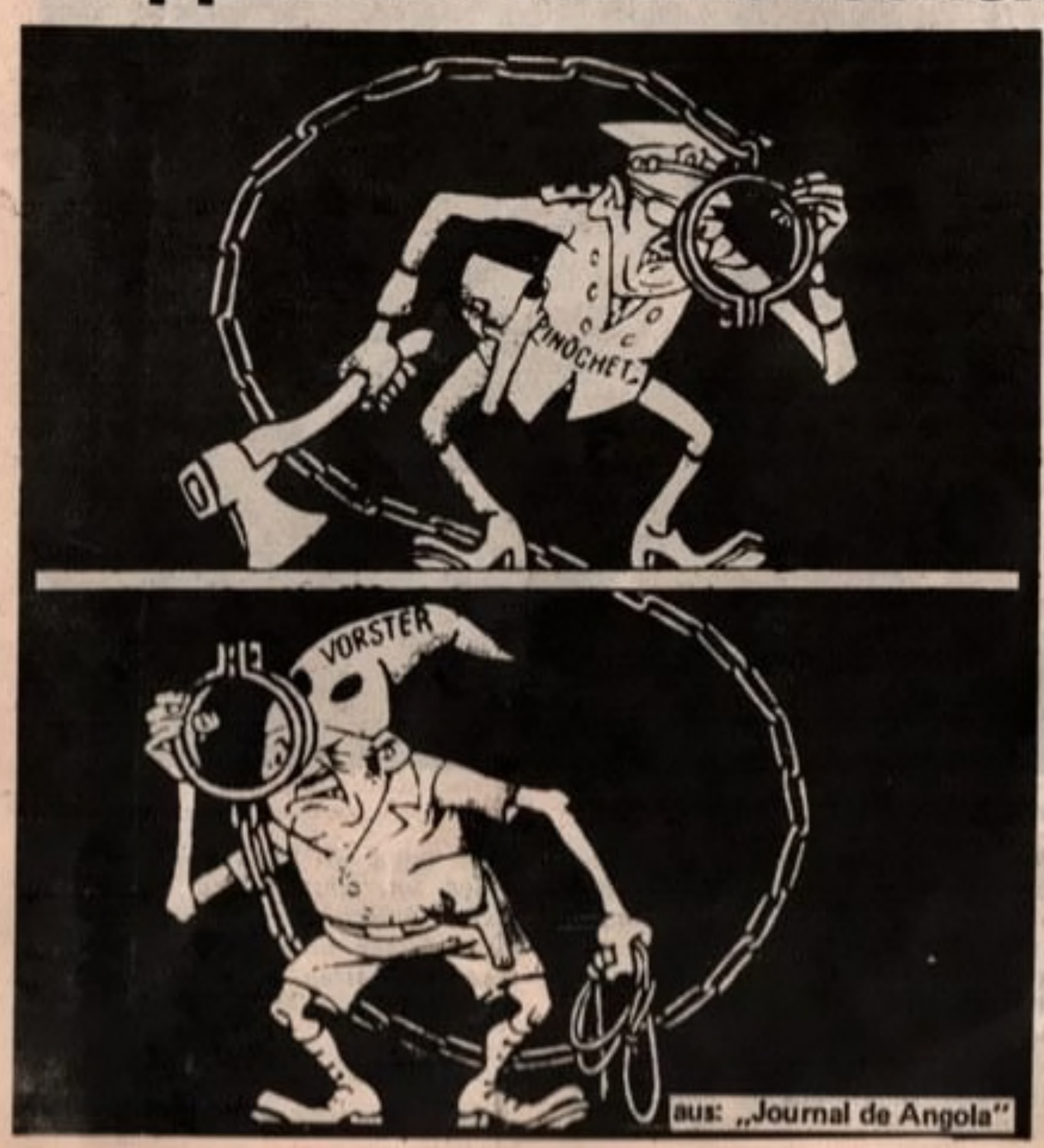
Die Entscheidungen der OAU sind stets nichts anderes als Spiegelbild des Kräfteverhältnisses von Revolution und Konterrevolution in Afrika. Es ist daher in einer Situation der relativen Stärke des Neokolonialismus gefährlich und im Einzelfall konterrevolutionär, OAU-Entschei-

April 77). Dazu General Obasanjo: *„Es ist unbedingt nötig, daß die USA sich verstärkt in Zimbabwe engagieren, nachdem die Engländer* (gemeint ist die Konferenz in Genf – die Red.) *versagt haben"*, die beiden Länder würden *„kooperieren und übereinstimmen bezüglich der einzu-*

rechte und humane Afrikanische Gesellschaft" („New African Development", 11/77). Auch im Bereich der Außenpolitik hat sich diese Linie einer aufsteigenden bürgerlichen Klasse entsprechend niedergeschlagen.

Afrika-Kommission

Truppen des faschistischen Chile kämpfen in Namibia und Zimbabwe



aus: „Journal de Angola"

Die angolanische Regierungszeitung „Journal de Angola" (vom 21.10., 6.11. und 9.11.) enthüllte, daß Seite an Seite mit den südafrikanischen und rhodesischen Faschisten auch Militäreinheiten der Pinochet-Diktatur gegen die Befreiungsbewegungen von Namibia und Zimbabwe sowie gegen die VR Mosambik eingesetzt werden. Dieses Engagement der chilenischen Faschisten im Südlichen Afrika begann Anfang 1976, als chilenische Militärs sich bereit erklärten, an der Invasion gegen die VR Angola mitzuwirken. Dieses Angebot kam jedoch seinerzeit zu spät. Die südafrikanischen Aggressoren wurden bereits im März 1976 aus Angola vertrieben.

Seitdem werden die chilenischen Truppen in erster Linie bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegung SWAPO eingesetzt.

Diese Information wurde zuerst von der nigerianischen „New Nigerian" unter Berufung auf Kreise des chilenischen Widerstands im März 1976 veröffentlicht, fand jedoch damals kein internationales Echo. Erst die mosambikanische „Noticias" vom Dezember 1976 griff die Angelegenheit wieder auf und attackierte die gemeinsamen südafrikanisch-chilenischen Militäraktionen in Namibia. Im März 1977 bestätigte der SWAPO-Führer Mathew Kalomoch, daß sich *„unter den Aggressor-Streitkräften Vorsters eine bedeutende Anzahl regulärer Streitkräfte des chilenischen Heeres befindet"*. Genosse Kalomoch teilte ferner mit, daß Spezialeinheiten der chilenischen Faschisten dem rhodesischen Smith-Regime an der Grenze zu Mosambik bei der „Guerilla-Bekämpfung" Beistand leisten. Nur einen Monat später konnte die algerische „Algérie Actualité" nachweisen, daß die Chile-Truppen im Südlichen Afrika noch weiter aufgestockt wurden.

Wie „Journal de Angola" im Einzelnen nachweist, ist diese militärische Zusammenarbeit zwischen den südafrikanischen und chilenischen Faschisten nur die Spitze eines Eisberges.

Praktisch seit dem Datum des blutigen Militärputsches in Chile vom September 1973 bestehen engste Kontakte auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Politisch heißt hier, daß man sich gegenseitig „Mut zusprach", um gegen den „Rest der Welt" zu bestehen. So wurde beispielsweise Mitte 1975 in der chilenischen, argentinischen und uruguayischen Presse eine großangelegte Kampagne gestartet, mit dem Ziel, die „positiven Aspekte" Südafrikas herauszustreichen, um damit der *„perversen internationalen Kampagne* (gegen das rassistische Südafrika, Anm. AK) *zu begegnen."*

Umgekehrt sprachen sich die südafrikanischen Rassisten gegen die *„internationale Verleumdungskampagne"* gegen Chile aus (vgl. zu beiden Vorgängen die Äußerungen von Dregger in Südafrika und StrauSS in Chile!).

Wirtschaftlich bedeutet dies, daß sich das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern beständig ausweitet (1974 bereits 15 Mio. Dollar) und daß insbesondere südafrikanische Kapitalisten kräftig in Chile investieren.

Besonders interessant für Südafrika ist allerdings, daß ihm Chile freien Zugang zu seinen Uranreserven gewährt, eine Großzügigkeit, die sich später sicher im Zugang Chiles zur südafrikanischen Atomtechnologie (sprich: Atombombe!) auszahlen wird.

Weiterhin zeigt sich Chile gegenüber Südafrika erkenntlich, indem es zusammen mit Uruguay und Argentinien südafrikanische, namibianische und rhodesische Rassisten aufnehmen will, wenn Not für den weißen Mann kommt.

Legen wir diesen terroristischen Verbrecherstaaten und ihren bundesdeutschen Sympathisanten des Terrors, StrauSS und Dregger das Handwerk!

Chilenische und südafrikanische Truppen raus aus Namibia!

Afrika-Kommission

Äthiopien:
Das Gemetzel geht weiter!

Wieder einmal ist es dem Militärdiktator Mengistu und seinen Killertrupps gelungen, einen Konkurrenten zu beseitigen: Atnafu Abate. Er war eines der Gründungsmitglieder des DERG 1974, wurde nach der Exekution General Adoms (Winter '74) die „Nr. 3" nach Mengistu und Teferi Bente in der DERG-Hierarchie und stieg zu „Nr. 2" auf, nachdem Mengistu zu Beginn dieses Jahres auch Bente liquidieren ließ, während Atnafe sich auf einer Provinz-Reise befand.

Die offizielle Begründung ist die gleiche wie bisher bei jedem dieser Schläge gegen einen Konkurrenten Mengistus: (Atnafe) sei gegen den Sozialismus, für Kapitalismus und Militärdiktatur eingetreten. Er habe eine konterrevolutionäre Verschwörung geleitet („SZ", 15.11. u.a.). Bisher ist auch jedesmal ein solcher Putsch des DERG mit der Behauptung verkauft worden, n u n e n d l i c h sei ein entscheidendes Hindernis für den Weg zum Sozialismus beseitigt worden.

Einige Spekulationen über die politischen Hintergründe der Beseitigung Atnafes gehen dahin, er sei Sympathisant der „Me'isone" gewesen, die noch bis vor kurzem dem DERG mit der Haile-Fide-Gruppe als Propagandazentrale gedient hat und ganz besonders für den 'sozialistischen' Tarnmantel der Politik des DERG zuständig war („LM", 15. 11.). (Me'isone ist vor wenigen Wochen in den Untergrund gegangen, als Mengistu sich mit Angriffen gegen die Haile-Fide-Gruppe dieser 'linken' Tarnung entledigen wollte.)

Der Machtkampf im DERG ist begleitet von verschärfter Repression gegen die Bevölkerung. In einer offiziellen Erklärung wurde angekündigt, in Kürze müsse sich jeder Einwohner Äthiopiens registrieren lassen. Nach der dabei vorzunehmenden „Ausmerzung" (!) der innenpolitischen Opposition soll dann jeder einen Paß erhalten, also Paßzwang eingeführt werden. Zudem soll die Freiheit des Reiseverkehrs eingeschränkt werden („NHP", 14.11., „SZ", 15.11.).

Unmittelbar nach der Beseitigung Atnafes wurde jegliche Art von Demonstration verboten – auch regimefreundliche („LM", 16.11.). Das sagt viel darüber, wieweit das Militärregime gegenwärtig schon Menschenansammlungen zu fürchten hat.

Afrika-Kommission

VR Angola vor dem 1. Kongreß

In diesen Tagen, auf jeden Fall noch vor Jahresende wird in der VR Angola der erste MPLA-Kongreß stattfinden, der vom dritten Plenum des Zentralkomitees Ende Oktober letzten Jahres beschlossen wurde und seitdem intensiv vorbereitet wird. Das Jahr 1977 wurde zum „Jahr des Kongresses und der Partei" erklärt.

Seit einigen Wochen häufen sich in der angolanischen Presse Meldungen über konkrete Kongreßvorbereitungen (Unterstützungserklärungen örtlicher MPLA-Gliederungen, von Volksversammlungen, Einzelpersonen etc.), ein genauer Termin wurde jedoch noch nicht bekanntgegeben. Der Beschluß des ZK lautet, daß der Kongreß „im letzten Trimester" dieses Jahres stattfinden soll.

Am 22. Oktober erklärte die angolanische Regierung, daß die Grenzen des Landes für Ausländer bis zum 15. Dezember geschlossen bleiben. Bis dahin wird wahrscheinlich der Kongreß stattgefunden haben („Neue Hannoversche Presse", 23.11.).

Worum geht es bei diesem Kongreß, der nach Angaben der MPLA die erste repräsentative nationale Versammlung der Bewegung seit ihrer Gründung ist?

Laut Statut ist der Kongreß das höchste Beschlußfassende Gremium der MPLA. Seit 1971 wurde ein solcher Kongreß konkret ins Auge gefaßt, bereits damals mit dem Ziel, die Umwandlung der MPLA in eine marxistisch-leninistische Avantgarde-Partei durch den Kongreß vollziehen zu lassen. Er mußte jedoch immer wieder verschoben werden, zuerst wegen der inneren Schwierigkeiten (Chipenda-Affäre, Revolta Activa), dann wegen des zweiten Befreiungskrieges der MPLA.

Im Mittelpunkt des Kongresses im Dezember wird die Frage der Parteigründung und die Festlegung der nächsten Aufgaben beim neudemokratischen Aufbau stehen. Wir werden ausführlich über alle Ergebnisse der Versammlung berichten.

Afrika-Kommission

F. Polisario läßt sich nicht erpressen



Fast einen Monat nach der handfesten Drohung, mit Hilfe einer direkten und massiven militärischen Intervention die Rückgabe von acht Franzosen aus der Hand der F. Polisario durchzusetzen, hat sich die F. Polisario bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht dazu bereitgefunden. Wir berichteten im letzten AK ausführlich, daß die Rückforderung der französischen „Geiseln" nichts weiter als ein Vorwand für eine bereits eingeleitete kriegerische Eskalation Frankreichs im Maghreb ist und die Vernichtung des Volkes der West–Sahara als einem wesentlichen antiimperialistischen Unruhefaktor in dieser Region zum Ziel hat.

Die F. Polisario ihrerseits betrachtet die Franzosen als Kriegsgefangene, da sie auf einem von der Polisario zum Kriegsgebiet erklärten Ort Mauretaniens gefangengenommen wurden: bei Zouerat, dem wichtigsten Eisenerzzentrum Mauretaniens, wo hunderte von französischen „Technikern" eingesetzt sind.

Die Verhandlungen der F. Polisario mit Beauftragten der französischen Regierung sind bisher ergebnislos verlaufen, da die F. Polisario etwas mehr als gute Worte als Gegenleistung für die Auslieferung ihrer Kriegsgefangenen haben will. Bisher hatte sich die französische Regierung sogar geweigert, mit der Polisario direkt zu verhandeln, da sie damit deren Existenz zugegeben hätte bzw. ihre Anerkennung als Befreiungsbewegung faktisch vollzogen hätte.

Die Streitkräfte der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" sind seit der französischen Interventionsdrohung in ihren Angriffen nicht zurückhaltender geworden. So wurde vor kurzem wieder das mauretanische Wirtschaftszentrum Zouerat angegriffen sowie weitere Militärstützpunkte in Mauretanien („Süddeutsche Zeitung", 24.11.77). Am 14.11. hatten die Partisanen der F. Polisario vor der saharauischen Küste ein spanisches (bzw. kanarisches) Fischerboot beschossen, und die drei Fischer erstmal mitgenommen (sie werden jetzt wieder ausgeliefert).

Auch hiermit hat die Polisario wieder einen öffentlichkeitswirksamen Akt der Verteidigung des Hoheits– und Überlebensrechts des saharauischen Volkes gemacht (nämlich seines Rechts auf die natürlichen Reichtümer).

In der spanischen Presse nahm das gekaperte Fischerboot tagelang die ersten Seiten der Tageszeitungen ein. Solche und ähnliche Aktionen der F. Polisario sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Aufrüstung Marokkos und Mauretaniens durch deren Freunde zügig vorangetrieben wird. Die spanische Regierung lieferte mehrere Flugzeugladungen Waffen (im Wert von insgesamt 6 Mio. Dollar) Anfang November nach Mauretanien („Deia", 10.11.77). Die französische Regierung hat bei der spanischen um Benutzung der kanarischen Inseln als logistische Nachschubbasis für eine Sahara–Invasion nachgesucht. Die Einbeziehung der Kanarischen Inseln in eine mögliche militärische Auseinandersetzung im Maghreb wurde von den reformistischen und einigen „ML"–Parteien der Kanarischen Inseln in einer gemeinsamen Erklärung aufs schärfste verurteilt („Deia", 15.11.77).

Der derzeitige OAU–Präsident Bongo, reaktionärer Staatspräsident von Gabun, hielt sich, ebenfalls Anfang November, zu Staatsbesuchen in Frankreich und Spanien auf. Bongo betonte nach seinem Spanien–Besuch, daß die F. Polisario von der OAU bisher nicht als Befreiungsbewegung anerkannt sei und daß das Thema, ob die Kanarischen Inseln zu Afrika oder zu Spanien gehören, in der OAU nicht behandelt werde, solange er Präsident der OAU sei („El Pais", 10.11.77). Bongo hat während seiner Amtszeit erfolgreich den lange geplanten OAU–Gipfel zur Sahara sabotiert, wodurch er der saharauischen Befreiungsbewegung internationalen und diplomatischen Schaden zugefügt hat.

Die Front der Gegner des saharauischen Volkes sowie der antiimperialistischen Länder Algerien und Libyen schließt sich derzeit noch enger zusammen. Wie es um die Haltung der übrigen arabischen Länder steht, machte neulich die algerische Tageszeitung „El Moudjahid" deutlich, als sie darauf hinwies, daß sich erst Libyen und Irak öffentlich gegen die französischen Drohungen gegen Algerien gewandt hätten. („El Pais", 15.11.77).

Afrika–Kommission

Mosambik braucht Fachkräfte!

Am 12./13.November konstituierte sich in Bochum der „Koordinierungskreis Mosambik". Neben der Förderung der Informationsarbeit über die VR Mosambik sieht der Koordinierungskreis seine Hauptaufgabe in der „*Mobilisierung, organisatorischen Vorbereitung und Durchführung der Vermittlung von Fachkräften aus der BRD und Westberlin für die VR Mosambik*". Diese Arbeit soll geschehen „*auf der Grundlage der von der Regierung der VR Mosambik festgelegten Politik*".

Vorgespräche für diese wichtige Aufgabe hatte es bereits im August zwischen dem ISSA-Geschäftsführer G. Wellmer und dem Planungsminister Marcelino dos Santos gegeben. Damals bestätigte dos Santos den dringenden Bedarf der Volksrepublik an **„Mechanikern, Elektrikern, Schiffs- und Flugzeugpiloten, Ingenieuren, Facharbeitern, Handwerkern, Lehrern und Ausbildern für die verschiedensten Berufe in allen Bereichen"**. Ausführlich legte dos Santos in dem Gespräch dar, daß die Bewerber ausschließlich auf der vom Zentralkomitee der Frelimo ausgegebenen Linie arbeiten müssen, weder die chinesische noch die sowjetische Politik noch die eigenen Vorstellungen dürften die Tätigkeit der Fachleute in Mosambik bestimmen.

Außerdem wies Genosse dos Santos alle Bewerber eindringlich darauf hin, daß sie in Mosambik kein Zuckerschlecken erwartet:

„Die Mitarbeiter, die wir brauchen, müssen keine Revolutionäre sein; aber was wir von ihnen erwarten ist, daß sie der Revolution in Mozambique aufgeschlossen gegenüberstehen. Sie müssen verstehen, in welcher Situation sich ein Land befindet, das unter Kolonialherrschaft gestanden hat und unabhängig geworden ist; all die Probleme, mit denen wir jetzt konfrontiert sind. Die Kooperanten müssen darauf vorbereitet sein, mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert zu werden: Erstens werden die Leute nicht immer in Städten arbeiten, sie werden nicht immer in den Provinzhauptstädten arbeiten, sondern möglicherweise in kleinen Städten. Natürlich ist der Komfort in diesen Städten nicht groß, soziale Aktivitäten, Kinos, Restaurants, sind nicht vorhanden, oder wenigstens nicht so wie in den europäischen Städten. Deshalb müssen die Leute vorbereitet sein, unter diesen Bedingungen zu leben. Zweitens haben wir hier manchmal Schwierigkeiten, ähnlich wie am Anfang, mit der Nahrungs- und Warenversorgung; wir hatten manchmal Schwierigkeiten, Fleisch bzw. Brot zu besorgen. Das sind also Schwierigkeiten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen und wir können denen, die nach Mozambique kommen, nicht sagen, natürlich werden diese Schwierigkeiten auftauchen, aber ihr werdet davon nicht betroffen sein.

Wir brauchen Leute, die der mozambikanischen Revolution Sympathie entgegenbringen und darauf vorbereitet sind, mit Schwierigkeiten fertig zu werden.

Gut, wenn Revolutionäre hierher kommen, dann ist das in Ordnung, aber von allen verlangen wir, daß sie psychologisch auf Schwierigkeiten vorbereitet sind. Hier in Maputo zu leben, ist eine Sache, aber irgendwo in der Provinz zu leben, ist nicht genau das gleiche."



Parteiladen-Politik

Die Gründungskonferenz des „Koordinierungskreis Mosambik" zeigte allerdings einmal mehr, wie schwer es den revisionistischen und vaterländischen Sektierern fällt, den in der Plattform festgeschriebenen Anspruch der Überparteilichkeit und Offenheit für alle (die Plattform unterstützenden) Gruppen ernst zu nehmen.

Die Einladung zur Gründungskonferenz lag beim „Weltfriedensdienst", dessen Repräsentant uns schon als „KPD/Liga"-vertreter im Afrika-Komitee Berlin und der Cabral-Gesellschaft bestens bekannt war. Die offensichtlich selektive Einladung (nicht nur uns erreichte das Schreiben erst einen Tag vor der Gründungsversammlung !) war offenbar mit der geplanten Zusammensetzung des „Trägerkomitees" abgestimmt.

Jedenfalls fiel von den fürs „Trägerkomitee" kandidierenden Gruppen ausgerechnet mit AKAFRIK die Gruppe durch, die in der Vergangenheit am deutlichsten vaterländische Positionen in der Afrika-Solidarität bekämpfte. Der Vertreter des „Anti-imperialistischen Solidaritätskomitees" (sprich DKP) war ebenfalls erst einen Tag vor der Sitzung benachrichtigt worden und ihm waren (wie uns) die informierenden Unterlagen vorenthalten worden. Er griff jedoch nicht nur diese kritikwürdige Praxis der Einlader an, sondern wollte zugleich die bekannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DKP im Koordinierungskreis verwirklicht sehen. Ansonsten werden ASK und DKP alles einsetzen (sogar die SED soll bemüht werden!), um das Projekt zu torpedieren.

Trotz dieser ungünstigen Vorzeichen (für deren Änderung wir uns einsetzen werden) fordern wir alle interessierten Anti-Imperialisten auf, sich der mosambikanischen Revolution als Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Anfragen an: ISSA, Buschstr. 20
5300 Bonn

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen

Mosambik

Das rhodesische Regime hat in den letzten Wochen seine militärischen Aggressionen gegen die VR Mosambik erneut gesteigert. Die tansanische und angolanische Presse berichtet, daß die rhodesischen Rassisten gegenwärtig in bisher unbekanntem Ausmaß ihre Truppen entlang der Grenze massieren. Die Übergriffe sind momentan vor allem gegen die vom 25. September bis Anfang Dezember andauernden Wahlen zur Volksversammlung der VR Mosambik gerichtet. Am 3. November marschierten rhodesische Infanterieeinheiten in der Provinz Manica ein, um die Ortschaft Canhonda zu zerstören. Sie konnten jedoch von den Volksbefreiungsstreitkräften FPLM zurückgeschlagen werden. Ein weiterer Angriff der Rassisten galt der nördlich von Manica gelegenen Provinz Tete. Auch dort gelang es ihnen jedoch nicht, den Wahlprozeß zu unterbinden, mit Ausnahme von zwei Ortschaften (Tanz. „Daily News", 6.11.77, „Journal de Angola", 6.11.).

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Waldheim, hat nach diesen Verbrechen erneut an die Weltöffentlichkeit appelliert, Mosambik in dieser schwierigen Situation noch stärker als bisher beizustehen. Gleichzeitig veröffentlichte die UNO den Bericht einer Untersuchungskommission, die im Juli die Volksrepublik bereiste. Danach haben die staatlichen rhodesischen Terroristen allein in diesem Jahr 143 Überfälle durchgeführt unter Einsatz von Kampfflugzeugen, Panzern, Artillerie und Napalm- und Splitterbomben. Dabei kamen über 500 Menschen ums Leben („Daily News", Anm.: „Journal de Angola" gibt eine Zahl von 15.000 an). Über 50.000 Menschen wurden in den Provinzen Gaza, Manica, Tete als Folge der Angriffe obdachlos oder waren in einer anderen Weise betroffen.

• • •

Am 7. November unterzeichneten die VR Mosambik sowie die skandinavischen Länder Island, Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden ein Landwirtschaftsabkommen mit einem Gesamtwert von ca. 50 Mio. Dollar. Für beide Seiten stellt dieses Abkommen eine Neuheit dar. Niemals zuvor haben die skandinavischen Länder irgendeinem Entwicklungsland eine so hohe Hilfe zugesagt und auch die FRELIMO hatte ein Hilfsabkommen dieses Umfangs weder mit kapitalistischen Ländern noch mit Ländern des Ostblocks oder der VR China je abgeschlossen. Das Programm läuft über drei



asien



SEC — Streik

In den letzten Wochen kam es zur ersten großen Kraftprobe zwischen Arbeitern und Regierung seit Einführung der »Anti-Streik-Gesetze« und »Lohnleitlinien«. Es handelt sich um den Streik von ca. 2.300 Kraftwerksarbeitern gegen die staatliche »State Electric Comission« (»SEC«). Die Arbeiter forderten bereits seit Monaten eine Erhöhung und Angleichung ihrer Löhne an das übliche Maß. Zum Teil bekamen die Arbeiter des La-Trobe-Tales (Ort der Auseinandersetzungen) bis zu 40 australische Dollar weniger bezahlt als Arbeiter in anderen Kraftwerken.

Die SEC lehnt eine Lohnerhöhung seit neun Monaten ab — woraufhin die Arbeiter Anfang August in den Streik traten. Inzwischen waren jedoch die »Anti-Streik-Gesetze« der Frazerregierung in Kraft. Lohnerhöhungen sollten nach BRD-Vorbild nur noch entlang vereinbarter Leitlinien stattfinden. Wie in der BRD richten sich diese Leitlinien nach offiziellem Preisindex und »wirtschaftlicher Zumutbarkeit«. Die Forderungen der La-Trobe-Arbeiter lagen über diesen Leitlinien.

»Indexierung basiert auf dem 'Konsumpreis-Index', der außerordentlich konservativ und im übrigen kein Maßstab für den Lebensstandart ist. Selbst wenn die Arbeiter volle Indexierung [Lohnleitlinie] bekommen, würden sie hinter den bisherigen Stand zurückfallen. Wir bekommen aber sowieso nicht die volle Indexierung« (Flugblatt des Streikkomitees).

Dadurch, daß die La-Trobe-Arbeiter einen Streik gegen die Lohnleitlinien und gegen die neuen Anti-Streik-Gesetze führten, standen sie sofort in voller Konfrontation mit dem Staatsapparat — denn es war der erste Streik gegen die neuen Gesetze!

Jegliche Lohnerhöhung wurde abgelehnt, mit massivsten Polizeieinsätzen wurde versucht, Streikbrecher ins Kraftwerk zu bringen (»Workers News«, 6.10.). Im ganzen Tal wurden Hunderte von Polizisten stationiert, die teilweise gegen Streikposten vorgingen. Ende Oktober spitzte sich der Streik zur bisher massivsten Auseinandersetzung zwischen streikenden Arbeitern und der Regierung zu. Frazers Regierung ordnete an:

- Rückkehr an die Arbeit oder Entlassung;
- Aufforderung an die SEC, massiv Streikbrecher einzustellen;
- Weigerung, den Lohn zu erhöhen und Verweisung an die (neue) Schiedskommission.

Als auch dies noch nichts nützte, sperre die Regierung zahlreiche Arbeiter aus (»Guardian«, 14.10.77) und verkündete den Notstand nach dem sog. »Essential Service Act« (volkswirtschaftlich unverzichtbare Betriebe) (»The Battler«, 22.10.77; »Tribune«, 12.10., »Workers News«, 6.10.; Flugblatt des La-Trobe-Streikkomitees)! Unter diesen Bedingungen wurde nach massivem Einsatz hoher sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre wie Bob Hawke (Vorsitzender des ACTU) die Streikaufgabe erzwungen (»Direct Action«, 27.10.).

Es war dies das erste Mal, daß die Regierung offen zur Durchsetzung ihrer Anti-Streik-Gesetze in eine Auseinandersetzung eingriff. Das Beispiel machte Schule — auch in Western-Australia wurde anläßlich eines Streiks der Notstand ausgerufen.

Mehr noch, aus Anlaß des La-Trobe-Streiks hat die Regierung vor, die zuständigen Gewerkschaften aus dem Register zu streichen — was einer staatlich angeordneten Auflösung und Illegalisierung gleichkommt! In anderen Bundesländern sollen ebenfalls verschiedene Gewerkschaften faktisch aufgelöst werden — in Western-Australia die Transportarbeitergewerkschaft, in Queensland die Seeleutegewerkschaft (»Tribune«, 12.10.77). Das Streikkomitee der Kraftwerksarbeiter meldet außerdem, daß Arbeitern, die durch Streik arbeitslos werden, keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden soll (Flugblatt).

Asien-Australien-Kommission

10. Dezember — Wahlen in Australien

Für den 10.12. hat Australiens Premierminister Frazer vorgezogene Wahlen angesetzt. So wie es aussieht, dürfte ein Wahlsieg der sozialdemokratischen ALP und damit ein Regierungswechsel bevorstehen.

So erlangte die ALP in einigen Nachwahlen in den letzten Wochen erhebliche Stimmengewinne (teilweise Verdoppelung gegenüber vorherigen Wahlen), nach jüngsten Meinungsumfragen lehnen 42 % der Bevölkerung die Uranpolitik der derzeitigen Frazer-Regierung ab — auch dies wird für die ALP zu Buche schlagen (»Tribune«, 26.10.77). Zwei Ereignisse der letzten Wochen lassen einen recht »heißen« Wahlkampf erwarten:

Queensland-Wahlmanipulationen retten reaktionäre Regierung!

Am 11.11. fanden in Queensland die regulären Parlamentswahlen statt. Trotz eines totalen Wahlerfolges der ALP blieb die reaktionäre Bjelke-Petersen-Regierung im Amt. Die ALP erhielt 43 % der Stimmen, die ebenfalls oppositionelle »Demokratische Partei« 11 % — trotzdem behält die Regierungskoalition durch ein ausgeklügeltes Wahlsystem die Mehrheit der Sitze! (Bei den Wahlen 1974 erhielt die ALP mit 36 % der Stimmen ganze 12 % der Sitze! — »Guardian«, 14.11.77).

Selbst diese undemokratisch zustandegekommene Parlamentsmehrheit der Regierungskoalition wurde nur durch offene Wahlmanipulation erreicht. Zwei Tage vor der Wahl wurde den ca. 115.000 »Schwarzen Australiern« praktisch das Wahlrecht genommen. Die Regierung berief sämtliche Regierungsbeamte aus den Ureinwohnergebieten zurück und kappte zwei Tage vor der Wahl die letzte administrative Verbindung zu diesen Gebieten, indem ein Gesundheitsteam der Regierung zurückbeordert wurde. *»Seit das Gesundheitsteam der einzige Kontakt für Tausende von Ureinwohnern in den Außenregionen ist, bedeutet die Rückberufung, daß die Ureinwohner nicht an den Wahlen teilnehmen können«* (»Guardian«, 9.11.). Es war kein Beamter da, der die Wahlunterlagen ausgeben konnte!

Die Queensland-Regierung gab bekannt, daß dieser Zustand — die Außenregionen ohne Verbindung zu lassen — mindestens bis zu den Bundeswahlen bleiben soll (»Guardian«, 9.11.)!

Ein ähnlicher Fall wurde kürzlich aus dem Bundesland West-Australien bekannt. Bei Kommunalwahlen wurden die Wahlbestimmungen derart streng ausgelegt, daß Tausende Stimmzettel von Ureinwohnern wegen »Formfehlern« ungültig gebucht wurden (»Tribune«, 9.11.).

Derartige Methoden werfen ein Licht auf die Methoden der australischen Reaktion, mit denen die bestehenden Regierungsverhältnisse gesichert werden sollen.

Asien-Australien-Kommission

BRD will Aufbereitungsanlage in Australien bauen

Wie »Radio Australia News« Mitte Oktober bekanntgab, steht ein europäisches Konsortium mit Firmen aus der BRD, Großbritannien und den Niederlanden mit der Australischen Regierung über den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen in Verhandlung. Die Gruppe »URENCO-CENTEC« hat dem australischen Außenminister Anthony ein Angebot über Aufbereitungsanlagen als Gegenleistung für Uranlieferungen gemacht!

Der Sprecher von URENCO-CENTEC, Parry, hofft, daß eine künftige australische Regierung Verträge über Aufbereitungsanlagen akzeptiert! Das heißt nichts anderes, daß derartige Verträge bereits abgeschlossen oder kurz vor Abschluß sind!

Darauf deutet auch die Aussage hin, daß die erste Anlage bereits in sieben Jahren arbeiten soll.

Asien-Australien-Kommission

Das Programm läuft über drei Jahre und umfaßt etwa 26 landwirtschaftliche Projekte der Forst-, Fisch- und Viehwirtschaft sowie einiger anderer landwirtschaftlicher Bereiche. Es schließt die Entsendung skandinavischer Fachkräfte, die Ausbildung mosambikanischer Kader und die Förderung von Staatsfarmen ein. Mosambik nimmt mehrere Kredite auf und importiert landwirtschaftliche Technologie. Die Zusammenarbeit der FRELIMO mit den skandinavischen Ländern geht auf die Tage des bewaffneten Kampfes zurück, wo sie erhebliche humanitäre Hilfe erhielt. Im April und Mai 1977 besuchte Samora Machel Skandinavien und erklärte nach Abschluß seiner Reise: *„Wir haben Respekt für unsere Unabhängigkeit sowie für unsere politische Linie und den von uns eingeschlagenen Entwicklungsweg vorgefunden".* („Daily News", 8.11.).

* * *

Jetzt kostenlose Gesundheitsversorgung in Mosambik

Nachdem bereits kurz nach der Unabhängigkeit der VR Mosambik die FRELIMO das gesamte Gesundheitswesen in staatlichen Besitz überführt wurde, ist nun ein weiterer entscheidender Schritt getan worden, auch die Medizin in den Dienst des Volkes zu stellen. Anfang November verabschiedete die Volksversammlung nach ausführlicher öffentlicher Diskussion das „Gesetz über die Sozialisierung der Medizin", das Vorsorgeuntersuchungen und stationäre Krankenhausaufenthalte kostenfrei macht und außerdem vorsieht, daß die grundlegenden Medikamente und Heilmittel kostenlos abgegeben werden. Lediglich ambulante Krankenhausaufenthalte sollen in Zukunft eine minimale Gebühr kosten, die allerdings in Gebieten Mosambiks mit niedrigem Einkommen noch weiter reduziert werden kann.
(nach „Daily News", (Tanz.) 3.11.77).

Afrika-Kommission

MELDUNGEN MELDUNGEN MELDUNGEN

Pakistan. Nachdem die Parlamentswahlen erstmal auf den St.-Nimmerleinstag verschoben wurden, sind *»selbst Wahlen in studentischen Vereinigungen und beruflichen Organisationen verboten worden«*. Verstöße gegen dieses Verbot werden mit bis zu drei Jahren Gefängnis oder Stockhieben bestraft (»Neue Zürcher Zeitung«, 15.11.77). Gleichzeitig wurde der Militärputsch vom Verfassungsgericht für legitim erachtet, da das Land eine *»durch den Zwang der Umstände bewirkte Phase konstitutioneller Abweichungen«* durchlaufe (»FAZ«, 11.11.77)...

Auch in der ideologischen Ausrichtung geht es stramm weiter nach rechts. So forderte »Hauptkriegsrechtsadministrator« Zia-ul Haq, daß die Moscheen als *»Grundeinheit im Bildungssystem fungieren«* sollten (»Monitor-Dienst«, 7.10.77).

***

Südkorea. Die Kämpfe an den Universitäten dauern unvermindert an. In den letzten sechs Wochen sollen mehr als 400 Demonstranten verhaftet worden sein.

Ebenfalls verhaftet wurde der Schriftsteller und Universitätsdozent Park Yong Ho. Er hatte eine Satire geschrieben, in der Südkorea geschildert wird *»als eine Hühnerfarm, in der die Züchter mit Hilfe von Wachhunden die Macht besitzen und die Hühner, das südkoreanische Volk mit Kraftnahrung zum Eierlegen anhalten. Der Versuch eines aufsässigen Huhns, seinen apathisch Eier produzierenden Mithühnern klarzumachen, daß sie eigentlich freie Vögel sind, die fliegen können, wohin sie wollen, endet mit seiner Liquidation durch die Wachhunde«* (»FR«, 18.11.77). Erfreulicherweise war die Satire schon unter der Hand ausverkauft, bevor die Polizei sie beschlagnahmen konnte.

***



Barrikaden gegen Autobahnbau in Australien

KVDR. Wegen der Unterstützung der F. Polisario durch die KVDR hatte schon Mauretanien die diplomatischen Beziehungen zu Pyongyang abgebrochen. (Die KVDR hat bisher als einziges außerafrikanisches Land die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt). Jetzt bekräftigte die KVDR noch einmal ihren Standpunkt und verurteilte die angedrohte Intervention durch französische Elitetruppen (»KCNA«, 7.11.77).

***

Australien. Vor zwei Monaten erklärte die Führung des australischen Gewerkschaftsdachverbandes ACTU mit viel Getöse ein »Ultimatum« an die Frazerregierung. Innerhalb von zwei Monaten sollte eine Volksabstimmung über Uranabbau und -export durchgeführt werden, andernfalls würde der ACTU zu massiven Aktionen wie Boykott etc. greifen.

Nun, die zwei Monate sind um — geblieben ist vom »Ultimatum« eine kurze Zeitungsnotiz, in der es heißt, daß »die Gewerkschaften« ihre Entscheidung, *»zu Aktionen zu greifen, wenn Frazer das Referendum ablehnt«* erstmal zurückgestellt haben (»Guardian«, 15.11.). Offensichtlich will die sozialdemokratische ACTU-Führung erstmal abwarten, ob nicht ihre Herren und Meister am 10.12. die Wahlen gewinnen — um dann selber Uran zu exportieren ...

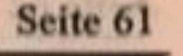
Barrikaden gegen Autobahnbau!

Aus Protest gegen einen gigantischen Autobahnplan der Regierung protestierten Anfang November Tausende auf einem »Anti-Autobahn-Karneval«. Kunstvolle Bemalung bereits fertiggestellter Autobahnteile und andere Protestformen wurden von mehreren Hundert Polizisten gewaltsam unterbunden. Daraufhin wurden an entscheidenden Stellen des Autobahnbaus Barrikaden aus umgekippten Autos aufgestellt. Die Barrikaden blockierten gleichzeitig Durchgangsstraßen. Auch diese Barrikaden wurden durch Polizeigewalt entfernt, mehrere Demonstranten verhaftet.

Gleichzeitig wurde unter Polizeischutz ein massiver Bauzaun errichtet.

Die Auseinandersetzungen in der Umgebung Melbournes sind damit beileibe nicht beendet: *»Sie werden für alle zwei yards Autobahn gleichzeitig einen Bauzaun errichten müssen«* meint ein Vertreter der Protestbewegung (»Tribune«, 9.11., »The Age«, 8.11.).

Asien-Australien-Kommission





Nachrichten aus Schule und Hochschule



Das Streikrecht verteidigen!

An über 100 Hochschulen sind auf Vollversammlungen und in Urabstimmungen in den letzten Wochen Streikmaßnahmen beschlossen worden. Damit steht nach den Kampfmaßnahmen in Baden-Württemberg gegen die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes eine neue Welle von Streiks an den Hochschulen an.

In diesen Beschlüssen spiegelt sich der ungebrochene Widerstandswillen der Studentenschaft gegen die zunehmende Repression wider. Hatten die Herrschenden gehofft, daß nach den Auseinandersetzungen in den letzten Semestern die Kampfkraft erlahmen würde, so haben sie sich getäuscht. Aber gerade weil bisher alle Versuche, die Studentenbewegung mit reformistischen Versprechungen zu vertrösten, fehlgeschlagen sind, wird für dieses Semester in allen Hochschulorten eine „harte Welle" angekündigt.

Bereits im Vorfeld des Streiks wurden Urabstimmungen verboten (Münster, Köln). Die ASten der FHS Kiel und der Uni Kiel wurden per Gerichtsbeschluß, bei Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 10.000 DM, verpflichtet, alle entsprechenden Plakate zu entfernen und die Aufrufe zu widerrufen.

Für den Fall der Durchführung des Streiks werden Strafanzeigen und Polizeieinsätze schon jetzt angedroht. Im „liberalen" Hamburg ist die Stationierung von Polizeieinheiten an der Uni geplant.

Darüberhinaus machen die Herrschenden deutlich, daß sie nicht mehr länger gewillt sind, die Auseinandersetzungen auf dem Campus als „notwendiges Übel" hinzunehmen. Nach dem baden-württembergischen bundesweiten Streik im Wintersemester. Nach dem Streik erklärten die Herrschenden die liberale Taktik für gescheitert, da die Universität *„vor einer kleinen Minderheit von chaotischen Kräften"* kapituliert hätte („Welt", 14.5.77).

In einer Mitteilung an die Sprecher der Fachbereiche verkündet Fischer-Appelt die für dieses Mal geplanten Maßnahmen: — Lehrveranstaltungen können im Fall von Störungen in das Hauptgebäude verlegt werden.,*„Zum Schutz der Lehrveranstaltungen wird der Zugang zum Gebäude und zu den Räumen im Gebäude mit Unterstützung der Polizei kontrolliert."*

„Ein Hochschullehrer ist berechtigt aber nicht verpflichtet, in seiner Lehrveranstaltung auf Diskussionswünsche einzugehen, die sich nicht unmittelbar auf den Gegenstand einer Lehrveranstaltung beziehen ... Im Falle einer Ablehnung muß jede Beeinträchtigung der Lehrveranstaltung durch die Anwesenden unterbleiben."

„Bei Lehrveranstaltungen steht das Hausrecht den Mitgliedern des Lehrkörpers für die Räume zu, die ihnen zur Abhaltung der Lehrveranstaltungen ordnungsgemäß zugewiesen worden sind, soweit das Hausrecht die Befugnis umfaßt, widerrechtlich Anwesende des Raumes zu verweisen und Strafantrag wegen Hausfriedensbruch zu erstatten."

„Wandzeitungen, die nach Inhalt oder Anbringung rechtswidrig sind, oder die die universitätsinternen Bestimmungen verletzen, werden abgenommen. (......) Wandzeitungen, die geradezu ist es, wenn dieselben, die studentisches Wohlverhalten durch Gewaltandrohung erpressen wollen, die Studentenbewegung auf „einen 'Streik' nur mit Argumenten, nicht mit Gewalt", verpflichten möchten: *„Denken Sie daran: Den Einsatz von Polizei auf dem Campus vermeiden heißt: – dafür sorgen, daß gewaltsame Störungen des Uni-Betriebs unterbleiben, – dazu beitragen, daß allen Gruppen der Boden entzogen wird, die den 'Streik' mit Gewalt gegen Andersdenkende durchsetzen wollen!"* (Offener Brief von Fischer-Appelt an die Studenten).

Deutlicher formuliert es das Hamburger Abendblatt (25.11.77):*„Der Studentenschaft müßte viel daran liegen, sich von denen zu distanzieren, die den 'Streik' nur benutzen, um ihren 'Kampf gegen das System'* mutigt, den Gürtel für die Studentenbewegung noch ein Loch enger zu stecken: „Rechts"-Professor Werner Thieme fordert nunmehr das endgültige Verbot von Urabstimmungen und Streik und erinnert daran, daß die *„schallende Ohrfeige, die das Oberverwaltungsgericht Biallas im Mai 77 versetzt hat, weil er die Universität im Stich ließ, (...) Wirkung gezeigt (hat)"* („Welt", 25.11.77).

Daß nur zwei Gebäude durch Polizei u.a. geschützt werden, reicht ihm längst nicht aus. Daher ruft er zur Formierung militanter studentischer Stoßtrupps auf, die ‚sich selbst wehren' und *„(...) die Rolle (übernehmen), die eigentlich dem Staat zukäme."* Sechs Burschschaften rufen bereits dazu auf, zu organisierten Streikbruch. Durch eine einstweilige Verfügung beim Oberver-



gung vor der Frage, sich ihre Aktionsformen (und natürlich auch deren Inhalten – siehe Wandzeitungserlaß!) vorschreiben zu lassen und auf alles zu verzichten, was sich in den letzten Jahren als einzig wirksam zur Durchsetzung der studentischen Forderungen erwiesen hat.

Angesichts dieser Situation ist es umso bezeichnender, wenn von Seiten der Reformisten und Revisionisten dazu übergegangen wird, nicht nur dem Druck für sich nachzugeben, sondern darüberhinaus auch noch die Linke als einen ihrer Hauptfeinde aufzubauen, da diese nicht bereit ist, sich dazu erpressen zu lassen.

Erste Erfolge haben die Herrschenden mit ihrem Vorgehen schon errungen:

– So widerrief der AStA der FHS Kiel den Streikaufruf trotz bereits erfolgreich abgeschlossener Urabstimmung. Der Juso-AStA der Uni Kiel konnte nur durch das überwältigende Votum der Uni-VV davon abgehalten werden, den gleichen Gang nach Canossa anzutreten.

– So brachte eine AStA-Vertreterin in Hamburg einen Antrag im Akademischen Senat ein, der fast wörtlich der Auffassung von Fischer-Appelt aus den bekannten „Mitteilungen" (s.o.) zustimmt, die Diskussion in den Lehrveranstaltungen vom Wohlwollen des Hochschullehrers abhängig zu machen. Ebenso sollen *„Zugänge zu Räumen und Gebäuden (...) nicht mit körperlicher Gewalt versperrt werden. Dagegen ist es zulässig, andere argumentativ zu beeinflussen."*

Soweit ist es also schon gekommen, daß die Studenten sich von den Professoren zubilligen lassen müssen,

„notwendiges Übel" hinzunehmen. Nach dem baden-württembergischen Ministerpräsident Filbinger, der den Kampf gegen die demokratische Studentenbewegung als zentralen Punkt des „Kampfes gegen den Terrorismus" bezeichnete, „warnte" nun auch der „liberale" Hamburger Uni-Präsident Fischer-Appelt vor dem Streik, da „ die Bevölkerung" hierin einen Zusammenhang zu den „terroristischen Gewalttaten" sehen könnte.

Alles deutet darauf hin, daß der Staatsapparat und die Unibürokratie in diesem Semester die Durchführung eines Streiks mit terroristischen Methoden unterbinden wollen. Dabei kommt der Hamburger Uni besondere Bedeutung zu, denn *„wegen des Erfahrungsvorsprungs in der Hansestadt kommt den Vorbereitungen der Hamburger Behörden und Hochschulleitungen auf diese Konfrontation Modellfunktion zu"* („FAZ", 10.10.77).

Dabei geht es insbesondere um die Frage, inwieweit die Studentenbewegung den Streik wirklich in der Form eines Vorlesungs b o y k o t t s gegen den Widerstand der reaktionären Studentenkreise und der reaktionären Teile des Lehrkörpers d u r c h s e t z t.

Es bahnt sich gegenwärtig also eine Auseinandersetzung an, die für den weiteren Verlauf der Studentenbewegung von zentraler Bedeutung ist. Denn wie die Hochschulen nach Vorstellung der Herrschenden aussehen sollen, haben nicht zuletzt die Suspendierungen von Peter Brückner und des Göttinger AStA, die Abschaffung der verfassten Studentenschaft in Baden-Württemberg und die Angriffe auf die liberalen und fortschrittlichen Kräfte an der Uni als „Sympathisanten des Terrors" gezeigt.



Nach der „liberalen" Tour jetzt der Polizeiknüppel

Der vierzehntägige Streik im Mai 77 an der Hamburger Universität wurde von der bürgerlichen Presse vor allem unter taktischen Gesichtspunkten diskutiert: Ob die Studentenbewegung am besten durch einen „liberaleren" oder durch den harten Kurs (Göttingen) befriedet werden könne, vor allem auch in Hinblick auf den

nach dieser Bestimmung abgenommen worden sind, dürfen nicht vernichtet werden."

Darüberhinaus hat Fischer-Appelt gegen den Protest der ÖTV und der DAG sowie des Personalrats der Universität Angehörige der Univerwaltung dienstverpflichtet, Personenkontrollen am Rechtshaus vorzunehmen.

Die Lehre der „Liberalen" aus dem Sommersemesterstreik ist also ein perfektioniertes System von Unterdrückung studentischer Protestaktionen. Gleichzeitig verspricht die permanente Anwesenheit der „Ordnungs"hüter, daß auch zu anderen Anlässen als den schon aufgeführten ein „flexibler" Einsatz möglich wird. Nicht umsonst wurde im Rahmen eines sogenannten Planspiels der Einsatz von Spähtrupps – mit Walky-Talkys ausgerüstet – für die Campusüberwachung eingeübt. Umso makabrer wirkt es, wenn gerade diese „Liberalen" dreist von sich behaupten, sie stünden hinter einzelnen Forderungen der Studenten, gleichzeitig aber bereit sind, die Verteidigung der studentischen Rechte mit allen Mitteln – bis hin zur brutalen Unterdrückung – zu verhindern. Zynisch

zu führen. Nur wenn ihr dies gelingt, kann sie damit rechnen, eine Diskussionsbereitschaft in der Öffentlichkeit über ihre Kritik am Hochschulrahmengesetz zu finden."

Wenn über 9000 Studenten sich für einen Vorlesungsboykott ausgesprochen haben, kann dies nur als ein plumper Spaltungsversuch gelten, der mit der Unwissenheit oder Blindheit der Studentenbewegung zu rechnen versucht, denn Streikbeschluß heißt auch allemal, diesen Streik gegen Widerstand der Reaktionäre durchzusetzen.

Tatsächlich – und das wissen die bürgerlichen Pressekreise – hat es in den bisherigen Streiks n u r mit einigen wenigen reaktionären Provokateuren Auseinandersetzungen gegeben (sowohl Studenten als auch Professoren), die durch gezielten Streikbruch versuchten, die Univerwaltung zum Polizeieinsatz zu veranlassen.

Obwohl die „Liberalen" nichts unversucht gelassen haben, die Forderungen der äußersten Hochulrechten (und der Springerpresse) zu erfüllen, fühlen jene sich jetzt erst recht er-

waltungsgericht hat der RCDS das Verbot von Streikposten erwirkt.

Zurück zu den Aktionstagen?

Diese Situation macht es erforderlich, daß a l l e fortschrittlichen Kräfte eine gemeinsame Front gegen die Reaktion bilden. Manch einen Linken mag es verwundert haben, daß das gesamte Konzept des VDS (bundesweite „Demokratische Gegenhochschule") derart unter Beschuß steht, obwohl es doch wesentlich reformistische Züge trägt. Der Staatsapparat ist jedoch in der gegenwärtigen Situation weit davon entfernt, reformistisches Zurückweichen entsprechend zu „honorieren". Ihm geht es um die Beseitigung der Diskussions- und Aktionsmöglichkeiten der Studentenbewegung i n s g e s a m t. Zur entscheidenden Frage wird dabei die „Gewaltdiskussion" hochstilisiert. Dabei heißt Gewalt: Durchsetzung von Diskussion in den Seminaren auch gegen den erklärten Willen der Professoren, Vorlesungsstörungen, Streikposten usw.

Damit steht die Studentenbewe-

men, daß die Studenten sich von den Professoren zubilligen lassen müssen, „argumentativ" auf ihre Kommilitonen einwirken zu können. Hoch lebe die Bündnispolitik!

Offenkundig heißt dies: der HHer AStA verzichtet auf die Durchsetzung des Boykotts, er verzichtet auf die aktive Bekämpfung von organisiertem Streikbruch von reaktionären Profs und Dozenten, er verzichtet auf jeden Fall auf Vorlesungs„störungen" zur Durchsetzung des Streiks. Alles in allem: es soll kein Streik stattfinden, sondern lediglich eine gehäufte Form von politischen Veranstaltungen, die in größenwahnsinniger Art zu einer „Demokratischen Gegenhochschule" hochstilisiert werden. Noch viel krasser entpuppt sich dies als Betrugsmanöver, wenn die gleichen Kräfte nicht müde werden, von einem b u n d e s w e i t e n Vorlesungs b o y k o t t zu sprechen, die „ h ö c h s t e " Kampfform, die die Studentenbewegung je entwickelt habe.

Nachdem dann großmäulig *„alle Provokationsversuche, auf die von rechter Seite gezielt hingearbeitet wird"*, zurückgewiesen werden (ebenda), kommt der AStA zu seinen e i g e n t l i c h e n Aufgaben. *„Wir werden i n s b e s o n d e r e provokative, sinnlose und schädliche Aktionsformen wie Eierwerfen o.ä. scharf ablehnen, da uns solche nur politischen Schaden zufügen können"* (ebenda). Nun weiß aber jeder, daß das vom AStA so hochstilisierte „Eierwerfen" nur eine untergeordnete (wenn auch amüsante) Form des studentischen Kampfes ist. Jeder weiß darüber hinaus, daß Fischer-Appelt mit gewaltsamen Formen etwas ganz anderes meint: eben Vorlesungs„störungen", Durchsetzung des Streiks durch Streikposten, Behinderung des Lehrbetriebs usw. Alles Formen, die bisher auch von diesem AStA betrieben und gutgeheißen wurden. Wenn sich der AStA heute zu diesen Kampfformen nicht mehr bekennen will, so zeigt dies nur, wie weit er den Drohungen der Universitätsverwaltung schon nachgegeben hat.

Schlimmer noch: seine vordringliche Aufgabe sieht er in Loyalitätserklärungen gegenüber der Unibürokratie und in dem Versprechen,

Fortsetzung auf Seite 62

Fortsetzung von Seite 61

i n s b e s o n d e r e gegen die Aktionen der militanten Linken vorzugehen.

Konsequenter Ausdruck dieses Vorgehens ist die Ankündigung des SHB, daß es mit Mitgliedern und Anhängern der radikalen Linken keinerlei Solidarität geben werde. Dies heißt, daß von Strafanzeigen Betroffene, vom Ordnungsrecht Verfolgte, wie auch die zu erwartenden Opfer des Polizeiterrors keinerlei Unterstützung von diesem AStA erhoffen können. Diese Linie wurde im letzen Semester bekanntermaßen gegenüber denjenigen schon praktiziert, die sich gegen Zensurmaßnahmen und für Meinungsfreiheit eingesetzt haben, indem sie den „Buback-Nachruf" veröffentlichten.

Diesen Kurs der Distanzierungen, des Abschwörens von der „Gewalt" (natürlich nur, solange es die Gewalt der Unterdrückten ist), des Schlagens gegen links, der sich schon in der gesamten Terrorismusdebatte nicht nur als unbrauchbar, sondern ausschließlich als schädlich erwiesen hat, muß in den kommenden Auseinandersetzungen von allen fortschrittlichen Kräften entgegengetreten werden.

Jetzt geht es um die Durchsetzung der beschlossenen Kampfmaßnahmen, unabhängig von den verschiedenen politischen Vorstellungen. Jeder Verzicht unsererseits wird die Herrschenden nicht zu Zugeständnissen erweichen, sondern sie in ihrer Aggressivität nur bestärken.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg



Kampfabstimmung über Streik

Göttingen: Am 22.11. hat eine mit über 2.000 Studenten gut besuchte Uni-VV beschlossen, eine Urabstimmung über die Durchführung eines Streiks ab 5.12.durchzuführen. Damit ist endlich die Zeit des Zögerns beendet, in die einige der politischen Gruppierungen (SB, Jusos, GIM) seit

lich gemacht wird, kann diese Abstimmung zu einer erheblichen Mobilisierung beitragen.

Urabstimmung - die „Vernunft" kehrt ein

Dialog oder Widerstand?

An allen großen Westberliner Hochschulen ist ein Streik inzwischen beschlossene Sache:
Vollversammlungen der FU und TU haben den Fachbereichen empfohlen, schon ab 21.11. in Streik zu treten. In den meisten Bereichen finden zur Zeit Urabstimmungen statt, einzelne haben den Streik schon aufgenommen. Die PH schließt sich ab dem 28.11. der Streikbewegung an.

Die Westberliner Studentenbewegung hat es dabei mit einem Gegner zu tun, der im Vorfeld des Streiks versucht, eine scharfe Konfrontation zu vermeiden, wie sie dem Westberliner Senat noch seit den militanten Kämpfen des vergangenen Wintersemesters als Schreck im Nacken sitzt. Der neue Wissenschaftssenator Glotz (SPD) kehrt den „Liberalen" heraus, der auch nicht mit allem im neuen HRG einverstanden ist und es nur widerwillig durchsetzt; der um *„konkrete Änderungsvorschläge und Anregungen"* bittet; jederzeit *„zu Diskussionen (auch ‚harten Diskussionen') über den Gesetzentwurf zur Verfügung steht"*; der gar den Hochschulen empfiehlt, *„bis zu drei Tage zur Diskussion des Referentenentwurfs freizugeben"*. Alles, damit die Studenten nicht *„in militanter Geschäftigkeit erstarren (?)"* und *„ziellosem (?) Aktionismus"* verfallen (Glotz;Brief an PH-Studenten).

Die Reaktion der Studenten auf diese Taktik der angeblich weichen Welle ist durchaus noch gespalten: Glotz konnte immerhin einige (vorläufige) Erfolge verbuchen. ADS (SEW-Studenten) und Jusos gaben ihr Interesse zu verstehen, den *„angebotenen Dialog mit den Hochschulen auf einer breiten Grundlage"* zu führen, wobei sie für sich auch gleich die Absichtserklärung von Glotz übernahmen, *„mit einer klaren Meinung, aber auch mit der Bereitschaft, zuzuhören und uns überzeugen zu lassen"* (von Glotz?) in die Auseinandersetzung zu treten (ADS/Juso/LHV-Erklärung). Die Jusos an der TU vergaßen auch nicht, Glotz beizupflichten, daß *„selbstzerstörerischer Aktionismus noch nie jemandem genutzt hat"* (Flugblatt Juso TU, 12.11.). Immerhin schafften diese Gruppen es, auf der PH-VV in letzter Sekunde den für den 21.11. geplanten Streik abzubiegen und um eine Woche zu verschieben, da der Akademische Senat der PH die von Glotz empfohlenen „Diskussionstage" ab 21.11. durchführen wollte und man so eine Diskussion nicht bestreiken könne.

Allerdings sind die Möglichkeiten für die Dialogstrategie von Glotz objektiv eng begrenzt. Schon ein konsequent geführter Streik (mit Streikposten) dürfte dies zeigen: Noch mit „freundlichen Grüßen" schickte der Senator z.B. bereits den Medizinstudenten eine eindeutige Extra-Warnung ins Haus: *„Wer als Student diesen Anspruch seiner Kommilitonen (Besuch von Vorlesungen) gewaltsam verletzt, muß sich fragen lassen, ob er nicht letztlich sein Recht auf Studium verwirkt."*

Die Möglichkeiten Glotz', liberal zu erscheinen, sind aber vor allem deshalb begrenzt, weil seine Partei- und Regierungsfreunde und auch er höchstpersönlich dutzendfach das Gegenteil in letzter Zeit bewiesen haben:

Nicht nur, daß Glotz klipp und klar bestätigt hat, daß er das HRG in Westberlin auf jeden Fall durchsetzt, gerade auch Punkte wie das Ordnungsrecht (wobei er als Strafe nur noch die bisherige Höchststrafe, die Relegation, zulassen will) oder die Abschaffung des politischen und imperativen Mandats des PH-AStAs. Glotz selbst war der Erste, der die Herausgeber der „Buback-Dokumentation" aufgefordert hat, aus dem Dienstverhältnis freiwillig auszuscheiden, womit er Zeichen für seine Kollegen gesetzt hat. Er selbst hat die Staatsanwaltschaft gegen den PH-AStA eingeschaltet, weil der sich mit dem Göttinger AStA solidarisierte und den „Buback-Nachruf" nachdruckte, mit dem Ergebnis, daß gegen den AStA wegen „Volksverhetzung" ermittelt wird. Nicht zu vergessen die Verantwortlichkeit der Senatoren und Parteifreunde für Kontaktsperre, Stammheim und auf Westberliner Ebene z.B. die Inhaftierung der Agit-Drucker (s. AK 116).

Die organisierte Hochschullinke hat bis jetzt in Westberlin weitgehend den Fehler gemacht, sich auf die Paragraphen des Referentenentwurfs und die Verabschiedung des Gesetzes zu konzentrieren. Die Empörung und organisierter Widerstand gegen heute durchgesetzte Versuche, die Studentenbewegung als wesentliches Rückgrat der demokratischen Bewegung in diesem Land überhaupt zum Schweigen zu bringen, wie Baden-Württemberg, Göttingen oder in Westberlin die Verfahren gegen den PH-AStA und Herausgeber des „Buback-Nachrufs" wurden bisher nur vom SSB, der LAUS (Spontigruppe an der PH) und dem KSV in den Vordergrund der Diskussion gestellt. Dabei wissen wir aus dem letzten Wintersemester, daß sich die militante Streikbewegung gegen konkrete Repressionen wie die drohende Entlassung fortschrittlicher Dozenten oder die Verhaftung von zwei streikenden Studenten entwickelte und dabei sogar konkrete Erfolge erringen konnte.

Die ersten Mobilisierungsergebnisse gegen die sich verschärfende Repression (Demonstrationen mit 10.000 bzw. 6.000 Teilnehmern) haben auch schon den Beweis erbracht, daß die Westberliner Linke durchaus in der Lage ist, den Angriffen erfolgreich entgegenzutreten.

SSB Westberlin

mit ist endlich die Zeit des Zögerns beendet, in die einige der politischen Gruppierungen (SB, Jusos, GIM) seit einiger Zeit verfallen sind, da nach ihrer Ansicht ein Streik in diesem Semester in Göttingen nicht drin sei, womit seit längerem Beschlüsse hinausgezögert werden. In einer Abstimmung unterlag der Vorschlag des AStA und des KHB (Sympathisanten des KB), den Streik direkt durch die Uni-VV zu beschließen, knapp.

Bereits am ersten Tag der Urabstimmung zeichnete sich eine spektakuläre Konfrontation innerhalb der Studentenschaft ab. Obwohl RCDS und Burschenschaften zum Boykott aufrufen, wird die Beteiligung wohl so hoch wie nie zuvor liegen - am ersten Tag waren es bereits 2.500 von 19.000 Studenten. Für die Reaktionäre ist diese Abstimmung eine echte Herausforderung. Denn noch in den letzten Semestern forderte der RCDS vehement, Streikbeschlüsse durch Urabstimmungen herbeizuführen. Sie gingen sogar soweit, zu erklären: *„Auch heute noch werden wir uns hinter einen durch Urabstimmung beschlossenen, gewaltlosen Streik stellen"* (RCDS-Flugblatt vom 12.1.77).

Damals begründeten sie ihr Auftreten gegen den Streik damit, daß dieser nicht demokratisch legitimiert sei, da er n u r von der Uni-VV beschlossen worden war. Jetzt rufen sie zum Boykott auf - offensichtlich, weil sie fürchten, in der Auseinandersetzung auf Massenebene mit den linken keine Chance zu haben.

Dieses Kneifen vor der Konfrontation wird jedoch offenkundig nicht einmal von seinen eigenen Anhängern honoriert. Denn die ungewöhnlich hohe Beteiligung schon am ersten Tage läßt darauf schließen, daß sich auch viele Rechte beteiligt haben und damit dem Aufruf des SLH (rechtssozialdemokratischer Studentenverband und Bündnispartner des RCDS) gefolgt sind.

Aufgrund der Schärfe der Auseinandersetzungen in Göttingen, bedingt durch die Angriffe und die Hetzkampagnen in den letzten Monaten, ist diese Urabstimmung von vornherein weit mehr als die Abstimmung für oder gegen Streik, für oder gegen diese oder jene Forderung. Sie ist zu einem Kräftemessen zwischen linken und den reaktionären Strömungen innerhalb der Studentenschaft geworden. Ein „Nein" zum Streik ist in dieser Situation gleichbedeutend mit der Zustimmung zur Suspendierung des AStA und der Billigung der gesamten Sympatisantenhetze. Aber umgekehrt gilt auch: eine Unterstützung des Streiks ist nicht nur Ausdruck der Bereitschaft gegen die Formierung der Hochschulen zu kämpfen, sondern ebenso Ausdruck des Willens, gegen die Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen anzugehen.

Wenn diese Dimension der Urabstimmung innerhalb der Linken deut-

Urabstimmung - die „Vernunft" kehrt ein

Wie eingangs schon geschrieben, hatte sich der Vorschlag für eine Urabstimmung knapp gegen den Vorschlag des AStA und des KHB, per Uni-VV einen Streik zu beschließen, durchgesetzt. Dies verführt den ansonsten völlig unbedeutenden MSB zu wahren Jubelstürmen: *„Auf der Uni-VV hat sich endlich eine politische Orientierung durchgesetzt, die sich de facto für einen Anschluß an die stattfindenden Aktionen der Studenten auf Landes- und Bundesebene ausspricht."* D e f a c t o, allein aus diesen Worten spricht schon, daß dieses eine sehr waghalsige Interpretation des Beschlusses ist. Tatsache ist jedenfalls, daß die Urabstimmung weder vom MSB, SHB, SB, Jusos noch der GIM als Mittel in der Auseinandersetzung mit den Reaktionären begriffen wurde, sondern allein ihr eigenes Zögern kaschieren sollte, indem die Entscheidung in die Hände „ d e r " Studenten gelegt wird. Daß die Bereitschaft innerhalb der fortschrittlichen Studentenschaft für weitere Kampfmaßnahmen da ist, hätte man jedoch schon nach der Demonstration mit 6.000 Teilnehmern (davon allein 4.500 aus Göttingen) sehen können - d a z u bedurfte es keiner Urabstimmung. Was die Zögerer und Zauderer jedoch geschafft haben ist, Unsicherheit in die Reihen der Studentenschaft hineinzutragen, ob dies denn wohl auch ausreiche. Was sie letztlich damit bezwecken, zeigt die weitere Orientierung des MSB. Erfolge können seiner Ansicht erst dann erreicht werden, *„wenn die Medien an unseren Forderungen und Aktionen nicht mehr vorbei können, ... wenn die Diskussion in großen(!) Teilen der Bevölkerung über studentische Forderungen positiv geführt wird"*. Hauptsächlich kommt es deshalb für den MSB darauf an, das Bild der Studenten bei „ d e n " Gewerkschaften und in „ d e r " Bevölkerung zu ändern.

Offenbar verhält sich der MSB nach der Devise: Je kleiner die Gruppe, desto größer die Versprechungen. Aber vielleicht könnte der MSB ja mal ganz bescheiden (und konkret!) damit anfangen, zu erreichen, daß wenigstens bei einem k l e i n e n Teil der „Bevölkerung" (nämlich der DKP!) Solidarität mit dem Göttinger AStA geübt wird....

Tatsächlich ist es doch lachhaft, von gigantischen Bündnis - Aussichten mit „ der Bevölkerung" zu schwatzen, während die Revisionisten nicht einmal bereit sind, den Zusammenschluß all derer zu unterstützen, die im Zuge der Sympatisantenhetze, Berufsverbote, Diffamierungen usw. zum Opfer fallen.

KHB/Göttingen

Undank ist der Welt Lohn

Freiburg, 2.11. 18.00 Uhr, Rathausplatz: *„Die Schweigemarschteilnehmer des Liberalen Hochschulverbandes begeben sich zum Rathausplatz. Wir haben den Sammelplatz erreicht, da werden wir von einigen Polizisten aufgehalten. Sie verlangen eine Begründung für unsere Anwesenheit, insbesondere für die mitgeführten Transparente ‚Den Terrorismus bekämpfen, den Polizeistaat verhindern', ‚Für den Erhalt demokratischer Grundrechte'. Wir erklären ihnen, daß wir Mitunterzeichner (!) des Aufrufs zum Schweigemarsch sind und daher auch mit eigenen Transparenten mitdemonstrieren dürfen, zumal unter den Veranstaltern nichts Gegenteiliges abgesprochen war.*

Dennoch kommen wir nicht von der Stelle. Wir sind wüsten Beschimpfungen anderer Schweigemarschteilnehmer ausgesetzt ..." Diese dramatische Geschichte findet sich im AStA-Info Freiburg über den vergeblichen Versuch des LHV, an der von der versammelten Reaktion in Freiburg (wie auch in einer Reihe anderer Städte) veranstalteten „Trauerdemonstrationen" gegen den Terrorismus teilzunehmen.

Weit entfernt, nun schadenfroh die Hände zu reiben ob dieses Mißgeschicks, kommen wir doch nicht umhin, die rührende Naivität in diesen Zeilen zu erkennen. Jedenfalls, soviel steht fest, die Geschichte ist wahr! Sie geht sogar noch weiter: *„Unter dem Ausruf: ‚Wir brauchen keine Polizei, wir machen das selbst!' bricht einer der Teilnehmer am Schweigemarsch gegen Terror und Gewalt einem LHVler eine Tranparentstange aus der Hand und schlägt sie einem anderen über den Kopf. Wir sind gezwungen, uns zunächst damit abzufinden, daß wir eintretend für den Erhalt demokratischer Grundrechte als Stütze des Terrorismus gelten ..."*

Manch einer mag sagen, nun gut, das haben sie nun davon, unsere Liberalen, wenn sie versuchen, sich bei der Reaktion anzudienen. Allein, die Prügel von Freiburg können manch Liberalem und auch manch anderem vielleicht zeigen, daß am Ende doch alles Distanzieren und Abgrenzen vom Terrorismus und Sympathisantentum, das Abschwören von jeglicher Gewalt und „Gewalt" an der Uni doch nichts nutzet, man ist und bleibt halt Sympathisant, und da ist es schon besser, man macht den Rücken gerade, denn Schläge aufs gekrümmte Kreuz sind allemal schmerzhafter ...

Buback - ein Dauerbrenner

Am 15.12. wird vor dem Amtsgericht Düsseldorf das erste Hauptverfahren gegen Nachdrucker laufen, weitere 150 (!) Ermittlungsverfahren gegen ASten, Fachschaften, Einzelpersonen und Organisationen, die den Göttinger Buback-„Nachruf" nachgedruckt hatten, laufen noch.

In Düsseldorf sind drei Redakteure der Fachschaftszeitung „Lupe" angeklagt, gegen die Paragraphen StGB 140 („Billigung von Gewalttaten"), 130 („Volksverhetzung"), 131 („Verherrlichung von Gewalt"), 90a („Verunglimpfung der BRD") sowie 189 („Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener") verstoßen zu haben, worauf eine stattliche Gefängnisstrafe von mehreren Jahren stehen kann.

Nachdem zunächst das Amtsgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens mit der Begründung abgelehnt hatte, der Nachdruck allein könne noch nicht strafbar sein, sonst habe sich ja auch die bürgerliche Presse dadurch strafbar gemacht, indem sie – teils sinnentstellend – Zitate aus dem „Nachruf" in der ganzen BRD verbreitet hat. Der betreffende Richter bekam die vielgepriesene „Gewaltenteilung" und „Unabhängigkeit der Justiz" sofort zu spüren. Es begann ein Trommelfeuer, was schließlich zur Aufhebung dieses Beschlusses vor dem Landgericht Düsseldorf führte.

Nachdem dieses in Düsseldorf so hervorragend geklappt hatte, drängt die Bourgeoisie durch die Zeilen der „FAZ" (22.11.) auf die schnelle Aburteilung der Göttinger „Urheber": *„Drei Monate nach der Anklageerhebung in Göttingen noch immer kein Eröffnungsbeschluß des Gerichts".*

Während altnazistische Massenmörder oft jahrelang auf ihren Prozeß warten dürfen(und derweil ihre Pension auffressen), darf bei einem Prozeß gegen Linke natürlich nicht lange gefackelt werden.

Zumal es auch schon Präzedenzfälle gibt. In aller Eile hat die Klassenjustiz schon zwei KBWler wegen eines KVZ-Artikels, bzw, einer Rede zum Thema Buback zu 6 bzw. 8 Monaten verknackt, der dritte soll am 6.12. in Göttingen abgeurteilt werden.

Gegen den RCDS, der den Buback-Nachruf als „Dokument des Linksfaschismus" ebenfalls nachgedruckt hatte und auf dem „Deutschlandtag" an die Delegierten verteilte, wurde übrigends keine Anzeige erstattet!

Die Bubackrunde wird in Düsseldorf am 15.12. vor dem Amtsgericht eingeläutet. Zur Auswertung des Prozesses führt der FASTRA Sozialwesen im Anschluß an die Verhandlung eine Veranstaltung durch.

„Sauber bleiben"! Westberliner CDU in Aktion

Während sich Strauss in Chile und Dregger in Südafrika tummelten, machte die CDU in Westberlin deutlich, was sie unter einer „sauberen Universität" versteht. Am 8.11. unternahm eine Gruppe von CDU-Abgeordneten eine „Plakatsäuberungsaktion" auf dem Gelände der Freien Universität. Elf Säcke voll Papier rissen sie ab, alles halt, was für die CDU „gegen die freiheitlich-demokratischen Grundregeln verstößt". Wandzeitungen, Kinoprogramme und politische Plakate (sogar eines des „Liberalen Hochschulverbandes") fielen den Stürmern zum Opfer. Das Ganze wurde dem Wissenschaftssenator (SPD) zugeleitet, mit der Aufforderung, beim Präsidenten der FU dafür zu sorgen, daß dieser zukünfig „derartige Plakate" selbst entfernen lasse.

Gleichzeitig kündigte die CDU-Fraktion an, sie werde eine Woche lang das Kreuzberger Rathaus nicht betreten und forderte, daß in diesem Zeitraum alle Sitzungen von Gremien außerhalb des Gebäudes veranstaltet würden. Der Grund? Eine Ausstellung von Staeck-Plakaten, die in den heiligen Hallen des SPD-regierten Stadtteils stattfindet. Ob da wohl wieder ein Bildersturm fällig ist?

Auch in Charlottenburg zeigte die CDU, wie sies mit der Kunst hält. Volksbildungs (!?) Stadtrat Röseler (CDU) verbot eine Lesung des Schriftstellers Peter O.Chotjewitz in der Stadtbücherei. Er warf Chotjewitz, der seit 1975 Vorsitzender des hessischen Schriftstellerverbandes ist, vor, er *„bekämpfe die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wofür ihm nicht Plattform und Honorar geboten werden solle".* Als Beleg sollte u.a. eine angebliche Äußerung zum Tode von Holger Meins dienen. Chotjewitz erklärte auf Anfrage des „Tagesspiegels" daraufhin, sehr viel „Selbstmorde", nicht nur bei politischen Häftlingen, gingen nicht nur auf die Gefangenen zurück, sondern auch auf die Haftbedingungen.

Wer sowas sagt, muß ja ein Staatsfeind sein!

SSB/Westberlin

AStA Fulda tritt zurück

Ende Oktober gab der AStA der Fachhochschule Fulda eine Dokumentation zur „Suspendierung des Göttinger AStA" heraus. Da sowohl der „Buback-Nachruf" wie auch „Schleyer-Kein Nachruf" eine wesentliche Rolle bei dieser Suspendierung spielten, wurden beiden Artikel abgedruckt. Jeder, der sich in dieser Szenerie auskennt, weiß was jetzt kommt.

Der Rektor der FH, Wettengel, reagierte sofort und forderte den AStA auf, sich von den Artikeln zu distanzieren, da sonst strafrechtlich gegen den AStA vorgegangen werde. Der AStA setzte hierzu am 2.11. eine VV an. Auf der VV wurde beschlossen, daß sich der AStA nicht distanzieren solle.

Inzwischen hatten sich der Landrat Kramer, einige Landtagsabgeordnete und der hessische Kultusminister in „die Sache" eingeschaltet. Sie alle waren der Meinung, daß solch ein AStA „ ... *dem Ansehen der Studentenschaft wie dem der Fachhochschule Fulda in den Augen der Öffentlichkeit einen schwer wiedergutzumachenden Schaden ..."* zufüge (Brief des Rektors Wettengel an den AStA, 15.11.77).

Im gleichen Schreiben setzte der Rektor ein Distanzierungs-Ultimatum bis zum 23.11.

Am 21.11. gab der AStA dazu eine Erklärung heraus, in der es u.a. heißt, daß zur notwendigen Information der Nachdruck der beiden Artikel notwendig gewesen sei, außerdem sei in der Presse aus den Artikeln so verzerrt zitiert worden, daß die Studenten ein Recht darauf hätten, den wahren Wortlaut zu erfahren. Im weiteren wird ausdrücklich betont, daß der AStA der FH Fulda *„die Strategien der Gewalt der menschenvernichtenden Akte von Seiten der Terroristen entschieden und grundsätzlich ablehnt."*

Trotz dieser grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber dem „Terrorismus" verweigerte der AStA jedoch eine Distanzierung von der Veröffentlichung, da er sich nicht der staatlichen Zensur beugen wollte.

Am 23.11. veröffentlichten dann alle AStA-Mitglieder eine Rücktrittserklärung, da sie dem persönlichen und psychischen Druck, der auf sie von der Hochschulbürokratie ausgeübt wurde, nicht standhalten könnten. Rektor Wettengel bemerkte dazu zynisch, diese Erklärung *„mache eine Suspendierung des AStA seiner Ansicht nach überflüssig"* („FR", 25.11.).

KB-Sympathisant aus Fulda

MSB und Jusos akzeptieren Urabstimmungsverbot

Kiel: Am 18.11. hat das Verwaltungsgericht Schleswig in einer Einstweiligen Anordnung „der Studentenschaft an der Fachhochschule Kiel, vertreten durch den allgemeinen Studentenausschuß", ein Ordnungsgeld von 10.000 DM (!) angedroht! Der FHS-AStA wird in dem Urteil ultimativ aufgefordert, alle Aufrufe zur (inzwischen erfolgreich beendeten) Urabstimmung zum Streik zu widerrufen. Das Urteil untersagt die Urabstimmung!

Drei Tage später hat das Verwaltungsgericht auch dem AStA der Kieler Universität ein Ordnungsgeld in gleicher Höhe angedroht, falls der AStA weiterhin die Studentenschaft zur Urabstimmung aufrufe, dazu Studentenschaftsgelder verwende und sich an der Durchführung der Urabstimmung beteilige!

Bereits am 14.11. rückte der FH-Präsident an der Fachhochschule Sozialwesen mit einer Hundertschaft Polizei an, um eine KBW-Veranstaltung zur Fürsorgeerziehung mit Bullengewalt zu verbieten! Seit zweieinhalb Jahren war das nunmehr wieder der erste Polizeieinsatz an der FHS, um das Recht auf Meinungsfreiheit zu Grabe zu tragen.

Ermutigende Aktionen vor dem Streik

Am 24.11. demonstrierten ca. 500 Studenten vorwiegend von der Fachhochschule gegen die Ordnungsgelder und Urabstimmungsverbote, für die verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat, durch die Kieler Innenstadt.

Bereits am 18.11. veranstalteten FH-Studenten ein teach-in gegen den Polizeieinsatz an der FHS, das mit über 100 Kommilitonen gut besucht war. Das teach-in hat mehrheitlich beschlossen, gegen den Polizeieinsatz und Raumverbote an der FH vorzuschlagen, jetzt erst recht politische Veranstaltungen (z.B zur Situation der politischen Gefangenen) an der FH durchzuführen.

Der Juso/MSB-AStA, der eine Gesamt-VV vor dem Streik verweigert hatte, bekam auf Bereichs-VVs sein Fett ab: Am größten Fachbereich (Sozialwesen) und am FA Gestaltung wurde mehrheitlich beschlossen, gegenüber den Gerichtsurteilen eine konsequente Haltung zu beziehen: Der AStA der FH hatte zuvor die Aufrufe zur Urabstimmung widerrufen (!) und sich damit dem Urteil gebeugt; die beiden VVs haben dagegen beschlossen, den Widerruf des AStA zu widerrufen und nach wie vor daran festzuhalten, zu Urabstimmungen und Streik aufzurufen! Böses Erwachen für den AStA! Klüger geworden ist er dennoch nicht: Er nannte diese Beschlüsse *„einen ziemlich kläglichen Demonstrationseffekt gegenüber der Kultusbürokratie"*

Kniefall honoriert?

Münster: Das Oberverwaltungsgericht hat den Verzicht auf das Politische Mandat honoriert, das der Juso/LHV-AStA der Uni Münster während der Semesterferien hochoffiziell ausgesprochen hat. Die Ordnungsstrafen wurden von 60.000 auf „nur" 20.000 DM herabgesetzt. Gleichzeitig wurden den RCDS-Klägern zwei Drittel der Kosten für den Prozeß auferlegt, dem AStA ein Drittel.

Insgesamt beträgt (nach „FR", 24.11.) die Summe aller rechtskräftigen Ordnungsgelder gegen die Uni-AStA Münster allerdings immer noch 90.000 DM!! Auslöffeln werden dieses Linsengericht alle anderen ASten ...

„Theorie der drei Welten" — weiter heiß umstritten

Die bisher ausführlichste Darstellung der sogenannten „Theorie der drei Welten" hat die chinesische Zeitung „Renmin Ribao" („Volkszeitung") am 1. November veröffentlicht. (Der Text ist im vollen Wortlaut in der „Peking Rundschau" Nr. 45/1977 abgedruckt).

Der lange Artikel mit dem Titel **„Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt – Ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus"** bringt insgesamt wenig Neues – sein Wert liegt in der Systematik und Vollständigkeit, mit der hier die klassenverräterische und pseudeo-marxistische „Theorie der drei Welten" vorgestellt wird.

Neu ist immerhin, daß jetzt zu diesem Thema erstmals (nach in-

geben". – Beide Äußerungen sind eindeutig gegen zentrale Punkte der albanischen Kritik gerichtet.

Bemerkenswert ist auch, daß jetzt die durch den Rechtsputsch vom Oktober 1976 ausgeschaltete „Viererbande", also die Parteilinke, mit in die Debatte gebracht wird. So heißt es in dem Artikel der „Renmin Ribao": *„Auch in unserem Land gibt es Leute, die tollwütig die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt bekämpfen. Das ist niemand anders als Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan – die 'Viererbande'. Unter dem Banner äußerst 'revolutionär' traten sie gegen die Unterstützung Chinas für die Dritte Welt auf, gegen die Anstrengungen Chinas, alle Kräfte, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist,*

eben der Diktatur) keine Organisation, die ihnen Rückhalt gibt; im Gegenteil: Sie werden von unserem Volk abgelehnt und gehaßt" (zit. nach „Roter Morgen", 11.11.77).

Auch die sogenannte „KP Japans (Linke)", eine weitere Partei aus dem albanischen Gefolge, hat die Gemeinsame Erklärung begrüßt und sie in ihrem Zentralorgan nachgedruckt.

Das albanische Zentralorgan „Zeri i Popullit" hat der Gemeinsamen Erklärung am 4.11. einen Lobruf unter dem Titel **„Ein bedeutendes Dokument zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der richtigen revolutionären Strategie"** gewidmet (siehe „Roter Morgen", 18.11.).

Die „KP Kolumbiens/ML" hat am 8.10. ebenfalls eine Erklärung verabschiedet, in der sie die „Theorie der drei Welten" scharf kritisiert; es heißt

„Sitzengeblieben" KBW und „KPD" bleiben mit ihren Vorschlägen allein

Wie bereits im AK 117 berichtet, endeten auch die zweiten „zentralen Aktionseinheitsverhandlungen" am 12.11. in Köln ergebnislos. Nachdem bei dem ersten Gesprächen am 29.10. schon der Münchner „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" ausgestiegen war, gaben am 12.11. auch die „KPD/ML", der „KAB(RW)" und der KAB„D" ihren Abschied. Danach ist jetzt klar, daß Schritte zu einer bundesweiten Aktionseinheit gegen die „K-Gruppen" und zu anderen Fragen des demokratischen Kampfes nur über die örtlichen Aktionseinheiten schrittweise entwickelt werden können. Das war von Anfang an die Orientierung des KB. Die „KPD" und der KBW haben für ihre gemeinsamen Vorschläge, im Januar einen „Kongreß" durchzuführen und kurzfristig eine zentralisierte Demokratische Front mit nationalem Delegiertenrat aufzubauen, keine Zustimmung außerhalb ihrer eigenen Organisationen gefunden. Daraufhin scheinen diese Vor-

einheit voranzukommen. Örtlich wird man sehen, was sich machen läßt" (14.11.).

Die Ergebnisse der zentralen Aktionseinheitsverhandlungen sind demnach gleich Null geblieben. Wir können unter diesen Umständen von Glück sagen, daß die Verbotsdrohungen der CDU gegen die „K-Gruppen" in den inneren Widersprüchen der Kapitalistenklasse erst einmal hängen geblieben sind. Es hätte sonst schlecht ausgehen können. Ein blamables Schauspiel wie dieses könnten wir uns unter schärferen Bedingungen, die kommen werden, ganz gewiß nicht leisten! Es ist heute immer noch der Zustand einer relativen Ruhe und eine gewisse unbekümmerte Mentalität, die Schauspiele wie dieses möglich machen.

Gescheitert ist in erster Linie das von „KPD" und KBW gemeinsam vorgetragene Konzept, der Linken o h n e Klärung wesentlicher Widersprüche heute irgendwelche zentralisierten Modelle überzustülpen

Neu ist immerhin, daß jetzt zu diesem Thema erstmals (nach inzwischen schon bekannter Manier) einzelne dürre Wortfetzen herausgestellt werden, bei denen es sich um angebliche Mao-Zitate handeln soll (die bisher noch nie veröffentlicht wurden!) und die beweisen sollen, daß tatsächlich Mao selbst der Erfinder der „Theorie der drei Welten" sei.

Neu ist auch, daß erstmals d i r e k t die Kritik der Partei der Arbeit Albaniens an der „Theorie der drei Welten" angegriffen wird.

So heißt es an einer Stelle: „ ... *Kann man vor diesen Tatsachen die Augen schließen und meinen, auf der Welt existiere weiter das imperialistische und das sozialistische Lager, und kann man den Gegensatz zwischen den beiden als den Hauptwiderspruch in der Weltpolitik betrachten? Kann man diese Formel weiter aufrechterhalten und nur die Sowjetunion und gewisse von ihr abhängige Staaten aus dem sozialistischen Lager streichen? Kann man die Meinung vertreten, die Länder der Welt, außer den sozialistischen Staaten, seien ein reaktionärer Haufen, der zur kapitalistischen Welt gehört? Es liegt auf der Hand, daß eine solche Haltung verhindert, daß die Völker den wahren Sachverhalt und auch die richtige Orientierung ihres Vormarsches erkennen* ...". Und an anderer Stelle: „ ... *wenn wir ungeachtet der oben erwähnten Tatsachen die beiden Supermächte immer noch unterschiedslos gleichsetzen und nicht klar zeigen, daß die Sowjetunion der noch gefährlichere Kriegsbrandstifter ist, werden wir die Völker in ihrer revolutionären Wachsamkeit einschläfern und das Hauptziel (!) des Kampfes gegen den Hegemonismus verwischen. Daher dürfen wir auf keinen Fall den Betrugsmanövern und Komplotten der Sowjetunion in die Hände spielen und grünes Licht für ihre Kriegsvorbereitungen und Aggressionsakte* *Dritte Welt auf, gegen die Anstrengungen Chinas, alle Kräfte, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zu vereinen, und dagegen, daß wir dem gefährlichsten Feind Schläge versetzen. Sie versuchten, die Bildung einer internationalen Einheitsfront gegen den Hegemonismus zu hintertreiben und den Kampf Chinas gegen den Hegemonismus zu stören. Ihre Taten entsprechen dem Bedürfnis des sowjetischen Sozialimperialismus*".

Auffallend ist immerhin, daß sich die chinesische Parteiführung im Streit um die „Theorie der drei Welten" gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens und deren internationalem Anhang immer noch große Zurückhaltung auferlegt, was von der anderen Seite längst nicht mehr der Fall ist.

Wie im ARBEITERKAMPF berichtet, hatten im Oktober fünf Organisationen aus dem Gefolge der PdAA („KPD/ML", „KP Griechenlands/ML", „PCd'Italia/ml", „KP Spaniens/ML" und die portugiesische PCP-r) eine Gemeinsame Erklärung gegen die „Theorie der drei Welten" veröffentlicht, die in einem sehr scharfen Ton gehalten war (abgedruckt u.a. als Beilage zum „Roten Morgen" vom 21.10.77). Inzwischen hat die „Revolutionäre Kommunistische Partei" (RKP) Chiles am 3. November eine Erklärung herausgebracht, mit der sie die Gemeinsame Erklärung der fünf Organisationen begrüßt, und in der es u.a. heißt: „ ... *Die Befürworter dieser 'Theorie' möchten gern, daß unser Volk nicht gegen Pinochet kämpft, es gefiele ihnen besser, wenn es sich mit der Diktatur und der nordamerikanischen Supermacht vereinigen würde, um die andere Supermacht zu bekämpfen; daher kommt es, daß sich die Befürworter dieser Theorie nicht mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisieren und sich dem Boykott der Tyrannei Pinochets widersetzen. Logischerweise finden diese Opportunisten und ihre Theorien in Chile (außer der Bourgeoisie und* ... 8.10. ebenfalls eine Erklärung verabschiedet, in der sie die „Theorie der drei Welten" scharf kritisiert; es heißt darin u.a.: „*Die Theoretiker der drei Welten ... predigen Kapitulation vorm US-Imperialismus und Klassenversöhnung innerhalb eines jeden Landes*" (auszugsweise abgedruckt in „Bandeira Vermelha", Zentralorgan der PCP-r, 9.11.).

Auch die „KP Griechenlands/ML" hat sich kürzlich gegen die „Theorie der drei Welten" geäußert (Auszüge in „Roter Morgen", 25.11.77).

Auf das Thema der „Theorie der drei Welten" kam auch Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros der PdAA, in seiner Rede anläßlich des 60. Jahrestags der Oktober-Revolution zu sprechen. Anschließend an eine scharfe Verurteilung des „Eurokommunismus" sagte Hysni Kapo: „ ... *Das gleiche Ziel, nämlich die Revolution abzuwürgen und den Status quo der kapitalistischen Ordnung aufrechtzuerhalten, verfolgt auch die andere antileninistische und konterrevolutionäre Theorie, die 'Theorie der drei Welten'. Die 'Theorie der drei Welten' zu verteidigen, bedeutet, sich zum Anwalt der Interessen des Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze, der Bourgeoisie und der Weltreaktion zu machen. Die Träger dieser antimarxistischen Theorie treiben Schindluder mit der Sache des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit, sie trennen sie von der Sache des Sieges der Revolution und mißbrauchen sie, um ihre pragmatische Politik der prinzipienlosen Bündnisse mit dem USA-Imperialismus und mit anderen imperialistischen Mächten oder mit verschiedenen reaktionären Kräften zu rechtfertigen* ...". „*Wie ein Ei dem anderen gleichen sich die sozialchauvinistischen Thesen der II. Internationale und die antimarxistischen Predigten der Befürworter der 'Theorie der drei Welten'* ..." (zit. nach Beilage des „Roten Morgen" vom 18.11.).

Diesem Urteil ist sachlich kaum etwas hinzuzufügen. Es trifft den Nagel auf den Kopf!

... bauen, keine Zustimmung außerhalb ihrer eigenen Organisationen gefunden. Daraufhin scheinen diese Vorschläge erst einmal vom Tisch; „KPD" und KBW haben angekündigt, sich jetzt stärker um die örtlichen Aktionseinheiten zu kümmern.

Die „Rote Fahne" der „KPD" schreibt dazu, sie würden zwar weiter an ihren Vorschlägen festhalten, aber „*daß für die Verwirklichung dieses Vorschlages ein längerer Zeitraum und schrittweises Vorgehen notwendig sein werden.*" „*Unsere Partei wird die nächste Zeit nutzen, um auf der Basis der beiden gemeinsamen Vorschläge von KBW und unserer Partei die Arbeit in örtlichen Aktionseinheiten noch zu verstärken*". Zentrale Initiativen wolle man erst wieder unternehmen „*sobald dies notwendig und möglich ist*". Ansonsten wird kräftig auf den KB geschimpft, der angeblich „*zu einer wirklichen inhaltlichen Auseinandersetzung nicht bereit*" sei, und der nur deshalb gegen eine zentralisierte Aktionseinheit sei, weil er in örtlichen Aktionseinheiten „*seine schwankende Haltung leichter verbergen*" könne („Rote Fahne", 15.11.).

Der KBW schreibt in seiner „KVZ", es habe sich „*herausgestellt ..., daß der Vorschlag von KBW und KPD zwar von vielen Leuten, aber von keinen Organisationen außer KBW und KPD unterstützt wird.*" Auch auf ihrem Vorschlag, gemeinsame Diskussionsveranstaltungen zum „Ringen der Supermächte" (besonders des Spezialimperialismus) und anderen brisanten Themen durchzuführen, seien die beiden Organisationen „**sitzengeblieben**". „*Fest steht, daß KBW und KPD an ihren beiden Vorschlägen festhalten und daß noch ein bißchen Kampf notwendig sein wird, bis man damit vorankommen wird bei anderen Organisationen. Warum sollten wir den fürchten? Führung der Lohnbewegung (!) und Stärkung der Schulungsbewegung (!) werden die Bedingungen dafür sein, um in diesem Kampf um die Aktions-*

... vorgetragene Konzept, der Linken o h n e Klärung wesentlicher Widersprüche heute irgendwelche zentralisierten Modelle überzustülpen und die praktischen Meinungsverschiedenheiten in ein paar allgemeinen, möglicherweise wirklich von allen Beteiligten zu unterschreibenden Parolen zu ersäufen. Wo es, wie hier, eindeutig um die Frage des demokratischen Kampfes geht, da hätte alles getan werden müssen, um die unterschiedlichen Vorstellungen über eben diesen Kampf offen darzulegen und sie mit aller gebotenen Schärfe zu diskutieren. Es ist doch kein Geheimnis, daß gerade auch zwischen „KPD" und KBW in der Frage des demokratischen Kampfes die allergrößten Differenzen bestehen. Der KBW scheut sich nicht einmal, dies offen auszusprechen und die von der „KPD" vielerorts mitgetragene Aktionseinheitspolitik als „*Spaltungsbemühungen*", „*stockrechts*" *(!)*, usw. anzugreifen („KVZ", 14.11.). Wie kann irgendjemand ernsthaft vorschlagen, mit dem KBW zusammen einen nationalen Kongress oder eine zentralisierte Demokratische Front zu organisieren, solange der KBW wegen seiner Widersprüche zu einer demokratischen Bündnispolitik noch nicht einmal an den meisten ö r t l i c h e n Aktionseinheiten teilnehmen mag? Der „KPD"-Führung ist der Vorwurf zu machen, daß sie sich, obwohl ihr das Problem natürlich bekannt und bewußt ist, bisher peinlichst um eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem KBW um diese Fragen herumgedrückt hat. (Was den KBW seinerseits nicht hinderte, wie wir sahen, fröhlich auf seinen Partner einzudreschen!).

Die gemeinsamen Vorschläge von KBW und „KPD" waren nichts anderes als eine unfruchtbare Zeitvergeudung. Sie haben mit dazu beigetragen, die Linke von den heute tatsächlich wesentlichen Fragen abzuhalten, d.h. vor allem der ernsthaften Auseinandersetzung über Aufgaben und Wege einer demokratischen Bündnispolitik und die heute möglichen Schritte dazu.

Hetzjagd am Beispiel eines Filmemachers

Wie wird jemand zum „Terror-sympathisanten" gemacht?
Das Beispiel des Filmemachers Volker Schlöndorff („Katharina Blum", „Der junge Törless", etc.) steht heute stellvertretend für viele andere:

- Im August 1975 (!) denunzierte ein anonymer Anrufer Schlöndorff als „Kontaktmann zur Baader-Meinhof-Gruppe". Sein Haus in Italien wird durchsucht und eine Pistole gefunden.

Seitdem heißt es in der BRD-Presse im Zusammenhang mit Schlöndorff:

„*Der Filmregisseur soll mit der Baader-Meinhof-Bande Kontakt unterhalten haben.*" („Welt", „SZ")

- Ein Jahr später wird Schlöndorff wegen des Waffenbesitzes in Italien verurteilt. Die „Welt" berichtet groß, Schlöndorff „*sei bereits Mitte des Jahres im Zusammenhang mit Terrororganisationen genannt worden.*" (eine perverse Methode: erst selbst Verdächtigungen ausstreuen, und sich später wie unbeteiligt darauf berufen).

Damit war der Mann abgestempelt. Nun muß man natürlich weitersuchen:

- Im Herbst 1976 berichtet die „Welt" über eine neue „Enthüllung": Sch. sei, „*wie sich aus Unterlagen der Sicherheitsbehörden ergebe*", im Beirat eines Rechtshilfefonds für politische Häftlinge in der BRD, der von Rechtsanwalt Croissant verwaltet wird.

Von welcher Qualität diese „Enthüllung" war, ist klar, wenn man weiß daß Sch. immer offen für diesen Rechtshilfefonds aufgetreten ist! Aber die Sache als möglichst „geheimnisvoll" darzustellen, paßt natürlich besser ins Schema der Pressehetze.

- Im Zusammenhang mit der Herausgabe des Buches „Das andere Bayern" durch Scn. wird er im Informationsdienst „Aus erster Hand" als „*unmittelbarer Kontaktmann zur Roten Armee Fraktion*" bezeichnet. Fazit dieser „Skandale" um Schlöndorff:
- In der Filmförderungsanstalt sitzt im Verwaltungsrat „*auf Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion ein Baader-Meinhof-Sympathisant*" („Welt"). Die CDU/CSU startet eine Anfrage und einen Protest im Bundestag! (alle Angaben: „SZ", 21.9.77)

Nach der Schleyer-Entführung nun forderte die CDU/CSU die SPD dazu auf, Schlöndorff das Mandat zu entziehen. Und die „Welt" schiebt nach:

- Durch seine Arbeit im Rechtshilfefonds habe sich „*Schlöndorff als Helfer des Terroranwalts Croissant betätigt*" (23.9.77). ... Ponto, sowie die Entführung von Schleyer werden jetzt unumwunden als „*die blutige Ernte ... des Treibens eines Herrn Schlöndorff*" bezeichnet ("Welt", 22.9.77).
- Die FR und SZ greifen gierig die Meldung auf, nach der die Mutter von Christoph Wackernagel (der kürzlich in Holland angeschossen und verhaftet wurde) Schlöndorff als jemanden bezeichnet, „*der für die Entwicklung ihres Sohnes zum Terroristen sehr maßgeblich war*" (FAZ, 17.11.77).

„*Schlöndorff soll ... Wackernagel als Spendenwerber für den Hilfsfonds eingesetzt haben*" (FR, 17.11.77).

So war Schlöndorff der „Kontaktmann, Sympathisant, Helfershelfer, Helfer und Kinderverführer" als den ihn die Springer-Presse und die CDU/CSU gerne sehen würde:

- Die „Welt", 22.9.77: „*Der Fall Schlöndorff ist kein Einzelfall, er ist das typische Beispiel für das, was dieser Staat vor sich hat, ehe Recht und Ordnung wieder als Gebote von heute akzeptiert werden*"!

Nun durfte auch die SPD nicht länger zögern:
Nachdem Schlöndorff sich geweigert hatte, aus dem Rechtshilfefonds auszutreten („**ein solches Verhalten finde ich würdelos**"), bedauerte der Fraktionsvorstand, daß der engagierte Filmemacher „*keine eindeutigere und schärferer Form der Absage an den Hilfefonds gefunden*" habe. Eine „*uneingeschränkte Distanzierung*" sei notwendig („Welt", 29.9.77).

Schlöndorffs Verhalten („meine Tätigkeit im Hilfsfonds hat humanitären Charakter und war und ist notwendig ...") stellte die SPD-Führung nicht zufrieden, denn nach einem Gespräch mit ihm distanzierte sich die Fraktion öffentlich.

Kurze Zeit später gab Schlöndorff seinen Austritt aus der „Filmförderungsanstalt" zu Beginn 1978 bekannt!

Wichtiger als dieses „Zurückgetretenwerden" ist, daß hier einem fortschrittlichen Filmemacher die Basis für seine weitere Arbeit entzogen werden soll. Denn wer wird schon einem „Terror-Sympathisanten" in Zukunft die Filme finanzieren?!

Es wird abzuwarten bleiben, ob auch im Fall Schlöndorff die Aussage des Filmemachers Faßbinder zutrifft, nach der „*in der BRD wirklich frei zu arbeiten bald unmöglich sein wird*". Fassbinder ging – na wohin wohl? nach Hollywood!

Möge Schlöndorff uns erhalten bleiben!

• • •

Ein Modell Deutschland für Europa

Jean Pierre Vigier

Nachstehend drucken wir einen Artikel von Jean–Pierre Vigier ab, der am 5.11.77 in der linken französischen Tageszeitung „Liberation" erschienen ist, und in dem er seine Einschätzung über die aktuelle Situation in der BRD und die vom BRD–Imperialismus ausgehenden Gefahren gibt. Vigier gehörte früher dem Generalstab der französischen Resistance an und war Mitglied des ZK der KPF (bis zum Mai 1968). Beim ersten Russel–Tribunal über die US–Aggression gegen das vietnamesische Volk gehörte er der Jury an. Den vietnamesischen Befreiungskampf kennt er aus eigener Anschauung und durch freundschaftliche Beziehungen zur FNL. In seiner Eigenschaft als Forschungsleiter beim französischen Forschungszentrum für Kernphysik arbeitete er ein Jahr lang im Kernforschungszentrum der VR China in Peking. Heute gehört Jean–Pierre Vigier der OCT („Kommunistische Arbeiterorganisation") an und hat entscheidend beim Aufbau des „Komitees gegen ein deutsch–amerikanisches Europa" mitgewirkt, in dem u.a. auch Jean–Paul Sartre, Claude Bourdet (Jury–Mitglied des Russel–Tribunals über die BRD), Pastor Casalis (ebenfalls Jury–Mitglied) und General de la Bollardiere (ehemaliger Widerstandskämpfer, der aus Protest gegen den französischen Kolonialkrieg in Algerien aus der Armee ausgetreten ist) mitwirken.
Jean–Pierre Vigier ist in Frankreich auch durch zahlreiche politische Analysen und Kommentare in der Tageszeitung „Le Monde" und „Le Monde Diplomatique" bekannt. Im Rahmen der Vorbereitung des Russel–Tribunals über die BRD ist Vigier bereits auf Veranstaltungen in Hamburg und Westberlin aufgetreten.

Der BRD-Imperialismus

Man kann nicht die Ursachen mit den Folgen verwechseln. Nicht die Aktion der RAF hat den fortschreitenden Rechtsdruck der BRD provoziert. Es ist die Entwicklung der BRD zu einem autoritären Staat, die ununterbrochen die Möglichkeiten des politischen Massenkampfes einengt und selbst ein Terrain schafft, auf dem sich die Verzweiflung, der Nihilismus und der Terrorismus eines Teils der westdeutschen Jugend entwickeln.

Die BRD ist keine friedliche bürgerliche Demokratie, die von einem verantwortungslosen Terrorismus bedroht ist. Es ist ein imperialistischer Staat, der dabei ist, seine ökonomische, militärische und politische Hegemonie auf ganz Südeuropa auszudehnen. Auf ökonomischer Ebene ist die BRD, von den USA wiederaufgebaut, die dritte ökonomische Macht des imperialistischen Systems geworden, die massiv ihre Technologie und ihr Kapital exportiert.

Sie kontrolliert immer direkter (durch direkte Finanzbeteiligungen oder über den internationalen Währungsfond) das ökonomische und gesellschaftliche Leben ihrer EG–Partner und ihrer Neo–Kolonien: Italien, Spanien und Portugal.

Die BRD konkurriert auch außerhalb Europas mit den USA: sie bewaffnet die Gorilladiktaturen in ... schaft zu befreien, seine Autonomie wiederherzustellen und auf eigene Rechnung zu jagen, um aus der Krise des Kapitalismus rauszukommen.

Das erfordert gleichzeitig eine Veränderung des Wesens der Macht in der BRD, die Liquidierung der internen Opposition der Jugend und der Intellektuellen und die Manipulierung der öffentlichen Meinung. Der Mord an den Stammheimer Gefangenen reiht sich in diesen Rahmen ein. Versteckt hinter der enormen antiterroristischen Propaganda errichtet die westdeutsche Bourgeoisie die notwendigen politischen Mechanismen für die neue Etappe in seiner Eroberung Europas.

Unter diesen Bedingungen werfen die Aktionen der RAF schwierige Probleme für alle Kräfte auf, die im Inland wie im Ausland gegen den neuen deutschen Imperialismus kämpfen wollen. Wir müssen uns darüber klar sein: die Marxisten haben unter Kenntnis der Rolle der Gewalt in der Geschichte nie die Anwendung der Gewalt an sich bedauert, um den Gang der Ereignisse zu beeinflussen. Unterstützt von ihren Völkern haben zahlreiche Revolutionäre (vom Kolonel Fabien (1) bis zu Nguyen Van Troi) die Waffen des individuellen Terrors benutzt. Sie haben es in Verbindung mit dem politischen Massenkampf gemacht, gegen eindeutige ... den. Die deutsche Rechte hat, wie im Fall des Reichstages, immer das Element der Provokation in ihrer Politik benutzt. Dies ermöglicht Strauß, die Regierung weiter bloßzustellen und die Hysterie im Inland auf ein Maximum steigen zu lassen (was die Veränderung des Wesens des Regimes begünstigt). Auf diese Weise wird die neue Kollaboration zwischen den Kompradoren–Bourgeoisien Westeuropas und der BRD–Bourgeoisie erleichtert.

Die immer größer werdende Gefahr

In einigen Tagen hat sich die politische Landschaft der BRD verändert. Die Hexenjagd wird heute offen in der BRD betrieben, und morgen vielleicht in ganz Westeuropa. Strauß fordert das Verbot aller K–Gruppen, von den ML–Organisationen bis zur DKP. Er sagt: „Wir müssen so gut aufräumen, daß bis zum Ende des Jahrhunderts kein einziger dieser Gangster mehr das Maul aufzureißen wagt". Damit entlarvt er das reale Wesen des Modell Deutschland, das die BRD ganz Westeuropa aufzwingen will. Die französische Linke, die lange Zeit in erster Linie weit entfernte antiimperialistische Kämpfe unterstützte, begreift noch nicht die Tragweite der Probleme, die sich durch die Aggression des BRD–Imperialismus in Frankreich selbst ergeben. Sie wird nicht lange um die Rolle der Avantgarde, die ihr die Geschichte heute anbietet, herumgehen können: die Zusammenfassung der Kräfte auf westeuropäischer Ebene, die in der Lage sind, einen or-

